



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2016

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:
Teil I: Regierungsrat
Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)
Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer
Form auf folgender Internetseite abrufbar:
www.gb.zh.ch/2016



Inhaltsverzeichnis

01 Staatskanzlei	1
Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzierung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
02 Direktion der Justiz und des Innern	9
Überblick	10
Legislaturziele	11
Finanzierung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Parlamentarische Vorstösse	14
Leistungsgruppen	15
03 Sicherheitsdirektion	57
Überblick	58
Legislaturziele	59
Finanzierung	61
Personal- und Lohnstatistik	61
Parlamentarische Vorstösse	61
Leistungsgruppen	63
04 Finanzdirektion	85
Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzierung	91
Personal- und Lohnstatistik	92
Parlamentarische Vorstösse	93
Leistungsgruppen	94
05 Volkswirtschaftsdirektion	123
Überblick	124
Legislaturziele	125
Finanzierung	127
Personal- und Lohnstatistik	127
Parlamentarische Vorstösse	128
Leistungsgruppen	129
06 Gesundheitsdirektion	145
Überblick	146
Legislaturziele	148
Finanzierung	149
Personal- und Lohnstatistik	149
Parlamentarische Vorstösse	150
Leistungsgruppen	151
07 Bildungsdirektion	173
Überblick	174
Legislaturziele	176
Finanzierung	179
Personal- und Lohnstatistik	180
Parlamentarische Vorstösse	181
Leistungsgruppen	182
08 Baudirektion	217
Überblick	218
Legislaturziele	220
Finanzierung	222
Personal- und Lohnstatistik	223

Parlamentarische Vorstösse	223
Leistungsgruppen	225
Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	258
Abrechnung Budgetkredite	258
Rücklagen und Gewinnverwendung	264
Anhang 1	267
Behörden	269
Rechtspflege	276
Zu konsolidierende Anstalten	296
Nicht konsolidierte Organisationen	335
Anhang 2	337
Kreditübertragungen	339
Bewilligte Kreditüberschreitungen	342

01

Staatskanzlei

Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	3
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	3
Finanzierung	4
Übersicht	4
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Beschäftigungsumfang	4
Lohnaufwand	4
Anstellungsverhältnisse	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	4
Leistungsgruppen	5
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	5

Überblick

Die Staatskanzlei erbringt Leistungen, die für das reibungslose Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde sorgen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend sowie unterstützend.

Elektronische Geschäftsverwaltung eingeführt

Im Juli des Berichtsjahres wurde die Anwendung AxiomaSK planmässig in Betrieb genommen. Damit können fortan sämtliche Geschäfte der Staatskanzlei elektronisch, nachvollziehbar, transparent, revisionssicher und wirtschaftlich verwaltet und nach ihrem Abschluss als Dossiers über eine standardisierte Archivierungsschnittstelle elektronisch dem Staatsarchiv übergeben werden. Die bisherigen zehn dezentralen Anwendungen und Datenablagen werden nach der Überführung der Datenbestände nach AxiomaSK ausser Betrieb genommen.

Im Oktober konnte mit der Anwendung AxiomaRR der zweite Teil der Gesamtlösung planmässig in Betrieb genommen werden. In AxiomaRR werden die eingehende Regierungsratspost, die Sitzungen des Regierungsrates und sämtliche Regierungsratsgeschäfte elektronisch abgewickelt. Die öffentlichen Regierungsratsbeschlüsse werden direkt aus AxiomaRR auf der überarbeiteten Webseite www.rrb.zh.ch veröffentlicht.

Um Geschäfte durchgehend elektronisch zu bearbeiten, müssen bestehende Geschäftsverwaltungslösungen untereinander elektronisch kommunizieren können. In einem Fachkonzept wurden die Anforderungen für eine lösungsneutrale Geschäftsverwaltungsschnittstelle festgelegt, damit namentlich die Regierungsratsgeschäfte und die anderen direktionsübergreifenden Geschäftsarten, wie Mitberichte, medienbruchfrei elektronisch abgewickelt werden können. Diese wurde erstmals mit der Einführung von AxiomaRR umgesetzt und soll auch für weitere Anwendungsbereiche genutzt werden.

Strategieverfahren «Digitale Verwaltung» lanciert

Die anstehende Erneuerung der E-Government-Strategie wurde zum Anlass genommen, das Umfeld sowie die Entwicklungen der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft vertieft zu untersuchen. Um die vielfältigen Potenziale und Herausforderungen der Digitalisierung gezielt anzugehen und deren Entwicklung aktiv zu gestalten, wurde ein direktionsübergreifendes Projekt für eine umfassendere Strategie «Digitale Verwaltung» in Angriff genommen.

Social Media und audiovisuelle Kanäle verstärkt für die Kommunikation eingesetzt

Die Kommunikationsabteilung des Regierungsrates stellt in Zusammenarbeit mit den Direktionen die Information der Öffentlichkeit über die Regierungsgeschäfte sicher. Neben der klassischen Informationsverbreitung mittels Medienmitteilungen oder Medienkonferenzen gewinnen die audiovisuellen Kanäle und Social Media an Bedeutung. So wurden im Berichtsjahr erstmals fast alle Medienkonferenzen der Regierung und der Direktionen live im Internet übertragen. Erstmals nutzte auch die Kantonspolizei die Infrastruktur im Konferenzzentrum Walche für eine kurzfristig eingeräumte Medienkonferenz.

Die Nutzung der kantonalen Social-Media-Angebote nahm im Berichtsjahr gesamthaft erneut zu, wenn auch etwas verlangsamt. Dem kantonalen Twitter-Kanal @kantonzuerich folgen mittlerweile mehr als 10 000 Personen. Im Berichtsjahr wurden rund 300 Medienmitteilungen veröffentlicht und 55 Medienanlässe durchgeführt. An den vier Abstimmungssonntagen stellte die Kommunikationsabteilung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt im Konferenzzentrum Walche ein Abstimmungszentrum für die Medien bereit. Weitere Schwerpunkte bildeten die zahlreichen Anlässe im Rahmen des Zürcher Präsidiums der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK).

eUmzugZH umgesetzt

Umzugsmeldungen sind im Kanton Zürich seit April des Berichtsjahres über die Gemeindegrenzen hinweg elektronisch möglich. Ende Jahr haben bereits 144 Zürcher Gemeinden diesen neuen Dienst eingeführt. Das Projekt eUmzugZH ist aus der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Rahmen der Organisation egovpartner hervorgegangen und unter der Federführung des Gemeindeamts mit der Transaktionsplattform ZHservices umgesetzt worden. Gleichzeitig ist auch das neue E-Payment-Modul in ZHservices in Betrieb genommen worden, das in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung entwickelt wurde und für weitere Onlineangebote der gesamten Verwaltung zur Verfügung steht.

Neuer Geschäftsbericht

Im Oktober 2014 hat der Regierungsrat die Neukonzeption des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) und des Geschäftsberichts beschlossen. Die Neuerungen wurden zuerst in der Planung (KEF 2016–2019) und mit dem vorliegenden Geschäftsbericht 2016 nun auch in der Berichterstattung umgesetzt. Unter Federführung der Staatskanzlei und unter Mitwirkung der Finanzdirektion wurden Struktur, Erstellungsverfahren und Erscheinungsform überarbeitet und modernisiert.

Der Geschäftsbericht erscheint neu in drei Teilen: Teil I (Regierungsrat) zeigt die Gesamtsteuerung der Kantonstätigkeit durch den Regierungsrat auf und richtet den Blick verstärkt auf die Politikbereiche. Hier finden insbesondere direktionsübergreifende Themen sowie die Übersicht zum Rechnungsabschluss Platz. Dieser Teil erscheint als repräsentativer Farbdruck und in einer ausführlicheren Onlineversion. Teil II (Direktionen und Staatskanzlei) ist gegliedert nach Direktionen und Leistungsgruppen. Als Gegenstück zum KEF wurde er auf diesen abgestimmt, stärker strukturiert und inhaltlich gestrafft. Teil III (Finanzbericht) wurde erst vor wenigen Jahren neu konzipiert. Er erscheint als separater Band, erfährt inhaltlich aber keine Anpassungen. In allen drei Teilen ist das aktuelle Corporate Design des Kantons umgesetzt worden.

Vorsitz der Internationalen Bodensee Konferenz

Im Berichtsjahr hatte der Kanton Zürich zum zweiten Mal den Vorsitz der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) inne. Die IBK hat sich intensiv mit Zukunftsthemen auseinandergesetzt, an ihrer institutionellen Weiterentwicklung gearbeitet und in Brüssel und Berlin auf sich aufmerksam gemacht. Die Bilanz des Vorsitzjahres fiel durchwegs positiv aus.

Beim Besuch einer Delegation von IBK-Regierungsvertreterinnen und -vertretern im Januar in Brüssel standen die engen grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen und die dafür erforderlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zentrum. Am «Wirtschaftskonzil unterwegs» am Flughafen Zürich wurden im Juli die Herausforderungen bei der Digitalisierung der Wirtschaft erörtert. Mit Fragen der E-Mobilität und des Klimaschutzes beschäftigte sich im September ein IBK-Doppelkongress bei der Empa in Dübendorf. Ende 2016 wurde schliesslich die 5. Leistungsvereinbarung zur Entwicklung der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) in den Jahren 2018–2021 genehmigt. Unter dem Zürcher Vorsitz hat die IBK zudem die Arbeiten zu ihrer institutionellen Weiterentwicklung aufgenommen. Bis Ende 2017 sollen das Leitbild und die Strategie überarbeitet werden. Ein besonderer Höhepunkt des Vorsitzjahres war der kurzfristig organisierte Gastauftritt am traditionellen Sommeranlass der baden-württembergischen Landesvertretung in der deutschen Hauptstadt. Dort konnte sich die IBK dem politischen Berlin – einschliesslich Bundeskanzlerin Angela Merkel – von ihrer besten Seite präsentieren.

Gastkanton an der Bundesfeier in Frankfurt am Main

Anlässlich des Sommerempfangs zur Bundesfeier des Schweizerischen Generalkonsulates in Frankfurt brachte die Zürcher Delegation Ende Juli ein Stück Zürich in die Metropole am Main. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik nutzten die Gelegenheit, Kontakte zur deutschen Wirtschaftshauptstadt zu knüpfen und zu vertiefen.

Ehregast am Marché-Concours

Mehr als 400 freiwillige Helferinnen und Helfer, begleitet von rund 80 Pferden und weiteren Tieren aus dem Kanton Zürich sorgten am Marché-Concours National de Chevaux im jurassischen Saignelégier während dreier Tage im August mit ihren Darbietungen unter strahlendem Himmel für beste Laune. Zu den zahlreichen Höhepunkten des Pferde-Volksfests zählte der grosse Umzug am Sonntag, an dem rund 20 Sujets aus dem Kanton Zürich zu sehen waren. Der Anlass lockte rund 50 000 Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Schweiz und dem nahen Ausland an.

Wahlfeier für Nationalratspräsident Jürg Stahl

Zu Ehren des neuen Nationalratspräsidenten 2016/2017 Jürg Stahl organisierten der Regierungsrat, der Stadtrat Winterthur und der Gemeinderat Brütten Ende November eine Wahlfeier. Ein SBB-Extrazug brachte die geladenen Gäste am frühen Nachmittag von Bern nach Winterthur, wo sie durch den Regierungsrat und den Stadtrat Winterthur begrüsst wurden. Angeführt vom Musikverband Winterthur zogen die Gäste zum Stadthaus, wo im Konzertsaal ein musikalisch umrahmter Festakt stattfand. Anschliessend gelangten die Gäste mit Extrabussen nach Brütten, der Wohngemeinde Stahls, dessen Bevölkerung mitfeierte. Das Abendessen nahmen die geladenen Gäste im Flughafen Zürich ein.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.

RRZ 9.1a	Liste der Leistungen mit deren Kostenabhängigkeit und dem Handlungsspielraum des Kantons nach Direktionen und Leistungsgruppen erstellen	1000	2017
RRZ 9.1b	Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen	1000	2017

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1a	Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden	1000	2019
RRZ 10.1b	Regierungsratsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln	1000	2019
RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	1000	2019

RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2a	Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz	1000	2019
-----------	---	------	------

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3a	Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken	1000	2019
-----------	--	------	------

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.8	1.6	2.4	0.8	50.4
Aufwand	-20.8	-19.6	-19.9	-0.3	-1.6
Saldo	-17.1	-18.0	-17.5	0.5	2.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3		0.3	100.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.1			
Saldo		-0.3		0.3	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
0.5		Abweichungen total B16 zu R16
0.3	1000	- Minderaufwand Projekte E-Government
0.2	1000	- Mehrertrag Amtsblatt-Meldungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	56.8	56.8	56.9	0.1	0.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Total	-9870	-9576	-9547	29	0.3
	-9870	-9576	-9547		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	64	21	43	42	22
	64	21	43	42	22

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
122/2014	Alternativen zum Papierversand (Postulat Josef Wiederkehr, Dietikon, Anita Borer, Uster, und Carmen Walker Späh, Zürich)	Vorlage 5280 vom 07.06.2016	25.08.2014

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Zahlreiche im Berichtsjahr laufende und abgeschlossene Projekte und Arbeitsschwerpunkte lassen sich unter dem Stichwort Digitalisierung zusammenfassen. Mit der Einführung von AxiomaRR und AxiomaSK verfügen Regierungsrat und Staatskanzlei neu über ein modernes Geschäftsverwaltungssystem, das den heutigen Ansprüchen genügt. Bei der Organisation von Grossveranstaltungen darunter als Ehrengast

an der Bundesfeier in Frankfurt am Main, als Gastkanton am Marché-Concours in Saignelégier oder die Nationalratspräsidentenfeier für Jürg Stahl) war die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit ein entscheidender Erfolgsfaktor. Eine besondere Herausforderung stellte auch der Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz dar.

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Organisation von Anlässen).
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen optimal unterstützen.
- A3 Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG).
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst).
- A5 Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1 208	1 300	1 271	-29	-2.2
L2	Anzahl vorbereitete Rekurse (Zielwert)	A1	93	50	66	16	32.0
L3	Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (Zielwert)	A1	22	14	15	1	7.1
L4	Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen	A1	2 206	2 300	2 146	-154	-6.7
L5	Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den Eidg. Räten	A2	61	100	66	-34	-34.0
L6	Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe	A1	231	240	261	21	8.8
L7	Anzahl Medienkonferenzen (Zielwert)	A3	58	70	55	-15	-21.4
L8	Anzahl Medienmitteilungen	A3	272	300	314	14	4.7
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5	A3	18 223	20 000	18 459	-1 541	-7.7
L10	Anzahl geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien (Zielwert)	A4	7	5	6	1	20.0
L11	Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (Zielwert)	A4	28	26	27	1	3.8
L12	Anzahl auf ZHservices bereitgestellter E-Government-Angebote	A4	16	18	18	0	0.0
L13	Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	7 872 894	8 000 000	7 632 020	-367 980	-4.6
B1	Ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs	A1	5 598	17 000	10 203	-6 797	-40.0
W1	Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet)	A3	110 000	120 000	114 000	-6 000	-5.0
W2	Anzahl auf ZHservices abgewickelter Transaktionen	A4	174 184	180 000	221 926	41 926	23.3

Bemerkungen

- L5 Die Verbreitung von schriftlichen Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidgenössischen Räten wurde im 2015 mit Blick auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüft und quantitativ gesenkt.
- B1 Die Anzahl vorbereitete Rekurse (L2) liegt über dem Planwert. Somit liegt der Wert der ungedeckten Kosten pro erledigter Rekurs unter dem Planwert.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 9.1a Liste der Leistungen mit deren Kostenabhängigkeit und dem Handlungsspielraum des Kantons nach Direktionen und Leistungsgruppen erstellen</p> <p>Die eingereichten Massnahmen zur Leistungsüberprüfung LÜ16 wurden beurteilt und der Bericht mit dem Antrag zu RRB Nr. 236/2016 verschickt. Zum Antrag der Finanzdirektion betreffend RRZ 9.1a wurde eine Stellungnahme erarbeitet.</p>	Abgeschlossen	2017
<p>RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen</p> <p>Es wurden verschiedene Auswertungen von Budget und Finanzplan durchgeführt und fanden Gespräche zwischen der Staatskanzlei und den Direktionen sowie der Finanzverwaltung statt, um ein geeignetes Vorgehen zur Verbesserung der Transparenz über Kostentreiber zu finden.</p>	Planmässig	2017
<p>RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden</p> <p>Im Berichtsjahr sind konzeptionelle Vorarbeiten und erste Gespräche mit der Finanzverwaltung durchgeführt worden.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 10.1b Regierungsratsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln</p> <p>Die neue Lösung axiomaRR für die elektronische Verwaltung und Abwicklung der Regierungsratsgeschäfte ist am 10. Oktober 2016 erfolgreich eingeführt worden. Die elektronische Abwicklung der Mitberichtsverfahren befindet sich in Umsetzung.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen</p> <p>Im Berichtsjahr wurden die Grundsätze für das Gewährleistungscontrolling geklärt. Ausgehend von diesen Grundsätzen wurde die Berichterstattung der wesentlichen Beteiligungen (mit Controlling auf Stufe Regierungsrat) geprüft.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 10.2a Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz</p> <p>Im Rahmen der OGD-Ausbauphase 2015–2016 (RRB Nr. 1252/2014) sind rund 370 Datensätze gemäss den OGD-Kriterien auf dem Bundesportal opendata.swiss publiziert worden. Die Auswertung der Aufbauphase für weitere Schritte ist in Arbeit.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken</p> <p>Ein neues Schwerpunktprogramm 2016–2019 wurde erarbeitet und es werden erstmals Kooperationsprojekte öffentlich ausgeschrieben. Zudem haben die Vertretung des Regierungsrates, die Dossierverantwortung innerhalb der Staatskanzlei und die Besetzung des Sekretariats der Regierungskonferenz gewechselt.</p>	Planmässig	2019
<p>1000 10a Die Interessenvertretung bei Bundesgeschäften verbessern durch Weiterentwicklung des zentralen Monitorings sowie der Koordination in der parlamentarischen Phase.</p> <p>Die Staatskanzlei beteiligt sich im Verbund mit zahlreichen weiteren Kantonen sowie interkantonalen Konferenzen an einer neuen Monitoring-Datenbank für Bundesvorlagen, welche die Interessen der Kantone tangieren.</p>	Planmässig	2019
<p>1000 10b Die Kenntnisse über Instrumente und Abläufe der Interessenvertretung innerhalb der Verwaltung stärken, insbesondere durch Veranstaltungen.</p> <p>Nach einer erfolgreich durchgeführten internen Veranstaltung zur Interessenvertretung Ende 2015 sind Konzept und Periodizität von Folgeveranstaltungen in Prüfung.</p>	Planmässig	2019
<p>1000 10c Fähigkeiten der Verwaltung für die digitale Transformation entwickeln, indem die organisatorischen und technischen Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung geschaffen und formell geregelt werden.</p> <p>Das Projekt für eine Strategie «Digitale Verwaltung» ist initialisiert (RRB Nr. 1183/2016). Die Entwicklung der Strategie und eines Umsetzungsplans ist in Arbeit.</p>	Planmässig	2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	56.8	56.8	56.9	0.1	0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.8	1.6	2.4	0.8	50.4
Aufwand	-20.8	-19.6	-19.9	-0.3	-1.6
Saldo	-17.1	-18.0	-17.5	0.5	2.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3		0.3	0.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.1			
Saldo		-0.3		0.3	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total B16 zu R16
0.3		- Minderaufwand Projekte E-Government
0.2	A4	- Mehrertrag Amtsblatt-Meldungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	Veränderung Bestand
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	
427 665	20 617	0	407 048	

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Anlässe mit Mitarbeitenden eingesetzt.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	10
Legislaturziele	11
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	11
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	11
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	12
Finanzierung	13
Übersicht	13
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	13
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Beschäftigungsumfang	13
Lohnaufwand	13
Anstellungsverhältnisse	14
Parlamentarische Vorstösse	14
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	14
Leistungsgruppen	15
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	15
2204 Strafverfolgung Erwachsene	18
2205 Jugendstrafrechtspflege	21
2206 Amt für Justizvollzug	24
2207 Gemeindeamt	28
2216 Kantonaler Finanzausgleich	31
2217 Abwicklung Investitionsfonds	33
2221 Handelsregisteramt	34
2223 Statistisches Amt	36
2224 Staatsarchiv	38
2232 Fachstelle Opferhilfe	42
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	44
2234 Fachstelle Kultur	45
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	47
2251 Bezirksräte	50
2261 Statthalterämter	52
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	54

Überblick

Zur Direktion der Justiz und des Innern (JI) gehören 15 Ämter, Fachstellen und angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit. Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeindegewesen.

Aus organisatorischer und logistischer Sicht standen die Neuorganisation des Generalsekretariats, die Beschaffung der IT-Hardware für die gesamte Direktion, die Überprüfung des Rechtsinformationssystems (RIS2) sowie die Grossprojekte Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Erweiterungsbau für das Staatsarchiv (Bau 3) und Vollzugszentrum Bachtel (VZB) im Vordergrund. Die Überprüfung von RIS2 führte zum Entschluss, die Software-Eigenentwicklungen nicht weiter auszubauen, sondern schrittweise auf Standard-Applikationen zu wechseln.

Gemeinden in vielerlei Hinsicht gefordert

Am 1. Dezember des Berichtsjahres konnten die Einwohnerinnen und Einwohner von 144 der 168 Zürcher Gemeinden den Weg-, Zu- und Umzug in der Gemeinde unabhängig von den Öffnungszeiten via Internet in einem Schritt erledigen. Damit ist der Service «eUmzugZH» beinahe flächendeckend verfügbar, was bedeutet, dass sich ein Wohnortwechsel innerhalb des Kantons Zürich jetzt rund um die Uhr und bequem von zu Hause aus erledigen lässt. Gestartet wurde auch das Vorprojekt für die Einführung eines flächendeckenden E-Votings im Kanton. Der Regierungsrat will den Stimmberechtigten zeitnah ein sicheres, finanziell tragbares und organisatorisch überzeugendes neues System zur elektronischen Stimmabgabe anbieten. Erarbeitet werden soll das Vorprojekt in Partnerschaft mit Parteien und Verbänden und vor allem auch den Gemeinden, die bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen die operative Hauptlast tragen.

An den Kantonsrat ging auch die erste von drei Teilrevisionen des Gesetzes über die politischen Rechte, mit der dem Wunsch der Gemeinden nach einem einheitlichen Amtsantritt der Gemeinde- und der Schulexekutive entsprochen werden soll. Der Kantonsrat genehmigte bzw. verabschiedete die Gemeindeverordnung und das Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister. Die Inkraftsetzung des Gemeindegewesens ist auf den 1. Januar 2018 geplant.

Der Bund hat die Rechtsgrundlagen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts vollständig überarbeitet. Dies erfordert eine Anpassung der Bestimmungen der kantonalen Bürgerrechtsverordnung. Der Regierungsrat eröffnet dazu die Vernehmlassung. Die revidierte Bürgerrechtsverordnung soll voraussichtlich auf den 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Unter grosser Beteiligung von Politikerinnen und Politikern sowie Fachleuten aus den Gemeinden fand im November das Gemeindeforum zum Thema «Langzeitpflege: Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten» statt. Es wurden die Entwicklungen in der Langzeitpflege sowie Handlungs- und Einflussmöglichkeiten der Gemeinden aufgezeigt. Fachleute sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, des Kantons und der Gemeinden beleuchteten und diskutierten das Thema

Langzeitpflege und deren Finanzierung aus verschiedenen Blickwinkeln.

Der Justizvollzug mit grosser Medienaufmerksamkeit

Im Berichtsjahr wurden verschiedene komplexe Fälle – vorwiegend aus dem Bereich des Justizvollzugs – medial stark thematisiert. Begleitet von externen Fachleuten führte die Direktionsvorsteherin im Januar eine Medienkonferenz zum «Fall Flaach» durch. Im Mittelpunkt stand eine Mutter, die unter dringendem Verdacht stand, ihre beiden Kinder getötet zu haben und die sich später in der Haft das Leben nahm. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und das Amt für Justizvollzug sahen sich aufgrund des Falles starker öffentlicher Kritik ausgesetzt. Die Medienkonferenz wurde auf der Website des Kantons sowie auf Online-Kanälen von zahlreichen Medien live übertragen. Die Anwesenheit von gegen 50 Medienschaffenden belegt das überragende Interesse, das dem Fall und dessen Aufarbeitung durch die Direktion zuteil wurde. Die Fachleute leisteten wichtige Aufklärungsarbeit, indem sie die Erkenntnisse präsentierten, die sie aus der Aufarbeitung des Falles gewonnen hatten. Grosse mediale Aufmerksamkeit löste auch die Flucht eines Gefängnisinsassen zusammen mit einer Aufseherin aus dem Gefängnis Limmatthal aus. Viel beachtet war schliesslich auch der «Fall Seefeld». Ein Strafgefangener kehrte vergleichsweise kurz vor seiner Entlassung aus einem Urlaub nicht in die Haft zurück und verübte im Zürcher Seefeld mutmasslich ein Tötungsdelikt. Im Berichtsjahr wurde die Abteilung Kommunikation gegründet, welche die Direktionsvorsteherin in allen kommunikativen Belangen unterstützt.

Projektstart Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen

Angeregt von vielen Seiten entschloss sich der Kanton, zusätzlich zu den laufenden Forschungen auf nationaler Ebene und in anderen Kantonen ein eigenes Forschungsprojekt zu fürsorgerischen Zwangsmassnahmen zu lancieren. Die Mittel für das Projekt wurden vom Regierungsrat am 5. Oktober bewilligt (RRB Nr. 982/2016). Koordiniert und begleitet wird das Projekt von einem Ausschuss, geleitet vom Zürcher Staatsarchiv. Die Publikation der Ergebnisse ist für Ende 2018 geplant. Im Kanton Zürich helfen die Opferberatungsstelle Zürich und das Staatsarchiv den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen bei Bedarf beim Ausfüllen eines Gesuchsformulars für einen Solidaritätsbeitrag und bei der Suche nach relevanten Akten.

Strafverfolgung und Justizvollzug technisch gefordert

Die rasante Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vergrössert die Angriffsflächen für Cyberkriminelle laufend. Die Anforderungen an die Cybercrime-Kompetenz der Strafverfolgungsbehörden nehmen zu. Dies gilt sowohl hinsichtlich im Internet begangener Straftaten als auch hinsichtlich der Angriffe auf die IT-Infrastrukturen von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Organisationen mittels Computerviren oder Hacking. Darüber hinaus spielen digitalisierte Formen herkömmlicher Kriminalität wie etwa Internetbetrügereien oder Cyber-Mobbing eine immer grössere Rolle. Der Kanton begegnet den Herausforderungen im Berichts-

jahr mit seinem von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei gemeinsam betriebenen Kompetenzzentrum Cybercrime. Im Bereich Cybercrime startete ausserdem die Prüfung regionaler Kompetenzzentren unter Mitwirkung des Bundes. Das Amt für Justizvollzug und die Oberjugendanwaltschaft schlossen gemeinsam mit der Kantonspolizei den Pilotversuch Electronic Monitoring (EM) erfolgreich ab. Die elektronische Überwachung von Straftätern und Beschuldigten funktioniert gut. Klar sind aber auch die Grenzen von Electronic Monitoring, welches Delikte nicht verhindern kann, aber das Einhalten von Vorgaben überprüfen kann. Das massgeblich im Amt für Justizvollzug entwickelte Risikomanagementsystem (ROS) hat mittlerweile nicht nur im ganzen Ostschweizer, sondern auch im Nordwest- und Zentralschweizer Strafvollzugskonkordat Verbreitung gefunden. Auch das durch die Jugendstrafrechtspflege mit externer Unterstützung erarbeitete Handlungsmodell «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) wurde erfolgreich weiterentwickelt.

Kulturfinanzierungsstudie soll Weg weisen

Da die herkömmliche Finanzierung der Kulturförderung durch eine Finanzierung über unregelmässige Beiträge ersetzt worden war, machte sich die Direktion auch an die Evaluation einer neuen Finanzierung der Kulturförderung. Sie gab zu diesem Zweck eine Studie in Auftrag.

Arbeit am zweiten Integrationsprogramm

Intensiviert wurden die Anstrengungen für eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Integration, der insbesondere bei der Vorbereitung des Abschlusses einer zweiten Programmvereinbarung mit dem Bund für 2018–2021 grosse Bedeutung zukommt. Bestandteile dieser Programmvereinbarung sind sowohl ein zweites Kantonales Integrationsprogramm als auch die Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale, die der Kanton vom Bund für Integrationsmassnahmen für vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge erhält.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen LG bis

RRZ 1.1	Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstum reduziert.		
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	2205	2019
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	2204	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	2204	2019
RRZ 1.2	Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.		
RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	2204	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	2204	2019
RRZ 1.2c	Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren	2205	2019
RRZ 1.2c	Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren	2204	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen LG bis

Jl 1.1	Der Justizvollzug ist verstärkt auf die Risikoorientierung ausgerichtet.		
Jl 1.1a	Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen	2206	2018
Jl 1.2	Die Justizvollzugsinfrastruktur ist erhalten.		
Jl 1.2a	Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen	2206	2019
Jl 1.2b	Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen	2206	2019
Jl 1.2c	Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen	2206	2019

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen LG bis

Jl 3.1	Die Kulturförderung ist vielfältig und finanziell gesichert.		
Jl 3.1a	Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen.	2234	2019
Jl 3.1b	Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren.	2234	2019
Jl 3.1c	Regionale Strukturen und Kooperationen stärken.	2234	2019
Jl 3.1d	Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung.	2234	2019

Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.		
RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren	2241	2019
RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen	2241	2019
RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen	2241	2019
RRZ 5.1j Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen	2270	2019
RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.		
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	2241	2019
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	2207	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	2201	2019
RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.		
RRZ 10.2i Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben	2207	2018
RRZ 10.4 Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service Public.		
RRZ 10.4a Verordnung zum neuen Gemeindegesezt mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten	2207	2017
RRZ 10.4b HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren	2207	2018
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
Jl 10.1 Die Sonderlasten der Gemeinden werden adäquat berücksichtigt.		
Jl 10.1a Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen	2207	2017
Jl 10.2 Einführung der digitalen Geschäftsführung.		
Jl 10.2a Vorprojekt Records Management in 3 Einheiten	2201	2016
Jl 10.2b Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2019
Jl 10.2c Archivierung elektronischer Unterlagen	2224	2019
Jl 10.3 Die Rollen im Bereich der Betreuung der Gemeindearchive zwischen Kanton und Gemeinden sind geklärt.		
Jl 10.3a Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive	2224	2018

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	882.6	947.3	949.5	2.2	0.2
Aufwand	-1788.2	-1818.9	-1821.4	-2.5	-0.1
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.8			
Saldo	-905.6	-871.6	-871.8	-0.2	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.5	2.7	4.8	2.2	81.6
Ausgaben	-19.2	-47.1	-16.3	30.8	65.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-10.8			
Saldo	-15.6	-44.4	-11.4	32.9	74.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-0.2		Abweichungen total B16 zu R16
4.7	2204, 2221	- Höhere Gebühreneinnahmen
3.2		- Höhere Erträge
2.7	2201, 2206, 2207	- Geringere Abschreibungen
1.1		- Geringerer Personalaufwand
-5.6	2204, 2261	- Bussen, Beschlagnahmungen
-6.8		- Höhere Interne Verrechnungen, v.a. Strafvollzugskosten
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-11.4			
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019, um weiterhin einen gesetzeskonformen Betrieb sicherzustellen)	-0.6	-25.0	-2.0	-23.0
- Projekt RIS2 (Software; Total enthält auch Nachaktivierungen aus 2013/2014)	-1.2	-17.3	-14.3	-3.0
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	-2.1	-5.1	-2.3	-2.8
- Flughafengefängnis Ersatz Sicherheits- und Kommunikationsanlagen	-2.7	-9.8	-2.7	-6.9
- Übrige	-4.8			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	1 656.0	1 659.7	1 651.0	-8.7	-0.5

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	-8846	-8652	-8805	-153	-1.8
2204 Strafverfolgung Erwachsene	-44596	-45556	-44588	968	2.1
2205 Jugendstrafrechtspflege	-9305	-9977	-9373	604	6.1
2206 Amt für Justizvollzug	-87205	-88681	-88346	335	0.4
2207 Gemeindeamt	-7172	-5990	-6005	-15	-0.3
2221 Handelsregisteramt	-5988	-5860	-5573	287	4.9
2223 Statistisches Amt	-3382	-3410	-3477	-67	-2.0
2224 Staatsarchiv	-4831	-4694	-5042	-348	-7.4
2232 Fachstelle Opferhilfe	-677	-681	-684	-3	-0.4
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	-385	-398	-392	6	1.5
2234 Fachstelle Kultur	-1200	-1147	-1 186	-39	-3.4
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	-991	-1013	-1 031	-18	-1.8
2251 Bezirksräte	-5844	-5653	-6412	-759	-13.4

Direktion der Justiz und des Innern
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

2261	Statthalterämter	-7927	-8017	-7965	52	0.6
	Total	-188349	-189729	-188879		

Bemerkungen

2224 Die ausgewiesenen Lohnkosten entsprechen nicht den effektiven Lohnkosten, da die finanziellen Drittmittel für Projekte nur teilweise berücksichtigt sind; zudem unterliegen sie jährlichen Schwankungen.

2234 Der leicht höhere Lohnaufwand ist in höheren Vergütungen an die Kulturförderungskommission begründet.

2251 Personalausfälle und die hohe Arbeitslast mit Fristenvorgaben führten zu zusätzlichen Stellen.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	73	35	38	46	27
2204 Strafverfolgung Erwachsene	393	251	142	288	105
2205 Jugendstrafrechtspflege	94	67	27	48	46
2206 Amt für Justizvollzug	937	331	606	684	253
2207 Gemeindeamt	56	33	23	27	29
2221 Handelsregisteramt	64	48	16	44	20
2223 Statistisches Amt	30	9	21	19	11
2224 Staatsarchiv	83	46	37	17	66
2232 Fachstelle Opferhilfe	9	9	0	5	4
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	5	3	2	1	4
2234 Fachstelle Kultur	9	7	2	2	7
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	10	7	3	4	6
2251 Bezirksräte	62	46	16	19	43
2261 Statthalterämter	89	56	33	42	47
Total	1914	948	966	1246	668

Bemerkungen

Allg. Das Geschlechterverhältnis in der Direktion der Justiz und des Innern ist ausgewogen (50% Frauen, 50% Männer). Die Teilzeitquote beträgt 35%.

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
251/2014	Ein Betreibungsregister für den Kanton Zürich (Motion Michael Zeugin, Winterthur, Martin Arnold, Oberrieden, und Markus Schaaf, Zell)	09.03.2015
351/2014	Organisation der Staatsanwaltschaft im Zürcher Unterland (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Priska Seiler Graf, Kloten, und Peter Ritschard, Zürich)	17.08.2015
248/2015	Finanzielle Neuregelung der Kulturförderung (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, und Ralf Margreiter, Zürich)	06.06.2016

2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen

Mit dem Stellenantritt der neuen Generalsekretärin auf den Jahresanfang stand die Neuorganisation des Generalsekretariats im Vordergrund. Damit einher gingen konzeptionelle Arbeiten zur digitalen Geschäftsführung. Die Abteilung Kommunikation wurde als fünfte den vier bestehenden Abteilungen im Generalsekretariat angegliedert. Zu Jahresbeginn fand die Medienkonferenz zum «Fall Flaach» statt, anlässlich deren diverse Fachleute ihre Erkenntnisse präsentierten.

Der Gesetzgebungsdienst begleitete 55 (Vorjahr 64) Rechtsetzungsprojekte. Das Generalsekretariat war in 39 (Vorjahr 29) parlamentarischen Geschäften federführend. In etwas weniger Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 158 (Vorjahr 159) Rekurse im Bereich des Strafvollzugs (einschliesslich 2 Begnadigungen) und 26 (Vorjahr 35) Rechtsmittel in weiteren Gebieten,

2 Stimmrechtsrekluse sowie 34 (Vorjahr 14) Aufsichtsbeschwerden im Bereich des Gemeinderechts.

Im Personalbereich lag der Schwerpunkt bei der Führungsunterstützung im operativen Personalmanagement. Es wurden Richtlinien für ein integriertes Geschäftsverhalten in Form eines Verhaltenskodex erarbeitet und publiziert. Neben der Führung der Buchhaltung für Einheiten der JI waren die Vorbereitungsarbeiten für die Migration auf SAP für die Finanzfachleute intensiv. Die Abteilung Logistik begleitete insbesondere die Grossprojekte Polizei- und Justizzentrum, Erweiterungsbau 3 Staatsarchiv und Vollzugszentrum Bachtel.

Die Überprüfung von RIS2 ergab, dass dieses nur bei der Strafverfolgung eingesetzt wird. Mit leichter Verzögerung begann die Hauptabteilung Informatik erfolgreich mit dem Rollout der neuen Hardware.

Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt die Vorsteherin bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Unterstützung bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifenden Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
- A2 Das Generalsekretariat führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst (GGD).
- A3 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Organisationseinheiten bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät die Direktionsvorsteherin, das Kader sowie die Mitarbeitenden. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig und vertritt die Anliegen der Direktion in direktionsübergreifenden Projekten.
- A4 Die Hauptabteilung Informatik (IT) erbringt Dienstleistungen für Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw. Die beiden Service Center Lotus Notes und PKI betreuen direktionsübergreifend die Betriebe für Lotus Notes, PKI/Security-Lösungen Kantonspolizei, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und e-Voting Kanton Zürich.
- A5 Die Abteilung Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachämter und Fachstellen, Einhaltung IKS (Internes Kontrollsystem)-Grundsätze), Controlling (Direktionscontrolling) und Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Telefonie) erbringt zentrale Dienstleistungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Rekuserledigungen (inkl. Begnadigungen)	A1	179	170	218	48	28.2
L2	Betreuung PC-Arbeitsplätze	A4	1 885	1 870	1 890	20	1.1
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)	A1	<1	1	<3		
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI	A4	1 691	1 800	1 724	-76	-4.2
B3	Gesamt-Kosten PC-Arbeitsplatz JI	A4	8 062	9 350	9 225	-125	-1.3
W1	Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden in %	A1	<10	10	20	10	
W2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	A1	100	100	100	0	
W3	Bearbeitung von Gesetzesvorlagen der Direktionen Rückweisungen durch Redaktionskommission an GGD in %	A2	0	<5	0		
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Direktion (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle 3 Jahre)	A3	gut				
W5	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren in %	A3	<10	<10	<10		

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2201

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W6 IKS-Prozesse werden überprüft in %	A5		100	100	0	

Bemerkungen

- L1 Die Zunahme resultiert aus deutlich höheren Geschäftseingängen.
- W1 Die Weiterzüge ans Verwaltungsgericht nahmen gegenüber dem Vorjahr um 56 % ab. Bei vergleichbaren Anzahl Gutheissungen wie im Vorjahr erhöhte sich aufgrund der tieferen Basis der Anteil.
- B1 Die deutliche Verlängerung der Erledigungszeit ist auf die Rekurse im individuellen Sonderlastenausgleich zurückzuführen, die sowohl hinsichtlich ihrer Komplexität als auch ihres Umfangs das übliche Mass weit überstiegen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen		
Die Vorarbeiten zur Umsetzung der Richtlinien bezüglich der Zusammenarbeit mit der Opernhaus AG und der kantonalen Anstalt für Stiftungsaufsicht erfolgen termingerecht.	Planmässig	2019
JI 10.2a Vorprojekt Records Management in 3 Einheiten		
Wegen der Neuausrichtung des Projekts wurden die Arbeiten vorläufig gestoppt. Der Entwicklungsschwerpunkt wird im KEF 2017–2019 geändert in «Einführung eines GEVER im Generalsekretariat».	Sistiert	2016
2201 5a Anpassung Kirchengesetz		
Der Regierungsrat hat die Vorlage mit Beschluss vom 14. September (Vorlage 5312) an den Kantonsrat verabschiedet.	Planmässig	2017
2201 10a Revision Gesetz über die politischen Rechte		
Die erste Tranche der Revision wurde termingerecht in die Vernehmlassung gegeben.	Planmässig	2018
2201 10b Koordination Sicherheitsaspekte bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben		
Die geplante Einführung eines Risikomanagementtools wurde durch die Neustrukturierung der Führungsgefässe, insbesondere der Rapporte, überflüssig.	Abgeschlossen	2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	66.0	66.8	65.4	-1.4	-2.1

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.4 Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf verzögerte Wiederbesetzungen zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.5	19.6	20.4	0.8	4.2
Aufwand	-24.5	-26.5	-26.7	-0.2	-0.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.6			
Saldo	-3.9	-6.9	-6.3	0.6	8.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0				
Ausgaben	-3.3	-7.5	-4.0	3.5	47.0
Saldo	-3.3	-7.5	-4.0	3.5	47.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.8	A4	- Höherer interner Verrechnungsertrag für IT-Dienstleistungen
0.8	A4	- Tieferer Informatikaufwand (Soft-/Hardware, Unterhalt, Nutzungsaufwand)
0.5	A1	- Nichtverwendung der Kreditübertragung aus Vorjahr für das Projekt Records Management infolge zeitlicher Verzögerung
0.3	A4	- Tieferer Aufwand für Aus- und Weiterbildung, da durch eigenes Personal erfolgt
0.2	A4	- Tieferer Aufwand für Büromaterial
-0.3	A4	- Höhere Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen (RIS2 Phase B wurde infolge Entwicklungsstopps ausserordentlich abgeschrieben)
-0.5	A4	- Höhere interne Verrechnungen (insbesondere CC SAP für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der SAP-Einführung und JI-interne Informatik-Verrechnungen)

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2201

-1.1 A4 - Höherer Aufwand für RIS2-Überprüfung, SAP-Einführung u.a.
-0.1 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-7.5	-4.0	3.5	
- Projekt RIS2 (Software; Total enthält auch Nachaktivierungen aus 2013/2014)	-3.2	-1.2	2.0	- Mit RRB Nr. 1116/2016 wurde die Weiterentwicklung von RIS2 (Phase B-D) eingestellt.
- Ablösung Rechnungswesensoftware IRIS/Einführung SAP	-0.5	0.0	0.5	- Die Ausgaben für SAP sind nicht als Investition zu behandeln.
- Ersatz PC-Flotte inkl. MS Office (RRB Nr. 387/2016)	-3.5	-2.4	1.1	- Die Ausschreibung führte zu einem unter Budget liegenden Beschaffungswert.
- Ersatz Server-Anlagen	-0.3	0.0	0.3	- Personelle Ressourcenengpässe führten zu einer zeitlichen Verzögerung.
- CR-Business Lösung für Handelsregisteramt	0.0	-0.3	-0.3	- Die Investition ist erst 2017 budgetiert.
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
389 612	51 048	50 000	388 564	-1 048

Bemerkungen

Dank dem Verzicht auf externe IT-Schulungen konnten endogene Saldoverbesserungen erreicht werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 50 000 beantragt.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Für die vier Schwerpunkte Gewaltprävention, Vermögenskriminalität, Internetkriminalität und Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden konnten wesentliche Ergebnisse erzielt werden: Der Leitfaden Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen wurde vollständig überarbeitet und eine interdisziplinäre Fachtagung wurde durchgeführt. Für eine vernetzte Bekämpfung des betrügerischen Missbrauchs von Kapitalgesellschaften wurde zuhänden der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz (SSK) eine Regelung der interkantonalen Zuständigkeit erarbeitet. Im Bereich Cybercrime startete die Prüfung regionaler Kompetenzzentren unter Mitwirkung des Bundes. Für eine verbesserte Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden arbeiten Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei an einer koordinierten

Untersuchungsplanung, einer gegenseitigen Feedbackkultur und einem gemeinsamen Lagebild.

Das Projekt PJZ war durch das GU-Submissionsverfahren geprägt, der Vergabeentscheid wird Anfang 2017 vom Regierungsrat gefällt.

Das Strategieprojekt STR2020 zur Überprüfung von Strukturen und Abläufen gliedert sich in sieben Teilprojekte: Struktur, Prozesse, Führungsunterstützung und Infrastruktur, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Führung und Kompetenzen, Schwerpunkte des Regierungsrates und PJZ. Erste Grobkonzepte sind erarbeitet und bestimmte Vorentscheide getroffen, zum Beispiel bezüglich Spezialisierungen und Entlastungspools. Im Rahmen von STR2020 wurde eine Fallklassifizierung eingeführt und der Rekrutierungsprozess optimiert.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsorganisationsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anklagen	A1	1 900	1 500	1 341	-159	-10.6
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	16 316	10 000	15 586	5 586	55.9
L3	Strafbefehle	A1	16 834	15 000	16 084	1 084	7.2
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	35 050	26 500	33 011	6 511	24.6
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	60	25	24	-1	-4.0
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	9 843	9 000	8 418	-582	-6.5
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr in % (Zielwert)	A2	10.6	11.5	15.6	4.1	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre in % (Zielwert)	A2	4.3	3.5	6.1	2.6	
B1	Bruttoaufwand pro erledigter Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr.	A2	1 906	2 541	2 073	-468	-18.4
B2	Bruttoaufwand pro erledigter Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr.	A2	16 795	22 389	18 265	-4 124	-18.4
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen in %	A1	40.5	33.5	40.7	7.2	
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle in %	A1	78.6	75	83.1	8.1	
W3	Zugelassene Anklagen in %	A1	98.9	95	97.4	2.4	

Bemerkungen

- Allg. Mit Einführung der neuen Kernapplikation RIS2 per 1.10.14 wurden Erfassungs- und Erledigungsweise von Geschäften verändert, was zu einem Einmaleffekt im letzten Berichtsjahr führte. Dieser Einmaleffekt konnte nun weitgehend eliminiert werden.
- L1, L2, Die Erledigungszahlen bewegen sich annähernd auf Vorjahresniveau, der letztjährige Einmaleffekt ist somit eliminiert.
- L3, L4
- L7, L8 Der erwähnte Einmaleffekt zeigt sich für die Altersstruktur erst in diesem Berichtsjahr.
- B1, B2 Der Bruttoaufwand pro erledigtem Fall hat die Tiefstwerte des Vorjahres und somit den Einmaleffekt (aufgrund hoher Erledigungszahlen gesunkener Bruttoaufwand) überwunden.
- W2 Der mit 83.1% sehr hohe Anteil erstmaliger Strafbefehle belegt die präventive Wirkung der ausgefallenen Strafen.
- W3 Der Anteil zugelassener Anklagen von 97.4% unterstreicht die Qualität der eingereichten Anklageschriften.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Der Leitfaden Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen wurde vollständig überarbeitet. Eine ganztägige interdisziplinäre Fachtagung Bedrohungsmanagement-Gewaltprävention wurde durchgeführt.

Planmässig 2019

RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen

Im Berichtsjahr wurden folgende Massnahmen zur besseren Vernetzung der Bekämpfung des betrügerischen Missbrauchs von Kapitalgesellschaften durchgeführt: Erstens wurden zwischen Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei kantonsintern Zuständigkeiten und Abläufe definiert. Zweitens haben die Staatsanwaltschaften zuhanden der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz (SSK) eine Regelung der interkantonalen Zuständigkeit erarbeitet.

Planmässig 2019

RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken

Die Arbeiten zur Klärung der Zuständigkeiten des Bundes und der Kantone auf diesem Gebiet und zur Prüfung von regionalen Cybercrime-Kompetenzzentren unter Mitwirkung des Bundes wurden gestartet.

Planmässig 2019

RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Siehe Kommentare zu den Entwicklungsschwerpunkten RRZ 1.1b, RRZ 1.1d, RRZ 1.2a und RRZ 1.2c.

Planmässig 2019

RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Die Schnittstellenpartner Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei arbeiten gemeinsam an der Ausdehnung und Optimierung der Untersuchungsplanung (Einführung einer Fallklassifizierung, Evaluation Einsatz gemeinsamer Softwares, interdisziplinäre IT-Evaluationen), an der Optimierung der gegenseitigen Feedbackkultur und an der Erarbeitung und Implementierung eines gemeinsamen Lagebildes.

Planmässig 2019

2204 1a Die Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr/2Jahre) bleibt ein wichtiger Entwicklungsschwerpunkt.

Die Altersstruktur wird weiterhin als Zielsetzung in der Führung verfolgt.

Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	348.1	345.2	345.3	0.1	0.0

Bemerkungen B16 zu R16

0.1 Der Beschäftigungsumfang liegt mit 0.1 Stellen über Budget, das Lohnbudget wurde eingehalten.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	29.5	32.7	31.7	-1.1	-3.3
Aufwand	-98.1	-98.9	-100.5	-1.6	-1.6
Saldo	-68.6	-66.2	-68.8	-2.7	-4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.2	-0.0	0.1	77.3
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.2			
Saldo		-0.2	-0.0	0.1	77.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.7		Abweichungen total B16 zu R16
3.2		- Höhere Gebühren für Amtshandlungen
1.2		- Tiefere Dienstleistungen Dritter (Dolmetscherkosten, Fedpol-Beitrag für Zeugenschutzprogramm, übrige Dienstleistungen)
0.6		- Tieferer Personalaufwand (0.1 Abbau Zeitguthaben, 0.2 nicht geldwert bezogene Dienstaltersgeschenke, 0.3 Rückerstattungen Personalaufwand)
-0.3		- Tiefere Rückerstattungen Dritter
-0.5		- Höhere Entschädigungen und Genugtuungen
-1.4		- Tiefere Bussen/Geldstrafen
-1.5		- Höhere Forderungsverluste von Untersuchungskosten

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2204

-1.7	- Höhere Wertberichtigung auf Forderungen von Untersuchungskosten aufgrund höheren Forderungsbestandes
-2.6	- Tiefere beschlagnahmte Vermögenswerte
0.3	- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 748 940	41 455		1 707 485	-41 455

Bemerkungen

Für den Strategieprozess STR2020 zur Überprüfung von Strukturen und Abläufen wurden Fr. 41 455 beansprucht.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Weiterarbeit an laufenden Projekten und die Entwicklung neuer Prozessabläufe. Die durch das neue Rechtsinformationssystem (RIS2) verursachten neuen Arbeitsabläufe, die sämtliche Tätigkeitsbereiche der Jugendstrafrechtspflege umfassen, haben sich weitgehend eingespielt.

Das Pilotprojekt «Electronic Monitoring» konnte Ende April erfolgreich beendet werden; der Übergang in den Arbeitsalltag erfolgte planmässig.

Das durch die Jugendstrafrechtspflege mit externer Unter-

stützung erarbeitete Handlungsmodell «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) wurde erfolgreich weiterentwickelt. In allen diesen Bereichen fanden vertiefende Schulungen statt.

Die Jugendstrafrechtspflege sowie das Jugendstrafrecht generell wurden einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt und Einblicke in die Praxis gegeben. Neue Herausforderungen stellten sich in Form aktueller Radikalisierungstendenzen sowie im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren.
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche);	A1	3 697	3 750	4 196	446	11.9
L2	Anklagen an das Jugendgericht;	A1	41	45	40	-5	-11.1
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen);	A1	1 324	1 750	1 613	-137	-7.8
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen);	A2	73	100	71	-29	-29.0
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen);	A2	334	500	293	-207	-41.4
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens);	A1, A2	96	120	88	-32	-26.7
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens);	A1, A2	68	80	74	-6	-7.5
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche;	A1, A2	937	1 000	1 005	5	0.5
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen;	A1, A2	3 432	3 300	3 406	106	3.2
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge);	A1, A2	58	100	66	-34	-34.0
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen / Bewährungshilfen bei bedingten Strafen);	A2	598	750	580	-170	-22.7
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/ -anwältin; (Zielwert)	A1	77	55	60	5	9.1
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen; (Zielwert)	A1	116	110	132	22	20.0
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage in %; (Zielwert)	A1	6.4	4.5	7	2.5	
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen);	A1	98	90	99	9	10.0
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen in %;	A1	85	85	84	-1	
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen) in %;	A2	60	70	57	-13	
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe) in %;	A1	1.2	5	1	-4	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 92 (VJ: 107) Schutzmassnahmen, davon 18 (VJ: 16) stationäre und 74 (VJ: 91) ambulante Schutzmassnahmen, sowie 4094 (VJ: 3665) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 2355 (VJ: 1 994) Verweise, 1005 (VJ: 937) Persönliche Leistungen, 571 (VJ: 546) Bussen und 95 (VJ: 118) Freiheitsentzüge. In 39 (VJ: 40) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 19 (VJ: 21) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 29 (VJ: 30) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5 Der Rückgang der schweren Straftaten in den Vorjahren wirkte sich auch 2016 auf die zu vollziehenden Schutzmassnahmen aus. Per 31. Dezember 2016 befanden sich 50 (VJ: 50) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 188 (VJ: 213) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme.
- L6, L7, Schwerere Straftaten sind auf tiefem Niveau stabil.
- L10
- L11 Entspricht etwa den Vorjahren.
- L13, Abschluss einiger umfangreicher Strafuntersuchungen ausstehend.
- L14
- B1, B2 Abschluss einiger umfangreicher Strafuntersuchungen aus den Vorjahren. Rund zwei Drittel der Strafuntersuchungen wurden innert 90 Tagen abgeschlossen.
- W1 Beendigung mehrerer Schutzmassnahmen mit komplexen Problemstellungen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern		
Durch die Weiterentwicklung des Handlungsmodells «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) konnten die Interventionen weiter differenziert und dem jeweiligen Rückfallrisiko angepasst werden. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden im Bereich des Phänomens «Radikalisierung» wurde vertieft.	Planmässig	2019
RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren		
Die Kontakte mit den Strafverfolgungsbehörden der Erwachsenen und den Polizeikörpern, mit ihren Jugenddiensten, wurden weiter gepflegt. Die Jugendstrafrechtsbehörden sind neu im «Interdisziplinären Fachgremium» (IFG) des Kantonalen Bedrohungsmanagements vertreten.	Planmässig	2019
2205 1a Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität		
Die finanziellen und personellen Ressourcen wurden auch im Berichtsjahr vorrangig zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität eingesetzt.	Planmässig	2019
2205 1b Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren		
Die durchschnittliche Untersuchungsdauer hat sich leicht erhöht. Dies aufgrund einzelner aufwendiger Strafuntersuchungen; rund zwei Drittel der Strafverfahren konnten auch im Berichtsjahr innert dreier Monate abgeschlossen werden.	Planmässig	2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	75.6	81.3	77.7	-3.6	-4.4

Bemerkungen B16 zu R16

Der tiefe durchschnittliche Personalbestand ist - aufgrund der weiterhin moderaten Geschäftseingänge - auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.6	2.0	1.7	-0.3	-15.7
Aufwand	-36.1	-36.2	-35.4	0.8	2.3
Saldo	-34.5	-34.2	-33.7	0.5	1.5

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen			
0.5		Abweichungen total B16 zu R16			
0.9	A1, A2	- Sachaufwand; geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen durch Dritte			

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2205

- 0.8 A1, A2 - Personal; zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen
- 0.3 A1 - Gebühren für Amtshandlungen; mehr gebührenpflichtige Entscheide
- 0.2 A2 - Entgelte; Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen: Tiefere Erträge aufgrund geringerer Anzahl Schutzmassnahmen
- 0.4 A2 - Beiträge; Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen: Tiefere Erträge aufgrund tieferer Anzahl beitragsberechtigter Schutzmassnahmen
- 0.9 A1, A2 - Interne Verrechnungen; Mehrkosten für den Straf- und Massnahmevollzug durch interne Leistungserbringer
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
94 531	0	0	94 531	0

2206 Amt für Justizvollzug

Die Flucht einer Aufseherin mit einem Insassen aus dem Gefängnis Limmattal sowie die Entweichung eines Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Pöschwies aus dem Hafturlaub haben im Berichtsjahr mediale Aufmerksamkeit erregt. Auch wenn alle Flüchtigen in der Zwischenzeit wieder gefasst werden konnten, haben die Ereignisse dazu geführt, die internen Abläufe und Prozesse kritisch zu überprüfen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Zeitgleich konnten mehrere Tausend Strafen und Massnahmen ordentlich vollzogen und die eingewiesenen Personen in den Institutionen des Amtes für Justizvollzug (JuV) untergebracht, betreut und beschäftigt werden. Über alle JuV-Institutionen hinweg verblieb die Zahl der Aufenthaltstage unter einer halben Million. Es wurde eine fast gleichbleibende

Nachfrage und Auslastung wie im Vorjahr verzeichnet.

Zusätzlich zum ordentlichen Tagesgeschäft wurden verschiedene Entwicklungs- und Bauprojekte bearbeitet: Mit den Planungen für das Polizei- und Justizzentrum (PJZ), für den Umbau und die Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel (VZB) und für den Ersatzneubau des Gefängnisses Winterthur konnten drei für den Justizvollzug bedeutsame Grossprojekte entscheidend vorangetrieben werden. Im Weiteren wurde der Pilotversuch mit «Electronic Monitoring» erfolgreich abgeschlossen, und das massgeblich im Amt für Justizvollzug entwickelte Risikomanagementsystem (ROS) hat mittlerweile nicht nur im ganzen Ostschweizer, sondern auch im Nordwest- und Zentralschweizer Strafvollzugskonkordat Verbreitung gefunden.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Aufenthaltstage Justizvollzugsinstitutionen	A3	442 163	480 000	440 333	-39 667	-8.3
L2	Anzahl Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	127 000	135 000	125 887	-9 113	-6.8
L3	Belegung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen in % :	A3	90.8	93	89	-4	
L4	Anzahl Freiheitsstrafen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	2 549	2 500	2 496	-4	-0.2
L5	Anzahl Stationäre Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	403	400	396	-4	-1.0
L6	Anzahl Ambulante Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	372	400	359	-41	-10.3
L7	Anzahl Gemeinnützige Arbeit (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	678	600	682	82	13.7
L8	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13 800	13 000	13 994	994	7.6
L9	Anzahl Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende; Zielwert)	A4	27	32	26	-6	-18.8
B1	Kosten pro Aufenthaltstag Justizvollzugsanstalt Pöschwies (in Franken)	A3	317	280	300	20	7.1
B2	Kosten pro Aufenthaltstag Untersuchungsgefängnisse und Vollzugseinrichtungen Zürich (in Franken)	A3	213	205	206	1	0.5
B3	Kosten pro Aufenthaltstag Massnahmenzentrum Uitikon (in Franken)	A3	1 069	810	835	25	3.1
W1	Anzahl Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	0	0	1	1	
W2	Anzahl Übergriffe auf Personal	A4	8	10	8	-2	-20.0
W3	Anzahl Suizide	A4	5	2	2	0	0.0
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime in %	A4	97	95	95.3	0.3	
W5	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	413	500	405	-95	-19.0
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in %	A1	80.5	80	78.7	-1.3	

Bemerkungen

- L1, L2 Die Zahl der Aufenthaltstage ist sowohl über alle JuV-Institutionen hinweg als auch für den spezifischen Bereich der Untersuchungs- und Sicherheitshaft tiefer als budgetiert, jedoch in der Grössenordnung des Vorjahres ausgefallen.
- L3 Aufgrund der leicht tieferen Belegung und temporären Kapazitätsreduktionen wegen Umbauarbeiten in einzelnen Betrieben wurde die budgetierte Soll-Auslastung nicht erreicht.
- L4, L5, L6, L7, Bei den Fällen der Bewährungs- und Vollzugsdienste bewegen sich die Kennzahlen für die Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen im Bereich der Budgetwerte. Es wurden weniger ambulante Massnahmen als angeordnet gezählt. Dagegen wurden bei der gemeinnützigen Arbeit gegenüber Budget mehr Fälle administriert. Hinsichtlich der entsprechenden Wirkungsindikatoren konnten die budgetierten Werte für erfolgreiche Abschlüsse bei der gemeinnützigen Arbeit knapp und für die bedingten Entlassungen klar nicht erreicht werden, wobei für letzteren Indikator schweizweit eine generell rückläufige Tendenz zu beobachten ist, welche unter anderem einer zunehmenden Risikosensibilisierung und dem vermehrten Einsatz von Prognoseinstrumente geschuldet ist und welche bei der Budgetierung hinsichtlich ihres Effekts zu wenig berücksichtigt wurde.
- L8 Es mussten wiederum mehr Konsultationen und Behandlungen durch den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst durchgeführt werden. Der Budgetwert wurde damit übertroffen.
- L9 Die Zahl der Lerngruppen für «Bildung im Strafvollzug» konnte nicht wie geplant und budgetiert ausgebaut werden. Zwar wurde in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies am Jahresende eine Gruppe mehr als im Vorjahr gezählt. Gleichzeitig mussten im Flughafengefängnis aufgrund der laufenden Umbauarbeiten zwei Lerngruppen zurückgestellt werden.
- B1 Die Kosten pro Aufenthaltstag sind in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies im Vergleich zum Budget um rund Fr. 20 höher. Hauptursache war die teilweise Aufhebung der Doppelbelegung im Erweiterungsbau.
- B2 Die Kosten pro Aufenthaltstag in den Untersuchungsgefängnissen und in den Vollzugseinrichtungen Zürich entsprechen ungefähr dem Budgetwert. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie leicht gefallen.
- B3 Die Kosten pro Aufenthaltstag im Massnahmenzentrum Uitikon sind um Fr. 25 höher als budgetiert. Hauptgrund war die etwas geringere Auslastung (geschlossener Trakt C). Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Kosten jedoch deutlich gesenkt werden.
- W1 Im Gefängnis Limmattal ist ein Insasse zusammen mit einer Aufseherin geflüchtet. Beide Personen konnten nach wenigen Wochen in Italien verhaftet werden.
- W2 Es wurden gleich viele gewalttätige Vorfälle gegenüber dem Personal wie im Vorjahr gezählt. Der budgetierte Wert wurde damit unterschritten.
- W3 In der Justizvollzugsanstalt Pöschwies und im Gefängnis Zürich wurde je ein Suizid verzeichnet, womit der Budgetwert nicht unterschritten werden konnte.
- W4 Für die rund zweihundert Urlaube aus geschlossenem Regime konnte die budgetierte Quote von 95 Prozent korrekt absolvierter Urlaube knapp übertroffen werden. Wobei nicht nur Verspätungen, sondern auch alle anderen Verstösse gegen die Vorgaben sanktioniert worden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

J1 1.1a Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen

Der mehrmonatige Pilotbetrieb für «Electronic Monitoring» (EM) mit Jugendstrafrechtsfällen im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) konnte erfolgreich abgeschlossen und die Grundlagen geschaffen werden für die weiteren Anwendungsfelder, namentlich den Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen in Form von «Electronic Monitoring» ab Inkrafttreten des revidierten Strafgesetzbuches per 1. Januar 2018.

Planmässig 2018

J1 1.2a Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen

Für das im PJZ geplante Polizei- und Justizgefängnis (PJG) mit seinen rund 300 Gefängnisplätzen konnten im Berichtsjahr die letzten planerischen Anpassungen vorgenommen und die Unterlagen für den Bauauftrag des Gesamtprojekts erstellt werden. Die Inbetriebnahme soll voraussichtlich ab dem Jahr 2020 erfolgen.

Verzögert 2019

J1 1.2b Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen

Der Spatenstich für die neue Justizvollzugsanstalt Realta in Graubünden mit 152 geschlossenen Plätzen (davon rund 70 für Zürcher Fälle) ist im Juni des Berichtsjahres erfolgt und die Eröffnung der neuen Anstalt auf Ende 2019 geplant. Zudem sind die Planungsarbeiten für die von der Gesundheitsdirektion vorgesehene Schaffung einer gesicherten Zwischenstufe zwischen Hochsicherheit und offenem Vollzug für stationäre Massnahmen nach Art. 59 StGB am Standort Rheinau im Zentrum für Stationäre Forensische Therapie weiter vorangeschritten.

Planmässig 2019

Jl 1.2c Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen

Mitte des Berichtsjahres konnte die Schlussdokumentation des Vorprojekts für den Umbau und die Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel (VZB) erstellt werden. Nach Abschluss der Projektierungsphase im ersten Quartal 2017 soll anschliessend der Objektkredit beim Regierungs- und Kantonsrat beantragt werden, damit – vorbehältlich der entsprechenden Bewilligungen - die Inbetriebnahme voraussichtlich 2020 erfolgen kann.

Verzögert 2019

2206 1a Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen

Für die Integration des Polizeigefängnisses in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sollen die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten parallel zum PJZ-Gesamtprojekt vorangetrieben beziehungsweise nach Festsetzung des definitiven Inbetriebnahmedatums konkretisiert werden.

Verzögert 2019

2206 1b Einer älter werdenden Gefangenenpopulation unter Einbezug praktischer und ethischer Aspekte durch entsprechende Konzepte und Massnahmen wirkungsvoll begegnen

Mit der geplanten Schaffung einer Altersabteilung in der neuen Justizvollzugsanstalt Realta (vgl. Jl 1.2b) werden zusätzlich spezifische Plätze für diese Gruppe von Gefangenen mit besonderen Bedürfnissen bereitgestellt. Auf Grundlage einer durchgeführten Bedarfsanalyse sollen zudem auch in den JuV-Betrieben weitere konzeptionelle Massnahmen vertieft geprüft werden.

Planmässig 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	838.1	844.8	845.0	0.2	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	62.0	66.2	64.5	-1.8	-2.7
Aufwand	-233.3	-241.0	-243.9	-2.9	-1.2
Saldo	-171.3	-174.8	-179.5	-4.7	-2.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.5	2.7	4.8	2.2	80.7
Ausgaben	-14.1	-33.3	-11.0	22.3	66.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-9.0			
Saldo	-10.6	-30.7	-6.2	24.5	79.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.7		Abweichungen total B16 zu R16
2.0		- Infolge nicht realisierter Bauprojekte bzw. durch Verzögerungen bei Bauprojekten wurde das Budget für Abschreibungen um 2.0 Mio. Franken unterschritten.
0.6		- Im Personalaufwand wurde das Budget um 0.6 Mio. Franken unterschritten. Hauptgrund hierfür sind verzögerte Besetzungen von vakanten Stellen sowie nicht finanziell bezogene Dienstaltersgeschenke und Einsparungen bei den Weiterbildungskosten, die aufgrund der Arbeitsbelastung zurückgestellt wurden.
0.4		- Durch Zellenvermietung in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies sowie eine hohe ausserkantonale Auslastung der einzelnen Gefängnisse ist der Kostgeldertrag um 3.1 Mio. Franken über dem Budget. Demgegenüber steht ein Minderertrag bei den Verkäufen von 1.1 Mio. Franken sowie weniger Busenertrag von 1.7 Mio. Franken.
-0.6		- Beim Projekt «Electronic Monitoring» konnten weniger Eigenleistungen aktiviert werden als budgetiert, da weniger Personen als angenommen für das Projekt arbeiteten.
-1.6		- Eine tiefere Belegung durch das Migrationsamt in der Ausschaffungshaft führte zu entsprechenden Budgetunterschreitungen von 1.6 Mio. Franken.
-5.6		- Der Sachaufwand wurde um 5.6 Mio. Franken überschritten. Hauptgründe: Durchführung vollzugsbegleitender Massnahmen, vermehrte ausserkantonale Platzierungen in Kliniken infolge Platzmangel in der PUK und allgemeine Zunahme der Klienten nach Art. 59 StGB (psych. Störung).
0.1		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2206

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-30.7	-6.2	24.5	
- Ersatzinvestitionen «Technische Sicherheit»	-17.5	-3.2	14.3	- Erhöhte Budgetwerte; Verzögerungen bei Grossprojekten; nicht budgetierte Vorschusszahlungen von Baubeiträgen des Bundes
- Ersatzinvestitionen «Betriebliche Sicherheit»	-2.9	-0.6	2.3	- Verzögerungen und Sistierungen von Teilprojekten
- Ersatzinvestitionen «Nebengebäude»	-1.1	-0.2	0.9	- Verzögerungen und Sistierungen von Teilprojekten
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	-5.0	-2.1	2.9	- Verzögerungen bei der Projektierung bzw. Honorarrechnungsstellung
- Diverse Einzelprojekte	-1.8	0.6	2.4	- Nicht budgetierte Auszahlung von Baubeiträgen des Bundes
- Mobilien	-2.4	-0.7	1.7	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
4 358 314	907 048	0	3 451 266	-907 048

Bemerkungen

Es wurden im Berichtsjahr für folgende Aufwendungen Rücklagen verwendet:
Personal über Rücklagen finanziert Fr. 642 991, Teamausflüge Fr. 132 655, Mobiliar Fr. 59 592, Qualitätsmanagement JVA Fr. 51 361, Einführungskurse und diverse andere Sachaufwendungen Fr. 20 449.

2207 Gemeindeamt

Die aufsichtsrechtliche Würdigung der Handlungsweise der KESB Winterthur-Andelfingen im «Fall Flaach» wurde abgeschlossen.

Der Regierungsrat genehmigte drei Neufassungen und acht Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindefassungen, drei Neufassungen und fünf Änderungen von Zweckverbandsstatuten sowie den Vertrag einer interkommunalen Anstalt. Ausserdem nahm er von der Vereinigung einer Primarschulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde Kenntnis.

Aufgrund von Pressemitteilungen oder Anfragen von Gemeinden ergaben sich diverse Fälle, die aufsichtsrechtlich zu prüfen waren.

Die Zunahme der asylsuchenden Personen wirkte sich auf die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen aus, indem die Aktenprüfungen im vergangenen Jahr um 41% zunahmten. Parallel

dazu stiegen die Bewilligungen zur Abgabe einer Erklärung nicht streitiger Angaben nach Art. 41 ZGB um 36%.

Von den rund 1100 Namensänderungsgesuchen (+16%) mussten lediglich 2% abgewiesen werden.

Die Anzahl der neu eingegangenen Gesuche um ordentliche Einbürgerung ist auf 5442 (+16,9%) gestiegen. Aufgrund der niedrigen Gesuchseingänge des Vorjahrs konnte das Kantonsbürgerrecht 6814 Personen (-5,2%) erteilt werden. Das Staatssekretariat für Migration überwies 2478 (-12,7%) Gesuche zur Bearbeitung und verfügte 1591 (-9,1%) Aufnahmen in das zürcherische Bürgerrecht.

Im Zuge der Totalrevision des Gemeindegesetzes wurde die Verordnung zum neuen Gemeindegesetz vom Kantonsrat genehmigt. Das Gemeindeamt organisierte das Gemeindeforum, an dem rund 350 Personen teilnahmen.

Aufgaben

- A1 Aufsicht über die rechtskonforme Organisation, Haushaltsführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Kantonaler Finanzausgleich, Nummer 2216)
- A4 Aufsicht über das Zivilstandswesen der Gemeinden, Erfüllung der kantonalen Zivilstandsaufgaben und Bearbeitung der Namensänderungsgesuche
- A5 Aufsicht über das Bürgerrechtswesen der Gemeinden und Vollzug der kantonalen Einbürgerungen
- A6 Aufsicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Behördenschulungstage (Zielwert)	A1	24	18	34	16	88.9
L2	Anzahl Berichtungen / Löschnungen im Informatisierten Ständesregister	A4	2 554	2 500	2 492	-8	-0.3
L3	Anzahl erledigte Namensänderungen	A4	944	820	1 115	295	36.0
L4	Anzahl erledigte ordentliche Einbürgerungen	A5	5 511	4 700	5 235	535	11.4
L5	Anzahl erledigte erleichterte Einbürgerungen	A5	2 544	2 500	2 731	231	9.2
B1	Durchschn. Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung	A5	2.4	3	2.5	-0.5	-16.7
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens gut in %	A1	99	85	89	4	
W2	Durchschn. Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen; Anzahl Monate	A5	17.3	18	17.2	-0.8	-4.4
W3	Durchschn. Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen; Anzahl Monate	A5	5.7	4.2	4.1	-0.1	-2.4
W4	Durchschn. Verfahrensdauer bei Namensänderungen; Anzahl Monate	A4	1.1	3	1.1	-1.9	-63.3
W5	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden in %	A1	91	85	95	10	

Bemerkungen

- L1 Die 23 Kursveranstaltungen der Abteilung Gemeindefinanzen variierten zwischen 1.5 Stunden und 2 Tagen (3 Grundlagenkurse). Die Abteilung Gemeinderecht führte Kurse zu den Themen Abklärungsprozesse und Abklärungsinstrumente im Kinderschutz sowie Kinderschutz im Gemeindealltag durch. Diese Veranstaltungen begünstigten ein über dem Budget liegendes Ergebnis.
- L2 Berichtungen und Löschnungen verharren auf einem hohen Niveau. Es sind häufig mehrere Beurkundungsstände und zum Teil auch andere Kantone mitbetroffen, was neben Mehraufwand für die Fallanalyse zu einem höheren Koordinations- und Überwachungsaufwand führt.
- L3 Mit dem liberalisierten Namensrecht haben vor allem Familiennamensänderungen zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Familiennamensänderungen um 37% zu. Die Vornamensänderungen und die Abschreibungen bzw. Abweisungen (2%) blieben praktisch unverändert.

- L4 Aufgrund der hohen Gesuchseingänge im Berichtsjahr liegt der Rechnungswert immer noch deutlich über dem Budgetwert.
- L5 Die Pendenzen des Vorjahres konnten speditiv aufgearbeitet werden, was einen höheren Rechnungswert bewirkte.
- B1 Aufgrund der konstanten Verhältnisse blieb der Rechnungswert gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.
- W1 Von den rund 400 Teilnehmenden an den Kursen der Abteilung Gemeindefinanzen haben etwa 80% den Fragebogen ausgefüllt. Die Zufriedenheit ist mit 89 % sehr hoch. 36% wurden mit «sehr gut» gewertet.
- W2 Trotz der hohen Neueingänge im Rechnungsjahr konnte der Wert beinahe unverändert beibehalten werden.
- W3 Die Verfahrensdauer hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verkürzt (-28%) und im Bereich des Budgetwertes eingependelt.
- W4 Trotz der Zunahme der erledigten Namensänderungsfälle (+18%) konnte die durchschnittliche Bearbeitungszeit von 34 Tagen beibehalten werden.
- W5 Aus dem Bereich Gemeinderecht wurden 728 Anfragen und aus dem Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz 140 Anfragen beantwortet.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 beurteilt der Regierungsrat Möglichkeiten zur Verminderung finanzieller Unterschiede der Gemeinden bei den Sozialkosten. Planmässig 2019

RRZ 10.2i Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben

Die Beschaffung der KEP ist im August des Berichtsjahres ausgeschrieben worden. Die Angebote werden ausgewertet, der Vergabeentscheid wird voraussichtlich Ende Januar 2017 gefällt werden. Planmässig 2018

RRZ 10.4a Verordnung zum neuen Gemeindegesetz mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten

Der Kantonsrat hat die Verordnung am 7. November des Berichtsjahres genehmigt. Abgeschlossen 2017

RRZ 10.4b HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren

Erste Kapitel des Handbuches sind geschrieben, die Arbeiten können Anfang 2018 abgeschlossen werden. Planmässig 2018

Jl 10.1a Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen

Der Regierungsrat hat im Dezember des Berichtsjahres den Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 beschlossen. Die Veröffentlichung ist im Frühling 2017 vorgesehen. Planmässig 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	58.6	48.2	48.7	0.5	1.1

Bemerkungen B16 zu R16

Die Stellenplanerhöhung gegenüber dem Budget ist auf die Aufsicht über die Kindes- und
0.5 Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zurückzuführen.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	5.9	3.6	3.9	0.3	9.0
Aufwand	-11.6	-10.0	-9.7	0.3	3.0
Saldo	-5.7	-6.4	-5.8	0.6	9.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0	0.0	0.0
Ausgaben		-2.0	-0.0	2.0	98.8
Saldo		-2.0	0.0	2.0	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.5	RRZ 10.2i	- Durch die Verzögerung der IT-Investitionen um 2 Mio. Franken (Investitionsrechnung) im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG) ergeben sich keine Abschreibungen. Diese führt zu einer Kreditübertragung ins Jahr 2017.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2207

- 0.2 A4, A5, A6 - Behördenschulungen, Gebühren im Zivilstandswesen
- 0.1 A4, A5, A6 - Dienstleistungserträge
- 0.2 A4, A5, A6 - Beratungen im Zusammenhang mit der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP), dem Gemeindeforum, Datenergänzungen im Gemeindeportrait sowie der Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
78 817	25 241	0	53 576	-25 241

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Sieben Gemeinden reichten für 2017 ihre Budgets ein und beantragten individuellen Sonderlastenausgleich im Umfang von 6,8 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachdirektionen und des Fachbeirates sicherte das Gemeindeamt Beiträge von rund 3,4 Mio. Franken zu.

Gegen die Entscheide des Gemeindeamtes haben vier von sieben Gemeinden Einsprache eingelegt. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich auf 401,1 bzw. 83,7 Mio. Franken.

Aufgaben

A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleiches mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich gleicht den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %.
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	10 975	10 556	10 556	0	0.0
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	3 210	3 021	3 021	0	0.0
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	44	43	42.84	-0.2	
W4	Ausgleichsvolumen in Mio. Fr.	A1	1 135	1 147	1 148	1	0.1

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt sich in der Differenz der Steuerkraft pro Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und -schwächsten Gemeinde aus. Der Wert von Fr. 10 556 entspricht einem Wert, wie er in einem normalen Ausgleichsjahr auftritt.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität verringert werden. Die Reduktion der Disparität von Fr. 10 556 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 3021 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs.
- W3 Der Wert zeigt die Differenz der notwendigen Steuerfüsse zur Deckung des Normaufwandes (Fr. 3000 indexiert; aktuell bei Fr. 2956.81) zwischen der steuergünstigsten und der am stärksten steuerbelasteten Gemeinde nach dem Ressourcenausgleich. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten eine Mindestangleichung der Ressourcen und somit einen garantierten ressourcenbedingten Steuerfuss.
- W4 Das Volumen hat sich gegenüber dem Budget nur unwesentlich verändert.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		679.0	728.2	728.3	0.1	0.0
- Ressourcenabschöpfung		667.0	716.3	716.3	-0.0	-0.0
- Beitrag aus Strassenfonds		12.0	11.9	12.0	0.1	0.8
Aufwand		-1 134.8	-1 150.9	-1 147.5	3.4	0.3
- Ressourcenzuschuss		-610.0	-620.6	-620.7	-0.0	-0.0
- Zentrumslastenausgleich		-492.9	-491.0	-491.0	-0.0	-0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich		-21.8	-21.1	-20.9	0.2	1.1
- Demografischer Sonderlastenausgleich		-8.8	-7.7	-7.7	-0.0	-0.0
- Übergangsausgleich		2.0	14.1	6.8	-7.3	-51.6
- Individueller Sonderlastenausgleich			-21.0	-11.4	9.6	45.5
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung		-3.3	-3.6	-2.6	0.9	25.8
- Steuerfussausgleichsbeiträge						
Saldo		-455.8	-422.7	-419.2	3.5	0.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2216

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.5		Abweichungen total B16 zu R16
9.6	A1	- Anstelle der budgetierten 21 Mio. Franken wurden im individuellen Sonderlastenausgleich 11,4 Mio. Franken zugesichert.
0.9	A1	- Im Rechnungsjahr wurden von den zugesicherten Zusammenschlussbeiträgen (Regierungsratsbeschlüsse) lediglich 2,6 Mio. statt der budgetierten 3,6 Mio. Franken ausgerichtet.
-7.3	A1	- Anstelle der budgetierten Rückerstattungen des Übergangsausgleichs von 14,1 Mio. Franken konnten lediglich 9,4 Mio. Franken vereinnahmt werden. Mit den Zusicherungen von 2,5 Mio. Franken ergibt sich die Abweichung gegenüber dem Budget von 7,3 Mio. Franken.
0.3		- Übrige Abweichungen

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Mit Einführung des neuen Finanzausgleichsgesetzes auf den 1. Januar 2012 werden keine neuen Investitionsbeiträge mehr gesprochen. Die Investitionsbeiträge betreffen somit ausschliesslich Gesuche, die vor dem 31. Dezember 2011 be-

willigt wurden. Im Berichtsjahr wurden die letzten offenen Zusicherungen ausbezahlt, sodass nur noch die Verzinsung und Abschreibung des Fonds weiterlaufen.

Aufgaben

- A1 Die Zielsetzung orientiert sich an den im per 31.12.2013 aufgelösten Investitionsfonds definierten Aufgaben: Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates.
- A2 Die Leistungsgruppe "Abwicklung Investitionsfonds" dient der Auszahlung der bereits gesprochenen Investitionsbeiträge, deren Bilanzierung sowie Abschreibung und Verzinsung.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)					

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag					
Aufwand	-6.2	-5.3	-5.4	-0.1	-1.8
- Abschreibungen	-5.7	-4.9	-5.0	-0.1	-1.6
Saldo	-6.2	-5.3	-5.4	-0.1	-1.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.8	-0.5	-0.4	0.1	14.7
Saldo	-0.8	-0.5	-0.4	0.1	14.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total B16 zu R16
-0.1		- Im Rechnungsjahr konnten die letzten zugesicherten Investitionsbeiträge ausgerichtet werden. Dadurch sowie durch eine ausserplanmässige Abschreibung erhöhten sich die budgetierten Abschreibungen um 0,1 Mio. Franken.
0.0		- Übrige Abweichungen

2221 Handelsregisteramt

Zusammen mit Vertretern des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen hat ein Evaluationsteam des Global Forum dem Handelsregisteramt einen Besuch zum Thema Transparenz und Informationsaustausch in Steuersachen abgestattet. Zu diesem Zweck wurde die Funktionsweise des kantonalen Handelsregisters erklärt. Das Handelsregisteramt hat damit massgeblich zu einer positiven Bewertung der Schweiz beigetragen.

Unter der Führung der Kantonspolizei Zürich beteiligt sich das Handelsregisteramt an der Bekämpfung der Vermögenskriminalität. Zur Minderung von Konkursbetrügen wird die Eintragung des Gesellschafterwechsels bei sogenannten Mantelgesellschaften mit Hinweis auf die bundesgerichtliche Praxis konsequent verweigert.

Wie schon die UBS im Vorjahr wurde im Berichtsjahr die Credit Suisse umstrukturiert. Der systemrelevante Geschäftsbereich wurde in eine eigenständige Aktiengesellschaft ausgegliedert. Dies führte im Handelsregisteramt zu einem Sonder Einsatz um die rund 6000 zeichnungsberechtigten Personen eintragen zu können. Am 21. November nahm die Credit Suisse (Schweiz) AG ihren Betrieb auf.

Obwohl die Anzahl Firmenkonkurse im Kanton Zürich um rund 4% zunahm, erhöhte sich die Anzahl der eingetragenen, aktiven Firmen auf 105 036. Damit haben über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton Zürich. Den stärksten Zuwachs zeigten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+1772).

Aufgaben

A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	328 327	334 000	336 809	2 809	0.8
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	A1	23 065	21 000	26 410	5 410	25.8
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	A1	45 569	43 500	46 216	2 716	6.2
L4	Anzahl Registerauskünfte	A1	60 396	53 000	52 407	-593	-1.1
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt in %	A1	118	111	123	12	
W2	Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	A1					
W3	Revisionsbericht EHRA	A1		gut	sehr gut		
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1					

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L2 Die hohe Anzahl Rechtsauskünfte ist insbesondere auf die Inanspruchnahme kostenloser Fachauskünfte zurückzuführen.
- L3 Die Anzahl Eintragungen ins Tagesregister wurde aufgrund bisheriger Ergebnisse zu tief prognostiziert und ist leicht höher als im Vorjahr.
- L4 Die Anzahl Registerauskünfte bewegt sich im Rahmen des Budgets.
- L5 Die Überprüfung des Registers konnte vollumfänglich durchgeführt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

2221 10a Aktuell nachgeführtes und wahres Register

Im Berichtsjahr wurden systematisch Bereinigungen durchgeführt und amtliche Verfahren eingeleitet. Stand bis
Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	56.5	58.0	56.4	-1.6	-2.8

Bemerkungen B16 zu R16

Verzögerte Anstellungen führten zu einem tieferen durchschnittlichen Personalbestand.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2221

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.6	12.8	13.0	0.2	1.7
Aufwand	-11.5	-11.5	-10.6	0.8	7.3
Saldo	2.1	1.4	2.4	1.1	77.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total B16 zu R16
0.4	A1	- Tieferer Personalaufwand
0.3	A1	- Die budgetierte Beschaffung von Software wird über die Leistungsgruppe 2201 Generalsekretariat JI abgewickelt.
0.2	A1	- Der höhere Geschäftseingang führte zu höheren Gebühreneinnahmen.
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
323 737	0	0	323 737	0

2223 Statistisches Amt

An vier Sonntagen stimmten Bürgerinnen und Bürger über 13 eidgenössische und 8 kantonale Vorlagen ab. Der Internetauftritt im Bereich Wahlen und Abstimmungen wurde harmonisiert, sodass alle Informationen von Staatskanzlei und Direktionen neu unter www.wahlen-abstimmungen.zh.ch aufzufinden sind.

Der Data Shop hat über 1300 Anfragen beantwortet. Das Angebot an Open Government Data (OGD) auf dem Bundesportal wurde von 28 auf 316 Datensätze erhöht. Auf der Webseite des Statistischen Amtes wurden über 30 interaktive Visualisierungen veröffentlicht. Die Attraktivität der Webseite wurde weiter verbessert, was sich in erhöhten Benutzerzahlen niederschlägt.

Neben der Sammelpublikation «Kanton Zürich in Zahlen» publizierte das Statistische Amt unter anderem Analysen zum

Abstimmungsgeschehen und zu den Nationalratswahlen 2015, zu den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern, zur Entwicklung der Branchenlandschaft und der Dynamik der Firmengründungen.

Daneben wurden die Bevölkerungsprognose aktualisiert und mehrere analytische Auftragsstudien und -prognosen zuhanden anderer Amtsstellen durchgeführt.

Der Bereich Befragungen und Sozialhilfestatistik führte 16 Befragungen für kantonale Stellen, Gemeinden, öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Institutionen durch, wovon 7 Benchmarkingprojekte. Neben der Datenerhebung für die Sozialhilfestatistik im Auftrag des BFS wurde die neue Erhebung für die Sozialhilfeempfänger im Asyl- und Flüchtlingsbereich vorbereitet und ein neuer Sozialbericht für den Kanton Zürich erarbeitet.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen
- A3 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L3 Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	27	18	18	0	0.0
L5 Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1 000 je Fall (Zielwert)	A3	185	100	113	13	13.0
B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) in %	A3	144	100	118.2	18.2	
W1 Anzahl Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	95	80	85	5	6.3
W3 Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer in %)	A1	91				
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1	1				
W5 Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen in %	A2	97.7				
W6 Zufriedenheitsgrad der Kunden in %	A3					
W7 Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultates)	A2		5	2.5	-2.5	-50.0

Bemerkungen

- L5 Die Messgrösse wurde per Berichtsjahr von > Fr. 500 auf > Fr. 1 000 erhöht. R15 bezieht sich noch auf den alten Wert.
- W1, W3 Die Indikatoren wurden per Berichtsjahr neu formuliert.
- W6 Der Indikator wurde per Berichtsjahr neu hinzugefügt.
- W3, W4, W5, W6 Die Indikatoren werden alle zwei Jahre erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2223 10a Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen

Zunehmend stehen Mehrjahresdatensätze aus kantonalen Registern (z. B. Einwohner- und Gebäuderegister) und den Erhebungen des Bundesamtes für Statistik zur Verfügung. Diese erlauben es, Themengebiete inhaltlich und räumlich detaillierter zu analysieren und entsprechend Mehrwert zu schaffen.

Planmässig 2019

2223 10b Ausbau des Statistikangebots auf Internet

Die Datenbestände des Statistischen Amtes wurden weitgehend harmonisiert und liegen nun datenbankgestützt vor. Dies ermöglicht einen standardisierten Zugriff über Applikationen und Tools, die laufend technologisch modernisiert und im Internet aufgeschaltet werden.

Planmässig 2019

2223 10c E-Voting

Gemäss RRB Nr. 551/2016 wurde das Vorprojekt «Flächendeckendes E-Voting» gestartet. In diesem Vorprojekt werden zusammen mit den Gemeinden die Rahmenbedingungen für ein effizientes flächendeckendes E-Voting erarbeitet. Der Bericht wird im Sommer 2017 vorliegen und die Grundlage für die Einführung des flächendeckenden E-Votings bilden.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	28.2	29.0	27.9	-1.1	-3.7

Bemerkungen B16 zu R16

-1.1 Der Stellenplan war nicht durchgehend vollständig ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	0.8	0.8	0.0	2.5
Aufwand	-7.0	-6.7	-6.7	0.0	0.1
Saldo	-6.0	-5.9	-5.9	0.0	0.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.3		0.3	100.0
Saldo	-0.1	-0.3		0.3	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.2		- Auflösung Consortium Vote électronique (VE) gemäss RRB Nr. 551/2016
0.1	A1, A3	- Reduzierter Bezug von Dienstleistungen
0.1	A2	- Weniger Abstimmungsvorlagen
-0.1	A2	- Neuerungen in der Wahl- und Abstimmungssoftware wegen Anpassungen an Bundesrecht
-0.4		- Höherer Personalaufwand
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	0.0	0.3	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
168 590	45 935	51 000	173 655	5 065

Bemerkungen

Dank einem zusätzlichen Projekt schliesst der Ertrag über dem Budget ab. Kosten wurden optimiert durch neue Verhandlungen auslaufender Verträge und es wurden weniger Dienstleistungen beansprucht. Das Statistische Amt beantragt Rücklagen im Umfang von Fr. 51 000.

2224 Staatsarchiv

Die Planungsarbeiten für den Bau 3 des Staatsarchivs (Eröffnung 2019) sind auf Kurs. Die Aktivitäten für Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen wurden weiter intensiviert und stossen auf gutes Echo. Das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» verläuft weiterhin erfolgreich und zur grossen Zufriedenheit der Partnergemeinden. Die Vorarbeiten für eine Verordnung über Informationsverwaltung und -sicherheit konnten entscheidend vorangetrieben werden. Die Übernahme wichtiger Bestände privater Herkunft hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Der Abbau der Restanzen Zwischenarchiv ist weiterhin im Gang.

Den Kunden konnten weitere Online-Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, die den Zugang zu den Verzeichnissen und Beständen immer einfacher machen (z. B. Quickaccess). Die Benutzungszahlen aller Segmente (historisch Interessierte, Betroffene von Zwangsmassnahmen, Wissenschaftler usw.) vor Ort und online entwickeln sich weiter positiv. Der Umfang der konservatorisch aufbereiteten Bestände steigt weiter an. Im Projekt Transkription RRB ist der vorletzte Meilenstein erreicht. Das Projekt Zürcher Gesetzessammlung ist erfolgreich abgeschlossen. Mehrere weitere Editionsprojekte sind erfolgreich auf Kurs.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A4 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Gemeindecarchivberatungen pro Jahr	A1, A2, A3, A4	57	50	52	2	4.0
L2	Anzahl Ablieferungen anbietepflichtiger Stellen	A1	102	80	114	34	42.5
L3	Anzahl Ablieferungen nicht anbietepflichtiger Stellen	A1	30	20	31	11	55.0
L4	Abgelieferte Akten anbietepflichtiger Stellen in Laufmetern	A1	787	700	884	184	26.3
L5	Abgelieferte Akten nicht anbietepflichtiger Stellen in Laufmetern	A1	168	100	141	41	41.0
L6	Erschlossene, im Vorjahr abgelieferte Unterlagen + 400 Laufmeter Restanzen in %	A2	51	100	88	-12	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen in Laufmetern	A2	268	150	199	49	32.7
L8	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A3	2 040	2 000	1 926	-74	-3.7
L9	Anzahl online publizierter Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse (Projektende 2017)	A3	41 207	40 000	54 182	14 182	35.5
L10	Anzahl online edierter Rechtsquellen	A3	100	200	126	-74	-37.0
L11	Konservierte / restaurierte Bestände in Laufmetern	A4	376	150	467	317	211.3
L12	Konservierte / restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A4	57 352	2 000	30 230	28 230	1 411.5
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	35	25	26	1	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen in %	A3	99	90	96	6	
B3	Innerhalb von 3 Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek in %	A3	94	90	81	-9	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkataloges und des Online-Bestellschalters in %	A3	100	98	98	0	
W1	Anzahl Nennungen in den Medien (Reichweite; in Mio.)	A1, A2, A3, A4	3	3	6.6	3.6	120.0
W2	Pilotprojekt Gemeinden: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge mit den 10 Pilotgemeinden in %	A1, A2, A3, A4	95	95	93	-2	

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W3	Positive Rückmeldungen der anbietepflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess in %	A1					
W4	Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen in %	A1		8			
W5	Brauchbarkeit und Zweckmässigkeit neu erarbeiteter und überarbeiteter elektronischer Findmittel in %	A2	90				
W6	Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg in %	A3	90				
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots in %	A3	90				
W8	Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank	A3	345 763	250 000	718 930	468 930	187.6
W9	Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen in %	A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Mehrfachablieferungen grosser Partner mit mehreren Standorten (USZ, PUK, AWEL, AWA, AJB); separate Ablieferungen elektronischer Akten
- L3 Grosse Abhängigkeit von Angeboten, daher schwer beeinflussbar; häufig sehr kleine Ablieferungen
- L4 Die Differenz ist vor allem auf hohe Werte bei den Laufmetern in den Bereichen Gesundheit (USZ, PUK), Bildung (Schliessung grosser Überlieferungslücken bei den Berufsfach- und Kantonsschulen) und Notariatswesen (Projekt NOT) zurückzuführen.
- L5 Der Wert bewegt sich im Rahmen der üblichen Schwankungen. Vier Ablieferungen umfassen zusammen 104 Laufmeter. Beim Rest handelt es sich mehrheitlich um Kleinstablieferungen.
- L6 Das Ablieferungsvolumen ist nach Aufhebung des Ablieferungsstopps für Patientendokumentationen im Jahr 2014 per 2015 zwar gesunken, hat sich aber 2016 wieder deutlich erhöht. 2017 ist ein Rückgang zu erwarten.
- L7 Nacherschliessungen Akten Notariatswesen (Projekt Notariatsbestände) und Zivilstandsämter
- L10 Erhöhung Personalressourcen per 1.7.16
- L11 Restaurierung Bücher (sehr grosse Anzahl, viele Laufmeter)
- L12 Abschluss Projekt Sammlung PLAN (Import Mikrofichen)
- B3 Längere Durchlaufzeiten infolge Umstellung auf neues Regelwerk (Resource Description and Access und Gemeinsame Normdatei)
- W1 Berichterstattungen zu: Bau 3, Schnellzugriff beliebte Archivbestände (Klassenfotos, Patentschriften, Stillandsprotokolle), Fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (Verdingkinder)
- W2 Einzelne Gemeinden haben Tätigkeiten, die im Jahr 2016 weniger vorgekommen sind, entsprechend tiefer bewertet; die Zufriedenheit ist aber weiterhin sehr hoch.
- W4 Indikator kann erst für 2017 erhoben werden
- W8 Erhöhung Anzahl online verfügbarer Dateien (Projekt Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen und Regierungsratsbeschlüssen seit 1803, Projekt Stillstandsprotokolle), Erweiterung thematische Schnellsuchen beliebter Archivbestände (siehe W1)

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
Jl 10.3a Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive Die Projektarbeiten kommen voran und stossen bei den Partnergemeinden auf gutes bis sehr gutes Echo. Ein Schwerpunkt mit grossem medialem Echo bestand in der Schimmelbekämpfung. 2017 beginnt die Auswertung der Pilotergebnisse.	Planmässig	2018
Jl 10.2b Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen Mit der Erarbeitung eines Entwurfes für eine Verordnung über Informationsverwaltung und -sicherheit (IVS) konnte ein entscheidender Schritt gemacht werden.	Planmässig	2019
Jl 10.2c Archivierung elektronischer Unterlagen Die Umstellung auf eine andere HW-Infrastruktur sowie personelle Änderungen führten zu einer leichten Verzögerung des Projekts. 2017 werden die Arbeiten zur Beschaffung eines Digital Repository fortgesetzt.	Verzögert	2019
2224 2a Schaffung / Betrieb von Lehrstellen in den Bereichen Handbuchbinderei, Information und Dokumentation Die Ausbildungsarbeit für Lernende ist intensiv, aber lohnend. Die beiden ersten Lehrabschlüsse stehen 2017 bevor.	Planmässig	2017

2224 10a Projektierung / Realisierung Bau 3; auf der Basis des RRB 989/2010 leiteten die Direktion der Justiz und des Innern und die Baudirektion erste Schritte zur langfristigen Entwicklung des Staatsarchivs am Standort Zürich-Irchel ein. Erhebungen des Staatsarchivs 2011 ergaben, dass spätestens im Jahr 2019 ein Erweiterungsbau bezugsbereit sein muss, damit der gesetzeskonforme Betrieb des Staatsarchivs weiterhin sichergestellt werden kann. Die Machbarkeitsstudie fand 2012 statt, der Projektwettbewerb erfolgte 2013. Das Projekt wird von 2014 bis 2016 zur Baureife entwickelt. Die Vorlage für den Objektkredit wurde vom Regierungsrat mit RRB 702/2015 am 01.07.2015 an den Kantonsrat überwiesen (KRB 5211/2015). Die eigentliche Bauphase wird 2017 / 2018 stattfinden.

Die Arbeiten im Rahmen der Ausführungsplanung verliefen gut und konstruktiv. Der Spatenstich ist für April 2017 geplant; die Eröffnung von Bau 3 Anfang 2019 ist realistisch. Planmässig 2018

2224 10b Aktenschliessung Akten 20./21. Jh

Die bewältigten Volumen bewegen sich im Rahmen der Planung. Planmässig 2019

2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv

Die vorhandenen Ressourcen reichen nicht für die planmässige Zielerreichung. Verzögert 2019

2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft

Die Begleitung von Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen ist mit erheblichen Mehrarbeiten verbunden. Planmässig 2019

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum

Mit Quickaccess konnte ein weiteres Online-Werkzeug geschaffen werden, das sich grosser Beliebtheit erfreut und das die Zugangsschwelle zu den Beständen weiter senkt. Planmässig 2017

2224 10f Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellenserien

Die Online-Publikation der Zürcher Gesetzessammlung konnte planmässig abgeschlossen werden. Im Projekt Publikation von Regierungsrats- und Kantonsratsbeschlüssen wurden entscheidende Meilensteine erreicht. Planmässig 2019

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Die Volumen an konservierten und restaurierten Beständen sind inzwischen beträchtlich. Um die Lesbarkeit aller Unterlagen langfristig sicherzustellen, sind die Ressourcen mittelfristig nicht ganz genügend. Planmässig 2019

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien

Die für den internen Bedarf erbrachte Leistung des Kompetenzzentrums ist gross, ebenso die Anerkennung durch externe Partner. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	54.8	57.1	54.4	-2.8	-4.8

Bemerkungen B16 zu R16

Im Beschäftigungsumfang von 54.4 Stellen sind Lernende und Praktikanten im Umfang von 4.3 Stellen nicht miteinberechnet. Die effektive Abweichung in der Höhe von 1.6 Stellen ist auf nicht budgetierte, befristete 2.8 Projektstellen und temporäre Aushilfsstellen zurückzuführen.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.7	1.2	5.0	3.8	308.7
Aufwand	-9.2	-8.7	-12.5	-3.8	-43.5
Saldo	-7.5	-7.5	-7.5	0.0	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.8	-0.5	-0.6	-0.1	-24.3
Saldo	-0.8	-0.5	-0.6	-0.1	-24.3

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2224

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
		- Die Rechnung 2016 schliesst gemäss Budget 2016. Die Abweichungen im Aufwand und Ertrag stehen im Zusammenhang mit fremdfinanzierten Projekten
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.5	-0.6	-0.1	
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019, um weiterhin einen gesetzeskonformen Betrieb sicherzustellen)	-0.5	-0.6	-0.1	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
156 982	0	0	156 982	0

2232 Fachstelle Opferhilfe

Insgesamt wurden an Opfer und Angehörige finanzielle Leistungen im Umfang von Fr. 3 534 886 (Vorjahr: Fr. 4 039 884) erbracht. Mittels Regress auf Täter konnten Rückforderungen von Fr. 166 409 (Vorjahr: Fr. 131 876) erhältlich gemacht werden.

Die anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge im Umfang von Fr. 5 865 854 (Vorjahr: Fr. 5 524 782) als Abgeltung für ihre Leistungen. Für die Beratung von Opfern mit ausserkantonalem Wohnsitz hat der Kanton Einnahmen von Fr. 302 706 (Vorjahr: Fr. 202 125) netto erzielt.

Das Opferhilfeberatungsangebot für Kinder und Jugendliche konnte durch den Zusammenschluss der ambulanten Beratungsstelle des Mädchenhauses mit der Beratungsstelle Kokon weiter optimiert werden. Ab 2017 gibt es im Kanton

acht anerkannte Opferberatungsstellen.

Die Beratung und Betreuung der Opfer von Menschenhandel wurde neu organisiert. Unter der Leitung der Kantonalen Opferhilfestelle wurde zusammen mit anderen Kantonen die Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle FIZ Makasi mittels eines harmonisierten Mustervertrags geregelt. Beratungs- und Betreuungsangebote anderer Kantone im Bereich Menschenhandel wurden geprüft und ebenfalls in das Angebot der Opferhilfe aufgenommen, sodass im Einzelfall ein den individuellen (Schutz-)Bedürfnissen des Opfers, aber auch der Strafverfolgungsbehörden entsprechendes Angebot zur Verfügung steht.

Die Kantonale Opferhilfestelle hat in verschiedenen inner- und interkantonalen Gremien mitgewirkt.

Aufgaben

- A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	580	550	628	78	14.2
L2	Anzahl beurteilte Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	A1	635	580	624	44	7.6
L3	Anzahl neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	4	10	10	0	0.0
L4	Anzahl neu eröffnete Regressverfahren	A1	56	50	64	14	28.0
L5	Anzahl abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle 2 Jahre)	A2	9				
B2	Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer)	A1	4 805	5 800	3 896	-1 904	-32.8
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung) in Monaten, ab 2011 als Wirkungsindikator	A1	1.9	2	1.5	-0.5	-25.0
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent, ab 2011	A2	239	230	240	10	4.3

Bemerkungen

- L1, B2, Die tieferen Beiträge für Genugtuungen, Entschädigungen und Soforthilfe sowie die erneut gesunkene durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren haben zu tieferen Durchschnittskosten pro Opferhilfverfahren geführt.
- W1 Die Abweichung zum budgetierten Wert resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der abgeschlossenen Opferhilfverfahren.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.1	6.1	6.2	0.1	1.3

Bemerkungen B16 zu R16

- 0.1 Für eine im Mutterschaftsurlaub weilende Mitarbeitende wurde eine Aushilfe beschäftigt, was zur höheren durchschnittlichen Besoldung pro Vollzeitstelle geführt hat (zeitweilige Doppelbesetzung).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.2	1.4	0.2	17.4
Aufwand	-11.3	-11.5	-11.1	0.4	3.4
Saldo	-10.2	-10.3	-9.7	0.6	5.7

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2232

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.8	A1	- Tiefere Beiträge für Genugtuungen, Entschädigungen und Soforthilfe
0.1	A1	- Höhere Regressforderungen
-0.1	A1	- Zunahme von Übersetzungskosten bei den Beratungsstellen
-0.1	A1	- Höhere Forderungsverluste und Wertberichtigungen (einige hohe Abschreibungen)
-0.2	A1	- Höhere Kostenanteile an Beratungsstellen (neue Leistungsvereinbarungen 2015)
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
32 692	4 076	5 500	34 116	1 424

Bemerkungen

Infolge knapper personeller Ressourcen musste grösstenteils auf die Umsetzung von Aus-/Weiterbildungsvorhaben verzichtet werden (eine Mitarbeiterin befand sich im Mutterschaftsurlaub, deren Ausfall konnte nur teilweise durch eine Aushilfe aufgefangen werden). Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 5500 beantragt.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Zum Jahresauftakt organisierte die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann (FFG) in Kooperation mit der ICON Group die «Diversity & Inclusion»-Konferenz. Im Rahmen der Fachkräftemangelinitiative des Amtes für Wirtschaft und Arbeit holte die Fachstelle die internationale Konferenz zum ersten Mal in die Schweiz und hat damit zur Standortförderung und Sensibilisierung der lokalen Unternehmen in wichtigen Bereichen wie flexible Arbeitsmodelle, Vereinbarkeit von Beruf und Privat und nachhaltiges Generationenmanagement beigetragen.

Im Kontext der nationalen Bemühungen zum Thema Lohn-gleichheit organisierte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit der Zürcher und der Winterthurer Fachstelle für Gleichstellung die insgesamt zehntägige Ausstellung «Lohnmobil».

Im Juni lancierte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Lehrmittelverlag und dem Amt für Jugend und Berufsbildung das Memoryspiel «Deck Auf! Das Berufespiel», das junge Menschen darauf sensibilisiert, dass Männer und Frauen in allen Berufen arbeiten können.

Die Fachstelle bot regelmässig Workshops am Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG) in Winterthur an. Bis zu 700 Studierende wurden in der Thematik der Chancengleichheit, Lohn- und Laufbahnentwicklung im Verlauf ihres Erwerbslebens sensibilisiert. Zudem führte die Fachstelle Workshops zum Thema sexuelle Belästigung und Diskriminierung an der Zürcher Polizeischule und am Erwachsenenbildungs- und Forschungsinstitut ECAP durch.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (Zielwert)	A1	13	15	16	1	6.7
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	9	11	9	-2	-18.2
L3	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.; Zielwert)	A1, A3	21	8	25.5	17.5	218.8
W1	Aktiver Einbezug der Chancengleichheit in Sachgeschäften der Direktionen, Aemter und Abteilungen	A1, A2	12	6	7	1	16.7
W2	Aktiver Einbezug in Umsetzung von Chancengleichheitsprojekten bei Arbeitgebenden	A1, A3	56	18	14	-4	-22.2
W3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf websites pro Jahr	A1, A3	1 617	20 000	19 750	-250	-1.3

Bemerkungen

- W3 Die Website-Besuche liegen im Rahmen des Budgets. In der Rechnung 2015 wurde irrtümlich der Wert pro Monat statt pro Jahr erfasst.
- L3 Die Fachstelle wurde vermehrt auch von Kleinfirmen kontaktiert.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2.9	3.1	3.1	0.0	1.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.1	0.0	0.0	0.0	27.5
Aufwand		-0.8	-0.8	-0.9	-0.1	-7.0
Saldo		-0.7	-0.8	-0.8	-0.0	-6.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
15 934	1 482	0	14 453	-1 482

2234 Fachstelle Kultur

Die Förderung des geistigen und kulturellen Lebens ist im Kulturförderungsgesetz von 1970 verankert. Zur Umsetzung dieser gesetzlichen Grundlagen richtet die Fachstelle Kultur Subventionen an Kulturinstitute und Beiträge an kulturelle Veranstaltungen von Gemeinden, öffentlich- oder privatrechtliche Vereinigungen und an einzelne Kulturschaffende aus. Als Leitfaden dient ihr das im Frühjahr 2015 vom Regierungsrat verabschiedete Kulturförderungsleitbild.

Der Regierungsrat verlieh den Kulturpreis (Fr. 50 000) an das Musiker-Duo Christoph Keller und Christoph Homberger und den Förderpreis (Fr. 40 000) an die Theaterpädagogin Golda Eppstein. Mit der Goldenen Ehrenmedaille des Regierungsrates wurde Matthias Brunner für seine Vermittlungsarbeit im Bereich des Filmschaffens ausgezeichnet.

Für 96 Kulturinstitutionen, einschliesslich der Opernhaus Zürich AG, der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich und der Zürcher Filmstiftung, wurden Subventionen von Fr. 93 942 301 ausgerichtet. Die Beitragsberechtigungen, welche die Unterstützung der Kulturinstitutionen durch den Kanton festlegen, liefen Ende Berichtsjahr aus. Ihre Erneuerung ab 2017 bildete daher eines der Hauptgeschäfte der Fachstelle Kultur.

Wiederum war eine Zunahme bei der Anzahl Gesuche an die Fachstelle Kultur zu verzeichnen – so sind über 1000 Dossiers eingegangen, die von der kantonalen Kulturförderungskommission geprüft und in 633 Fällen positiv beurteilt wurden.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten.
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen.
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen.
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl unterstützte Vorhaben zeitgenössischer künstlerischer Produktion (Zielwert)	A1	426	320	633	313	97.8
L2	Anzahl unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	86	85	96	11	12.9
L3	Anzahl unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	38	50	64	14	28.0
L4	Opernhaus Zürich: Anzahl Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	248	200	260	60	30.0
L5	Opernhaus Zürich: Anzahl Premieren (Zielwert)	A4	12	10	12	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Anzahl Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	28	20	35	15	75.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Kostenbeitrag Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich)	A1, A2, A3, A4	1.99	2	1.81	-0.2	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit in %	A4	36.5	30	37.2	7.2	
W1	Anzahl Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	62	32	63	31	96.9
W2	Anzahl unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1 079	1 500	922	-578	-38.5
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung in %	A4	84.3	74	83.3	9.3	

Bemerkungen

- L1 Wiederum starke Zunahme der Anzahl eingegangener Unterstützungsgesuche (Verdoppelung seit 2013).
- L2 Dank zusätzlicher Lotteriefondsmittel konnten gegenüber der Rechnung Vorjahr zehn zusätzliche Institutionen (davon die Hälfte ausserhalb der urbanen Zentren) mit Betriebsbeiträgen unterstützt werden.
- L3 Neues, vereinfachtes Gesuchsverfahren für Gemeinden seit 2015. Wie erwartet ist der gewünschte Effekt mit einem Jahr Verzögerung eingetreten.
- W2 Zunahme bei der Anzahl unterstützter Gemeinden (siehe L3), kommunale Programme jedoch im Durchschnitt mit geringerer Anzahl Veranstaltungen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

JI 3.1a Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen.

Der Austausch mit den Kulturbeauftragten von Zürich und Winterthur wurde verstärkt und gemeinsame Projekte wie zum Beispiel die Tagung Kulturelle Teilhabe (siehe auch JI 3.1d) wurden initiiert. Eine neue kantonale Abordnung im Fotomuseum Winterthur wurde bestimmt.

Planmässig 2019

JI 3.1b Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren.

Der Betriebsbeitrag an die Zürcher Filmstiftung wurde ab 2017 erhöht.

Planmässig 2019

JI 3.1c Regionale Strukturen und Kooperationen stärken.

Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Kulturbeauftragten und -verantwortlichen wurde ausgebaut. Regionale Netzwerke wurden unterstützt.

Planmässig 2019

JI 3.1d Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung.

Der Informationsaustausch mit weiteren Förderstellen und den Leitungen der Kulturinstitutionen wurde initiiert mit verschiedenen Projekten, wie zum Beispiel der Tagung Kulturelle Teilhabe.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.9	7.4	7.4	-0.0	-0.5

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	17.1	26.1	25.5	-0.6	-2.2
Aufwand	-104.4	-106.1	-105.7	0.4	0.4
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-81.5	-80.0	-80.0	0.0	0.0
- Kostenbeitrag Bauvorhaben Opernhaus Zürich	-0.1	-0.5		0.5	100.0
- Kostenanteil Opernhaus Zürich	-3.6	-3.9	-4.1	-0.2	-6.3
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.2			
Saldo	-87.3	-80.1	-80.2	-0.2	-0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total B16 zu R16
0.7	A4	- Opernhaus Zürich AG: Minderausgaben Kostenbeitrag Bauvorhaben und nicht beanspruchte Kreditübertragung.
0.1	A1, A2, A3, A4	- Minderausgaben Sachaufwand.
-0.2	A4	- Opernhaus Zürich AG: Kostenanteil werterhaltender Unterhalt höher als budgetiert (2% Gebäudeversicherungswert).
-0.8	A1, A2, A3, A4	- Neuberechnung ILV 2016-18: Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben für den Kanton Zürich.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
43 964	3 509	0	40 455	-3 509

2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen

Mit dem Wechsel der Fachstellenleitung standen organisatorische Veränderungen, strategische Anpassungen, Aktualisierung der Steuerungsinstrumente und die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Partnern der Fachstelle im Zentrum. Die Grundlagen für die Stärkung der individuellen Begrüssung und Erstinformation von Migrantinnen und Migranten in den Gemeinden und für die Sensibilisierung und Prävention von Radikalisierung und Extremismus wurden überarbeitet. Vorangetrieben wurde die strategische Ausrichtung für die Erarbeitung des zweiten Kantonalen Integrationsprogramms (KIP 2, 2018–2021).

Seit der Umsetzung der Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale wurde bei mehr als 2200 vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen abgeklärt, welche

Integrationsmassnahmen angezeigt sind, damit der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt gelingt.

Insgesamt wurden 1000 Personen in intensive Deutschkurse, 430 in begleitende Arbeitsintegrationsangebote und 770 Personen in Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote triiert.

Die aktuelle Flüchtlingssituation führte zu zahlreichen parlamentarischen Vorstössen und vielen Medienanfragen, weshalb die Bearbeitung der Vorstösse sowie die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit viele Ressourcen banden. Die direktionsübergreifende Zusammenarbeit wurde durch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Integration von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich gestärkt.

Aufgaben

- A1 Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Sinne von "Fördern und Fordern".
- A2 Zusammenarbeit mit Gemeinden zur Realisierung von Integrationsfördermassnahmen und -projekten.
- A3 Kooperation mit Dritten (Projektanbieter, Migrantenorganisationen, Arbeitgeber,...) zur sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration.
- A4 Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration.
- A5 Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere dem Staatssekretariat für Migration (SEM).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Erstinformationsveranstaltungen (Zielwert)	A1	4	4	0	-4	-100.0
L2	Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden (Zielwert)	A2	55	50	61	11	22.0
L3	Anzahl finanziell unterstützter Integrationsmassnahmen Dritter	A3	68	50	70	20	40.0
L4	Gemeinsame Anlässe mit Migrantenorganisationen (Zielwert)	A3	7	7	5	-2	-28.6
L5	Öffentlichkeitsauftritte (Kampagnen, öffentliche Veranstaltungen u.a.)	A4	4	4	4	0	0.0
L6	Gemeinsam mit anderen Kantonen oder dem Bund realisierte Vorhaben	A5	4	4	5	1	25.0
B1	Durchschnittlich vereinbarter Kantonsbeitrag an die Gemeinden pro Ausländerin und Ausländer, in Franken	A2	16.4	15.5	17	1.5	9.7
B2	Betreuungsaufwand pro Kooperationsgemeinde, in Stunden	A2	88	110	95	-15	-13.6
B3	Arbeitsaufwand für Anfragen von Migrantinnen und Migranten, in Stunden	A1	454	500	467	-33	-6.6
W1	Zielgruppenerreichung der Informations- und Beratungsangebote in den Gemeinden, in %	A2	20	20	21	1	
W2	Zielgruppenerreichung durch die von Gemeinden realisierten Deutsch- und Integrationskurse, in %	A2	9	10	9	-1	

Bemerkungen

- L1 Die Erstinformationsveranstaltungen wurden per Ende 2015 abgeschafft. Die Gemeinden übernehmen diese Aufgabe im Kantonalen Integrationsprogramm.
- L2 Im Jahr 2016 konnten erfreulicherweise mehr Gemeinden für das Kantonale Integrationsprogramm gewonnen werden.
- L3 Der Bereich soziale Integration sowie die Angebote mit Migrantenvereinen wurden verstärkt ausgebaut.

- L4 Aus strategischen Überlegungen wurde zum Teil auf Veranstaltungen verzichtet.
 B2 Der höhere Aufwand für die Umsetzung der Angebote, die mit der Integrationspauschale finanziert wurden, und der Start des KIP 2-Projekts führten dazu, dass weniger Zeit für die Betreuung der Kooperationsgemeinden zur Verfügung stand. Gleichzeitig war auch weniger Betreuung nötig, weil im dritten KIP-Jahr viele Abläufe zur Routine geworden waren und sich die Gemeinden zudem stärker regional vernetzt haben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren

Im Berichtsjahr wurden Leistungsvereinbarungen mit insgesamt 61 Gemeinden (Vorjahr: 55) und 48 Drittanbietern (Vorjahr: 36) abgeschlossen. Bestehende Leistungsvereinbarungen wurden ausgebaut. Verschiedene Coaching-/Case-Management-Angebote für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge wurden neu eingeführt. In deren Rahmen wird eng mit Arbeitgebern zusammengearbeitet. Dank der Internetplattform, auf der sich zahlreiche Migrantenvereine registriert haben, konnte die Zusammenarbeit mit diesen in Form von Informations- und Vernetzungstreffen intensiviert werden.

Planmässig 2019

RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen

Die Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale wird seit Anfang des Berichtsjahres umgesetzt. Die neuen Angebote liefen erfolgreich an und wurden im Rahmen des Qualitätsmanagements der Fachstelle laufend überprüft und optimiert.

Planmässig 2019

RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen

Im Rahmen der Pilotprojekte JASS info und JASS genuss fanden 60 Veranstaltungen statt. Dabei wurde auf vielfältige Weise das friedliche Zusammenleben thematisiert und durch Begegnungsmöglichkeiten versucht, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Planmässig 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Ein Ziel der Fachstelle besteht darin, Schnittstellen zwischen den für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern relevanten Akteuren zu identifizieren und an den Schnittstellen klärend zu einer Optimierung der Integrationsförderung beizutragen.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	8.5	8.6	7.9	-0.7	-8.0

Bemerkungen B16 zu R16

Noch offene Stellen werden erst im Zuge der strategischen/organisatorischen Neuausrichtung unter der neuen
-0.7 Leitung im Jahr 2017 besetzt.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	17.6	21.5	20.9	-0.6	-2.8
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	9.5	6.5	6.3	-0.2	-3.3
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	8.1	15.0	14.6	-0.4	-2.8
Aufwand	-19.9	-23.8	-23.2	0.6	2.4
- Beiträge an Gemeinden	-6.2	-5.3	-6.8	-1.5	-28.6
- Beiträge an andere Direktionen	-0.0	-0.5	-0.1	0.4	84.1
- Beiträge an Dritte	-11.6	-16.0	-14.7	1.3	8.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.1			
Saldo	-2.3	-2.3	-2.3	-0.0	-0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total B16 zu R16
1.3	A3	- Tiefere Beiträge an Dritte, da Beiträge direkt an Gemeinden ausbezahlt wurden.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2241

- 0.4 - Tiefere Beiträge an andere Direktionen, da Beiträge direkt an Gemeinden ausbezahlt wurden.
- 1.5 A2 - Höhere Beiträge an Gemeinden, vor allem mit Finanzierung über die Integrationspauschale.
- 0.2 - Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015 40 537	Verwendung 2016 5 603	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017) 0	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016 34 934	Veränderung Bestand -5 603
---	-----------------------------	--	---	-------------------------------

2251 Bezirksräte

Im Berichtsjahr führten die Bezirksräte in allen zwölf Bezirken die Vorbereitung zur Wahl der Bezirksbehörden durch, wobei in praktisch allen Bezirken die Behördenmitglieder in einer stillen Wahl gewählt werden konnten. Ferner kamen einige Bezirksräte als wahlleitende Behörden bei Ersatzwahlen zum Zuge.

Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes stand die Festigung und Weiterentwicklung der Rechtsprechung zum neuen Recht im Vordergrund. In diesem Bereich fand unter den Bezirksräten und ihren Kanzleien ein reger Erfahrungsaustausch statt, der auch den Austausch begleitender Entscheide des Obergerichts und des Bundesgerichts umfasste. Diese Verfahren erwiesen sich weiterhin als besonders aufwendig, da regelmässig über Anträge auf Erlass von vorsorglichen Massnahmen sowie über Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege zu entscheiden war.

Ebenso erwies sich die materielle Bearbeitung der Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Kindesschutz, als sehr komplex und zeitaufwendig. Regelmässig galt es eine Vielzahl strittiger Punkte des angefochtenen Entscheides zu prüfen sowie aufwendige Anhörungen durchzuführen. Als erste gerichtliche Beschwerdeinstanz im Kindes- und Erwachsenenschutz verzeichneten die Bezirksräte gegenüber dem Vorjahr eine leichte Abnahme der Geschäftseingänge.

Die markante Zunahme bei den erstinstanzlichen Entscheiden und Bewilligungen ist insbesondere auf die steigenden Gesuche gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland zurückzuführen. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der pendenden Geschäfte bis zum Ende des Berichtsjahres. Ferner ist auch eine Zunahme bei der Anzahl erteilter Rechtsauskünfte zu verzeichnen.

Aufgaben

- A1 Rechtspflegefunktion: Der Bezirksrat ist verantwortlich für die Anordnung der Wahl der Bezirksbehörden, für Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller), sowie Entbindung vom Amtsgeheimnis von Organen.
- A2 Aufsicht: Der Bezirksrat überwacht die Gemeindebehörden und -beamten, die Stiftungen, sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitexorganisationen.
- A3 Erstinstanzliche Entscheide: Der Bezirksrat behandelt erstinstanzlich Rekurse oder Beschwerden gegen das Gemeinwesen, im Sozial- und Jugendhilferecht sowie gegen die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A4 Auskunft-, Beratungstätigkeit: Der Bezirksrat übernimmt Aufgaben, die von anderen Behörden nicht übernommen werden und erteilt telefonisch Auskunft für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1	1 519	1 510	1 546	36	2.4
L2	Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen erteilt	A4	7 846	7 900	8 011	111	1.4
L3	Entscheide und Bewilligungen von erstinstanzlich Rekurse oder Beschwerden erledigt	A3	484	570	577	7	1.2
L4	Jahresrechnungen, Visitationen u. Revisionsberichte: beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrecht durchgeführt	A2	1 896	2 000	1 855	-145	-7.3
L5	Visitationen: bei Heimen, Stiftungen, Spitex und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrecht durchgeführt	A2	910	940	866	-74	-7.9
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1	460	290	507	217	74.8
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A3	861	730	928	198	27.1
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittel in % (§ 27c VRG)	A1	72.01	69	71.15	2.2	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	A1	12.65	13.4	12.85	-0.6	

Bemerkungen

- L1 Mehrererledigung durch befristete Stellen
- L2 Zunahme von Anfragen aus Behörden- und Privatbereich zur Steigerung von Rechtssicherheit
- L3 Behörden wollen mehr Sicherheit, vorsorgliche Fallklärung - vor allem beim Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
- L4 Weniger Schulgemeinden bzw. mehr Einheitsgemeinden durch Zusammenschlüsse und noch ausstehende Gemeindejahresrechnungen
- L5 Es werden nicht in jedem Jahr alle Institutionen geprüft.
- L7 Der Rechtsmitteleingang hat zugenommen durch den Weiterzug der Betroffenen.
- L8 Erhöhter Falleingang führt zu mehr offenen Fällen.
- W1 Sinkende Akzeptanz erstinstanzlicher Entscheide

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG)

Die speditive Behandlung der eingegangenen Rekurse und Beschwerden wird fortlaufend angestrebt. Planmässig 2019

2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Beschwerden gegen Entscheide und Massnahmen der Behörden werden in Anwendung der geltenden Rechtsprechung und Rechtsentwicklung entschieden. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	37.3	36.0	39.4	3.5	9.7

Bemerkungen B16 zu R16

3.5 Wegen Personalausfällen und grosser Arbeitslast wurden befristete Stellen bewilligt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.0	1.1	0.1	5.7
Aufwand	-9.2	-9.1	-10.0	-0.9	-9.6
Saldo	-8.1	-8.1	-8.9	-0.8	-10.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
--	-----	-----	------------	--------	-----

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.8		Abweichungen total B16 zu R16
-0.1	A1, A2, A3	- Wahlpublikationen für Ersatzwahl und 2. Wahlgang; Zunahme der Honorare für unentgeltliche Rechtsbeistände (URB)
-0.7	A1, A2, A3	- Zusätzlich bewilligte Stellen
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
268 602	36 557	0	232 045	-36 557

Bemerkungen

Es werden keine Rücklagen beantragt.

2261 Statthalterämter

Sowohl der Reformdruck wie auch die zunehmende Geschäftslast stellen immer höhere Anforderungen an die Verfahren im Übertretungsstrafrecht. Zusammen mit der steigenden Komplexität der Fälle führt dies zu einer Mehrbelastung in den Statthalterämtern. Die Mehrbelastung wird einerseits hervorgerufen durch die Zunahme bei sogenannten Massendelikten im ordentlichen Verfahren, wie dem Missachten eines audienzrichterlichen Park- oder Fahrverbots. Andererseits rührt die Mehrbelastung daher, dass zunehmend

Ordnungsbussen nicht innert Frist bezahlt werden, deshalb in das ordentliche Verfahren übergehen und durch die Statthalterämter mit einem Strafbefehl erledigt werden müssen. Zudem lassen sich immer mehr Beschuldigte anwaltschaftlich vertreten, selbst bei geringen Bussen. Dies führt zwangsläufig zu mehr Schriftenwechseln und häufig zu mehr Untersuchungsaufwand und damit zu aufwendigeren und komplexeren Übertretungsstrafverfahren.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehresen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl erledigte Straffälle	A1	65 093	58 000	68 889	10 889	18.8
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren	A1	26	68	70	2	2.9
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	1 548	4 600	4 459	-141	-3.1
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A4	813	1 400	177	-1 223	-87.4
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	A1	105 830	94 000	116 325	22 325	23.8
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	A1	87.46	80	83.33	3.3	
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	2 917	2 700	2 808	108	4.0
W2	- in % der erledigten Fälle - Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	4.48	4.66	4.04	-0.6	
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	A1	5 623	4 800	8 254	3 454	72.0
W4	- in % aller Fälle - Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	A1	7.95	7.73	11.4	3.7	
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	A1	1 161	1 100	1 323	223	20.3
W6	- in % der erledigten Fälle - Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	A1	1.78	1.94	1.88	-0.1	

Bemerkungen

- L3 Neue Gültigkeitsperiode der Ausweiskarte Reisende mit einer Behinderung (2017-2020)
- L4 Zu hoch budgetiert sowie begrenzte Ressourcen, Verlagerung auf andere Rechtsgebiete
- L5 Starke Zunahme der Verzeigungen
- W1 Fallzunahme und demgegenüber geringere Akzeptanz von Entscheiden führt zu mehr Rechtsmittelbeanspruchung
- W2 Im Schwankungsbereich
- W3 Mehrbelastung durch erhöhten Falleingang
- W5, W6 Kaum beeinflussbar, da von Gerichtspraxis abhängig

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide		
Massgebliche Rechtsentscheide werden regelmässig in der Statthalterkonferenz besprochen.	Planmässig	2019
2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG)		
Durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei wird die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) optimiert.	Planmässig	2019

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2261

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	67.5	68.2	66.2	-2.0	-2.9

Bemerkungen B16 zu R16

-2.0 nicht alle budgetierten und bewilligten Stellen besetzt

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.8	30.4	31.4	1.0	3.2
Aufwand	-19.8	-20.1	-21.0	-0.8	-4.1
Saldo	10.9	10.3	10.4	0.1	1.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total B16 zu R16
1.0	A1, A5	- Höhere Fallzahl führt zu Mehrerträgen
-0.8	A1, A5	- Die erhöhte Zahl von ausgefallten Strafbefehlen führt zu vermehrten Abschreibungen, davon viele Ordnungsbussen/Übertretung des Personenbeförderungsgesetzes, welche im Vollzug enden.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
396 310	72 526	0	323 784	-72 526

2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Die Verteilung der Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erfolgte im vorgesehenen Umfang. Zur laufenden Studie über die kirchlichen Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung im Kanton Zürich wurde ein Zwischenbericht an die Auftraggebenden verfasst.

Aufgaben

- A1 Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz
A2 Unterhalt der drei nach § 26 Kirchengesetz im Kantonseigentum verbleibenden kirchlichen Liegenschaften

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5.1j Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen

Die konzeptionellen Vorarbeiten wurden termingerecht erbracht.

Stand bis
Planmässig 2019

2270 5a Begleitung und Evaluation Beitragsphase 2014-2019

Die Vorarbeiten zur Berichterstattung verliefen im vorgesehenen Rahmen.

Planmässig 2019

2270 5b Überprüfung und allenfalls Anpassung Daten-Grundlagen für System der Kostenbeiträge

Die für das Berichtsjahr vorgesehenen Phasen der Studie zur Überarbeitung der Datengrundlage wurden erfolgreich abgeschlossen.

Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

Ertrag	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Aufwand			0.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen aus 2015	-50.6	-51.8	-50.6	1.2	2.3
Saldo			-50.6	1.2	0.0
	-50.6	-51.8	-50.6	1.2	2.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Einnahmen	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ausgaben			0.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-2.8	-0.2	2.6	93.3
Saldo			-0.2	2.6	93.3
		-2.8	-0.2	2.6	93.3

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2270

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total B16 zu R16
0.9	A2	- Infolge Verschiebung der Sanierungsmassnahmen (insbesondere am Grossmünster wegen des Reformationsjubiläums) wurde der Kreditübertrag aus dem Vorjahr nicht benötigt. Hierfür wird erneut ein Antrag auf Kreditübertrag gestellt.
0.5	A2	- Weniger Abschreibungen infolge tieferer Investitionsausgaben
0.1	A2	- Tieferer übriger Unterhalt an den kirchlichen Liegenschaften
-0.3	A2	- Höherer Planungsaufwand Grossmünster
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.8	-0.2	2.6	
- Sanierung Grossmünster	-2.2	-0.1	2.1	- Verschiebung der Arbeiten wegen des Reformationsjubiläums (die kirchlichen Liegenschaften werden per 1.1.2017 an das Immobilienamt übertragen)
- Sanierung Klosterkirche Kappel	-0.6	-0.1	0.5	- Zeitliche Verzögerung (die kirchlichen Liegenschaften werden per 1.1.2017 an das Immobilienamt übertragen)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	58
Legislaturziele	59
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	59
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	59
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	59
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	60
Finanzierung	61
Übersicht	61
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	61
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	61
Personal- und Lohnstatistik	61
Beschäftigungsumfang	61
Lohnaufwand	61
Anstellungsverhältnisse	61
Parlamentarische Vorstösse	62
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	62
Leistungsgruppen	63
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	63
3100 Kantonspolizei	65
3200 Strassenverkehrsamt	68
3300 Migrationsamt	71
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	73
3500 Sozialamt	76
3700 Sportamt	79
3910 Sportfonds	81
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	82
3930 Schutzraumfonds	84

Überblick

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen die öffentliche Sicherheit, die soziale Sicherheit, die Verkehrssicherheit, die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen, das Ausländerrecht, der ausserschulische Sport und der Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht. Mit ihrer Arbeit tragen die Ämter und Fachstellen der Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Präventionsarbeit der Polizei

Der dschihadistisch motivierte Terrorismus, der Urheber von Anschlägen in verschiedenen europäischen Ländern ist, stellt auch eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit der Zustimmung zum Nachrichtendienstgesetz des Bundes wurde eine Grundlage geschaffen, um gezielt präventive Massnahmen zwecks Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit zu ergreifen. Unter der Bezeichnung «SOKO MASTER» hat die Kantonspolizei eine ständige Einrichtung ins Leben gerufen, an der alle an der Terrorismusbekämpfung beteiligten Stellen aus dem Kanton, der Stadtpolizeien Zürich und Winterthur und der Bundeskriminalpolizei beteiligt sind. Sie bezweckt vor allem, den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren in diesem Bereich sicherzustellen und deren Vernetzung zu verbessern. Da der Kanton Zürich der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz ist und auf seinem Kantonsgebiet regelmässig Grossveranstaltungen stattfinden, sind präventive Massnahmen von besonderer Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als der Kanton Zürich auch über eine verletzte Infrastruktur verfügt. In dieser Hinsicht ist auf den wichtigsten Schweizer Flughafen in Zürich, mit jährlich über 25 Mio. Reisenden, und den täglich von weit über 400 000 Passagierinnen und Passagieren benützten Hauptbahnhof Zürich hinzuweisen.

Der Prävention kommt aber auch im Zusammenhang mit der Gesamtkriminalität eine hohe Bedeutung zu. Mit dem Kantonalen Bedrohungsmanagement wurde ein Instrument zur frühzeitigen Erkennung von Einzelpersonen mit einem Gewaltpotenzial und Anzeichen für sich ankündigende Gewalttaten geschaffen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Präventionsabteilung der Kantonspolizei mit der dort angesiedelten Fachstelle «Brückenbauer» zu. Die Mitarbeitenden dieses Dienstes pflegen den regelmässigen Kontakt mit unterschiedlichen ausländischen Organisationen und Gruppierungen. Einen besonderen Stellenwert weist die Präventionsarbeit des Weiteren im Jugendbereich auf. Um diese zu intensivieren, wurde der neue Dienst «Jugendintervention» in der Präventionsabteilung gegründet. Im Rahmen des Unterrichts an den Schulen wird über den traditionellen Verkehrsunterricht hinaus vermehrt auch die Kriminalprävention thematisiert.

Polizeipräsenz an Brennpunkten

Mit Polizeiposten an Verkehrsknotenpunkten gewährleistet die Kantonspolizei die Sicherheit von Reisenden, Passantinnen und Passanten und stellt der ganzen Bevölkerung gut erreichbare, bürgerfreundliche polizeiliche Anlaufstellen mit attraktiven Öffnungszeiten zur Verfügung. Traditionell erfüllt die Kantonspolizei alle polizeilichen Aufgaben am Flughafen Zürich als mit Abstand wichtigste Schweizer Drehscheibe für den Luftverkehr. Ebenso traditionell betreibt sie einen Posten im Hauptbahnhof Zürich, dem Bahnhof mit den grössten Passagierzahlen unseres Landes. Im Berichtsjahr konnten neue

Polizeiposten am Bahnhof Winterthur und am Bahnhof Uster bezogen werden; damit einhergegangen sind personelle Verstärkungen, die dank der Erreichung des Korpsollbestandes möglich wurden. Mit verlängerten Öffnungszeiten der Posten an den Bahnhöfen der drei grössten Städte unseres Kantons trägt die Kantonspolizei der Mobilität und den damit zusammenhängenden Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung. Unverändert wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit anderen Polizeien; so wurden im Polizeiposten am Bahnhof Winterthur auch Arbeitsplätze für die Transportpolizei integriert.

Asylwesen

Im Juni 2016 stimmten die Stimmberechtigten dem neuen Asylgesetz zu. Die darauf basierende Neustrukturierung des Asylbereichs soll zu einer Beschleunigung der Asylverfahren beitragen. Zu dessen Umsetzung ist der Bund auf zusätzliche eigene Strukturen angewiesen. Der Kanton Zürich muss dem Bund 870 Plätze für Bundesunterkünfte zur Verfügung stellen. Geplant sind dazu drei Zentren. Bereits in Betrieb ist das Testzentrum in Zürich, das durch ein definitives Zentrum abgelöst werden soll. Für ein zweites Zentrum wird dem Bund das bisher vom Kanton für die Erfüllung von Asylaufgaben genutzte Gelände in Embrach zur Verfügung gestellt. Für das dritte Zentrum laufen Gespräche mit möglichen Standortgemeinden. Die Sonderleistungen des Kantons Zürich mit dem Betrieb von Bundeszentren und den Aufgaben am Flughafen in Zusammenhang mit Ausschaffungen werden mit einer Reduktion der Zuweisungen von Asylsuchenden des Bundes an den Kanton Zürich kompensiert. Diese Kompensation, verbunden mit einem leichten Rückgang der Asylgesuche erlaubt es, die Aufnahmequote der Gemeinden bei unverändert 0,7% (7 Asylsuchende pro 1000 Einwohner) zu belassen. Intensiviert wurden die Anstrengungen im Hinblick darauf, dass die Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, auch tatsächlich ausreisen. So konnte die Zahl der Nothilfebeziehenden reduziert werden. Eine Belastung ergab sich allerdings durch die Erhöhung der Anzahl von Personen, die vom Bund vorläufig aufgenommen werden, und die wachsende Zahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender. Für deren Unterbringung konnte ein zusätzliches, spezialisiertes Zentrum in Zollikon in Betrieb genommen werden.

Jugendsport

Im Zentrum der Tätigkeit des Sportamtes stand unverändert die Förderung des Jugend- und Breitensportes. Dabei kommt dem Jugendsport – über die sportliche Bewegung hinaus – eine wichtige Rolle bei der Integration ausländischer Jugendlicher im Allgemeinen und von Mädchen mit Migrationshintergrund im Besonderen zu.

Das kantonale Sportzentrum Kerenzerberg in Filzbach GL, das zu einem grossen Teil durch Jugend+Sport-Kurse aus dem Kanton Zürich genutzt wird, soll angepasst und erweitert werden. Der Regierungsrat hat dafür im Berichtsjahr einen Projektierungskredit von 3,75 Mio. Franken bewilligt. Als Grosse Erfolg erwies sich das Projekt «1418coach». Ziel dieses Projektes ist es, Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren an erste Leitungstätigkeiten heranzuführen und ihnen als Hilfsleiterinnen und -leiter Mitverantwortung in ihrem Sportverein zu übertragen. Es erweitert die bestehende Leiterinnen- und Leiterausbildung von Jugend+Sport, die ab dem 18. Altersjahr besucht werden kann. Die Zahl der Kursteilneh-

merinnen und -teilnehmer hat sich im Berichtsjahr sprunghaft erhöht.
Mit den zusätzlich gesprochenen Mitteln für den Sportfonds konnte überdies der freiwillige Schulsport verstärkt unter-

stützt werden. Die fachliche Zuständigkeit für diesen wichtigen Jugendsportbereich wechselt auf das Jahr 2017 vom Volksschulamt zum Sportamt.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 1.1	Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstum reduziert.		
RRZ 1.1a	Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren	3100	2019
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	3100	2019
RRZ 1.1c	Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten	3100	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	3100	2019
RRZ 1.1e	Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktbegehung verstärken	3100	2019
RRZ 1.2	Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.		
RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	3100	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	3100	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
DS 1.1	Verkehrssicherheit weiter erhöhen		
DS 1.1a	Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)	3200	2016
DS 1.1b	Umsetzung der "Via sicura"-Gesetzesänderungen	3200	2019
DS 1.1c	Redesign der Geschäftsapplikation Viacar	3200	2019
DS 1.2	Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen		
DS 1.2a	Umsetzung des geänderten Bundesrechts	3300	2019
DS 1.2b	Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden	3300	2019
DS 1.3	Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren		
DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2019
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2019
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2019
DS 1.3d	Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen	3400	2019

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
DS 3.1	Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig sportlich betätigen		
DS 3.1a	Zusammenarbeit mit Gemeinden und deren Sportverantwortlichen intensivieren.	3700	2016
DS 3.1b	Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen.	3700	2018
DS 3.1c	Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können.	3700	2019
DS 3.1d	Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken.	3700	2019

Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5.1	Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.		
RRZ 5.1g	Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien	3700	2019
RRZ 5.1i	Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen	3500	2018

Sicherheitsdirektion
Legislaturziele

RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.

RRZ 5.2a	Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren	3500	2019
RRZ 5.2b	Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten	3500	2019
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	3500	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	3000	2019
-----------	---	------	------

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen LG bis

DS 10.1 Kundenorientierte Ausstellung von Ausweisen und Bewilligungen

DS 10.1a	Prozessoptimierungen mit Hilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)	3300	2019
DS 10.1b	Anpassungen im Passbüro Zürich an Ausweissnachfrage	3000	2017
DS 10.1c	Umsetzung des Bundesprojektes zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte	3000	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1093.8	1074.7	1155.2	80.6	7.5
Aufwand	-2159.3	-2143.0	-2250.0	-107.0	-5.0
Saldo	-1065.5	-1068.3	-1094.7	-26.4	-2.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.4	1.3	1.5	0.2	17.0
Ausgaben	-47.0	-66.4	-41.5	24.9	37.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-10.0			
Saldo	-45.7	-65.1	-40.0	25.1	38.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-26.4		Abweichungen total B16 zu R16
-29.3	3500	- Höhere gebundene Beiträge des Sozialamtes, vor allem für wirtschaftliche Hilfe und Familienzulagen
2.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-40.0			
- IT, Sicherheitsfunknetz, Fahrzeuge der Kantonspolizei	-15.6			
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen	-14.9			
- Hochbauprojekte in der Sicherheitsdirektion (v.a. Sanierungen)	-6.4			
- Übrige	-3.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	4 407.4	4459.5	4456.5	-2.9	-0.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	-8885	-9713	-8481	1232	12.7
3100 Kantonspolizei	-359333	-363545	-363403	142	0.0
3200 Strassenverkehrsamt	-34717	-35919	-35385	534	1.5
3300 Migrationsamt	-14299	-14655	-14161	494	3.4
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	-13289	-13414	-13145	269	2.0
3500 Sozialamt	-19140	-19019	-19165	-146	-0.8
3700 Sportamt	-1500	-1409	-1500	-91	-6.5
Total	-451163	-457674	-455240		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	82	53	29	47	35
3100 Kantonspolizei	3916	1255	2661	3005	911
3200 Strassenverkehrsamt	398	149	249	367	31
3300 Migrationsamt	178	118	60	131	47
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	143	42	101	111	32
3500 Sozialamt	236	136	100	87	149
3700 Sportamt	17	10	7	8	9
Total	4970	1763	3207	3756	1214

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
268/2014	Sozialhilfegesetz und Verordnung, Änderung bezüglich Wohnkosten (Miete und Nebenkosten) (Motion Linda Camenisch, Wallisellen, Cyrill von Planta, Zürich, und Willy Haderer, Unterengstringen)	22.06.2015
353/2014	Bestrafung von Chaoten und Verbrechern in Saubannerzügen (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Heinz Kyburz, Männedorf, und Hans Egli, Steinmaur)	08.02.2016
223/2015	Zusätzliche Kosten der Eichmeister (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Martin Farner, Oberstammheim, und Peter Uhlmann, Dinhard)	22.08.2016
196/2016	Bedarf und Finanzierung von begleitetem Wohnen für Menschen mit Behinderung (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Markus Schaaf, Zell, und Josef Widler, Zürich)	29.08.2016

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Stellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Stellen unter Federführung des Generalsekretariats. Das Generalsekretariat vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informa-

tik und Infrastruktur.

Das Passbüro hatte im Berichtsjahr erstmals seit 2006 eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zahl von Ausweisgeschäften zu bearbeiten. Der hauptsächlichste Grund für diesen Rückgang dürfte darin liegen, dass der Höchststand im Rahmen des bisherigen Zyklus der Passerneuerung (zehnjährige Gültigkeitsdauer) nun überschritten ist.

Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Stellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Im Berichtsjahr hatte die Rekursabteilung 16% mehr Eingänge zu verzeichnen als im Durchschnitt der Vorjahre.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Stellen. Politische Lagebeurteilung und Planung ("Think Tank")
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Stellen
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	89	100	111	11	11.0
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	A5	493	700	530	-170	-24.3
L3	Anzahl Beglaubigungen	A5	34 401	33 000	33 122	122	0.4
L4	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	A5	13 296	15 000	13 501	-1 499	-10.0
L5	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	951	1 100	1 022	-78	-7.1
L6	Anzahl Ausweisgeschäfte	A6	336 139	330 000	306 917	-23 083	-7.0
L7	Anzahl erledigte Rekurse	A7	806	800	894	94	11.8
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.5	0.5	0.5	0	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)	A2	0.7	0.6	0.7	0.1	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %)	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl gewerbepolizeilicher Bewilligungen und Lotterien liegt auf Vorjahresniveau
- L5 Die Anzahl statistisch geprüfter Fertigpackungs-Lose liegt im Schwankungsbereich der Vorjahre
- L6 Nachfragebedingter Rückgang bei der Anzahl Ausweisgeschäfte aufgrund des Zyklus, insbesondere bei Passerneuerungen (zehnjährige Gültigkeitsdauer)
- L7 Die höhere Anzahl erledigter Rekurse wurde durch Mehreinsatz des Personals erreicht.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Über die Erfüllung der Aufgaben und Ziele sowie der Finanzen und Risiken der Gebäudeversicherung wird jährlich Bericht erstattet (RRB Nr. 377/2015). Planmässig 2019

DS 10.1b Anpassungen im Passbüro Zürich an Ausweissnachfrage

Die Schwankungen in der Anzahl von Ausweissgeschäften werden mit organisatorischen und personellen Anpassungen im Passbüro aufgefangen. Planmässig 2017

DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojektes zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

Bei den Projekten «Erneuerung Pass» und «Erneuerung Identitätskarte» haben sich beim Bund gegenüber der ursprünglichen Planung Verzögerungen ergeben. Die Einführung der neuen Passfamilie ist nicht vor Ende 2019 zu erwarten, die neue Identitätskarte wird nach aktuellem Planungsstand 2020 vorliegen. Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	80.1	87.3	73.5	-13.8	-15.8

Bemerkungen B16 zu R16

-13.8 Zurückhaltende Personalrekrutierung, vor allem im Passbüro infolge geringerer Anzahl Ausweissgeschäfte

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.1	12.1	11.8	-0.3	-2.4
Aufwand	-15.7	-17.3	-15.9	1.4	8.2
Saldo	-2.6	-5.2	-4.1	1.1	21.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.2		0.2	100.0
Saldo	-0.1	-0.2		0.2	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total B16 zu R16
1.1	A1, A2, A3, A4, A5, A6, A7	- Geringerer Personalaufwand, insbesondere im Passbüro infolge geringerer Anzahl Ausweissgeschäfte
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.2	0.0	0.2	
- Vollzugsaufgaben: Infrastrukturanpassungen	-0.2	-0.0	0.2	- Geplante Infrastrukturanpassungen waren noch nicht erforderlich.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
60 285	27 562	30 000	62 722	2 438

Bemerkungen

Die höhere Anzahl erledigter Rekurse sowie die höhere Anzahl durch die Sicherheitsdirektion beantragte Regierungsratsbeschlüsse (RRB) konnten dank dem Mehreinsatz des Personals der Rekursabteilung und des Generalsekretariates erreicht werden.

3100 Kantonspolizei

Der Umgang mit dschihadistischer Bedrohung, die im Berichtsjahr in Europa erneut manifest wurde, hat einen Teil der Arbeit der Kantonspolizei Zürich geprägt. Weiter wurden verschiedene Schwerpunkte in der Tätigkeit gesetzt, sei es in der präventiven Polizeiarbeit, im gezielten Vorgehen gegen spezifische Straftatbestände (wie Konkursreiterei oder Rase-rei) oder im Umgang mit Opfern. Diese werden stärker nachbetreut.

Weiterhin investierte die Sicherheitspolizei viel in die Suizidprävention in Abstands- und Gefängniszellen der Kantonspolizei. In diesen werden jährlich weit über 10 000 Menschen für einige Stunden oder Tage untergebracht. Es wurden organisatorische, technische und bauliche Massnahmen umgesetzt und stetig weiterentwickelt.

In Uster und in Winterthur ist die Kantonspolizei seit Herbst näher an den stark frequentierten Orten präsent: Beiderorts wurden Räume gleich neben dem Bahnhof bezogen. In Uster ergänzt der neue Posten den bestehenden, etwas abseits gelegenen Bezirksposten, in Winterthur ersetzt der neue grosse Posten den bisherigen kleinen im Bahnhofsgebäude. Strukturell gestärkt und entflochten wurde der IT-Bereich. Neu verfügt die Kantonspolizei über eine Innovations- und eine Betriebsabteilung. Zudem unterstützt die Abteilung Kriminalpolizeiliches Datenmanagement die Kriminalpolizei im gezielten Vorgehen zur Verfolgung und Verhinderung von Straftaten. Die verstärkte Abteilung Cybercrime arbeitet weiter engagiert mit ihren Partnern zusammen.

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontrollen)	A1	302	250	352	102	40.8
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	7 891	7 700	8 378	678	8.8
L3	Anzahl Notrufe	A5	172 032	210 000	169 329	-40 671	-19.4
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	A1	105 489	97 000	112 260	15 260	15.7
L5	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	8 336	8 300	8 976	676	8.1
L6	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	A3	36 152	40 000	37 152	-2 848	-7.1
L7	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	A1	2 676	2 100	2 554	454	21.6
L8	Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	108 844	120 000	101 658	-18 342	-15.3
L9	Anzahl erfasste Straftatenverdächtige StGB/BetmG	A4	21 885	22 500	22 054	-446	-2.0
L10	Anzahl Ordnungsbussen	A1	33 403	50 000	32 210	-17 790	-35.6
L11	Anzahl Arrestanteneingänge	A4	11 645	11 500	11 357	-143	-1.2
L12	Anzahl Arrestantentransporte	A4	39 388	40 000	39 348	-652	-1.6
L13	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	239 025	240 000	235 283	-4 717	-2.0
L14	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	A3	13.1	12.9	13.8	0.9	7.0
L15	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	47 518	50 000	61 873	11 873	23.7
L16	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	A1	5 595	6 500	5 454	-1 046	-16.1
L17	Anzahl grenzkontrollierte Passagiere Flughafenpolizei, Mio.	A6	9.4	9.4	10	0.6	6.4
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]		0.2	0	-0.1	-0.1	
B2	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörige/r	A1	63	55	64	9	16.4
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung [in %]	A1	95	90	91	1	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.]	A1	17	20	15	-5	-25.0
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min. [in %]	A1	8	15	5	-10	

Sicherheitsdirektion Leistungsgruppe 3100

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W4 Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG [in %])	A4	41	41	42	1	
W5 Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben [in %])	A4	80	82	81	-1	

Bemerkungen

- L1 Mehr Spezialkontrollen infolge Intensivierung in den Regionen
- L2 Unter den Aktivitäten der Verkehrsinstruktion werden neu auch die zusätzlichen Aktivitäten der Kinder-/Jugendinstruktion im Bereich Kriminalprävention aufgeführt (Unterricht).
- L3 Der Rückgang bei der Kriminalitätsentwicklung bewirkt eine leichte Abnahme bei den Notrufen im Vergleich zum Vorjahr.
- L4 Zunahme der Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen aufgrund erhöhter Sensibilisierung der Bevölkerung
- L6 Weniger Anlässe mit erhöhten Ordnungsdienstaufgeboten.
- L7 Mehr Geschwindigkeitskontrollen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; auf Vorjahresniveau
- L8 Rückgang der erfassten Straftaten StGB/BetmG, unter anderem im Vermögensbereich aufgrund erfolgreicher Schwerpunktaktionen und Präventionsmassnahmen
- L10 Weniger Ordnungsbussen wegen erhöhter Tätigkeit der Kommunalpolizeien im Bereich Ordnungsbussen
- L14 Der Anstieg des Passagieraufkommens am Flughafen erfordert mehr Sicherheitskontrollen.
- L15 Mehr sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck infolge der Anpassung von Vorschriften (unter anderem bezüglich dem Transport von Batterien)
- L16 Die Anzahl der Ausschaffungen (Rückführungen auf dem Luftweg) nimmt ab. Für die Ausschaffungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.
- L17 Höhere Anzahl grenzkontrollierte Passagiere aufgrund des gestiegenen Passagieraufkommens
- B2 Mehr Interventionen pro Korpsangehöriger aufgrund der gestiegenen Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen
- W1 Bezüglich positiver Zufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen mit Polizeikontakt wurden beteiligte oder geschädigte Personen eines Verkehrsunfalls befragt.
- W2 Senkung der durchschnittlichen Interventionszeit bei Notrufen aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit
- W3 Senkung der durchschnittlichen Interventionszeit über 30 Minuten, unter anderem aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit; Budgetwert zu hoch

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 1.1a Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren Die bewährten Schwerpunktaktionen wurden erneut erfolgreich durchgeführt. Ergänzt wurden diese laufend durch kurzfristige Ad hoc-Aktionen, sobald sich Hinweise auf aktuelle Kriminalitätsbrennpunkte ergaben.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern Das Kantonale Bedrohungsmanagement ist etabliert. Involvierte Behörden und Institutionen nutzen die Strukturen und Abläufe zielführend für den Informationsaustausch. Die Fachstelle Forensic Assessment & Fallmanagement gilt als Erfolgsmodell.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 1.1c Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten Das systematische Monitoring über polizeiliche Interventionen der Frontpolizei ermöglicht das frühzeitige Ansprechen von gefährdenden Personen und das Abstimmen von Massnahmen. Die aufsuchende Jugend-Polizeiarbeit durch die Jugendintervention (Jugendtreffs, Hotspots) ist ein weiteres Handlungsfeld, das der Früherkennung dient.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen Neben der auf der Kriminalanalyse basierenden Phänomenerkennung wurde die gezielte Bekämpfung des systematischen Konkursmissbrauchs konzipiert und umgesetzt.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 1.1e Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktbegehung verstärken Durch die nationale und internationale Lageanalyse und Vernetzung werden neue oder an Bedeutung zunehmende Phänomene wie AJR (Armed Jewellery Robbery), Rip-Deal (Geldwechselbetrug) oder Einzeltrickbetrug frühzeitig erkannt.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken Die Digitalisierung der Kriminalität schreitet in sämtlichen Deliktfeldern so rasch voran, dass eine spezialisierte Strafverfolgung im Rahmen des Kompetenzzentrums Cybercrime allein nicht mehr genügt. Entsprechend werden Ausbildungs- und Vorgehenskonzepte erarbeitet, welche die Strafverfolgungsbehörden in sämtlichen Zuständigkeitsbereichen einbeziehen.</p>	Planmässig	2019

RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Die festgelegten Schwerpunkte fokussieren einerseits auf fachliche Themen (Gewaltprävention, Vermögensdelikte und Internetkriminalität) und andererseits auf Aspekte der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3 458.7	3 499.8	3 505.0	5.2	0.1

Bemerkungen B16 zu R16

5.2 Höherer Beschäftigungsumfang aufgrund weniger Pensionierungen als geplant

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		177.6	179.0	178.3	-0.7	-0.4
Aufwand		-579.5	-581.5	-581.2	0.3	0.1
Saldo		-401.8	-402.5	-402.9	-0.4	-0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.1	0.7	0.6	606.8
Ausgaben		-22.9	-35.7	-20.1	15.6	43.7
- Kreditübertragungen aus 2015			-7.2			
Saldo		-22.9	-35.6	-19.4	16.2	45.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.4		Abweichungen total B16 zu R16
-0.4		- Höhere Abschreibungen als geplant
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-35.6	-19.4	16.2	
- Hochbauprojekte (v.a. Sanierungen Verkehrsstützpunkte)	-16.5	-2.4	14.1	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen (unter anderem Neubau Ausbildungsanlage und Sanierung Verkehrspolizeistützpunkte)
- IT, Sicherheitsfunknetz, Fahrzeuge	-14.8	-15.6	-0.8	- Mehrausgaben aufgrund von vorgezogenen Projekten und Beschaffungen
- PJZ (v.a. Ersatz Einsatzzentrale Zürich)	-2.5	0.0	2.5	- Projektverzögerungen
- Übrige	-1.8	-1.4	0.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 682 000	89 000	0	1 593 000	-89 000

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2016: Beschaffung von Sportschutzausrüstungsgegenständen

3200 Strassenverkehrsamt

Die anhaltende Zunahme der Wohnbevölkerung und der nach wie vor wachsende Fahrzeugbestand führten zu spürbaren Mehrbelastungen in den einzelnen Geschäftsfeldern. Im Bereich administrative Verkehrssicherheit haben vor allem die Anzahl der erteilten Lernfahr-, Führer- und Fahrzeugausweise erheblich zugenommen. Dank einer Aufstockung der personellen Ressourcen im Bereich technische Verkehrssicherheit konnte die Anzahl Fahrzeugprüfungen gesteigert werden. Der neue Standort in Bassersdorf steht vor der Vollendung, sodass ab Frühling 2017 die benötigten zusätzlichen Prüfkapazitäten zur Verfügung stehen. Im Berichtsjahr fand das

Audit für die Erneuerung der Akkreditierung durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) statt. Die bestandene Auditierung führte zur Erneuerung des Qualitätszertifikats nach ISO/IEC 17020:2012. Die zahlreichen Veränderungen im Strassenverkehr in rechtlicher, technischer und nicht zuletzt mengenmässiger Hinsicht werden auch in Zukunft herausfordernd sein. Das Strassenverkehrsamt stellt sich dieser Aufgabe durch flexible Organisationsstrukturen sowie mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal. Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit bleibt eine prioritäre Aufgabe.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgeeigneten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungsstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A1	28 216	30 000	28 281	-1 719	-5.7
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A1	30 922	30 000	32 379	2 379	7.9
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A2	298 147	300 000	319 537	19 537	6.5
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	514	500	508	8	1.6
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	818 982	810 000	830 768	20 768	2.6
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	467 791	490 000	487 388	-2 612	-0.5
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	52 479	52 000	56 674	4 674	9.0
L8	Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	116 467	110 000	113 259	3 259	3.0
L9	Erstellte Rechnungen (in Mio.)	A5	1.81	1.65	1.87	0.2	13.3
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	244 254	245 000	253 805	8 805	3.6
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	95 404	80 000	100 162	20 162	25.2
L12	Chauffeurfahrten		1 368	1 700	1 369	-331	-19.5
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen		5 820	6 400	5 848	-552	-8.6
B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen-u. Wasser-Fz.)	A1	457	460	445	-15	-3.3
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.)	A2	2 302	2 300	2 346	46	2.0
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7 590	7 500	7 491	-9	-0.1
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	4 335	4 600	4 395	-205	-4.5
B5	Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in	A4	2 029	1 900	1 956	56	2.9

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	8 916	7 500	8 786	1 286	17.1
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)		gut				

Bemerkungen

- L2 Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasserfahrzeuge); auf Niveau der Vorjahre
- L3 Mehr technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasserfahrzeuge) dank mehr Verkehrsexperten, welche die Ausbildung abgeschlossen haben und produktiv einsetzbar sind
- L5 Mehr Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle), unter anderem bedingt durch den höheren Fahrzeugbestand
- L7 Mehr eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (Anzahl ist abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung)
- L9 Mehr erstellte Rechnungen infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes (Geschäftsfälle) und Fahrzeugprüfungen (siehe auch L5)
- L11 Mehr beantwortete Anfragen im Rechnungswesen, unter anderem infolge Zunahme der Geschäftsfälle und Fahrzeugprüfungen
- B2 Mehr technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte infolge durchgeführter Fahrzeugprüfungen an Samstagen im Rahmen eines befristeten Pilotversuches
- B6 Mehr beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter oder Mitarbeiterin im Rechnungswesen
- W1 Im Berichtsjahr wurde wie geplant keine Kundenzufriedenheitsumfrage durchgeführt (gemäss KEF 2017-2020 erfolgt die nächste Umfrage 2019)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.1a Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)

Die Informationsdatenbank des Bundes wird voraussichtlich im Jahr 2018 ihren Betrieb aufnehmen. Verzögert 2016

DS 1.1b Umsetzung der "Via sicura"-Gesetzesänderungen

Nach Vorgabe des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) werden weitere Massnahmen betreffend der Verkehrssicherheit «Via sicura» laufend umgesetzt. Planmässig 2019

DS 1.1c Redesign der Geschäftsapplikation Viacar

Die Softwareeigentümerin (Viacar AG) der Strassenverkehrsamtsapplikation wird die Modernisierung der Software voraussichtlich Ende 2020 abschliessen. Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	375.6	380.0	386.2	6.2	1.6

Bemerkungen B16 zu R16

- 6.2 Höherer Beschäftigungsumfang infolge Anstellung und Ausbildung von Verkehrsexperten und Verwaltungspersonal für die neue Prüfstation in Bassersdorf, welche Anfang 2017 ihren Betrieb aufnimmt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		409.8	411.2	412.2	1.0	0.2
- Verkehrsabgaben		321.4	322.0	322.3	0.3	0.1
Aufwand		-391.1	-393.6	-393.6	0.1	0.0
- Übertrag an Strassenfonds		-320.0	-320.8	-321.3	-0.5	-0.1
Saldo		18.7	17.6	18.6	1.0	5.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-1.2	-4.2	-1.3	2.8	68.2
Saldo		-1.2	-4.2	-1.3	2.8	68.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total B16 zu R16
1.0		- Mehrerträge, unter anderem aufgrund höheren Fahrzeugbestands und Kontrollschildversteigerungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3200

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.2	-1.3	2.9	
- Diverse Sanierungen Hochbauten	-2.3	-0.9	1.4	- Diverse Projektverzögerungen und -verschiebungen (unter anderem Flachdachsanierung erst ab Sommer 2017)
- Übrige	-1.9	-0.4	1.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
314 120	269 584	300 000	344 536	30 416

Bemerkungen

Die erneute Zunahme des Fahrzeugbestandes sowie verschiedene Projektarbeiten (unter anderem neue Prüfstelle Bassersdorf oder Informatikprojekt «Redesign Viacar») erforderten einen Mehreinsatz des Personals in verschiedenen Geschäftsbereichen des Strassenverkehrsamtes.

3300 Migrationsamt

Die andauernde Zunahme der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich führte dazu, dass die Zahl der zu bearbeitenden Bewilligungsgeschäfte erneut anstieg. Ende 2016 waren 386 345 ausländische Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung im Kanton Zürich wohnhaft. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,5% im Vergleich zum Vorjahr. Die Pendenzen konnten auf einem tiefen Stand gehalten und kurze Verfahrensdauern sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 27 207 Asylgesuche eingereicht. Damit nahm die Zahl der Asylgesuche im Vergleich zur selben Periode des Vorjahres um 31,2% ab. Entsprechend verringerte sich die Anzahl Asylsuchender, die dem Kanton Zürich zugewiesen wurden. Dieser Rückgang führte zu einer Normalisierung der Unterbringungs- und Betreuungssituation und entlastete die Asyladministration sowie den Vollzugsbereich des Migrationsamtes.

Der Bestand der vorläufig aufgenommenen Personen hat sich weiter erhöht. Ende 2016 hielten sich 6769 vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich auf, wovon 1507 vorläufig aufgenommene Flüchtlinge. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Bestand damit um 9,6%. Grund dafür ist die anhaltend hohe Zahl von Asylgesuchen von Staatsangehörigen aus Eritrea und Syrien, bei denen die Schutzquote (Asylgewährung oder vorläufige Aufnahme) hoch ist.

Um der Kleinkriminalität entgegenzuwirken und einen konsequenten Vollzug der Wegweisung von abgewiesenen Asylsuchenden sicherzustellen, wurden im Berichtsjahr vermehrt Eingrenzungen (326) erlassen. Die Anzahl abgewiesener Asylsuchender, deren Wegweisung das Migrationsamt zu vollziehen hat, konnte dank dieser Massnahme verringert werden. Zudem hat die Massnahme dazu beigetragen, Brennpunkte in Städten zu entschärfen.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Stellen u.a.).
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche).
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche	A1	18 891	16 000	19 174	3 174	19.8
L2	Anzahl Visageschäfte / Schaltergespräche	A1	48 164	50 000	46 473	-3 527	-7.1
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1	142 597	120 000	120 087	87	0.1
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	A1	8 438	10 000	7 620	-2 380	-23.8
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	A3	7 707	6 000	8 294	2 294	38.2
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	A2	17 285	28 000	18 196	-9 804	-35.0
L7	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	A1	604	600	591	-9	-1.5
L8	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	A1	80 968	52 000	61 682	9 682	18.6
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.), Berechnung auf Teilkostenbasis	A1	0	0	-7	-7	
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	A1	3	3	2	-1	-33.3
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	A1	13	13	11	-2	

Bemerkungen

- L1 Anzahl der bewilligten Einreisegesuche auf Niveau der Vorjahre
- L2 Geringere Anzahl Schaltergespräche aufgrund der kurzen Gesuchsbearbeitungsdauer
- L4 Geringere Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit
- L5 Mehr Massnahmen gegen ausländische Personen, vor allem mehr Ein- und Ausgrenzungen sowie Einreiseverbote
- L6 Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender auf Niveau der Vorjahre
- L8 Höhere Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige als budgetiert infolge mehr Zu- und Wegzüge
- B1 Geringerer Saldo pro Bewilligung infolge tieferer Anzahl Bewilligungen
- B2 Geringere mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall wegen Prozessoptimierungen mit Informatikmitteln
- W1 Leicht geringerer Anteil an gutgeheissenen Rekursen

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.2a Umsetzung des geänderten Bundesrechts

Die Arbeiten zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wurden abgeschlossen. Die neuen Bestimmungen traten am 1. Oktober des Berichtsjahres in Kraft.

Planmässig 2019

DS 10.1a Prozessoptimierungen mit Hilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)

Neu können sämtliche Familienmitglieder im gleichen Geschäftsfall geführt werden. Zudem wurde das neue Corporate Design (CD) eingeführt.

Planmässig 2019

DS 1.2b Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden

Im Berichtsjahr wurde der Datenaustausch mit dem Einwohnerkontrollprogramm NEST eingeführt. Für den Dokumentenaustausch mit den anderen Migrationsämtern und mit der Kantonspolizei wurde je ein Konzept erstellt. Ende Berichtsjahr wurden zwei weitere Fachprozesse in Betrieb genommen.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	164.6	162.0	163.4	1.4	0.8

Bemerkungen B16 zu R16

1.4 Einsatz von befristet angestellten Mitarbeitenden für die Digitalisierung von Papierdossiers

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	19.1	18.9	18.1	-0.8	-4.0
Aufwand	-30.2	-30.6	-29.6	1.0	3.3
Saldo	-11.1	-11.7	-11.5	0.2	2.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	22.0
Saldo	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	22.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total B16 zu R16
0.2	A1	- Minderaufwand, vor allem geringe interne Verrechnungen infolge weniger verrechneter Hafttage (vgl. L6)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017) 50 000	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	85 473	54 081	81 391	-4 081

Bemerkungen

Die Zunahme des Ausländerbestandes führte erneut zu einer höheren Geschäftslast, welche zusammen mit Projektarbeiten (unter anderem Abschluss der Digitalisierung der Dossiers) nur dank Mehreinsatz des Personals erfolgreich bewältigt werden konnte.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet die Dienstpflichtigen vom Anfang der Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung. So informierte die Militärverwaltung an den Orientierungstagen gegen 6000 Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen und entliess im Gegenzug fast 3000 Angehörige der Armee feierlich aus der Militärdienstpflicht. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden die neu brevetierten Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Zivilschutz bildete in einer zweiwöchigen Grundausbildung über 1400 Stabsassistenten, Unterstützer (Pioniere), Betreuer, Material- und Anlagewarte aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader und Spezialisten der 40 Zivilschutzorganisationen (ZSO) durch. Die ZSO wurden mit einem neuen Inspektionstypus beübt. Das Ausbildungszentrum Andelfingen war wiederum gut belegt und ist ein modernes Ausbildungszentrum für den Bevölkerungsschutz: Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei teilen sich die Ausbildungsanlagen zu rund je einem Drittel. Im Rahmen von Einsätzen zugunsten

der Gemeinschaft und bei Katastrophen- und Notlagen wurden fast 10 000 Einsatztage geleistet. Gefragt waren hier vor allem die Bereiche Betreuung und Pflege. Die Kontrollführung im Zivilschutz wurde inschweizweit einheitliche Personalinformationssystem der Armee (PISA) überführt.

Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) im kantonalen Zeughaus wurden von über 7500 Armeeeingehörigen in Anspruch genommen. Ein wichtiger Auftrag war wiederum die Instandstellung und Revision von Sturmgewehren (Stgw 90).

Dank den Infanterie-Durchdienerschulen und der Militärakademie an der ETH Zürich waren der Waffenplatz Zürich-Reppischtal und seine Schiess- und Ausbildungsplätze erneut gut ausgelastet.

Erhöht haben sich die Einnahmen der Wehrpflichtersatzverwaltung, die fast 49 000 Ersatzpflichtige veranlagte, was sich auch für den Kanton Zürich positiv auswirkt, da ihm 20% der Einnahmen als Bezugsprovision zufallen.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeeingehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche) (Anzahl)	A1	32 626	35 500	32 037	-3 463	-9.8
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeeingehörige (Anzahl)	A1	9 230	9 500	9 056	-444	-4.7
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes (Anzahl)	A2	10 063	9 500	8 339	-1 161	-12.2
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal (Anzahl)	A3	164 000	177 000	167 000	-10 000	-5.6
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren (Anzahl)	A4	3 500	3 500	3 500	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes (Anzahl)	A5	40 014	40 000	38 168	-1 832	-4.6
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen (Fr.)	A1	39.9	34	39	5	14.7
B2	Aufwand pro Geschäftsfall im Kontrollwesen (Std)	A1	0.2	0.2	0.2	0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen (in %)	A2	77	80	76	-4	-5.0
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten (Std)	A2	3	3	3	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal (in Fr.)	A3	55	50	55	5	10.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen (in %)	A1	93	92	94	2	

Sicherheitsdirektion

Leistungsgruppe 3400

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben (in %)	A2	60	80	100	20	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses (in %)	A4	91	90	93	3	

Bemerkungen

L1	Weniger bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen; Wert auf Vorjahresniveau
L3	Weniger durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich Zivilschutz infolge weniger Kursanmeldungen (Kader und Spezialisten)
B1	Höhere durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen wegen höherer Verpflegungskosten; Wert auf Vorjahresniveau
B5	Kosten pro Belegungstag in der Kaserne Zürich-Reppischtal auf Vorjahresniveau
W2	Alle geprüften Zivilschutzorganisationen haben ihre Inspektionsübung erfüllt. Die Inspektionsübungen wurden ab 2016 neu konzipiert.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern Die Ausbildung im Zivilschutz wird laufend verbessert.	Planmässig	2019
DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen Es finden regelmässige Inspektionsübungen statt.	Planmässig	2019
DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen Die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes wird vermehrt in die Ausbildung aufgenommen.	Planmässig	2019
DS 1.3d Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen Es finden regelmässig gemeinsame Übungen des Bevölkerungsschutzes mit Partnerorganisationen statt.	Planmässig	2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	132.5	134.5	130.9	-3.5	-2.6

Bemerkungen B16 zu R16

-3.5 Geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		31.0	30.4	29.1	-1.3	-4.2
Aufwand		-43.5	-43.4	-41.1	2.3	5.2
Saldo		-12.5	-13.0	-12.0	1.0	7.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		1.3	1.2	0.8	-0.4	-32.8
Ausgaben		-6.1	-5.6	-2.5	3.1	54.9
- Kreditübertragungen aus 2015			-0.8			
Saldo		-4.8	-4.4	-1.7	2.7	60.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total B16 zu R16
1.0	A1, A2	- Einmaliger Minderaufwand infolge Auflösung von Rückstellungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung		B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total		-4.4	-1.7	2.7	
- Zeughaus Zürich, Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Ausbildungszentrum Andelfingen; diverse Sanierungen (u.a. Fenster-/Fassadensanierung, Heizung)		-4.4	-1.7	2.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen (vor allem Hochbauprojekte)
- Übrige		0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015
plus Bildung 2015
0

Verwendung
2016
0

Antrag Bildung 2016
(verbucht 2017)
0

Bestand 31.12.2016
plus Bildung 2016
0

Veränderung Bestand
0

3500 Sozialamt

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat am 20. Mai im Rahmen der zweiten Etappe zur Revision der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) weitere Änderungen gutgeheissen. Der Regierungsrat beschloss am 7. September, die Änderungen für den Kanton Zürich auf den 1. Januar 2017 zu übernehmen.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) verschob aufgrund verschiedener Verzögerungen die Betriebsaufnahme des nationalen Ergänzungsleistungsregisters um ein Jahr auf den 1. Januar 2018. Die Projektarbeiten auf kantonaler Ebene

zur Anbindung der Gemeinden an das Register sind im Berichtsjahr planmässig fortgesetzt worden.

Die Unterbringung der Asylsuchenden konnte mit dem bewährten Zweiphasensystem bewältigt werden. Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren Eritrea, Afghanistan und Syrien.

Der Pilotversuch zur Einführung der Qualitätsrichtlinien für Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen im Kanton Zürich wurde im Frühjahr des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen. Die Richtlinien werden auf den 1. Januar 2017 definitiv eingeführt.

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengut-sprachegesuchen von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Sozialen Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Unterstützungsanzeigen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	A1	6 844	5 300	6 333	1 033	19.5
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	A2	5 468	2 500	3 450	950	38.0
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	A2	2 263	2 000	4 700	2 700	135.0
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	9 769	9 930	9 958	28	0.3
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	48 255	49 000	48 950	-50	-0.1
L6	Anzahl Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	3 793	3 550	4 277	727	20.5
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	A2	90	90	90	0	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen (in %)	A5	96	95	95	0	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.)	A1, A2, A3, A4, A5	1 009.5	975.7	1 083	107.3	11.0

Bemerkungen

- L1 Mehr Unterstützungsanzeigen von Gemeinden im Bereich Öffentliche Sozialhilfe, insbesondere für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene
- L2 Höhere Anzahl vom Bund zugewiesener Asylbewerber als budgetiert
- L3 Höhere Anzahl fürsorgeabhängiger Asylsuchender im Kanton Zürich (höhere Zuweisung durch den Bund als budgetiert)
- L6 Höhere Anzahl Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige infolge rückwirkend angemeldeter Nichterwerbstätiger. Zudem führten die Steuereinschätzungen aus den Vorjahren dazu, dass wesentlich mehr Selbstständigerwerbende unter dem Mindesteinkommen waren und damit anspruchsberechtigt wurden.
- W1 Höherer Kostenersatz für Leistungen der wirtschaftlichen Hilfe (-58,8 Mio. Franken) und Mehraufwand für Leistungen im Asylbereich (-49,0 Mio. Franken)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1i Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen

Mit Anpassung der gesetzlichen Grundlagen im Vorjahr wurden die Voraussetzungen geschaffen, das System 2018 auf einer rechtlich gesicherten Basis einzuführen. Besonders zu erwähnen ist die operative Einführung der Abrechnungssoftware für Betriebsbeiträge ASBB in den beitragsberechtigten Invalideneinrichtungen.

Planmässig 2018

RRZ 5.2a Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) im Rahmen des iiz-Netzwerks Kanton Zürich (RRB Nr. 517/2014) wird gestützt auf das iiz-Konzept vom April 2014 laufend den Bedürfnissen der Partnerinstitutionen angepasst. Der Bereich iiz-Sozialhilfe bearbeitete im Berichtsjahr rund 400 Dossiers.

Planmässig 2019

RRZ 5.2b Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten

Das internetgestützte und laufend aktualisierte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde im Berichtsjahr rund 125 000 Mal besucht. Ausserdem wurden wöchentlich rund 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen zur Sozialhilfe der Gemeinden beantwortet. Das Kantonale Sozialamt führte in Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungsprogramm «metier» der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie auf Anfrage von Gemeinden und Dritten verschiedene Schulungen und Beratungssitzungen durch.

Planmässig 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung der Gesundheitsdirektion hat die Arbeiten zur Analyse der Finanzierungsbrüche zwischen verschiedenen Sozialversicherungssystemen aufgenommen.

Planmässig 2019

3500 5a Ausgliederung der eigenen IV-Betriebe

Die vorgesehene Integration der drei kantonalen IV-Betriebe in eine anerkannte Trägerschaft ist nicht zustande gekommen. Der Stiftungsrat der vorgesehenen Trägerschaft hat das finanzielle Risiko bei einer Übernahme als zu gross beurteilt.

Verzicht 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	182.1	182.0	184.1	2.1	1.2

Bemerkungen B16 zu R16

- Vorübergehend höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Überbrückung von personellen Engpässen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	403.0	381.7	463.9	82.2	21.5
- Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	126.2	97.6	137.1	39.4	40.4
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	42.3	40.1	86.2	46.1	115.1
- Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	220.1	229.1	225.1	-4.1	-1.8
Aufwand	-1056.2	-1032.1	-1143.7	-111.6	-10.8
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-225.6	-184.5	-243.3	-58.8	-31.9
- Beiträge an Asylaufgaben	-52.8	-47.7	-96.7	-49.0	-102.8
- Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-394.7	-405.9	-406.8	-0.8	-0.2
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-336.4	-337.6	-333.2	4.4	1.3
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-1.8	-2.1	-1.6	0.5	25.0
Saldo	-653.2	-650.4	-679.8	-29.4	-4.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-16.6	-17.2	-16.3	0.9	5.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-2.0			
Saldo	-16.6	-17.2	-16.3	0.9	5.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-29.4		Abweichungen total B16 zu R16
-2.9	A2	- Höherer Nettoaufwand im Asylbereich

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3500

-5.4	A4	- Mehraufwand für Familienzulagen (Nachzahlungen und mehr Anspruchsberechtigte; vgl. Indikator L6)
-19.3	A1	- Höherer Nettoaufwand für wirtschaftliche Hilfe, vor allem für vorläufig Aufgenommene (11,8 Mio. Franken) und für sonstige ausländische Staatsangehörige
-1.8		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.2	-16.3	0.9	
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen	-13.7	-14.9	-1.2	- Mehr Auszahlungen von zugesicherten Investitionsbeiträgen an Soziale Einrichtungen
- Diverse Sanierungen Hochbauten	-3.2	-1.0	2.2	- Projektverzögerungen
- Übrige	-0.3	-0.4	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
232 602	23 304	0	209 298	-23 304

3700 Sportamt

Das Sportamt unterstützte den Sportanlagenbau der Städte und Gemeinden mit höheren Beitragssätzen. Ermöglicht wurde dies durch eine Gesetzesänderung, wonach neu 30% statt bisher 21% der Swisslos-Erträge in den Sportfonds fließen. Zudem konnte das Engagement im Nachwuchssport verstärkt werden. Zürcher Athletinnen und Athleten werden neu auch im Übergang vom Nachwuchs zur Elite unterstützt. Ausserdem hat das Sportamt einen Leitfaden erarbeitet, der den Umgang mit Schuldensituationen von Sporttalenten bei Trainingslagern oder Wettkämpfen erleichtert. Eine Befragung der Zürcher Leistungszentren zeigte deren wichtige Rolle auf dem Weg in den Spitzensport, aber auch deren Abhängigkeit von Förderbeiträgen. Geschätzt wird die verbesserte Koordination zwischen Leistungszentren und Ausbildungsstätten.

Jugend+Sport (J+S) verzeichnet einen erfreulichen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Der Bundesrat hat deshalb eine stufenweise Erhöhung des J+S-Kredits beschlossen. Das Sportamt organisierte 134 Aus- und Weiterbildungskurse, um den wachsenden Bedarf zu decken. Auch die Jugendsportcamps verzeichneten mit 1313 Teilnehmenden einen neuen Höchstwert. Das Leiternachwuchsprojekt «1418coach» wurde aufgrund der enormen Nachfrage weiter ausgebaut. Seit der Projektlanierung im Oktober 2015 hat das Sportamt bereits 412 «1418coaches» ausgebildet. Das Sportamt organisierte wiederum eine «Kantonale Sportkonferenz» für Gemeinden und Städte, das «Symposium Nachwuchsförderung», das «Forum Sportkanton Zürich» sowie den 75. «Zürcher OL».

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereins-) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen.
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport).
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen.
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen.
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	39	50	51	1	2.0
L2	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	110	100	116	16	16.0
L3	Anzahl abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	11 168	9 000	11 949	2 949	32.8
L4	Anzahl unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1 072	1 150	1 184	34	3.0
L5	Anzahl J+S Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	131	130	134	4	3.1
L6	Anzahl kantonale Jugendsportlager	A2	32	32	34	2	6.3
L7	Anzahl bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	77	75	77	2	2.7
B1	Nettoaufwand pro Einwohner (Fr.)	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1	Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %; Erhebung alle 5 Jahre)	A1					
W2	Anzahl Mitglieder in Sportvereinen	A1	345 000	350 000	352 000	2 000	0.6
W3	Anzahl Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	142 332	120 000	149 912	29 912	24.9
W4	Anzahl Teilnehmende an J+S-Aus- und Weiterbildungskursen	A2	3 974	3 900	4 078	178	4.6
W5	Anzahl Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1 311	1 300	1 313	13	1.0
W6	Anzahl der sportlichen Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	2 814	2 500	2 611	111	4.4

Bemerkungen

- L2 Mehr bearbeitete Gesuche für die Projekte und Veranstaltungen, insbesondere für die Projekte «Sport und Integration» sowie «Mädchensportförderung»
- L3 Mehr abgerechnete J+S-Kurse und -Lager infolge stetigen Nachfragewachstums, insbesondere im Bereich Kindersport (5- bis 10-Jährige); Budgetwert zu tief (vergleiche auch W3)

- W1 Die Erhebung des Bevölkerungsanteils der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven erfolgte im 2014 (46%) und ist erneut für 2019 geplant (alle 5 Jahre)
- W3 Mehr Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern infolge stetigen Nachfragewachstums, insbesondere im Bereich Kindersport (5- bis 10-Jährige); Budgetwert zu tief (vergleiche auch L3).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1g Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien

Im Bereich Sport im schulischen Umfeld, insbesondere auch im Bereich der schulergänzenden Betreuung sowie im Freizeitbereich, wurden Massnahmen umgesetzt. Planmässig 2019

DS 3.1a Zusammenarbeit mit Gemeinden und deren Sportverantwortlichen intensivieren.

Die jährliche Sportkonferenz für Gemeinden und Städte hat sich etabliert. Zudem wurden verschiedene Gemeinden beim Aufbau einer lokalen Sportkoordinationsstelle unterstützt. Die Massnahmen werden weitergeführt. Abgeschlossen 2016

DS 3.1b Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen.

Das Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm «1418coach» für jugendliche Hilfsleiter wurde auf zusätzliche Sportarten erweitert. Planmässig 2018

DS 3.1c Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können.

Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen im Kanton Zürich ist weiter gewachsen. Zudem haben sieben weitere Schulen das Label für sportfreundliche Schulkultur erhalten. Planmässig 2019

DS 3.1d Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken.

Die Unterstützungsbeiträge an Sportveranstaltungen wurden erhöht. Die Anzahl der Teilnehmenden sowie die wiederkehrende Durchführung werden bei der Beitragsbemessung speziell berücksichtigt. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.7	13.9	13.5	-0.5	-3.2

Bemerkungen B16 zu R16

-0.5 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge vorübergehend vakanter Stelle

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.6	1.3	1.6	0.3	25.9
Aufwand	-4.7	-4.4	-4.7	-0.3	-7.0
Saldo	-3.1	-3.1	-3.1	0.0	0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

3910 Sportfonds

Dem Sportfonds wurden aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos 23 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des Ertragsanteils. Hinzu kommt ein Zinsertrag von 1,3 Mio. Franken. Insgesamt wurden Beiträge von 24,3 Mio. Franken zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt: Fr. 12 817 000 an 51 Sportanlagen von Gemeinden und Dritten, Fr. 1 180 000 für die Nachwuchsförderung, Fr. 748 000 an 1184 «schulsport.zh»-Kurse, Fr. 664 000 an 86 Sportveranstaltungen, Fr. 364 000 an 20 Sportprojekte, Fr. 20 000 für «1418coach»-Beiträge, Fr. 30 000 an 11 Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und Fr. 7 432 000

an den Zürcher Kantonalverband für Sport für die Förderung des Verbands- und Vereinssports. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 995 000 unterstützt.

Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds (inkl. Zinsen und Abschreibungen) mit 2,4 Mio. Franken. Das Sportzentrum beherbergte 5027 Anlässe und Kurse mit 30 533 Übernachtungen und war somit wiederum sehr gut besucht. Für Erweiterung und Anpassungen des Sportzentrums wurde das Projekt «Silhouette» weiterentwickelt und vom Regierungsrat ein Projektierungskredit bewilligt.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	86.9	84.4	84.2	-0.3	-0.0

Bemerkungen R16 zu B16

-0.3 Geringe Reduktion des Fondsbestandes aufgrund höherer Fondsentnahme als budgetiert (vor allem Minderertrag aus dem Reingewinn der Swisslos)
Der Fondsbestand reduziert sich gegenüber dem Vorjahr (86,9 Mio. Franken) um 2,7 Mio. Franken und beträgt per 31. Dezember 2016 84,2 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 26 Mio. Franken Immobilienbestand des Sportzentrums Kerenzerberg (SZK) sowie rund 28 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	24.8	27.6	27.2	-0.4	-1.4
- Swisslos	17.8	23.8	23.0	-0.8	-3.2
- Zinsen	1.6	1.3	1.3	0.0	3.9
- Entnahme Bestandeskonto	5.3	2.5	2.8	0.3	10.3
Aufwand	-24.8	-27.6	-27.2	0.4	1.4
- Beiträge	-21.5	-24.3	-24.3	0.0	0.2
- Einlagen in Bestandeskonto					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-3.3	-1.1	2.2	67.5
Saldo	-0.1	-3.3	-1.1	2.2	67.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.5	A1	- Vor allem geringerer Sach- und Betriebsaufwand am Sportzentrum Kerenzerberg (siehe Projekt «SZK-Erweiterung und -Instandsetzung») sowie tiefere Abschreibungen und Zinsen
0.3	A1	- Höhere Fondsentnahme wegen tieferen Ertrags aus Reingewinn der Swisslos
-0.8	A1	- Der Ertrag von Swisslos war im Berichtsjahr tiefer als budgetiert (tieferer Reingewinn der Swisslos)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.3	-1.1	2.2	
- Fondsfinanzierte Erweiterung und Instandsetzung im Sportzentrum Kerenzerberg, Filzbach	-1.8	-0.5	1.3	- Projektverzögerung
- Übrige	-1.5	-0.6	0.9	

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen erneut an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die Leistungsabteilung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung. Der Fondsbestand wird durch zusätzliche jährliche Ausschüttungen von Fr. 300 000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren schrittweise auf die Hälfte des Bestandes per 31. Dezember 2012 gesenkt (vgl. Vorlage 4945 vom 21. November 2012).

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der

Lotterieuunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und zur Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 2. März 2016 (RRB Nr. 152/2016) der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht bis Ende 2018 gemäss dem mit RRB Nr. 36/2011 genehmigten Konzept zur Prävention und Behandlung von Glücksspielsucht, insbesondere Lotteriespielsucht, im Kanton Zürich zugestimmt. Das Zentrum wird vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich fachlich begleitet.

Im Berichtsjahr wurde erneut die Durchführung der Kampagne «Glücksspielsucht» unterstützt. Diese hat zum Ziel, die breite Bevölkerung auf bestehende Informations- und Unterstützungsangebote hinzuweisen unter Einbezug von Social Media, TV und Internet, um sie für die Spielsuchtproblematik zu sensibilisieren.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention).
- A2 Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1 Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken)	A1	37	37.6	34.8	-2.8	-7.4
B1 Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben	A1	78	74	72	-2	
W1 Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %)	A1	100	100	100	0	
W2 Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in %)	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L1 Tieferer durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen wegen mehr erbrachter Leistungsstunden
- B1 Der Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben hat sich vor allem infolge des geringeren Ertraganteils am eidgenössischen Alkoholmonopol reduziert

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	6.1	5.6	5.7	0.1	0.0

Bemerkungen R16 zu B16

Höherer Fondsbestand als budgetiert infolge geringerer Entnahme im Lotteriespielsuchtfonds (weniger

0.1 Dienstleistungen Dritter)

Total Fondsbestand per 31. Dezember 2016: 5.74 Mio. Franken, davon:

- Alkoholfonds 3.46 Mio. Franken

- Lotteriespielsuchtfonds 2.28 Mio. Franken

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.5	5.7	5.4	-0.3	-5.6
Alkoholfonds:					0.0
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.5	4.5	4.3	-0.2	-3.4
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.1	0.1	0.0	0.8
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.3	0.3	0.4	0.1	24.0
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen	0.6	0.6	0.6	-0.0	-5.8
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	0.0	1.2
- Entnahme aus Bestandeskonto	-0.0	0.2	0.0	-0.2	-94.6
Aufwand	-5.5	-5.7	-5.4	0.3	5.6
Alkoholfonds:					0.0
- Betriebsbeiträge	-2.7	-2.8	-2.7	0.1	5.3
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.1	-2.0	-2.1	-0.1	-3.4
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Dienstleistung Dritter	-0.0	-0.2		0.2	100.0
- Betriebsbeiträge	-0.6	-0.7	-0.6	0.1	8.2
- Einlagen in Bestandeskonto	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.2	A2	- Lotteriespielsuchtfonds: geringere Fondsentnahme als budgetiert (weniger Aufwand für Dienstleistungen Dritter)
-0.2	A1	- Alkoholfonds: höhere Fondsentnahme vor allem infolge Rückgang des Kantonsanteils am Reinertrag aus dem eidgenössischen Alkoholmonopol
0.0		- Übrige Abweichungen

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 BZG flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge in der Höhe von Fr. 7,3 Mio. (7,9 Mio.) in den kantonalen Schutzraumfonds (§ 22a ZSG). Das Amt für Militär und Zivilschutz entschädigte die Gemeinden für das Inkasso der Ersatzbeiträge 2016 im Umfang von Fr. 115 400 (208 000) (§ 27 Abs. 2 KZV). Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die

Gemeinden zurzeit noch über genügend Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen verfügen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen (vgl. KZV, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 18. Januar 2012, Abs. 3).

Aufgaben

A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeist wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 47 BZG, Art. 22 Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	26.3	32.7	33.8	1.1	0.0

Bemerkungen R16 zu B16

Höherer Fondsbestand als budgetiert, v.a. infolge höherer Fondseinlage aufgrund von Ersatzbeiträgen der

- 1.1 Gemeinden
Fondsbestand per 31. Dezember 2016: 33.8 Mio. Franken

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8.2	6.8	7.7	0.9	12.7
- Ersatzbeiträge d. ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	7.9	6.5	7.3	0.8	11.8
- Zinsen	0.3	0.3	0.4	0.1	33.7
- Entnahme Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-8.2	-6.8	-7.7	-0.9	-12.7
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-0.2	-0.4	-0.1	0.2	67.4
- Abschreibungen und Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-8.0	-6.4	-7.5	-1.1	-17.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.9	A1	- Mehrertrag, vor allem wegen höherer Ersatzbeiträge der Gemeinden
-0.9	A1	- Mehraufwand, vor allem wegen höherer Fondseinlage
0.0		- Übrige Abweichungen

04

Finanzdirektion

Überblick	86
Legislaturziele	88
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	88
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	88
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	89
Finanzierung	91
Übersicht	91
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	91
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	92
Personal- und Lohnstatistik	92
Beschäftigungsumfang	92
Lohnaufwand	92
Anstellungsverhältnisse	93
Parlamentarische Vorstösse	93
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	93
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	93
Leistungsgruppen	94
4000 Generalsekretariat FD	94
4100 Finanzverwaltung	97
4300 Amt für Tresorerie	100
4400 Steuern Betriebsteil	102
4500 Personalamt	106
4600 Direktionsübergreifende Informatik	109
4700 Drucksachen und Material	111
4910 Steuererträge	113
4921 Schadenausgleich	115
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	116
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	117
4960 Interkantonaler Finanzausgleich	118
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen	119
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich	120

Überblick

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird.

Die Querschnittaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie in interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Hauptschwerpunkte der FD-Tätigkeit im Berichtsjahr bildeten die Koordination der Leistungsüberprüfung 2016, die Erarbeitung der Vorlage zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) sowie Anpassungen bei der steuerlichen Behandlung von Start-up-Unternehmen.

Leistungsüberprüfung 2016

Der Regierungsrat hat im Frühjahr des Berichtsjahres ein Paket von Massnahmen präsentiert, mit dem der Fehlbetrag beim mittelfristigen Ausgleich 2012–2019 von rund 1,8 Mrd. Franken beseitigt wird. Das Paket enthält rund 125 Massnahmen, die zu Saldoverbesserungen in den Jahren 2017–2019 führen. Die Umsetzung von einzelnen Massnahmen mit Verbesserungen von insgesamt rund 500 Mio. Franken liegt in der Kompetenz des Kantonsrates oder der Stimmberechtigten. Die entsprechenden Vorlagen hat der Regierungsrat im Sommer zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Zwei Gesetzesvorlagen folgen 2017. Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgabe zum mittelfristigen Ausgleich ist eine vollständige Umsetzung aller Massnahmen der Leistungsüberprüfung 2016 unabdingbar.

Unternehmenssteuerreform III

Am 17. Juni des Berichtsjahres haben die eidgenössischen Räte die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verabschiedet. Mit Ersatzmassnahmen für die auf internationalen Druck aufzuhebenden kantonalen Steuerstatus, mit denen gewisse ausländische Erträge begünstigt besteuert werden, wird die schweizerische Unternehmensbesteuerung an die internationalen Rahmenbedingungen angepasst. Gleichzeitig sollen die bisher kompetitive Besteuerung von mobilen Unternehmen und das Steuersubstrat erhalten werden. Durch die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer werden die Mindereinnahmen der USR III auf den Bund und die Kantone verteilt und Gewinnsteuersenkungen in den Kantonen unterstützt.

Ohne Ersatzmassnahmen würde die Steuerbelastung für mobile, gewinnintensive Unternehmen mit kantonalem Steuerstatus massiv steigen, was zu Wegzügen und Verlust von Arbeitsplätzen im Kanton führen würde. Am 22. Juni des Berichtsjahres hat der Regierungsrat daher seine Strategie zur Umsetzung der USR III im Kanton bekannt gegeben (RRB Nr. 629/2016). Durch weitgehende Ausschöpfung der für die Kantone fakultativen Instrumente der USR III und durch eine ergänzende massvolle Senkung des Gewinnsteuersatzes will der Regierungsrat die Attraktivität des Kantons, insbesondere für innovative, wertschöpfungsintensive Unternehmen und die Finanzbranche erhalten. Am 29. November des Berichtsjahres hat er die Vernehmlassung zur Umsetzung der USR III im kantonalen Recht eröffnet (RRB Nr. 1099/2016).

Neue steuerliche Bedingungen für Start-ups

Im Rahmen einer Überprüfung der steuerlichen Bedingungen für Gründeraktionäre und Investoren von Start-up-Gesellschaften hat die Finanzdirektion im Frühjahr des Berichtsjahres eine Praxiserleichterung bei der vermögenssteuerlichen Bewertung von Aktien an Start-ups in Kraft gesetzt.

Weil diese Praxiserleichterung gerade bei erfolversprechenden Start-ups als ungenügend betrachtet wurde, analysierte eine interdisziplinäre Gruppe von Fachleuten die Situation. Deren Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die bisher geltende Weisung für die Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert für die Vermögenssteuer in Bezug auf die Start-ups angepasst und auf den 1. November des Berichtsjahres durch den Finanzdirektor in Kraft gesetzt wurde. Damit wird bei der vermögenssteuerlichen Bewertung von Start-ups während ihrer Aufbauphase grundsätzlich auf den Substanzwert abgestellt, und zwar solange, bis repräsentative Geschäftsergebnisse vorliegen.

Grundsätze zum Eignercontrolling und zum finanziellen Risikocontrolling in der Finanzdirektion

Gestützt auf die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR) und auf die Richtlinien über die Public Corporate Governance hat die Finanzdirektion am 1. September des Berichtsjahres Grundsätze zum finanziellen Risikocontrolling und zum Eignercontrolling verfügt.

Die Grundsätze zum finanziellen Risikocontrolling definieren die finanziellen Risiken und regeln die Zuständigkeiten und den Risikoausweis. Zudem wird das Verhältnis der Grundsätze zum finanziellen Risikomanagement zu den Finanzinstrumenten nach Rechnungslegungswerk IPSAS und zum internen Kontrollsystem (IKS) geklärt.

Die Grundsätze zum Eignercontrolling regeln die Zuständigkeiten, die Verfahren und die Anforderungen an die Berichterstattung der Fachdirektionen sowie an die Verankerung der Grundsätze für das Eignercontrolling in der Spezialgesetzgebung bzw. in der Eigentümerstrategie.

Compliance

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat seine Kernbotschaften zur Compliance ausdrücklich festgehalten (RRB Nr. 750/2016): «Wir sind korrekt in allem, was wir tun. Wir trauen uns, genau hinzuschauen und nachzufragen, wenn Mitarbeitende sich fragwürdig oder mehrdeutig verhalten. Wir unterstützen einander, um täglich korrekte Ergebnisse zu erzielen.» Wirksame Compliance ist jeweils das Resultat umsichtiger Führung, klarer Regeln und einer Integritätskultur. Anfang des Berichtsjahres hat der Compliancebeauftragte seine Tätigkeit aufgenommen. Er ermittelt allfälligen Handlungsbedarf und wirkt auf ein abgestimmtes Vorgehen zur Vermeidung von Regelverstössen in der kantonalen Verwaltung hin. Dabei kann auf den bewährten Massnahmen in den Direktionen und der Staatskanzlei aufgebaut werden.

Der Regierungsrat beauftragte die Finanzdirektion sodann mit der Bildung einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe «Compliance». Diese erarbeitet Empfehlungen für Standards, insbesondere zur Verhinderung von korruptem Verhalten.

Personalpolitische Schwerpunkte 2016–2019

Unter der Leitung des Personalamtes wurden die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 in Zusammenarbeit mit den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet. Der Regierungsrat hat dabei drei Massnahmen festgelegt:

- HR 2020: Die Arbeit im Bereich HR soll optimiert und konsequent auf die zukünftigen Herausforderungen ausgerichtet werden. Mit einem gemeinsamen Verständnis über beabsichtigte Wirkung, definierte Aufgaben und Rollen soll die Grundlage für automatisierte administrative Standardprozesse geschaffen werden.
- Stellenplan als internes Steuerungsinstrument: Die Neuregelung soll den flexiblen Einsatz der Ressourcen ermöglichen und geeignete Controllinginstrumente enthalten.
- Kompetenzmodell 2020: Das weiterentwickelte Kompetenzmodell soll die nötigen Rahmenbedingungen für die Leistungskultur schaffen bzw. stärken und die direktionsübergreifende Vernetzung sowie die effiziente Leistungserbringung fördern.

Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Direktionen in den nächsten drei Jahren.

HR-IT-Weiterentwicklung

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat fünf Projekte für die Umsetzung der HR Informatik Weiterentwicklung 2016–2018 beschlossen und die Finanzdirektion bzw. das Personalamt mit der Durchführung beauftragt. Mit den beschlossenen Projekten sollen bereits bestehende Funktionalitäten in SAP HCM ausgebaut und flächendeckend in den Direktionen und der Staatskanzlei genutzt werden.

Die Personaldossiers aller Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sollen neu elektronisch geführt werden (E-Dossiers). Damit zusammenhängend sind die beiden Projekte zur Sicherstellung eines einheitlichen SAP-Organisationsmanagements und zur Einführung eines HR-Informationsportals für Führungskräfte. Weiter soll eine Evaluation des SAP-HCM-Standards für Mehrfachanstellung durchgeführt und die Überführung der Absenzdaten nach SAP HCM geregelt werden.

Für das Projekt E-Dossier wurden im vierten Quartal die Initiationsarbeiten eingeleitet.

Kantonale Informatikstrategie

Ende 2008 verabschiedete der Regierungsrat die heutige kantonale Informatikstrategie. Die komplette Umsetzung der Zielsetzungen (siehe Geschäftsbericht 2015) wurde bis Ende des Berichtsjahres nicht erreicht. Vor der Aktualisierung der IT-Strategie wurde eine unabhängige Überprüfung der Informatik des Kantons Zürich gestartet (RRB Nr. 883/2015). Der Auftrag wurde offen ausgeschrieben und im Januar des Berichtsjahres an die Firma BDO AG, Zürich, vergeben. Am 1. November des Berichtsjahres hat der Auftragnehmer das Ergebnis der Überprüfung übergeben und am 23. November dem Regierungsrat präsentiert. Der Entscheid für das weitere Vorgehen, welche vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen sind und wie die zukünftige Organisation aussehen soll, wird für das erste Quartal 2017 erwartet.

Lotterie- und Sportfondsgesetz/Lotteriefondsverordnung

Am 21. Oktober 2015 verabschiedete der Bundesrat den Entwurf eines neuen Bundesgesetzes über Geldspiele. Danach

müssen die Kantone die Stellen, die für die Verteilung der Reingewinne aus Lotterien und Sportwetten zuständig sind, bestimmen sowie das Verfahren und die Kriterien für die Gewährung von Beiträgen «in rechtsetzender Form», d. h. durch Gesetz oder Verordnung, regeln. Für den Lotteriefonds und den Sportfonds sind das Verfahren und die Kriterien zur Gewährung von Beiträgen heute nur durch Beschlüsse des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie durch verwaltungsinterne Richtlinien geregelt. Der Regierungsrat hat die Finanzdirektion deshalb mit Beschluss Nr. 749 vom 13. Juli 2016 beauftragt, ihm auf der Grundlage eines von der Finanzdirektion vorgelegten Konzepts einen Entwurf für ein Lotteriefonds- und Sportfondsgesetz (Vernehmlassungsvorlage) zu unterbreiten. Dazu soll im ersten Quartal 2017 eine Vernehmlassung eröffnet werden (Stand: Januar 2017). Anschliessend soll eine Gesetzesvorlage mit Weisung ausgearbeitet werden, die der Regierungsrat vor Ende 2017 zuhanden des Kantonsrates verabschieden kann. Parallel zu diesen Arbeiten soll eine Lotteriefondsverordnung mit Ausführungsbestimmungen entworfen werden.

Elektronische Abwicklung der amtsübergreifenden Geschäftsprozesse

Die Finanzdirektion hat Anfang des Berichtsjahres beschlossen, ihre amtsübergreifenden Geschäfte zunehmend digital abzuwickeln. Dies erfolgte im Zuge der Einführung der neuen Geschäftsabwicklung für die Regierungsratsgeschäfte und der Bestrebungen zur elektronischen Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und der Staatskanzlei. In einem ersten Schritt wurden Anfang des Berichtsjahres die konzeptionellen und planerischen Grundlagen erarbeitet. Die Finanzdirektion entschied sich für eine etappierte Umstellung der Abläufe. In terminlicher Hinsicht wurden die Arbeiten auf die Planung der Arbeiten der Staatskanzlei abgestimmt. Im zweiten Schritt wurde das bestehende Geschäftsverwaltungssystem des Generalsekretariats erweitert, um den Anforderungen gerecht zu werden. Planmässig auf den 10. Oktober wurde ein erster Teil der neuen Geschäftsabläufe erfolgreich eingeführt. Mit diesem Schritt wurde die Grundlage zur Optimierung und Digitalisierung von weiteren Geschäftsabläufen gelegt.

Aktienkapitalrückzahlung und Liquidationserlös der Kantag Liegenschaften AG

Die Kantag Liegenschaften AG (Kantag) wurde 1998 zum Zweck der operativen Bewirtschaftung von Immobilien des Kantons und der BVK gegründet. Mit einem Aktienkapital von 0,3 Mio. Franken war der Kanton deren Alleineigentümer.

Mit der Vonselbstständigung der BVK auf den 1. Januar 2014 ging das Liegenschaftengeschäft der BVK vollständig an diese über. Deshalb hat der Regierungsrat Mitte 2014 beschlossen, die übrigen Aktivitäten in die Baudirektion zu überführen und die Gesellschaft aufzulösen. Nach dem Liquidationsbeschluss durch die Generalversammlung am 13. März 2015 wurde die Kantag Mitte September des Berichtsjahres aus dem Handelsregister gelöscht.

Die Rückvergütung des Aktienkapitals von 0,3 Mio. Franken erfolgte zugunsten der Investitionsrechnung der LG Nr. 4000 «Generalsekretariat FD». Der Liquidationserlös von rund 1,3 Mio. Franken wurde zwischen dem Kanton (LG Nr. 4930 «Kapital- und Zinsendienst Staat») und der BVK aufgeteilt.

Optimierung der IT-Applikationen im Steuerbereich

Die Realisierungseinheiten RE04 und RE07 des Informatikprogramms «ZüriPrimo» haben den Ersatz der technologisch veralteten Anwendungen «Direkte Bundessteuer» und «Quellensteuer» zum Ziel. Mit dem Abschluss der ersten Etappen hat das Kantonale Steueramt bereits 2015 wesentliche Teile der neuen Lösungen in Betrieb genommen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Register für natürliche und juristische Personen im Berichtsjahr wurde ein Teil der weiteren geplanten Zwischenziele erreicht. Die auf Ende des Berichtsjahres geplante Einführung der neuen Systeme für die Quellensteueranlagung und für die Bezugshandlungen der direkten Bundessteuer wurde aufgrund einer Verzögerung auf 2017 verschoben.

Mit der Genehmigung der Realisierungseinheit 09 zur «Ablösung der Applikation Erbschafts-/Schenkungssteuer» und dem Abschluss des Submissionsverfahrens für die neue Veranlagungslösung für juristische Personen sind nun sämtliche Vorhaben zur Umsetzung des Legislaturziels FD 10.3 «Abschluss des Informatikprogramms ZüriPrimo» der Legislaturperiode 2015–2019 gestartet.

Umsetzung Netzwerkstrategie und Migration LEU-net1 nach LEU-net2

Im Berichtsjahr wurde die Migration vorangetrieben. Bald

musste festgestellt werden, dass die Terminplanung zu optimistisch ausgelegt war. Probleme ergaben sich bei den neu einzuführenden Prozessen, den Bewilligungen für Ausbauten und hauptsächlich bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen des Auftragsnehmers. Die neue Terminplanung sieht ein Ende des Projektes «Migration» auf Ende Mai 2017 vor. Am Ende des Berichtsjahres wird festgestellt werden können, dass dieses Ziel erreichbar ist. Die Kadenz der Migrationen konnte erheblich gesteigert werden. Bis Ende des Berichtsjahres waren 390 der vorgesehenen 500 WAN-Standorte migriert. Ausserdem sind sämtliche grossen und komplexen Standorte der Verwaltung bereits auf den neuen Standard migriert.

Mitte des Berichtsjahres wurde ein Teilprojekt gestartet, das die Analyse der Universellen Kommunikationsverkabelung (UKV) der Standorte umfasst. Wegen der grossen Menge von Standorten konnte nur ein Teilbereich analysiert werden. Der bereits 2015 erhobene Verdacht, dass an vielen Standorten alte Infrastrukturen in der Verkabelung bestehen, wurde leider bestätigt. In den nächsten Jahren sind deshalb Erneuerungsprojekte für die Modernisierung zu planen.

Der nächste Schritte im Projekt LEU-net ist die Vervollständigung der Implementierung der diversen neuen Prozesse. So werden z. B. das gesamte Bestellwesen (Order Management) und das Change Management völlig neu aufgebaut.

Legislaturziele

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.

RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

4100 2017

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.

RRZ 9.1a Liste der Leistungen mit deren Kostenabhängigkeit und dem Handlungsspielraum des Kantons nach Direktionen und Leistungsgruppen erstellen

4100 2017

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

4100 2017

RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.

RRZ 9.2b Umsetzungsbereite Finanzierungsmodelle entwickeln und die dazu allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen

4100 2018

RRZ 9.3 Das Steuersubstrat ist durch Erhalt der Position im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gesichert.

RRZ 9.3a Die Unternehmenssteuerreform III nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten

4400 2018

RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen

4400 2019

RRZ 9.3c Rechtzeitig eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Unternehmenssteuerreform III sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene

4400 2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	4100	2019
RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2015-2018 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen	4600	2019
RRZ 10.1f Ein Compliance Management System einführen, um Abweichungen von gültigen Regeln zu vermeiden	4000	2017
RRZ 10.1g Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)	4500	2017
RRZ 10.1h Eine vergleichbare Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders sowie flexible und zeitgemässe Arbeitszeitmodelle schaffen. Das heutige Personalgesetz überprüfen und gegebenenfalls erneuern	4500	2019
RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.		
RRZ 10.2b Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen	4500	2017
RRZ 10.2c Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen. Für Führungskräfte ein neues IT-basiertes Instrument für teambezogene Standortbestimmungen einführen	4500	2017
RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben	4400	2019
RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.		
RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten	4400	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
FD 10.1 Die Ressourcen des Kantons Zürich können ohne Beeinträchtigungen nachhaltig eingesetzt werden.		
FD 10.1a Überarbeitung des bestehenden Versicherungskonzepts und Integration in ein übergeordnetes Risikokonzept	4000	2017
FD 10.1b Einführung regelmässiger Erhebungen der Grossrisiken des Kantons	4000	2017
FD 10.2 Die gesetzlichen Grundlagen des Lotteriefonds sind gemäss den aktuellen Anforderungen überarbeitet.		
FD 10.2a Erarbeitung eines kantonalen Lotteriefondsgesetzes	4000	2017
FD 10.3 Abschluss des Informatikprogramms ZüriPrimo		
FD 10.3a Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo	4400	2018
FD 10.3b Einführung Register / Veranlagung (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE01)	4400	2018
FD 10.3c Ablösung der Applikation 'Direkte Bundessteuer' (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE04)	4400	2017
FD 10.3d Ablösung der Applikation 'Quellensteuer' (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE07)	4400	2017
FD 10.3e Ablösung der Applikation Erbschafts- / Schenkungssteuer (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE09)	4400	2018
FD 10.3f Einführung Bücherrevision (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE10)	4400	2018
FD 10.3g Programmführung ZüriPrimo, Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform (ZüriPrimo Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12)	4400	2018
FD 10.4 Standardisierung der Personalprozesse		
FD 10.4a Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personaladministration durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen (E-Recruiting-Tool, Zeugnisgenerator) markant optimiert werden. Schnellere Bereitstellung von Standard HR-Dienstleistungen (kürzere Antwortzeiten, raschere Bearbeitung).	4500	2016

FD 10.5 Optimierung der Personalinformatik in der Finanzdirektion

FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen PULS-Lösung durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.

4500

2016

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7 900.9	8 208.3	8 147.5	-60.8	-0.7
Aufwand	-1 132.6	-1 182.5	-1 068.1	114.3	9.7
- Kreditübertragungen aus 2015		-6.1			
Saldo	6 768.2	7 025.8	7 079.4	53.5	0.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.7	0.7	1.0	0.3	44.8
Ausgaben	-508.8	150.9	-9.1	-160.1	-106.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-2.6			
- Nachtragskredit		-0.3			
Saldo	-498.1	151.6	-8.1	-159.7	-105.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
53.5		Abweichungen total B16 zu R16
69.5	4950	- Auflösung von nicht mehr benötigten BVK-Sanierungsrückstellungen (+69 Mio. Franken). Rest: Rundungsdifferenzen (+0.5 Mio. Franken). Per Ende des Berichtsjahres stehen nun noch BVK-Sanierungsrückstellungen bis Mitte 2017 zur Verfügung (34.5 Mio. Franken).
39.4	4910	- Höherer Ertrag aus der direkten Bundessteuer. Der Ertrag liegt auf Vorjahresniveau.
35.7	4910	- Staatssteuern Laufende Periode juristische Personen: höherer Ertrag sowohl bei der Gewinn- (+28.5 Mio. Franken) als auch bei der Kapitalsteuer (+7.2 Mio. Franken)
35.7	4910	- Höherer Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer
32.7	4930	- Sonderdividende der Flughafen Zürich AG
30.5	4910	- Steuernachträge juristischer Personen: höhere Erträge für die abzurechnende Periode 2012 und die Perioden vor 2012 (+4.1 Mio. Franken), für die Korrektur der Nachträge (+35.0 Mio. Franken) und tiefere Nachträge für die laufende Periode aufgrund des gegenüber dem Budget tieferen Durchschnittssatzes zur Berechnung der Nachträge (-8.6 Mio. Franken).
14.8	4910	- Aufwand Staatssteuern: tieferer Abschreibungs-, Erlass- und Wertberichtigungsaufwand sowie tiefere Entschädigungen an die Gemeinden (+15.7 Mio. Franken) und ein höherer Aufwand für Vergütungszinsen (-0.9 Mio. Franken)
7.4	4930	- Höhere Abgeltung des ZKB-Dotationskapitals (u.a. Erhöhung des Dotationskapitals im Jahr 2015)
6.6	4930	- Niedrigerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
4.4	4950	- Geringere Rückstellungsbildung in der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich
3.5	4500	- Geringerer Aufwand im Personalamt durch Verzögerungen der Projekte der HR IT-Weiterentwicklung
2.0	4930	- Höhere ordentliche Gewinnausschüttung der Flughafen Zürich AG
1.4	4930	- Höhere Zinserträge aus Geldmarktgeschäften (netto)
1.4	4600	- Die Betriebskosten für LEUnet2 konnten mit dem neuen Servicevertrag tief gehalten werden. Dies gilt insbesondere für die Gebäudeanschlusskosten sowie die Kosten des WLAN, der Netzwerkzugangskontrolle und des Firewalls.
1.2	4000	- Höhere Erträge aus Erbfällen
1.2	4400	- Tieferer Personalaufwand im Steueramt aufgrund der Umsetzung der Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2016 und aufgrund des tieferen durchschnittlichen Personalaufwands pro Vollzeitstelle.
1.2	4400	- Tieferer Abschreibungsaufwand im Steueramt wegen der späteren Inbetriebnahme der Applikationen für den Steuerbezug und die Quellensteueranlagung.
0.9	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizer Salinen AG
0.8	4400	- Tiefere Sachaufwendungen im Steueramt
-5.4	4910	- Staatssteuern Übrige Erträge: tieferer Ertrag aus der Verrechnung von Bussen und Nachsteuern (-3.1 Mio. Franken), tiefere Erträge für Verzugs- und Ausgleichszinsen (-2.3 Mio. Franken)
-5.9	4950	- Höhere kalkulatorische Zinsaufwände infolge höherer Kontokorrentbestände
-6.3	4950	- Die zentral budgetierte Abschreibungskorrektur fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-9.3	4910	- Quellensteuern: trotz höherer Anzahl Quellensteuerrechnungen liegt der Ertrag unter Budget, da auch höhere Überträge an das ordentliche Verfahren gebucht werden mussten und der durchschnittliche Ertrag gesunken ist.
-10.8	4950	- Geringere kalkulatorische Zinserträge infolge tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen

Finanzdirektion Finanzierung, Personal- und Lohnstatistik

-18.3	4950	- Die Kürzung der Individuellen Lohnerhöhungen (ILE) von 0,6% auf 0,4% der Lohnsumme und der Verzicht auf Einmalzulagen (RRB Nr. 85/2016) musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-20.0	4930	- Tiefere Gewinnausschüttung der ZKB
-49.4	4910	- Staatssteuern Laufende Periode natürliche Personen: höherer Ertrag für die Vermögenssteuer (+13.2 Mio. Franken), tieferer Ertrag für die Einkommenssteuer (-62.6 Mio. Franken)
-111.2	4910	- Staatssteuern Nachträge natürliche Personen: höhere Nachträge der abzurechnenden Periode 2012 und die Perioden vor 2012 (20.2 Mio. Franken). Aus der Korrektur der Nachträge resultierte ein Minderertrag (-80.0 Mio. Franken), und auch die Nachträge für die laufende Periode liegen aufgrund des tieferen Durchschnittssatzes unter Budget (-51.4 Mio. Franken).
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-8.1			
- ZüriPrimo (LG Nr. 4400 Steuern Betriebsteil)	-6.3	-62.5	-55.8	-6.7
- Diverse Ersatzbeschaffungen Hardware und Software (LG Nr. 4400 Steuern Betriebsteil)	-0.9			
- Beteiligung des Kantons an der Aktienkapitalerhöhung der Zoo Zürich AG (LG Nr. 4400 Generalsekretariat FD)	-0.3	-0.3	-0.3	0.0
- Rückvergütung des Aktienkapitals der im Berichtsjahr liquidierten Kantag AG (LG Nr. 4400 Generalsekretariat FD)	0.3			
- SAP-Weiterentwicklungen und -Lizenzen (LG Nr. 4100 Finanzverwaltung)	-0.5			
- Darlehen des Bundes an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (LG Nr. 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat)	-0.5			
- Amortisation des Darlehens an die Zurich Intl. School Wädenswil (LG Nr. 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat)	0.7			
- Übrige	-0.6			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	885.8	906.0	901.4	-4.6	-0.5

Δ abs.	LG	Begründungen
-4.6		Abweichungen total B16 zu R16
1.7	4000	- Stellenmässige Überschneidungen (1.2) und Aushilfen im Sekretariat und Lotteriefonds (0.5)
0.6	4100	- Sozialstelle im Buchungszentrum (0.4) und zusätzliche Stellenprozente für den Ersatz der Abteilungsleiterin des Kantonalen Rechnungswesens für den Beratungseinsatz im IPSAS-Board
0.1	4300	- Überschneidung von Arbeitsverhältnissen infolge Pensionierung
0.1	4400	- Geringfügige Abweichung
-0.7	4500	- Insbesondere Verzögerung des Projektes «HR Informatik Weiterentwicklung», aber auch dringend benötigte Aushilfen für das Standardisierungsprojekt, Krankheit und Mutterschaft
-1.0	4600	- Die vakante Stelle des Leiters des Competence Centers «Messaging» wurde noch nicht besetzt.
-5.3	4700	- Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-2.8) und vorläufiger Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-2.5)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat FD	-2523	-2045	-2310	-265	-13.0
4100 Finanzverwaltung	-8382	-8355	-8270	85	1.0
4300 Amt für Tresorerie	-618	-636	-627	9	1.4
4400 Steuern Betriebsteil	-81370	-83006	-81921	1085	1.3
4500 Personalamt	-7510	-9023	-8710	313	3.5
4600 Direktionsübergreifende Informatik	-1153	-1433	-1476	-43	-3.0
4700 Drucksachen und Material	-4236	-4547	-4093	454	10.0
Total	-105792	-109045	-107407		

Bemerkungen

4000	Stellenmässige Überschneidungen und Aushilfen im Sekretariat sowie im Lotteriefonds
4400	Neueinstufung bei Anstellungen und Umsetzung der Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2016

- 4600 Höhere Rückstellungen aus Mehrleistungen des Personals
 4700 Verzögerungen bei Stellen-Wiederbesetzungen und vorläufiger Verzicht auf die Besetzung vakanter Stellen

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000	Generalsekretariat FD	19	10	9	14	5
4100	Finanzverwaltung	77	39	38	50	27
4300	Amt für Tresorerie	4	1	3	4	0
4400	Steuern Betriebsteil	785	361	424	620	165
4500	Personalamt	58	40	18	38	20
4600	Direktionsübergreifende Informatik	9	3	6	8	1
4700	Drucksachen und Material	44	10	34	39	5
	Total	996	464	532	773	223

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
168/2016	Bewertung von neugegründeten Gesellschaften mit Sitz im Kanton Zürich (dringliches Postulat Alex Gantner, Maur, Roger Liebi, Zürich, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil)	Vorlage 5317 vom 15.11.2016	04.07.2016

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
171/2015	Übermässige Einschätzung durch Steuerbehörden: Änderung des Steuergesetzes (Postulat Monika Wicki, Wald, Johannes Zollinger, Wädenswil, und Andreas Erdin, Wetzikon)	26.10.2015
329/2015	Strategische Computerbeschaffung (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Maria Lischer, Männedorf, und Stefan Hunger, Mönchaltorf)	04.04.2016
12/2016	Massvolle Neubewertung von Immobilien im Finanzvermögen (Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil)	23.05.2016
281/2016	Schluss mit der Überdotation des NFA (dringliches Postulat Roger Liebi, Zürich, Alex Gantner, Maur, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	31.10.2016

4000 Generalsekretariat FD

Neben den Unterstützungsleistungen zugunsten des Direktionsvorstehers sowie der Ämter war das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten beschäftigt:

- Der Bereich Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr knapp 80 Versicherungspolice. Diese wurden in das neu eingeführte Verwaltungssystem für die Versicherungspolice aufgenommen.
- Im Berichtsjahr gingen 75 nicht versicherte Staatshaftungsfälle ein (Vorjahr: 58). Im selben Zeitraum wurden 74 nicht versicherte Staatshaftungsfälle erledigt (Vorjahr: 57).
- Im Berichtsjahr gingen 17 Rekurse und 6 Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 14 bzw. 4). Im selben Zeitraum wurden 17 Rekurse und 5 Aufsichtsbeschwerden erledigt (Vorjahr: 5 bzw. 4).

- Im Bereich Erbschaften und Vermächnisse einschliesslich Nachlasskonkurse konnten 29 Fälle abgeschlossen werden.
- Aufgrund eines vom Regierungsrat auf Antrag der Finanzdirektion verabschiedeten Konzepts wurde eine Vernehmlassungsvorlage für ein Lotteriefonds- und Sportfondsgesetz erarbeitet.
- Der Compliancebeauftragte nahm auf Anfang des Berichtsjahres seine Tätigkeit auf. Er ist administrativ dem Generalsekretariat FD angegliedert. Mit Beschluss Nr. 750 vom 13. Juli 2016 beauftragte der Regierungsrat die Finanzdirektion, eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe «Compliance» zu bilden. Diese hat unter der Leitung des Compliancebeauftragten inzwischen ihre Tätigkeit aufgenommen.

Aufgaben

- A1 Stabsdienste: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
- A2 Div. eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
- A3 Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen, Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
- A4 Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds.
- A5 Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung des Direktionsvorstehers	A1, A5	10 757	11 000	10 444	-556	-5.1
L2	Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD	A1	140	150	138	-12	-8.0
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen	A1	1 067	1 300	1 120	-180	-13.8
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse	A2	3	5	10	5	100.0
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle	A2	16	12	29	17	141.7
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen	A2	19	20	20	0	0.0
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle	A3	57	50	74	24	48.0
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle	A3	169	140	20	-120	-85.7
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	44	25	49	24	96.0
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds	A4	396	420	396	-24	-5.7
B1	Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	21	30	24	-6	-20.0
B2	Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	8	7	30	23	328.6
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien	A3	0.63	0.5	0.5	0	
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide in %	A2	0	10	0	-10	
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide in %	A3	0	1	0	-1	

Bemerkungen

- L2, L3 Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
- L4 Es konnten mehr Notariatsgebührenrekurse erledigt werden.
- L5 Es konnten mehr Erbschafts- und Vermächtnisfälle abgeschlossen werden, da einfachere Fälle zu bearbeiten waren.

- L7, L8, Aufgrund einer neuen Aufgabenteilung werden die versicherten Spitalhaftpflichtfälle nicht mehr über das Generalsekretariat der Finanzdirektion abgewickelt. Diese Fälle machten bisher den Grossteil der versicherten Haftpflichtfälle aus, verursachten aber zugleich verhältnismässig pro Fall wenig Aufwand. Die Übertragung der Falldossiers verursachte im Sommer des Berichtsjahres einen Sonderaufwand. Dies wirkte sich auch auf die Indikatoren B1 und B2 aus. Insbesondere bei B2 verdreifachte sich deshalb der Aufwand pro Fall.
- L9 Es konnten mehr Versicherungspolizen überprüft und neu abgeschlossen werden, weshalb sich der Indikatorwert B3 auch erhöhte.
- Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1f Ein Compliance Management System einführen, um Abweichungen von gültigen Regeln zu vermeiden

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr seine Grundhaltung zur Compliance geklärt. Zudem sind das Vorgehen definiert und die zentralen Strukturen (u.a. Arbeitsgruppe Compliance) festgelegt worden.

Planmässig 2017

FD 10.1a Überarbeitung des bestehenden Versicherungskonzepts und Integration in ein übergeordnetes Risikokonzept

Im Berichtsjahr wurde am neuen Versicherungskonzept gearbeitet.

Planmässig 2017

FD 10.2a Erarbeitung eines kantonalen Lotteriefondsgesetzes

Im Berichtsjahr wurde die Vorlage erarbeitet. Sie soll im ersten Quartal 2017 in die Vernehmlassung geschickt werden.

Planmässig 2017

FD 10.1b Einführung regelmässiger Erhebungen der Grossrisiken des Kantons

Diese Massnahme wird im Rahmen des Risiko-Controllings der Finanzverwaltung (Leistungsgruppe Nr. 4100) behandelt.

Verzicht 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.3	13.6	15.3	1.7	12.3

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.2 Stellenmässige Überschneidungen
- 0.5 Aushilfen in Sekretariat und Lotteriefonds

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	3.0	1.5	2.6	1.1	74.3
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.5	0.5	0.5	0.0	4.2
- Ertrag aus Erbanfällen	1.9	0.6	1.8	1.2	220.4
- Regalien	0.1	0.4	0.1	-0.3	-73.3
Aufwand	-4.0	-3.6	-3.9	-0.4	-10.1
Saldo	-1.0	-2.1	-1.3	0.7	35.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.3	0.3	0.0
Ausgaben		-0.3	-0.3	0.0	0.0
- Nachtragskredit		-0.3			
Saldo		-0.3	-0.0	0.3	88.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total B16 zu R16
1.2	A2	- Höhere Erträge aus Erbfällen
0.4	A1	- Geringere Aufwände für Dienstleistungen Dritter und Honorare externer Berater
0.1	A1	- Höhere Erträge aus Verwaltungsratsmandaten
-0.3	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Personalaufwand wegen höheren Beschäftigungsumfangs (vgl. Bemerkungen zum Beschäftigungsumfang)
-0.3	A1	- Geringere Erträge aus Regalien
-0.3	A1	- Abschreibung der Investition zur Beteiligung des Kantons Zürich an der Aktienkapitalerhöhung der Zoo Zürich AG
-0.1		- Übrige Abweichungen

**Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4000**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	-0.0	0.3	
- Beteiligung des Kantons Zürich an der Aktienkapitalerhöhung der Zoo Zürich AG	-0.3	-0.3	0.0	- Finanzierung über einen Nachtragskredit der I. Serie 2016 (Vorlage 5270)
- Rückvergütung des Aktienkapitals der im Berichtsjahr liquidierten Kantag AG	0.0	0.3	0.3	- Vgl. dazu den Übersichts-Beitrag «Aktienkapitalrückzahlung und Liquidationserlös der Kantag Liegenschaften AG» auf FD-Ebene
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
59 350	11 707	0	47 643	-11 707

4100 Finanzverwaltung

Nach der erfolgreichen Umstellung des SAP-Auswertungs- und -Reportingsystems auf SAP HANA im Jahr 2015 konnte das kantonale Finanzsystem im Berichtsjahr auf SAP S/4 HANA überführt werden. Der Wechsel erfolgte von September bis November. Durch die Umstellung konnten die Systemantwortzeiten erheblich verbessert und das Datenvolumen auf einen Drittel reduziert werden. Zudem ermöglicht SAP S/4 HANA eine wesentlich einfachere Gestaltung des Datenmodells und bildet somit eine gute Basis für die Einführung von neuen Anwendungen.

In der Periode 2016–2018 nimmt die Schweiz mit einem Vertreter der Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) im IPSAS-

Board Einsitz. Er vertritt die schweizerischen Interessen und informiert das Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor (SRS) sowie weitere interessierte Kreise im Inland über die laufenden Geschäfte.

Mit dieser Vertretung werden die Weiterentwicklung der Rechnungslegung nach IPSAS sowie des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells HRM2 gefördert. Zur Unterstützung stellt die Finanzverwaltung die Abteilungsleiterin des Kantonalen Rechnungswesens als technische Beraterin zur Seite. Die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) beschloss an ihrer Plenarversammlung am 29. Januar 2016 ihre finanzielle Beteiligung an diesem Engagement des Kantons Zürich.

Aufgaben

- A1 Finanzcontrollerdienste zur Vorbereitung politischer Entscheide
- A2 Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Führung der SAP-Applikationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen	A1, A2, A3, A4	11	10	9	-1	-10.0
L2	Anzahl schriftliche Stellungnahmen	A1, A2, A3, A4	820	900	1 015	115	12.8
L3	Anzahl Grossprojekte (über Fr. 500'000)	A1	2	1	3	2	200.0
L4	Anzahl Projekte (zwischen Fr. 100'000 und Fr. 500'000)	A1	2	2	3	1	50.0
L5	Anzahl Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	865	1 000	1 044	44	4.4
L6	Anzahl bearbeitete Kreditorenbelege	A3	321 419	329 500	338 229	8 729	2.6
L7	Anzahl Anfragen Buchungszentrum	A3	6 465	6 000	6 328	328	5.5
L8	Anzahl Bankbelege bzw. -positionen	A3	94 953	86 000	93 664	7 664	8.9
L9	Anzahl betreute Benutzer Buchungszentrum	A3	3 637	5 000	3 948	-1 052	-21.0
L10	Anzahl mutierende SAP-Benutzer	A4	1 710	1 200	1 766	566	47.2
L11	Anzahl abfragende SAP-Benutzer	A4	2 864	2 600	2 655	55	2.1
L12	Anzahl selbstbedienende SAP-Benutzer (zur Zeit vor allem Zeit- und Leistungserfassung)	A4	4 883	5 400	4 863	-537	-9.9
L13	Anzahl SAP-Problemmeldungen	A4	1 030	1 200	1 506	306	25.5
L14	Anzahl SAP-Serviceanfragen	A4	1 701	1 600	1 341	-259	-16.2
L15	Anzahl SAP-Entwicklungsanträge	A4	352	600	557	-43	-7.2
L16	Anzahl betriebene SAP-Systeme	A4	52	44	58	14	31.8
L17	Anzahl betriebene SAP-Mandanten	A4	117	100	107	7	7.0
L18	Anzahl SAP-Systemupdates	A4	13	14	15	1	7.1
L19	Anzahl Rahmenverträge Kompetenzzentrum SAP	A4	10	16	17	1	6.3
L20	Anzahl Leistungsvereinbarungen Kompetenzzentrum SAP	A4	10	40	15	-25	-62.5
B1	Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg in Minuten	A3	3.34	3.42	3.2	-0.2	-6.4
W1	Verfügbarkeit der produktiven SAP-Systeme in Prozent (ohne Wartungsfenster)	A4	99.6	99.5	99.71	0.2	0.2

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bearbeitenden Kantonsrats-Überweisungen ist nicht beeinflussbar.
- L2 Die Anzahl der zu bearbeitenden Stellungnahmen ist nicht beeinflussbar.

- L5 Die Anzahl der zu bearbeitenden Anfragen ist nicht beeinflussbar.
- L6 Nicht beeinflussbar.
- L7 Nicht beeinflussbar.
- L8 Nicht beeinflussbar.
- L9 Die Anzahl der betreuten Benutzer ist 2015 aufgrund einer Bereinigung der nicht aktiven User gesunken.
- L10 Die Gesamtzahl der SAP-Benutzer ist geringfügig gestiegen.
- L13 Vorübergehender Anstieg aufgrund Providerwechsel
- L14 Verschiebung zwischen Entwicklungsaufträgen und Serviceanfragen
- L15 Verschiebung zwischen Entwicklungsaufträgen und Serviceanfragen
- L16 Im Rahmen des Providerwechsels wurden mehrere Systeme zusätzlich aufgebaut, um die Datenhaltung von Test- und Produktivdaten zu trennen. Für die Umstellung der Datendrehzscheibe und die Einführung von SAP S/4 HANA mussten Systeme vorübergehend parallel betrieben werden.
- L20 Durch Zusammenfassung von Leistungsvereinbarungen mehrerer Ämter reduzierte sich die Anzahl der abzuschliessenden Leistungsvereinbarungen um etwa die Hälfte.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten		
Die Finanzdirektion unterstützt die Fachdirektion in ihrer Eignerrolle gegenüber den Beteiligungen (PCG-Richtlinie 11.3). Die Finanzdirektion nahm zu den Anträgen der Baudirektion betreffend die Eigentümerstrategien Axpo und EKZ aus Eignersicht Stellung und beurteilte die Vorschläge zur Risikoberichterstattung. Die Eigentümerstrategien wurden mit RRB Nrn. 1196/2016 und 1197/2016 verabschiedet.	Abgeschlossen	2017
RRZ 9.1a Liste der Leistungen mit deren Kostenabhängigkeit und dem Handlungsspielraum des Kantons nach Direktionen und Leistungsgruppen erstellen		
Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 wurden die wesentlichen Kostentreiber und der Handlungsspielraum des Kantons aufgezeigt. Mit RRB Nr. 236/2016, Dispositiv IV, wurde die Legislaturzielmassnahme abgeschlossen.	Abgeschlossen	2017
RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen		
Die bisherigen Zwischenergebnisse der Staatskanzlei wurden beurteilt und mit der Staatskanzlei besprochen.	Planmässig	2017
RRZ 9.2b Umsetzungsbereite Finanzierungsmodelle entwickeln und die dazu allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen		
Im Berichtsjahr wurde die im Vorjahr begonnene Problemaufnahme vertieft und die weiteren Arbeiten festgelegt.	Planmässig	2018
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen		
Die Finanzdirektion hat Grundsätze zum Eignercontrolling und zum finanziellen Risikocontrolling der Finanzdirektion erarbeitet und den Direktionen, der Staatskanzlei und der Finanzkontrolle zur Stellungnahme unterbreitet. Nach der Auswertung der Stellungnahmen wurden die Grundsätze am 1. September 2016 verfügt.	Planmässig	2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	67.5	65.8	66.4	0.6	0.9

Bemerkungen B16 zu R16

- 0.2 Zusätzliche Stellenprocente für den Einsatz der Abteilungsleiterin des kantonalen Rechnungswesens im IPSAS-Board
- 0.4 Sozialstelle im Buchungszentrum

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	12.3	14.4	12.3	-2.1	-14.7
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen	11.8	13.7	11.8	-1.9	-13.9
Aufwand	-20.9	-23.8	-19.6	4.2	17.6
- Personalaufwand	-10.3	-10.3	-10.1	0.2	1.6
- Abschreibungen und Zinsen	-0.2	-0.5	-0.4	0.1	23.1
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.4			
Saldo	-8.6	-9.4	-7.4	2.1	22.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.3	-2.0	-0.8	1.2	58.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.5			
Saldo	-0.3	-2.0	-0.8	1.2	58.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.1		Abweichungen total B16 zu R16
1.6	A4	- Tiefere Aufwände für externe Berater im Kompetenzzentrum SAP
0.7	A4	- Tiefere Betriebskosten SAP
0.6	A4	- Systemoptimierungsprojekte SAP werden erst im 2017 abgeschlossen
0.3	A3	- Noch nicht verwendete Mittel für das Projekt «Migration Zahlungsverkehr» des Kantonalen Rechnungswesens
0.2	A1, A2	- Tiefere Honoraraufwände des Buchungszentrums, des Kantonalen Rechnungswesens und des Controllerdiensts
0.2	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Verrechnungen, hauptsächlich in den Bereichen Informatik, Telematik und Büromaterial
0.1	A1, A4	- Tiefere Kapitalkosten aus Investitionen
0.1	A2	- Einnahmenüberschuss aus Vereinnahmung von Verlustscheinen im Buchungszentrum
-1.9	A4	- Tiefere Verrechnungen für Informatikdienstleistungen des Kompetenzzentrums SAP
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.0	-0.8	1.2	
- Weiterentwicklungen und Lizenzen	-0.2	0.0	0.2	
- Anpassung Zahlungsverkehr Schweiz	-0.2	-0.1	0.1	
- Einführung Notes Management	-0.1	-0.1	0.0	
- SAP-Providerwechsel / Migration SAP- und SAP-nahe Systeme, finanziert über Kreditübertragung 2015/2016	-1.4	-0.5	0.9	- Nacharbeiten im Rahmen der Migration erfolgen teilweise erst im Jahr 2017 (insbesondere Aufbau Monitoring und Prozessintegration).
- Einführung Notes Management, finanziert über Kreditübertragung 2015/2016	-0.1	-0.1	0.0	- 0.1 Mio. Franken wurden über das ordentliche Budget finanziert (vgl. oben), -0.1 Mio. Franken über eine Kreditübertragung
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
230 721	29 850	0	200 871	-29 850

4300 Amt für Tresorerie

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Kantons. Dazu wurden 21 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 2,33 Mrd. Franken getätigt. Dabei wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Im Berichtsjahr musste Fremdkapital von 500 Mio. Franken zurückbezahlt werden. Dagegen wurde Fremdkapital in Form eines Darlehens von 50 Mio. Franken aufgenommen. Um das Risiko von Liquiditätsengpässen abzufedern, wurden kurzfristige feste Vorschüsse mit einem Volumen von rund 1,4 Mrd. Franken und Laufzeiten zwischen 7 und 150 Tagen aufgenommen. Im Finanz- und Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen:

- Erlös aus der Liquidation der Kantag Liegenschaften AG von Fr. 325 291
- Beteiligung des Kantons an der Aktienkapitalerhöhung der Zoo Zürich AG von Fr. 337 500
- Teilrückzahlung des Darlehens durch die Zurich International School, Wädenswil, von Fr. 687 500

Ausserdem wurden die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Aufgaben

- A1 Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
- A2 Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen
- A3 Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
- A4 Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Bemerkungen

- A2 Der Kantonsrat hat die Finanzdirektion mit Beschluss vom 29. Februar 2016 mit der Verwaltung des «Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die ZKB» beauftragt. Diese Aufgabe wird vom Amt für Tresorerie wahrgenommen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie	A1	2 742	3 700	2 930	-770	-20.8
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen	A2	1 109	1 300	1 153	-147	-11.3
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens	A3	399	500	566	66	13.2
L4 Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR	A4	293	300	251	-49	-16.3
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in %	A1	1.52	1.23	1.39	0.2	
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in %	A2	0.14	0.15	0.13	-0	
W1 Anzahl Überbrückungskredite	A1	0	0	0	0	
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A1	AAA	AAA	AAA		

Bemerkungen

- L1 Die geringere Anzahl an Geldmarktgeschäften führte zu einem geringeren Arbeitsstundeneinsatz.
- L3 Höherer Arbeitsstundeneinsatz, weil mehr Projekte als geplant anfielen.
- L4 Tieferer Arbeitsstundeneinsatz, da weniger Anfragen zu bearbeiten waren.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4.0	4.0	4.1	0.1	2.0

Bemerkungen B16 zu R16

- 0.1 Überschneidung von Arbeitsverhältnissen infolge Pensionierung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-0.9	-0.9	-0.9	0.0	2.8
Saldo	-0.9	-0.9	-0.9	0.0	2.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
11 257	0	0	11 257	0

4400 Steuern Betriebsteil

Das Steueramt erhob im Berichtsjahr bei über 1,1 Mio. Steuerpflichtigen rund 6,5 Mia. Franken an Staatssteuern, Quellensteuern sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Auf den 1. Juli des Berichtsjahrs wurde die Bewirtschaftung des kantonalen Steuerregisters in der Dienstabteilung Akten- und Datenpflege zusammengefasst. Eine neue Organisationsverordnung des Steueramts mit Gültigkeit ab 1. Oktober des Berichtsjahrs enthält diese und weitere organisatorische Änderungen wie die Zuständigkeit für Gesetzgebungsaufgaben. Bis Ende des Berichtsjahrs konnten zudem im Rahmen von «ZüriPrimo» die Arbeiten für die neue Registerlösung mit der Anbindung der Gemeinde Erlenbach an das kantonale

Steuerregister abgeschlossen werden. Dies wird wertvolle Hinweise liefern im Hinblick auf die spätere Umsetzung des Legislaturziels RRZ 10.2d, zweiter Satz.

Mit dem Einsatz von zahlreichen befristet angestellten Aushilfen konnte bei der Quellensteuer wie geplant die Hälfte der Pendenzen abgebaut werden.

Durch Umbaumaassnahmen am Sitz des Steueramts wurde die Zutrittssicherheit auf das Niveau der Zentralverwaltung angehoben. Dank einer umsichtigen Planung und Umsetzung hielten sich die Einschränkungen im laufenden Betrieb in einem engen Rahmen.

Aufgaben

A1	Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
A2	Bezug Bundessteuern
A3	Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
A4	Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L4 Anzahl total erledigte Steuererklärungen	A1	968 036	977 000	941 811	-35 189	-3.6
L5 Anzahl durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	423 371	430 000	434 488	4 488	1.0
L6 Anzahl durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	544 665	547 000	507 323	-39 677	-7.3
L19 Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen in % des Total erledigte Steuererklärungen	A1		44	46	2	
L8 Total offene Steuererklärungen Ende Jahr (Zielwert)	A1	285 641	218 000	277 199	59 199	27.2
L9 Fristgerechte Veranlagungen : - 1 Jahr nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	58	58	55	-3	
L10 - 2 Jahre nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	96	97	96	-1	
L11 - 3 Jahre nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	99	99	99	0	
L12 Anzahl Rechnungen Bundessteuer	A2	1 614 863	1 400 000	1 509 586	109 586	7.8
L20 Anzahl Erbschafts- und Schenkungssteueranmeldungen mit Steuerbezug	A3	2 034	1 900	2 222	322	16.9
L16 Anzahl abzurechnende Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	22 399	20 000	24 145	4 145	20.7
L17 Anzahl zu erfassende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	168 856	160 000	176 212	16 212	10.1
L18 Anzahl Quellensteuer-Rechnungen	A4	55 672	85 000	98 299	13 299	15.6
W1 Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramtes in %		7	6	8	2	

Bemerkungen

- L4, L6 Insgesamt tiefere Erledigungszahl, da von den Gemeinden weniger Veranlagungen erledigt wurden
- L8 Per Saldo haben sich die offenen Steuererklärungen gegenüber dem Budget erhöht. Der Grund dafür liegt im höheren Anfangsbestand des Berichtsjahres und in der tieferen Gesamterledigungszahl.
- L9 Aufgrund der tieferen Erledigungszahl der Gemeinden liegt der Wert unter Budget.
- L20 Höhere Anzahl von Veranlagungen, sowohl für die Erbschafts-, als auch für die Schenkungssteuer
- L16 Erneute markante Zunahme bei den abrechnungspflichtigen Arbeitgebern
- L17 Erneute deutliche Zunahme bei den quellenbesteuerten Arbeitnehmern
- L18 Aufgrund des Abbaus des Arbeitsrückstandes bei der Quellensteuer wurden den Arbeitgebern wesentlich mehr Rechnungen zugestellt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.3a Die Unternehmenssteuerreform III nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten

Die Unternehmenssteuerreform III ist im Juni des Berichtsjahres durch das Bundesparlament verabschiedet worden. Gegen diese Vorlage wurde das Referendum ergriffen. Die Abstimmung findet am 12. Februar 2017 statt.

Planmässig 2018

RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen

Die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich lag 2014 weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gemäss Steuerbelastungsmonitor 2015 hat Zürich die seit 2012 gewonnenen sechs Plätze in der Kantonsrangliste der Einkommenssteuer erneut verteidigt und steht weiterhin auf dem 10. Rang.

Planmässig 2019

RRZ 9.3c Rechtzeitig eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Unternehmenssteuerreform III sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene

Die Strategie zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III im Kanton Zürich wurde vom Regierungsrat im Juni beschlossen (RRB Nr. 629/2016) und die Vernehmlassung im November eröffnet (RRB Nr. 1099/2016).

Planmässig 2019

RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben

Die beiden Vorhaben werden im Jahr 2017 gestartet.

Verzögert 2019

RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten

Der Kanton Zürich wirkt an der Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene laufend mit, so etwa im Berichtsjahr durch die Beteiligung an Arbeitsgruppen zur Umsetzung des spontanen Informationsaustausches oder zur Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für das Country-by-Country-Reporting. Auch bei der Unternehmenssteuerreform III und der Umsetzung des automatischen Informationsaustausches hat der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss genommen. Zudem hat sich der Kanton auch zu weiteren grundlegenden Gesetzgebungsvorhaben des Bundes im Steuerbereich vernehmen lassen.

Planmässig 2019

FD 10.3a Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo

Das Programm «ZüriPrimo» verläuft weiter nach Plan. Im Rahmen der genehmigten Vorhaben «RE04 Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer» und «RE07 Ersatzbeschaffung Quellensteuer» wurden im Berichtsjahr die Register für natürliche und juristische Personen in Betrieb genommen. Die Programmgesamtplanung wurde planmässig überprüft. Die Ziele der Realisierungseinheiten 06, 10, 11 und 12 werden im Rahmen der übrigen Realisierungseinheiten umgesetzt. Die verbleibenden Teile von «RE01 Veranlagung Juristische Personen» und «RE09 Erbschafts-/Schenkungssteuer» wurden gestartet und bewilligt.

Planmässig 2018

FD 10.3b Einführung Register / Veranlagung (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE01)

Für den verbleibenden Teil «RE01 Veranlagung Juristische Personen» der Realisierungseinheit «RE01 Register/Veranlagung» erfolgte im Berichtsjahr planmässig die Auftragsvergabe nach öffentlicher Ausschreibung und der Abschluss der Detailspezifikationsphase.

Planmässig 2018

FD 10.3c Ablösung der Applikation 'Direkte Bundessteuer' (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE04)

Die vollständige Ablösung war ursprünglich auf Anfang 2017 vorgesehen. Aufgrund von Lieferverzögerungen wurde die geplante Einführung der neuen Lösung auf einen späteren Termin im Jahr 2017 verschoben.

Verzögert 2017

FD 10.3d Ablösung der Applikation 'Quellensteuer' (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE07)

Die Realisierungsphase der Veranlagungslösung Quellensteuer wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und das System wird 2017 eingeführt.

Verzögert 2017

FD 10.3e Ablösung der Applikation Erbschafts- / Schenkungssteuer (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE09)

Im Berichtsjahr wurde die Realisierungseinheit bewilligt und die öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Planmässig 2018

FD 10.3f Einführung Bücherrevision (ZüriPrimo Realisierungseinheit RE10)

Auf eine Umsetzung von «RE10 Bücherrevision» wird aufgrund der Kosten-Nutzen-Betrachtung nach erfolgter Machbarkeitsstudie verzichtet.

Verzicht 2018

FD 10.3g Programmführung ZüriPrimo, Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform (ZüriPrimo Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12)

Auf eine Umsetzung der Realisierungseinheiten 06, 11 und 12 als eigene Realisierungseinheit wird verzichtet. Bezüglich der Realisierungseinheit 06 war 2004 die Ablösung einer Applikation vorgesehen, die in der Zwischenzeit bereits nicht mehr aktiv ist. Der Aufbau von Entwicklungs- und Betriebsumgebungen (Realisierungseinheiten 11 und 12) erfolgt im Rahmen der jeweils betroffenen Realisierungseinheit.

Verzicht 2018

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	709.0	718.0	718.1	0.1	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.4	6.3	6.4	0.1	1.1
Aufwand	-164.5	-169.5	-168.0	1.5	0.9
- Personalaufwand	-99.1	-101.2	-100.0	1.2	1.2
- Abschreibungen und Zinsen	-5.5	-6.8	-5.6	1.2	18.0
- Betrieb Informatik	-11.1	-12.6	-11.8	0.9	6.9
- Hard- und Softwareaufwand	-28.3	-26.2	-28.6	-2.3	-8.9
- Mieten und Sachaufwand	-20.6	-21.0	-22.1	-1.1	-5.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.6			
Saldo	-158.1	-163.2	-161.6	1.6	1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-8.3	-12.7	-7.1	5.6	43.8
Saldo	-8.3	-12.7	-7.1	5.6	43.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.6		Abweichungen total B16 zu R16
1.2	A1, A3	- Tieferer Personalaufwand aufgrund der Umsetzung der Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2016 und aufgrund des tieferen durchschnittlichen Personalaufwands pro Vollzeitstelle.
1.2	A2, A4	- Tieferer Abschreibungsaufwand wegen der späteren Inbetriebnahme der Applikationen für den Steuerbezug und die Quellensteuerveranlagung.
0.8	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Sachaufwendungen für Drucksachen, Betriebsgebühren, Portokosten und Zahlungsspesen sowie bei weiteren Kostenarten im Bereich des Sachaufwands.
0.7	A1, A2, A3, A4	- Aufgrund von Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo» sowie der Beschränkung des Aufwands für den Betrieb Informatik auf ein Minimum, sind tiefere Kosten angefallen.
-0.3	A1	- Höherer Sachaufwand aufgrund der Vernichtung von alten Steuerakten
-0.7	A1, A2, A3, A4	- Höherer Hard- und Softwareaufwand aufgrund von Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo». Dafür können die vorgesehenen Mittel aus der Kreditübertragung teilweise verwendet werden.
-1.3	A1, A2, A3, A4	- Höherer Sachaufwand aufgrund des zusätzlichen Aufwands für die Verbesserung der Zutrittssicherheit. Der gesamte Aufwand für dieses Projekt wird durch Auflösung von Rücklagen finanziert.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-12.7	-7.1	5.6	
- ZüriPrimo (LG 4400)	-11.8	-6.3	5.5	- Tiefere Ausgaben aufgrund des Projektfortschritts und der Nichtverwendung von Reserven
- Diverse Ersatzbeschaffungen Hardware und Software	-0.9	-0.9	0.0	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015 3 664 338	Verwendung 2016 1 344 300	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017) 0	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016 2 320 038	Veränderung Bestand -1 344 300
--	---------------------------------	--	--	-----------------------------------

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen: Für die Verbesserung der Zutrittssicherheit am Standort des Steueramts sind im Berichtsjahr 1.3 Mio. Franken angefallen.

4500 Personalamt

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Weiterentwicklung der HR-Informatik beschlossen (RRB Nr. 911/2016) und die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 neu bestimmt (RRB Nr. 1231/2016). Aufgrund dieser Entscheide wurde die HR-Informatik-Weiterentwicklung neu geplant und die Legislaturzielmassnahmen werden angepasst (vgl. Abschnitt «Entwicklungsschwerpunkte»).

Auf den 1. Juli wurde das Handbuch Personalrecht auf www.lernwelt.zh.ch aufgeschaltet. Es ist wie ein Wiki aufgebaut und verfügt über eine einfache und benutzerfreundliche Struktur. Verlinkungen auf andere Handbuchseiten, Gesetze sowie Gerichtsurteile ermöglichen sinnvolle Querverweise für eine umfassende Information zu bestimmten personalrechtlichen Themen. Auch inhaltlich wurde es grundlegend überarbeitet. Über Änderungen oder Ergänzungen sowie wichtige personalrechtliche Urteile oder Gesetzesrevisionen wird

jeweils mittels Newsletter zeitnah informiert. So wird gewährleistet, dass die Leserschaft immer auf dem neusten Stand ist.

Bereits heute hat die berufliche Grundbildung in der kantonalen Verwaltung einen hohen Stellenwert. Das neue Konzept baut die Bedeutung der Berufsbildung aus, legt die Organisationsgrundsätze fest und definiert die Instrumente, mit denen die Umsetzung sichergestellt werden soll. Folgende Massnahmen wurden festgelegt: Stärkung der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit, gezielte Bekanntmachung der attraktiven Ausbildungsplätze sowie Stärkung der Arbeit der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Die Umsetzung wird ab 2017 in Angriff genommen.

Nach der interimistischen Leitung seit Dezember 2015 wurde Anita Vogel auf den 1. Juli 2016 zur neuen Chefin des Personalamtes ernannt.

Aufgaben

- A1 Gewinnung und Erhaltung von Mitarbeitenden erfolgt bedürfnisorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien.
- A2 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalstrategie. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling.
- A3 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung.
- A4 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management. Aufgaben des betrieblichen Gesundheitswesens.
- A5 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.
- A6 Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (Zielwert)	A3	128	125	135	10	8.0
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage inkl. Führungsweiterbildung (Zielwert)	A3	5 465	5 500	5 638	138	2.5
L3	Anzahl betreute Lernende (Zielwert)	A3	195	190	199	9	4.7
L5	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat	A5	58 965	57 000	61 464	4 464	7.8
L6	Anzahl bewirtschafteter Personaldossiers (Zahlstelle 1)	A5	16 354	16 000	17 858	1 858	11.6
L7	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle	A6	151	170	170	0	0.0
B1	Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung	A3	3 827	3 500	3 833	333	9.5
B2	Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung	A3	563	600	582	-18	-3.0
B3	Kosten pro Lernende pro Jahr, ohne Arbeitsplatzkosten	A3	22 078	24 000	21 621	-2 379	-9.9
W1	Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. "gut" (in %)	A3	94.5	90	96.7	6.7	
W2	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. "gut" (in %)	A3	96	90	96	6	
W3	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. "gut" (in %)	A3	93	90	94	4	

Bemerkungen

- L6 Seit diesem Berichtsjahr werden die Personaldossiers des Amtes für Jugend und Berufsberatung im Personalamt bewirtschaftet.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1g Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)

Es wurden im Berichtsjahr die zu definierenden Prozesse ermittelt und die Umsetzung der Standardisierung neu in drei Etappen geplant. Die Prozesse der Etappe 1 wurden im Berichtsjahr plangemäss definiert und abgenommen und auf 1. Januar 2017 implementiert. Die Etappe 2 wird 2017, die Etappe 3 im Jahr 2018 abgeschlossen.

Planmässig 2017

RRZ 10.1h Eine vergleichbare Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders sowie flexible und zeitgemässe Arbeitszeitmodelle schaffen. Das heutige Personalgesetz überprüfen und gegebenenfalls erneuern

Aufgrund des Beschlusses des Regierungsrates über die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 im Dezember des Berichtsjahres wird auf diese Massnahme verzichtet.

Verzicht 2019

RRZ 10.2b Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen

Der RRB HR-IT-Weiterentwicklung konnte erst im September des Berichtsjahres beschlossen werden. Die Arbeiten für das Projekt E-Dossier konnten damit aufgenommen werden. Diese liegen jetzt im neuen Zeitplan. Es ist mit einer Umsetzung bis 2018 zu rechnen.

Verzögert 2017

RRZ 10.2c Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen. Für Führungskräfte ein neues IT-basiertes Instrument für teambezogene Standortbestimmungen einführen

Aufgrund des Beschlusses des Regierungsrates über die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 im Dezember des Berichtsjahres wird auf diese Massnahme verzichtet. Den Führungskräften wird ein HR-Informationsportal zur Verfügung gestellt, das ihnen Zugriff auf die elektronischen Personaldaten in ihrem Zuständigkeitsbereich ermöglicht.

Verzicht 2017

FD 10.4a Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personaladministration durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen (E-Recruiting-Tool, Zeugnisgenerator) markant optimiert werden. Schnellere Bereitstellung von Standard HR-Dienstleistungen (kürzere Antwortzeiten, raschere Bearbeitung).

Das E-Recruiting-Tool und ein Zeugnisgenerator wurden bereits 2015 planmässig eingeführt. Die zu definierenden Prozesse wurden vollständig ermittelt und die Umsetzung der Standardisierung neu in drei Etappen geplant. Die Prozesse der Etappe 1 wurden im Berichtsjahr plangemäss definiert und abgenommen und auf 1. Januar 2017 implementiert. Die Etappe 2 wird 2017, die Etappe 3 im Jahr 2018 abgeschlossen.

Planmässig 2016

FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen PULS-Lösung durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.

Der RRB HR-IT-Weiterentwicklung konnte erst im September des Berichtsjahres beschlossen werden. Die Arbeiten werden gemäss neuer Planung im Jahr 2017 aufgenommen und bis 2018 abgeschlossen.

Verzögert 2016

4500 10a Schaffung vergleichbarer Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders (Teilmassnahme 1 zu RRZ 10.1h)

Vgl. RRZ 10.1h

Verzicht 2018

4500 10b Überprüfung und ggf. Ergänzung weiterer flexibler Arbeitszeitmodelle (Teilmassnahme 2 zu RRZ 10.1h)

Vgl. RRZ 10.1h

Verzicht 2019

4500 10c Überprüfung und gegebenenfalls Erneuerung des heutigen Personalgesetzes (Teilmassnahme 3 zu RRZ 10.1h)

Vgl. RRZ 10.1h

Verzicht 2019

4500 10d Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen (Teilmassnahme 1 zu RRZ 10.2c)

Vgl. RRZ 10.2c

Verzicht 2017

4500 10e Einführung eines neuen IT-basierten Instruments für teambezogene Standortbestimmungen (Teilmassnahme 2 zu RRZ 10.2c)

Vgl. RRZ 10.2c

Verzicht 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	37.1	46.2	45.5	-0.7	-1.5

Bemerkungen B16 zu R16

Der geringere Beschäftigungsumfang ergibt sich insbesondere aus der Verzögerung des Projektes «HR Informatik Weiterentwicklung». Dieser wurde allerdings durch dringend benötigte Aushilfen für das Standardisierungsprojekt, -0.7 Krankheit und Mutterschaft teilweise kompensiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.6	2.0	1.9	-0.1	-5.0
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.2	1.5	1.5	-0.0	-2.9
Aufwand	-18.1	-22.8	-17.5	5.4	23.5
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-9.0	-11.4	-10.6	0.8	6.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-3.1			
Saldo	-16.5	-20.9	-15.6	5.3	25.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-1.5		1.5	100.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.1			
Saldo		-1.5		1.5	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.3		Abweichungen total B16 zu R16
3.5	FD 10.5a, RRZ 10.1g, RRZ 10.2b, RRZ 10.2c	- Geringerer Aufwand durch Verzögerungen der Projekte der HR IT-Weiterentwicklung
0.6		- Geringerer Personalaufwand aufgrund geringeren Beschäftigungsumfangs
0.5	A5	- Geringere interne Belastungen, insbesondere im Bereich SAP HCM
0.4	A3	- Geringerer Aufwand im Bereich Personalentwicklung durch eine geringere Anzahl durchgeführter Programme (z.B. Kadernachwuchsförderung) und tieferen Aufwand für Referentenentschädigungen
0.3	A6	- Geringerer Aufwand im Projekt «Betriebliches Gesundheitsmanagement» aufgrund Redimensionierung
-0.1	A5	- Geringere Erträge aus der Quellensteuerabrechnung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und Personalstruktur
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.5	0.0	1.5	
- HR-IT-Weiterentwicklung (ordentliches Budget 2016)	-0.4	0.0	0.4	- Die Projekte konnten aufgrund von Verzögerungen erst im September des Berichtsjahres durch den Regierungsrat genehmigt werden. Daher konnten auch noch keine Investitionensausgaben getätigt werden.
- HR-IT-Weiterentwicklung (Kreditübertragung aus Rechnung bzw. Budget 2015)	-1.1	0.0	1.1	- Siehe Begründung oben
- Einführung Anwesenheitsmanagement (Betriebliches Gesundheitsmanagement)	-0.1	0.0	0.1	- Das Projekt wurde 2016 redimensioniert.
- Übrige	0.1	0.0	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
326 682	0	0	326 682	0

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Am 23. November 2016 hat die Firma BDO AG das Ergebnis der unabhängigen Überprüfung der Informatik des Kantons Zürich dem Regierungsrat präsentiert. Nicht alle geforderten Resultate wurden erreicht, der Bericht beschreibt wahrgenommene Schwächen der heutigen Informatikorganisation, geht aber nur wenig auf die Stärken ein. Er umfasst 130 Empfehlungen, aber ausgearbeitete, konkrete Umsetzungsvorschläge fehlen. Der Entscheid für das weitere Vorgehen wird für das erste Quartal 2017 erwartet.

Die Migration zu LEUnet2 ist in vollem Gange. Per 31. Dezember 2016 waren 390 der vorgesehenen 500 Standorte migriert. Verschiedene Probleme erforderten jedoch eine neue Terminplanung, die den Projektabschluss Ende Mai 2017 vorsieht.

Im Berichtsjahr wurde der Aufbau eines Informatiksicherheits-

managementsystems (ISMS) sowie die Revision der 1997 in Kraft getretenen Informatiksicherheitsverordnung (ISV) als Schwerpunktthemen identifiziert und vorangetrieben. Mit der Etablierung des Competence Centers IT-Sicherheit wurde zudem eine zentrale Fachstelle für direktionsübergreifende Informatiksicherheitsaufgaben geschaffen.

Die neue «Personensuche» wurde nahtlos ins Intranet des Kantons Zürich integriert. Alle bisherigen Funktionalitäten und Angaben sind mit der neuen Lösung abgedeckt. Alle Personen- und Organisationsdaten der Zürcher Gemeinden werden neu im ZHidentity-WebCenter durch die Gemeinde-Administratoren direkt verwaltet.

Im Februar des Berichtsjahres konnte die Stelle des Change-Managers für LEUnet besetzt werden.

Aufgaben

- A1 Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
- A2 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
- A3 Definition und Pflege von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden	A1	1 692	3 000	3 443	443	14.8
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden	A2	5 047	6 000	6 090	90	1.5
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse	A1, A3	10	10	9	-1	-10.0
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEU-net	A2	17 084	16 000	18 067	2 067	12.9
L6	Anzahl betreute Wireless Access Points (WLAN)	A2		400	517	117	29.3
L7	Anzahl betreute Wide Area Network (WAN) Standorte	A2		800	592	-208	-26.0
L8	Anzahl Einträge im ZHDirectory	A2		28 000	29 089	1 089	3.9
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	A2	99.85	99.4	99.9	0.5	

Bemerkungen

- L1 Der Aufwand im Projekt «LEUnet2 Migration» war im Berichtsjahr grösser als erwartet, da das Projektende verschoben werden musste.
- L4 Im Berichtsjahr konnte ein weiterer Anstieg der betreuten LAN-Ports registriert werden. Die grosse Anzahl hat auch mit dem Stand des Projektes zu tun und wird sich im Jahr 2017 verändern.
- L6 Aufgrund des Erneuerungsprojektes «Universelle Kommunikations-Verkabelung» (UKV) in der engeren Zentralverwaltung hat sich die Anzahl der WLAN-Access Points im Berichtsjahr stark nach oben verändert.
- L7 Die Anzahl betreuter Hausanschlüsse des LEUnets (WAN) ist vom Service nicht beeinflussbar. Sie richtet sich nach Anforderungen der Kunden.
- W1 Der Soll-Wert gemäss SLA (Service Level Agreement) ist immer 99,4%. Er wurde während des gesamten Berichtsjahres deutlich überschritten.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2015-2018 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen

Die Informatikstrategie 2015–2018 wird ab dem ersten Quartal 2017 vor dem Hintergrund der Ergebnisse der unabhängigen externen Überprüfung der kantonalen Informatik erarbeitet. Vor der Genehmigung des Antrages für die Umsetzung der durch die BDO AG vorgeschlagenen Massnahmen kann mit der Erarbeitung der Informatikstrategie 2015–2018 nicht begonnen werden. Auch die verantwortliche Organisationseinheit ist noch nicht festgelegt.

Stand bis

Verzögert 2019

Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4600

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	8.0	9.9	8.9	-1.0	-10.3

Bemerkungen B16 zu R16

-1.0 Die vakante Stelle des Leiters des Competence Center Messaging wurde noch nicht besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.3	4.5	3.6	-0.9	-20.4
Aufwand	-7.3	-12.4	-10.8	1.6	13.1
- Kreditübertragungen aus 2015					
Saldo	-6.0	-7.9	-7.2	0.7	9.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben			-0.1	-0.1	0.0
Saldo			-0.1	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total B16 zu R16
1.4	A2	- Die Betriebskosten für LEUnet2 konnten mit dem neuen Servicevertrag tief gehalten werden. Dies gilt insbesondere für die Gebäudeanschlusskosten (vgl. geringere Verrechnungen an die Direktionen) sowie die Kosten des WLAN, der Netzwerkzugangskontrolle und des Firewalls.
0.2	A1	- Das geplante Budget für Projektkosten wurde unterschritten, da das Ergebnis der externen Überprüfung der kantonalen Informatik abgewartet wurde.
-0.9	A2	- Durch die Einsparungen bei den Netzwerk-Gebäudeanschlüssen wurde den Direktionen weniger verrechnet als ursprünglich geplant.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.1	-0.1	
- Federation based Login für Secure Web Access	0.0	-0.1	-0.1	- Im Rahmen der Budgetierung wurden diese Ausgaben in der Erfolgsrechnung eingestellt. Diese müssen gemäss den Rechnungslegungsnormen allerdings aktiviert werden. Die Kantonale Verwaltung stellt mit dieser Lösung sicher, dass im Zuge der Internetnutzung keine personenbezogenen Daten auf Datenbanken oder Speichermedien ausserhalb der Schweiz übertragen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
7 297	0	0	7 297	0

4700 Drucksachen und Material

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat wie in den Vorjahren ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt. Die Beschaffungen betreffen ein breites Spektrum von verwaltungswidrig genutzten Gütern wie Büromaterial, Publikationen, Drucksachen, Informatikmittel und Outputsysteme. Die kdmz hat zudem wiederum zahlreiche Submissionen durchgeführt, mit Bezug zu eigenen Beschaffungen sowie als Dienstleistung für kantonale Stellen und Gemeinden.

Die kdmz hat ihre Kundinnen und Kunden vermehrt auch bei umfangreichen Beschaffungs- und Logistikvorhaben unterstützt. Zu erwähnen ist unter anderem die Durchführung von

Druck- und Versandaufträgen für eine Vielzahl von Empfängern, verbunden mit einer effizienten und nahtlosen Abwicklung der Prozesse (u.a. Gesamtplanung, Konzeption, Bedarfsklärung, Verfahrenswahl, Abwicklung Beschaffung, Lieferung). Die kdmz hat zudem Entwicklungen weiter vorangetrieben, um ihre Rolle als Beschaffungsorganisation auch in Zukunft optimal wahrnehmen zu können. Zu erwähnen sind die prozessorientierte Ausrichtung der Bereiche «Beschaffung Material» und «Beschaffung Drucksachen», die verstärkte Gliederung in strategische und operative Beschaffungsaufgaben, die weitere Entwicklung von IT-gestützten Beschaffungsprozessen sowie die Erneuerung des bestehenden Webshops.

Aufgaben

A1 Kostengünstige, effiziente und ökologisch vertretbare Beschaffung von Gütern (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Multifunktionsgeräte) sowie Erbringung von Dienstleistungen mit Bezug zu Beschaffungen (z.B. Abwicklung von Submissionen).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl Bestellungen	A1	72 733	81 000	70 971	-10 029	-12.4
L2	Anteil Bestellungen über e-shop an Anzahl Bestellungen (in %)	A1	57	56	58.5	2.5	
W1	Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	A1	9 433	9 000	9 445	445	4.9

Bemerkungen

- L1 Die tiefere Anzahl Bestellungen ist vor allem beim Büromaterial zu verzeichnen.
L2 Der Anteil an Bestellungen, die über den e-shop abgewickelt werden, ist weiterhin zunehmend.

Entwicklungsschwerpunkte

4700 10a Weitere Förderung IT-gestützter Beschaffungsprozesse

Die IT-Prozesse werden weiterentwickelt und optimiert und der Webshop erneuert.

Stand bis
Planmässig 2016

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	46.0	48.5	43.2	-5.3	-11.0

Bemerkungen B16 zu R16

- Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-2.8) sowie auf den vorläufigen
-5.3 Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-2.5) zurückzuführen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	32.8	33.9	32.5	-1.4	-4.1
Aufwand	-32.6	-33.7	-32.4	1.2	3.7
Saldo	0.2	0.2	0.1	-0.1	-64.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	4.9
Saldo	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	4.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total B16 zu R16
1.3	A1	- Der tiefere Aufwand ist vor allem auf einen tieferen Aufwand für Beschaffungen und auf einen geringeren Betriebsaufwand (v.a. Personal) zurückzuführen.
-1.4	A1	- Der tiefere Ertrag ist vor allem auf geringere Beschaffungsmengen (v.a. Drucksachen für Wahlen und Abstimmungen, Büromaterial) zurückzuführen.
-0.0		- Übrige Abweichungen

**Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4700**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.2	-0.2	0.0	
- Optimierung IT-gestützter Beschaffungsprozesse	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015 410 613	Verwendung 2016 0	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017) 0	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016 410 613	Veränderung Bestand 0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
W1 Steuerfuss in Prozenten der einfachen Staatssteuer	A1	100	100	100	0	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
---------------------------------	-----	-----	------------	--------	-----

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6966.2	7297.2	7261.2	-36.0	-0.5
- Staatssteuern	5920.0	6316.3	6207.2	-109.0	-1.7
- davon Laufende Periode NP	3730.2	3846.0	3796.6	-49.4	-1.3
- davon Laufende Periode JP	1132.0	1107.0	1142.7	35.7	3.2
- davon Nachträge NP	646.7	750.0	638.8	-111.2	-14.8
- davon Nachträge JP	146.6	249.5	280.0	30.5	12.2
- davon Quellensteuer	175.1	273.5	264.1	-9.3	-3.4
- davon Übrige Erträge	89.5	90.3	84.9	-5.4	-6.0
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	249.9	240.2	275.8	35.7	14.8
- Direkte Bundessteuer	681.7	640.0	679.4	39.4	6.2
- Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	114.6	100.7	98.7	-2.0	-2.0
Aufwand	-151.3	-154.2	-138.7	15.4	10.0
- Staatssteuern	-149.2	-152.7	-137.9	14.8	9.7
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-2.1	-1.5	-0.8	0.6	43.6
Saldo	6814.9	7143.0	7122.5	-20.5	-0.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-20.5		Abweichungen total B16 zu R16
39.4	A1	- Höherer Ertrag aus der direkten Bundessteuer. Der Ertrag liegt auf Vorjahresniveau.
35.7	A1	- Höherer Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer
35.7	A1	- Staatssteuern Laufende Periode JP: höherer Ertrag sowohl bei der Gewinn- (28.5 Mio. Franken) als auch bei der Kapitalsteuer (7.2 Mio. Franken)
30.5	A1	- Nachträge juristische Personen: höhere Erträge für die abzurechnende Periode 2012 und die Perioden vor 2012 (4.1 Mio. Franken), für die Korrektur der Nachträge (35.0 Mio. Franken) und tiefere Nachträge für die laufende Periode aufgrund des gegenüber dem Budget tieferen Durchschnittssatzes zur Berechnung der Nachträge (-8.6 Mio. Franken).
14.8	A1	- Aufwand Staatssteuern: tieferer Abschreibungs-, Erlass- und Wertberichtigungsaufwand sowie tiefere Entschädigungen an die Gemeinden (15.7 Mio. Franken) und ein höherer Aufwand für Vergütungszinsen (-0.9 Mio. Franken)
0.6	A1	- Aufwand Erbschafts- und Schenkungssteuer: tieferer Zinsaufwand für die Vorauszahlungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer
-2.0	A1	- Tieferer Ertrag aus der Verrechnungssteuer und der EU-Zinsbesteuerung
-5.4	A1	- Staatssteuern Übrige Erträge: tieferer Ertrag aus Bussen und Nachsteuern (-3.1 Mio. Franken), tiefere Erträge für Verzugs- und Ausgleichszinsen (-2.3 Mio. Franken)
-9.3	A1	- Staatssteuer Quellensteuer: trotz höherer Anzahl Quellensteuerrechnungen liegt der Ertrag unter Budget, da auch höhere Überträge an das ordentliche Verfahren gebucht werden mussten und der durchschnittliche Ertrag gesunken ist
-49.4	A1	- Staatssteuern Laufende Periode NP: höherer Ertrag für die Vermögenssteuer (13.2 Mio. Franken), tieferer Ertrag für die Einkommenssteuer (-62.6 Mio. Franken)

- 111.2 A1 - Staatssteuern Nachträge NP: höhere Erträge für die Nachträge der abzurechnenden Periode 2012 und die Perioden vor 2012 (20.2 Mio. Franken) und aus der Korrektur der Nachträge resultierte ein Minderertrag von -80.0 Mio. Franken und auch die Nachträge für die laufende Periode liegen aufgrund des tieferen Durchschnittssatzes unter Budget (-51.4 Mio. Franken).
- 0.1 - Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet (www.versicherungsdienste.zh.ch).

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Ertrag

Aufwand

-1.8 -2.2 **-2.4** -0.2 -9.8

- Versicherungsprämien

-1.3 -1.3 **-1.3** 0.0 3.0

- Schadenausgleich

-0.6 -0.9 **-1.2** -0.3 -28.4

Saldo

-1.8 -2.2 **-2.4** -0.2 -9.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total B16 zu R16
-0.3	A1	- Im Laufe des Berichtsjahres mussten Zahlungen in mehreren Staatshaftungsfällen von 0,59 Mio. Franken geleistet werden. Zudem hat die Neubeurteilung der Risikosituation einen Rückstellungsbedarf von 0,57 Mio. Franken ergeben. Da für diese Aufwände lediglich 0,9 Mio. Franken budgetiert waren, ergibt sich eine Budgetüberschreitung von -0,3 Mio. Franken.
0.1		- Übrige Abweichungen

4930 Kapital- und Zinsendienst Staat

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300,
Amt für Tresorerie, dargestellt.

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Ertrag	429.5	386.5	414.6	28.1	7.3
- Finanzertrag	31.6	49.7	97.4	47.7	95.8
- Gewinnanteil ZKB	164.0	220.0	200.0	-20.0	-9.1
- Gewinnanteil Nationalbank	233.6	116.5	116.9	0.4	0.3
Aufwand	-79.3	-73.4	-69.4	4.0	5.5
- Finanzaufwand	-79.1	-73.2	-68.2	5.0	6.9
Saldo	350.2	313.1	345.3	32.2	10.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.7	0.7	0.7	0.0	1.2
Ausgaben	-500.0	0.0	-0.5	-0.5	0.0
Saldo	-489.3	0.7	0.2	-0.5	-72.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
32.2		Abweichungen total B16 zu R16
32.7	A1	- Sonderdividende Flughafen Zürich AG
7.4	A1	- Höhere Abgeltung des ZKB-Dotationskapitals (u.a. Erhöhung Dotationskapital 2015)
6.6	A1	- Niedrigerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
2.0	A1	- Höhere ordentliche Gewinnausschüttung der Flughafen Zürich AG
1.4	A1	- Zinserträge aus Geldmarktgeschäften (netto)
0.9	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizer Salinen AG
0.4	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
0.3	A1	- Nettoerlös aus Liquidation der Kantag Liegenschaften AG
-20.0	A1	- Tiefere Gewinnausschüttung der ZKB
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.7	0.2	-0.5	
- Erhöhung des ZKB-Dotationskapitals von 1,925 auf 3,0 Mrd. Franken (Annahme)		0.0		
- Amortisation des Darlehens an die Zurich Intl. School Wädenswil	0.7	0.7	0.0	
- Darlehen des Bundes an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	0.0	-0.5	-0.5	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.
- A2 Vornahme zentraler Korrekturen, wie z.B. pauschaler Saldoverbesserungen, Teuerungsausgleiche, Abschreibungs- und Investitionskorrekturen, Intercompany-Ausgleiche im Rahmen der Konsolidierung
- A3 Zentrale Verbuchung einzelner nicht-betrieblicher Aufwände und Erträge, wie z.B. der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professoren / Regierungsräte / Richter oder die Vereinnahmung der CO2-Rückerstattung des Bundes (ohne Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Arbeitslosenkasse)

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
W1 Interner Zinssatz in %	A1	2.25	1.5	1.5	0	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	297.4	257.2	265.9	8.7	3.4
- Kalkulatorischer Zinsertrag	198.7	176.5	165.7	-10.8	-6.1
- BVK-Sanierungsbeiträge	96.1	78.3	97.7	19.4	24.8
Aufwand	-84.6	-39.3	-16.2	23.1	58.7
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-53.1	-42.9	-48.7	-5.9	-13.7
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-4.4	-12.6	-8.2	4.4	35.3
- Teilauflösung BVK-Sanierung	-6.7	-9.3	62.6	71.9	770.1
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		6.3			
- Zentrale Korrektur Budget 2016		0.9			
Saldo	212.8	217.9	249.7	31.8	14.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		167.7		-167.7	-100.0
Saldo		167.7		-167.7	-100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
31.8		Abweichungen total B16 zu R16
69.5	A3	- Auflösung von nicht mehr benötigten BVK-Sanierungsrückstellungen (69 Mio. Franken) und Rundungsdifferenzen. Per Ende des Berichtsjahres stehen noch BVK-Sanierungsrückstellungen bis Mitte 2017 zur Verfügung (34.5 Mio. Franken).
4.4	A3	- Geringere Rückstellungsbildungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich
0.3	A3	- Nicht budgetierte Fremdwährungsgewinne
-0.2	A3	- Geringere Erträge aus der Rückverteilung der CO2-Abgabe des Bundes
-0.9	A2	- Die Senkung der Beiträge für Vereinsmitgliedschaften (RRB Nr. 85/2016) muss in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-5.9	A1	- Höhere Zinsaufwände infolge höherer Kontokorrentbestände
-6.3	A2	- Die zentral budgetierte Abschreibungskorrektur fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-10.8	A1	- Geringere Zinserträge infolge tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-18.3	A2	- Die Kürzung der Individuellen Lohnerhöhungen (ILE) von 0,6% auf 0,4% der Lohnsumme und der Verzicht auf Einmalzulagen (RRB Nr. 85/2016) muss in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	167.7	0.0	-167.7	
- Zentrale Korrekturen Investitionsrechnung	167.7	0.0	-167.7	- Die im Budget zentral eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens fällt in den anderen Leistungsgruppen an.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen des Interkantonalen Finanzausgleichs (FiLa) erfasst.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W1 Ressourcenindex in %	A1	119.5	120.6	120.6	0	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		68.4	74.4	74.4	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich		68.4	74.4	74.4	0.0	0.0
Aufwand		-485.4	-516.2	-516.2	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich		-465.2	-497.0	-497.0	0.0	0.0
- Härteausgleich		-20.3	-19.2	-19.2	0.0	0.0
Saldo		-417.0	-441.8	-441.8	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Aufgaben

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
- A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
- A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
- A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)					

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand					
Saldo					
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage:

- 5242 einen Beitrag von Fr. 2 104 691 für die interaktive Dauerausstellung «Zürich im Landesmuseum» der gleichnamigen Interessengruppe
- 5254 einen Beitrag von Fr. 800 000 zugunsten des «Vereins

Zürcher Volksfeste» für die Durchführung des Anlasses «Züri Fäscht 2016»

- 5283 einen Beitrag von Fr. 8 000 000 dem Verein «500 Jahre Zürcher Reformation» für die Finanzierung der Reformations-Jubiläumsprojekte und der Gesamtprojektleitung

Aufgaben

- A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im kulturellen Bereich verwendet.
- A2 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im sozialen Bereich verwendet.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1 Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:	A1, A2					
L2 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Denkmalpflege in % (Zielwert)	A1	32	9	11	2	
L3 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Ausland- und Inlandhilfe in %	A1, A2	8	7	14	7	
L4 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Kultur in %	A1	13	40	35	-5	
L5 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Zoo (Betrieb und Investitionen) in %	A1	3	3	5	2	
L6 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Bildung in %	A1, A2	25	8	25	17	
L7 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Bereich Soziales/Gesundheit in %	A2	14	22	3	-19	
L8 - Anteil übriger Lotteriefondsbeiträge in %	A1, A2	5	11	7	-4	
L9 Anzahl Beitragsgesuche an den Lotteriefonds	A1, A2	396	420	396	-24	-5.7
B1 Kosten pro Gesuch (in Fr.)	A1, A2	1 212	1 143	1 315	172	15.0

Bemerkungen

- Allg. Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden bzw. über welche abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.
- L2 Einerseits fiel der Übertrag zugunsten der Denkmalpflege geringer aus als budgetiert. Andererseits erfolgten im Berichtsjahr insgesamt geringere Bewilligungen als budgetiert. So entspricht der Beitrag zugunsten der Denkmalpflege trotzdem einem höheren Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L3 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert, entspricht die ziemlich genau budgetierbare Ausland- und Inlandhilfe einem grösseren Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L4 Aufgrund von nicht erfolgten KR-Entscheiden (Tonhalle/Kongresshaus, Theater Kanton Zürich) die für das Berichtsjahr budgetiert waren, verringerte sich der Anteil der Kulturausgaben. Zudem wurde der Beitrag zugunsten des Reformationsjubiläums dem Bildungsbereich zugerechnet.
- L5 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der ziemlich genau budgetierbare Betriebsbeitrag zugunsten der Zoo Zürich AG einem grösseren Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L6 Das Projekt «Zürich im Landesmuseum» war für das Jahr 2015 budgetiert worden. Das Projekt Reformationsjubiläum war ursprünglich dem Bereich Kultur zugerechnet.
- L7 Da das Geschäft «Patientendossier» vom Kantonsrat abgelehnt wurde und das Geschäft «Hopp Zürich» im Berichtsjahr nicht zur Abstimmung gelangte, verringerte sich der Beitragsanteil.
- L8 Der Sammelbereich «Übriges» ist nicht steuerbar.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.
- B1 Weniger Gesuche und geringfügig höhere Aufwände

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	321.0	248.0	307.5	59.5	24.0

Bemerkungen R16 zu B16

Aufgrund der geringeren Auszahlungen liegt der Fondsbestand mit 307,5 Mio. Franken höher als budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	81.9	130.5	72.1	-58.4	-44.7
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	66.9	53.0	53.8	0.8	1.5
- Entnahme aus Bestandeskonto	9.2	73.0	13.5	-59.5	-81.5
- Kalkulatorischer Zinsertrag	5.8	4.5	4.8	0.4	8.2
Aufwand	-81.9	-130.5	-72.1	58.4	44.7
- Zahlungen an Private und Dritte	-56.9	-100.6	-38.2	62.4	62.0
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Übertrag an Leistungsgruppen	-25.0	-29.9	-33.9	-4.0	-13.5
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
62.4	A1, A2	- Die Beitragszahlungen an Private und Dritte fielen geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen nicht zur Auszahlung gelangten (z.B. Villa Flora, Stiftung Raum und Gesellschaft, Patientendossier, Hopp Zürich, Kappelerhof, Theater Kanton Zürich).
0.8	A1, A2	- Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung, insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden. Die Ausschüttung von Swisslos war leicht höher als budgetiert.
0.4	A1, A2	- Aufgrund des höheren Fondsbestandes als angenommen fielen höhere Zinserträge an.
-4.0	A1, A2	- Die internen Verrechnungen waren höher als budgetiert, weil nichtbudgetierte Verrechnungen hinzukamen, u.a. je -0,5 Mio. Franken für Zwangsmassnahmen Fremdplatzierungen, für den Marché Concours und für das Zürcher Namensbuch. Der Rest verteilt sich auf mehrere kleinere Beiträge.
-59.5	A1, A2	- Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Villa Flora, Stiftung Raum und Gesellschaft, Patientendossier, Hopp Zürich, Kappelerhof, Theater Kanton Zürich). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. In einem Fall hat der Kantonsrat eine Beitragsleistung abgelehnt. Folglich war die Entnahme aus dem Bestandeskonto geringer als budgetiert.
-0.1		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	124
Legislaturziele	125
Verkehr (Politikbereich 6)	125
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	125
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	125
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	126
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	126
Finanzierung	127
Übersicht	127
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	127
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	127
Personal- und Lohnstatistik	127
Beschäftigungsumfang	127
Lohnaufwand	127
Anstellungsverhältnisse	127
Parlamentarische Vorstösse	128
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	128
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	128
Leistungsgruppen	129
5000 Generalsekretariat (GS)	129
5205 Amt für Verkehr (AFV)	131
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	135
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	137
5920 Verkehrsfonds	140
5921 Flughafenfonds	142
5925 Strassenfonds	143

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Menschen im Kanton plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene, Strasse und auf dem Wasser. Im Bereich Luftverkehr setzt sie sich im Rahmen der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG für eine gute internationale Anbindung des Kantons ein und wahrt die Interessen der Bevölkerung im Bereich des Lärmschutzes. Die Volkswirtschaftsdirektion leistet mit ihren Aktivitäten einen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich.

Wirtschaft und Arbeit: Herausforderungen bleiben

Nach einer Abschwächung der Konjunktur aufgrund der Aufhebung des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) Anfang 2015 hat sich die Zürcher Wirtschaft im Berichtsjahr weitgehend stabilisiert. Die anhaltende Frankenstärke, die schwachen weltwirtschaftlichen Impulse und die Herausforderungen auf dem Finanzplatz durch die tiefen Zinsen tragen aber weiterhin zu einem anspruchsvollen Umfeld bei. Die Arbeitslosenquote entwickelte sich mit einem Anstieg innert Jahresfrist von 3,7% auf 3,8% ebenfalls stabiler als im Vorjahr.

Im Rahmen einer Delegationsreise unter der Leitung von Regierungsrätin Carmen Walker Späh hat der Kanton die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit China vertieft. Im Zentrum standen die Vertiefung der Kontakte mit chinesischen Behörden- und Wirtschaftsvertretern, die Erschliessung des chinesischen Markts für Unternehmen und Hochschulen sowie die Vermittlung der Standortvorteile der Region. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit veröffentlichte im Berichtsjahr die Studien «50plus: Chancen und Risiken auf dem Zürcher Arbeitsmarkt» und «Berufe mit hohem Fachkräftemangel: Wie stark reduziert die Zuwanderung den Mangel?» mit dem Ziel, eine sachliche und differenzierte Diskussion zukunftsweisender Fragestellungen zu fördern.

Öffentlicher Verkehr: hohe Kundenzufriedenheit

Der Beginn des Berichtsjahres stand noch im Zeichen des umfangreichsten Fahrplanwechsels in der Geschichte des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV). Im Dezember 2015 wurde die Durchmesserlinie vollständig in Betrieb genommen, was zu grundlegenden Änderungen und Ausbauten im S-Bahn-Netz geführt hatte. Unter anderem wurden zwei neue S-Bahn-Linien eingeführt (S19 und S21). Die grosse Umstellung verlief betrieblich reibungslos und der Fahrplan bewährte sich. Die Fahrgäste hatten sich rasch an die Änderungen gewöhnt.

Die Kunden des ZVV gaben dem öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich auch im Berichtsjahr sehr gute Noten. In der breit angelegten Qualitätsmessung erreichte die Gesamtzufriedenheit 77 von 100 möglichen Punkten. Das ist das beste Ergebnis seit Beginn der Befragung im Jahr 2000. Besser bewertet als im Vorjahr wurden vor allem die Pünktlichkeit und die sicheren Anschlüsse. Erfreulicherweise bewegt sich auch das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Verkehr weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Um den öffentlichen Verkehr zuverlässig und leistungsfähig weiterzuentwickeln, unterschrieben das Bundesamt für Ver-

kehr, der ZVV, Zürichs Nachbarkantone sowie die SBB im September die neue Zielvereinbarung über den Betrieb der Zürcher S-Bahn. Die Vereinbarung legt die Leistungsentwicklung sowie die finanziellen und qualitativen Ziele für die Jahre 2016 bis 2021 fest. Sowohl die Besteller als auch die SBB haben dadurch Planungssicherheit und stärken damit ihr gemeinsames Engagement für das grösste S-Bahn-System der Schweiz.

Nach rund sieben Jahren Bauzeit wurde am 1. Dezember der Bahnhof Zürich Oerlikon eingeweiht. Als wichtiger Verkehrsknotenpunkt in Zürich Nord bietet er den Kunden vernetzte Mobilität und neu ein attraktives Dienstleistungs- und Einkaufsangebot. Davon können täglich rund 110 000 Reisende profitieren. Die Fertigstellung wurde mit einem offiziellen Behördenakt und einem Fest für die Bevölkerung gefeiert. Damit setzten die SBB, der ZVV und die Stadt Zürich ein letztes Ausrufezeichen hinter das Generationenprojekt Durchmesserlinie.

Flughafen Zürich: Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk!»

Am 5. September hat der Kantonsrat der Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk!» zugestimmt. Das Volk soll künftig in jedem Fall das letzte Wort haben, wenn der Kanton allfällige Gesuche der Flughafen Zürich AG betreffend Änderungen am Pistensystem genehmigen muss. Der Regierungsrat hatte die mit der Volksinitiative vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Ausdehnung der Mitspracherechte des Volkes als sinnvoll und verhältnismässig erachtet und dem Kantonsrat beantragt, der Volksinitiative zuzustimmen. Die Referendumsfrist zum Kantonsratsbeschluss ist unbenutzt abgelaufen. Gegen den Kantonsratsbeschluss wurde inzwischen beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht.

Agglomerationsprogramme und Velonetzplan beschlossen

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die Agglomerationsprogramme der 3. Generation verabschiedet. Darin sind rund 200 Massnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, des Strassen- sowie des Fuss- und Veloverkehrs enthalten. Insgesamt sehen die Programme Investitionen von rund 1,1 Mrd. Franken in die kantonale und kommunale Verkehrsinfrastruktur vor.

Der Regierungsrat hat den kantonalen Velonetzplan beschlossen. Dieser ist ein zentrales Element des kantonalen Veloförderprogramms. Er dient als Grundlage für die laufende Überprüfung der regionalen Richtpläne. In den kommenden Jahren werden Lücken im Velonetz geschlossen und Gefahrenstellen beseitigt. Damit schafft der Kanton die Voraussetzung, dass das Velo entsprechend der Zielsetzung des Veloförderprogramms im Alltag häufiger genutzt werden kann.

Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss RRB Nr. 489/2012

Im Berichtsjahr hat der Kanton Beiträge im Umfang von 11,4 Mio. Franken an 37 Grossanlässe gesprochen und bei 17 Grossanlässen geldwerte Leistungen erbracht. Bei vier Anlässen werden die Beiträge erst in den Folgejahren erstattet. 9,8 Mio. Franken gehen an die Anlässe «500 Jahre Zürcher Reformation 2016–2019», «Züri Fäscht 2016» und «100-jähriges Bestehen Zentralbibliothek Zürich» im Jahr 2017.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 6.1 In den urbanen Räumen übernimmt der öffentliche Verkehr einen überdurchschnittlichen Anteil des Verkehrszuwachses. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehr ist gesteigert.

RRZ 6.1a	Die Tramverbindung Hardbrücke im Dezember 2017 in Betrieb nehmen	5210	2017
RRZ 6.1b	Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahn Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019	5210	2019
RRZ 6.1c	Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen	5205	2019
RRZ 6.1d	Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen	5205	2019
RRZ 6.1e	Die prioritären Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen mit dem Agglomerationsprogramm 3. Generation beim Bund einreichen	5205	2016
RRZ 6.1f	Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)	5205	2019

RRZ 6.2 Die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems ist auch mit zunehmender Mobilität sichergestellt.

RRZ 6.2a	Punktueller Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2b	Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2c	Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen	5205	2019
RRZ 6.2d	Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben	5205	2019

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.

RRZ 7.1f	Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern	5205	2019
----------	--	------	------

RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.

RRZ 7.2a	Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten	5000	2017
----------	--	------	------

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	5300	2019
RRZ 8.1b	Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken	5300	2019
RRZ 8.1c	Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.	5300	2019

RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.

RRZ 8.2a	Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich	5300	2019
RRZ 8.2b	Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung Innovationspark Zürich. Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovation genutzt wird	5300	2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können

5205

2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

5205

2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen

5300

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		750.4	730.5	716.6	-14.0	-1.9
Aufwand		-938.4	-993.0	-949.0	44.0	4.4
Saldo		-188.0	-262.5	-232.5	30.0	11.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		23.8	15.8	28.3	12.5	79.4
Ausgaben		-130.0	-168.8	-132.8	36.0	21.3
Saldo		-106.2	-153.0	-104.5	48.5	31.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
30.0		Abweichungen total B16 zu R16
14.8	5925	- Geringerer Übertrag aus dem Strassenfonds an das Tiefbauamt (LG 8400)
5.6	5210	- Geringerer Kantonsbeitrag an den ZVV
3.9	5921	- Weniger Subventionen für das Förderprogramm Wohnqualität und raumplanerische Massnahmen gemäss ZFI-Verordnung (2,9), geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr (0,9)
2.4	5300	- Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte (1,2), diverse Minderaufwände (1,2)
3.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-104.5			
- Pauschalbeiträge an Strasseninvestitionen der Städte Zürich und Winterthur	-47.6			
- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bhf Hardbrücke)	-22.1	-76.6	-32.7	-43.9
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-12.0	-510.3	-27.7	-482.6
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b & 4773)	-10.1	-79.4	-20.3	-59.0
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzenssee (Vorlage 4691)	-6.0	-29.7	-6.0	-23.7
- Übrige	-6.7			

Bemerkungen

Durchmesserlinie: Brutto-Verpflichtungskredite, ohne Vorfinanzierung oder Beiträge Dritter

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)		723.9	784.3	754.1	-30.2	-3.8
Δ abs.	LG	Begründungen				
-30.2		Abweichungen total B16 zu R16				
-28.4	5300	- Der Personalbestand im saldoneutralen Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) wurde langsamer als budgetiert den steigenden Stellensuchendenzahlen angepasst (-22,4); verschiedene nicht besetzte Stellen (-6).				
-1.8		- Übrige Abweichungen				

Lohnaufwand (Fr. 1000)

		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
5000	Generalsekretariat (GS)	-3390	-3470	-3537	-67	-1.9
5205	Amt für Verkehr (AFV)	-6833	-7218	-6791	427	5.9
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-65341	-71224	-67364	3860	5.4
	Total	-75564	-81912	-77692		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000	Generalsekretariat (GS)	30	13	17	21	9
5205	Amt für Verkehr (AFV)	57	22	35	38	19

5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	750	433	317	576	174
	Total	837	468	369	635	202

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
113/2013	Kantonale Regulierung für liberalisieren Taximarkt (Motion Alex Gantner, Maur, Priska Seiler Graf, Kloten, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	Vorlage 5256 vom 17.02.2016	24.02.2014
	Stopp der Verkehrsbehinderung (Anti-Stauintiative) (Volksinitiative)	Vorlage 5251 vom 27.01.2016	15.10.2014
17/2015	Auswirkungen des Entscheides der Schweizerischen Nationalbank (SNB) den Mindestumwandlungskurs aufzugeben auf die Volkswirtschaft im Kanton Zürich (dringliches Postulat Markus Bischoff, Zürich, Esther Guyer, Zürich, und Beat Bloch, Zürich)	Vorlage 5255 vom 17.02.2016	02.03.2015
196/2015	Verkehr, Verkehrsnetz und Verkehrsinfrastruktur (Einzelinitiative Adolf Flüeli, Winterthur)	Vorlage 5308 vom 31.08.2016	30.11.2015

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
150/2009	Waidhaldetunnel (Motion Kommission für Planung und Bau) (Fristerstreckung bis 20.08.2016, Vorlage 5190)	20.08.2012
22/2016	Anpassung der kantonalen Signalisationsverordnung (Dringliches Postulat Marc Burgeois, Zürich, Roland Scheck, Zürich, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	04.04.2016
183/2015	Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Jörg Mäder, Opfikon)	21.11.2016

5000 Generalsekretariat (GS)

Nach wie vor gehörten die Unterstützung bei der Planung, Steuerung, Organisation und Koordination der vielseitigen Tätigkeiten der Volkswirtschaftsdirektorin zu den Hauptaufgaben des Generalsekretariates. Als zentrale Planungs- und Koordinationsstelle erbrachte das Generalsekretariat für die gesamte Volkswirtschaftsdirektion Leistungen in den Bereichen Informatik, Rechtsfragen, Finanzen, Personal und Kommunikation.

Unter aktiver Mitarbeit des Generalsekretariates konnte

zusammen mit Partnerorganisationen das Generationenprojekt Innovationspark Zürich auf dem ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf weiter konkretisiert werden.

Das Generalsekretariat leistete kommunikative und organisatorische Unterstützung bei der Vorbereitung für ein Spezialgesetz zum Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich. Eine Vernehmlassung bei Gemeinden, Parteien und weiteren Organisationen wurde im Sommer des Berichtsjahres durchgeführt.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (Juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Informatikversorgung für die VD (Abwicklung von Informatikprojekten, Bereitstellung von effizienten Informatikarbeitsplätzen und angemessener Informatiksicherheit)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl in der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	862	800	807	7	0.9
L2	Anzahl RR-Anträge der VD	A1	109	90	125	35	38.9
L3	Anzahl erledigte Rekurse	A2	114	60	117	57	95.0
L4	Anzahl betreute IT-Arbeitsplätze	A3	1 203	1 150	1 255	105	9.1
B1	Basisarbeitsplatzkosten (Informatik)	A3	1 508	1 600	1 427	-173	-10.8
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	73	60	61	1	
W2	Kundenzufriedenheit mit der VD-Informatik	A3	-	4.9	5	0.1	2.0

Bemerkungen

- L2 Jährliche Schwankungen, zum Zeitpunkt der Budgetierung (im Frühling 2015) nicht vorhersehbar
- L3 Mehr als die Hälfte der Rekursverfahren wurde ohne materielle Prüfung (Abschreibungen infolge Rückzug und Nichteintreten aufgrund Nichtbezahlen des Kostenvorschusses) erledigt, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dafür konnte durch eine weitere Verbesserung der Effizienz und durch Aufstockung der personellen Ressourcen die Zahl der materiellen Entscheide erhöht werden.
- L4 Die im Rahmen der Budgetierung (im Frühling 2015) erstellte Entwicklungsprognose der Anzahl IT-Arbeitsplätze hat sich als zu konservativ herausgestellt.
- B1 Tiefere Kosten pro Arbeitsplatz infolge der höheren Anzahl betreuter IT-Arbeitsplätze (vgl. Indikator L4) und aufgeschobener Mehrkosten für Informatiksicherheit in Zusammenhang mit dem verzögerten Serverprojekt (vgl. Investitionsrechnung)

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

Die Volkswirtschaftsdirektion brachte ihre Sicht in die Arbeiten ein.

Stand bis
Planmässig 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.8	25.8	26.2	0.4	1.6

Bemerkungen B16 zu R16

0.4 Stellenaufstockung im Rekurswesen (vgl. Indikator L3)

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	4.2	4.9	4.6	-0.3	-6.9
- Interne Informatik-Dienstleistungen	3.9	4.6	4.1	-0.5	-9.9
Aufwand	-7.7	-8.5	-7.9	0.7	7.6
Saldo	-3.5	-3.6	-3.3	0.3	8.6

Volkswirtschaftsdirektion

Leistungsgruppe 5000

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben		-0.2		0.2	100.0
Saldo		-0.2		0.2	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total B16 zu R16
0.1	A1	- Weniger externe Dienstleistungen beansprucht als budgetiert
0.1	A1, A2, A3	- Tiefere Personalnebenkosten als budgetiert
0.1	A1, A2	- Mehreinnahmen aus Entgelten
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.2	0.0	0.2	
- Erneuerung der Server der Volkswirtschaftsdirektion 2016	-0.2	0.0	0.2	- Verschiebung auf das Folgejahr infolge Lieferverzögerung beim Betriebssystem-Anbieter
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
42 270	18 625	0	23 645	-18 625

5205 Amt für Verkehr (AFV)

Für das Gesamtprojekt Rosengartenram und Rosengartentunnel wurde die Vernehmlassung für das vorgesehene Spezialgesetz und die Projektauflage nach §13 Strassengesetz durchgeführt. Die verschiedenen Einwendungen werden derzeit behandelt. Der Regierungsrat wird das Spezialgesetz und den Rahmenkredit voraussichtlich im 1. Quartal 2017 an den Kantonsrat überweisen.

Das Agglomerationsprogramm 3. Generation wurde beim Bund eingereicht. Das Programm enthält rund 200 kantonale und kommunale Massnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, des Strassen- sowie des Fuss- und Veloverkehrs. Das gesamte Projektvolumen beträgt rund 1,1 Mrd. Franken.

Das Amt für Verkehr hat dem Tiefbauamt wie im Vorjahr rund 100 Staatsstrassenprojekte zur Umsetzung übergeben. Davon betreffen mehr als 30 Projekte, die Schliessung von Radweglücken oder andere Verbesserungen im Radwegnetz. Mit Beschluss Nr. 523/2016 hat der Regierungsrat das

weitere Vorgehen für die Umfahrung Eglisau festgelegt. Aufgrund der sehr kritischen Beurteilung der bisher geprüften Varianten durch die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) hat der Regierungsrat beschlossen, dass noch einmal zwei Varianten vertieft geprüft werden. Der Flughafenbericht wurde den Medien am 16. Dezember vorgestellt. Er gibt detailliert Auskunft über das Strategiecontrolling, den Monitoringwert 2015 des Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) sowie die weiteren Faktoren. Im Bereich Fluglärmcontrolling lag die Zahl der Flugbewegungen im Berichtsjahr bei rund 265 000 und damit rund 18% tiefer als im Jahr 2000. Der ZFI-Monitoringwert stieg von 61 381 Personen im Jahr 2014 auf 61 916 Personen im Jahr 2015 und überschreitet den Richtwert von 47 000 Personen um fast 15 000 Personen. Die Zunahme des Monitoringwertes gegenüber dem Vorjahr betrug 1%, wobei die Zahl der in der Nacht im Schlaf gestörten Personen um 1% abgenommen hat und der am Tag stark belästigten Personen um 2% gestiegen ist.

Aufgaben

- A1 Planungen von Öffentlichem Verkehr, Motorisiertem Individualverkehr, Langsamverkehr und Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm umsetzen
- A4 Infrastrukturen für den Strassenverkehr planen und optimieren
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetzgebung
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl der bearbeiteten Gesamtverkehrsplanungen	A1	6	5	6	1	20.0
L2	Anzahl beantwortete Anfragen bzgl. Verkehrsgrundlagen	A2	39	45	45	0	0.0
L3	Anzahl von Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L4	Anzahl beurteilte Problemsituationen bzgl. Strasseninfrastruktur (auf Strassenabschnitten oder Teilsystemen)	A4	113	100	92	-8	-8.0
L5	Anzahl an das Tiefbauamt übergebene Strassenbauprojekte	A4	114	95	101	6	6.3
L6	Anzahl der vom Regierungsrat beurteilten Projekte zu Strassen von überkommener Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	6	17	9	-8	-47.1
L7	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung	A5	960	1 000	924	-76	-7.6
L8	Anzahl überwachte Flüge während der siebenstündigen Nachtflugsperrung (Zielwert)	A6	2 444	2 000	2 542	542	27.1
L9	Anzahl geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	57	200	27	-173	-86.5
L10	Anzahl bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	304	350	258	-92	-26.3
B1	Aufwand pro Baubewilligung an Staatsstrassen (in Std., Jahresdurchschnitt)	A5	8.8	9	7.4	-1.6	-17.8
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht (in Std., Jahresdurchschnitt)	A6	6.9	5.7	8.1	2.4	42.1
W1	Anteil des Öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen Öffentlicher Verkehr+Motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich (Basis Wege in %)	A1	31.3	31.6	31.6	0	

Volkswirtschaftsdirektion Leistungsgruppe 5205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W2	Veloverkehrsanteil am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung (Basis Wege in %)	A1, A3					
W3	Länge der an das Tiefbauamt übergebenen Strassenprojekte (in km)	A4	37	45	21	-24	-53.3
W4	Ausgelöstes Finanzvolumen durch die an das TBA übergebenen Radweg-/Uferwegprojekte (in Mio. Fr.)	A4	18	20	26.5	6.5	32.5
W5	Monitoring-Wert des Zürcher Fluglärm-Index (ZFI)	A6	61 381	58 000	61 916	3 916	6.8

Bemerkungen

L6	Die Reorganisation beim Tiefbauamt der Stadt Zürich hat die Anzahl Plangenehmigungen beeinflusst.
L8	Mittel- bis langfristige Massnahmen zur Reduktion sind im Betriebsreglement 2014 und im Sachplan Infrastruktur (SIL2) festgehalten.
L9	Die ursprünglichen Annahmen haben sich als zu optimistisch erwiesen.
L10	Das Grossprojekt Circle bindet bei der Flughafen Zürich AG viele personelle und finanzielle Ressourcen auf Kosten anderer Projekte am Flughafen.
B1	Effizienzsteigerung dank elektronischer Unterstützung bei der Bearbeitung von Baugesuchen
B2	Der Aufwand für die Plangenehmigungen ist stark auf das Grossprojekt Circle konzentriert (siehe auch Bemerkung zu L10).
W2	Noch kein Ausweis möglich. Die letzte Mikrozensus-Befragung, auf der die Erhebung basiert, fand 2015 statt. Die Auswertungen des Bundes werden voraussichtlich im Jahr 2017 vorliegen.
W3	Schwer budgetierbar. Abweichungen in dieser Grössenordnung sind nicht aussergewöhnlich, zumal 30 Projekte für Bushaltestellen, die längenmässig nicht erfasst werden, an das Tiefbauamt übergeben wurden.
W4	Schwer budgetierbar. Abweichungen in dieser Grössenordnung sind nicht aussergewöhnlich. Auf Radwegprojekte entfallen 25,9 Mio. Franken und auf Uferwegprojekte 0,6 Mio. Franken des ausgelösten Finanzvolumens.
W5	Stabilisierung auf hohem Niveau, Zielkonflikt mit Siedlungsentwicklung ist erkannt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen		
Die Massnahmen im A-Horizont sind zu rund 35% umgesetzt, in andere Massnahmen überführt oder an den Bund als Massnahmenträger übergeben. Weitere rund 35% sind vom Planungsstand her so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung in den nächsten drei Jahren möglich ist. Bei den übrigen Massnahmen führen vielfältige Gründe zu Verzögerungen in der Umsetzung.	Planmässig	2019
RRZ 6.1d Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen		
Im Juni hat der Regierungsrat den kantonalen Velonetzplan als ein zentrales Element des kantonalen Veloförderprogramms beschlossen. Die Massnahmen des Velonetzplans werden nun in die regionalen Richtpläne übernommen. Damit wird der Velonetzplan behördenverbindlich.	Abgeschlossen	2019
RRZ 6.1e Die prioritären Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen mit dem Agglomerationsprogramm 3. Generation beim Bund einreichen		
Mit dem Massnahmenplan Fussverkehr hat der Kanton Zürich ein strategisches Instrument geschaffen, um das Angebot für den Fussverkehr zu verbessern und auszubauen. Eine Reihe von Massnahmen wurde in das Agglomerationsprogramm 3. Generation aufgenommen.	Abgeschlossen	2016
RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)		
Der Regierungsrat hat das Vorhaben Rosengartentunnel beschlossen und an den Kantonsrat überwiesen. Der ÖV-Hochleistungskorridor wird durch die Stadt Winterthur geplant und vom Kanton über die Baupauschale mitfinanziert. Für die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze berät der Kantonsrat derzeit den geänderten Eintrag im kantonalen Richtplan.	Planmässig	2019
RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen		
Die Massnahmen werden entweder kontinuierlich oder im Rahmen des Programms der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) umgesetzt.	Planmässig	2019
RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen		
Die prioritären Massnahmen sind in Umsetzung.	Planmässig	2019

RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen

Unter der Federführung des Amtes für Verkehr wird eine Potentialanalyse bei den relevanten kantonalen Einrichtungen der Bildungsdirektion, der Baudirektion und der Gesundheitsdirektion durchgeführt. Die Vorbereitungsarbeiten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen, die Potentialanalyse startet 2017. Planmässig 2019

RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben

Die im Richtplan eingetragenen Ausbauten werden entsprechend der Prioritätenreihung systematisch geplant und der Realisierung zugeführt. Planmässig 2019

RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern

Das Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» ist auf Kurs, die Wirkung nimmt langsam, aber stetig zu. Planmässig 2019

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können

Der Regierungsrat wurde im Berichtsjahr über die zentralen Probleme bei der Finanzierung der Strasseninfrastruktur, den Handlungsbedarf sowie mögliche Lösungsansätze informiert. Für die weitere Bearbeitung der Thematik Flexibilisierung der Strassenfinanzierung ist eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe vorgesehen. Planmässig 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Auf der Grundlage der Richtlinien zur Public Corporate Governance hat das Amt für Verkehr im Flughafenbericht 2016 erstmals aus Investorensicht über die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG Bericht erstattet. Abgeschlossen 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	51.3	53.7	51.5	-2.2	-4.1

Bemerkungen B16 zu R16

Allg. Reduktionen des Beschäftigungsumfangs, nicht besetzte Stelle

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	89.2	95.5	95.1	-0.4	-0.4
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	84.4	91.2	91.0	-0.2	-0.3
Aufwand	-93.8	-100.3	-98.8	1.5	1.5
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-45.1	-47.8	-51.0	-3.3	-6.9
- Abschreibungen	-21.8	-23.0	-22.8	0.2	1.0
Saldo	-4.6	-4.7	-3.6	1.1	23.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	5.3	3.1	13.7	10.5	337.2
Ausgaben	-49.6	-70.4	-68.6	1.8	2.6
Saldo	-44.3	-67.3	-55.0	12.4	18.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total B16 zu R16
3.5	A1, A3, A4, A6	- Weniger Drittaufträge
0.7	A1, A4, A5, RRZ 6.2d	- Höherer Übertrag aus dem Strassenfonds
0.6		- Unbezahlte Urlaube, Reduktionen des Beschäftigungsumfangs, nicht besetzte Stelle
0.3	A1, A4	- Weniger Abschreibungen und Zinsen infolge geringeren Bestandes an aktivierten Investitionsbeiträgen
-0.9	A6, RRZ 7.1f	- Geringerer Übertrag aus Flughafenfonds

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5205

- 3.3 A4, A5 - Die Umstellung der Verbuchungspraxis der Meteorwassergebühren an die Städte Zürich und Winterthur von nachschüssig auf periodengerecht hat einmalige Mehrausgaben im Rechnungsjahr 2016 zur Folge.
0.2 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-67.3	-55.0	12.4	
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzenssee (Vorlage 4691)	-6.0	-6.0	0.0	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b & 4773)	-10.1	-10.1	0.0	
- Pauschalbeiträge an Strasseninvestitionen der Städte Zürich und Winterthur	-53.3	-47.6	5.7	- Weniger Pauschalbeiträge an die Städte Zürich und Winterthur wegen geringerer Ausgaben des Kantons für den Strassenbau im Vorjahr
- Höhere Bundesbeiträge	2.1	8.8	6.7	- Höhere Bundesbeiträge für Lärmschutzmassnahmen, davon sind 4,3 Mio. Fr. nachschüssig ausbezahlte Beiträge für das Jahr 2015.
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
140 705	36 635	0	104 070	-36 635

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des ZVV, der Einlage in den Verkehrsfonds und – seit dem Berichtsjahr – der Zahlung

in den Bahninfrastrukturfonds des Bundes (BIF) zusammen. Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe Nr. 5920 beschrieben, jene des ZVV (Leistungsgruppe Nr. 9300) in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a Bundesverfassung (BV) / Art. 57 Eisenbahngesetz (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	A1	22.4	24.3	23.9	-0.4	-1.6
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.)	A1	12.6	12.6	12.6	0	0.0
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.)	A1	47.3	50.5	49.9	-0.6	-1.2
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	4.17	4.01	3.93	-0.1	-2.0
W1	Personenkilometer (in Mio.)	A1	3 300	3 300	n.n.b.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	A1	76	76	77	1	1.3

Bemerkungen

L1, L3 Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.

W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6.1a Die Tramverbindung Hardbrücke im Dezember 2017 in Betrieb nehmen

Die Bauarbeiten für die Tramverbindung Hardbrücke schreiten planmässig voran. Das Projekt ist kostenmässig auf Kurs. Die Inbetriebnahme der Tramverbindung ist auf den Fahrplanwechsel vom Dezember 2017 vorgesehen.

Stand bis

Planmässig 2017

RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahn Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019

Die Beschlüsse von Bund und Kanton zur Finanzierung der 1. Etappe der Limmattalbahn liegen vor. Die Planungen im Hinblick auf den im Herbst 2017 vorgesehenen Baubeginn verliefen im Berichtsjahr planmässig. Die eisenbahnrechtliche Plangenehmigung wird sich gegenüber der früheren Prognose bis ins 1. Quartal 2017 verzögern. Die Aufnahme des Trambetriebs auf dem neuen Streckenabschnitt Altstetten-Schlieren ist Ende 2019 nach rund zweijähriger Bauzeit vorgesehen.

Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 R16 Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0		0.0	0.0	0.0
Aufwand	-237.6	-303.8	-298.0	5.8	1.9
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-172.8	-176.4	-170.8	5.6	3.2
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)		-116.0	-115.8	0.2	0.0
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-70.0	-16.6	-16.6	0.0	0.0
Saldo	-237.6	-303.8	-298.0	5.8	1.9

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5210

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R15

B16

R16

Δ abs.

Δ %

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.8		Abweichungen total B16 zu R16
5.6	A1	- Die Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen fielen tiefer aus als budgetiert. Daher blieb auch der Beitrag an den ZVV unter Budget.
0.2	A3	- Zum Zeitpunkt der Budgetierung war die genaue Höhe der Einlage in den Bahninfrastrukturfonds noch nicht bekannt. Die effektive Einlage blieb unter dem erwarteten und budgetierten Wert.
0.0		- Übrige Abweichungen

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die Arbeitslosigkeit hat im Berichtsjahr um 886 Personen zugenommen. Die Arbeitslosenquote zeigte sich mit einem Anstieg von 3,7% auf 3,8% stabiler als im Vorjahr. Ein Erfolgsmodell zur Wiedereingliederung älterer und hochqualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt ist das Mentoring-Programm mit aktuell 300 Mentorinnen und Mentoren.

Die Abteilung Arbeitsbewilligungen schöpfte die Kantonskontingente für Drittstaatenangehörige im April aus, beantragte mehrfach Kontingente aus den Bundesreserven und war ab Mitte Jahr aufgrund schweizweiter Knappheit mit hoher Planungsunsicherheit konfrontiert. Im Berichtsjahr wurden 1378 Arbeitsbewilligungen für Kurzaufenthalter (davon 403

Kantonskontingente) und 645 für Aufenthalter (252 Kantonskontingente) erteilt.

Psychosoziale Risiken wie arbeitsbedingter Stress, Burnout, Überwachung, Mobbing und Belästigung führen immer häufiger zu Problemen am Arbeitsplatz. Im Berichtsjahr unterstützten die Arbeitsinspektoren die Betriebe deshalb insbesondere in diesem Bereich.

Die kantonale Standortförderung war im Berichtsjahr bei 42 Veranstaltungen engagiert und bei rund der Hälfte federführend in der Organisation. Wichtige Aktivitäten mit Teilnahme von Mitgliedern des Regierungsrates waren die Delegationsreise nach China und der Anlass «Zürich meets London».

Aufgaben

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich
- A2 Leisten eines Beitrags für gute Arbeitsbedingungen (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A5 Leisten eines Beitrags für fairen Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)
- A6 Sicherstellung Regulierungsfolgeabschätzung (Messung Belastung für Unternehmen, qualitativ und quantitativ)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A1	13 812	12 800	14 084	1 284	10.0
L2	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen	A1	97 580	100 000	96 755	-3 245	-3.2
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG; Zielwert)	A2	1 797	2 252	2 401	149	6.6
L4	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A3	34 218	36 000	36 786	786	2.2
L5	Ausnützungsgrad des Rahmenkredites (180 Mio.) in Prozent	A4	68	80	67	-13	
L6	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM; Zielwert)	A5	1 935	2 200	2 337	137	6.2
L7	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA; Zielwert)	A5	1 577	1 500	1 582	82	5.5
L8	Anzahl Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel "Regulierungsfolgeabschätzung"	A6	9	20	12	-8	-40.0
B1	Kostenbeitrag durch den Bund in Prozent der Gesamtkosten des AVIG Vollzugs (Ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7bis sowie Art. 59d AVIG)	A3	99.4	99.8	99.7	-0.1	
B2	Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch (Anzahl Tage)	A1	14	20	10	-10	-50.0
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2015 - 2018 mit dem SECO	A3	102	100	104	4	4.0
W2	Zürcher Unternehmen in Prozent, die administrative Belastung als "gering" oder "eher gering" einschätzen	A6		55			

Bemerkungen

- L1 Die Drittstaatenbewilligungen blieben gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant (+2%), deutlich zugenommen haben die Bewilligungen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (+28%).
- L3 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz bildet die Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht. Seit dem Berichtsjahr gilt eine neue Zählweise, mit welcher der Vergleichswert 2015 (einschliesslich Städte Zürich und Winterthur) 2548 Kontrollen beträgt.
- L5 Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat keinen direkten Einfluss auf das Volumen der ausgegebenen Darlehen. Dieses hängt von den durch die gemeinnützigen Bauträger bei den Gemeinden eingereichten Gesuche ab. Das derzeitige Zinsumfeld ist der Nachfrage nicht förderlich.

- L6 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Flankierenden Massnahmen bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L7 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Schwarzarbeit bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L8 Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat keinen Einfluss auf die Anzahl RRB mit Regulierungsfolgeabschätzung.
- B2 Der Budgetwert gilt als Maximalwert. Die Anzahl eingegangener Gesuche blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Gesuche wurden dabei vermehrt online eingereicht, was die Bearbeitungszeit verkürzt.
- W2 Der nächste Bürokratiemonitor des Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wird 2018 veröffentlicht, weshalb im Berichtsjahr kein Ausweis möglich ist.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern</p> <p>Am 3. Oktober fand das Kick-off-Treffen statt, an dem die beteiligten Direktionen (VD, JI, BI, GD, FD) ein gemeinsames Vorgehen festlegten. An den nachfolgenden Arbeitssitzungen wurde eine Bestandsaufnahme der bestehenden Massnahmen erstellt und analysiert, Handlungsbedarf ermittelt sowie kurzfristige Massnahmen erarbeitet. Die Erarbeitung der mittel- und langfristigen Massnahmen ist für Januar 2017 geplant.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken</p> <p>Das AWA hat die Ansätze mit ICT-Schweiz sowie, betreffend beruflicher Nachholbildung, mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt aufgenommen.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.</p> <p>Eine Delegation des Regierungsrates besuchte im Berichtsjahr die Länder Russland und China.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich</p> <p>Im Berichtsjahr wurden die Publikationen «Cluster Portrait Life Sciences Zürich 2016» und «Cleantechbericht 2016 – Cleantech in Stadt und Kanton Zürich» veröffentlicht. Im dritten Quartal konnte die Fortschreibung der Daten und der Akteursinformationen in der Publikation «Cluster-Daten 2016» kommuniziert werden. Mehr als fünf Clusterveranstaltungen fanden statt, unter anderem zum Thema Smart City und im Rahmen der Informatiktage. In allen Schwerpunktclustern konnten die Netzwerke weiter ausgebaut werden, im ICT-Bereich insbesondere über das eZürich-Kooperationsnetzwerk. Auf der Standortförderungs-Webseite wurde die Rubrik «Blick in die Zukunft» lanciert.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung Innovationspark Zürich. Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovation genutzt wird</p> <p>Ende August genehmigte der Bundesrat den kantonalen Richtplan zum Innovationspark Zürich. Das Konzept zum Innovationspark wurde vom Regierungsrat genehmigt. Die Stiftung ist gegründet und hat ihre Tätigkeit aufgenommen.</p>	Planmässig	2019
<p>RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen</p> <p>Der Kanton Zürich hat sich aktiv an den Umsetzungsarbeiten beteiligt. Unter anderem wurde der Fachkräfteindikator für Mangelberufe mitentwickelt. Die Verordnung muss vom Bund noch ausgearbeitet werden.</p>	Planmässig	2019
<p>5300 8a Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich begleiten.</p> <p>Neuansiedlungen von Firmen werden laufend begleitet.</p>	Planmässig	2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	646.8	704.8	676.4	-28.4	-4.0

Bemerkungen B16 zu R16

- Der Personalbestand im Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG; finanziell saldoneutral) wurde
 -22.4 langsamer angepasst als budgetiert (vgl. Indikator L4)
 -6.0 Übrige Abweichungen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	92.2	105.6	94.8	-10.7	-10.2
- Vollzug AVIG	83.0	92.4	85.7	-6.8	-7.3
Aufwand	-138.0	-153.7	-140.6	13.1	8.5
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-83.5	-92.6	-86.0	6.7	7.2
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-29.1	-29.2	-29.8	-0.5	-1.8
Saldo	-45.7	-48.2	-45.8	2.4	5.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	9.9	11.1	10.7	-0.4	-3.9
Ausgaben	-12.0	-12.8	-7.5	5.3	41.4
Saldo	-2.2	-1.7	3.2	4.8	293.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.4		Abweichungen total B16 zu R16
1.2	A3	- Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit kann die Auslastung nur bedingt beeinflussen, muss aber das Budget für diese Leistung zur Verfügung stellen. Die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Teilnehmenden zu.
0.6	A2, A5	- Diverse Minderaufwände und Mehreinnahmen im Bereich Arbeitsbedingungen
0.4	A3	- Mehrverrechnung von zentralen Aufwänden (Stab, Personal und Dienste) an den vom Bund finanzierten Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
0.3	A1	- Diverse Minderaufwände im Bereich Arbeitsbewilligungen
0.2	A4	- Tiefere kalkulatorische Zinsen auf Wohnbaudarlehen, abhängig vom Bestand
-0.5		- Höherer Kantonsbeitrag gemäss Art. 92 Abs. 7bis Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG; nicht beeinflussbarer Aufwand aufgrund übergeordneten Bundesrechts)
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.7	3.2	4.8	
- Auszahlungen Wohnbaudarlehen	-12.0	-6.9	5.1	- Die Auszahlungen von Darlehen zur Wohnbauförderung sind nicht planbar, die entsprechenden Gesuche blieben hinter den Erwartungen zurück (vgl. Indikator L5).
- Rückzahlungen Wohnbaudarlehen	10.3	10.1	-0.2	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 793 131	212 984	0	1 580 147	-212 984

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2016: davon Fr. 148 822 für Mitarbeitergesamtanlass, einschliesslich Arbeitslosenkasse (ALK) zum Thema «Arbeitsgewohnheiten auf spielerische Art unter die Lupe nehmen».

5920 Verkehrsfonds

Im Berichtsjahr wurde die Einlage in den Verkehrsfonds ausserordentlich auf 16,6 Mio. Franken gesenkt, um die erstmals anfallende finanzielle Mehrbelastung aus FABI im Kantonshaushalt abzufedern.

Nach der termingerechten Inbetriebnahme der Durchmesserlinie (DML) im Dezember 2015 wurden die Abschlussarbeiten im Berichtsjahr fortgesetzt. Im vierten Quartal wurde mit der Eröffnung der neuen Publikumsanlagen im Bahnhof Zürich Oerlikon ein weiterer Meilenstein erreicht.

Im Sommer entschied das Bundesgericht über die Einsprache gegen das geplante Wendegleis im Bahnhof Herrliberg-Feldmeilen. Die Arbeiten am Wendegleis sollen bis Mitte 2019 abgeschlossen sein.

Die Arbeiten an der 3. Etappe der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn sind im Berichtsjahr wie geplant fortgeschritten. Die Bauarbeiten für die Tramverbindung Hardbrücke wurden Mitte des Berichtsjahres gestartet. Die Verlängerung der Tramlinie 8 über die Hardbrücke soll Ende 2017 in Betrieb genommen werden.

Das Projekt Limmattalbahn entwickelt sich im Rahmen der Erwartungen. Der Baukredit für die Realisierung der ersten Etappe wurde durch den Regierungsrat im vierten Quartal freigegeben. Die Erteilung der Plangenehmigung für das Projekt verzögert sich voraussichtlich bis ins erste Quartal 2017. Die Bauarbeiten der ersten Etappe sollen im Herbst 2017 gestartet werden.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Basis von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	950.4	898.5	899.2	0.8	0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	87.0	83.4	82.0	-1.4	-1.6
- Zinserträge	16.4	14.9	14.3	-0.6	-4.2
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	70.0	16.6	16.6	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		51.9	51.1	-0.8	-1.5
Aufwand	-87.0	-83.4	-82.0	1.4	1.6
- Zinsaufwände	-21.4	-19.0	-18.3	0.7	3.6
- Abschreibungen	-50.1	-64.4	-63.7	0.7	1.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-15.5	0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	8.7	1.6	4.0	2.4	155.2
Ausgaben	-68.3	-85.4	-56.7	28.7	33.6
Saldo	-59.7	-83.8	-52.8	31.1	37.1

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-83.8	-52.8	31.1	
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-20.3	-18.4	1.9	- Wegen Einsprachen gegen das Wendegleis in Herrliberg-Feldmeilen konnte dieses Teilprojekt der 4. Teilergänzungen nicht wie geplant realisiert werden. Die Einsprache wurde vom Bundesgericht mittlerweile vollumfänglich abgewiesen.
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-16.5	-12.0	4.5	- Die Finanzierungsbeschlüsse liegen vor, die Vorbereitungen laufen planmässig (vgl. Massnahme RRZ 6.1b). Die eisenbahnrechtliche Plangenehmigung wird sich gegenüber der früheren Prognose bis ins erste Quartal 2017 verzögern.
- Tram Zürich-West (Vorlage 4358)	0.0	1.8	1.8	- Der Bund hat nachträglich die gesamten Landerwerbskosten als anrechenbar anerkannt. Entsprechend erfolgt eine Rückzahlung an den Verkehrsfonds.

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5920

- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bhf Hardbrücke)	-38.3	-22.1	16.2	- Für die Bautätigkeiten sind weniger Mittel abgerufen worden als geplant, was zu einer Kostenverschiebung ins Folgejahr führt (vgl. Massnahme RRZ 6.1a).
- Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (Vorlage 4379)	-3.8	-3.6	0.2	- Diverse Projektverzögerungen
- Übrige	-4.9	1.5	6.4	

5921 Flughafenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205 Amt für Verkehr

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	428.8	429.3	433.2	3.9	0.9

Bemerkungen R16 zu B16

Allg. Dank höherem Saldoüberschuss steigt der Fondsbestand gegenüber dem Budget um 3,9 Mio. Franken.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.4	6.4	6.4	0.1	1.0
- Zinsertrag	7.4	6.4	6.4	0.1	1.0
Aufwand	-2.5	-5.8	-2.0	3.8	66.0
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-2.1	-2.6	-1.7	0.9	34.6
Saldo	4.9	0.6	4.5	3.9	685.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total B16 zu R16
2.9	A1	- Weniger Subventionen nach §3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (+2,4) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (+0,5)
0.9	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
0.1		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205 Amt für Verkehr

Aufgaben

A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen des Tiefbauamts (TBA, LG 8400), des strassenbezogenen Teils des Amts für Verkehr (AFV, LG 5205) sowie allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Fonds	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	962.4	1 059.8	1 076.2	16.5	1.6

Bemerkungen R16 zu B16

16.5 Infolge höheren Saldoüberschusses steigt der Fondsbestand gegenüber dem Budget.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	470.3	434.8	433.6	-1.2	-0.3
- Buchgewinne (Liegenschaften)	44.3	4.5	8.4	3.9	87.5
- Ertrag Mineralölsteuer, Vignette	36.1	38.0	34.3	-3.7	-9.7
- Ertrag LSVA	54.8	57.2	55.1	-2.1	-3.7
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	320.0	320.8	321.3	0.5	0.1
Aufwand	-371.8	-337.5	-319.8	17.7	5.2
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6.7	-6.7	-6.8	-0.1	-1.1
- Übertrag an Tiefbauamt	-219.4	-222.1	-207.3	14.8	6.7
- Übertrag an Amt für Verkehr	-82.4	-88.6	-89.3	-0.7	-0.8
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.0	-12.0	-12.0	-0.0	-0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	-3.7	0.0	0.0
Saldo	98.6	97.3	113.8	16.5	16.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
16.5		Abweichungen total B16 zu R16
14.8	A1	- Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt (LG 8400)
3.9	A1	- Höhere Verkaufserlöse und Aufwertungen bei Liegenschaften im Finanzvermögen
3.8	A1	- Reduktion latenter Steuern auf Liegenschaften im Finanzvermögen
0.5	A1	- Mehrertrag aus kantonalen Verkehrsabgaben (Übertrag aus LG 3200 Strassenverkehrsamt)
-0.7	A1	- Höherer Übertrag an das Amt für Verkehr (LG 5205)
-5.8	A1	- Mindererträge bei den kantonalen Anteilen an der Mineralölsteuer (-3,7) und Schwerverkehrsabgabe (LSVA; -2,1)
0.0		- Übrige Abweichungen

06

Gesundheits- direktion

Überblick	146
Legislaturziele	148
Bildung (Politikbereich 2)	148
Gesundheit (Politikbereich 4)	148
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	148
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	148
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	148
Finanzierung	149
Übersicht	149
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	149
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	149
Personal- und Lohnstatistik	149
Beschäftigungsumfang	149
Lohnaufwand	150
Anstellungsverhältnisse	150
Parlamentarische Vorstösse	150
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	150
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	150
Leistungsgruppen	151
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	151
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	154
6150 Arzneimittelversorgung	158
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	161
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	163
6400 Psychiatrische Versorgung	166
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	169
6900 Tierseuchenfonds	171

Überblick

Die Gesundheitsdirektion setzt sich ein für eine hochstehende, sichere und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung, für qualitativ einwandfreie medizinische Dienstleistungen, Heilmittel, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sowie für finanziell tragbare Krankenversicherungsprämien.

Startschuss zur Einführung des elektronischen Patientendossiers

Das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG) wird im Verlauf des Jahres 2017 in Kraft treten. Das EPDG und sein Ausführungsrecht regeln die Voraussetzungen für die Eröffnung und die Verwaltung von elektronischen Patientendossiers (EPD). Die für das EPD erforderliche Infrastruktur soll von Gemeinschaften (organisatorische Einheiten von Gesundheitsfachpersonen und deren Einrichtungen) und Stammgemeinschaften (Gemeinschaften, die zusätzliche Aufgaben wahrnehmen) zur Verfügung gestellt werden. Der Bund sieht Finanzierungshilfen vor für den Aufbau und die Zertifizierung von Gemeinschaften und Stammgemeinschaften, sofern Kantone oder Dritte sich in mindestens gleicher Höhe an den Kosten beteiligen. Der Betrieb des EPD wird jedoch finanziell nicht unterstützt. Dies erschwert die Umsetzung des EPDG und gefährdet die rasche Verbreitung von EPDs.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass das EPD die Qualität der Gesundheitsversorgung stärkt und es am wirtschaftlichsten und sachgerechtesten ist, nur eine Stammgemeinschaft für den ganzen Kanton aufzubauen. Mit der Einbindung aller Leistungserbringer in derselben Gemeinschaft kann eine nutzbringende Vernetzung über die ganze Behandlungskette hinweg erreicht werden. Die Gesundheitsdirektion hat deshalb mit den kantonsweit tätigen Leistungserbringer-Verbänden den Verein Trägerschaft ZAD zum Aufbau und Betrieb einer EPD-Stammgemeinschaft im Kanton Zürich gegründet. Für den Betrieb der Stammgemeinschaft wurde ein selbsttragendes Geschäftsmodell entwickelt, das mittelfristig ohne staatliche Subventionen auskommen soll. Finanziert werden soll der Betrieb über Dienstleistungen, welche die Trägerschaft den Leistungserbringern anbietet. Damit dieses Geschäftsmodell funktioniert, muss die Stammgemeinschaft rasch aufgebaut werden und Verbreitung finden.

Den Aufbau und Betrieb der technischen Infrastruktur sowie der branchenspezifischen Dienstleistungen wird die Swisscom Health AG übernehmen. Sie ist die Gewinnerin des durchgeführten Ausschreibungsverfahrens. Die Trägerschaft wird demgegenüber die Interessen der angeschlossenen Leistungserbringer koordinieren, bedarfsgerechte Dienstleistungspakete entwickeln, Leistungsverträge verwalten, die Interessen der Patientinnen und Patienten wahrnehmen sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen. Ab dem vierten Betriebsjahr sollen genügend Erträge erzielt werden, um neben dem technischen Betrieb auch den Aufwand der Trägerschaft zu decken. Bis dahin müssen die Kosten über eine Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt werden, da die anfallenden Aufbaukosten in Höhe von 3,75 Mio. Franken sich nicht über den Betrieb refinanzieren lassen. Der Verein Trägerschaft ZAD stellte daher im November 2015 beim Lotteriefonds des Kantons Zürich ein Beitragsgesuch für eine Anschubfinanzierung. Dies mit Blick auf den mit dem EPD langfristig erzielbaren Gemeinnutzen für das öffentliche Gesundheitswesen. Der Kantonsrat lehnte jedoch die Ver-

wendung von Lotteriefondsmitteln für das Vorhaben ab, auch wenn die Notwendigkeit der Einführung des EPD grundsätzlich anerkannt wurde. Um den möglichst raschen Aufbau einer Stammgemeinschaft gemäss EPDG zu ermöglichen, hat der Regierungsrat im Mai des Berichtsjahres dem Verein Trägerschaft ZAD einen Staatsbeitrag von 3,75 Mio. Franken für den Aufbau einer kantonsweiten Stammgemeinschaft zugesichert (RRB Nr. 503/2016). Es darf damit gerechnet werden, dass die voraussichtliche Finanzhilfe des Bundes gemäss EPDG rund die Hälfte des Aufwands decken wird, sodass sich der Staatsbeitrag auf rund 1,875 Mio. Franken reduzieren wird.

Die Pflegeversorgung im Kanton Zürich: Entwicklungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren

Das Älterwerden und die Pflegebedürftigkeit sind Themen, die uns alle betreffen. Einerseits werden wir alle Tag für Tag älter und jede und jeder von uns kann früher oder später auf Pflege angewiesen sein. Andererseits wird die öffentliche Hand aufgrund der Demografie und Kostenentwicklung in der Pflegeversorgung (Pflegeheime und Spitex) in den nächsten Jahren vor grossen Aufgaben stehen. Im Kanton Zürich sind die Gemeinden für die Pflegeversorgung zuständig: Während der Kanton die Spitalversorgung gewährleistet und den Anteil der öffentlichen Hand in den Spitälern, Rehabilitations- und Psychatriekliniken finanziert, sind die Gemeinden für die Versorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner mit Pflegeleistungen und für deren Finanzierung verantwortlich. Diese Verantwortung kann speziell für kleinere Gemeinden eine Herausforderung darstellen. Die Gesundheitsdirektion unterstützt die Gemeinden deshalb mit ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten.

Im Berichtsjahr hat die Gesundheitsdirektion die Ergebnisse einer Umfrage aus dem Jahr 2015 zur Umsetzung des seit 2011 geltenden Pflegegesetzes publiziert. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Gemeinden die Versorgung grundsätzlich mit Leistungsaufträgen für stationäre und ambulante Pflegeleistungen sichern. Allerdings sind die zur Verfügung stehenden Angebote teilweise zu klein, sodass die Leistungsbezüglerinnen und -bezügler immer wieder Pflegeheime oder Spitex-Organisationen ohne Leistungsauftrag der Gemeinde wählen müssen. Eine weitere Erkenntnis ist, dass über 80% der Gemeinden keine Budgets oder Preise mit den von ihnen beauftragten Leistungserbringern verhandeln, sondern entweder das Betriebsdefizit übernehmen oder das Normdefizit (Durchschnittskosten aller Leistungserbringer; wird von der Gesundheitsdirektion jährlich berechnet und publiziert) vergüten. Den Leistungserbringern ohne Leistungsauftrag wird meistens ebenfalls das Normdefizit abgegolten, auch wenn die effektiven Kosten tiefer sind. Hier bestehen für die Gemeinden Möglichkeiten, Kosten einzusparen.

Zusätzlich hat die Gesundheitsdirektion für die Gemeinden beim Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) eine Studie zum stationären Pflegebedarf in Auftrag gegeben. Die Studie kommt zum Schluss, dass im Kanton Zürich überdurchschnittlich viele nicht oder nur leicht pflegebedürftige Personen in Alters- und Pflegeheimen betreut und vergleichsweise wenig Spitex-Leistungen bezogen werden. Während schweizweit in den Alters- und Pflegeheimen durchschnittlich 20% der Personen keinen oder nur einen leichten Pflegebedarf aufweisen, sind es im Kanton Zürich 36%. Wenn diese

Quote in Zukunft durch Verlagerung in den ambulanten Bereich halbiert werden könnte, stiege der Pflegebettenbedarf im Kanton Zürich bis 2035 nur moderat an. In Zusammenarbeit mit dem Gemeindepräsidentenverband und den Branchenverbänden hat die Gesundheitsdirektion einen Begleitbericht zur Obsan-Studie erstellt, der den Gemeinden Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Neben der Förderung von ambulanten Pflegeleistungen könnten die Gemeinden mittels verstärkter Koordination und Kooperation ihre Verhandlungsmacht besser nutzen. Auch könnten die Angebote mit einem fixen Grundstock an stationären Plätzen sowie variablen Zusatzplätzen in anderen Gemeinden über Kooperationsab-sprachen flexibler gestaltet werden. Im finanziellen Bereich sollte der Einsatz von Kostenvergleichen geprüft werden, um so das betriebswirtschaftliche Denken in den Pflegeheimen und den Spitex-Organisationen zu fördern und auch einzufordern. Weitere Kostensenkungen wären möglich, indem mit den Leistungserbringern in den Leistungsaufträgen auch Preise unter den Durchschnittskosten ausgehandelt und bei Leistungserbringern ohne Leistungsauftrag lediglich die effektiven Kosten anstelle des Normdefizits vergütet würden.

Leistungsüberprüfung 2016 – Sparbeiträge der Gesundheitsdirektion

Ein starker Wirtschaftsstandort setzt einen gesunden Finanzhaushalt voraus. Davon ist der Regierungsrat überzeugt. Er hat deshalb die Leistungsüberprüfung 2016 in die Wege geleitet, um den mittelfristigen Ausgleich 2013–2020 zu erreichen. Drei der zehn Leistungsgruppen mit den grössten Mehrbelastungen 2019 gegenüber dem Budget 2015 sind solche der Gesundheitsdirektion. Sie ist deshalb bei der Umsetzung der Leistungsüberprüfung 2016 besonders gefordert. Einsparungen werden über verschiedene Massnahmen geplant – u. a. auch mittels dreier Gesetzesvorlagen, die in der Öffentlichkeit Anlass zu Diskussionen gegeben haben. Die erste Vorlage bezweckt, unnötige stationäre Behandlungen durch die Überprüfung der Indikationsqualität zu vermeiden. Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, dass Patientinnen und Patienten zum Teil hospitalisiert werden, obwohl dies aus medizinischer Sicht nicht erforderlich wäre und die Untersuchung oder Behandlung kostengünstiger ambulant durchgeführt werden könnte. Um diesem Missstand zu begegnen, hat der Regierungsrat eine Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) beschlossen (Vorlage 5293). Die Gesundheitsdirektion wird eine Liste mit Behandlungen einführen, für die in den Zürcher Listenspitälern der Kantonsanteil von 55% nur noch vergütet wird, wenn die stationäre Behandlung aus medizinischen Gründen zwingend ist. Die zweite Gesetzesvorlage betrifft ebenfalls das SPFG (Vorlage 5301). Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat die Einführung einer Abgabe der Listenspitäler auf Erträgen aus stationären Behandlungen beantragt, bei denen über die Grundleistungen gemäss Sozialversicherungsgesetzgebung hinausgehende Leistungen erbracht werden (Zusatzleistungen). Die grossen Unterschiede der Listenspitäler beim Zusatzleistungsertrag sind nicht auf messbare, qualitative Unterschiede in der medizinischen Leistungserbringung, sondern weitgehend auf leistungsunabhängige Gründe (Positionierung eines Spitals vor Einführung der neuen Spitalfinanzierung, geografische Lage, Organisationsform, Spezialisierung) zurückzuführen. Die Abgabe stellt finanzrechtlich eine Steuer dar, deren Einführung einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Bei der dritten Gesetzesänderung im Zusammenhang mit der Leistungsüberprüfung 2016 geht es um eine Änderung des

Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (Vorlage 5313). Der Regierungsrat hat beschlossen, im Bereich der Prämienverbilligung 40 Mio. Franken pro Jahr zu sparen. Dies soll dadurch geschehen, dass der Kantonsanteil für die Finanzierung der Prämienverbilligung von 80% des Bundesbeitrags auf 70% gesenkt wird. Die Finanzierung dieser Reduktion erfolgt durch junge Erwachsene in Ausbildung, die nur noch dann eine Prämienverbilligung bekommen, wenn sie zusammen mit den Eltern (oder anderen nach Zivilrecht unterhaltspflichtigen Personen) höchstens ein mittleres Einkommen haben. Der Kantonsrat wird alle drei Vorlagen im ersten Quartal 2017 behandeln.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 2.2 Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.		
RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	6000	2019
RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	6000	2019

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 4.1 Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die kostenrelevanten Faktoren sind identifiziert und werden genutzt.		
RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen	6400	2019
RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen	6300	2019
RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen	6400	2019
RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen	6300	2019
RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen	6000	2019
RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen	6100	2019
RRZ 4.2 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert.		
RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren	6000	2019
RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren	6400	2019
RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren	6300	2019
RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen	6400	2019
RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen	6300	2019
RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren	6400	2019
RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren	6300	2019

Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.		
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	6000	2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.		
RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	6000	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	6000	2019
RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.		
RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen	6000	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	916.7	897.1	1 054.6	157.5	17.6
Aufwand	-2667.5	-2808.8	-2879.7	-70.9	-2.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.4			
- Nachtragskredit		-51.9			
Saldo	-1 750.8	-1911.7	-1 825.1	86.6	4.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	72.5	32.6	259.2	226.7	695.6
Ausgaben	-103.7	-227.6	-98.9	128.7	56.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.7			
Saldo	-31.2	-195.0	160.4	355.3	182.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
86.6		Abweichungen total B16 zu R16
24.6	6300	- Auflösung der Rückstellung für die versorgungsrelevanten Tarifunsicherheiten beim Kinderspital Zürich
16.4	6300	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (u. a. Tarifrückabwicklungen 2012-2015) bei der Somatischen Akutversorgung und Rehabilitation
15.2	6300	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2016 bei der Somatischen Akutversorgung und Rehabilitation
10.8	6400	- Effizienzverbesserungen der kantonalen Psychiatrien
10.1	6400	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2016 (v. a. aufgrund von Tarifreduktionen) bei der Psychiatrischen Versorgung
3.9	6300	- Geringere Subventionen bei der Somatischen Akutversorgung und Rehabilitation
5.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	160.4			
- USZ, Sanierung OST I-III	-0.3	-143.9	-117.5	-26.4
- USZ, Technikzentrale TZ-SUED im Park und Modulbau SUEDE II im Park	-17.7	-130.2	-35.4	-94.8
- USZ, Haldenbachtrakt, Sanierung U, A, B, C	-0.3	-23.7	-22.0	-1.7
- USZ, Erweiterung Notstromanlage	-2.6	-22.7	-18.2	-4.5
- USZ, Rämistrakt, Rochade Nuklearmedizin	-1.3	-21.0	-1.3	-19.7
- USZ, Gebäudeautomation, Gesamterneuerung	-1.5	-19.9	-8.2	-11.7
- USZ, Ersatz Kältemaschinen	-3.6	-19.8	-17.8	-2.0
- USZ, Lüftungsanlagen	-0.3	-15.7	-11.9	-3.8
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	-16.6	-324.9	-38.6	-286.2
- KSW, Polikliniktrakt, OP-Provisorium	-1.2	-9.5	-8.7	-0.8
- PUK/KJPD, Erweiterung Brüsshalde	-9.1	-30.0	-15.9	-14.0
- Ersatz Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung im Neubau in Schlieren (RRB 985-2014)	-7.7	-15.7	-10.1	-5.6
- Rückzahlungen von Darlehen	259.2			
- Übrige	-36.6			

Bemerkungen

In der Tabelle werden die Nettoinvestitionen ausgewiesen, wobei die Investitionseinnahmen im Berichtsjahr die vorgezogenen Rückzahlungen von Darlehen betreffen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2 313.0	2 352.9	2 290.8	-62.2	-2.6

Δ abs.	LG	Begründungen
-62.2		Abweichungen total B16 zu R16
-59.1	6400	- Verzicht auf Stellenausbau bei den kantonalen psychiatrischen Kliniken
-3.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	-13021	-13812	-13045	767	5.6
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	-14956	-15529	-15 137	392	2.5
6150 Arzneimittelversorgung	-9886	-10 711	-10 461	250	2.3
6400 Psychiatrische Versorgung	-202912	-203 744	-200 640	3104	1.5
Total	-240 775	-243 796	-239 283		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	113	67	46	67	46
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	166	88	78	100	66
6150 Arzneimittelversorgung	129	85	44	97	32
6400 Psychiatrische Versorgung	2 729	1 745	984	1 041	1 688
Total	3 137	1 985	1 152	1 305	1 832

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
361/2013	Impfen leicht gemacht (Postulat Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Peter Reinhard, Kloten)	Vorlage 5253 vom 03.02.2016	24.02.2014
53/2014	Gemeinsame Organisation des Universitätsspitals Zürich und der städtischen Spitäler Triemli und Waid (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf)	Vorlage 5277 vom 25.05.2016	23.06.2014
217/2014	Hundegesetz (Motion Peter Preisig, Hinwil, und Jürg Sulser, Otelfingen)	Vorlage 5316 vom 02.11.2016	24.11.2014

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
91/2015	Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe im Kanton Zürich (Postulat Monika Wicki, Wald, Judith Anna Stofer, Zürich, und Markus Schaaf, Zell)	18.01.2016
7/2016	Zusätzliche Vereinbarung für die Weiterbildungsfinanzierung von ambulanten Weiterbildungsstätten, welche von Ärzten mit Lehrauftrag einer Schweizer Universität geführt werden (Postulat Bettina Balmer, Zürich, Josef Widler, Zürich, und Ruth Frei-Baumann, Wald)	04.04.2016
198/2015	Umsetzung «ambulant vor stationär» in der psychiatrischen Versorgung (Postulat Andreas Daurü, Winterthur, Kathy Steiner, Zürich, und Markus Schaaf, Zell)	27.06.2016

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Die steigenden Gesundheitskosten geben viel zu diskutieren. Auf nationaler Ebene werden derzeit von verschiedenen Seiten Regelungsmodelle zur Optimierung der Steuerungs- und Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen geprüft. Dies ist für die Kantone – als zentrale Akteure in der Sicherstellung und Mitfinanzierung der Gesundheitsversorgung – von grosser Bedeutung. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) beabsichtigt daher, sich aktiv an den kommenden Diskussionen zu beteiligen und Vorschläge für eine Optimierung der Steuerungs- und Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen zu prüfen und zu entwickeln. Der Kanton Zürich unterstützt dieses Vorhaben mit dem Gesundheitsdirektor, der im Juni das

Präsidium der GDK übernommen hat, an vorderster Front. Nach der Pensionierung des langjährigen Geschäftsführers steht die Geschäftsstelle der – administrativ der Gesundheitsdirektion angegliederten – kantonalen Ethikkommission seit dem 1. Februar des Berichtsjahres unter der Leitung von Dr. med. Peter Kleist. Eine Änderung gab es auf den 1. Januar im Zusammenhang mit der Einreichung von Gesuchen: Sie müssen neu über das schweizweit im Einsatz stehende Web-Portal BASEC eingereicht werden. Dies hat zu einer Vereinfachung der Verfahrensabläufe geführt, da die bisher erforderlichen Checklisten sowie Basisformulare vollständig durch ein elektronisches BASEC-Einreichformular ersetzt wurden.

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung des Direktionsvorstehers
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A3 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A4 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	8	3	4	1	33.3
L2	Anzahl erledigte Rekurse	A2	47	50	51	1	2.0
L3	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	44	35	47	12	34.3
L4	Anzahl akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	47	47	47	0	0.0
L5	Anzahl psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	16	15	15	0	0.0
L6	Anzahl neu gewährter Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A3	1	1	0	-1	-100.0
L7	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbst-/unselbstständigen Berufsausübung	A4	1 797	1 750	1 743	-7	-0.4
L8	Anzahl geführte Beteiligungen	A5	2	2	2	0	0.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich in %	A1, A3	4.5	2	3.6	1.6	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz in %	A1, A3	4	2	4	2	
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	A3	14.04	15.91	13.54	-2.4	-14.9
W1	Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10)	A1, A3	8	8	8	0	0.0
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10)	A1, A3	8.6	8	8.7	0.7	8.7
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10)	A1, A3	8.4	8	8.4	0.4	5.0

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Das im Rahmen des Projekts «UMZH – Governance und Strategie» erarbeitete Koordinationsmodell wird umgesetzt. Der Kantonsrat hat die dafür erforderliche Anpassung des Universitätsgesetzes vorgenommen, wobei die Einführung der Funktion der Direktorin oder des Direktors UMZH als Mitglied der Universitätsleitung im Vordergrund steht. Deren oder dessen Zuständigkeiten und Aufgaben gilt es noch in der Verordnung über die Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich zu regeln. Die Verordnungsänderung hat sich verzögert, die entsprechende Vernehmlassung wurde im Dezember des Berichtsjahres eröffnet.

Stand bis

Verzögert 2019

RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

Die Universität Zürich (UZH) plant die Errichtung eines Bildungsnetzwerks Humanmedizin unter Beteiligung der universitären Spitäler Zürich, der ETH Zürich, der Hochschulen St. Gallen, Luzern und Tessin sowie weiterer Lehr- und Partnerspitäler. Auf diese Weise sollen zusätzliche Studienplätze in der Medizin möglich werden. Der Regierungsrat hat denn auch im Juli des Berichtsjahres beschlossen, die Aufnahmekapazitäten für den Studiengang Humanmedizin zu erhöhen – vorbehalten bleibt noch die Prüfung einzelner Umsetzungsverträge auf ihre Genehmigungspflicht durch den Regierungsrat. Geplant sind 72 zusätzliche Plätze im Bachelor- ab 2017/2018 und 65 zusätzliche Plätze im Masterstudiengang ab 2020/2021 (RRB Nr. 738/2016). Gemäss den Vorentscheiden des Schweizerischen Hochschulrats vom November des Berichtsjahres sollen zudem die UZH sowie ihre Partner bei der Verteilung der 100 Mio. Franken Anschubfinanzierung des Bundes zum Ausbau der Ausbildungsplätze in Medizin berücksichtigt werden.

Planmässig 2019

RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen

Im Berichtsjahr wurde die Analyse der Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben im Gesundheitswesen auf den Wettbewerb und ihre Auswirkungen auf Qualität und Wirtschaftlichkeit vertieft. Mit der Vorlage 5293 «Förderung ambulanter Behandlungen» wurde dem Kantonsrat über das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) eine erste Korrektur von wettbewerbsverzerrenden Bruchstellen zwischen den Tarifsystemen im ambulanten und stationären Bereich beantragt.

Planmässig 2019

RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren

Zur Umsetzung des Projekts wurde eine umfassende Projektorganisation unter Einbindung der wichtigsten Stakeholder (Rettungsdienste, Gemeinden, Spitäler) gebildet. Im ersten Schritt wurden die Qualitätsanforderungen an die Rettungsdienste definiert. Anschliessend wurden in einem zweiten Schritt verschiedene Dispositionsvarianten der Rettungsfahrzeuge überprüft mit dem Ziel, die Reaktionszeiten und Hilfsfristen weiter zu verkürzen. Die Evaluation wird 2017 abgeschlossen.

Planmässig 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Die Arbeiten zur Analyse der Finanzierungsbrüche haben sich aufgrund dringlicher anderer Projekte sowie verminderter Ressourcen verzögert.

Verzögert 2019

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Im Oktober des Berichtsjahres hat eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe (AG IDA) unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion die Arbeit aufgenommen. Gestützt auf die verschiedenen, bereits laufenden Massnahmen der beteiligten Direktionen werden nun Handlungsoptionen erarbeitet. Eine Berichterstattung zu Händen des Regierungsrates ist für März 2017 vorgesehen.

Planmässig 2019

Zur Nachwuchssicherung in den Pflegeberufen hat die Gesundheitsdirektion ein Konzept zur Ausbildungsverpflichtung für Heime und Spitex entworfen. Die Vernehmlassung dazu wird 2017 durchgeführt.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Bei den Beratungen des Gesetzes über die Kantonsspital Winterthur AG (Vorlage 5153), des Gesetzes über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG (Vorlage 5199) sowie bei der Revision des Gesetzes über das Universitätsspital Zürich (Vorlage 5198) hat der Kantonsrat bzw. die zuständige Kommission von den Richtlinien des Regierungsrates deutlich abweichende Bestimmungen ausgearbeitet bzw. festgelegt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen

Planmässig 2019

Der Kantonsrat lehnte es im Berichtsjahr ab, zulasten des Lotteriefonds einen Beitrag zum Aufbau des elektronischen Patientendossiers (EPD) im Kanton Zürich zu sprechen (Vorlage 5247). Er begründete dies damit, dass diese grundsätzlich nötige Massnahme aus den laufenden Mitteln zu finanzieren sei. In der Folge genehmigte der Regierungsrat im Mai (RRB Nr. 503/2016) einen Beitrag zur entsprechenden Anschubfinanzierung. Er beteiligte sich zudem zusammen mit verschiedenen Leistungserbringern-Organisationen an der im Juli neu gegründeten Betriebsgesellschaft für das EPD (RRB Nr. 504/2016). Die Arbeiten zum Aufbau der sogenannten Zurich Affinity Domain (EPD-Stammgemeinschaft) schreiten planmässig voran.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	91.3	99.4	93.8	-5.6	-5.6

Bemerkungen B16 zu R16

-5.6 Geringerer Beschäftigungsumfang aufgrund verzögerter Stellenbesetzung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.9	2.6	4.1	1.5	55.9
Aufwand	-24.5	-26.1	-24.2	1.9	7.3
Saldo	-20.6	-23.4	-20.1	3.4	14.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.3	-1.0	-0.8	0.3	25.8
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.4			
Saldo	-0.3	-1.0	-0.8	0.3	25.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.4		Abweichungen total B16 zu R16
0.9		- Geringerer Personalaufwand, v. a. aufgrund verzögerter Besetzung von Stellen
0.8		- Geringerer Sachaufwand für Informatik und Dienstleistungen Dritter
0.6		- Höherer Ertrag, u. a. bei der Kodierrevision, aufgrund der Ersatzabgabe der PUK für Minderleistung betreffend die Ausbildungsverpflichtung 2015 und beim Lizenzverkauf für Software
0.4		- Mehrertrag bei den Dienstleistungen der Kantonalen Ethikkommission
0.4		- Mehreinnahmen bei den Gebühren im Zusammenhang mit Berufsbewilligungen
0.1		- Geringere Abschreibungen
0.1		- Geringere Beanspruchung der kantonsinternen Dienstleistungen (Büromaterial, Mobiliar und Personaldienstleistungen)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.0	-0.8	0.3	
- Ablösung Client-Infrastruktur Zentralverwaltung	0.4	0.3	-0.1	
- Übrige	-1.4	-1.1	0.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
431 424	123 484	100 000	407 940	-23 484

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2016:

Fr. 100 000

Es konnten Einsparungen bei der Beanspruchung von Dienstleistungen Dritter, beim Informatikaufwand und bei den Personalkosten erzielt werden.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Die Hauptaufgabe des Kantonalen Labors, die Lebensmittelkontrolle, konnte planmässig vollzogen werden. Vermehrt wurden Lebensmittelbetriebe durch ausländische Behörden (z. B. Russland, Korea) überprüft, um den Betrieben den Marktzutritt in den Bestimmungsländern zu erleichtern. Dabei erwies sich die Begleitung dieser Inspektoren durch Vertreter des Kantonalen Vollzugs als sehr nützlich und wurde überaus geschätzt. Das für die Erneuerung der Akkreditierung als Inspektions- und Prüfstelle notwendige Audit durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) erfolgte im September des Berichtsjahres und attestierte dem Kantonalen Labor die Übereinstimmung mit den entsprechenden Normen.

Im Berichtsjahr wurden von der Kantonalen Heilmittelkontrolle die nach Heilmittelrecht geforderten Inspektionen in Herstellungs-, Grosshandels- und Detailhandelsbetrieben von Arzneimitteln planmässig durchgeführt. Dabei wurde beispielsweise festgestellt, dass in einigen wenigen Betrieben die pharmazeutische Sorgfaltspflicht bei der Abgabe von codeinhaltigen Hustenpräparaten offensichtlich missachtet wurde. Die gebotenen Verwaltungsmassnahmen wurden umgehend eingeleitet. Verschiedenen Betrieben musste sodann die Anwendung von hochenergetischen Lasern der Klasse 4 zur Tattoorentfernung verboten werden, da sie die rechtskonforme Anwendung nicht belegen konnten. Solche Laseranwendungen können schwere Verbrennungen zur Folge haben. Intern konnte mit dem Umbau der Führungsstruktur eine tragfähige Grundlage für das Bewältigen

des in den letzten Jahren stark erweiterten und aufgefächerten Aufgabenspektrums geschaffen werden.

Die Überwachung und Bekämpfung von Tierseuchen bei Bienen bildete erneut einen Tätigkeitsschwerpunkt des Veterinäramtes. Daneben wurde die Kontrolle der Rindviehbestände auf die Bovine Virus-Diarrhoe (BVD) intensiviert. Während im Frühling die virale hämorrhagische Krankheit der Kaninchen (VHK) in die Schweiz zurückkehrte, trat ab Mitte November – ausgelöst durch den Wasservogelzug – die Aviäre Influenza auch im Kanton Zürich wieder auf. Der aktuelle Virustyp führt beim Hausgeflügel zu hohen Ausfällen; eine Ansteckung des Menschen ist jedoch nicht bekannt. Auch bei solchen unerwarteten Seuchen muss das Veterinäramt schnell reagieren und die nötigen Ressourcen für die Tierseuchenbekämpfung bereitstellen. Die gesamten Tierhalterbeiträge und Schlachtviehabgaben wurden im Berichtsjahr für die Tierseuchenprävention und -bekämpfung aufgewendet. Bei der Lebensmittelsicherheit bildeten Anstrengungen zum zurückhaltenden und korrekten Tierarzneimittleinsatz bei Nutztieren den Tätigkeitsschwerpunkt. Die Anzahl Bewilligungsverfahren, Mängelabklärungen und Massnahmen bei Heim-, Nutz-, Wild- und Versuchstieren nach Tierschutzrecht oder Hundegesetzgebung war hoch und lag insgesamt im Bereich des Vorjahres. Die Zahl der Auskunftsbegehren bewegte sich nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Die Schadenskommission und die Tierschutzkommission kamen ihren gesetzlichen Tätigkeitspflichten nach.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien (Betriebs- und Marktkontrollen)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen und Fleischkontrolle)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	13 859	13 000	14 280	1 280	9.8
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Zielwert)	A1	557	535	557	22	4.1
L3	Anzahl Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5 031	4 800	5 202	402	8.4
L4	Anzahl mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (Zielwert)	A2	12 849	12 300	12 564	264	2.1
L5	Anzahl Gehaltsanalysen des Kantonalen Labors (Zielwert)	A2	6 883	6 500	6 528	28	0.4
L6	Anzahl untersuchte Proben des Kantonalen Labors (Zielwert)	A2, A3	19 921	20 250	18 870	-1 380	-6.8
L7	Anzahl Inspektionen im Chemikalienbereich (Zielwert)	A3	114	100	118	18	18.0
L8	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z.B. für Viehhandelspatente (Zielwert)	A4	318	330	317	-13	-3.9
L9	Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (Zielwert)	A4	9 093	20 000	14 430	-5 570	-27.8

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L10	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Zielwert)	A5	2 050	2 120	2 098	-22	-1.0
L11	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Zielwert)	A5	2 231	2 100	2 141	41	2.0
L12	Anzahl durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (Zielwert)	A6	3 920	4 750	3 967	-783	-16.5
L13	Anzahl Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	179 971	180 000	174 381	-5 619	-3.1
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.		10.81	11.65	11.2	-0.5	-3.9
W1	Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel in %	A1	77	80	74	-6	
W2	Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit in %	A2	97	85	88	3	
W3	Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängel mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten in %	A2	87	75	81	6	
W4	Anteil vollständiger Einträge bei der Anmeldung von Chemikalien in das Produktregister in %	A3	37	75	50	-25	
W5	Anzahl Tierseuchenfälle	A4	125	130	167	37	28.5
W6	Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind in %	A5	100	90	100	10	
W7	Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen	A5	59	125	82	-43	-34.4
W8	Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleisteteter Lebensmittelsicherheit in %	A6	77	70	71	1	

Bemerkungen

- L4, L5, Die Anzahl Analysen liegt im erwarteten Bereich, die der untersuchten Proben jedoch darunter, da mehr Analysen an den gleichen Proben durchgeführt werden konnten.
- L6 Die Anzahl Inspektionen im Chemikalienbereich wurde übertroffen. Insbesondere aufgrund der Kontrollen in Schulen, welche im Rahmen einer Kampagne durchgeführt wurden und aufgrund des vereinfachten Verfahrens einen geringeren Aufwand verursachten.
- L9 Es waren insgesamt weniger Untersuchungen notwendig als gemäss Bundesvorgaben ursprünglich vorgesehen. Wegen der angespannten Seuchenlage und grösserer Stichprobenvorgaben des Bundes zur Überwachung der bovinen Virus-Diarrhoe (BVD) liegt die Zahl gegenüber dem Vorjahr aber wesentlich höher.
- L12 Der Leistungsumfang in der Überwachung der Primärproduktion konnte wegen Umlagerung von Ressourcen in Dienstleistungsbereiche (z. B. Fleischkontrolle Kleinschlachtbetriebe, Exportuntersuchungen) und der Überwachung von Bienneseuchen nicht vollumfänglich erreicht werden.
- L13 Trotz Zunahme in den Kleinschlachtbetrieben liegt die Anzahl Fleischkontrollen wegen schlechter Auftragslage in einem Grossschlachtbetrieb insgesamt unter dem Budgetwert.
- W1 Bei der vertieft und systematisch überprüften Instandhaltung und Wiederaufbereitung von Medizinprodukten wurden unerwartet viele Betriebe mit kritischen Mängeln angetroffen.
- W2 Wegen der Einführung des neuen Konzepts zur Bestimmung der Kontrollfrequenz von Lebensmittelbetrieben (Ermittlung dynamischer und statistischer Kriterien) ist dieser Wert nur bedingt mit den Vorgaben und den Vorjahreswerten vergleichbar.
- W3 Durch konsequentes internes Controlling insbesondere der anstehenden Nachkontrollen konnte das Ziel wiederum erreicht werden.
- W4 Die Umstellung der Beurteilung auf das neue GHS (Global harmonisiertes System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien) verursacht einen temporären Rückgang des Indikators. Der Anstieg bis zum Zielwert (75%) kann aufgrund der Anstrengungen im Vollzug, die Firmen zur Umstellung auf GHS anzuhalten, erst in 2 bis 3 Jahren erwartet werden.
- W5 Beeinflusst durch den milden Winter erneute Zunahmen der Seuchenfälle bei den Bienen, trotz der verstärkten Bekämpfungsmassnahmen.
- W7 Die Zahl der schweren Bissvorfälle von Hunden bewegt sich in der Grössenordnung der letzten Jahre (2014: 78 Vorfälle).

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen

Der Projektaufbau erfordert die Durchführung eines Pilotteils zur Überprüfung der Methode (Untersuchungen von Kälbern mit bekanntem Antibiotikaprofil). Ziel ist es, aufzuzeigen, welche Managementmassnahmen den Antibiotikaeinsatz wirksam senken können. Der Pilotteil führt zu einer Verzögerung. Die beteiligten Ämter (Veterinäramt, Kantonales Labor, Heilmittelkontrolle) setzen das Projekt im Abgleich mit der Nationalen Strategie gegen Antibiotikaresistenzen (STAR) um.

Stand bis
Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	134.8	136.5	137.7	1.2	0.9

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.6 Temporäre Aushilfen beim Veterinäramt, u. a. wegen krankheitsbedingter Abwesenheiten
- 0.3 Gewährung von unbesoldeten Urlauben beim Kantonalen Labor
- 0.1 Verzögert besetzte Stelle bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		10.1	10.2	9.8	-0.4	-3.7
Aufwand		-25.9	-27.0	-26.4	0.6	2.1
Saldo		-15.8	-16.8	-16.6	0.2	1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0		0.0	0.0
Ausgaben		-2.3	-3.1	-1.6	1.5	48.1
Saldo		-2.3	-3.1	-1.6	1.5	48.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total B16 zu R16
0.3	RRZ 4.1d	- Verzögerung betreffend das Projekt «Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen» beim Veterinäramt und beim Kantonalen Labor
0.1	A5	- Weniger Ausgaben für die Information von Hundehalterinnen und Hundehaltern beim Veterinäramt
-0.1	A2, A3	- Geringeres Volumen bei Auftragsanalysen beim Kantonalen Labor infolge Sparmassnahmen beim Bund
-0.2	A2, A3	- Mehraufwand bei Abschreibung und Zinsen beim Kantonalen Labor
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.1	-1.6	1.5	
- PC-Ablösung beim Veterinäramt	-0.2	-0.1	0.1	- Preisgünstiger als budgetiert
- Schutzdächer Heimtiereinrichtung	-0.1	0.0	0.1	- Die Ausgaben fielen deutlich tiefer aus und liegen unter der Aktivierungsgrenze.
- Sanierungen beim Kantonalen Labor	-1.9	-0.9	1.0	- Verzögerung des Projekts Umbau Labore
- IT-Projekt bei der Heilmittelkontrolle	-0.1	0.0	0.1	- Verzögerung wegen Schnittstellenabklärungen
- Übrige	-0.8	-0.6	0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
647 379	26 311	10 000	631 068	-16 311

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2016:

Fr. 10 000 beim Veterinäramt

Mehrleistung des Personals aufgrund von aufwendigen Tierschutzfällen, mehr Fleischkontrollen in Kleinschlachtbetrieben und Einsätzen wegen Aviärer Influenza bei Wildvögeln

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Unter den 875 gültigen Bewilligungen (davon 861 mit Einschränkungen erteilt) wurde im Kalenderjahr 2015 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt

Tiergruppe	Grundlagenforschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheitsdiagnostik	Ausbildung	anderer Zusammenhang	Total	davon Tiere im Schweregrad 0
Mäuse	105 404	2 328	813	190	1 480	837	111 052	27 145
Ratten	4 351	330	120	59	622	0	5 482	1 734
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	0	0	0	0	16	12	28	0
andere Nager	0	0	0	104	0	0	104	0
Kaninchen	74	10	0	0	24	0	108	1
Hunde	288	10	0	32	186	124	640	525
Katzen	164	33	0	73	42	49	361	226
Primaten	55	0	0	0	0	0	55	55
Rindvieh	523	0	0	8	90	152	773	610
Schafe, Ziegen	46	63	0	25	2	7	143	33
Schweine (einschliesslich Minipigs)	208	78	0	0	8	0	294	149
Pferde, Esel	41	43	0	0	104	169	357	249
Vögel (einschliesslich Geflügel)	2 397	36	0	0	61	0	2 494	1 636
Amphibien, Reptilien	3 722	0	0	18	46	243	4 029	1 359
Fische	16 558	0	1 157	0	196	672	18 583	12 516
diverse Säuger	37	0	0	0	0	12	49	0
Wirbellose	0	0	0	0	0	0	0	0
Total	133 868	2 931	2 090	509	2 877	2 277	144 552	46 238
in %	92.6	2.0	1.4	0.4	2.0	1.6	100	32.0

230 Bewilligungen wurden 2015 neu erteilt. Zusätzlich wurden 347 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

Ein Gesuch wurde abgelehnt. Ende 2015 ist der Entscheid des 2014 eingereichten Rekurses noch hängig.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle Gesuche in deren Rahmen Tiere Belastungen erfahren. Sie besprach an 12 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 35 neue und 38 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad und kontrollierte zweimal alle 52 Versuchstierhaltungen.

6150 Arzneimittelversorgung

Aufgabenschwerpunkt der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) bildet die umfassende pharmazeutische Versorgung insbesondere des Universitätsspitals Zürich (USZ), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der psychiatrischen Kliniken im Kanton. Daneben betreut die KAZ weitere Institutionen. Ziel ist es, eine qualitativ hochstehende, sichere und wirtschaftliche Arzneimittelversorgung zu gewährleisten. Das Berichtsjahr war geprägt durch den Neubau des Herstell- und Logistikzentrums in Schlieren und zahlreiche damit zusammenhängende Projekte. Planmässig konnte das Projekt IT-Outsourcing an die Firma Abraxas umgesetzt werden, womit ein wichtiger Meilenstein für den anstehenden Umzug erreicht werden konnte. Das Gebäude selbst wurde im Dezember des Berichtsjahres fertiggestellt und soll im Januar 2017 durch die KAZ übernommen werden.

Der Neubau in Schlieren wurde gemäss den Vorgaben von Swissmedic im November inspiziert. Im Anschluss wurde der KAZ die Erlaubnis für den Umzug nach Schlieren und die Aufnahme der Herstellung ohne weitere Auflagen erteilt. Die Inspektoren attestierten den Mitarbeitenden der KAZ, die in den letzten Monaten zusätzlich zum Tagesgeschäft grosse Leistungen erbracht hatten, hohe fachliche Kompetenz. Ebenfalls gelobt wurde das Projekt Schlieren insgesamt, das die an die KAZ gemachten Auflagen gut und professionell erfüllt. Der Umzug der KAZ startet im Januar 2017 und wird mehrere Monate dauern. Dies unter ständiger Gewährleistung der Versorgungssicherheit der angeschlossenen Spitäler.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten, sicheren, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen pharmazeutischen Versorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen inkl. Arzneimittelbeschaffung des USZ, des KSW, der psychiatrischen Kliniken (PUK, IPW) und weiterer Krankenhäuser und kantonaler Betriebe
- A2 Herstellung von nicht auf dem Markt erhältlichen und patientenspezifischen Arzneimitteln
- A3 Sicherstellung der Vorhalteleistungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln bei Notfallsituationen und akuten Einzel- oder Grossereignissen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl ausgelieferte Bestellpositionen	A1	739 501	720 700	818 789	98 089	13.6
L2	Anzahl gelagerte/bewirtschaftete Arzneimittel	A1	5 183	5 250	3 952	-1 298	-24.7
L3	Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten sterile Arzneimittel	A2	267 672	310 000	252 803	-57 197	-18.5
L4	Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten feste Arzneimittel	A2	36 819	28 000	35 078	7 078	25.3
L5	Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten flüssige Arzneimittel	A2	10 682	7 500	9 297	1 797	24.0
L6	Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten halbfeste Arzneimittel	A2	18 196	18 500	18 430	-70	-0.4
L7	Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten Rezepturen	A2	78 945	110 000	50 019	-59 981	-54.5
L8	Anzahl hergestellte Zytostatika/Chemotherapien	A2	34 082	34 200	35 080	880	2.6
L9	Anzahl chemische und mikrobiologische Analysen/Qualitätskontrollen	A2	3 971	4 200	3 827	-373	-8.9
L10	Anzahl (unterstützte) klinische Studien	A1, A2	77	55	83	28	50.9
L11	Lagerwert des Bestandes für Vorhalteleistungen in % des Gesamtbestandes per 31.12. (Zielwert)	A3	6	5	5	0	
B1	Kostendeckungsgrad (Verhältnis Ertrag zu Aufwand) in %	A1, A2, A3	100	100	100	0	
W1	Kundenzufriedenheit in Punkten aus maximal 100 Punkten	A1, A2, A3	82	-	-		
W2	Anzahl kritische Mängel bei Inspektionen	A1, A2	0	1	0	-1	-100.0
W3	Fehllieferungsquote in % der Anzahl Lieferpositionen	A1, A2, A3	0.02	0.15	0.02	-0.1	
W4	Anzahl verschiedener essentieller Arzneimittel mit Verbrauchsabdeckung von mindestens zwei Monaten aufgrund Zusatzlager für Vorhalteleistungen	A3	200	100	140	40	40.0

Bemerkungen

- L1 Starkes Mengenwachstum im Berichtsjahr bei der Anzahl ausgelieferter Bestellpositionen um fast 100 000 gegenüber der Planung oder ca. 11% gegenüber dem Vorjahr, v. a. bei USZ und KSW.
- L2 Eine Korrektur der statistischen Auswertung eliminierte bisherige Doppelzählungen von an verschiedenen Standorten gelagerten identischen Arzneimitteln.
- L3 Durch die konsequente Umsetzung der Make-or-Buy-Analyse wird laufend geprüft, von welchen durch die KAZ hergestellten Arzneimitteln vergleichbare, registrierte Produkte auf dem Markt sind und deshalb auf die Herstellung verzichtet werden kann. Zudem wurde versucht, mit Blick auf den Transfer nach Schlieren das Produktesortiment möglichst zu verkleinern, um Aufwand und Kosten für den Umzug zu reduzieren.
- L4 Die Abnahme bei den festen Arzneimitteln hat sich nicht wie erwartet fortgesetzt. Die Anzahl ist abhängig von Bestellverhalten und Patientengut der Spitäler; zudem wurden mehr Rezepturen neu serienmässig hergestellt.
- L5 Abhängig vom Bestellverhalten der Spitäler
- L7 Die Abnahme ist begründet durch die Verschiebung von diversen, in der Rezeptur hergestellten Arzneimitteln in die effizientere Serienherstellung.
- L9 Im Zuge der Produktionsoptimierung wurden die Chargengrößen teilweise erhöht, wodurch im Vergleich zum Vorjahr weniger Analysen notwendig waren.
- L10 Weiterhin zunehmende Anzahl Anfragen des USZ für die Zusammenarbeit bei klinischen Studien
- W1 Die Umfrage erfolgt alle zwei Jahre
- W2 Resultat aus Swissmedic-Inspektion 2016: Die KAZ weist keine kritischen Mängel mehr auf und erhält für den neuen Betriebsstandort in Schlieren die Umzugserlaubnis und alle notwendigen Bewilligungen inkl. neu die Bewilligung für aseptische Herstellung.
- W4 Die Überarbeitung der Liste der essentiellen Arzneimittel konnte fortgesetzt werden, dies hat im Vergleich zu 2015 zu einer Abnahme geführt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

6150 4a Bezug des neuen Standortes in Schlieren

Das Gebäude konnte gemäss Zeitplan fertiggestellt werden; die Schlüsselübergabe findet am 3. Januar 2017 statt. Planmässig 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	106.8	110.0	111.4	1.4	1.3

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.4 Um das Projekt des neuen Standortes Schlieren parallel zum Tagesgeschäft zeitgerecht realisieren zu können, mussten zusätzliche temporäre Mitarbeitende beschäftigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	158.3	145.4	168.7	23.3	16.0
Aufwand	-158.2	-145.4	-168.6	-23.3	-16.0
Saldo	0.1	0.1	0.1	0.0	4.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-2.5	-9.8	-7.8	2.1	21.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.3			
Saldo	-2.5	-9.8	-7.8	2.1	21.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
25.5		- Höhere Erträge durch mehr Medikamentenbezüge der Spitäler
-0.7		- Zusätzliche Kosten für externe Beratung im Zusammenhang mit dem Umzug nach Schlieren
-2.5		- Abnahme des Umsatzes aus Arzneimittelverkäufen an Patientinnen und Patienten
-22.7		- Mehraufwand bei der Medikamentenbeschaffung bedingt durch das höhere Bestellvolumen.
0.4		- Übrige Abweichungen

Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6150

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.8	-7.8	2.1	
- Ersatz Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung im Neubau in Schlieren (RRB 985-2014)	-8.4	-7.7	0.7	- Verzögerung bei den Vergaben betreffend die Ausrüstung am neuen Standort in Schlieren (tatsächliche Budgetabweichung von 1.9 Mio. Franken, inkl. Kreditübertragung aus 2015).
- Übrige	-1.4	-0.1	1.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
68 571	57 225	59 500	70 847	2 276

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2016:
davon Fr. 57 225 für die Eingangsgestaltung im neuen Gebäude in Schlieren

Bildung von Rücklagen 2016:

Fr. 59 500 aufgrund genereller Leistungszunahme im Vergleich zum Vorjahr, bei konstanten personellen Ressourcen

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Die Stellen für Suchtprävention im Kanton waren im Berichtsjahr auf verschiedene Weise aktiv: Das Personal in Gastronomie und Detailhandel hat seit dem Frühjahr die Möglichkeit, mit Blick auf den Jugendschutz eine kostenlose Online-Schulung im Alkoholbereich zu absolvieren (www.jalk.ch). Es wurden Flyer zu den Themen «Trinken, Rauchen und Kiffen. Abhängigkeit vermeiden» sowie «Bildschirmmedien» entworfen, die sich an Eltern richten und helfen sollen, früh im Leben Gesundheitskompetenz zu entwickeln. Junge Erwachsene können unter www.suchtpraevention-zh.ch Online-Selbsttests ausfüllen, mit denen das eigene Konsumverhalten reflektiert werden kann. Im Berichtsjahr wurden über 58 837 Tests durchgeführt. Für ältere Personen wurde der «Leitfaden Suchtprävention beim Älterwerden» entwickelt, der

den Konsum von Suchtmitteln und Medikamenten im Alter thematisiert.

Allgemein ist Gesundheitskompetenz in einer zunehmend digitalisierten Welt von zentraler Bedeutung, weshalb der 27. Zürcher Präventionstag dem Thema «Digitale Prävention – neue Wege zur Gesundheit» gewidmet war. Die Zürcher Präventionsforen thematisierten die Förderung der Gesundheit von Kindern im Vorschulalter und die Bedeutung sozialer Beziehungen für die Gesundheit. Ebenfalls zum Thema «Soziale Beziehungen und Gesundheit im Kanton Zürich» ist im Berichtsjahr ein Gesundheitsbericht erschienen und die Psychische Gesundheit in der Familie war Schwerpunkt der Kampagne «Wie geht's Dir?» (www.wie-gehts-dir.ch).

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (Zielwert)	A1	0	1	1	0	0.0
L2	Anzahl Bulletins "Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich" (Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L3	Anzahl Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Plakate etc.; Zielwert)	A2	168	120	169	49	40.8
L4	Anzahl öffentliche Präventionsveranstaltungen (Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Anzahl Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (Zielwert)	A3	82	70	115	45	64.3
L6	Anzahl HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (Zielwert)	A3	2 099	1 700	2 405	705	41.5
L7	Anzahl HPV-Impfungen (Zielwert)	A3	12 001	11 500	12 500	1 000	8.7
L8	Anzahl Magazine für Suchtprävention "laut & leise" (Zielwert)	A4	3	3	3	0	0.0
L9	Anzahl von regionalen Suchtpräventionsstellen beratenden Personen (Zielwert)	A4	31 036	18 000	30 011	12 011	66.7
L10	Anzahl verteilter Informationsmaterialien (Broschüren, Kleinplakate, Jugendschutzbündel etc.; Zielwert)	A4	966 857	300 000	510 318	210 318	70.1
B1	Prüfung der Wirtschaftlichkeit im Rahmen des Gesundheitsberichtes	A1	0	1	1	0	0.0
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.		4.3	5	4.8	-0.2	-4.0
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt in %	A2	48	50	-		
W2	Anzahl Besuche auf der Homepage zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention des EBPI	A2, A4	104 873	35 000	124 776	89 776	256.5
W3	Anzahl Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten	A2	3 529	4 000	3 335	-665	-16.6
W4	Anzahl Todesfälle wegen Krebs	A2	2 751	2 600	2 755	155	6.0
W5	Anzahl Selbsttötungen	A2	169	200	171	-29	-14.5
W6	Anzahl Tuberkulose-Neuerkrankungen	A3	95	110	126	16	14.5
W7	Anzahl Aids-Neuerkrankungen	A3	23	35	26	-9	-25.7
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen in %	A3	87	90	87	-3	

**Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6200**

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W9 Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum in %	A4	11.3	25	11.3	-13.7	

Bemerkungen

- L5, W6 Vermehrte Massnahmen im Rahmen der Migrationswelle
- L6 Vermehrte Testungen nach BAG-Kampagne
- L10 Versand Elternbroschüre sowie erhöhte Nachfrage nach Jugendschutzbändel
- W1 Keine Umfrage im Berichtsjahr
- W2 Grosse Nachfrage nach Selbsttest zur Suchtgefährdung

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
6200 4a Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit		
Das Programm wurde erfolgreich gestartet. Einzelne Massnahmen erfordern jedoch aufwendigere Planungs- und Konzeptionsarbeiten, als ursprünglich angenommen.	Verzögert	2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
---------------------------------	-----	-----	------------	--------	-----

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.4	3.8	3.4	-0.4	-11.0
Aufwand	-9.7	-11.5	-10.5	1.0	8.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.4			
Saldo	-6.3	-7.7	-7.1	0.6	7.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.5		- Minderaufwand beim Schwerpunktprogramm Suizidprävention wegen Verzögerungen bei der Detailkonzeption
0.1		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Die Zürcher Gesundheitsversorgung funktionierte im Berichtsjahr unverändert gut und ist qualitativ hochstehend. Die Mehrheit der Spitäler konnte von 2012 bis 2015 mit einem leicht positiven Ergebnis abschliessen, die finanzielle Belastung des Kantons hält sich im erwarteten Rahmen und die Tarifpartner nehmen ihre Verantwortung bei der Tarifgestaltung wahr: Die meisten Zürcher Listenspitäler haben mit den Krankenversicherern für 2016 bis 2018 Verträge mit gleichbleibenden Tarifen abgeschlossen. Diese führen zu Planungssicherheit für alle Akteure und leisten einen wichtigen Beitrag, um das stetige Kostenwachstum zu dämpfen. Ausgelöst durch die mediale Berichterstattung zu anstehenden Investitionen der Zürcher Spitäler hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr die von den Spitalern geplanten

Leistungen und Kapazitäten mit den voraussichtlich benötigten Leistungen und Kapazitäten verglichen. Die umfassende Analyse zeigt auf, dass das von den Zürcher Spitalern bis 2025 geplante Angebot der von der Gesundheitsdirektion prognostizierten Nachfrage entspricht (vgl. Gesundheitsversorgungsbericht 2016). Zusammenfassend lässt sich über die Spitalplanung und -finanzierung im Kanton Zürich eine durchwegs positive Bilanz ziehen. Das bestätigt auch der erste Platz des Kantons Zürich in der Comparis-Studie «Die Spitalversorgung im Spannungsfeld der kantonalen Spitalpolitik», die im Berichtsjahr die transparente und wettbewerbsfreundliche Spitalpolitik des Kantons Zürich lobte.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	196 376	193 500	198 360	4 860	2.5
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (Zielwert)	A1	5.8	5.7	5.7	0	-0.0
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich (Zielwert)	A1	33 798	33 600	34 810	1 210	3.6
L4	Reha: Stationäre Pfliegerstage KVG ZH, IV ZH	A2	253 962	254 000	249 000	-5 000	-2.0
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (Zielwert)	A2	25.6	23.2	24.7	1.5	6.5
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzttitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1 670	1 700	1 718	18	1.1
B1	Somatik: Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	A1	27	29	26	-3	-10.3
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedener und sehr zufriedener Patienten in %	A1, A2	80	80	84	4	
W2	Anteil Zürcher Reha-Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden in %	A2	32	34	33.5	-0.5	
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit in %	A1, A2	-	95	100	5	

Bemerkungen

L1, L2, Hochrechnung; die Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2017 vor.
L3, L4,
L5, L6,
W2

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Massnahmen zur Dämpfung des Kostenwachstums vertieft auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit geprüft. Unter anderem startete das Projekt «ambulant vor stationär», wonach zukünftig Behandlungen, die aus medizinischer Sicht ambulant erbracht werden können, bei stationärer Erbringung nur noch in Ausnahmefällen durch den Kanton mitfinanziert werden (Vorlage 5293). Zudem ermittelt die Gesundheitsdirektion in einem gemeinsamen Projekt mit den Zürcher Spitälern kostentreibende Anforderungen und mögliche Massnahmen zu deren Abbau.

Stand bis
Planmässig 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Die im Vorjahr etablierte Wohnsitzprüfung wurde weiter verbessert. Zur nachhaltigen Sicherstellung der Kontrolle von Spitalrechnungen wurde die Beschaffung einer neuen technischen Infrastruktur vorbereitet. Mit der konsequenten Rechnungsprüfung konnten im Berichtsjahr Einsparungen im Umfang mehrerer Millionen Franken erzielt werden.

Planmässig 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Mit dem Projekt Qualitäts-Entwicklung wird in Zusammenarbeit mit dem Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) die Qualitätskultur in den Spitälern weiter verbessert. Für 2017 ist die Veröffentlichung der kantonalen Qualitätsstrategie geplant. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Mindestfallzahlen für spezialisierte medizinische Eingriffe hat die Gesundheitsdirektion – in Zusammenarbeit mit den Fachleuten – beschlossen, neu in gewissen spezialisierten Bereichen zusätzliche Qualitätsanforderungen aufzustellen und die Fallzahlen pro Operateur zu erheben.

Planmässig 2019

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Die Schnittstellen und die Finanzierungsbrüche zwischen den Versorgungsbereichen Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie und Langzeit sowie zwischen dem ambulanten und stationären Sektor wurden im Berichtsjahr analysiert. Beispielsweise wurde gemeinsam mit den psychiatrischen Tages- und Nachtkliniken eine umfassende Leistungs- und Kostenerhebung durchgeführt. Auf dieser Grundlage sind einerseits faktenbasierte Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern möglich; andererseits ermöglicht sie der Gesundheitsdirektion die Erarbeitung eines sinnvollen Subventionskonzepts.

Planmässig 2019

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Die Umsetzung des Masterplans Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) mittels kantonalen Gestaltungspläne verzögert sich aufgrund der umfassenden parlamentarischen Beratung der grundlegenden Richtplanrevision leicht. Die Behandlung der Richtplan-Teilrevision zur Umsetzung des Masterplans Rheinau steht im Kantonsrat unmittelbar bevor. Für den Masterplan Lengg mussten verschiedene Themen – insbesondere der Verkehr – weiter vertieft werden.

Verzögert 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	97.0	86.0	85.0	-1.0	-1.2
Aufwand	-1 229.2	-1 327.3	-1 261.7	65.6	4.9
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-39.6	-42.4	-38.4	3.9	9.3
Saldo	-1 132.1	-1 241.3	-1 176.7	64.6	5.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	62.5	32.4	251.5	219.1	676.6
Ausgaben	-71.4	-175.4	-65.5	109.9	62.6
Saldo	-8.9	-143.0	185.9	329.0	230.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
64.6		Abweichungen total B16 zu R16
24.6	A1	- Auflösung Rückstellung für versorgungsrelevante Tarifsicherheiten beim Kinderspital Zürich
16.4	A1, A2	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (u. a. Tarifrückabwicklungen 2012-2015)
15.2	A1, A2	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2016
4.5	A1, A2	- Diverse Verbesserungen (v. a. geringerer Aufwand für Projektierungskredite)

3.9 A1, A2 - Geringere Subventionen (restriktiver Vollzug, höhere GDK-Ost-Beiträge)
-0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-143.0	185.9	328.9	
- USZ, Modulbau SUED2 im Park	-24.3	-7.1	17.2	- Realisierungsphase leicht verzögert
- USZ, Technikzentrale TZ-SUED im Park	-18.0	-10.6	7.4	- Realisierungsphase leicht verzögert
- USZ, Sanierung Netzwerkstandorte, Priorität 1	-7.0	-0.1	6.9	- Noch in Vorstudienphase
- USZ, Ersatz Kältemaschinen	-4.1	-3.6	0.5	- Realisierungsphase leicht verzögert
- USZ, PLA10, Instandsetzung	-3.6	-0.2	3.4	- Noch im Projektierungsstadium
- USZ, NUK, Ersatz (ohne Rückbau)	-2.9	-0.2	2.7	- Noch im Projektierungsstadium
- USZ, Bauliche Anpassung MTI	-2.7	0.0	2.7	- Noch in Vorstudienphase
- USZ, Gebäudeautomation, Gesamterneuerung	-2.7	-1.5	1.2	- Realisierungsphase leicht verzögert
- USZ, Nord 1, Sanierung Bettenstation	-2.2	0.0	2.2	- Noch in Vorstudienphase
- USZ, Sanierung OST I-III	-1.4	-0.3	1.1	- Bau weitgehend abgeschlossen
- USZ, Provisorien Neubau (Nord, OPS)	-0.9	0.0	0.9	- Noch in Vorstudienphase
- USZ, KUE Sanierung Geschosse F-H	-0.5	0.0	0.5	- Noch in Vorstudienphase
- USZ, BERTHOLD, 1. Etappe inkl. Rückbau und Abbrüche		0.0		- Noch in Vorstudienphase
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	-27.0	-16.6	10.4	- Realisierungsphase leicht verzögert
- KSW, Verbindungstrakt, Sanierung Etappe 2020	-0.5	0.0	0.5	- Noch in Vorstudienphase
- KSW, Polikliniktrakt, OP-Provisorium	-0.5	-1.2	-0.7	- Bau weitgehend abgeschlossen
- Kinderspital, Darlehen Neubau	-17.0	0.0	17.0	- Keine Tranche beansprucht
- Rückzahlung Darlehen	32.4	251.5	219.1	- Einnahmen aus der vorgezogenen Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben.
- Übrige	-60.1	-24.2	35.9	

6400 Psychiatrische Versorgung

Im Kanton Zürich gilt der Grundsatz «ambulant vor stationär». Deshalb wurden in den letzten 15 Jahren stationäre Betten abgebaut und dezentrale Tages- und Nachtkliniken aufgebaut. Die Abgeltung dieser Institutionen ist jedoch strittig. Die Krankenversicherer verlangen eine transparentere Darstellung der erbrachten Leistungen, insbesondere über den Anteil der von ihnen zu übernehmenden Leistungen (OKP-Leistungen). Deshalb hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr in allen Tages- und Nachtkliniken der Zürcher Psychiatriekliniken die Angebote, Strukturen und Leistungen sowie deren Kosten erhoben. Es ist schweizweit die umfassendste Untersuchung. Die Ergebnisse dieser Erhebung zeigen deutlich: Drei Viertel der Gesamtkosten basieren auf OKP-pflichtigen Leistungen.

Die Versorgung von psychisch erkrankten Jugendlichen wurde im Sommer mit zusätzlichen stationären jugendpsychiatrischen Kapazitäten massgeblich verbessert. Mit dem Erweiterungs- und Ergänzungsbau der Kinderstation Brüschalde in Männedorf wird sodann die stationäre Versorgung im Bereich Kinderpsychiatrie 2017 ausgebaut. Damit können Fehlplatzierungen von Jugendlichen in der Erwachsenenpsychiatrie vermieden werden.

Zusammen mit der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr das Projekt «Home-Treatment» gestartet. Ziel ist es, geeignete, bis anhin stationäre Patientinnen und Patienten neu zu Hause ambulant psychiatrisch zu betreuen und begleiten.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Stationäre Patientenaustritte KVG ZH, IV ZH	A1	14 400	14 300	15 261	961	6.7
L2	Stationäre Pflegetage KVG ZH, IV ZH	A1	432 500	443 000	457 800	14 800	3.3
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (Zielwert)	A1	30.1	31	30	-1	-3.2
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken in Mio. Taxpunkten	A2	44.9	47.6	43.4	-4.2	-8.8
L5	Betreuung in Tageskliniken in Tagen	A2	74 700	77 000	74 000	-3 000	-3.9
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	219	210	225	15	7.1
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	A1, A2	23	26	22	-4	-15.4
W1	Anteil Zürcher Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden in %	A1	91	90	91	1	1.1
W2	Verhältnis der ambulanten Patientenaustritte zu den stationären Austritten KVG ZH, IV ZH in %	A1, A2	61.5	62	66	4	6.5
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit in %	A1, A2	-	95	100	5	5.3

Bemerkungen

L1, L2, Hochrechnung; Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2017 vor.
L3, L4,
L5, L6,
W1,
W2

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Massnahmen zur Dämpfung des Kostenwachstums vertieft auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit geprüft. Unter anderem startete das Projekt «ambulant vor stationär», wonach zukünftig Behandlungen, die aus medizinischer Sicht ambulant erbracht werden können, bei stationärer Erbringung nur noch in Ausnahmefällen durch den Kanton mitfinanziert werden (Vorlage 5293). Zudem ermittelt die Gesundheitsdirektion in einem gemeinsamen Projekt mit den Zürcher Spitälern kostentreibende Anforderungen und mögliche Massnahmen zu deren Abbau.

Planmässig 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Die im Vorjahr etablierte Wohnsitzprüfung wurde weiter verbessert. Zur nachhaltigen Sicherstellung der Kontrolle von Spitalrechnungen wurde die Beschaffung einer neuen technischen Infrastruktur vorbereitet. Mit der konsequenten Rechnungsprüfung konnten im Berichtsjahr Einsparungen im Umfang mehrerer Millionen Franken erzielt werden.

Planmässig 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Mit dem Projekt Qualitäts-Entwicklung wird in Zusammenarbeit mit dem Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) die Qualitätskultur in den Spitälern weiter verbessert. Für 2017 ist die Veröffentlichung der kantonalen Qualitätsstrategie geplant. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Mindestfallzahlen für spezialisierte medizinische Eingriffe hat die Gesundheitsdirektion – in Zusammenarbeit mit den Fachleuten – beschlossen, neu in gewissen spezialisierten Bereichen zusätzliche Qualitätsanforderungen aufzustellen und die Fallzahlen pro Operateur zu erheben.

Planmässig 2019

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Die Schnittstellen und die Finanzierungsbrüche zwischen den Versorgungsbereichen Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie und Langzeit sowie zwischen dem ambulanten und stationären Sektor wurden im Berichtsjahr analysiert. Beispielsweise wurde im Berichtsjahr gemeinsam mit den psychiatrischen Tages- und Nachtkliniken eine umfassende Leistungs- und Kostenerhebung durchgeführt. Auf dieser Grundlage sind einerseits faktenbasierte Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern möglich; andererseits ermöglicht sie der Gesundheitsdirektion die Erarbeitung eines sinnvollen Subventionskonzepts.

Planmässig 2019

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Die Umsetzung des Masterplans Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) mittels kantonalen Gestaltungspläne verzögert sich aufgrund der umfassenden parlamentarischen Beratung der grundlegenden Richtplanrevision leicht. Die Behandlung der Richtplan-Teilrevision zur Umsetzung des Masterplans Rheinau steht im Kantonsrat unmittelbar bevor. Für den Masterplan Lengg mussten verschiedene Themen – insbesondere der Verkehr – weiter vertieft werden.

Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 980.1	2 007.0	1 947.9	-59.1	-2.9

Bemerkungen B16 zu R16

-59.1 Verzicht auf Stellenausbau bei kantonalen psychiatrischen Kliniken

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	220.5	214.7	337.2	122.6	57.1
Aufwand	-411.4	-435.0	-536.5	-101.6	-23.3
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-33.9	-35.0	-31.9	3.1	8.9
- Eigentümerbeitrag an kantonale Kliniken	-1.2	-2.7	-3.8	-1.1	-41.2
Saldo	-190.9	-220.3	-199.3	21.0	9.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	10.0	0.2	7.8	7.6	3668.0
Ausgaben	-27.3	-38.2	-23.2	15.0	39.3
Saldo	-17.3	-38.0	-15.4	22.6	59.4

**Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6400**

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
21.0		Abweichungen total B16 zu R16
119.0	A1	- Höherer Ertrag: Verbuchung der Staatsbeiträge als Ertrag bei PUK und ipw gemäss Bruttoprinzip (im Budget sowie in Vorjahren nicht ausgewiesen, da sich Aufwand- und Ertrag-Buchungen innerhalb der LG 6400 neutralisieren). Zusammen mit analoger Buchung beim Aufwand der Gesundheitsdirektion saldoneutral.
10.1	A1	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2016 (v. a. aufgrund Tarifreduktionen)
7.5	A1, A2	- Effizienzverbesserung kantonalen Betriebe (PUK)
3.3	A1, A2	- Effizienzverbesserung kantonalen Betriebe (ipw)
-119.0	A1	- Höherer Aufwand: siehe Begründung betreffend Ertrag
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-38.0	-15.4	22.6	
- ipw, Ersatz- und Ergänzungsbau 96 Betten	-1.5	-2.0	-0.5	- Noch im Projektierungsstadium
- PUK, Erweiterung Forensik +35	-0.2	-0.3	-0.1	- Noch im Projektierungsstadium
- PUK/KJPD, Erweiterung KJPD	-1.0	0.0	1.0	- Projekt verzögert
- PUK/KJPD, Erweiterung Brüschalde	-11.0	-9.1	1.9	- Projekt bald abgeschlossen
- Übrige	-24.3	-4.0	20.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
10 055 162	557 345	534 000	10 031 817	-23 345

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2016:

Fr. 413 489 Personalanlässe PUK

Fr. 143 856 Personalanlässe und Anschaffungen Mobilier ipw

Bildung von Rücklagen 2016:

Fr. 700 000 bei der ipw, v. a. Produktivitätssteigerungen im stationären Bereich sowie verstärkte Anstrengungen zur Ertragsoptimierung in den Tageskliniken

Fr. 166 000 Auflösung bei der PUK aufgrund des hohen Bestandes im Vergleich zur Lohnsumme

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 486 000 Personen oder rund 33% der Versicherten Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 420 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV).

Gemäss § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) muss der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen. Entsprechend hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung im Berichtsjahr auf 352,8 Mio. Franken festgesetzt (RRB Nr. 912/2015). Der Kantonsrat hat diesen Betrag um 2,6 Mio. Franken gekürzt. Im Verlaufe des Jahres zeigte sich, dass der budgetierte Betrag nicht ausreicht. Der Regierungsrat hat deshalb

im August einen Nachtragskredit von 51,9 Mio. Franken beschlossen (RRB Nr. 814/2016).

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage zur Verbesserung des Prämienverbilligungssystems unterbreitet (Vorlage 5313). Der Grundgedanke der Revision besteht darin, die Prämienverbilligung bedarfsgerechter auszurichten. Anspruch sollen jene Personen haben, bei denen die Krankenkassenprämien über einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens liegen. Dieses wird ausgehend vom steuerbaren Einkommen und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren ermittelt. Die Neuerungen führen zu einer zielgerichteteren Mittelverwendung.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet individuelle Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1 bis KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungsbeziehenden übernimmt der Kanton die regionalen Durchschnittsprämien.
- A3 Bei den Sozialhilfebeziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung in % (Zielwert)	A1, A2, A3	31	30	33	3	
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung in % (Zielwert)	A1, A2, A3	42	36	41	5	
L3	Kantonsbeitrag in Prozent des Bundesbeitrages (Zielwert)	A1, A2, A3, A4	93.4	82.5	93.4	10.9	13.2
L4	Anzahl IPV-beziehende Personen (Zielwert)	A1	389 000	375 000	420 000	45 000	12.0
L5	Anzahl EL-Bezüger mit Prämienverbilligung (Zielwert)	A2	53 436	53 800	54 700	900	1.7
L6	Anzahl Sozialhilfebezüger mit Prämienübernahme (Zielwert)	A3	49 614	49 840	52 000	2 160	4.3
L7	Anzahl betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	19 500	17 400	21 100	3 700	21.3
B1	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	A1	14	15	13	-2	-13.3
B2	Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffenen Versicherten mit Verlustschein	A4	13	16	10	-6	-37.5
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien in Mio. Fr. (ohne Verlustscheine)	A1, A2, A3	768	746	802	56	7.5
W2	Durchschnittliche individuelle Prämienverbilligung in % der Bruttoprämie eines Haushalts:	A1					
W3	- Alleinstehender Erwachsener	A1	21	18	19	1	
W4	- Alleinerziehende(r) mit einem Kind	A1	34	30	33	3	
W5	- Zwei Erwachsene mit zwei Kindern	A1	35	30	33	3	
W6	Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) in % des verfügbaren Einkommens (bei einem standardisierten Bruttolohn von Fr. 49 024):	A1					
W7	- Alleinstehender Erwachsener	A1	10.6	13	11	-2	
W8	- Alleinerziehende(r) mit einem Kind	A1	7.8	10	8.2	-1.8	
W9	- Zwei Erwachsene mit zwei Kindern	A1	11.6	13.5	12.4	-1.1	

Bemerkungen

- L1, L4 Aufgrund einer Anpassung beim kantonalen Antragssystem sind viel mehr Nachmeldungen im Bereich der IPV zu verzeichnen als geplant. Wegen dieser Zunahme erhöht sich der Indikator L4 gegenüber dem Budgetwert um 45 000 auf 420 000 IPV-Berechtigte. Diese Entwicklung wirkt sich auf den Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung aus: Dieser beträgt 33% und liegt gemäss L1 drei Prozentpunkte über dem Budgetwert.
- L2 Der Indikatorwert ist wegen einer Änderung der Berechnungsmethode nicht mit dem Wert der Rechnung 2015 und demjenigen des Budgets vergleichbar. Bei der Berechnung des Indikators wurden neu strukturelle Veränderungen bei der Anzahl von Personen und Haushalten separat berücksichtigt.
- L3 Aufgrund des deutlich höheren Aufwands war ein Nachtragskredit in der Höhe von 51.9 Mio. Franken erforderlich. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf eine Änderung im EG KVG zur Abwicklung der Fälle mit provisorischen Steuerdaten zurückzuführen. Danach erhalten Personen mit provisorischen Steuerdaten kein Antragsformular mehr, sondern müssen sich selber bemühen, einen Antrag für rückwirkende IPV bei vorliegenden definitiven Steuerdaten nachzureichen. Diese kantonale Praxisänderung hat mehr Nachmeldungen im Bereich IPV verursacht als geplant. Ein Mehrbedarf ergibt sich zudem aus höheren Prämienübernahmen in den Bereichen EL, Sozialhilfe und Verlustscheine. Diese Aufwandsteigerungen führten zur Erhöhung des Kantonsbeitrages (gegenüber dem Budgetwert).
- L7 Die zunehmende Prämienbelastung, welche zum einen auf eine schwache Entwicklung der Löhne im Verhältnis zur Prämienteuerung, zum anderen auf tiefere IPV-Leistungen ab 2012 zurückzuführen ist, wirkt sich stärker auf die Steigerung bei der Anzahl Verlustscheine aus als vorgesehen.
- W1 Der höhere Wert zur finanziellen Entlastung ist zum einen auf eine höhere Anzahl von unterstützten Personen, zum anderen auf höhere Aufwendungen in den Bereichen EL, Sozialhilfe und Verlustscheine zurückzuführen.
- L6, L7 Rechnungswerte 2015 und 2016 für L6 und L7 aufgrund einer Hochrechnung

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Ertrag	423.4	434.4	446.4	12.0	2.8
- Bundesbeitrag	412.1	427.6	434.1	6.5	1.5
Aufwand	-808.5	-836.5	-851.7	-15.2	-1.8
- Entschädigung SVA	-5.8	-5.9	-5.7	0.2	3.0
- Individuelle Prämienverbilligung	-426.5	-407.3	-445.5	-38.2	-9.4
- Prämienübernahmen	-376.2	-371.4	-400.4	-29.0	-7.8
- Nachtragskredit		-51.9			
Saldo	-385.1	-402.1	-405.3	-3.2	-0.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Einnahmen

Ausgaben

Saldo

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.2		Abweichungen total B16 zu R16
-3.0	A4	- Die Saldoverschlechterung gegenüber dem Budget inkl. Nachtragskredit beträgt 3.2 Mio. Franken und ist primär auf höhere Aufwendungen für Verlustscheine als geplant zurückzuführen.
-0.2		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Seit 1. Januar 2014, als das total revidierte kantonale Tierseuchengesetz (KTSG) und die neue kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV) in Kraft traten, werden sämtliche Kosten für die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramts (Leistungsgruppe 6100) abgerechnet. Früher wurden diese Kosten teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestands dem Kanton zugeführt. Der Restbestand des Tierseuchenfonds ist zur Senkung der ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge in den

kommenden Jahren zu verwenden. Die Senkung kommt allerdings nur Halterinnen und Haltern zugute, die vor dieser Änderung Beiträge in den Tierseuchenfonds geleistet haben. Sobald der Restbestand aufgebraucht ist, wird der Fonds aufgehoben.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Beitragssenkung konnten rund 38% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren und es wurden rund Fr. 135 000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinäramts überführt.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1.2	1.1	1.1	-0.0	-0.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-1.0
Aufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-7.8
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-7.8
Saldo	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-9.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

07

Bildungsdirektion

Überblick	174
Legislaturziele	176
Bildung (Politikbereich 2)	176
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	176
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	177
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	177
Finanzierung	179
Übersicht	179
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	179
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	180
Personal- und Lohnstatistik	180
Beschäftigungsumfang	180
Lohnaufwand	180
Anstellungsverhältnisse	180
Parlamentarische Vorstösse	181
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	181
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	181
Leistungsgruppen	182
7000 Bildungsverwaltung	182
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	186
7100 Lehrmittelverlag	190
7200 Volksschulen	192
7301 Mittelschulen	195
7306 Berufsbildung	198
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	202
7402 Sonstige universitäre Leistungen	205
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	206
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	209
7501 Kinder- und Jugendhilfe	210
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	213
7930 Berufsbildungsfonds	215

Überblick

Die Bildungsdirektion setzt sich dafür ein, dass im Kanton Zürich qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte Bildungsangebote zur Verfügung stehen. Diese Angebote bestehen auf der Kindergartenstufe, der Primarstufe, den Sekundarstufen I und II, der Tertiärstufe sowie im Bereich der Weiterbildung für Erwachsene. Mit der Kinder- und Jugendhilfe, dem Stipendienwesen sowie der Berufsberatung werden zudem ergänzende Bildungsleistungen erbracht, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg in Schule und Beruf sowie in ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen.

Lehrplan 21 im Kanton Zürich

Im April eröffnete der Bildungsrat die Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21. Zentraler Teil der Vernehmlassung war die Lektionentafel des Lehrplans. Diese sieht vor, die Fächer Informatik, Naturwissenschaften und Technik mit zusätzlichen Lektionen zu stärken. Englisch soll neu wie in den übrigen Deutschschweizer Kantonen ab der 3. Klasse unterrichtet werden. Für die neuen Akzente in der Lektionentafel wird eine moderate Reduktion der Lektionen für Textiles und Technisches Gestalten vorgeschlagen. Im Dezember lag die Auswertung der Vernehmlassung vor. Sie bestätigt die Inhalte des neuen Lehrplans. Kritikpunkte waren der Zeitpunkt der Einführung und deren finanzielle Voraussetzungen. Der Bildungsrat wird im Frühjahr 2017 über die definitive Gestaltung der Lektionentafel und die Inkraftsetzung des Zürcher Lehrplans Beschluss fassen. Die Vorbereitungsarbeiten und Weiterbildungen für die Lehrpersonen erfolgen ab Schuljahr 2017/18, sodass der neue Lehrplan im Schuljahr 2018/19 auf der Kindergarten- und der Primarstufe bis zur 5. Klasse, im Schuljahr 2019/20 in der 6. Klasse und der Sekundarstufe I in Kraft treten kann.

Lehrmittel

Die Lehrmittelplanung und -entwicklung verläuft – bezogen auf die Anforderungen des neuen Lehrplans und die Erfordernis digitaler Lehr- und Lernmedien – weiterhin positiv. Im Berichtsjahr konnte die neue Lehrmittelreihe in Mathematik für die gesamte Volksschule abgeschlossen werden. Das neue Französischlehrmittel «dis donc!» steht vor der Markteinführung. Neue Konzepte für Medien und Informatik sowie Deutsch wurden in Angriff genommen. Für die Abwicklung digitaler Lehr- und Lernmedien hat der Lehrmittelverlag eine Lizenzplattform eingeführt. Der Kantonsrat stimmte am 11. April 2016 der Umwandlung des Lehrmittelverlags in eine Aktiengesellschaft zu.

Analyse zu Bildungsverläufen

Der Bericht «Bildungsverläufe während der obligatorischen Schulzeit im Kanton Zürich» analysiert, wie Kinder und Jugendliche die Schulzeit vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe I durchlaufen. So sind zum Beispiel in den letzten 15 Jahren die Repetitionen von 1,6 auf 1,1 Prozent zurückgegangen. Unterschiede zeigen sich zwischen den Schulgemeinden: Während in gewissen Schulgemeinden keine Kinder eine Klasse repetieren, gibt es in anderen Gemeinden Quoten von bis zu 7 Prozent. Diese Schwankungen deuten darauf hin, dass die jeweiligen Schulkulturen und Kriterien in den verschiedenen Schulhäusern die Entscheidungen über Repetitionen massgeblich beeinflussen.

Schulversuch Fokus starke Lernbeziehungen

Im Schulversuch sind pro Klasse höchstens zwei Lehrpersonen zuständig. Damit sollen die Lernbeziehungen und der Regelklassenunterricht gestärkt, die Organisation des Schulalltags vereinfacht und der integrative Unterricht weiterentwickelt werden. Ressourcen aus Unterstützungs- und Fördermassnahmen (unter anderem Deutsch als Zweitsprache und Integrative Förderung) werden zugunsten der Regelklasse umgelagert. Fachpersonen wie beispielsweise die schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen beraten und unterstützen die Lehrpersonen. Im Schuljahr 2016/17 setzten 160 Klassen mit rund 3300 Schülerinnen und Schülern den Schulversuch um. Zwischenergebnisse einer externen Evaluation liegen vor. Aus Sicht der Bildungsdirektion bewegt sich der Schulversuch in die gewünschte Richtung. In der zweiten Projekthälfte wird der Fokus auf der Unterrichtsentwicklung liegen.

Eine neue Kantonsschule in Uetikon am See

Die Zahl der Mittelschülerinnen und Mittelschüler wird im Kanton Zürich ansteigen. Im Rahmen der Schulraumplanung werden deshalb in den nächsten Jahren die Kapazitäten von bestehenden Schulen erweitert und am linken und rechten Ufer des Zürichsees je eine neue Mittelschule gebaut. Als erstes Resultat der Standortevaluationen beschloss der Regierungsrat im März den Erwerb von Land für den Neubau einer Mittelschule in Uetikon am See. Gleichzeitig beantragte er dem Kantonsrat die Gründung einer neuen Mittelschule. Diesem Antrag stimmte der Kantonsrat im September zu. Die neue Schule soll dereinst mindestens 1000 Schülerinnen und Schülern Platz bieten.

Vorprojekt Übertrittsverfahren

Die Übertrittsverfahren an die verschiedenen allgemeinbildenden und berufsorientierten Mittelschulen im Kanton Zürich sind nicht kohärent. Die Prüfungszeitpunkte sind uneinheitlich und es gelten unterschiedliche Regeln für das Bestehen der Aufnahmeprüfungen sowie die Zulassung zu einem anderen Mittelschultyp. 2015 hat der Bildungsrat den Prozess zu einer umfassenden Überarbeitung des Übertritts in die verschiedenen Mittelschultypen ab der Sekundarstufe der Volksschule gestartet und das Vorprojekt im Berichtsjahr verabschiedet. Besser abzustimmen sind etwa Prüfungstermine, Prüfungsform oder Prüfungsfächer. Das Modell wird nun in einem Hauptprojekt ausgearbeitet.

Integrationsvorlehre

Die Integration spät zugewanderter Kinder und Jugendlicher ist eine grosse Herausforderung. Die Mehrheit dieser Personen kommt aus Ländern ohne duale Berufsbildung, die sich kulturell und auf die Schulbildung bezogen deutlich von der Schweiz unterscheiden. Um die Integration dieser spät zugewanderten Personen zu verbessern, hat der Kanton Zürich im August ein Pilotprojekt zur Integrationsvorlehre gestartet.

Zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin

Die Vorbereitungen zur Schaffung weiterer 72 Studienplätze im Bachelorstudium Humanmedizin im Herbstsemester 2017 sind weiter in Gang. Um die Zahl der Studienplätze im Masterstudium Humanmedizin im Rahmen der Joint Degrees der Universität Zürich mit den Universitäten St. Gallen und

Luzern per Herbstsemester 2020 um 65 auf 365 zu erhöhen, wurden Vertragsverhandlungen geführt.

Praxisorientierte Fachhochschullehrgänge und MINT

Neben der Erhöhung der Kapazität an Studienplätzen in der Humanmedizin an der Universität Zürich haben auch die anderen Zürcher Hochschulen Massnahmen gegen den Fachkräftemangel ergriffen: So haben die ZHAW School of Engineering und ZHAW Life Sciences und Facility Management das «Praxisintegrierte Bachelorstudium» eingeführt. Das ist ein vierjähriges Bachelorstudium, in dem die Studierenden parallel zur schulischen Ausbildung und auf die Studieninhalte abgestimmt praktische Erfahrungen in einem Unternehmen sammeln. Ausserdem engagieren sich die Zürcher Hochschulen auf verschiedenen Ebenen in der MINT-Nachwuchsförderung.

Spatenstiche bei zukunftsweisenden Bauprojekten

Im Berichtsjahr wurde bei vier Bauprojekten der Spatenstich durchgeführt und damit die Ausführung gestartet. Es handelt sich dabei um den Neubau der 5. Bauetappe des Campus Irchel, die Instandsetzung und der Erweiterungsbau des Bildungszentrums in Uster, die Instandsetzung und der Erweiterungsbau des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen sowie der Ersatzneubau der Kantonsschule Büelrain in Winterthur.

Frühe Sprachbildung

Im Auftrag der Bildungsdirektion wurde von der Pädagogischen Hochschule Thurgau und dem Marie Meierhofer Institut für das Kind ein Fachkonzept für die frühe Sprachbildung erstellt. Das Konzept dient der Bildungsdirektion als Grundlage für die Entwicklung von Massnahmen zur Unterstützung der Sprachbildung von Kindern bis vier Jahren an den Lernorten Familie, Kindertagesstätte, Spielgruppe und Tagesfamilie.

Abschaffung Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Am 1. Januar 2013 traten im Bereich Alimenten- und Kleinkinderbetreuungsbeiträge (ALH/KKBB) neue Bestimmungen zu den finanziellen Leistungen in Kraft. Das führte bei den Gemeinden zu einem starken Anstieg der KKBB-Kosten. Um diese Entwicklung abzufangen, erfolgte per 1. Januar 2014 eine Verordnungsanpassung. Nach parlamentarischen Vorstössen und Debatten zu den KKBB beschloss der Kantonsrat deren gänzliche Abschaffung per 1. April des Berichtsjahres.

Zweiter Evaluationszyklus zur Schulbeurteilung abgeschlossen

Mit Ende des Schuljahres 2015/16 schloss die Fachstelle für Schulbeurteilung den zweiten Evaluationszyklus mit allen Primar- und Sekundarschulen ab. Der bilanzierende Vergleich mit dem ersten Evaluationszyklus zeigt, dass die Zürcher Volksschulen die grössten Fortschritte in den Bereichen individuelle Lernbegleitung, Zusammenarbeit mit den Eltern sowie Beurteilung der Schülerleistungen gemacht haben. Einzig im Bereich Schul- und Unterrichtsentwicklung fällt die Beurteilung schlechter aus. Für den dritten Evaluationszyklus, der mit dem Schuljahr 2016/17 begonnen hat, wird das etablierte Verfahren beibehalten. Mit dem neuen Qualitätsanspruch «Integrative sonderpädagogische Angebote» und der Beurteilung der Berufswahlvorbereitung auf der Sekundarstufe (zusätzlicher Qualitätsanspruch des Bildungsrates) werden aktuelle Themen des Schulfeldes aufgegriffen.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 2.1	Qualitativ gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind sichergestellt.		
RRZ 2.1a	Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen	7200	2019
RRZ 2.1b	Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln	7100	2019
RRZ 2.1c	Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen	7200	2019
RRZ 2.1d	Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben	7200	2019
RRZ 2.1e	Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern	7200	2019
RRZ 2.1f	Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen	7000	2019
RRZ 2.1g	Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen	7000	2019
RRZ 2.1h	Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen	7306	2019
RRZ 2.1h	Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen	7301	2019
RRZ 2.2	Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.		
RRZ 2.2a	Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)	7401	2019
RRZ 2.2b	Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	7401	2019
RRZ 2.2c	Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	7401	2019
RRZ 2.2d	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7406	2019
RRZ 2.2d	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7401	2019
RRZ 2.2e	Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern	7301	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BI 2.1	Gute Rahmenbedingungen für Lernerfolge schaffen.		
BI 2.1a	Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben	7200	2019
BI 2.2	Den herausragenden Hochschulstandort weiterentwickeln.		
BI 2.2a	Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	7401	2019
BI 2.2b	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7401	2019
BI 2.3	Eine bedarfsgerechte Infrastruktur für morgen sicherstellen.		
BI 2.3a	Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen	7301	2019
BI 2.3b	Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Sulzer-Areal Winterthur umsetzen	7401	2022
BI 2.3c	Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Sulzer-Areal Winterthur umsetzen	7406	2022

Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5.1	Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.		
RRZ 5.1c	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken	7501	2019
RRZ 5.1d	Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten	7200	2019
RRZ 5.1e	Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern	7000	2019
RRZ 5.1f	Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen	7306	2019

RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.			
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	7000	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen LG bis

BI 5.1 Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

BI 5.1a	Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern	7200	2019
---------	--	------	------

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen LG bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	7501	2019
RRZ 8.1d	Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern	7306	2019
RRZ 8.1d	Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern	7301	2019
RRZ 8.1e	Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren	7306	2019
RRZ 8.1f	Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tages-schulen fördern	7200	2019

RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.

RRZ 8.2c	Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren	7000	2019
RRZ 8.2d	Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln	7406	2019
RRZ 8.2d	Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln	7401	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen LG bis

BI 8.1 Mehr Fachkräfte ausbilden und Talente fördern

BI 8.1a	Inländisches Fachkräftepotential in Kooperation mit Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern).	7000	2019
BI 8.1b	Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)	7000	2019
BI 8.1c	Die Fachmaturitäten und die Handelsschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7306	2019
BI 8.1d	Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden.	7306	2019
BI 8.1e	Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken.	7306	2019
BI 8.1f	Die Fachmaturitäten und die Handelsschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7301	2019
BI 8.1g	Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)	7301	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	7000	2019
-----------	---	------	------

RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten

7000

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 023.7	1 032.9	772.4	-260.5	-25.2
Aufwand	-3 488.6	-3 517.6	-3 253.6	264.1	7.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-10.7			
Saldo	-2 465.0	-2 484.7	-2 481.2	3.6	0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.8	11.2	14.4	3.2	28.6
Ausgaben	-96.9	-210.2	-143.6	66.5	31.7
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.9			
Saldo	-89.1	-199.0	-129.2	69.8	35.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
3.6		Abweichungen total B16 zu R16
139.5	7401	- Die durchlaufenden Grundbeiträge des Bundes wurden im Budget 2016 noch eingestellt, werden dagegen ab diesem Berichtsjahr in der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7401 nicht mehr verbucht, sondern ohne diese Zwischenverbuchung des Aufwands und Ertrags an die Universität Zürich weitergeleitet. Dies hat eine saldoneutrale Abnahme im Aufwand und Ertrag ab dem Geschäftsjahr 2016 zur Folge.
110.0	7406	- Die durchlaufenden Grundbeiträge des Bundes wurden im Budget 2016 noch eingestellt, werden dagegen ab diesem Berichtsjahr in der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7406 nicht mehr verbucht, sondern ohne diese Zwischenverbuchung des Aufwands und Ertrags an die beitragsempfangenden Fachhochschulen (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und Zürcher Hochschule der Künste) weitergeleitet. Dies hat eine saldoneutrale Abnahme im Aufwand und Ertrag ab dem Berichtsjahr 2016 gegenüber den Vorjahren zur Folge.
16.2	7306	- Einmalig tiefere Kosten infolge Auflösung von nicht beanspruchten Rückstellungen bei den Berufsschulen
12.0	7402	- Tieferer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften aufgrund noch nicht ausgeführter budgetierter Projekte
9.9	7401	- Tieferer Kostenbeitrag an die Universität aufgrund tieferer Nutzungskosten (+6,8 Mio. Franken) für die von der Universität belegten kantonalen Liegenschaften und Minderaufwand im Personalbereich (3,1 Mio. Franken)
7.2	7306	- Einmalig tiefere Beiträge für ausserkantonale Lernende und Studierende aufgrund einer Umstellung auf einen periodengerechten, leistungsbezogenen Ausweis dieser Beiträge
5.0	7200	- Tiefere Bruttolöhne bei den Volksschulen als erwartet
4.2	7301	- Minderaufwand aufgrund Budgetunterschreitungen einzelner Mittelschulen und Minderausgaben aufgrund tieferer Anzahl Schülerinnen und Schüler als geplant
4.1	7200	- Abweichungen zwischen dem von Sonderschulen gemeldeten approximativen Abschluss 2015 und der definitiven Schlusszahlung im Berichtsjahr
2.8	7200	- Rückforderungen aus Überschüssen bei der pauschalen Leistungsabgeltung im Rahmen des Projekts «Neues Finanzierungsmodell für Sonderschulen»
2.8	7406	- Tieferer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule der Künste aufgrund eines ausserordentlichen Bundesbeitrags im Berichtsjahr betreffend Nachvergütung von Mietbeiträgen an das Toni-Areal für die Jahre 2014 und 2015
2.1	7050	- Verschiebung geplanter Wettbewerbe und Vorstudien im Bereich Hochbauten der Bildungsdirektion
2.0	7406	- Geringerer Kostenbeitrag an die Pädagogische Hochschule
-5.5	7402	- Höhere IUV-Beiträge (Interkantonale Universitätsvereinbarung) für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
-15.2	7407	- Höhere FHV-Beiträge (Fachhochschulvereinbarung) an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
-45.3	7501	- Bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime führten Bundes- und Verwaltungsgerichtsentscheide zu Rückstellungsbedarf bzw. zu einer Budgetüberschreitung in der Leistungsgruppe Nr. 7501
-110.0	7406	- Gegenposition zu den Grundbeiträgen an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die Zürcher Hochschule der Künste (s. oben)
-139.5	7401	- Gegenposition zu den Grundbeiträgen des Bundes an die Universität (s. oben)
1.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-129.2			
- Zürich, Universität Irchel 5, 1. Ausbautetappe	-18.5	191.5	32.8	158.7
- Uster, Kantonsschule Uster und Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	-10.7	113.5	22.4	91.1
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtsanierung Altbau mit Erweiterung	-8.4	73.0	12.1	60.9
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	-0.6	54.4	5.0	49.4
- Zürich, Allg. Berufsschule, «Bildungsmeile» Sanierung Schultrakt Sihlquai 87	-12.4	28.3	18.9	9.3
- Zürich, Universität, IMM Neubau Diagnostik, Gloriastrasse 28	-7.0	19.5	9.2	10.3
- Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Massnahmenpaket Instandsetzung Gesamtanlage (Projektierungskredit)	-2.3	3.2	2.9	0.3
- Übrige	-69.3			

Bemerkungen

Für weitere Informationen zur Investitionsrechnung siehe insbesondere Leistungsgruppe Nr. 7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14 613.4	15 891.0	15 293.2	-597.8	-3.8
Δ abs.	LG	Begründungen			
-597.8		Abweichungen total B16 zu R16			
-19.3	7306	- Kleinerer Personalbestand bei der Berufsbildung aufgrund tieferer Anzahl Lernender als prognostiziert			
-33.6	7301	- Geringerer Personalbestand bei den Mittelschulen aufgrund tieferer Anzahl Schülerinnen und Schüler als geplant			
-545.1	7200	- Der mit der Kantonalisierung von Lehrpersonen mit Kleinstpensen erwartete Anstieg auf das Schuljahr 2015/16 ist geringer als erwartet			
0.2		- Übrige Abweichungen			

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-39593	-40418	-39540	878	2.2
7100 Lehrmittelverlag	-4150	-4141	-4406	-265	-6.4
7200 Volksschulen	-213729	-226700	-216312	10388	4.6
7301 Mittelschulen	-263960	-271462	-264263	7199	2.7
7306 Berufsbildung	-230230	-234286	-216326	17960	7.7
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-50930	-52178	-50428	1750	3.4
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	-13356	-13644	-13252	392	2.9
Total	-815948	-842829	-804527		

Bemerkungen

7050, Diese Leistungsgruppen werden durch Personal in Ämtern und Abteilungen der Bildungsverwaltung administriert, 7401, weshalb in diesen Leistungsgruppen keine Beschäftigten ausgewiesen werden.

7402,
7406,
7407,
7930
7200 Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2015 rund 1439,9 Mio. Franken und im Budget 2016 1597,5 Mio. Franken bzw. in der Rechnung 2016 1535,2 Mio. Franken.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	386	254	132	167	219
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7100 Lehrmittelverlag	44	22	22	39	5
7200 Volksschulen	16483	13015	3468	4360	12123
7301 Mittelschulen	3049	1613	1436	689	2360
7306 Berufsbildung	3076	1405	1671	599	2477
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0

Bildungsdirektion
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

7402	Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7407	Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501	Kinder- und Jugendhilfe	792	665	127	115	677
7502	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	161	124	37	24	137
7930	Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
	Total	23991	17098	6893	5993	17998

Bemerkungen

7050, Diese Leistungsgruppen werden durch Personal in Ämtern und Abteilungen der Bildungsverwaltung administriert,
7401, weshalb in diesen Leistungsgruppen keine Beschäftigten ausgewiesen werden.
7402,
7406,
7407,
7930

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
274/2012	Internationales Hochschulzentrum für Fianzen und Bankenwissenschaften mit Standort Zürich (Postulat Hans- Peter Portmann, Thalwil, Arnold Suter, Kilchberg, und Dieter Kläy, Winterthur)	Vorlage 5273 vom 11.05.2016	22.09.2014
45/2015	Laufbahnberatung und Berufswahlprozess auch im Gymnasium (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Sabine Weettstein- Studer, Uster, und Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen)	Vorlage 5310 vom 07.09.2016	29.06.2015

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
25/2015	Lehrkräfte in zweiter Landessprache stärken (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Andreas Erdin, Wetzikon, und Rochus Burtscher, Dietikon)	27.04.2015
43/2015	Bürokratieabbau in der Volksschule (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Jörg Kündig, Gossau, und Katharina Kull-Benz, Zollikon)	29.06.2015
287/2013	Förderung der Berufsmaturität (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Werner Scherrer, Bülach, und Ralf Margreiter, Zürich)	21.09.2015
144/2015	Jokertage für alle (Einzelinitiative Beat Brunner, Zürich)	26.10.2015
85/2014	Sprachen- und Kulturaustausch in der Schweiz für alle (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Jacqueline Peter, Zürich, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen)	16.11.2015
172/2014	Anschlussquote in der beruflichen Grundbildung bis 2020 auf 95% erhöhen (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Andreas Daurù, Winterthur, und Susanna Rusca Speck, Zürich)	16.11.2015
44/2015	Reduktion Angebot Berufsvorbereitungsjahre (Postulat Olivier Hofmann, Hausen am Albis, und Dieter Kläy, Winterthur)	13.06.2016
46/2015	Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitung/Rektorinnen und Rektoren auf der Sekundarstufe II (Postulat Sabine Wettstein-Studer, Uster, Dieter Kläy, Winterthur, und Peter Vollenweider, Stäfa)	13.06.2016
158/2016	Moratorium für die Einführung des Lehrplans 21 (Einzelinitiative Katrin Meier, Zürich)	29.08.2016
67/2015	Überprüfung Organisation der Sonderpädagogik der Volksschule bezüglich Aufwand und Ertrag sowie Nachhaltigkeit des schulischen Erfolgs (Postulat Anita Borer, Uster, und Christoph Ziegler, Elgg)	19.09.2016

7000 Bildungsverwaltung

Im Berichtsjahr gab es einen Wechsel an der Spitze des Volksschulamtes. Der Regierungsrat ernannte auf den 1. Juni Marion Völger zur neuen Chefin des Volksschulamtes.

Im Auftrag der Bildungsdirektion wurde von der Pädagogischen Hochschule Thurgau und dem Marie Meierhofer-Institut für das Kind ein Fachkonzept frühe Sprachbildung erstellt. Das Konzept dient als fachliche Grundlage für die Entwicklung von Massnahmen zur Unterstützung der Sprachbildung von Kindern bis vier Jahre. Zum strategischen Ziel, den Übergang in den Kindergarten gut zu gestalten, wurde am 1. Juni eine zweite Veranstaltung für die am Übergang beteiligten Erwachsenen – Eltern, Betreuungspersonen im Vorschul- und Schulbereich, Kindergartenlehrpersonen, Schulleitungen und Schulpflegen – erfolgreich durchgeführt. Aufgrund der posi-

ven Rückmeldungen soll ein weiterer Anlass stattfinden.

Im Oktober wurde der Schlussbericht der externen Evaluation des Projektes «Lerngelegenheiten für Kinder bis 4» der Fachhochschule St. Gallen, Institut für Soziale Arbeit, vorgelegt. Die Evaluation zeigt, dass die Resonanz des Projektes im Feld der frühen Kindheit positiv ist.

Mit Ende des Schuljahres 2015/16 hat die Fachstelle für Schulbeurteilung den zweiten Evaluationszyklus bei allen Primar- und Sekundarschulen abgeschlossen. Der bilanzierende Vergleich mit dem ersten Evaluationszyklus zeigt, dass die Zürcher Volksschulen die grössten Fortschritte in den Bereichen individuelle Lernbegleitung, Zusammenarbeit mit den Eltern sowie Beurteilung der Schülerleistungen gemacht haben.

Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A2 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zu Handen von Regierungs- und Kantonsrat.
- A3 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A4 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, sowie weitere beitragsberechtigende Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten	A1, A3	5	4	6	2	50.0
L2	Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen	A1, A3	3	6	6	0	0.0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (inkl.9690/9600/9710/9720/9740)	A1	18	18	18	0	0.0
L4	Anzahl strategische Projekte	A1, A3	7	13	13	0	0.0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU)	A5	14 613	15 891	15 293.4	-597.6	-3.8
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	7	5	9	4	80.0
L7	Anzahl eingegangene Rekurse	A5	205	230	192	-38	-16.5
L8	Anzahl erledigte Rekurse	A5	208	240	233	-7	-2.9
L9	Anzahl eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	29	41	32	-9	-22.0
L10	Anzahl erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	35	42	34	-8	-19.0
L11	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	36	39	38	-1	-2.6
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	A5	1.96	2.01	1.94	-0.1	
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden in %	A1	6.8	6.6	6.7	0.1	

Bemerkungen

- L1 Statistik der Lernenden (SdL), Statistik des Schulpersonals (SSP), Statistik der Bildungsabschlüsse (SBA), Erhebung zur Schul- und Berufswahl (SOS/SBW), Zusätzlich im Vergleich mit dem Budget: Erhebung zu den Berufsvorbereitungsjahren (BVJ) sowie Erhebung der Probezeitergebnisse an Mittelschulen (PZ)
- L2 Lernstand 12 (Ende Sek II), Standardisierte Ehemaligenbefragung Maturanden (SEB MS), Standardisierte Abschlussklassenbefragung Berufsfachschulen (SAB BFS), PISA 2018 (Beitrag an nationale Erhebung), PISA 2015 (Beitrag an nationale Erhebung), Überprüfen des Erreichens der Grundkompetenzen (EDK ÜGK)

- L4 Mit der Überarbeitung des KEF 2016 wurde die Zählweise für strategische Projekte auf den finanziellen Schwellenwert von 20 Mio. Franken angepasst, bei welchem Projekte auf den Leistungsgruppenblättern verpflichtend individuell aufgeführt werden. Bei den Projekten handelt es sich um Bauprojekte.
- L5 Geringerer Beschäftigungsumfang als geplant in den Bereichen Volksschule, Mittel- und Berufsschulen (siehe Leistungsgruppen 7200, 7301 und 7306)
- L7 Die Zahl der Eingänge kann nicht beeinflusst werden und unterliegt Schwankungen.
- L10 Weniger Eingänge führen auch zu weniger Erledigungen, denn 95% der Kantonsratsvorstösse sind Anfragen und diese sind innerhalb von drei Monaten zu erledigen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1f Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Die Aktualisierungsarbeiten für Lernlupe (3. bis 6. Klasse) sind abgeschlossen und für Stellwerk (7. bis 9. Klasse) in Arbeit. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen St. Gallen und Zürich im Bereich der Lern-Fördersysteme wird ausgebaut und vertieft (2. Letter of Intent der Regierungsräte vom November 2016; siehe auch Angaben in der Leistungsgruppe Nr. 7200 Volksschulen).

Planmässig 2019

RRZ 2.1g Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen

Schwerpunkte im Berichtsjahr waren die Themen «Sicherheit und Krisenmanagement an Schulen», «Radikalisierung und Extremismus» und «Prävention von Gewalt in jugendlichen Liebesbeziehungen». Dazu wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt.

Planmässig 2019

RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

In der Volksschule werden der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Aufnahmeklassen ausgebaut. Die QUIMS-Schulen (Schulen mit hohen Fremdsprachigenanteilen) intensivierten die Sprachförderung im Kindergarten und im Bereich des Schreibens (siehe auch Angaben in der Leistungsgruppe Nr. 7200 Volksschulen).

Planmässig 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Die Bildungsdirektion sieht hier keine Zuständigkeit.

Verzicht 2019

RRZ 8.2c Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren

Der Innovationspark hat durch die Gründung der Stiftung und die ersten thematischen Entscheide an Fahrt aufgenommen. Die Universität Zürich ist im Stiftungsrat vertreten und bringt ihre Kompetenzen ein. Die Federführung für den Aufbau liegt bei der Stiftung.

Planmässig 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Themen betreffend Eigentümerstrategie, Berichterstattung und Leistungsvereinbarung bezüglich Hochschulen sind in Arbeit.

Planmässig 2019

RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten

Die Arbeiten erfolgen planmässig.

Planmässig 2019

BI 8.1a Inländisches Fachkräftepotential in Kooperation mit Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern).

Die Massnahme betrifft alle Leistungsgruppen der Bildungsdirektion. Umsetzungsschritte sind den Berichterstattungen der einzelnen Leistungsgruppen zu entnehmen.

Planmässig 2019

BI 8.1b Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)

Im Berichtsjahr wurden die Quereinsteiger-Ausbildungen für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich verankert.

Planmässig 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	313.8	310.7	312.5	1.9	0.6

Bildungsdirektion Leistungsgruppe 7000

Bemerkungen B16 zu R16

1.9 Einsatz von befristet Angestellten und Schwankungen bei Stellenbesetzungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.0	15.4	17.8	2.5	16.2
Aufwand	-78.4	-79.6	-79.2	0.4	0.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.9			
Saldo	-63.4	-64.2	-61.3	2.9	4.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.7	-1.7	-0.7	1.0	59.0
Saldo	-0.7	-1.7	-0.7	1.0	59.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.9		Abweichungen total B16 zu R16
2.5	A5	- Mehrertrag aus der Verrechnung von Lotteriegeldansprüchen an die Finanzdirektion (Vorlage 5125), geringerer Ertrag aus der Weiterverrechnung an Gemeinden infolge tieferen Aufwands für die Administration von Kleinstpensen im Volksschulamt; dagegen Mehreinnahmen der Stadt Zürich für Angebote von Schule und Kultur sowie Einnahmen von der Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz
1.2	A1	- Tieferer Personalaufwand infolge Vakanzen und verzögerter Wiederbesetzung im Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Generalsekretariat und Hochschulamt
0.7	A3	- Nicht verwendete Mittel vor allem aufgrund von Verzögerungen bei den Projekten Lehrplan 21, Fokus Starke Lernbeziehungen im Volksschulamt sowie aufgrund wirtschaftlicher Auftragserfüllung
0.3	A5	- Geringerer Abschreibungsaufwand infolge tieferer Informatikinvestitionen
-1.8	A5	- Zahlungen für Projekte aus Mitteln des Lotteriefonds (Vorlage 5125) sowie Mehrbeanspruchung von Kursen für Lehrpersonen der Volksschule an der Pädagogischen Hochschule (Interne Verrechnungen); geringere Verrechnungen Informatik im Mittelschul- und Berufsbildungsamt und im Amt für Jugend und Berufsberatung (LEUnet)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.7	-0.7	1.0	
- Informatikinvestitionen im Amt für Jugend und Berufsberatung und IT Generalsekretariat	-1.7	-0.7	1.0	- Verzögerte Software-Investitionen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
883 000			883 000	0

Gesamtübersicht Lernendenzahlen

	Total 2015 ²	Total 2016	Anzahl	Frauen %	Anzahl	Ausländer/innen %	Anzahl	Öffentliche Schulen %
Vorschulstufe	31 311	31 976	15 460	48.3%	8 904	27.8%	30 129	94.2%
Regelkindergarten	30 247	30 928	15 079	48.8%	8 402	27.2%	29 544	95.5%
Integrierte Sonderschulung	344	365	102	27.9%	123	33.7%	365	100.0%
Separierte Sonderschulung	245	220	51	23.2%	84	38.2%	220	100.0%
Alternativer Kindergarten ³	475	463	228	49.2%	295	63.7%	0	0.0%
Primarstufe	84 960	87 370	42 448	48.6%	23 391	26.8%	82 862	94.8%
Primarschule	79 182	81 558	40 275	49.4%	20 386	25.0%	79 081	97.0%
Integrierte Sonderschulung	1 751	1 779	589	33.1%	743	41.8%	1 779	100.0%
Besondere Klassen ⁴	587	611	229	37.5%	404	66.1%	540	88.4%
Separierte Sonderschulung	1 442	1 470	409	27.8%	593	40.3%	1 462	99.5%
Alternativer Lehrplan ³	1 998	1 952	946	48.5%	1 265	64.8%	0	0.0%
Sekundarstufe I	41 384	41 752	20 343	48.7%	10 177	24.4%	38 125	91.3%
Sekundarschule	30 961	31 293	15 217	48.6%	7 358	23.5%	29 313	93.7%
Integrierte Sonderschulung	569	616	213	34.6%	266	43.2%	616	100.0%
Besondere Klassen ⁴	376	535	166	31.0%	430	80.4%	413	77.2%
Separierte Sonderschulung	916	941	312	33.2%	322	34.2%	915	97.2%
Gymnasien	7 316	7 081	3 825	54.0%	1 037	14.6%	6 688	94.4%
Übrige Mittelschulen ⁵	165	180	76	42.2%	21	11.7%	180	100.0%
Alternativer Lehrplan ³	1 081	1 106	534	48.3%	743	67.2%	0	0.0%
Sekundarstufe II	59 901	59 660	28 044	47.0%	10 952	18.4%	53 348	89.4%
Brückenangebote	2 245	2 244	1 095	48.8%	889	39.6%	2 031	90.5%
Gymnasien	9 189	9 291	5 194	55.9%	1 181	12.7%	8 289	89.2%
Übrige Mittelschulen ⁶	1 411	1 444	868	60.1%	143	9.9%	1 274	88.2%
Berufslehren ⁷ (inkl. BMS I)	43 424	42 985	19 049	44.3%	7 677	17.9%	39 849	92.7%
Anlehren	238	181	70	38.7%	56	30.9%	179	98.9%
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 036	2 068	1 067	51.6%	182	8.8%	1 508	72.9%
Sonderschulen	194	218	84	38.5%	73	33.5%	218	100.0%
Alternativer Lehrplan ³	1 164	1 229	617	50.2%	751	61.1%	0	0.0%
Tertiärstufe	67 228	67 588	36 196	53.6%	10 934	16.2%	56 958	84.3%
Vorbereitung Berufsprüfung	6 356	5 989	2 469	41.2%	891	14.9%	3 401	56.8%
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 489	1 124	326	29.0%	166	14.8%	605	53.8%
Höhere Fachschule HF	7 199	7 531	3 670	48.7%	1 136	15.1%	4 244	56.4%
Übrige Fachausbildung	4 368	4 167	2 736	65.7%	811	19.5%	1 619	38.9%
Fachhochschulen ⁸	21 751	22 494	12 032	53.5%	2 709	12.0%	20 806	92.5%
Universität ⁹	26 065	26 283	14 963	56.9%	5 221	19.9%	26 283	100.0%
Total	284 784	288 346	142 491	49.4%	64 358	22.3%	261 422	90.7%

¹ Stichtage 15.9.2015 bzw. 15.9.2016

² Die Angaben für 2015 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

³ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z.B. ausländische Schulprogramme, Rudolf Steiner Schulen)

⁴ inkl. Aufnahmeklassen Asyl

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsatest (EBA)

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz)

⁹ Uni Zürich inkl. MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Beim Neubau der 5. Bauetappe des Campus Irchel, der Instandsetzung und des Erweiterungsbaus des Bildungszentrums in Uster, der Instandsetzung und des Erweiterungsbaus des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen sowie beim Ersatzneubau der Kantonsschule Büelrain in Winterthur wurden Spatenstiche durchgeführt und die Ausführung gestartet. Der Richtplans für das Hochschulgebiet wurde dem Kantonsrat zur Bewilligung überwiesen. Die Aufrichte für das Provisorium des Institutes für Medizinische Mikrobiologie an der Gloriastrasse 28 hat stattgefunden, der Holzmodulbau wird im April 2017 in Betrieb gehen. Der Regierungsrat hat unter anderem Kredite für die Instandsetzung des Parkhauses Irchel, Instandsetzungsmassnahmen der Gebäudetechnik der Bauetappe 1 Irchel sowie die Instandsetzung des Verwaltungsgebäudes am Hirschengraben 48 beschlossen.

Die Projektierung für das Laborgebäude der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil ist in Bearbeitung. Die Projekte im Sulzer-Areal Winterthur sind auf Kurs. Die Gesamtsanierung der Museumsflächen und der Gebäudetechnik im Museum für Gestaltung wurde vorange-
 trieben.

Der Kantonsrat hat der Gründung der neuen Kantonsschule in Uetikon am See zugestimmt. Der Regierungsrat hat auf dieser Grundlage der Errichtung des Schulraumprovisoriums auf dem kantonseigenen Grundstück in Uetikon am See zugestimmt. Der Projektwettbewerb für die Erweiterung der Kantonsschule Limmattal wurde ausgeschrieben. Zudem wurde der Projektierungskredit für die Instandsetzung des grossen Spezialtrakts der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon bewilligt.

Die Gebietsplanung der «Bildungsmeile» zur Konsolidierung der Berufsfachschulen im Stadtzürcher Kreis 5 wurde abgeschlossen. Die Vorbereitungen für den Wettbewerb auf dem Entwicklungssperimeter im Bereich Hafnerstrasse/Limmatstrasse haben begonnen. Bereits fortgeschritten ist die Instandsetzung des Schulgebäudes am Sihiquai 87. Zudem hat der Regierungsrat der Umsetzung der Instandsetzung der Berufsschule Mode und Gestaltung an der Ackerstrasse 30 zugestimmt. Schliesslich wurde dem Kantonsrat die Bewilligung des Objektkredits für die Anmietung und den Ausbau der Liegenschaft Schellerstrasse in Wetzikon vorgelegt.

Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat, vertreten durch die Abteilung Finanzen und Bauten, nimmt die Investoreninteressen wahr, übt das finanzielle Controlling aus und unterstützt die strategische Steuerung der Hochbauinvestitionen für die Universität, die Zürcher Fachhochschule, bestehend aus Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogische Hochschule Zürich. Ferner gehören die Hochbauten der Mittelschulen, der Berufsschulen, Kinder- und Jugendhilfe sowie dem Zentrum für Gehör und Sprache dazu.
- A2 Optimierung der Investitionspolitik, insbesondere optimale Mittelallokation auf die Hochbauprojekte
- A3 Führen der Anlagenbuchhaltung im Hochbau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte >20 Mio. Franken	A1	2	1	1	0	0.0
L2	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte >1 Mio. Franken	A1	10	10	14	4	40.0
L3	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte <1 Mio. Franken	A1	92	70	70	0	0.0
L4	Anzahl im Jahr abgerechneter Projekte (Kreditabweichungen)	A2	91	90	111	21	23.3
W1	Ausnutzungsgrad der Budgets (verwendete Mittel zu verfügbare Mittel)	A2	56	80	67	-13	

Bemerkungen

L1, L2, Die Anzahl bewilligter Projekte liegt insgesamt im Planrahmen.

L3

L4 Abbau von pendenten Kreditabweichungen im Bereich Mittel- und Berufsschulen

W1 Abweichung des Budgetausnutzungsgrades infolge Terminverzügen, Änderungen in der Projektabwicklung, Projektüberarbeitungen, rascheren Projektabwicklungen und Projektabschlüssen unter Budget (Details siehe Investitionsrechnung)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

7050 2a Aufbau eines MIS - Management Information System für Hochbauinvestitionen in der Bildungsdirektion

Der Aufbau eines neuen Management-Informationssystems ist im Hinblick auf die absehbare Einführung des Mietermodells nicht zweckmässig.

Verzichtet 2018

7050 2b Erarbeiten und Umsetzen von Standards im Hochbauinvestitionsbereich in der Bildungsdirektion

Die Standards werden im Hinblick auf das neue Mietermodells definiert.

Sistiert 2016

7050 2c Aufbau eines Projektcontrollingsystems für Hochbauinvestitionen in der Bildungsdirektion

Der Aufbau eines Projektcontrollingsystems für die Hochbauinvestitionen wird wieder aufgenommen, sobald die Ausformulierung der Weiterentwicklung des kantonalen Immobilienmanagements bekannt ist.

Sistiert 2018

Personal

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Personal (Beschäftigungsumfang)

Bemerkungen B16 zu R16

Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Kosten für die Administrationstätigkeit durch das Generalsekretariat (Abteilung Finanzen und Bauten) der Bildungsdirektion sind in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	175.2	167.0	165.6	-1.4	-0.8
Aufwand	-178.5	-171.2	-166.9	4.3	2.5
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.7			
Saldo	-3.3	-4.2	-1.3	2.9	69.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	4.7	7.7	13.7	6.0	77.7
Ausgaben	-73.7	-172.8	-124.8	48.0	27.8
Saldo	-69.0	-165.1	-111.1	54.0	32.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.9		Abweichungen total B16 zu R16
2.1	A1, A2	- Verschiebung geplanter Wettbewerbe und Vorstudien
0.8	A1, A2	- Aus der Neuerfassung von Grundstücken im Auftrag des Immobilienamts erfolgt eine erfolgswirksame Aufwertung.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-165.1	-111.1	54.0	
- Zürich, Universität Irchel 5, 1. Ausbaustufe (Vorprojekt 1.5 Mio.)	-21.2	-18.5	2.7	- Minderausgaben aufgrund Abbruch Ausschreibung (Kostententwicklung) mit entsprechendem Terminverzug

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7050

- Zürich, Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtsanierung und Erweiterung	-1.0	0.0	1.0	- Minderausgaben aufgrund Projektüberarbeitung mit entsprechendem Terminverzug
- Uster, Kantonsschule Uster + Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	-15.0	-10.7	4.3	- Projektumsetzung auf Kurs, Minderausgaben aufgrund von Vergabeerfolgen und Verschiebungen innerhalb des Ausführungsprojektes
- Zürich, Universität, Pauschale für Kleinprojekte und Berufungen (Freibetragsprojekte)	-7.0	-8.9	-1.9	- Mehrausgaben im Bereich Kleinprojekte
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtsanierung Altbau mit Erweiterung	-12.0	-8.4	3.6	- Projektumsetzung auf Kurs, Minderausgaben aufgrund von Vergabeerfolgen und Verschiebungen innerhalb des Ausführungsprojektes
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	-3.0	-0.6	2.4	- Projektumsetzung auf Kurs, Minderausgaben aufgrund von Vergabeerfolgen und leicht verzögertem Baustart
- Zürich, Universität, Pauschale für Instandsetzungen (Freibetragsprojekte)	-2.8	-2.6	0.2	- Ausnützung Budget für Instandsetzungen
- Zürich, Universität, Irchel, UZI 1 und 2, stabilisierende Massnahmen	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund von Terminverzug
- Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Massnahmenpaket Instandsetzung Gesamtanlage	-0.7	-2.3	-1.6	- Mehrausgaben im Planjahr aufgrund rascherer Projektentwicklung und ausgedehntem Perimeter
- Zürich, Allg. Berufsschule, "Bildungsmeile" Sanierung Schultrakt Sihlquai 87	-10.0	-12.4	-2.4	- Mehrausgaben im Planjahr aufgrund Projektabschluss
- Wädenswil, ZHAW, Neubau Reidbach, Gebäude B	-0.7	-0.3	0.4	- Projekt gestoppt aufgrund von Strategieüberprüfung
- Zürich, Universität, IMM Neubau Diagnostik Gloriosastrasse 28	-9.0	-7.0	2.0	- Projektumsetzung auf Kurs, Minderausgaben aufgrund von Verschiebungen innerhalb des Ausführungsprojektes
- Wädenswil, ZHAW, Umsetzung Entwicklung Dep. N Grüntal Wädenswil	-0.5	-0.0	0.5	- Projekt initialisiert
- Übrige Projekte	-89.4	-53.1	36.3	- Verschiebungen infolge von Terminverzügen, Änderungen in der Projektabwicklung, Projektüberarbeitungen, rascheren Projektabwicklungen und Projektabschlüssen unter Budget im Bereich Mittelschulen, Berufsbildung, Universität und Fachhochschule, im Besonderen in den folgend aufgeführten Projekten:

- Mittelschulen				- +2.2 Mio. Kantonsschule Rychenberg: Instandsetzung und Aufstockung Mensa; +4.0 Kantonsschulen Freudenberg und Enge: behindertengerechte Erschliessung; +0.9 Kantonsschule Hohe Promenade: Instandsetzung Fenster
- Berufsbildung				- +0.9 Mio. Bildungszentrum für Erwachsene: Erdbebenertüchtigung; +2.6 Berufsbildungsschule Winterthur: Aufstockung Turnhallen Rennweg; +1.0 Berufsschulen allgemein: Erneuerung Basisinfrastruktur
- Universität				- +2.0 Mio. Universität, Kollegiengebäude 2: stabilisierende Massnahmen, +0.9 Universität: Labor Strickhof YLB
- Fachhochschule				- +1.0 Mio. Pädagogische Hochschule Zürich, +6.4 Museum für Gestaltung: Gesamtanierung Museum
- Zentrum für Gehör und Sprache				- +1.75 Mio. Zentrum für Gehör und Sprache: Verzögerung Anpassung 2. Obergeschoss
- Zürcher Hochschule der Künste, Zürich, Gesamtanierung Museum	3.0	0.2	-2.8	- Mindereinnahmen aufgrund von Projektverschiebung und tieferen beitragsberechtigten Kosten
- Zürcher Hochschule der Künste, Zürich, Toni-Areal	4.0	6.1	2.1	- Mehreinnahmen aufgrund von Zahlungsverchiebungen im Berichtsjahr
- Universität, Irchel Bauetappe 5	0.0	4.8	4.8	- Mehreinnahmen aufgrund erster Teilzahlung vom Bund
- Universität, Institut für Medizinische Mikrobiologie (IMM) Neubau Diagnostik Provisorium	0.0	0.8	0.8	- Mehreinnahmen aufgrund erster Teilzahlung vom Bund
- Weitere Einnahmen	0.7	1.8	1.1	- Mehreinnahmen aufgrund von Projektabschlüssen und Schlussrechnungen vom Bund sowie Beiträge Gebäudeprogramm und Einmalzahlung Vermieter
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7100 Lehrmittelverlag

In einer konsolidierten Beurteilung stellte der Bildungsrat am 24. Oktober des Berichtsjahres fest, dass sich das Lehrmittelangebot für alle Fachbereiche im Hinblick auf den Lehrplan 21 nach wie vor positiv entwickelt.

Für die Abwicklung der Lizenzvergaben beim Vertrieb digitaler Medien führte der Lehrmittelverlag Zürich eine digitale Lizenzplattform ein.

Im Berichtsjahr konnte der Lehrmittelverlag drei Auszeichnungen

für seine neuen Mathematik-Lehrmittel entgegennehmen: Comenius EduMedia Siegel und Worlddidac Award für Mathematik 1–3 Sekundarstufe I; Worlddidac Award für Mathematik 4–6 Primarschule.

Der Kantonsrat beschloss am 11. April die Zustimmung zur Umwandlung des Lehrmittelverlags in eine Aktiengesellschaft. Geplant ist der operative Start am 1. Januar 2019.

Aufgaben

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, welche einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.
- A2 Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) in Fr. Mio.	A1, A2	11.7	13.8	11.7	-2.1	-15.2
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung) in Fr. Mio.	A1	10.4	8.8	12.1	3.3	37.5
B1	Ertrag pro Mitarbeitenden in Fr.	A1, A2	586 821	575 651	588 494	12 843	2.2
B2	Saldo pro Mitarbeitenden in Fr.	A1, A2	38 252	126 904	9 265	-117 639	-92.7
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundenschaftsbefragung in %	A1, A2		95	94	-1	
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundenschaftsbefragung in %	A1, A2		95	95	0	
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale in %	A1	75	75	78	3	
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale in %	A1	91	90	93	3	
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich in %	A1	66	70	58	-12	

Bemerkungen

- L1 Rückgang geplanter Umsatz bedingt durch Sparmassnahmen in den Gemeinden
- L2 Höherer Umsatz als geplant (+0,4 Mio. Franken) und Zunahme der aktivierten Lehrmittel in Arbeit (+2,9 Mio. Franken) mehrheitlich bezogen auf den Lehrplan 21
- W5 Reduktion von Obligatorien im interkantonalen Lehrmittelsortiment sowie Sparmassnahmen bei den Kunden
- B2 Reduktion des Gewinns pro Mitarbeiter und Mitarbeiterin infolge deutlich höheren Aufwandes und Umsatzrückganges

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 2.1b Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln		
Die Umsetzung wird auf die Einführung LP21 im Kanton Zürich abgestimmt.	Planmässig	2019
7100 2a Lehrmittelverlag Zürich als Aktiengesellschaft im öffentlichen Besitz etablieren.		
Der operative Start per 1.1.2019 geplant.	Verzögert	2018
7100 2c Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen.		
Die Massnahme wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton und dem Lehrmittelverlag St. Gallen umgesetzt.	Planmässig	2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	37.7	39.4	40.5	1.1	2.7

Bemerkungen B16 zu R16

1.1 Befristete projektbezogene Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	22.0	22.7	23.8	1.2	5.1
Aufwand	-20.6	-17.7	-23.5	-5.8	-32.7
Saldo	1.5	5.0	0.4	-4.6	-92.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-1.0	-0.2	0.8	77.6
Saldo	-0.1	-1.0	-0.2	0.8	77.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.6		Abweichungen total B16 zu R16
2.9	RRZ 2.1b	- Zunahme der aktivierten Lehrmittel in Arbeit mehrheitlich bezogen auf den Lehrplan 21
-1.7	A1	- Rückgang geplanter Umsatz bedingt durch Sparmassnahmen in den Kantonen und Gemeinden
-5.8	RRZ 2.1b	- Erhöhter Aufwand für Lehrmittelkonzepte und Digitalisierung von Lehrmitteln
0.0		- Übrige Abweichungen

7200 Volksschulen

Die Einführung von Tagesschulen soll auf freiwilliger Basis ermöglicht und gefördert werden. Die Rahmenbedingungen dazu werden im Volksschulgesetz geschaffen. Zum Gesetzesentwurf wurde im Frühjahr des Berichtsjahres eine Vernehmlassung durchgeführt. Der Gesetzesentwurf ist vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet worden. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen wurden Unterstützungsmaterialien für die Gemeinden erarbeitet (Leitfaden, Arbeitsinstrumente, Vorlagen, Checklisten, weiterführende Informationen).

Leistungsschwächere wie auch begabtere Schülerinnen und Schüler in Deutsch und Mathematik werden im Rahmen des Projektes ALLE (Aktive Lernzeit und Lernerfolg für alle) gezielt gefördert, damit sie möglichst gut auf den Übertritt in die berufliche Grundbildung und weiterführende Schulen vorbereitet sind. Praxisnahe Weiterbildungen und Unterrichtsmittel unterstützen die Lehrpersonen bei der Umsetzung.

In 50 Schulgemeinden wurden von 2013 bis 2016 Monitorings zur Sonderschulung durchgeführt. Die Beratungsgespräche mit einer Analyse und Handlungsempfehlungen des Volksschulamtes verliefen sehr konstruktiv und halfen den Schulgemeinden bei Bedarf geeignete Massnahmenpläne zu entwickeln. Da die meisten Massnahmen Neuzuweisungen betreffen, wird sich die volle Wirkung der Monitoringgespräche erst in den nächsten Jahren entfalten.

Die Versorgungsplanung im Sonderschulbereich konnte für die Pilotphase 2014/15 bis 2016/17 erfolgreich umgesetzt werden. Pro Versorgungsregion wurden in Sitzungen mit Sonderschulen und zuweisenden Stellen Angebote und Aufnahmen koordiniert, damit möglichst für alle Schülerinnen und Schüler mit ausgewiesenem Bedarf an separierter Sonderschulung eine Lösung gefunden werden konnte. Aufgrund dieser Erfahrungen konnte die Planung für die Periode 2017/18 bis 2019/20 optimiert werden.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülern/Volksschülerinnen (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen/Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	28 652	29 507	29 519	12	0.0
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	78 006	79 825	79 985	160	0.2
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	29 814	29 781	29 980	199	0.7
L4	Anteil unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen	A2	2 661	2 162	2 704	542	25.1
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	2 749	2 916	2 783	-133	-4.6
L6	Anzahl Volksschüler/innen, entspricht L1-L3	A1	136 471	139 113	139 484	371	0.3
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.6	19.4	19.6	0.2	1.0
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0	0.0
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.7	20.7	20.8	0.1	0.5
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.06	0.06	0.06	0	0.0
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.3	18.8	18.4	-0.4	-2.1
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0	0.0
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. Sonderschüler/in) in Fr.	A1	10 551	11 600	11 006	-594	-5.1
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. Sonderschüler/in) in Fr. (mit Berücksichtigung der Rück-erstattungen der Gemeinden)	A1, A2	2 903	2 948	2 825	-123	-4.2
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, %	A1	91.5	90.8	91.9	1.1	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, %	A1	96.2	94.8	95.5	0.7	
W3	Anteil aller Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total aller Volksschüler/innen einschliesslich Sonderschüler/innen, %	A2	3.9	3.5	3.9	0.4	
W4	Anteil der in die Regelschule integrierten Sonderschüler/innen am Total aller Sonderschüler/innen mit Sonderschulstatus, %	A2	49.2	43	49.3	6.3	

Bemerkungen

- L4 Nach den mit den Gemeinden mit überhöhter Sonderschulungsquote durchgeführten Monitorings wurde eine Abnahme der Zahl der integrierten Sonderschülerinnen und -schüler erwartet. Es zeigt sich aber, dass die Wirkung der erarbeiteten Massnahmepläne der Gemeinden erst verzögert eintritt.
- L5 Den Gemeinden gelang es, die Tragfähigkeit der Regelschule zu stärken und mehr Schülerinnen und Schüler als prognostiziert aus der separierten Sonderschulung zu integrieren.
- B1 Die Schülerentwicklung und die Vorverschiebung des Schuleintritts beeinflussen - wie im Rechnungsjahr 2015 - die durchschnittliche Klassengrösse, da die Bildung neuer Klassen nicht immer sinnvoll ist.
- B3 Die Schülerentwicklung und Vorverschiebung des Schuleintritts beeinflussen nun auch die Primarstufe.
- B5 Die durchschnittliche Klassengrösse verändert sich weniger als erwartet, nimmt aber im Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 leicht zu.
- B7 Die Erfassung des Bruttolohnes für die Berechnung dieses Indikators wurde korrigiert. Nach ursprünglicher Erfassung wäre der Wert Fr. 11 147. Der Wert ist trotzdem tiefer als erwartet, begründet durch die geringere Anzahl Kantonalisierungen von Lehrpersonen mit Kleinstpensen und tieferen Löhnen, insbesondere bei den Schulleitungen (Rotation).
- B8 Der tiefe Wert begründet sich durch den tieferen Personalaufwand, durch grössere einmalige Effekte (siehe Abweichungsbegründungen zur Erfolgsrechnung) und erste positive Resultate aus der Leistungsüberprüfung 2016.
- W2 Die Lehrstellensituation ist weiterhin gut, sodass Anschlussmöglichkeiten im Berufsfeld gegeben sind. Der im Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 tiefere Wert begründet sich durch eine präzisere Erhebung.
- W3 Die Sonderschulquote sinkt weniger rasch als erwartet (siehe auch Abweichungsbegründungen L4 und L5). Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 hat sie sich stabilisiert.
- W4 Der Anteil integrierter Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulstatus hat stärker zugenommen als erwartet und ist auch im Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 leicht höher (siehe auch L4 und L5).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1a Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen

Die Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21 von April bis September des Berichtsjahres bestätigt die Inhalte des Lehrplans. Es zeichnet sich ab, dass der Bildungsrat den neuen Lehrplan im Frühling 2017 mit einer breit abgestützten Lektionentafel verabschieden kann. Die Inkraftsetzung ist auf der Kindergartenstufe und auf der Primarstufe bis 5. Klasse im Schuljahr 2018/19 vorgesehen, in der 6. Klasse der Primarstufe und auf der Sekundarstufe I im Schuljahr 2019/20. Im Dezember fanden vier Kickoff-Veranstaltungen für Behörden und Schulleitungen statt. Ab Schuljahr 2017/18 stehen Weiterbildungsangebote zur Vergütung, die in Kooperation mit den Verbänden des Schulfeldes erarbeitet wurden.

Planmässig 2019

RRZ 2.1c Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen

Die angestrebten Unterstützungsmaterialien (Leitfaden, Arbeitsinstrumente, Vorlagen, Checklisten, weiterführende Informationen) sind erstellt.

Planmässig 2019

RRZ 2.1d Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben

Im Schuljahr 2016/17 setzen 160 Klassen mit rund 3300 Schülerinnen und Schülern den Schulversuch um. Aus Sicht der Bildungsdirektion und gestützt auf Zwischenergebnissen der externen Evaluation bewegt sich der Schulversuch in strukturell-personeller und in unterrichtlicher Hinsicht insgesamt in die gewünschte Richtung.

Planmässig 2019

RRZ 2.1e Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern

Das Pilotprojekt ALLE wird seit Schuljahr 2016/17 umgesetzt und wissenschaftlich evaluiert.

Planmässig 2019

RRZ 5.1d Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten

2013 bis 2016 wurden 50 Monitorings durchgeführt. Der Anstieg der Sonderschulungsquote konnte verlangsamt werden, die Quote separierter Sonderschülerinnen und -schüler nimmt ab. Die volle Wirkung der Massnahmen der Monitoringgespräche wird erst für die nächsten Jahre erwartet.

Planmässig 2019

RRZ 8.1f Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tagesschulen fördern

siehe RRZ 2.1c

Planmässig 2019

BI 2.1a Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben

siehe RRZ 2.1d

Planmässig 2019

BI 5.1a Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

In der Volksschule werden der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Aufnahmeklassen ausgebaut. Die Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger verstärkten die Sprachförderung im Kindergarten und im Bereich des Schreibens. Planmässig 2019

7200 2a Angebotsplanung des Sonderschulbereichs im Kanton Zürich

Die Versorgungsplanung für die Periode 2014/15 bis 2016/17 ist umgesetzt, der Entwurf für die Periode 2017/18 bis 2019/20 befindet sich in der Konsultationsphase. Planmässig 2019

7200 2h Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Die Aktualisierungsarbeiten für Lernlupe (3. bis 6. Klasse) sind abgeschlossen und für Stellwerk (7. bis 9. Klasse) in Arbeit. Eine Betaversion steht den Schulen im Schuljahr 2017/18 kostenlos zur Verfügung. Ab Schuljahr 2018/19 wird die kostenpflichtige Vollversion im Einsatz stehen. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen St. Gallen und Zürich im Bereich der Lern-Fördersysteme wird ausgebaut und vertieft (2. Letter of Intent der Regierungsräte vom November des Berichtsjahres). Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	10 225.2	11 460.0	10 915.0	-545.1	-4.8

Bemerkungen B16 zu R16

- Allg. Der im Zusammenhang mit der Kantonalisierung von Lehrpersonen mit Kleinstpensen auf das Schuljahr 2015/16 erwartete Anstieg des Beschäftigungsumfanges ist geringer als im Budget erwartet. Der Anstieg des Beschäftigungsumfanges im Berichtsjahr im Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 beträgt 690. Dieser begründet sich durch die erwähnte Kantonalisierung von Lehrpersonen mit Kleinstpensen (ca. 450), die Schülerentwicklung (ca. 150), die Vorverschiebung des Schuleintritts (ca. 30) und weitere 60 Stellen für die Erweiterung von Schulleitungen im Zusammenhang mit dem neuen Berufsauftrag, für das Fach Religion und Kultur, die Umsetzung der Gesetzesänderung «100 mehr Vollzeitstellen» und zusätzliche Vikariate.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	22.2	24.0	23.7	-0.3	-1.2
Aufwand	-426.4	-437.4	-425.6	11.8	2.7
- Personalaufwand	-261.5	-273.1	-268.1	5.0	1.8
Saldo	-404.1	-413.4	-401.9	11.5	2.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-8.8	-9.0	-9.0	-0.0	-0.3
Saldo	-8.8	-9.0	-9.0	-0.0	-0.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
11.5		Abweichungen total B16 zu R16
5.0	A1	- Tiefere Bruttolöhne als erwartet
4.1	A2	- Abweichungen zwischen dem von Sonderschulen gemeldeten approximativen Abschluss 2015 und der definitiven Schlusszahlung im Berichtsjahr
2.8	A2	- Rückforderungen aus Überschüssen bei der pauschalen Leistungsabgeltung im Rahmen des Projekts «Neues Finanzierungsmodell für Sonderschulen»
2.3	A1, A2	- Geringere Personalleistungen für BVK-Sanierungsbeiträge
1.5	A2	- Wirkung erster Massnahmen aus der Leistungsüberprüfung 2016 (Restriktives Ressourcenmanagement bei den Sonderschulen)
-2.6	A1	- Höhere Kosten für die Schulung von Kindern von Asylsuchenden
-2.7	A1	- Debitorenverlust aufgrund eines Vergleichs in einem Rechtsfall betreffend Staatsbeiträgen aus dem Jahr 2007 mit den Städten Winterthur und Zürich
1.1		- Übrige Abweichungen

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr stand insbesondere die kantonale Umsetzung der Empfehlungen der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz zu ihrem Projekt «Langfristige Sicherung des allgemeinen Hochschulzugangs» im Fokus. Dazu gehören die Teilprojekte «Basale fachliche Studierkompetenzen in Erstsprache und Mathematik», «Gemeinsames Prüfen» sowie «Studien- und Berufswahl». Am Übertritt von der Volksschule ins Gymnasium wurden Massnahmen für eine bessere

Abstimmung der beiden Schulstufen erarbeitet. Der Regierungsrat hat Änderungen in den Reglementen für die Aufnahme an die Mittelschulen mit Anschluss an die zweite Klasse der Sekundarstufe beschlossen. Der Bildungsrat nahm ein Vorprojekt zur Verbesserung des Übertrittsverfahrens an die verschiedenen Maturitätstypen (Berufsmaturität, Fachmaturität, gymnasiale Maturität) zur Kenntnis.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die 'Passerelle' zur Hochschule

Bemerkungen

- A5 Der Vorbereitungskurs soll ab Schuljahr 2018/19 auch für Absolventinnen und Absolventen der Fachmaturität geöffnet werden.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor	A1	1.95	1.95	1.95	0	0.0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	16 319	16 530	16 444	-86	-0.5
L3	Anzahl Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	15 655	15 870	15 785	-85	-0.5
L4	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur	A1	390	420	411	-9	-2.1
B1	Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	A1, A2, A3	21 880	21 960	21 930	-30	-0.1
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher zufrieden' in %.	A1		85	91.6	6.6	
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher gut' in %.	A1		75	72.7	-2.3	
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in %	A1	22.4	22	23.5	1.5	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung in %	A1, A2		19.3			

Bemerkungen

- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II Allgemeinbildung geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an, die eine Mittelschule abgeschlossen haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Er konnte für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.
- L1 Lektionenfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeit.

- L2, L3 Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 13,8 Mio. Franken.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 15 124, Fachmittelschulen 689, Handels-/Informatikmittelschulen 631.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Der Kantonsrat hat am 19. September der Errichtung einer neuen Kantonsschule in Uetikon am See zugestimmt. Die Spatenstiche für den Neubau der Kantonsschule Uster und den Ersatz- und Ergänzungsbau der Kantonsschule Bülrain in Winterthur sind erfolgt.

Stand bis
Planmässig 2019

RRZ 2.2e Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern

Zur Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs mit gymnasialer Maturität hat die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) am 17. März 2016 Empfehlungen an die Kantone gerichtet; namentlich im Bereich der basalen fachlichen Studierkompetenzen, des Gemeinsamen Prüfens an Maturitätsprüfungen, der Studien- und Berufswahl sowie der Zusammenarbeit zwischen Mittel- und Hochschulen. In allen vier Bereichen sind Arbeiten im Gange: Der Bildungsrat hat im Berichtsjahr ein Rahmenkonzept zur Studien- und Berufswahl an Zürcher Mittelschulen und ein Rahmenkonzept zum Gemeinsamen Prüfen an Maturitätsprüfungen an Zürcher Mittelschulen erlassen.

Planmässig 2019

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Am 27. Mai 2013 hat der Bildungsrat ein Rahmenkonzept zur Förderung von Naturwissenschaften und Technik erlassen. Die Mittelschulen haben im Berichtsjahr ihre schulspezifischen Massnahmen zur Förderung von Naturwissenschaften und Technik weiter umgesetzt. Der Bildungsrat hat am 7. März zudem ein Rahmenkonzept zur Studien- und Berufswahl erlassen.

Planmässig 2019

BI 2.3a Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen

Der Kantonsrat hat am 19. September der Errichtung einer neuen Kantonsschule am rechten Ufer des Zürichsees, in Uetikon am See, zugestimmt. Am linken Ufer des Zürichsees ist die Standortevaluation für eine neue Kantonsschule weit fortgeschritten. Der Umzug der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene und der Kantonale Berufsschule für Weiterbildung (EB) Zürich in die Militärkaserne wurde vom Regierungsrat (RRB Nr. 975/2016) beschlossen. Die Spatenstiche für den Neubau der Kantonsschule Uster und den Ersatz- und Ergänzungsbau des Kantonsschule Bülrain Winterthur sind erfolgt.

Planmässig 2019

BI 8.1f Die Fachmaturitäten und die Handelsschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Am 9. November hat der Bundesrat beschlossen, die für Berufsmaturandinnen und -maturanden bestehenden Vorbereitungskurse und Ergänzungsprüfung zu den universitären Hochschulen auch für Fachmaturandinnen und -maturanden zu öffnen. Für die Handelsmittelschulen wurde im Berichtsjahr das eidgenössische Anerkennungsverfahren mit Berufsmaturität beantragt.

Planmässig 2019

BI 8.1g Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)

Am 2. Dezember konnte zwischen der Universität Zürich und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt eine Zusammenarbeitsvereinbarung für die Ausbildung von Lehrpersonen für Maturitätsschulen unterzeichnet werden.

Geplant 2019

7301 2a Stärkung der Zürcher Matura durch qualitätsfördernde Massnahmen zur Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs

vgl. RRZ 2.2e

Planmässig 2019

7301 2b Inhaltliche und strukturelle Massnahmen zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an Gymnasien

vgl. RRZ 8.1d.

Planmässig 2019

7301 2c Verbesserung der Berufs- und Studienwahlberatung an Gymnasien

Der Bildungsrat hat am 7. März ein kantonales Rahmenkonzept zur Studien- und Berufswahl an den Zürcher Mittelschulen erlassen.

Planmässig 2019

7301 2d Zusätzliche Mittel für Betrieb und Infrastruktur bereitgestellt, um Schülerwachstum zu bewältigen

vgl. RRZ 2.1h und BI 2.3a

Planmässig 2019

7301 2e Governance an Kantonsschulen etabliert

Im Berichtsjahr wurden Richtlinien zur Finanzierung von kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen vorbereitet, Richtlinien zur Anwendung des Stundenkontos und zur Gewährung von Zusatzleistungen und Entlastungen von Schulleitungen und Lehrpersonen sowie Richtlinien zur Informationsverwaltung erlassen. In ausgewählten Bereichen wurden Rahmenverträge für Beschaffungsgüter abgeschlossen.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 877.5	1 914.0	1 880.4	-33.6	-1.8

Bemerkungen B16 zu R16

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Kleinerer Personalbestand aufgrund tieferer Anzahl Schülerinnen oder Schüler als prognostiziert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	54.3	53.2	55.2	2.1	3.9
Aufwand	-411.4	-416.2	-415.8	0.3	0.1
- Personalaufwand	-316.5	-323.9	-317.2	6.7	2.1
- Hauswirtschaftskurse	-5.6	-6.4	-6.0	0.4	6.7
Saldo	-357.1	-363.0	-360.6	2.4	0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.4	-2.0	-1.2	0.8	39.7
Saldo	-0.4	-2.0	-1.2	0.8	39.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.4		Abweichungen total B16 zu R16
2.3	A1	- Minderaufwand wegen Budgetunterschreitungen einzelner Schulen
1.9	A1	- Minderausgaben aufgrund tieferer Anzahl Beschäftigter, Schülerinnen oder Schüler als prognostiziert
0.4	A1	- Minderaufwand für Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen
-2.4	A1	- Mehraufwand für Liegenschaften (Abschreibungen, Zinsen, Unterhalt)
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
6 988 556	0	0	6 988 556	0

7306 Berufsbildung

Die Anzahl neuer Lehrverträge lag im Berichtsjahr erneut über 12 000. Zur Verbesserung der Erfolgsquote des Qualifikationsverfahrens wurden mit Organisationen der Arbeitswelt Massnahmen eingeleitet. Der Regierungsrat hat die Bildungsdirektion am 26. Oktober ermächtigt, eine Vernehmlassung zu einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) vom 14. Januar 2008 durchzuführen. In der Höheren Berufsbildung wurde die Umstellung der kantonalen Anbietersubventionierung auf eine natio-

nale Subjektfinanzierung der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen vorbereitet. In der allgemeinen Weiterbildung wurden die Finanzierungspauschalen reduziert und der Antrag zur Aufhebung der Finanzierung an Drittanbieter dem Kantonsrat überwiesen. Mit der Einführung einer zentralen Datenhaltung über neun Kantone und das Fürstentum Liechtenstein wurde die Informatik in der Berufsbildung weiterentwickelt.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an Höheren Fachschulen
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, Höhere Berufsbildung)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	2 150	2 020	1 988	-32	-1.6
L2	Anzahl Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	43 120	43 390	42 730	-660	-1.5
L3	davon (L2) Fachmann / Fachfrau Gesundheit (EFZ)	A1	1 874	1 930	1 986	56	2.9
L4	davon (L2) Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung)	A1	298	340	313		
L5	davon (L2) Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen	A1	613	620	631	11	1.8
L6	Anzahl Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	6 028	6 200	5 946	-254	-4.1
L7	Anzahl durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15 522	16 140	15 715	-425	-2.6
L8	Anzahl Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2 379	2 520	2 298	-222	-8.8
L9	Anzahl Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen	A2	196	195	192	-3	-1.5
L10	Anzahl Studierende / Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	11 828	12 870	11 861	-1 009	-7.8
L11	davon (L10) Höhere Fachschulen alle Bereiche	A2	6 303	6 170	6 625	455	7.4
L12	davon (L11) Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich	A2	1 553	1 770	1 698	-72	-4.1
L13	davon (L10) Vorbereitungskurse auf Höhere Fachprüfungen	A2	1 162	1 300	1 101	-199	-15.3
L14	davon (L10) Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen	A2	4 364	5 400	4 134	-1 266	-23.4
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/r in der schulischen Grundbildung in Fr.	A1	8 737	8 700	8 330	-370	-4.3
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen in Fr.	A1	185	185	187	2	1.1
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidat/in Schlussprüfung in Fr.	A3	1 548	1 640	1 568	-72	-4.4

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung in Fr.	A2					
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität) in %	A1		52			
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität in %	A1		15.6			
W3	Total der gesamten Abschlussquote (inkl. Allgemeinbildung) in %	A1		87			

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Teilnehmenden konnte wie prognostiziert reduziert werden. Hilfreich war der entspannte Lehrstellenmarkt.
- L2 Der Indikator liegt rund 1,5% unter Budget. Der Rückgang insbesondere bei den kaufmännischen und technischen Berufen wird nur teilweise durch die Zunahme im Bereich Gesundheit und Soziales kompensiert.
- L7 Die 15 715 Abschlussprüfungen umfassen 13 060 von Lernenden im Kanton Zürich, 2 601 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 54 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.
- L10, L11, L12, L13 Diese Indikatoren zeigen den Umfang der Teilnahme an den vom Bund anerkannten Bildungsgängen der höheren Berufsbildung. Durch die Neuregelung der Finanzierung der höheren Berufsbildung sind im Berichtsjahr erneut zusätzliche subventionsberechtigte Institutionen und somit zusätzliche Studierende dazugekommen. Das Wachstum der Anzahl Studierende hat jedoch nicht im prognostizierten Ausmass stattgefunden. Während sich die Anzahl Studierende im Bereich der höheren Fachschulen deutlich erhöht hat, stagnierte die Anzahl Studierende bei den Vorbereitungskursen.
- B1 Einmaleffekte reduzieren den Aufwand in der Grundbildung (vgl. Kommentar zur Erfolgsrechnung).
- B4 Die statistische Grundlage für die Erfassung des Nettoaufwands für die Weiterbildung ist in Erarbeitung. Es liegen noch keine verwertbaren Angaben vor. Der Indikator wird erstmals im Geschäftsbericht 2017 ausgewiesen werden.
- W1, W2, W3 Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an. Diese Indikatoren werden vom Bundesamt für Statistik erhoben. Diese Indikatoren konnten für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Der Regierungsrat hat die «Regionalstrategie Berufsbildungsmeile, Stadt Zürich» (RRB Nr. 376/2013) genehmigt. Die Umsetzung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II verläuft planmässig.

Planmässig 2019

RRZ 5.1f Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen

2016 wurden die berufsvorbereitenden Angebote für diese Zielgruppe definiert. Noch offen ist, welche Unterstützungsmassnahmen im Rahmen des Regelbetriebs angeboten werden sollen.

Planmässig 2019

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Zum Thema Nach- und Höherqualifizierung siehe RRZ 8.1e.

Planmässig 2019

RRZ 8.1e Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren

Die Berufsberatung und die Lehrpersonen der Sekundarstufe I haben ihre Bemühungen verstärkt, Jugendliche auf die Berufsmaturität aufmerksam zu machen. Die Arbeitgeberverbände und die Organisationen der Arbeitswelt bekennen sich zur Berufsmaturität. Alternative Ausbildungsmodelle, wie zum Beispiel modularer, blockweiser Unterricht und flexibler Eintritt während des ersten Ausbildungssemesters, sind in Prüfung. Mit Unterstützung des Berufsbildungsfonds konnte die Talentförderung ausgebaut werden.

Planmässig 2019

BI 8.1c Die Fachmaturitäten und die Handelsschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr beschlossen, dass Inhaberinnen und Inhaber einer Fachmaturität neu die einjährige Passerelle absolvieren dürfen, um dadurch den allgemeinen Hochschulzugang zu erhalten. Die erste Aufnahme in die Passerelle an der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene ist im August 2017 möglich.

Planmässig 2019

BI 8.1d Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden.

Voraussetzung für eine Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen sind vom Bund erlassene Grundlagen. Diese sind für Abschlüsse aus dem EU-/EFTA-Raum vorhanden, nicht aber für Abschlüsse aus Drittstaaten. Zurzeit prüft die Bildungsdirektion gemeinsam mit Branchenverbänden, ob andere Formen der Zulassung möglich und machbar wären.

Planmässig 2019

BI 8.1e Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken.

Im Rahmen des vom Bund unterstützten Projekts «Nach- und Höherqualifizierung» soll die Attraktivität der Nach- und Höherqualifizierung gesteigert werden, auch für bildungsferne Personen. Dazu wird die Beratung in den Berufsinformationszentren verstärkt, das Vorgehen vereinfacht und die Verständlichkeit des Ablaufs verbessert. Zusätzlich soll es möglich sein, die vorhandenen verschiedenen Wege miteinander zu verbinden.

Planmässig 2019

7306 2b Ausbildungsmöglichkeiten und Fördermassnahmen für schulisch schwächere Jugendliche verbessert

2015 wurde das Rahmenkonzept der Bildungsdirektion «Beratung-Förderung-Begleitung für Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen im Kanton Zürich» in Kraft gesetzt. Zurzeit werden die Schulkonzepte an den einzelnen Berufsfachschulen erarbeitet.

Planmässig 2019

7306 2d Talentförderung in der beruflichen Grundbildung verstärkt (z.B. Fremdsprache, Bilingualer Unterricht, Berufsmeisterschaften)

An der Konferenz Berufsbildung 2016 wurden Empfehlungen zur Stärkung der Fremdsprachenkompetenz und zur Weiterentwicklung des bilingualen Unterrichts verabschiedet.

Planmässig 2019

7306 2e Governance an staatlichen Berufsfachschulen etabliert

Im Berichtsjahr wurden Richtlinien zur Finanzierung von kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen und zur Gewährung von Zusatzleistungen und Entlastungen von Schulleitungen vorbereitet sowie Richtlinien zur Anwendung des Stundenkontos von Lehrpersonen und zur Informationsverwaltung erlassen. In ausgewählten Bereichen wurden Rahmenverträge für Beschaffungsgüter abgeschlossen.

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 586.6	1 591.0	1 571.8	-19.3	-1.2

Bemerkungen B16 zu R16

Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Kleinerer Personalbestand aufgrund tieferer Anzahl Lernender als prognostiziert.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	227.9	235.1	224.1	-11.0	-4.7
Aufwand	-599.3	-607.3	-574.8	32.5	5.4
- Eigene Beiträge	-201.5	-205.5	-194.0	11.5	5.6
Saldo	-371.4	-372.2	-350.7	21.5	5.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-6.7	-14.1	-2.9	11.2	79.7
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.7			
Saldo	-6.7	-14.1	-2.9	11.2	79.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
21.5		Abweichungen total B16 zu R16
16.2	A1	- Einmalig tiefere Kosten infolge Auflösung von nicht beanspruchten Rückstellungen
7.2	A1	- Einmalig tiefere Beiträge für ausserkantonale Lernende und Studierende aufgrund einer Umstellung auf einen periodengerechten, leistungsbezogenen Ausweis dieser Beiträge
-1.9	A1	- Die Umstellung der Finanzierung der höheren Berufsbildung und der damit beabsichtigten Stärkung dieser Bildungsgänge führte zu höheren Ausgaben bei den Staatsbeiträgen (-10,4). Diese konnten aber innerhalb der Leistungsgruppe Berufsbildung weitgehend kompensiert werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7306

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-14.1	-2.9	11.2	
- Investitionen	-14.1	-2.9	11.2	- Minderausgaben mehrheitlich wegen Verzögerungen bei Investitionen für Mobilien, Informatik und Staatsbeiträge
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 000 000		0	1 000 000	0

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Der Universitätsrat ist gemäss Universitätsgesetz das oberste Organ der Universität Zürich (UZH). Mit der Neuausrichtung des Immobilienmanagements der Universität sollen seine Kompetenzen in Immobilienfragen gestärkt werden. Der Regierungsrat wählte vor diesem Hintergrund Markus Graf als zusätzliches achttes Mitglied des Universitätsrates. Der Universitätsrat wählte für die Amtsdauer 2016/2018 die Prorektorin bzw. die Prorektorin. Prof. Gabriele Siegert, ordentliche Professorin für Publizistikwissenschaft mit Schwerpunkt Medienökonomie, nimmt neu als Prorektorin Geistes- und Sozialwissenschaften Einsitz in die Universitätsleitung. Mit dem 2015 gestarteten Systemwechsel im Lehrauftragswesen werden Lehrleistungen neu im Rahmen einer Anstellung erbracht. Für externe Lehrpersonen (ohne sonstige Anstellung an der Universität Zürich) erfolgt die Umsetzung im Herbstsemester 2017. Es handelt sich dabei um rund 2000 Personen, die künftig – in der Regel mit Kleinstpensen –

nach schweizerischem Obligationenrecht angestellt werden. Der Universitätsrat beschloss die betreffenden Anpassungen in Universitätsverordnung und Personalverordnung. Letzteres wurde vom Regierungsrat im November des Berichtsjahres genehmigt.

Im Zuge des Abschlusses des Projekts Universitäre Medizin Zürich (UMZH) wurden die erforderlichen Umsetzungsarbeiten fortgesetzt. Mit der Einführung der Funktion einer Direktorin oder eines Direktors Universitäre Medizin als Mitglied der Universitätsleitung voraussichtlich per 2018 steht die Anpassung von Governance-Strukturen der Universitätsleitung und der Medizinischen Fakultät im Vordergrund. Der Universitätsrat beschloss vor diesem Hintergrund unter anderem die Aufteilung des Prorektorats Medizin und Naturwissenschaften in ein Prorektorat Medizin und ein Prorektorat Veterinärmedizin-Naturwissenschaften.

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung den Anteil der Bildungsdirektion des Kantons Zürich (Kostenbeitrag) an der Finanzierung der Universität Zürich (UZH).
- A2 Die Erfolgsrechnung enthält zudem die Grundbeiträge des Bundes nach Universitätsförderungsgesetz (UFG; durchlaufender Betrag, saldoneutral) sowie weitere Finanzposten.
- A3 Die UZH vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A4 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A5 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Bemerkungen

- A2 Die durchlaufenden Beiträge des Bundes wurden für das Berichtsjahr noch budgetiert, sind aber gemäss Abstimmung mit dem kantonalen Rechnungswesen ab der Rechnung 2016 nicht mehr in der Leistungsgruppe 7401, sondern nur noch in der Leistungsgruppen der Universität selbst (9600 UZH) zu verbuchen, vgl. auch unten Bemerkungen zur Erfolgsrechnung betreffend durchlaufende Beiträge Bund.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %.
L4 Anzahl Studierende gesamt,	A3	25 358	25 715	25 542	-173	-0.7
L5 - Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A3		13 952	13 466	-486	-3.5
L6 - Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A3		6 166	6 142	-24	-0.4
L7 - Anteil Studierende Lizentiat/Diplom/höheres Lehramt	A3		996	643	-353	-35.4
L8 - Anteil Studierende im Doktoratsstudium	A4, A5		4 601	5 291	690	15.0
L3 Anzahl Habilitationen	A4, A5	105	80	93	13	16.3
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in (Fr.)	A1	23 715	23 308	23 079	-229	-1.0
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität in %	A1	43.8	45.4	43.4	-2	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität in %	A1	10.4	10.7	10.6	-0.1	
W4 Anzahl Abschlüsse gesamt,	A3		5 611	5 394	-217	-3.9
W5 - Anteil Bachelorabschlüsse	A3		2 511	2 495	-16	-0.6
W6 - Anteil Masterabschlüsse	A3		2 044	2 007	-37	-1.8
W7 - Anteil Lizentiat/Diplom/höheres Lehramt	A3		279	249	-30	-10.8

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W8 - Anteil Doktorate Medizin/Veterinärmedizin	A3, A4	264	321	233	-88	-27.4
W9 - Anteil Doktorate ohne Medizin/Veterinärmedizin	A4, A5		456	410	-46	-10.1
W3 Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss in %	A3, A5		96	95.4	-0.6	

Bemerkungen

- Allg. Für die Indikatoren L5–L8, W4–W7 und W9 liegen keine Werte für R15 vor, da sie im KEF 2016-2019 neu aufgenommen wurden.
- L3 Weiterhin hohe Attraktivität der Habilitation (Ist- über Planwert)
- L7 Zum Zeitpunkt der Planung des Berichtsjahres ging die Universität von einer höheren Anzahl verbleibenden Lizenzierungsstudierenden aus. Zudem waren bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung weniger Eintritte zu verzeichnen als prognostiziert.
- L8 Weiterhin grosse Nachfrage nach den Doktoratsangeboten der Fakultäten. Das Wachstum der Vorjahre in diesem Bereich wurde übertroffen.
- B1 Unter anderem infolge tieferer Nutzungskosten für die von der Universität belegten Liegenschaften (Minderaufwand mit dem Kostenbeitrag verrechnet) ist der Kostenbeitrag pro Student oder Studentin tiefer als budgetiert und auch tiefer als im Vorjahr. Der Effekt ist einmalig und wird sich nicht auf die Folgejahre auswirken.
- B2 Der Kostenanteil der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität liegt im Bereich des Vorjahres und unter dem für das Berichtsjahr prognostizierten Wert, da seitens der Universität mehr Drittmittel eingeworben werden konnten als budgetiert.
- W8 Angabe ohne Eidgenössische Fachabschlüsse Medizin (315)
- W8, W9 Budgetwerte zu hoch geschätzt, da in der Prognose nicht berücksichtigt wurde, dass im Bologna-Modell die Dissertationen erst frühestens ein Jahr nach Masterabschluss eingereicht werden können (Verzögerungseffekt beim Wechsel auf das Bologna-Modell).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)

Die Universität hat im Berichtsjahr zahlreiche Massnahmen umgesetzt, um Nachwuchskräften eine gute Ausgangslage für ihre weitere akademische Laufbahn zu ermöglichen. Die Universität Zürich hat im Berichtsjahr 6 von 40 neuen Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zugesprochen bekommen. Im Rahmen des universitätsinternen Forschungskredits wurden Projekte von 60 Doktorierenden und 43 Postdoktorierenden gefördert.

Planmässig 2019

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Im Berichtsjahr wurde mit Akteuren der Universität und der Spitaldirektion die Vision und -Strategie für die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) definiert. Um die Zusammenarbeit in der universitären Medizin weiterzuentwickeln, wurde die Einsetzung einer Direktorin oder eines Direktors Universitäre Medizin als Mitglied der Universitätsleitung beschlossen. Weiter wurde die Einberufung eines Koordinationsgremium bestehend aus Vertretungen der Medizinischen Fakultät und der universitären Spitäler beschlossen sowie als strukturelle Grundlage für diese Funktionenschaffung die Aufteilung des Prorektorats Medizin und Naturwissenschaften (MNW) in ein Prorektorat Medizin und ein Prorektorat Veterinärmedizin und Naturwissenschaften (VNW) beschlossen. Der Findungsprozess für eine Prorektorin oder einen Prorektor VNW wurde im Berichtsjahr initiiert.

Planmässig 2019

RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

Die Vorbereitungen zur Schaffung weiterer 72 Studienplätze im Bachelorstudium Humanmedizin im Herbstsemester 2017 sind weiter im Gang. Um die Zahl der Studienplätze im Masterstudium Humanmedizin im Rahmen der Joint Degrees der Universität Zürich mit den Universitäten St. Gallen und Luzern auf Herbstsemester 2020 um 65 auf 365 zu erhöhen, wurden Vertragsverhandlungen geführt.

Planmässig 2019

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Im Berichtsjahr wurde eine neue Fachstelle an der Universität zur Steuerung und Entwicklung des UZH-Immobilienportfolios geschaffen. Es erfolgten Instandsetzungen und Sanierungen an den Standorten der Zahnmedizin und Rechtsmedizin sowie Abschlüsse weiterer Bauprojekte.

Planmässig 2019

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Zur Förderung des Technologietransfers und von Unternehmensgründungen wurden im Berichtsjahr 360 aktive Lizenzen und Portfolios von über 350 Patentfamilien bewirtschaftet. Die Universität ist auf Ende des Berichtsjahres an 27 Spin-offs beteiligt. Im Berichtsjahr wurde der UZH Life Sciences Fund mit 6 Mio. Franken für die Bereitstellung von Gründungskapital für Spin-offs gegründet. Die Universität Zürich nimmt Einsitz im Stiftungsrat des Innovationsparks Zürich. Planmässig 2019

BI 2.2a Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

siehe RRZ 2.2c Planmässig 2019

BI 2.2b In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

siehe RRZ 2.2d Planmässig 2019

BI 2.3b Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Sulzer-Areal Winterthur umsetzen

Die fünfte Bauetappe auf dem Campus Irchel begann im Berichtsjahr. Die Kommission für Planung und Bau des Kantonsrates hiess die städtebaulichen Eckpunkte des künftigen Hochschulquartiers gut. Der Dialog mit der Anwohnerschaft wurde fortgesetzt. Planmässig 2022

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
--	-----	-----	------------	--------	-----

Personal (Beschäftigungsumfang)

Bemerkungen B16 zu R16

Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Kosten für die Administrationstätigkeit durch das Hochschulamt der Bildungsdirektion sind in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	136.1	139.5		-139.5	-100.0
- durchlaufende Grundbeiträge Bund	136.1	139.5		-139.5	-100.0
Aufwand	-745.4	-746.5	-597.8	148.7	19.9
- Kostenbeitrag an Universität	-601.4	-599.4	-589.5	9.9	1.6
- durchlaufende Grundbeiträge Bund	-136.1	-139.5		139.5	100.0
Saldo	-609.3	-607.0	-597.8	9.2	1.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	2.5	2.5		-2.5	-100.0
Ausgaben	-2.5	-2.5		2.5	100.0
Saldo	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
9.2		Abweichungen total B16 zu R16
139.5		- Die im Budget noch eingestellten durchlaufenden Grundbeiträge des Bundes werden ab diesem Berichtsjahr in der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7401 nicht mehr verbucht, sondern direkt an die Universität Zürich weitergeleitet. Dort werden sie als Ertrag vereinnahmt (vgl. Leistungsgruppe Nr. 9600, Beiträge Bund). Diese buchungstechnische Änderung beseitigt die bisherige zweifache Verbuchung desselben Ertrags in der kantonsseitigen Leistungsgruppe Nr 7401 und der institutonsseitigen Leistungsgruppe Nr. 9600. Sie hat zudem eine saldoneutrale Abnahme in Aufwand und Ertrag ab dem Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren zur Folge.
9.9	A1, A3, A4, A5	- Tieferer Kostenbeitrag an die Universität aufgrund tieferer Nutzungskosten (+6,8 Mio. Franken) für die von der Universität belegten kantonalen Liegenschaften und Minderaufwand im Personalbereich (+3,1 Mio. Franken)
-0.7	A1, A3, A4, A5	- Höhere Beiträge für das Personal der Universität zur nachhaltigen Finanzierung der BVK
-139.5		- Aufgrund der Änderung in der Verbuchungspraxis ist der Ertrag aus den durchlaufenden Grundbeiträgen des Bundes ab dem Berichtsjahr in der Leistungsgruppe Nr. 7401 nicht mehr erfasst.
-0.0		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Diese umfasst einerseits Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich (saldoneutrales Durchgangskonto) und andererseits als Aufwandsposition Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende in anderen Kantonen.
- A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.
- A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich	A1		2 100	2 174	74	3.5
L2	Anzahl Ausleihen an der Zentralbibliothek	A2, A3		985 000	940 094	-44 906	-4.6
B1	Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Student/in über Finanzierung IUV	A1		10 127	12 303	2 176	21.5
B2	Anzahl Ausleihen an der ZB pro Vollzeitstelle	A2, A3		5 500	5 205	-295	-5.4
W2	ZB-Webseitenzugriffe	A2, A3		1 500 000	1 453 404	-46 596	-3.1

Bemerkungen

- Allg. Alle Indikatoren wurden im KEF 2016-2019 neu aufgenommen, weshalb für R15 noch keine Werte angegeben sind.
- B1 Höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studierende oder Studierender als für die Budgetkalkulation angenommen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	146.9	148.9	149.0	0.1	0.1
Aufwand	-205.2	-202.4	-207.9	-5.5	-2.7
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-26.3	-21.3	-26.7	-5.5	-25.8
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-29.2	-29.6	-29.5	0.1	0.4
Saldo	-58.3	-53.5	-59.0	-5.4	-10.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.8	-2.1	-2.1	0.0	0.1
Saldo	-1.8	-2.1	-2.1	0.0	0.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.4		Abweichungen total B16 zu R16
0.1	A2	- Tieferer Kostenbeitrag an die Zentralbibliothek aufgrund Budgetbeschluss Kantonsrat betreffend Lohnsumme 2016
-5.5	A1	- Höhere IUV-Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
0.0		- Übrige Abweichungen

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Der Fachhochschulrat ernannte Dr. sc. Techn. ETH Oya Atalay Franck zur neuen Direktorin des Departements Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen und Dr. Daniel Perrin zum neuen Direktor des Departements Angewandte Linguistik an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Überdies verlieh er auf Antrag der Hochschulleitungen Dozierenden den Professorinnen- bzw. Professorentitel der Zürcher Fachhochschule (ZFH).

In Hinblick auf die anstehende institutionelle Akkreditierung der drei Hochschulen nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz legte der Fachhochschulrat (HFKG) den Schwerpunkt auf das Thema Qualitätssicherung an der Zürcher Fachhochschule (ZFH).

Auf Gesuch der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften bewilligte der Fachhochschulrat den Bachelorstu-

diengang International Management der School of Management and Law sowie den Masterstudiengang Environment and Natural Resources des Departements Life Sciences und Facility Management. Ferner befasste sich der Fachhochschulrat mit Änderungen und Neuerlassen von Studien- und Prüfungsordnungen einzelner Hochschulen und genehmigte Weiterbildungs-master (Master of Advanced Studies).

Die Rektorenkonferenz der Zürcher Fachhochschule beschäftigte sich – wie gemäss Fachhochschulgesetz (FaHG) vorgesehen – mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten. Zudem war sie bis zum Vorliegen des Schlussberichts des Projekts zur Revision der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule als Projekt-Lenkungsausschuss tätig.

Aufgaben

- A1 Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung den Anteil der Bildungsdirektion des Kantons Zürich an die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH, bestehend aus den an die staatlichen Hochschulen der ZFH ausgerichteten Kostenbeiträgen und zu einem kleinen Teil (unter 3% der Mittel) aus zentral finanzierten, den Budgets der einzelnen Hochschulen nicht belasteten, Posten.
- A2 Die Erfolgsrechnung enthält zudem die Grundbeiträge des Bundes nach Fachhochschulgesetz (FHSG; durchlaufender Beitrag, saldoneutral).
- A3 Die Hochschulen der ZFH (bestehend aus den drei staatlichen Hochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK, Pädagogische Hochschule Zürich PHZH und der nicht über öffentliche Mittel mitfinanzierten privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich HWZ) bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A4 Die Hochschulen der ZFH betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Bemerkungen

- A2 Die durchlaufenden Beiträge des Bundes wurden für das Berichtsjahr noch budgetiert, sind aber gemäss Abstimmung mit der Finanzdirektion ab der Rechnung 2016 nicht mehr in der Leistungsgruppe 7406, sondern nur noch in den Leistungsgruppen der beitragsempfangenden Hochschulen (9710 und 9720) zu verbuchen, vgl. auch unten Bemerkungen zur Erfolgsrechnung betreffend durchlaufende Beiträge Bund.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1 Anzahl Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt,	A3	17 248	17 610	17 681	71	0.4
L2 - Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A3	14 613	14 775	14 771	-4	-0.0
L3 - Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A3	2 635	2 835	2 910	75	2.6
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A3, A4	21 951	21 934	21 319	-615	-2.8
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der staatlichen Hochschulen der ZFH in %	A3, A4	49.7	50.4	49.2	-1.2	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen in %	A1	9.5	9.1	10.2	1.1	
W1 Total FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH,	A3	4 416	4 860	4 612	-248	-5.1
W2 - Anteil Bachelorstufe	A3	3 689	3 990	3 839	-151	-3.8
W3 - Anteil Masterstufe	A3	727	870	773	-97	-11.1

Bemerkungen

- L1, L2, Die Entwicklung der Studierendenzahl verlief im Total über alle Hochschulen auf der Masterstufe etwas über Budget
L3 und auf der Bachelorstufe wie budgetiert. Im Vergleich zur Rechnung 2015 nahm die Studierendenzahl wiederum um 2.5% zu.
- W1, Im Vergleich zur Rechnung 2015 sind 4,4% mehr Diplomabschlüsse zu verzeichnen, wobei diese Entwicklung insge-
W2, samt langsamer verlaufen ist, als von den Hochschulen prognostiziert.
- W3
- B1, B2 Infolge höherer Studierendenzahl als prognostiziert sowie Rückführung von nachvergüteten Bundesbeiträgen an den Kanton (diese wurden mit dem Kostenbeitrag verrechnet) ist der Kostenbeitrag pro Studentin oder Student tiefer als budgetiert und auch tiefer als im Vorjahr. Der Effekt aus der Nachvergütung ist einmalig und wird sich nicht auf die Folgejahre auswirken.
- B3 Eine kostenneutrale Umgliederung von IT-Kosten vom Nicht-Administrationsbereich in den Bereich Administration in den Kostenrechnungen der ZHAW und ZHdK führt zur Abweichung gegenüber dem Budget.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Beim Sulzer-Areal der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften sind die Projekte auf Abgeschlossen 2019
Kurs. Die Hochschulbibliothek Winterthur (Halle 87) wurde in Betrieb genommen.

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Die Zürcher Fachhochschule beteiligt sich aktiv an einschlägigen Bundesprogrammen. Planmässig 2019

BI 2.3c Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Sulzer-Areal Winterthur umsetzen

Die Umsetzung des Projektes Adeline Favre auf dem Sulzer-Areal läuft. Der Bezug durch die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ist 2020 vorgesehen. Planmässig 2022

7406 2a Ausbau und Festigung der Masterstudiengänge

Die Zürcher Fachhochschule verfügt nun über 30 Masterstudiengänge. Abgeschlossen 2016

7406 2b Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards

Die Entwicklung der Hochschulen der Zürcher Fachhochschule bezieht weiterhin die internationale Entwicklung im jeweiligen Hochschul Umfeld ein und folgt den Akkreditierungsrichtlinien gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG). Planmässig 2022

Personal

R15 B16 R16 Δ abs. Δ %

Personal (Beschäftigungsumfang)

Bemerkungen B16 zu R16

Die Leistungsgruppe weist keine Stellen aus. Die Kosten für die Administrationstätigkeit durch das Hochschulamt der Bildungsdirektion sind in der Leistungsgruppe Bildungsverwaltung (7000) enthalten.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	111.5	110.0		-110.0	-100.0
- durchlaufende Grundbeiträge Bund	111.2	110.0		-110.0	-100.0
Aufwand	-499.4	-512.7	-384.1	128.6	25.1
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-376.6	-383.7	-374.4	9.3	2.4
- durchlaufende Grundbeiträge Bund	-111.2	-110.0		110.0	100.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-9.1			
Saldo	-387.9	-402.7	-384.1	18.6	4.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7406

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
18.6		Abweichungen total B16 zu R16
110.0		- Die im Budget noch eingestellten durchlaufenden Grundbeiträge des Bundes werden ab diesem Berichtsjahr nicht mehr in der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7406 verbucht, sondern direkt an die befragsempfangenden Hochschulen (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und Zürcher Hochschule der Künste) weitergeleitet. Dort werden sie als Ertrag vereinnahmt (vgl. Leistungsgruppen Nr. 9710 und Nr. 9720: Beiträge Bund). Diese buchungstechnische Änderung beseitigt die bisherige zweifache Verbuchung desselben Ertrags in der kantonsseitigen Leistungsgruppe 7406 und der institutionsseitigen Leistungsgruppen. Sie hat zudem eine saldoneutrale Abnahme im Aufwand und Ertrag ab dem Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren zur Folge.
12.0	A1, A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften infolge Minderaufwand aufgrund von noch nicht ausgeführten budgetierten Projekten (im Zusammenhang mit diesen Projektverzögerungen wird ein Begehren auf Kreditübertragungen in das Jahr 2017 gestellt).
2.8	A1, A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die Zürcher Hochschule der Künste aufgrund eines ausserordentlichen Bundesbeitrags im Berichtsjahr: Nachvergütung von Mietbeiträgen an das Toni-Areal für die Jahre 2014 und 2015 führt zu einem Überschuss in der Infrastrukturrechnung der Zürcher Hochschule der Künste (Leistungsgruppe Nr. 9720) von +2,8 Mio. Franken.
2.0	A1, A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die Pädagogische Hochschule: Antrag Gewinnverwendung der Pädagogischen Hochschule in der Leistungsgruppe Nr. 9740 in der Höhe von 3 Mio. Franken für im KEF 2017-2020 nicht eingestellte Projektaufwendungen ab 2017. Die restlichen 2 Mio. Franken des Überschusses der Pädagogischen Hochschule von 5 Mio. Franken werden an den Kanton zurückgeführt.
1.6	A1, A3, A4	- Tiefere Kostenbeiträge an die staatlichen Hochschulen der Zürcher Fachhochschule aufgrund Minderaufwand im Personalbereich (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften +0.8 Mio., Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogische Hochschule je +0,4 Mio.) - Herleitung Differenz B16 zu R16 in den Kostenbeiträgen an die staatlichen Teilschulen: budgetierte Mittel des Kantons Zürich an die Fachhochschulen einschliesslich Kreditübertragungen aus 2015: -392,8 (= -383,7 -9,1) Mio. Franken. Aus den oben aufgeführten Änderungen im Kostenbeitrag von insgesamt +18,4 Mio. Franken gegenüber Budget ergibt sich der oben in der Erfolgsrechnung für R16 ausgewiesene Kostenbeitrag von insgesamt -374,4 Mio. Franken an die Zürcher Fachhochschulen.
-110.0		- Aufgrund der Änderung in der Verbuchungspraxis ist der Ertrag aus den durchlaufenden Grundbeiträgen des Bundes ab dem Berichtsjahr in der Leistungsgruppe Nr. 7406 nicht mehr erfasst.
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
4 000 000	0	0	4 000 000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört.
- A2 Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und Pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordatshochschulen	A1, A2		4 250	4 497	247	5.8
B1	Beitrag des Kantons Zürich pro Student/in über Finanzierung FHV und Finanzierungsbeteiligung Konkordatshochschulen	A1, A2		10 980	13 617	2 637	24.0

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren wurden im KEF 2016-2019 neu aufgenommen, weshalb für R15 noch keine Werte verfügbar sind.
- B1 Höherer durchschnittlicher FHV-Beitrag pro Studierende/r als für die Budgetkalkulation angenommen

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15 B16 **R16** Δ abs. Δ %

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag						
Aufwand		-58.6	-46.7	-61.2	-14.6	-31.2
Saldo		-58.6	-46.7	-61.2	-14.6	-31.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-14.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.6	A1	- Tieferer Beitrag an die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, davon 0,3 Mio. als einmaliger Effekt aufgrund einer aktiven Rechnungsabgrenzung
-15.2	A2	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Der Entwurf für ein neues Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) wurde in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) vorberaten. Währenddessen kamen das Verwaltungs- und das Bundesgericht zum Schluss, Eltern seien gestützt auf das bisherige Jugendheimgesetz nicht zur Zahlung der Versorger-taxen verpflichtet. Die Urteile haben zur Folge, dass der Kanton entgegen langjähriger Praxis die Unterbringungskosten in beitragsberechtigten Jugendheimen alleine tragen muss. In der Folge schlug der Regierungsrat eine Änderung des geltenden Jugendheimgesetzes vor, die der Kantonsrat am 23. Januar 2017 beschloss.

In den 14 kantonalen Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj)

setzte sich der Trend der letzten Jahre fort, wonach die KESB- und Gerichtsmandate zunehmen. Im Gegenzug ist eine Abnahme der Beratungen im Auftrag der Eltern zu verzeichnen. An allen Standorten wurden während des Berichtsjahres interne Fachaudits durchgeführt.

Das Amt für Jugend und Berufsberatung hat in den letzten Jahren den Aufbau der Bildungslandschaften Dübendorf, Oberglatt und Oetwil am See unterstützt. Es sind tragfähige Netzwerke von schulischen und ausserschulischen Akteuren entstanden, die mit ihren Angeboten Kindern den Start in die Schule erleichtern. Alle drei Gemeinden führen ihre Bildungslandschaft nach Projektabschluss eigenständig weiter.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A6 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Heimen
- A7 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L11 Anzahl Kinder und Jugendliche mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1		6 600	6 579	-21	-0.3
L12 Anzahl Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2		4 000	4 329	329	8.2
L13 Anzahl Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3		15 400	13 839	-1 561	-10.1
L14 Anzahl Fälle Alimentenhilfe	A4		7 000	6 670	-330	-4.7
L15 Anzahl finanzierter sonderpädagogischer Massnahmen	A5		3 600	3 716	116	3.2
L16 Anzahl mitfinanzierte Heimplätze	A6		900	918	18	2.0
L17 Anzahl unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungstufe Sek II	A7		3 000	2 710	-290	-9.7
L18 Anzahl unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungstufe Tertiär	A7		1 600	1 319	-281	-17.6
B11 Kosten pro Kind / Jugendliche(r) mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr	A1		2 545	2 665	120	4.7
B12 Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr	A2		1 250	977	-273	-21.8
B13 Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr	A3		49	381	332	677.6
B14 Kosten sonderpädagogischer Massnahmen pro Kind und Jahr	A5		6 424	6 500	76	1.2
B15 Beiträge pro mitfinanziertem Heimplatz	A6		43 000	91 950	48 950	113.8
B16 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungstufe Sek II	A7		7 350	8 381	1 031	14.0
B17 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungstufe Tertiär	A7		8 200	10 552	2 352	28.7
B18 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen in Tagen	A7		70	124	54	77.1
W11 Anteil der Neugeborenen mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung; in Prozent)	A3		95	95	0	
W12 Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste; in Prozent)	A4		45	45	0	

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren wurden vollumfänglich neu aufgebaut und werden für das Berichtsjahr erstmals entsprechend ermittelt.
- L11, Die Anzahl der Mandate fiel im erwarteten Rahmen aus. Die zeitaufwendigere Bearbeitung und Betreuung verursachte
B11 etwas höhere Kosten.
- L12, Die Erziehungs- und Familienberatungsaufträge überschritten den Budgetwert. Die zeitliche Beanspruchung für gesetz-
B12 liche Mandate nahm zudem zu und führte in der Folge zu geringeren Durchschnittskosten bei den Beratungsaufträgen.
- L13, Die prognostizierte Zahl der Kinder mit Mütter- und Väterberatung (MVB) wurde nicht erreicht, was unter anderem auf
B13 längere Präsenzzeiten von Hebammen zurückzuführen ist. Die Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung wurden aufgrund eines Übertragungsfehlers im Budget 2016 falsch mit 49 statt 373 ausgewiesen.
- B15 Bei den Heimplätzen führten Bundes- und Verwaltungsgerichtsurteile zu den Versorgertaxen zu einem massiven Kostenanstieg.
- L17, Die Anzahl der unterstützten Personen in Ausbildung (Sek. II/Tertiär) nahm im Jahr 2016 zu, erreichte aber nicht die
L18, prognostizierten Werte. Die durchschnittlichen Stipendienbeträge stiegen aufgrund höherer Anzahl Gesuche und Bei-
B16, tragsberechtigungen an.
- B17
- B18 Die Durchlaufzeit für die Bearbeitung von Stipendien- und Darlehensgesuchen liegt markant über den Erwartungen. Personalengpässe, hohe Gesuchszahlen, Mehraufwand für Auskünfte, Beratungen sowie Abklärungen verhinderten eine Verbesserung der Situation. Massnahmen zur Teilautomatisierung des Prozesses sind in Vorbereitung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1c Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken

Die Erprobung von diversen Elternbildungsangeboten in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendhilfzentren (kjj) ist im Gange. Das Projekt Bildungslandschaften konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Planmässig 2019

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Es wurde in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe mitgearbeitet.

Planmässig 2019

7501 2b Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Versorgungssteuerung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe (neues Kinder- und Jugendheimgesetz / KJG)

Die Ausarbeitung der Verordnung verläuft planmässig.

Planmässig 2018

7501 2c Das Stipendienwesen weiterentwickeln (Umsetzung Stipendienreform)

Die Arbeiten an der neuen Stipendienverordnung wurden gestartet.

Planmässig 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	461.0	461.5	460.2	-1.3	-0.3

Bemerkungen B16 zu R16

-1.3 Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl schwankt aufgrund von Personalmutationen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	79.7	79.7	80.2	0.5	0.7
- Durchlaufende Beiträge	10.2	10.2	10.0	-0.2	-1.9
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	8.8	8.4	9.0	0.7	8.2
Aufwand	-215.1	-224.0	-266.1	-42.1	-18.8
- Eigene Beiträge	-83.6	-88.3	-133.7	-45.4	-51.4
- Durchlaufende Beiträge	-10.2	-10.2	-10.0	0.2	1.9
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-8.7	-8.4	-9.1	-0.7	-8.4
Saldo	-135.5	-144.3	-185.9	-41.6	-28.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6	1.0	0.7	-0.3	-27.7
Ausgaben	-2.2	-4.7	-2.7	2.0	42.6
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.2			
Saldo	-1.6	-3.7	-2.0	1.7	46.7

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7501

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-41.6		Abweichungen total B16 zu R16
1.9		- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand (Drucksachen, Miete, Anschaffungen/Unterhalt) fiel bei den Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) tiefer als erwartet aus.
1.0		- Budgetunterschreitungen im Personalbereich ergaben sich durch die Anstellung von Mitarbeitenden in Ausbildung sowie geringere Sozialabgaben.
0.8		- Aufwandsreduktionen resultierten aus Lohnrückerstattungen sowie der Auflösung von Lohnrückstellungen.
0.7		- Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu tieferen Beschäftigtenzahlen und Rotationsgewinnen.
0.6	A7	- Höhere Einnahmen ergaben sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
0.3		- Verschiedene Projektverzögerungen führten zu Budgetunterschreitungen beim Sachaufwand.
0.3		- Geringere Investitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand und kalkulatorische Zinsen.
0.2		- Bei den übrigen Erträgen/Rückerstattungen ergab sich eine leichte Budgetüberschreitung.
0.1	A7	- Der Bundesbeitrag an die Stipendienausgaben fiel etwas höher als erwartet aus.
-0.1		- Eine Budgetüberschreitung bei den Stipendienbeiträgen (-1,0) konnte durch Budgetunterschreitungen beim Beitrag an die Stadt Zürich (+0,1) sowie den übrigen Staatsbeiträgen (+0,8) nahezu kompensiert werden.
-0.6	A5	- Mehrkosten ergaben sich bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter.
-1.5		- Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfezentren resultierten geringere Gemeindebeiträge.
-45.3	A6	- Bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime führten Bundes- und Verwaltungsgerichtsent-scheide zu einer Budgetüberschreitung bzw. zu Rückstellungsbedarf.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.7	-2.0	1.7	
- Saldoabweichung	-3.7	-2.0	1.7	- Zeitliche Verzögerungen bei Mobiliar- und Softwarebeschaffungen sowie bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Die sieben Berufsinformationszentren (biz) führten etwa gleich viele Beratungen durch wie im Vorjahr. Die Besucherzahlen der Infotheken nahmen leicht zu. Das Case Management Berufsbildung «Netz2» unterstützte etwas weniger Jugendliche. Gleichzeitig wurden in Berichtsjahr mehr Fälle abgeschlossen.

Das Validierungsverfahren wurde im Rahmen von neu zweiteiligen, obligatorischen Informationsanlässen eingeführt. Die Nachfrage nach einem Einzelcoaching ging dabei um die Hälfte zurück. Insgesamt blieb das Interesse von Erwachsenen hoch, den Berufsabschluss nachzuholen.

Basierend auf dem vom Bildungsrat erlassenen Rahmenkonzept Studien- und Berufswahl an den Mittelschulen hat die Studien- und Laufbahnberatung ihre Angebote angepasst. Dank frühzeitiger, gezielter Unterstützung und einem Studien-

wahlfahrplan soll es in Zukunft zu weniger Wechseln und Abbrüchen des Studiums kommen.

Das Programm Mentoring «Ithaka» feierte sein zehnjähriges Bestehen. Zehn Prozent mehr Jugendliche als im Vorjahr wurden von Mentorinnen und Mentoren in 9334 Stunden Freiwilligenarbeit bei der Lehrstellensuche begleitet. Für fast alle diese Jugendlichen wurde eine Anschlusslösung gefunden, mehr als die Hälfte schaffte den Einstieg in die berufliche Grundbildung.

Die Integras-Angebote für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten wurden überarbeitet. Im Zentrum stehen die Berufswahl, Lehrstellensuche, Anerkennung ausländischer Diplome, Aus- und Weiterbildung. Personen mit Flüchtlingsstatus nutzten die in elf Sprachen angebotenen Sprechstunden häufiger als bisher.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L11	Anzahl beratene Personen im biz	A1		11 000	14 636	3 636	33.1
L12	Anzahl beratene Schüler/Schülerinnen der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden	A1		13 500	13 178	-322	-2.4
L13	Anzahl Seminare und Veranstaltungen	A2		1 200	1 311	111	9.3
B11	Kosten pro beratene Person	A1		680	546	-134	-19.7
B12	Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden	A1		152	127	-25	-16.4
W11	Anteil Schüler/Schülerinnen im 2. Schuljahr der Sekundarschule, die eine Veranstaltung besucht haben (in Prozent)	A2		85	98	13	

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren wurden vollumfänglich neu aufgebaut und werden im Berichtsjahr erstmals entsprechend ermittelt.
- L11, B11 Bei der Anzahl beratener Personen werden die Beratungen der spezialisierten Berufsberatung (Studien- und Laufbahnberatung, Laufbahnberatung Gesundheitsberufe, Validierung, Sportberatung) neu mit einbezogen. Die angepassten Budgetwerte 2016 von 14 000 Beratungen (L11) wurden leicht überschritten (+636), die Kosten von Fr. 619 pro Person (B11) leicht unterschritten (Fr. -73).
- L12, B12 Die etwas tiefere Nachfrage nach Kurzberatungen im Rahmen der Schulhaus-Sprechstunden in den Sekundarschulhäusern ist insbesondere auf geburtenschwächere Jahrgänge zurückzuführen. Die entsprechenden Kosten fielen ebenfalls etwas tiefer aus.
- L13 In den kantonalen biz wurden etwas mehr Seminare und Veranstaltungen durchgeführt. Der Zuwachs ging insbesondere auf die verstärkten Informationsbemühungen zugunsten von Eltern mit Migrationshintergrund (Integras-Angebote) sowie Eltern von Primarschulkindern zurück (Anlässe «Berufswahl in Sicht»). Zudem wurden in einzelnen Berufsfachschulen mehr Klassen über Bildungswege nach der Lehre informiert.
- W11 Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Sekundarschule und Berufsberatung, die auf dem vom Bildungsrat verabschiedeten Rahmenkonzept Sekundarschule-Berufsberatung basiert, konnten 98% der Schülerinnen und Schüler, und somit deutlich mehr als prognostiziert, durch die biz erreicht werden.

Entwicklungsschwerpunkte

7502 2a Entwicklung und Umsetzung Rahmenkonzept für die Unterstützung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler in Fragen der Berufs- und Studienwahl

Das Konzept wurde entwickelt. Die Praxiserprobung von neuen Angeboten für Mittelschülerinnen und Mittelschüler (Workshop Untergymi – wie weiter?) sowie von neuen Studienwahlkanälen (Twitter/Facebook) ist im Gang.

Stand bis

Planmässig 2017

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7502

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	111.6	114.4	112.9	-1.5	-1.3

Bemerkungen B16 zu R16

Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer etwas tieferen Durchschnittszahl der
-1.5 Beschäftigten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.3	16.7	15.9	-0.7	-4.5
Aufwand	-32.9	-35.1	-33.6	1.5	4.3
- Eigene Beiträge	-3.4	-3.7	-3.5	0.2	6.2
Saldo	-17.6	-18.4	-17.7	0.8	4.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		-0.3		0.3	100.0
Saldo		-0.3		0.3	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total B16 zu R16
0.4		- Der Sach- und Betriebsaufwand fiel bei den Berufsinformationszentren (biz) nicht im erwarteten Rahmen an.
0.3		- Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer etwas tieferen Beschäftigtenzahl sowie zu Rotationsgewinnen.
0.3		- Budgetunterschreitungen ergaben sich durch ungeplante Lohnrückerstattungen und geringere Sozialabgaben.
0.2		- Geringere Staatsbeiträge an die Stadt Zürich aufgrund aktualisierter Berechnungsgrundlage sowie an private Organisationen für Projekte und Angebotsentwicklungen.
0.1		- Weniger Abschreibungs- und Zinsaufwand aufgrund sich zeitlich verschiebender Investitionsausgaben.
-0.1		- Die Dienstleistungserträge und Kursgelder fielen etwas tiefer als budgetiert aus.
-0.4		- Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	0.0	0.3	
- Saldoabweichung	-0.3	0.0	0.3	- Geplante Mobilien-Ersatzbeschaffungen bei den biz verzögerten sich.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7930 Berufsbildungsfonds

Die Anzahl beitragspflichtiger Arbeitgeber blieb im Berichtsjahr konstant. 11 200 Betriebe bilden keine Lernenden aus, sondern leisten einen Beitrag an den Fonds. Die von den Familienausgleichskassen erhobenen Fondsbeiträge veränderten sich nicht, daher blieben auch die Leistungen für die überbetrieblichen Kurse und die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie die Kosten für die zentralen und

dezentralen Qualifikationsverfahren gleich. Im Berichtsjahr wurden zusätzlich Gelder für verschiedene Veranstaltungen wie die Berufsmesse Zürich, den Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland und weitere Lehrstellenmärkte ausgerichtet. Die Lehrbetriebsverbände «Gärtner JardinSuisse Zürich» und «secondfloor.education» wurden mit einer Anschubfinanzierung unterstützt.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L2 Durchschnittlich erbrachte Leistung pro lernende Person	A1, A2		567	288	-279	-49.2
B1 Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro lernende Person	A1, A2		21	18	-3	-14.3

Bemerkungen

- L2 Durch die Umstellung auf eine periodengerechte, leistungsbezogene Abgrenzung der Beiträge an die überbetrieblichen Kurse fällt der Ausweis der Zahlung an die Lehrbetriebe einmalig um 8,9 Mio. Franken geringer aus. Dadurch werden die Leistungen im Geschäftsbericht einmalig tiefer ausgewiesen. An der Finanzierung der überbetrieblichen Kurse hat sich jedoch nichts geändert.

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	17.5	13.9	23.7	9.8	70.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	17.5	20.9	17.0	-3.9	-18.6
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	16.8	17.0	16.8	-0.2	-1.4
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.4	3.7		-3.7	-100.0
- Kalkulatorischer Zinsertrag	0.3	0.2	0.3	0.0	8.2
Aufwand	-17.5	-20.9	-17.0	3.9	18.6
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-16.8	-20.2	-10.2	9.9	49.3
- Einlagen in Bestandeskonto		0.0	-6.2	-6.2	0.0
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.7	-0.7	-0.6	0.1	17.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
8.9	A2	- Die Zahlung an die Lehrbetriebe wird durch die Umstellung auf eine periodengerechte, leistungsbezogene Abgrenzung der Beiträge an die überbetrieblichen Kurse einmalig um 8,9 Mio. Franken tiefer ausgewiesen.
1.0	A2	- Die von der Berufsbildungskommission bewilligten Leistungen an die Lehrbetriebe für die Ausbildungsleistung (einmaliger Ausbildungsbeitrag) fielen tiefer aus als budgetiert, da ein Teil der geplanten Beiträgen von den Betrieben nicht beansprucht wurde.
-9.8	A2	- Höhere Einlage auf Bestandeskonto
-0.1		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick	218
Legislaturziele	220
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	220
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	220
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	220
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	221
Finanzierung	222
Übersicht	222
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	222
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	222
Personal- und Lohnstatistik	223
Beschäftigungsumfang	223
Lohnaufwand	223
Anstellungsverhältnisse	223
Parlamentarische Vorstösse	223
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	223
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	224
Leistungsgruppen	225
8000 Generalsekretariat (GS)	225
8100 Hochbauamt (HBA)	227
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	229
8400 Tiefbauamt (TBA)	232
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	235
8510 Altlasten	240
8700 Immobilienamt	241
8710 Liegenschaftenerfolg	245
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	247
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	250
8940 Denkmalpflegefonds	252
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	253
8960 Deponiefonds	254
8970 Kantonaler Waldfonds	255
8980 Wildschadenfonds	256

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologische Funde, Baudenkmäler und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Hochschulgebiet Zürich Zentrum: Mit Beschluss vom 25. Oktober des Berichtsjahres hat die vorberatende Kommission des Kantonsrates einer angepassten Richtplanvorlage zur Entwicklung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum einstimmig zugestimmt. Die Teilrevision 2015 des kantonalen Richtplans hat der Regierungsrat am 29. Juni des Berichtsjahres zur Beratung und Beschlussfassung an den Kantonsrat überwiesen.

Innovationspark: Nachdem das Bundesgericht am 27. April des Berichtsjahres eine Stimmrechtsbeschwerde gegen den Festsetzungsentscheid des Kantonsrates abgewiesen hatte, genehmigte der Bundesrat am 31. August die Teilrevision des kantonalen Richtplans für einen Hubstandort des nationalen Innovationsparks auf dem Flugplatzareal Dübendorf.

Kasernenareal Zürich: Der Regierungsrat hat am 5. Oktober des Berichtsjahres sowohl dem Masterplan Zukunft Kasernenareal Zürich als auch dem öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag zwischen dem Kanton Zürich als Grundeigentümer und der Stadt Zürich als Baurechtsnehmerin unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligungen durch den Kantonsrat zugestimmt.

Chance Uetikon, Gebietsplanung: Im Berichtsjahr konnte die Baudirektion unter engem Einbezug der Bildungsdirektion die Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für eine neue Mittelschule vorantreiben. Die Kaufverhandlungen mit den jeweiligen Grundeigentümern konnten zum Abschluss gebracht werden.

Polizei- und Justizzentrum (PJZ): Das definitive Bauprojekt für das PJZ liegt vor. Es beschreibt im Detail, was die künftigen Nutzer des PJZ bestellt haben und was gebaut wird. Dabei wurden die bis anhin bekannten und abgeglichenen Nutzerbedürfnisse, die definitive Raumbestellung, die integrierten Konzepte, die Betriebsplanung aller Nutzerorganisationen sowie die architektonischen, bautechnischen und baurechtlichen Anforderungen berücksichtigt. Danach erfolgte die Ausführungsplanung, welche die Grundlagen für die Generalunternehmerausschreibung lieferte. Die Submission zur Bestimmung des Generalunternehmers läuft, die Vergabe ist für Anfang 2017 geplant.

Markante Erhöhung der Investitionssumme Hochbau: Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 6. Juli des Berichtsjahres die finanzierbaren Hochbauinvestitionen in der KEF-Periode 2017–2020 auf 2044 Mio. Franken festgelegt. Der Plafond für die planbaren Investitionen wurde sogar auf 2564 Mio. Franken angehoben. Im Hochbauamt nimmt die Planerstärkung deshalb weiterhin stark zu. Es wurden elf Planerwahlverfahren und zwei Wettbewerbe durchgeführt – beispielsweise für den Neubau des Tiefbauamtwerkhofs Bülach.

Die Realisierung von grossen Bauvorhaben wurde gestartet. Es fanden Spatenstiche für den Ersatzneubau im Kantonsspital Winterthur und für den Laborneubau 5. Etappe an der Universität Zürich-Irchel statt.

Sondermülldeponie Kölliken (SMDK): Ende März des Berichtsjahres konnten die anspruchsvollen Sanierungsarbeiten mit dem Rückbau der kontaminierten Grubensohle abgeschlossen werden. Während der ganzen Sanierungsdauer wurden 514 000 Tonnen Abfälle, 105 000 Tonnen Deckschichtmaterial und 45 000 Tonnen Fels aus der Grubensohle entfernt, entsprechend behandelt und gesetzeskonform im In- bzw. Ausland abgelagert.

Vollsperrung Wehntalerstrasse: Vom 14. März bis 21. November des Berichtsjahres musste die Wehntalerstrasse im Abschnitt zwischen der Kreuzung Dorfstrasse in Regensdorf und dem Restaurant Waldhaus Katzensee für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Grund für die Vollsperrung einer der meist befahrenen Kantonsstrassen war die Instandsetzung des 1,5 km langen Abschnitts durch das kantonale Tiefbauamt und das Tiefbauamt der Stadt Zürich. Weiter wurden im Auftrag des Bundesamts für Strassen (ASTRA) im Bereich Gut Katzensee eine Personenunterführung sowie Wildtier- und Wasserdurchlässe gebaut.

Schutz und Erhaltung

Naturschutz-Gesamtkonzept: 20 Jahre nach der Festsetzung und 10 Jahre nach der letzten Bilanz wurde der Zielerreichungsgrad des Naturschutz-Gesamtkonzepts neu beurteilt. Die gesteckten Ziele im Natur- und Landschaftsschutz sind Ende 2015 zur Hälfte erreicht worden. Die Steigerung der Zielerreichung in der Periode 2005–2015 hat sich im Vergleich zur ersten Phase (1995–2005) verlangsamt, was den steigenden Druck auf naturnahe Landschaften widerspiegelt. Insgesamt sind erfreuliche Entwicklungen bei den Flächenzielen und deutliche Defizite bei den Flächenqualitäten festzustellen.

Klimawandel: Der Klimawandel verursacht im Kanton Zürich unter anderem vermehrte Starkniederschläge, zunehmende Gesundheitsbelastungen durch Hitzeperioden und Trockenheitsschäden in der Landwirtschaft. Um einen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten, werden einerseits Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen entwickelt. Andererseits werden Massnahmen zum Umgang mit bestehenden und zunehmenden Klimarisiken erarbeitet. In der ämter- und directionsübergreifenden Zusammenarbeit werden gemeinsame Analysen und Massnahmenvorschläge erarbeitet.

Eigentümerstrategien im Strombereich: Die Eigentümerstrategie aus dem Jahr 2005 wurde grundlegend neu erarbeitet, da sich mit dem eidgenössischen Stromversorgungsgesetz die Verantwortlichkeiten im Strommarkt geändert haben. Mit den neuen Eigentümerstrategien für die Beteiligung an der Axpo Holding AG sowie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) wurden die Ziele des Kantons neu festgesetzt. Die Axpo Holding AG als Stromerzeugerin und Stromhändlerin soll sich erfolgreich im Markt positionieren. Die EKZ sollen insbesondere für sichere Verteilnetze und eine ausreichende Grundversorgung im Kanton sorgen. Mit den Beschlüssen Nrn. 1196/2016 und 1197/2016 hat der Regierungsrat die beiden neuen Eigentümerstrategien festgelegt.

Archäologie: Im Bereich des römischen Vicus in Oberwinter-

thur wurden die zwölfmonatigen archäologischen Untersuchungen an der Lindbergstrasse/Römerstrasse abgeschlossen. Im Zuge des Baus des Hochwasserrückhaltebeckens in Oberwinterthur wurde eine zweite Kampagne von Rettungsgrabungen durchgeführt, mit Befunden aus verschiedenen Epochen. In Pfäffikon konnten in der Baugrube für den Bau von Eigentumswohnungen an der Usterstrasse die Reste von Pfahlbausiedlungen aus der Zeit um 3000 v. Chr. dokumentiert werden. In Winterthur (Tösstalstrasse 2) wurde mit der Rettungsgrabung begonnen, bei der spätmittelalterliche Webkeller und die Stadtmauer untersucht werden.

Denkmalpflege: In Zürich wurde mit der Eröffnung des Erweiterungsbaus eine Etappe der Sanierung des Landesmuseums abgeschlossen, die auch die Instandstellung historischer Gebäudeteile – insbesondere den Kunstgewerbetrakt – betraf. In Erlenbach konnte die Restaurierung der einzigartigen, barocke und romantische Elemente vereinenden Gartenanlage Mariahalde zum Abschluss gebracht werden. Der Kanton Zürich durfte im Juni des Berichtsjahres für die Restaurierung des Menzi-Hauses in Hombrechtikon als Eigentümer den Schweizer Denkmalpreis entgegennehmen. Im Projekt Ergänzung des Denkmäler-Inventars konnte die Erhebung und die Auswahl der Objekte in den meisten Planungsregionen vorangetrieben werden.

Rechtsetzung

Wassergesetz: Die vom Regierungsrat am 28. Januar 2015 verabschiedete Vorlage für ein neues Wassergesetz wurde im Berichtsjahr von den Kommissionen des Kantonsrates für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) sowie für Wirtschaft und Abgaben (WAK; Mitbericht) weiter geprüft. Im Rahmen von rund 20 Kommissionssitzungen wurden im Berichtsjahr zahlreiche Präzisierungen am Gesetzestext vorbereitet, so namentlich in den Bereichen Gewässerraum und Konzessionsland.

Kantonale Geoinformationsverordnung: Als Beitrag zur Umsetzung von Open Government Data wurden mit einer Revision der Kantonalen Geoinformationsverordnung die rechtlichen Grundlagen für eine freie Nutzung der Geodaten optimiert und mit einer Totalrevision der Gebührenverordnung für Geodaten die Basis für eine kostenlose Nutzung geschaffen.

Neue Verfahren und technische Innovation

Elektronische Plattform für Baugesuche: Mit diesem Projekt können Bauherren künftig ihre Baugesuchsunterlagen digital über ein Internetportal einreichen. Im Berichtsjahr wurde ein breit abgestütztes Grobkonzept erarbeitet. Die Anforderungen von Gemeinden, Städten und Bauherren wurden in Workshops ermittelt und in das Konzept übernommen.

Einbau von lärmarmen Belägen: Das kantonale Tiefbauamt testet seit Sommer des Berichtsjahres an drei verschiedenen Orten im Kanton die Eignung lärmarmen Beläge als effektive und wirtschaftliche Lärmsanierungsmassnahme. Lärmarme Beläge als Massnahme an der Quelle sind effizient, da sie den Lärm am Ort der Entstehung reduzieren. Sie verursachen keine Beeinträchtigung des Ortsbildes. Die Wirkung ist flächendeckend spürbar, sowohl in den Gebäuden als auch im Aussenraum und sogar im Innern der Fahrzeuge. Allerdings haben sie gemäss heutigem Entwicklungsstand auch Nachteile. So nimmt der Wirkungsgrad nach einigen Jahren infolge Oberflächenverschmutzung ab. Zudem ist die Lebensdauer rund 50% kürzer als bei herkömmlichen Belägen.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Einführung Mietermodell Immobilien: Im Berichtsjahr genehmigte der Regierungsrat die Ziele, die Projektorganisation, den provisorischen Terminplan und die Kosten der Einführung des Mietermodells im Umfang von 2,45 Mio. Franken. Das Mietermodell soll anfangs 2019 eingeführt werden. In der Zwischenzeit wird zuerst eine auf alle Direktionen abgestützte Projektorganisation aufgebaut. Diese steht unter der Leitung des Regierungsrats und erstellt die notwendigen Umsetzungskonzepte. Der am 1. September des Berichtsjahrs neu eingetretene Amtschef des Immobilienamts, Markus Brönnimann, fungiert gleichzeitig als Projektdelegierter des Projekts, welches künftig unter der Bezeichnung WIM (Weiterentwicklung Immobilienmanagement) vorangetrieben wird.

Kooperation und Projektkultur: Im Berichtsjahr und Vorjahr fanden 20 Workshops zum Thema «Kooperation und Projektkultur» für Vorgesetzte und Projektleitende der Baudirektion statt. Um die Kulturveränderung nachhaltig zu gestalten, wurde die Weiterführung und Verankerung der «Kooperation und Projektkultur» verabschiedet und Massnahmen definiert. Das Projekt wird in Form von ämter-spezifischen Massnahmen 2017 fortgesetzt.

Berufsbildung: Massnahmen zur Steigerung der Lehrstellenattraktivität und zur Erhöhung der Anzahl Lehrstellen wurden verabschiedet. Gestartet wurde die Umsetzung unter anderem mit der Bildung einer Arbeitsgruppe sowie mit dem Entscheid, den Lehrberuf Mediamatiker in der Baudirektion ab Sommer 2017 einzuführen.

Legislaturziele

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.		
RRZ 7.1a Ortspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen	8300	2019
RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln	8300	2019
RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln	8300	2019
RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken	8300	2019
RRZ 7.1e Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten	8800	2017
RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen	8500	2017
RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten	8500	2017
RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten	8500	2018
RRZ 7.2c Den Energieplanungsbericht 2017 erarbeiten und vorlegen	8500	2017

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
BD 7.1 Natürliche Ressourcen erhalten und effizient nutzen		
BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen.	8300	2019
BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken.	8300	2019
BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen.	8400	2018
BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen	8500	2019
BD 7.1e Den Nachweis erbringen, dass das Phosphor-Mining aus der Klärschlammasche technisch möglich ist und wirtschaftlich vertretbar umgesetzt werden kann.	8500	2016
BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.	8500	2019
BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.	8500	2019
BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen.	8800	2018
BD 7.1i Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen.	8800	2019
BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen.	8800	2018

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.		
RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen	8300	2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.		
RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen	8400	2019
RRZ 9.2c Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen	8500	2017

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	8500	2019
RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten	8100	2018
RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten	8700	2018
RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.		
RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen	8300	2019
RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können	8300	2019
RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.		
RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)	8500	2017
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
BD 10.1 Führungs- und Mitarbeiterentwicklung intensivieren und Prozesse optimieren		
BD 10.1a Konzept Fachkarriere Baudirektion umsetzen	8000	2017
BD 10.1b Konzept Kooperation und Projektkultur Baudirektion umsetzen	8000	2016
BD 10.1c Aktualisierung der Hardware und Software der Baudirektion (MIT 2016)	8000	2016
BD 10.1d Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen	8000	2019
BD 10.1e IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen	8700	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	735.3	742.7	815.4	72.7	9.8
Aufwand	-983.7	-1007.1	-967.0	40.0	4.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-4.6			
Saldo	-248.4	-264.4	-151.7	112.7	42.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	44.8	49.1	46.2	-2.8	-5.7
Ausgaben	-221.4	-473.8	-205.3	268.5	56.7
- Kreditübertragungen aus 2015		-94.8			
Saldo	-176.6	-424.8	-159.1	265.7	62.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
112.7		Abweichungen total B16 zu R16
87.2	8710	- Marktwertanpassungen infolge Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens
7.9	8710	- Geringerer baulicher Unterhalt sowie geringere Honorare und Planungen Dritter infolge Projektverzögerungen
7.2	8500	- Geringere Dienstleistungen Dritter und geringerer Sachaufwand, v.a. infolge Projektverzögerungen
5.9	8710	- Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften
4.8	8700	- Diverse positive Nettoabweichungen, v.a. infolge geringerer Honorare und Dienstleistungen Dritter wegen Projektverzögerungen, geringerer Kapitalfolgekosten und geringerem Personalaufwand
4.0	8710	- Auflösung von Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern
3.4	8800	- Diverse positive Nettoabweichungen, v.a. infolge geringerer Dienstleistungen Dritter, geringerer Staatsbeiträge und geringerem Personalaufwand sowie infolge diverser höherer Erträge
2.0	8910	- Hauptsächlich geringere Staatsbeiträge, v.a. für Massnahmen der Denkmalpflege und des Ortsbild- und Landschaftsschutzes
-12.9	8500	- Höhere Kapitalfolgekosten, v.a. infolge ausserplanmässiger Abschreibungen nach Praxisänderung bei der Aktivierung von Hochwasserbauten mit hohem Renaturierungsanteil
3.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R16	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-159.1			
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten Agrovet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum	-11.0	-28.5	-14.2	-14.3
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie	-6.5	-28.0	-25.5	-2.4
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum	-16.3	-569.9	-212.0	-357.9
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-3.2	-34.6	-23.2	-11.4
- Sihl, Langnau, Schwemmholtzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	-7.7	-26.0	-10.6	-15.4
- Sihl, Zürich, langfristiger Hochwasserschutz Zürich (85W-745) (Projektierungskredit Entlastungstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015)	-0.9	-4.7	-1.0	-3.7
- Thurauen (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785) / KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	2.1	-48.6	-22.6	-26.0
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	-2.0	-61.3	-2.0	-59.3
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045) (Projektierungskredit)	-0.3	-0.4	-0.3	-0.1
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten/Leichte Unterhaltsmassnahmen (84K-10007)	-2.1	-42.7	-10.4	-32.3
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-0.2	-43.4	-0.8	-42.7
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	-0.1	-22.8	-1.9	20.9
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-18.6	-199.2	-42.0	157.2
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-0.1	-94.5	-0.9	-93.6

- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122) (Projektierungskredit)	-0.1	-6.8	-0.9	-5.9
- Wetzikon, Westtangente 2. Teil (84S-70013) (Projektierungskredit)	0.0	-1.0	-0.7	-0.3
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022) (Projektierungskredit)	-0.2	-3.1	-0.6	-2.5
- Übrige	-91.9			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 450.5	1 468.9	1 456.6	-12.3	-0.8

Lohnaufwand (Fr. 1000)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat (GS)	-10 111	-10 530	-10 249	281	2.7
8100 Hochbauamt (HBA)	-14 999	-14 734	-15 206	-472	-3.2
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	-14 873	-15 117	-14 799	318	2.1
8400 Tiefbauamt (TBA)	-43 636	-45 684	-44 466	1 218	2.7
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	-27 500	-27 751	-27 592	159	0.6
8700 Immobilienamt	-11 441	-11 989	-11 712	277	2.3
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	-37 578	-38 493	-37 998	495	1.3
Total	-160 138	-164 298	-162 022		

Bemerkungen

Allg. Der Lohnaufwand umfasst neben den Grundlöhnen auch Zulagen, Dienstaltersgeschenke, Lohnrückerstattungen sowie Bildung oder Auflösung von Personalrückstellungen.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2016)	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat (GS)	92	39	53	64	28
8100 Hochbauamt (HBA)	125	38	87	98	27
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	145	53	92	76	69
8400 Tiefbauamt (TBA)	471	45	426	432	39
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	270	80	190	173	97
8700 Immobilienamt	118	33	85	100	18
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	513	241	272	178	335
Total	1 734	529	1 205	1 121	613

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
56/2009	Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Autobahnzusammenschluss Bülach-Glattfelden (Motion Othmar Kern, Bülach, Werner Scherrer, Bülach, und Josef Wiederkehr, Dietikon) (Fristerstreckung bis 20.8.2016, Vorlage 5201)	Vorlage 5288 vom 22.06.2016	20.08.2012
260/2010	Seerestaurant im Bereich des Bürkliplatzes (Motion Lorenz Schmid, Männedorf, Marco V. Camin, Zürich, und Martin Arnold, Oberrieden) (Fristerstreckung bis 28.7.2016, Vorlage 5233)	Vorlage 5298 vom 29.06.2016	28.01.2013
312/2010	Lehrlingsausbildung als obligatorisches Zuschlagskriterium bei kantonalen Submissionen (Motion Josef Wiederkehr, Dietikon, Andreas Federer, Thalwil, und Nicole Barandun-Gross, Zürich)	Vorlage 5263 vom 30.03.2016	25.03.2013
103/2012	Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie) (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Cornelia Keller, Gossau, und Robert Brunner, Steinmaur)	Vorlage 5218 vom 15.11.2016	18.11.2013
203/2013	Schutzverordnung Silbern/Lerzen/Stierenmatt (SLS) in Dietikon (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, und Rosmarie Joss, Dietikon)	Vorlage 5266 vom 13.04.2016	16.06.2014
224/2013	Klärungsbedarf beim Konzessionsland (Postulat Markus Schaaf, Zell, Monika Spring, Zürich, und Esther Guyer, Zürich)	Vorlage 5279 vom 07.06.2016	16.06.2014
294/2013	Zeitgemässer Pilzschutz (Postulat Andreas Wolf, Dietikon, Carmen Walker Späh, Zürich, und Walter Schoch, Bauma)	Vorlage 5275 vom 18.08.2016	16.06.2014

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
75/2014	Zu viele Kompetenzen für die Konzessionsbehörde bei der Nutzung des Untergrundes (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Konrad Langhart, Oberstammheim, und Gabriela Winkler, Oberglatt)	14.09.2014
287/2014	Änderung der Submissionsverordnung (Postulat Martin Arnold, Oberrieden, Carmen Walker Späh, Zürich, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	26.01.2015
347/2014	Überbauung von Autobahnen und Eisenbahnlinien (Motion Thomas Wirth, Hombrechtikon, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Andrew Katumba, Zürich)	30.03.2015
352/2014	Finanzierungsmechanismen für die Überbauung von Autobahnen und Eisenbahnlinien (Postulat Thomas Wirth, Hombrechtikon, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Andrew Katumba, Zürich)	30.03.2015
24/2015	Beschaffungswesen der kantonalen Verwaltung (Postulat Regula Kaeser-Stöckli, Kloten, und Judith Anna Stofer, Zürich)	30.03.2015
92/2014	Fischzucht in der Landwirtschaftszone (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Beat Huber, Buchs, und Martin Farner, Oberstammheim)	14.09.2015
136/2014	Ehrliche Umsetzung des PJZ-Gesetzes und Freigabe des gesamten Kasernenareals (Postulat Cyrill von Planta, Zürich, Andreas Hauri, Zürich, und Daniel Hodel, Zürich)	26.10.2015
269/2014	Gesamtbetrachtung der Eigentalsstrasse (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Werner Scherrer, Bülach, und Roland Scheck, Zürich)	02.11.2015
348/2014	Kostendeckende Solarstrom-Produktion auf kantonalen Liegenschaften (Postulat Martin Neumkom, Winterthur, Barbara Schaffner, Otelfingen, und Cornelia Keller, Gossau)	02.11.2015
222/2015	REDEM - Initiative für klimafreundliche Gebäude (Einzelinitiative Niklaus Haller, Zürich)	01.02.2016
60/2016	Sinnvolle Wiederverwertung von wertvollem Bodenmaterial (Postulat Konrad Langhart, Oberstammheim, Martin Haab, Mettmenstetten, und Martin Hübscher, Wiesendangen)	25.04.2016
56/2016	Initiative zur Änderung des Energiegesetzes (Einzelinitiative Hans Zürrer, Zürich)	02.05.2016
93/2016	Mehr Mass beim Denkmalschutz (Motion Andreas Hauri, Zürich, Marcel Lenggenhager, Gossau, und Markus Schaaf, Zell)	29.08.2016
137/2016	Ladestationen-Offensive: Jetzt Elektromobilität erleichtern (Postulat Andreas Hauri, Zürich, Olivier Hofmann, Hausen am Albis, und Christian Lucek, Dänikon)	29.08.2016
220/2016	Kriterien verschärfen statt Kahlschlag bei der Energieförderung (dringliches Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Yvonne Bürgin, Rüti, und Bruno Fenner, Dübendorf)	12.09.2016
242/2016	Kein Verkauf von AXPO-Wasserkraftwerken ins Ausland (dringliches Postulat Daniel Frei, Niederhasli, und Jürg Trachsel, Richterswil)	24.10.2016
243/2016	Wasserkraftwerke für den Kanton Zürich (dringliches Postulat Michael Welz, Oberembrach, Ruedi Lais, Wallisellen, und Hans Wiesner, Bonstetten)	24.10.2016
206/2016	Mehr Augenmass beim Hochwasserschutz (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Martin Arnold, Oberrieden, und Philipp Kutter, Wädenswil)	31.10.2016

8000 Generalsekretariat (GS)

Die Arbeitsprozesse im Bereich «Baugesuchsabwicklung» konnten optimiert werden. Seit dem 1. Juli des Berichtsjahres werden die vollständigen Baugesuchsunterlagen nur noch in einfacher Ausführung eingefordert, was sowohl Gesuchsteller als auch Gemeinden massgeblich entlastet. Auch der Ressourcenschonung wird Rechnung getragen: Bis zur Einführung der elektronischen Plattform für Baugesuche (ePB-ZH) werden die Baugesuche beim Kanton gescannt und den Fachstellen der Baudirektion und der Volkswirtschaftsdirektion für die Beurteilung in elektronischer Form zur Verfügung

gestellt. Innerhalb des Kantons ist die elektronische Geschäftsabwicklung der jährlich über 3000 Baugesuche (vgl. Indikator L4) somit zum Normalfall geworden. Zur Steigerung der Lehrstellenattraktivität wurden verschiedene Massnahmen zur Erhöhung der Anzahl Lehrstellen verabschiedet und mit deren Umsetzung begonnen. So wurde unter anderem eine Arbeitsgruppe gebildet sowie entschieden, ab Sommer 2017 den Lehrberuf des Mediamatikers in der Baudirektion einzuführen.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen sowie für die Staatskanzlei
- A4 Leitung Baubewilligungsverfahren und Querschnittsaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	1 090	2 000	1 112	-888	-44.4
L2	Anzahl betreute Mitarbeitende	A2	1 720	1 700	1 734	34	2.0
L3	Anzahl betreute Informatikarbeitsplätze	A3	1 500	1 490	1 537	47	3.2
L4	Anzahl bearbeitete Baugesuche	A4	3 140	3 000	3 212	212	7.1
B1	Anzahl betreute Mitarbeitende pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	133	134	134	0	0.0
B2	Anzahl betreute Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support)	A3	268	267	274	7	2.6
W1	Zufriedenheit der Ämter der Baudirektion mit den Dienstleistungen des Generalsekretariats (Befragung alle 3 Jahre) (in%)	A1, A3, A4			-		
W2	Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmenden der Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre) (in%)	A2		75	74	-1	
W3	Fristgerechte Erledigung von Störungsfällen sowie von Lieferungen Hard- und Software (in %)	A3	79	80	82	2	
W4	Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren (in %)	A4	83	80	81	1	

Bemerkungen

- L1 Der Indikator wurde 2015 zum ersten Mal erhoben. Der Budgetwert 2016 war aufgrund fehlender Erfahrungswerte noch zu hoch geschätzt.
- L2 Zunahme von Teilzeitmitarbeitenden sowie mehr Lehrpersonen im Strickhof mit teilweise Kleinstpensen.
- L3 Mehrbedarf an Arbeitsplätzen in den Ämtern.
- B2 Zunahme der Anzahl Arbeitsplätze bei gleichbleibendem Mitarbeiterbestand.
- W1 Der Indikator wird alle 3 Jahre erhoben. Die nächste Erhebung ist für 2017 geplant.
- W2 Der Zielwert wurde nahezu erreicht. Werte über 65 auf einer Skala von 1-100 entsprechen einer guten Arbeitszufriedenheit.
- W3 Dank vermehrter Sensibilisierung der Supportmitarbeitenden für die Einhaltung der Behebungszeiten konnte das Ziel - trotz Mehrbelastung durch das Projekt MIT16 - übertroffen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1a Konzept Fachkarriere Baudirektion umsetzen

Das Vorhaben ist zeitlich etwas verzögert, da sich die Rahmenbedingungen schwieriger gestalten als erwartet. Vorerst wird das Konzept mit dem Tiefbauamt umgesetzt.

Stand bis
Verzögert 2017

BD 10.1b Konzept Kooperation und Projektkultur Baudirektion umsetzen

In den Jahren 2015 und 2016 fanden 20 Workshops zum Thema «Kooperation und Projektkultur» für Vorgesetzte und Projektleitende der Baudirektion statt. Um die Kulturveränderung nachhaltig zu gestalten, wurde die Weiterführung und Verankerung der «Kooperation und Projektkultur» verabschiedet und Massnahmen definiert. Das initiale Konzept wurde damit abgeschlossen. Das Projekt wird mit Fokus auf ämter-spezifische Massnahmen 2017 fortgesetzt.

Abgeschlossen 2016

BD 10.1c Aktualisierung der Hardware und Software der Baudirektion (MIT 2016)

Das Projekt konnte planmässig und erfolgreich abgeschlossen werden. Die Mitarbeitenden der Baudirektion und der Staatskanzlei wurden mit neuer Hardware und aktualisierter Software ausgerüstet.

Abgeschlossen 2016

BD 10.1d Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen

Die Verzögerung ergibt sich aus der Notwendigkeit eines Lieferantenwechsels.

Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	81.2	83.1	82.0	-1.1	-1.3

Bemerkungen B16 zu R16

-1.1 Diverse kleinere Abweichungen in verschiedenen Abteilungen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	15.5	16.2	16.2	0.0	0.1
Aufwand	-49.5	-51.7	-50.9	0.8	1.6
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-23.0	-23.0	-23.0	0.0	0.0
Saldo	-33.9	-35.5	-34.7	0.8	2.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.1		0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-1.3	-8.7	-3.5	5.1	59.3
- Kreditübertragungen aus 2015		-2.7			
Saldo	-1.2	-8.7	-3.4	5.3	60.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total B16 zu R16
0.6	A1, A2, A4	- Geringere Dienstleistungen Dritter
0.1		- Geringerer Personalaufwand infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-8.7	-3.4	5.3	
- Migration Hard- und Softwareumgebung (MIT 2016)	-5.5	-2.9	2.6	- Restkosten von rund 0.350 Mio. Franken werden erst 2017 anfallen. Die übrige Differenz ist hauptsächlich auf die Wahl eines günstigeren Lizenzmodells ohne Software-Assurance zurückzuführen.
- Übrige	-3.2	-0.5	2.7	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
383 772	8 806	0	374 966	-8 806

8100 Hochbauamt (HBA)

Ein grosses, anspruchsvolles Projekt konnte an die Nutzer übergeben werden: der Neubau der Kantonsapotheke in Schlieren. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt, das zusammen mit einem privaten Investor realisiert worden ist. Die Ausgaben für Planung und Realisierung betragen im Berichtsjahr über 270 Mio. Franken. Die jährliche Investitionssumme steigt in den nächsten Jahren auf über 500 Mio. Franken. Verantwortlich für diese markant höhere zukünftige Investitionstätigkeit war der Baubeginn von diversen Grossprojekten wie der Neubau des Bildungszentrums Uster, der Ersatz- und Ergänzungsbau in der Kantonsschule Bülrain in Winterthur, die Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen, der Neubau des Laborgebäudes 5. Etappe Universität Zürich-Irchel, der Ersatzneubau Didymos des Kantonsspitals Winterthur sowie der Neubau des Behandlungstrakts SUE2 im Universitätsspital Zürich.

Die rege Investitionstätigkeit wird auch langfristig nicht zurückgehen. Viele grosse Projekte waren im Berichtsjahr in Planung, beispielsweise die Erweiterung der Bezirksanlage Winterthur, der Umbau und die Erweiterung des Sportzentrums Kerenzberg, der neue Werkhof für das Tiefbauamt in Bülach, der Masterplan «Zukunft Kasernenareal Zürich», der Laborneubau für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil, der Neubau des Hauses Adeline-Favre für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur, der Umbau und die Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel sowie der Ersatz- und Ergänzungsbau für die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland. Die Aufzählung umfasst eine Auswahl aus insgesamt über 1000 laufenden grossen und kleinen Projekten.

Aufgaben

- A1 Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl neue Projekte in Stk.	A1	190	150	178	28	18.7
L2	Anzahl abgeschlossene Projekte in Stk.	A1	135	100	103	3	3.0
L3	Anzahl Projekte in Bearbeitung in Stk.	A1	940	750	1 015	265	35.3
L6	Anzahl Instandhaltungsmandate in Stk.	A1	71	70	72	2	2.9
L7	Anzahl Wettbewerbe Planer in Stk.	A1	12	7	13	6	85.7
L8	Anzahl Gutachten in Stk.	A2	222	250	204	-46	-18.4
L9	Anzahl Kunstgestaltungsprojekte in Stk.	A3	60	60	76	16	26.7
L11	Anzahl bezahlte Rechnungen zu Lasten Baukredite in Stk.	A1		19 500	16 813	-2 687	-13.8
B1	Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre in %	A1	6	5	4	-1	
B7	Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten in % im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre	A1		0	-15.9	-15.9	
B9	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen in % innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen	A1		100	80.6	-19.4	
W1	Jährliches Nettoinvestitionsvolumen Hochbau, planbare Hochbauinvestitionen in Mio. Franken/Jahr	A1		581	-		
W4	Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen Total in Mio. Franken	A1		9 000	9 780	780	8.7
W6	Betreutes Fremd-Investitionsvolumen Total in Mietobjekten in Mio. Franken	A1		500	237	-263	-52.6
W8	Bezahlte Rechnungen in Mio. Franken/Jahr	A1		330	273	-57	-17.3
W11	Umweltmanagement: Energieverbrauch im Vergleich zum Minergiestandard in %	A1		86	-		

Bemerkungen

- L7 Es wurden 11 Planerwahlverfahren und 2 Wettbewerbe durchgeführt.
- B9 Mit den neu eingerichteten Systemen und Prozessen wird ein Wert von 100% angestrebt. Durch intensive Schulung und Überwachung der vielen beteiligten Mitarbeitenden im HBA und im kantonalen Buchungszentrum (BUZ) konnte der Erfüllungsgrad während des Berichtsjahres laufend erhöht werden. Aufgrund von zwei Fehlern im Zahllaufmanagement des BUZ ist der Jahresindikator um ca. 2 % belastet worden: Rechnungen mit Fälligkeiten vom 1. bis 3. Januar wurden erst am 4. Januar bezahlt und im März wurden Rechnungen aufgrund von technischen Problemen ebenfalls ein bis drei Tage verspätet bezahlt.
- W6 Es werden wieder vermehrt Bauvorhaben im Eigentum realisiert, insbesondere ist der Kantonsrat mit der Bewilligung von Mietobjekten zurückhaltender.
- W8 Der Wert liegt unter Budget, weil in diversen Projekten der Projektierungs- oder Realisierungsbeginn in das Folgejahr verschoben wurde. (PJZ, UZI5, etc.)
- W11 Der Messwert wird aufgrund eines neuen Umweltmanagementkonzeptes angepasst.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Die künftige Zusammenarbeit des Hochbauamts mit dem Universitätsspital Zürich (USZ), der Universität Zürich (UZH), dem Kantonsspital Winterthur (KSW), der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) sowie mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (ipw) wird aufgrund der bereits beschlossenen oder anstehenden Gesetzesänderungen neugestaltet. Alle genannten Betriebe wollen weiterhin mit dem Hochbauamt zusammenarbeiten.

Planmässig 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	118.5	118.4	117.2	-1.1	-1.0

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.1 Verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.7	4.1	2.7	-1.4	-33.7
Aufwand	-24.6	-26.2	-25.5	0.7	2.7
Saldo	-21.9	-22.1	-22.8	-0.7	-3.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.7		Abweichungen total B16 zu R16
1.2	A1	- Minderaufwand für Dienstleistungen und Planungen Dritter sowie für Studien Umweltschutz
-0.5	A1	- Höherer Personalaufwand, v.a. infolge Funktionsänderungen und höherer Arbeitgeberbeiträge an die BVK
-1.4	A1	- Fehlende Erträge für Verrechnung von Dienstleistungen für Universitätsspital Zürich (USZ), Kantonsspital Winterthur (KSW), Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw), da die entsprechenden Gesetzesänderungen vom Kantonsrat noch nicht beschlossen wurden
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
200 449	0	0	200 449	0

8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)

Für die grosse Landesausstellung Baden-Württemberg und für die neue Archäologie-Ausstellung im Neubau des Landesmuseums in Zürich wurden zahlreiche aussergewöhnliche Fundobjekte ausgeliehen. Das mehrjährige archäologische Auswertungsprojekt zum Parkhaus Opera geht in die Schlussphase.

Im Bereich Denkmalpflege konnten die umfangreichen Sanierungs- und Aufwertungsarbeiten an den Wasserkraftanlagen im Aathal gestartet werden. In Wroclaw (europäische Kulturhauptstadt 2016) wurde die Werkbundsiedlung Neubühl (Wollishofen) in einer vielbeachteten Ausstellung präsentiert. Für die Aktualisierung des Denkmalpflegeinventars sind die Arbeiten in einer Mehrheit der Planungsregionen in vollem Gange.

Im Bereich Raumplanung wurde gemeinsam mit dem Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute die Veranstaltungsreihe «Werkstatt Innenentwicklung umsetzen» durchgeführt. Für den kantonal bedeutsamen Gesundheitsstandort Zürich-Lengg wurde im Auftrag der Bildungs- und Gesundheitsdirektion eine Testplanung abgeschlossen

und mit der Erarbeitung von Eckwerten für einen Masterplan begonnen. In weiteren Schlüsselräumen für die Raumentwicklung wurden ebenfalls Planungen fortgeführt (Gebietsplanung Airport-Region, Uetliberg-Albiskette). Eine anhaltend hohe Anzahl Baugesuche wurde in den Bereichen Bauen ausserhalb Bauzonen und Ortsbildschutz beurteilt. Zudem konnten mehrere kantonale Gestaltungspläne für den Kiesabbau festgesetzt werden.

Im Bereich Geoinformation wurde der sogenannte Lagebezugsrahmen für Koordinaten im ganzen Kanton reibungslos auf die neuen Vorgaben «LV95» umgestellt. Im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) wurden die Betriebsorganisation aufgebaut und weitere 26 Gemeinden aufgenommen und freigeschaltet. Das grosse Projekt «Luftaufnahmen 42» konnte planmässig abgeschlossen werden. Damit stehen flächendeckend hochauflösende Frühlings- und Sommerorthofotos und Höhendaten zur freien Nutzung bereit.

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Grundlagen und Planungen im kantonalen Interesse; Genehmigen oder Festsetzen kantonalen, regionaler und kommunaler Pläne; Bewilligungen ausserhalb Bauzonen und im geschützten Ortsbild
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmalern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: Entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	164	140	137	-3	-2.1
L2	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	102	90	102	12	13.3
L3	Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	1 138	1 200	1 107	-93	-7.8
L4	Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	4	5	4	-1	-20.0
L5	Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	9	10	10	0	0.0
L6	Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	304	250	260	10	4.0
L7	Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	392	400	452	52	13.0
L8	Archäologische Interventionen	A3	97	100	92	-8	-8.0
L9	Übernahme von Gemeinden in Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB (Zielwert)	A4	0	33	26	-7	-21.2
L10	Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen Datenlogistik ZH [in %] (Zielwert)	A4	98.4	98	98.8	0.8	
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum [in %]	A4	75.09	75	77	2	
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH [in %]	A4	79.4	70	94	24	
W1	Beanspruchte Bauzone pro Person [in m2]	A1	113.7	115	105	-10	-8.7
W2	Saldo von Ein- und Auszonungen [in ha]	A1	-0.4	10	3	-7	-70.0
W3	Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen [in % des gesamten Gebäudevolumens]	A1	0.1	0.3	0.5	0.2	66.7
W4	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von beitragsberechtigten Bauvorhaben [in %]	A2	5	90	90	0	
W5	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben [in %]	A3	100	95	100	5	

Baudirektion Leistungsgruppe 8300

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W6	Datenvolumen der Web-Dienste [in Terabyte TB]	A4	7.9	3	17.2	14.2	473.3
W7	Erfüllte Qualitätskriterien der Daten für das Gebäude- und Wohnungsregister GWR [%]	A4	86.7	95	87.6	-7.4	

Bemerkungen

L2	Umsetzung des kantonalen Richtplans (Festsetzung 2014) auf kommunaler Ebene
L4	Die Gebietsplanung für die Nachfolgenutzung des Areals Kinderspital Zürich (KISPI-Areal) wird erst nach der Festsetzung des kantonalen Gestaltungsplans KISPI gestartet.
L7	Erhöhte Anzahl Baugesuche in archäologischen Zonen
L9	Die hohe Komplexität in der Zusammenarbeit mit den beteiligten Stakeholdern während der Aufbauphase führte zu Verzögerungen in der Projektumsetzung gegenüber dem Umsetzungsplan.
B2	Die Verrechnung an die Kunden erfolgt jeweils im Oktober. Zu diesem Zeitpunkt ist die Fachstelle noch davon ausgegangen, dass bis Ende Berichtsjahr noch diverse Ausgaben getätigt werden, welche den Kostendeckungsgrad verringern. Diese Ausgaben wurden jedoch aufgrund von Projektverzögerungen nicht getätigt.
W1	Neue Datenbasis für Beschäftigte (STATENT) führt zu höheren Beschäftigtenzahlen und damit zu niedriger Bauzonenbeanspruchung.
W2	Anhaltendes Bauzonenmoratorium aufgrund Kulturlandinitiative
W3	Volatiler Indikator (einzelne Bauvorhaben haben hohes Gewicht)
W6	Das Datenvolumen wurde durch den Ausbau der Anzahl Geodienste sowie eine vermehrte Nutzung weit übertroffen. Die neuen Rasterprodukte wie Orthofotos und Höhendaten produzieren zudem deutlich mehr Transfervolumen. Über WebTransfer ZH wurde ebenfalls mehr Datenvolumen transferiert als geschätzt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 7.1a Ortspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Gemeindeggespräche durchgeführt und ein erster gesamthaft überarbeiteter regionaler Richtplan (Region Winterthur und Umgebung) am 9. November durch den Regierungsrat festgesetzt. Die Entwicklungsstrategie Oberglatt Niederglatt Niederhasli O-N-N wurde weitergeführt.	Planmässig	2019
RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln Die Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf wurde vom 25. Mai bis 25. September des Berichtsjahres durchgeführt. Die Erfassung der Einwendungen ist abgeschlossen und die Auswertung in Arbeit.	Planmässig	2019
RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln Der Projektantrag wurde am 14. April des Berichtsjahres von der Geschäftsleitung der Baudirektion genehmigt und die Experteninterviews wurden durchgeführt.	Planmässig	2019
RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken Die Überführung ins Projekt «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» (Lead Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Verkehr) ist im Gang. Es bestehen noch keine weiteren Pilotprojekte.	Verzögert	2019
RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen Die Grundlagenarbeiten für die regionale Arbeitszonenbewirtschaftung sind abgeschlossen. Die Übergabe an die Regionen soll im direkten Austausch erfolgen und war bis Ende des Berichtsjahres nicht möglich.	Planmässig	2019
RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen Die Vernehmlassung zur totalrevidierten Gebührenverordnung für Geodaten konnte abgeschlossen werden. Das Grobkonzept zur Umsetzung des Leitungskatasters ZH wurde genehmigt. Historische Luftbilder wurden im GIS-Browser zur offenen Nutzung aufgeschaltet.	Planmässig	2019
RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können Ein breit abgestütztes Grobkonzept wurde erarbeitet und genehmigt.	Planmässig	2019
BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen. Die Massnahme wird im Rahmen von RRZ 7.1c «Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln» weiterverfolgt.	Planmässig	2019

BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken.

Die Vernehmlassung zur PBG-Revision «Planen und Bauen am Zürichsee» konnte noch nicht gestartet werden, da vertiefte Abklärungen zum Konzessionsland in Auftrag gegeben wurden. Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	123.1	124.3	122.2	-2.2	-1.7

Bemerkungen B16 zu R16

-2.2 Verzögerte Wiederbesetzung von Stellen in verschiedenen Abteilungen sowie unbezahlte Mutterschaftsurlaube

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		4.7	6.5	7.1	0.6	9.8
Aufwand		-28.5	-31.2	-30.8	0.4	1.2
- Abschreibungen und Zinsen		-1.1	-1.0	-1.1	-0.1	-9.6
- Staatsbeiträge		-0.1	-0.5	-1.2	-0.7	-149.6
- Kreditübertragungen aus 2015			-0.8			
Saldo		-23.8	-24.7	-23.7	1.0	4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		1.6	0.4	0.9	0.5	133.7
Ausgaben		-3.0	-1.0	-1.4	-0.4	-37.0
Saldo		-1.4	-0.6	-0.4	0.2	27.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total B16 zu R16
1.0	A2	- Höherer Ertrag Denkmalpflege aufgrund durchlaufender Beiträge aus dem Lotteriefonds für das Projekt Wasserkraftwerke Aabach - saldoneutral
1.0	A4	- Weniger Sachaufwand Geoinformation v.a. durch Verzögerungen beim Projekt "Umsetzung Kantonales Geoinformationsgesetz KGeoIG" sowie aufgrund geringerer Kosten für Anschaffung und Unterhalt von Software
0.4	A1	- Weniger Sachaufwand Raumplanung durch Projektverzögerungen bei der Umsetzung Revision Raumplanungsgesetz (RPG1) sowie der Aktualisierung Landschaftsinventar
0.3	A4	- Weniger Transferaufwand Geoinformation durch tiefere Beiträge an Gemeinden infolge Verzögerung beim Projekt öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)
0.1		- Tieferer Personalaufwand durch verzögerte Stellenbesetzungen in verschiedenen Abteilungen sowie unbezahlte Mutterschaftsurlaube
-0.3	A2	- Höherer interner Aufwand Denkmalpflege für Informatikkosten, nicht geplante Kosten für die Sachverständigenkommissionen sowie für Gerichtskosten im Zusammenhang mit Rekursfällen
-0.5	A4	- Weniger Ertrag Geoinformation insbesondere bei internen Verrechnungen von Dienstleistungen des Geographischen Informationssystems des Kantons Zürich (GIS-ZH) sowie der Datenlogistik ZH
-1.0	A2	- Höherer Aufwand Denkmalpflege aufgrund durchlaufender Beiträge aus dem Lotteriefonds für das Projekt Wasserkraftwerke Aabach - saldoneutral
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.6	-0.4	0.2	
- Projekt "Gebäude- und Wohnungsregister GWR-ZH", neuer Merkmalskatalog (A4)	-0.2	0.0	0.2	- Projektverzögerung
- Übrige	-0.4	-0.4	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
359 600	0	0	359 600	0

8400 Tiefbauamt (TBA)

Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (z.B. Sanierung von Unfallschwerpunkten) sowie bei der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen. Im Nationalstrassenbereich erfolgten weitere Fertigstellungs- und Garantearbeiten im Knonaueramt. Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit

dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, war die Hauptaufgabe im Berichtsjahr. Der Beginn der Hauptarbeiten des Ausbaus der Nordumfahrung durch das ASTRA forderte die Mitarbeitenden der Gebietseinheit VII in unzähligen Nacht- und Wochenendeinsätzen. Der Projektwettbewerb für den Neubau des Werkhofs Bülach wurde entschieden und die Vorprojektierung gestartet.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, Unterhalts- und ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Instandgesetzte und neu gebaute Strassen (in km)	A1	101.927	70	84.411	14.4	20.6
L2	Unterhaltene Staatsstrassen (in km)	A2	1 328.1	1 327.9	1 326.5	-1.4	-0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen (in km)	A2	73.8	73.8	73.7	-0.1	-0.1
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	144	150	125	-25	-16.7
L5	Erteilte Konzessionen / Bewilligungen für Werkleitungen	A3	737	770	778	8	1.0
L6	Anzahl beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	500	425	579	154	36.2
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre (in Fr.)	A1					
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kant. Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in Fr.)	A2	34 584	35 000	32 382	-2 618	-7.5
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen in % innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen	A1, A2, A3, A4		100	91.2	-8.8	
W1	Anteil der instandgesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen (in %)	A1	7.27	5	6.03	1	
W2	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	15.9	15	9.1	-5.9	-39.3
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil (in %) in schlechtem Zustand	A1	1.4	1.5	1.1	-0.4	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil (in %) in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre)	A1	94.5				

Bemerkungen

- L1 Projektbezogene Abweichungen
- L6 Es werden der Fachstelle Lärmschutz (FALS) vermehrt Gesuche zugestellt, bei denen die Zuständigkeit der FALS nicht eindeutig ist.
- B1 Der Wert wird erstmals 2018 ausgewiesen.
- B3 Mit den neu eingerichteten Systemen und Prozessen wird ein Wert von 100% angestrebt. Durch intensive Schulung und Überwachung der vielen beteiligten Mitarbeitenden im TBA und im kantonalen Buchungszentrum (BUZ) konnte der Erfüllungsgrad während des Berichtsjahres laufend erhöht werden. Aufgrund von zwei Fehlern im Zahllaufmanagement des BUZ ist der Jahresindikator um ca. 3 % belastet worden: Rechnungen mit Fälligkeiten vom 1. bis 3. Januar wurden erst am 4. Januar bezahlt und im März wurden Rechnungen aufgrund von technischen Problemen ebenfalls ein bis drei Tage verspätet bezahlt.
- W1 Projektbezogene Abweichungen

- W2 Verzögerung von Neubauprojekten infolge Unsicherheiten in der Umsetzung der Kulturlandinitiative
 W4 Die nächste Datenerhebung erfolgt im Herbst 2018. Nach deren Analyse wird der neue Wert im Rechnungsjahr 2019 zur Verfügung stehen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen

Die langfristige Prognose 2015-2065 des theoretischen netzweiten Mittelbedarfs zur Erhaltung und Erneuerung der Strassenoberbauten wurden erstellt und begründet. Die Massnahmenfähigkeitskarten zur Unterstützung der Erhaltungsplanung in den Unterhaltsregionen wurden erfolgreich eingeführt. Weitere Instrumente zur Priorisierung des Projektportfolios aus Sicht des Strategischen Erhaltungsmanagements (SEM) und der Netzverfügbarkeit sind in Entwicklung.

Planmässig 2019

BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen.

Im Berichtsjahr sind die Arbeiten der Lärmsanierungsprojekte mit Ausnahme der Gemeinden Ottenbach/Obfelden (Auswirkungen Umfahrungsprojekt) in allen Regionen gestartet. Die Abklärungen «Ersatz Lärmschutzwände durch lärmarme Beläge» haben dabei zu Verzögerungen geführt. An drei Strassenabschnitten sind erste Teststrecken mit lärmarmen Belägen eingebaut.

Verzögert 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	455.3	466.5	459.2	-7.2	-1.5

Bemerkungen B16 zu R16

-7.2 Verzögerte Besetzung von offenen Stellen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	287.5	290.9	274.8	-16.1	-5.5
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	38.3	42.6	40.1	-2.5	-5.9
- Übertrag aus Strassenfonds	219.4	222.1	207.3	-14.8	-6.7
- Übrige Erträge	29.7	26.2	27.4	1.2	4.5
Aufwand	-287.5	-290.9	-274.8	16.1	5.5
- Abschreibungen und Zinsen	-71.1	-72.1	-71.2	0.9	1.3
- Betriebsaufwand	-216.4	-218.8	-203.6	15.2	6.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	10.3	8.4	6.0	-2.4	-28.1
Ausgaben	-99.9	-116.8	-83.4	33.5	28.6
Saldo	-89.6	-108.4	-77.3	31.1	28.7

Baudirektion Leistungsgruppe 8400

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
10.0	A2	- Geringerer betrieblicher Staats- und Nationalstrassenunterhalt (Winterdienst) sowie weniger Treibstoffverbrauch
2.2		- Geringerer übriger Aufwand
1.7	A1	- Geringerer projektbedingter baulicher Staats- und Nationalstrassenunterhalt
1.3		- Geringere Personalkosten, vor allem aufgrund der verzögerten Besetzung von offenen Stellen sowie der Auflösung von Rückstellungen für Mehrzeiten des Personals
0.9	A1, A2	- Geringere Abschreibungen
-0.6	A1	- Geringere Auflösung von ausserordentlichen Investitionsbeiträgen
-0.7	A1, A2	- Geringere Entschädigungen von Bund und Gemeinden
-14.8		- Geringerer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-108.4	-77.3	31.1	
- Dietikon, Beitrag Kanton an BDWM-Bahn (Bremgarten-Dietikon-Wohlen-Meisterschwanden) (84D-50024)	0.0	0.0	0.0	
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	0.0	-2.0	-2.0	- Nicht geplante Zahlung einer ersten Tranche der Pauschale für Aufwendungen der Limmattalbahn (LTB)
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045)	0.0	-0.3	-0.3	- Nicht geplante Kosten für die Durchführung des Projektwettbewerb
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten/Leichte Unterhaltmassnahmen (84K-10007)	-6.6	-2.1	4.5	- Einzelmassnahmen wurden nur teilweise umgesetzt, da infolge der ausstehenden Volksabstimmung zum NAF noch Unklarheit über eine Übergabe an den Bund besteht
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-0.3	-0.2	0.1	- Geringerer Aufwand für Einsprachebereinigung
- Rosengarten-Tunnel / -Tram (84L-00002)	0.0	0.0	0.0	
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	-0.1	-0.1	0.0	
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-13.6	-18.6	-5.0	- Infolge guter Witterung im Herbst/Winter konnte ein besserer Baufortschritt erzielt werden
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-0.6	-0.1	0.5	- Bauprojekt noch nicht gestartet, da Kreditvorlage vom KR noch nicht bewilligt
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	-0.1	-0.1	0.0	
- Wetzikon, Westtangente 2. Teil (84S-70013)	-0.3	0.0	0.3	- Der Bericht der ENHK ging erst in der 2. Jahreshälfte ein; als Folge dieses Berichts wird das Projekt sistiert
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.7	-0.2	0.5	- Verzögerung beim Verfahren der Begehrensäusserung (§12 StrG), weshalb das Projekt noch nicht gestartet wurde
- Übrige	-86.1	-53.6	32.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
688 937	35 337	0	653 600	-35 337

Bemerkungen

- davon Fr. 35 337 für verschiedene Ausgaben für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)

Im Oktober des Berichtsjahres hat der Regierungsrat das Vorgehen und die Ausgabenbewilligung zur Festlegung des Gewässerraums beschlossen. Die Arbeiten zur Festlegung erfolgen gestaffelt nach Einzugsgebiet, möglichst im Einklang mit den Gemeinden. Dabei haben urbane Räume Priorität. Für die nötigen Ingenieur- und Planungsarbeiten des Kantons hat der Regierungsrat eine Ausgabe von 15 Mio. Franken beschlossen. Gleichzeitig hat der Regierungsrat eine Änderung der Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei vorgenommen.

Der Schwemmholzrechen ist Teil eines Gesamtprojekts, das

den Schutz vor Hochwasser an Sihl, Zürichsee und Limmat Schritt für Schritt verbessert. Seit dem Spatenstich im April des Berichtsjahres kommen die Bauarbeiten dank günstigen Witterungsbedingungen und weitgehend ohne Beeinträchtigungen durch Hochwasser gut voran.

Die gewässerschutzrechtliche Bewilligung von Erdwärmesondenanlagen erfolgte bisher ohne Koordination mit anderen Bewilligungen. Um die Rechtssicherheit zu erhöhen, wurde der bisherige Prozess überprüft. Ab 2017 werden die gewässerschutzrechtlichen und allfällige weitere Bewilligungen gleichzeitig mit der Baubewilligung für die Heizanlage erteilt.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und soweit als möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte pro Jahr (Zielwert)	A1	1	2	1	-1	-50.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	201	200	226	26	13.0
L3	Anzahl Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	900	900	-		
L4	Anzahl Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	311	500	347	-153	-30.6
L5	Anzahl Bewilligungen und Konzessionen zur Wärmezeugung aus erneuerbaren Energien und Abwärme	A6	1 070	1 080	1 130	50	4.6
L6	Anzahl genehmigter Wasserversorgungsplanungen	A7	9	6	13	7	116.7
B1	Aufwand pro Hektare für Gewässerunterhaltsgebiete [Std.]	A1	50	48	51	3	6.3
B2	Der Kanton Zürich ist unter den fünf günstigsten Kantonen bezüglich Stromtarife für Haushalte [Rang]	A5	3	5	2	-3	
B3	Energetische Wirkung p. Fr. Subvention aus dem Förderprogramm Energie [kWh/Fr.]	A5	160.4	200	101.4	-98.6	-49.3
B4	Förderprogramm Energie (eingesetzte Franken pro Einwohner)	A5	5.98	4.9	4.63	-0.3	-5.5
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist [%]	A1		100	94.3	-5.7	
W1	Anteil der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung [%]	A1	94	100	97	-3	
W2	Anzahl biologischer oder chemischer Zwischenfälle ausserhalb der Betriebsareale mit Folgeschäden	A2	0	2	0	-2	
W3	Beanstandete Umweltkontrollen [%]	A2	5	5	5	0	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO2 [Ziel 2020 = 2%] [%]	A3	10	8	3	-5	
W5	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM10 [Ziel 2020 = <4%] [%]	A3	0	5	0	-5	

Baudirektion Leistungsgruppe 8500

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W6	Mittlere Strahlenbelastung auf Schulhausplätzen aus Stichkontrollen [V /m]	A3	0.3	5	0.5	-4.5	-90.0
W7	Beanstandete Kontrollen NIS bei Funkanlagen [%]	A3	1.6	2	1.4	-0.6	
W8	Energieverwertung aus Abfall [GWh]	A4	1 306	1 375	1 364	-11	-0.8
W9	Verwertung mineralischer Rückbaustoffe in gebundener Form [%]	A4	54	44	58	14	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher [Min.]	A5		30	7.1	-22.9	-76.3
W11	CO ₂ -Ausstoss pro Kopf und Jahr [t]	A6	4.7	4.7	4.7	0	0.0
W12	Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (ohne Mobilität) [Ziel 2020 = 20%] [%]	A6	17	17	17	0	0.0
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung [Ziel 2020 = 95%] [%]	A7	88	90	90	0	0.0
W14	Anteil Wasserproben aus Grundwasservorkommen, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen [Ziel 2025 = 85%] [%]	A8	85	80	85	5	6.3
W15	Anteil Wasserproben aus Fliessgewässern, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen [Ziel 2025 = 85%] [%]	A8	66	81	79	-2	-2.5
W16	Revitalisierte Gewässer [km/J]	A8	4.1	5	1	-4	-80.0

Bemerkungen

- L1 Es konnte nur ein Projekt realisiert werden, da die Grossprojekte Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten in Winterthur, der Schwemmholzrechen in Langnau sowie die Planungen für den Hochwasserschutz Zürich, Dietikon und Kloten (inklusive Flughafen) grosse personelle Ressourcen binden.
- L3 Der Ist-Wert kann nur geschätzt werden, da die Jahresberichte der Branchen noch nicht vorliegen. So fanden im 2016 rund 300 Kontrollen von Zahnarztpraxen und rund 300 Kontrollen im Malergewerbe statt. Hinzu kommen rund 200 bis 300 Stichprobenkontrollen, Betriebskontrollen und Sicherheitsinspektionen. Im Weiteren werden rund 150 bis 200 Bewilligungen pro Jahr erstellt. Der Indikator wird für den KEF 2018-2021 überarbeitet.
- B3 Es wurden wieder mehr Projekte mit kleiner energetischer Wirkung gefördert.
- B6 Mit den neu eingerichteten Systemen und Prozessen wird ein Wert von 100% angestrebt. Durch die ständige Überwachung der Einhaltung der Zahlungsfristen und durch intensive Schulung der beteiligten Mitarbeitenden im AWEL und im kantonalen Buchungszentrum (BUZ) konnte der Erfüllungsgrad während des Berichtsjahres laufend erhöht werden. Aufgrund von zwei Fehlern im Zahlaufmanagement des BUZ ist der Jahresindikator um 1.8% belastet worden: Rechnungen mit Fälligkeiten vom 1. bis 3. Januar wurden erst am 4. Januar bezahlt und im März wurden Rechnungen wegen technischen Problemen ebenfalls ein bis zwei Tage verspätet bezahlt.
- W2 Auch in diesem Berichtsjahr keine Zwischenfälle.
- W16 Schwierige ressourcenintensive Umsetzung von Revitalisierungsprojekten wegen starken Interessenskonflikten und politischen Widerständen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen

Mit dem Verzicht auf eine Klimastrategie wurde das Erfüllungsjahr dieses Ziels für die Erarbeitung der Massnahmenpläne auf 2019 verschoben (siehe auch KEF 2017-2020).

Stand bis

RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

Die Eigentümerstrategie für die Axpo Holding AG wurde mit RRB Nr. 1196/2016, die Eigentümerstrategie für die EKZ mit RRB Nr. 1197/2016 beschlossen.

Abgeschlossen 2017

RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten

Die Vorlagen (Änderung Energiegesetz, Energieverordnung und Besondere Bauverordnung I) zur Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN14) sind in Erarbeitung.

Planmässig 2018

RRZ 7.2c Den Energieplanungsbericht 2017 erarbeiten und vorlegen

Der Energieplanungsbericht 2017 ist in Erarbeitung.

Planmässig 2017

RRZ 9.2c Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen

Infolge notwendiger Drittplanungen kommt es zu einer Verzögerung.

Verzögert 2017

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Eigentümerstrategie für die Axpo Holding AG wurde mit RRB Nr. 1196/2016, die Eigentümerstrategie für die EKZ mit RRB Nr. 1197/2016 beschlossen (siehe RRZ 7.2a). Abgeschlossen 2019

RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)

Der Fachbericht der kantonalen Experten vom Februar des Berichtsjahres empfiehlt, auch das Standortgebiet «Nördlich Lägern» in Etappe 3 des Sachplans genauer zu untersuchen. Das Eidgenössische Nuklearinspektorat (ENSI) kam im Dezember des Berichtsjahres zum gleichen Schluss. Die Baudirektion unterstützt die Regionalkonferenzen, den Gemeindepräsidentenverband Andelfingen sowie das Forum Opalinus in fachlicher Hinsicht. Planmässig 2017

BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen

Die Grundwassererkundung Rafzerfeld ist abgeschlossen und die hydrogeologischen Arbeiten zur Konkretisierung des Areals Rheinau sind in Gang. Planmässig 2019

BD 7.1e Den Nachweis erbringen, dass das Phosphor-Mining aus der Klärschlammasche technisch möglich ist und wirtschaftlich vertretbar umgesetzt werden kann.

Die technischen Abklärungen für eine wirtschaftliche Herstellung von Phosphorsäure aus der Klärschlammasche erfordern etwas mehr Zeit. Bis Ende 2017 sollten alle Rahmenbedingungen vorliegen und in einem Businessplan zusammengefasst werden. Verzögert 2016

BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.

Die beiden Regierungsratsbeschlüsse für die Ausscheidung der Gewässerräume (RRB Nr. 977/2016) und die Anpassung Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei (HWSchV; RRB Nr. 976/2016) wurden im Oktober genehmigt. Wegen Lü16 wird sich das Projekt um vier Jahre verzögern (RRB Nr. 316/2016). Verzögert 2019

BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.

Im Berichtsjahr wurde der entsprechende RRB Nr. 905/2016 beschlossen. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	233.7	234.8	235.4	0.6	0.3

Bemerkungen B16 zu R16

Im Zusammenhang mit langandauernden Krankheiten und Mutterschaftsurlauben war die Anstellung von Aushilfen 0.6 notwendig, die nicht budgetiert waren. Der Stellenplan wurde eingehalten.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	25.7	24.4	26.9	2.5	10.1
Aufwand	-113.0	-114.7	-122.9	-8.1	-7.1
- Abschreibungen und Zinsen	-47.1	-43.3	-57.8	-14.5	-33.4
Saldo	-87.4	-90.3	-96.0	-5.7	-6.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	26.2	35.6	35.2	-0.4	-1.1
Ausgaben	-47.3	-75.7	-49.8	25.9	34.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-5.2			
Saldo	-21.2	-40.1	-14.6	25.5	63.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.7		Abweichungen total B16 zu R16
4.3	A2, A3, A4, A5, A6, A7	- Geringerer Sachaufwand in den Abteilungen Abfallwirtschaft, Energie, Luft, Gewässerschutz und Dienste, da diverse Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden konnten
2.9	A1, A8	- Geringerer Sachaufwand Abteilung Wasserbau (Revitalisierungen, Planung/Projektierung Hochwasserschutzprojekte, Gewässerunterhalt, diverse Projekte) abhängig vom Projektfortschritt (siehe auch Indikator W16).
1.3		- Diverse höhere Erträge bei den Entgelten (Gebühren, Dienstleistungen) sowie Konzessionen. Die Gebühren für Konzessionen und Bewilligungen ergeben sich aus den eingereichten Gesuchen (z.B. im Zusammenhang mit Einbauten ins Grundwasser usw.).

Baudirektion
Leistungsgruppe 8500

0.6	A4, RRZ 10.3d	-	Beiträge anderer Kantone an die Gesellschaftsstudie Tiefenlager waren nicht budgetiert.		
0.3		-	Geringerer Personalaufwand, u.a. aufgrund geringerer Arbeitgeberbeiträge sowie Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung		
-1.0	A4	-	Die Ausrichtung eines Teils der mit RRB Nr. 58/2016 an die Stiftung ZAR im Zusammenhang mit dem Projekt "Herstellung von Phosphorsäure aus Klärschlammasche" zugesicherten Subvention erfolgte über die Erfolgsrechnung. Budgetiert war der Beitrag in der Investitionsrechnung (siehe Bemerkungen Investitionsrechnung).		
-1.3	A1, A8	-	Geringere Bundesbeiträge, da Revitalisierungsprojekte nicht wie geplant im Berichtsjahr umgesetzt werden konnten (siehe auch Indikator W16)		
-13.0	A1, A8	-	Höhere Kapitalfolgekosten (netto, inkl. Auflösung passivierter Investitionsbeiträge), da im Berichtsjahr ausserplanmässige Abschreibungen aufgrund der Praxisänderung der Abschreibung von Hochwasserschutzprojekten mit einem Revitalisierungsanteil von mindestens 50% vorgenommen wurden.		
0.2		-	Übrige Abweichungen		
Bemerkungen zur Investitionsrechnung		B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total		-40.1	-14.6	25.5	
-	Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-8.0	-3.2	4.8	- Das Projekt verläuft wie geplant. Die Ausgaben waren geringer und die Bundesbeiträge höher als budgetiert.
-	Sihl, Langnau, Schwemholzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	-6.5	-7.7	-1.2	- Das Projekt verläuft wie geplant. Gegenüber dem Budget (=Schätzung) höhere Ausgaben und Bundesbeiträge
-	Sihl, Zürich, langfristiger Hochwasserschutz Zürich (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-0.8	-0.9	-0.1	- Mehrausgaben, da diverse Probebohrungen, welche nicht für 2016 geplant waren, durchgeführt werden mussten.
-	Thurauen (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785) / KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	1.6	2.1	0.5	- Gegenüber dem Budget (=KV) geringere Ausgaben infolge Mindermengen beim Aushub und Auszahlung von höheren Bundesbeiträgen.
-	Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778) / 2016 noch Projektierungskredit (bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Schätzung)	-0.4	-0.4	0.0	
-	Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau (85W-380) / KRB vom 7. Dezember 1998 (Vorlage 3648)	-0.1	0.0	0.1	- Das Projekt ist zurzeit aus verschiedenen Gründen blockiert.
-	Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Kanalisationen und Sonderbauwerke	-2.0	-0.5	1.5	- Die Ausrichtungshöhe ist abhängig von den eingereichten Gesuchen.
-	Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie (Leistungsüberprüfung 2016: Zusicherungsstopp ab 2017)	-15.2	-3.6	11.6	- Die Ausrichtungshöhe ist abhängig von den eingegangenen Gesuchen für Förderbeiträge.
-	Investitionsbeiträge an Pilotprojekte Energie	-2.0	-0.6	1.4	- Die Ausrichtungshöhe ist abhängig von den eingegangenen Gesuchen.
-	Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit Phosphor Mining	-2.0	0.0	2.0	- Die Ausrichtung der Subvention im Zusammenhang mit dem Projekt "Herstellung von Phosphorsäure aus Klärschlammasche" erfolgt gemäss RRB Nr. 58/2016 zulasten der Erfolgsrechnung.
-	Umbuchung Nettoinvestitionen aufgrund der aufgrund der Praxisänderung der Abschreibung von Hochwasserschutzprojekten mit einem Revitalisierungsanteil von mindestens 50%	0.0	2.6	2.6	
-	Übrige	-4.7	-2.4	2.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
514 186	36 751	0	477 436	-36 751

Bemerkungen

- davon Fr. 36 751 für Personalanlässe und Gesundheitsvorsorge

8510 Altlasten

Gemäss den gesetzlichen Grundlagen wurden Realleistungen, Ersatzvornahmen und die Übernahme von Ausfallkosten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich finanziert.

Seit März 2011 laufen die Arbeiten im Rahmen der Rückbaustufe 2 der Sondermülldeponie Kölliken. Der Rückbau, einschliesslich des belasteten Felses, konnte vollendet werden. Anschliessend erfolgt die Nachsorgephase.

Aufgaben

A1 Sanierung von Altlasten vorantreiben

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
-----	-----	------------	--------	-----

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.1	0.4	2.0	1.6	374.9
Aufwand	-5.3	-1.7	-2.4	-0.6	-36.9
Saldo	-3.2	-1.3	-0.3	1.0	73.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total B16 zu R16
22.8	A1	- Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken
0.5	A1	- Höhere Beiträge aus dem VASA-Altlasten-Fonds an den Kanton für Ausfallkosten für belastete Standorte (Untersuchung, Überwachung und Sanierung) und für Untersuchungskosten für Standorte, die sich als nicht belastet erwiesen haben
-22.1	A1	- Erhöhung von Rückstellungen für erwartete Ausfallkosten für die Sanierung von Altlasten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich
-0.2		- Übrige Abweichungen

8700 Immobilienamt

Im Rahmen der zweiten Etappe der Neunutzung der Klosterinsel Rheinau starteten Ende Februar die Bauarbeiten zur Umnutzung von Räumlichkeiten für zwei Klassen der vom Strickhof durchgeführten Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen sowie für einen Gastronomiebetrieb.

Die bestehenden Mietverträge des Kantons Zürich für die Lie-

genschaft «Neue Börse», in der das Statthalteramt, die Bezirksratskanzlei Zürich und die Staatsanwaltschaft II eingemietet sind, wurden von der neuen Eigentümerin auf den 30. September 2016 wegen Eigenbedarfs gekündigt. Das Immobilienamt hat die Suche nach geeigneten neuen Ersatzstandorten umgehend aufgenommen.

Aufgaben

- A1 Eigentümerversammlung der Liegenschaften des Kantons Zürich und Flächenbereitstellung: Steuerungs- und Controllingorgan für sämtliche Hochbau-Investitionsvorhaben, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Deinvestitionsentscheidungen, Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Fremdmieten für die kantonale Verwaltung
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Zentraler Bewirtschafter für Bürobauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen / Koordinator für die Beschaffung von Dienstleistungen und Lieferungen für die Bewirtschaftung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	616	625	637	12	1.9
L2	Bewirtschaftete Fläche Zentral- u. Bezirksverwaltung (FM) [in m2]	A3	245 723	245 000	251 082	6 082	2.5
L3	Umsatz Mobilien [in Mio.Franken]	A3	7.9	7.8	10.18	2.4	30.5
L4	Anzahl hängiger Abtretungsverträge	A2	1 820	1 700	1 852	152	8.9
L5	Anzahl bewirtschafteter Festnetzanschlüsse	A3	7 200	6 800	7 500	700	10.3
L6	Anzahl bewirtschafteter Mobilnetzanschlüsse	A3	18 000	19 500	18 500	-1 000	-5.1
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert [in %]	A1	2	2	1.91	-0.1	
B2	Durchschnittlich von einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche [in m2]	A3	7 122	6 600	7 278	678	10.3
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung [in %]	A3	86		0		
W2	Baulicher Zustandswert (das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios (Verwaltungsbauten) wieder.	A1	0.76	0.77	0.75	-0	-2.6
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung	A3	72.5	80	73.6	-6.4	
W4	Werterhaltungsindex [in %] (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	52	50	69.5	19.5	
W5	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung [in m2]	A3	17.9	17.3	17.8	0.5	2.9
W6	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung [in m2]	A3	16.8	16.5	16.8	0.3	1.8

Bemerkungen

- L1 Zumiete diverser Objekte für die Direktionen der Bildung, der Justiz und des Innern sowie der Sicherheit
- L2 Zusätzlich bewirtschaftete Flächen aus Mietverhältnissen
- L3 Höherer Bestellumfang als geplant für Ersatzmobilien, u.a. für Polizeiposten
- L5 Realisierung zusätzlicher unvorhergesehener Projekte in den Aussenstellen
- L6 Die aufgrund der neu eingeführten Abonnementstypen erwartete Zunahme der Mobilnetzanschlüsse ist geringer ausgefallen als erwartet.
- B1 Aufgrund einer generell niedrigen Budgetausschöpfung sind die werterhaltenden Investitionen geringer ausgefallen.
- B2 Zusätzlich bewirtschaftete Flächen aus Mietverhältnissen
- W1 Der Indikator wird nur alle zwei Jahre erhoben
- W2 Viele in den letzten Jahren geplante Projekte gehen nun in die Realisierung. Mit deren Fertigstellung wird der Zustandswert wieder deutlich ansteigen.
- W3 Diverse Entsorgungsaktionen im Berichtsjahr verursachten einen höheren Anteil an nicht wiederverwertbaren Abfallfraktionen und beeinflussten somit die Verwertungsquote negativ.

Baudirektion Leistungsgruppe 8700

- W4 Infolge Verzögerung beim Neubau PJZ steigt die Quote zugunsten von werterhaltenden Massnahmen.
- W5 Der durchschnittliche Flächenbedarf konnte gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig reduziert werden, da wegen zukünftiger Sanierungsprojekte und der dazu benötigten Rochadenflächen zurzeit keine weiteren Verdichtungen möglich sind.
- W6 Da im Berichtsjahr in der übrigen Zentralverwaltung keine Belegungsveränderungen stattgefunden haben, war eine weitere Optimierung nicht möglich.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten		
Die Umsetzung der parlamentarischen Initiative Guyer (Reorganisation Immobilienmanagement - Einführung eines Mietermodells) erfolgt im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung Immobilienmanagement» (WIM). Die Suche nach dem Projektleitenden und der Projektleitung sowie der anschließende Aufbau der Projektorganisation beanspruchte mehr Zeit, als ursprünglich veranschlagt.	Verzögert	2018

BD 10.1e IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen

Das Projekt «Weiterentwicklung Immobilienbewirtschaftung IT (WIBIT)» konnte planmässig gestartet werden. In vier Teilprojekten wurde das Detailkonzept für die IT-Unterstützung der Facility-Management-Prozesse erarbeitet.	Planmässig	2019
--	------------	------

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	106.6	108.8	107.3	-1.5	-1.4

Bemerkungen B16 zu R16

- 1.0 Vakante Stelle für Planung und Aufbau der Bewirtschaftung des Polizei- und Justizzentrums
- 0.5 Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von vakanten Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	120.8	112.6	119.9	7.3	6.5
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	46.9	45.6	46.0	0.4	0.9
- Verrechnete Kapitalfolgekosten	51.6	47.1	50.8	3.7	0.0
Aufwand	-138.3	-136.9	-139.4	-2.6	-1.9
- Abschreibungen und Zinsen	-86.2	-78.3	-84.1	-5.8	-7.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-3.0			
Saldo	-17.5	-24.3	-19.5	4.8	19.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	-0.5		0.2	0.2	0.0
Ausgaben	-41.0	-244.4	-46.5	197.9	81.0
- Kreditübertragungen aus 2015		-85.4			
Saldo	-41.4	-244.4	-46.3	198.1	81.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.8		Abweichungen total B16 zu R16
2.0	BD 10.1e, RRZ 10.1i	- Weniger Honorare, Dienstleistungen und Planungen Dritter, v.a. infolge Verschiebung der Umsetzung des Mietermodells und Verschiebung von Substanzanalysen in der engeren Zentralverwaltung
0.7	A3	- Weniger Reinigungs- und Nebenkosten
0.5	A1, A2, A3	- Geringere Informatikdienstleistungen
0.4	A2, A3	- Geringerer Personalaufwand
0.4	A3	- Höhere kalkulatorische Mieterträge inkl. Nebenkosten infolge mehr betreuter Flächen
0.4	A3	- Geringerer Telematikaufwand
0.1	A1, A3	- Geringere Kapitalfolgekosten
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-244.4	-46.3	198.1	
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten Agrovet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum	-12.3	-11.1	1.2	- Projektverzögerung infolge Planerwechsel
- Zürich, Stampfenbachstrasse 12/14, Gesamtсанierung	-0.3	-0.0	0.3	- Projektverzögerung infolge Durchführung von Substanzanalysen
- Zürich, Kaspar Escher-Haus, Gesamtсанierung	-1.0	-0.0	1.0	- Projektverzögerung infolge Durchführung von Substanzanalysen
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie	-10.0	-6.5	3.5	- Aufgrund von Projektänderungen im Teilbereich Hauswirtschaftskurse konnte der Verpflichtungskredit erst im 2015 bewilligt werden. Die Verzögerung konnte im Berichtsjahr nicht aufgeholt werden, der Betriebsbeginn wurde auf 2018 verschoben.
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum	-100.0	-16.3	83.7	- Die Bereitstellung der Generalunternehmer-Submissionsunterlagen durch den Generalplaner und die Prüfung dieser Unterlagen durch das PJZ-Projektmanagement erwies sich als äusserst komplex und aufwändiger als vorgenommen. Die Verzögerung beträgt ca. sieben Monate.
- Kreditübertragungen	-52.8	-0.0	52.8	- Kreditübertragungen für die Grossprojekte PJZ (-14 Mio.), Agrovet-Strickhof (-11.5 Mio.) und Klosterinsel Rheinau (27.3 Mio.)
- Reserven Regierungsrat	-4.0	0.0	4.0	- Keine Inanspruchnahme
- Diverse Projekte engere Zentralverwaltung	-21.1	-0.2	20.9	- Infolge Verzögerung der Gesamtсанierungen KEH und Stampfenbachstr. 12/14 wurden auch diverse, im Rahmen der Rochadenplanung geplante weitere Massnahmen in der engeren Zentralverwaltung vorübergehend zurückgestellt.
- Hochbauprojekte im Amt für Landschaft und Natur	-3.6	-1.9	1.7	- Geringere Investitionen in diversen Projekten
- Hochbauprojekte im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-4.4	-0.0	4.4	- Projektverschiebung durch zusätzliche Abklärungen
- Zürich, eZV, alle Bauten, Kommunikation und Leitungen	-3.5	-1.7	1.8	- Die Arbeiten verzögerten sich infolge Problematik mit der Kabelführung in den Steigzonen der Gebäude.
- Bezirksverwaltung Pfäffikon, Umsetzung Schutzkonzept	-4.9	-3.8	1.1	- Projektverzögerung aufgrund Änderungen im Projektinhalt.
- Bezirksverwaltung Affoltern, Umsetzung Schutzkonzept	-3.0	-0.0	3.0	- Aufgrund des ausstehenden strategischen Konzeptes zum Justizvollzug/Gefängnis wurde das Projekt vorübergehend sistiert.
- Wädenswil, Halbinsel Au, Bootshaus, Sanierung	-1.4	-0.0	1.4	- Projektverzögerungen aufgrund Planerwahlverfahren.

Baudirektion
Leistungsgruppe 8700

- Bezirksverwaltung Winterthur, Villa Bühler, Sanierung	-3.0	-0.0	3.0	- Projekt vorübergehend sistiert
- Bezirksverwaltung Horgen, Erweiterung Gerichtstrakt	-3.5	-0.0	3.5	- Aufgrund des ausstehenden strategischen Konzeptes zum Justizvollzug/Gefängnis wurde das Projekt vorübergehend sistiert.
- Bezirksverwaltung Hinwil, Erweiterung Gerichtsräume	-4.5	-0.0	4.5	- Bedürfnisabklärungen bei den Direktionen dauerten länger als geplant und haben zu Projektverzögerungen geführt.
- Kasernenstr. 49, Notmassnahme Fenster/Schadstoffuntersuchung /Gebäudehülle	-1.0	-0.0	1.0	- Projektverzögerungen aufgrund des Planerwahlverfahrens.
- Übrige	-10.1	-4.8	5.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015 171 691	Verwendung 2016 45 993	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017) 0	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016 125 699	Veränderung Bestand -45 992
--	------------------------------	--	--	--------------------------------

Bemerkungen

- davon Fr. 45 993 für Personalanlässe und Früchte

8710 Liegenschaftenerfolg

Die Liegenschaften des Finanzvermögens werden gemäss Rechnungslegungsverordnung alle vier Jahre neu bewertet. Neben den überbauten Liegenschaften wurden im Berichtsjahr auch Baurechte und Baulandreserven geschätzt. Landwirtschaftliche Liegenschaften wurden nicht bewertet. Die Liegenschaft an der Zollstrasse 20/36 in Zürich in

Bahnhofsnahe ist gebäudetechnisch am Lebensende ange- langt. Um das Objekt in gebrauchstauglichem Zustand zu halten, wurden im Berichtsjahr diverse Sofortmassnahmen im Instandhaltungsbereich veranlasst. Der Auftrag zur Gesamts- anierung wurde ausgelöst.

Aufgaben

- A1 Steuerungs- und Controllingorgan sowie Eigentümerversorger im Auftrag des Regierungsrates für Investitionen, Vermie- tung und Bewirtschaftung
- A2 Bereinigung des Portfolios der Fluglärmliegenschaften und mittelfristige Überführung in das allgemeine Finanzvermö- gen
- A3 Proaktive Bewirtschaftung des allg. Finanzvermögens hinsichtlich Leerstandsminimierung, Verbesserung der Markt- fähigkeit des Portfolio unter Berücksichtigung und Umsetzung der einzelnen Objektstrategien.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV [in Mio. Franken]	A1, A3	712.2	683.5	917	233.5	34.2
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1, A3	3	2.94	3.19	0.3	
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV [in %]	A1, A3	2.2	1.03	2	1	
W2	Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV	A1, A3	3.2	1.62	2.85	1.2	

Bemerkungen

- L1 Die Neubewertung des Finanzvermögens im Berichtsjahr sowie der Kauf eines Areals in Uetikon führten zu einer Erhö- hung des Bilanzwerts.
- B1 Leicht höherer Aufwand aufgrund von Bereitstellung von Rochadeflächen für geplante Umbauvorhaben.
- W1 Höhere Nettorendite aufgrund weniger baulicher Massnahmen und geringerer Planerkosten.
- W2 Höhere Nettorendite aufgrund weniger baulicher Massnahmen und geringerer Planerkosten.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
--	-----	-----	------------	--------	-----

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	26.8	26.0	120.4	94.4	363.1
- Mietzinsertrag	23.4	25.5	25.0	-0.5	-2.0
Aufwand	-25.6	-28.5	-17.0	11.5	40.4
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-13.6	-11.9	-12.3	-0.3	-2.8
Saldo	1.2	-2.5	103.4	105.9	4243.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
105.9		Abweichungen total B16 zu R16
87.3	A3	- Marktwertanpassungen infolge Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens
6.5	A3	- Tieferer baulicher Unterhalt für Liegenschaften des Finanzvermögens, v.a. durch Verzögerungen beim Schloss Laufen sowie bei drei Liegenschaften in Zürich
5.9	A3	- Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften
4.0	A3	- Auflösung Rückstellungen für latente Steuern auf Liegenschaften des Finanzvermögens
2.4	A3	- Geringere Honorare und Planungen Dritter
0.2	A3	- Mehr Mietzinserträge (inkl. Nebenkosten und Baurechtszinsen) infolge Abbau von Leerständen

Baudirektion
Leistungsgruppe 8710

- 0.3
- 0.1
- A3 - Höherer Zinsaufwand infolge Kauf eines Areals in Uetikon
- Übrige Abweichungen

8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)

Unter dem Motto «Mehrwert durch Kooperation» konnte der Strickhof seine Position als Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in der Land- und Ernährungswirtschaft im Berichtsjahr weiter ausbauen. Im Projekt Agrovet-Strickhof wurden die Bauarbeiten zügig vorangetrieben, sodass 2017 die ersten Milchkühe in den neuen Stall einziehen können. Auch im Bereich Weinbau wurde die Bündelung der Kräfte und die Kooperation mit den anderen Partnern, der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Agroscope und dem Branchenverband weiter vorangetrieben, indem für das «Weinbauzentrum Wädenswil» die Analyse- und Konzeptarbeiten erstellt wurden.

Das in den Vorjahren entwickelte forstliche Massnahmenfassungssystem (FOMES) ging in Betrieb und erleichtert die Abwicklung eines grossen Teils des forstlichen Beitragswesens.

Im Berichtsjahr konnte die Schutzverordnung für die Region Uetliberg-Albis, Teilgebiet Nord, und für das Naturschutzgebiet der Limmatatläufe in Dietikon in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung zu Ende geführt werden. Dennoch ist die langfristige Sicherung der prioritären Lebensräume als Kernaufgabe des Naturschutzes gegenüber den Vorgaben des Bundes und des Zürcher Naturschutz-Gesamtkonzeptes insgesamt zeitlich in Verzug.

Für die Umsetzung der Vorgaben zum ökologischen Leistungsnachweis (Direktzahlungsverordnung) wurde ein zweckmässiges Vorgehensschema für die Erfassung von relevanten Bodenerosionen erarbeitet.

Das Projekt «Neues Zürcher Jagdgesetz» verläuft nach Plan. Die eingesetzte Projektgruppe hat im Berichtsjahr einen Entwurf des neuen Gesetzes sowie der neuen Verordnung erarbeitet.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	A1	126 641	120 000	134 354	14 354	12.0
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	56 641	55 000	50 751	-4 249	-7.7
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume [in ha] (Zielwert)	A3	3 084	3 080	3 084	4	0.1
L4	Naturschutz: Anzahl Bewirtschafter Naturschutzflächen	A3	1 694	1 630	1 710	80	4.9
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial [in %] (Zielwert)	A4	75	75	76	1	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	A3	9 304	11 000	9 473	-1 527	-13.9
L7	Wald: Gepflegte Schutzwaldfläche [in ha] (Zielwert)	A2	300	295	350	55	18.6
L8	Landwirtschaft: Anzahl neu genehmigter Projekte für landwirtschaftliche Hochbauten	A1	24	20	19	-1	-5.0
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt	A1	28	30	37	7	23.3
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald [in %]	A2	46	46	47	1	
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad [in %]	A3	66	64	70	6	
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof [in %]	A1	67				
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen [in %]	A1	92	85	81	-4	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) [in %]	A2	95	100	84	-16	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vgl. z. Zuwachs) [in %]	A2	112	100	95	-5	
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten	A3	1.28	1.2	1.38	0.2	15.0
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtiger Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5'000m2 Fl. [in %]	A4	15	10	7	-3	

Baudirektion Leistungsgruppe 8800

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild	A3	10 640	10 500	11 012	512	4.9

Bemerkungen

L1	Die Verlegung der Hauswirtschaftlichen Kurse an den Mittelschulen auf die Unterstufe liess die Schülertage infolge grösserer Klassen ansteigen. Die zusätzlichen Angebote an freiwilligen Kursen und der Anstieg an Vollzeitausbildungen bei der Berufsmittelschule und der Fachausbildung Bäuerinnen führte zu höheren Schülerzahlen.
L2	Die Bautätigkeiten für Agrovet-Strickhof am Standort Lindau und der Umbau der Trotte in Winterthur führte zu tieferen Kursteilnehmerstunden in der Weiterbildung.
L6	Die negative Abweichung gegenüber dem Planwert ist durch die Integration von Zusatzpatenten in die ordentlichen Patente bedingt.
L7	Für die NFA-Periode 2016 - 2019 wurden in den Verhandlungen mit dem Bund deutlich mehr Mittel für die Schutzwaldpflege ausgehandelt als erwartet, und in der Folge konnte bereits im Berichtsjahr mehr Fläche gepflegt werden.
B1	Die Arbeitsbelastung hat sich erhöht, da mehrere grosse und arbeitsintensive Hochbauprojekte bearbeitet wurden.
B3	Die Einnahmen aus dem Fischereiregal, insbesondere jene aus den Fischereipatenten auf den grossen Seen, hängen stark vom Fangerfolg in den ersten Wochen des Jahres ab. Gute Fangerfolge wirken sich positiv auf die Verkäufe im Verlauf des Jahres aus. Zusammen mit den tieferen Ausgaben konnte der Kostendeckungsgrad gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.
W1	Der Indikator wird alle vier Jahre erhoben (2019, 2023, 2027 usw.).
W3	Die Holznutzung reagiert insbesondere im Privatwald sensitiv auf tiefere Erlöse. Der gefallene Euro-Kurs führte zu Preisabschlägen beim Holz, so dass weniger Holz geschlagen wurde. Hinzu kamen ungünstige Witterungsverhältnisse zu Beginn des Berichtsjahres.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 7.1e Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten		
Die Vorgaben der Agrarpolitik 2014-2017 wurden im Kanton Zürich umgesetzt. Die Software Agricola zur Administration der Direktzahlungen wurde in Zusammenarbeit mit den elf weiteren Agricola-Kantonen angepasst und funktioniert im operativen Tagesgeschäft.	Planmässig	2017
BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen.		
Die laufende Nachführung der Fruchtfolgeflächen findet im operativen Tagesgeschäft statt.	Planmässig	2018
BD 7.1i Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen.		
Im Projekt «Kartierung der sauren Waldböden» werden Ableitungskarten erarbeitet zur einfachen Erkennung und Beurteilung von Bodenkennwerten, die für die Waldbewirtschaftung wesentlich sind.	Planmässig	2019
BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen.		
Das Festsetzungsverfahren wurde entwickelt. Im Januar 2017 beginnt die Testphase mit der öffentlichen Auflage in der Gemeinde Wädenswil.	Planmässig	2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	332.1	333.1	333.4	0.3	0.1

Bemerkungen B16 zu R16

Diverse kleinere Abweichungen in den verschiedenen Abteilungen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	197.1	213.3	197.8	-15.5	-7.3
- Durchlaufende Beiträge	149.1	165.7	148.5	-17.2	-10.4
Aufwand	-258.1	-275.3	-256.4	18.9	6.9
- Durchlaufende Beiträge	-149.1	-165.7	-148.5	17.2	10.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.9			
Saldo	-61.0	-61.9	-58.6	3.4	5.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	5.2	2.7	3.5	0.9	32.7
Ausgaben	-15.4	-11.7	-12.0	-0.3	-2.3
Saldo	-10.2	-9.0	-8.4	0.6	6.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.4		Abweichungen total B16 zu R16
17.2	A1, RRZ	- Geringerer Aufwand Durchlaufende Beiträge (Direktzahlungen Landwirtschaft)
	7.1e	
2.2	A1, A2, A3, A4	- Geringerer Sachaufwand (v.a. Dienstleistungen Dritter)
0.8	A1, A2	- Höherer Transferertrag (v.a. Beiträge Bund und Kantone)
0.7	A1, A2	- Geringerer Aufwand Staatsbeiträge (v.a. Asiatischer Laubholzbockkäfer, Waldbewirtschaftung, Landschaftsqualitätsbeiträge und Feuerbrand)
0.5	A3	- Höherer Ertrag Interne Verrechnungen (v.a. Leistungen im Bereich der Naturbildung)
0.4	A1, A2, A3, A4	- Geringerer Personalaufwand (v.a. aufgrund Rückerstattungen)
0.3	A1, A2	- Höhere Entgelte (v.a. Berufsbildung)
0.1	A3	- Höhere Erträge Regalien (v.a. Fischerei)
-0.2	A3	- Höherer Aufwand Interne Verrechnungen (v.a. Leistungen im Bereich der Naturbildung)
-1.5	A1	- Höherer Kapitalaufwand (v.a. ausserordentliche Abschreibung Gebäude)
-17.2	A1, RRZ	- Geringerer Ertrag Durchlaufende Beiträge (Direktzahlungen Landwirtschaft)
	7.1e	
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.0	-8.4	0.6	
- Ausgaben Sachanlagen	-1.6	-1.3	0.3	- Nicht alle budgetierten Projekte konnten realisiert werden (Bereich Bildung, Bodenschutz sowie Fischerei und Jagd).
- Ausgaben Immaterielle Anlagen	0.0	-0.4	-0.4	- Nicht budgetierte Ausgaben für Kompensationsrecht Fruchtfolgeflächen (Jagdschiessanlage Bülach Widstut) (Fischerei und Jagd).
- Ausgaben Darlehen	-0.2	0.0	0.2	- Darlehen Neue Regionalpolitik konnte nicht ausgerichtet werden.
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-7.8	-7.6	0.2	- Genereller Rückgang bei den Subventionsgesuchen im Bereich Landwirtschaftliches Bauen aufgrund der agrarpolitischen Situation.
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.2	-2.6	-0.4	- Abrechnung von mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Einnahmen Investitionsbeiträge	0.3	0.5	0.2	- Höhere Einnahmen vom Bund im Bereich Wald (v.a. RRB 453 Waldnaturschutzprojekt Thurauen)
- Einnahmen Rückzahlung Investitionsbeiträge	0.2	0.4	0.2	- Höhere Rückzahlungen im Bereich Landwirtschaft
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.2	2.6	0.4	- Abrechnung von mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Übrige	0.1	-0.0	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
361 135	18 818	0	342 318	-18 818

Bemerkungen

- Verwendung von Rücklagen 2016: Fr. 18 818
- davon Fr. 12 403 für die Teamentwicklung
 - davon Fr. 6 415 für die übrigen Personalanlässe (Personalanlässe und Infrastruktur)

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Zur Erhaltung der Naturschutzgebiete wurden Bewirtschaftungsbeiträge an deren Pflege entrichtet. Am Greifensee und Pfäffikersee wurden mehrere Stege ersetzt. Moore beim Katzensee, beim Hirzel sowie mehrerer Kiesgrubenbiotope wurden regeneriert. Verschiedene besonders gefährdete Tiere und Pflanzen wurden mit spezifischen Artenschutzmassnahmen gezielt gefördert.

Die intensive Bautätigkeit führte in der Archäologie zu zahlreichen Sondierungen, Rettungsgrabungen (u.a. in Otelfingen, Pfäffikon, Winterthur-Altstadt und Oberwinterthur) sowie Baubegleitungen. Nach der Feldarbeit werden Dokumentationen und Fundobjekte aufgearbeitet, konserviert, restauriert und archiviert. Zum Auswertungsprojekt Zürich, Parkhaus Opéra, sind mehrere Publikationen erschienen.

Im Bereich Denkmalpflege wurden bei rund 100 Objekten Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen gemacht. An die Sanierung einer Sandsteinmauer in Uetikon am See wurden Beiträge ausgerichtet. In Bäretswil konnte die Fassadensanierung der Spinnerei Neuthal abgeschlossen werden. In der Villa Stünzi in Horgen wurden bauliche Instandsetzungsmassnahmen (u.a. Fenstersanierung und Dacheindeckung) durchgeführt.

Im Ortsbild- und Landschaftsschutz konnte mit der Unterstützung des «Bollwerks» in der historischen Altstadt von Eglisau ein erheblicher Mehrwert für das Ortsbild als Ganzes erzielt werden. Weitere Mittel wurden für den laufenden Unterhalt von Fondsliegenschaften in den Gemeinden Freienstein-Teufen und Egg eingesetzt.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
- A2 Erwerb von Grundstücken (z.B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
- A3 Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1 694	1 630	1 710	80	4.9
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte	A1	6	3	4	1	33.3
L3	Anzahl archäologische Projekte	A1	196	190	200	10	5.3
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	1	5	2	-3	-60.0

Bemerkungen

- L1 Durch die Zunahme der Vertragsflächen erhöhte sich die Anzahl Bewirtschafter.
- L3 Es sind mehr Grabungsprojekte von mittlerer Grösse im Gang. Weiterhin ist die Zahl von Baubegleitungen gross und es treffen relevante Fundmeldungen ein.
- L4 Im Berichtsjahr wurden weniger beitragsberechtigte Anträge gestellt als prognostiziert.

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	5.3	4.1	6.1	2.0	49.9

Bemerkungen R16 zu B16

- Der Fondsbestand ist um 2.0 Mio. Franken höher als budgetiert, da die Rechnung anstatt des geplanten 2.0 Aufwandüberschuss von 1.2 Mio. Franken einen Ertragsüberschuss von 0.8 Mio. aufweist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	40.5	37.7	39.5	1.9	5.0
- Übertrag vom GS (8000)	23.0	23.0	23.0	0.0	0.0
Aufwand	-41.1	-38.9	-38.7	0.2	0.4
- Abschreibungen und Zinsen	-4.8	-5.5	-4.2	1.2	22.3
Saldo	-0.6	-1.2	0.8	2.0	166.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-2.2	-5.8	-3.3	2.5	42.7
- Kreditübertragungen aus 2015		-1.6			
Saldo	-2.2	-5.8	-3.3	2.5	43.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.0		Abweichungen total B16 zu R16
1.9	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Denkmalpflege
0.8	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz
-0.7	A1, A2	- Höherer Aufwand für die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts
0.0		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. So konnten für die Klinik Hohenegg in Meilen, die Siedlung Neubühl in Zürich Wollishofen, das Kirchgemeindehaus und die

Helferei Grossmünster in Zürich, das Moser-Glasdach des Kunsthhauses Zürich sowie für die Sanierung der Kosthäuser des ehemaligen Spinnereiensembles Station Oberkempttal Beiträge geleistet werden. Insgesamt wurden für rund 50 Objekte Zahlungen oder Schlusszahlungen geleistet.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zu Gunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1 Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	A1	41	50	39	-11	-22.0

Bemerkungen

L1 Die Anzahl eingehender Beitrittsgesuche ist exogen beeinflusst.

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	28.5	28.5	28.9	0.4	1.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9.9	8.9	6.4	-2.5	-28.4
- Übertrag vom Lotteriefonds	8.5	8.5	6.0	-2.5	-29.8
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.8	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-9.9	-8.9	-6.4	2.5	28.4
- Staatsbeiträge	-0.6	-1.2	-0.7	0.5	38.8
- Abschreibungen und Zinsen	-9.2	-7.8	-5.2	2.5	32.3
- Einlage in Bestandeskonto			-0.4	-0.4	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.0	2.0	0.2	-1.8	-91.0
Ausgaben	-11.3	-9.8	-5.4	4.3	44.4
Saldo	-9.2	-7.8	-5.2	2.5	32.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
2.5	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
0.5	A2	- Geringere Betriebsbeiträge
-0.4		- Einlage ins Fondskapital im Umfang der Kapitalzinsen
-2.5		- Geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds
-0.1		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und eingespieltes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen praktizierten Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich : (Zielwert)	A1	281	280	281	1	0.4
L2	- davon in den Städten Zürich und Winterthur (Zielwert)	A1	35	40	35	-5	-12.5
L3	- davon im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur; Zielwert)	A1	246	240	246	6	2.5
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin [Fr.]	A1	0.6	0.6	0.6	0	0.0
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall [in t]	A1	346	340	339	-1	-0.3
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen :	A1	33 800	33 500	33 163	-337	-1.0
W3	- davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	A1	6 656	5 500	6 413	913	16.6
W4	- davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	A1	3 821	4 700	3 911	-789	-16.8
W5	- davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	A1	23 323	23 000	22 839	-161	-0.7

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	2.5	2.0	2.2	0.2	9.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.9	0.9	0.9	0.0	1.0
- Abgaben von Gemeinden		0.9	0.9	0.9	0.0	0.7
Aufwand		-1.2	-1.4	-1.2	0.2	12.7
- Beiträge an Betriebe		-0.7	-0.7	-0.7	0.0	2.8
Saldo		-0.3	-0.5	-0.3	0.2	39.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total B16 zu R16
0.1	A1	- Geringerer Sachaufwand (z.B. für Dienstleistungen Dritter)
0.1		- Übrige Abweichungen

8960 Deponiefonds

Der Deponiefonds erreicht Ende des Berichtsjahres einen Bestand von 25,0 Mio. Franken. Am Fonds sind 13 Deponien mit einem Gesamtvolumen von 16 Mio. m³ angeschlossen. Der Fonds trägt das Risiko für die Sanierungspflicht von 2,6 Mio. m³.

Aufgaben

A1 Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der aktuell betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.

Fonds	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	25.4	25.7	25.0	-0.8	-3.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.5	0.4	0.0	-0.4	-91.9
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.1	0.1	-0.8	-0.8	-1523.3
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.4	0.4	0.4	0.0	1.6
- Entnahme aus Bestandeskonto			0.4	0.4	0.0
Aufwand	-0.5	-0.4	-0.0	0.4	91.9
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.5	-0.3		0.3	100.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.8	A1	- Statt der budgetierten Einlage in den Fonds von 0.35 Mio. Franken wurden 0.42 Mio. Franken aus dem Fonds entnommen. Entsprechend verringerte sich das Fondsvermögen (Fonds im Fremdkapital) gegenüber dem Vorjahr um 0.42 Mio. Franken.
-0.8	A1	- Im Berichtsjahr erfolgten Rückerstattungen von in den Vorjahren zu viel einbezahlten Einkaufsbeträgen zweier Deponiebetreiber im Zusammenhang mit der Übernahme des Risikos der Sanierungspflicht durch den Fonds. Nach Abschluss und Rekultivierung der Deponie resp. Kompartimente und vor der Übernahme des Sanierungsrisikos sind allfällige Differenzbeträge auszugleichen. Diese Ertragsminderungen waren nicht budgetiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	0.9	0.9	0.9	-0.0	-0.4

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.3
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.3
- Entnahme aus Bestandeskonto					
Aufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.3
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	27.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

8980 Wildschadenfonds

Die Schadenssumme hat erneut zugenommen, obwohl der Bestand an Schwarzwild deutlich tiefer war. Zudem wurden höhere Beiträge an Einzäunungen und an weitere vorbeugende Massnahmen ausbezahlt.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	525	390	538	148	37.9
L2	Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	26	25	48	23	92.0
L3	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	30	30	41	11	36.7
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen [in %]	A1	53	46	62	16	
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben [in Fr.]	A1	332 447	250 000	350 467	100 467	40.2

Bemerkungen

- L1 Im Berichtsjahr ereigneten sich wesentlich mehr Wildschäden durch Schwarzwild. Auffallend war, dass viele kleine Schäden registriert wurden. Aufgrund der Bestandesschätzungen an Wildschweinen kann die Anzahl und die Höhe der zu erwartenden Wildschäden kaum vorausgesagt werden (Planungsunsicherheit).
- L2 Es gingen im Berichtsjahr mehr Gesuche für Einzäunungen ein. Sowohl die Fischerei- und Jagdverwaltung als auch die Wildschadenexperten haben in den vergangenen Jahren betreffend Abwehrmassnahmen viel Aufklärungsarbeit geleistet. Durch diese Schutzmassnahmen können Schäden deutlich reduziert werden.
- B1 Es wurden höhere Ausgaben für Wildschäden und auch bedeutend höhere Ausgaben für Einzäunungen ausgerichtet. Die Gesamtsumme an Wildschäden war trotz stark reduziertem Bestand an Wildschwein etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Zudem gingen deutlich mehr Beitragsgesuche für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen ein und die Einnahmen aus den Gästejagdpässen nahmen leicht ab infolge der Anerkennung des Aargauer Jagdpasses.
- W1 Im Berichtsjahr traten wesentlich mehr Wildschäden durch Schwarzwild in allen Kulturen auf. Zudem hatten die saisonalen Witterungsverhältnisse, die Intensität der Buchen- und Eichenmast sowie die Härte und Dauer des Winters einen grossen Einfluss auf die Höhe der Schäden.

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	2.1	2.0	2.1	0.0	1.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.5	0.4	0.6	0.2	49.0
- Erträge aus Regalien		0.1	0.1	0.1	0.0	17.2
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge		0.1	0.0	0.1	0.0	80.1
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung		0.4	0.3	0.5	0.2	50.0
Aufwand		-0.6	-0.5	-0.7	-0.2	-35.7
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen		-0.4	-0.3	-0.5	-0.2	-54.6
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)		-0.2	-0.2	-0.2	0.0	1.9
Saldo		-0.0	-0.1	-0.1	0.0	21.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.2	A1	- Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds aus der Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 8800, Amt für Landschaft und Natur
-0.2	A1	- Höhere Beiträge für Wildschäden
0.0		- Übrige Abweichungen

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2016 Kantonsrat (14.12.2015)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2016 mit Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2016	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 18 021 100	-	- 18 021 100	- 17 540 845	480 255
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 220 000	- 120 000	- 340 000	-	340 000
Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 277 500	- 606 000	- 6 883 500	- 6 294 805	588 695
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 7 500 000	-	- 7 500 000	- 3 978 009	3 521 991
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 66 153 900	-	- 66 153 900	- 68 830 032	- 2 676 132
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	- 150 000	- 150 000	- 34 043	115 957
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 34 212 000	-	- 34 212 000	- 33 699 611	512 389
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 174 784 100	-	- 174 784 100	- 179 461 709	- 4 677 609
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 24 360 000	- 8 965 000	- 33 325 000	- 11 022 285	22 302 715
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 393 000	-	- 6 393 000	- 5 778 110	614 890
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 000 000	-	- 2 000 000	- 23 895	1 976 105
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 422 710 000	-	- 422 710 000	- 419 236 297	3 473 703
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2217 Abwicklung Investitionsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 278 000	-	- 5 278 000	- 5 373 632	- 95 632
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 500 000	-	- 500 000	- 426 676	73 324
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 352 000	-	1 352 000	2 404 060	1 052 060
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 899 400	-	- 5 899 400	- 5 871 807	27 593
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 270 000	-	- 270 000	-	270 000
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 493 700	-	- 7 493 700	- 7 479 302	14 398
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 500 000	-	- 500 000	- 621 292	- 121 292
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 10 328 000	-	- 10 328 000	- 9 737 304	590 696
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 789 200	-	- 789 200	- 837 071	- 47 871
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 79 828 800	- 243 000	- 80 071 800	- 80 230 206	- 158 406
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 259 700	- 55 000	- 2 314 700	- 2 328 109	- 13 409
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 093 600	-	- 8 093 600	- 8 910 354	- 816 754
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	10 269 700	-	10 269 700	10 417 578	147 878
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 50 932 000	- 888 000	- 51 820 000	- 50 575 648	1 244 352
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 140 000	- 1 679 000	- 2 819 000	- 188 365	2 630 635

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2016 Kantonsrat (14.12.2015)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2016 mit Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2016	Abweichung + besser, - schlechter
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 180 700	-	- 5 180 700	- 4 053 563	1 127 137
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000	-	- 200 000	-	200 000
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 402 474 100	-	- 402 474 100	- 402 864 885	- 390 785
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 28 468 000	- 7 243 000	- 35 711 000	- 20 115 753	15 595 247
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	17 603 000	-	17 603 000	18 639 468	1 036 468
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 165 000	-	- 4 165 000	- 1 322 414	2 842 586
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 11 741 700	-	- 11 741 700	- 11 507 937	233 763
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000	-	- 200 000	- 156 060	43 940
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 13 000 000	-	- 13 000 000	- 12 014 707	985 293
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 803 000	- 801 000	- 5 604 000	- 2 526 744	3 077 256
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 650 400 000	-	- 650 400 000	- 679 848 290	- 29 448 290
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 15 200 000	- 1 980 000	- 17 180 000	- 16 278 432	901 568
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 110 000	-	- 3 110 000	- 3 087 505	22 495
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 496 200	-	- 2 496 200	- 2 753 596	- 257 396
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 300 000	-	- 3 300 000	- 1 072 356	2 227 644
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 517 035	-	- 517 035	- 383 661	133 374
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 435 000	-	6 435 000	7 541 984	1 106 984
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 082 400	-	- 2 082 400	- 1 338 837	743 563
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	- 337 500	- 337 500	- 337 500	-
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 039 437	- 1 400 000	- 9 439 437	- 7 352 900	2 086 537
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 500 000	- 1 500 000	- 2 000 000	- 840 399	1 159 601
4300 Amt für Tresorerie					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 895 700	-	- 895 700	- 870 335	25 365
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 161 547 343	- 1 622 000	- 163 169 343	- 161 568 238	1 601 105
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 12 700 000	-	- 12 700 000	- 7 135 513	5 564 487
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 830 979	- 3 050 000	- 20 880 979	- 15 608 862	5 272 117
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 440 000	- 1 100 000	- 1 540 000	-	1 540 000
4600 Direktionsübergreifende Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 913 510	-	- 7 913 510	- 7 201 813	711 697
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 122 756	- 122 756
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	232 000	-	232 000	83 587	- 148 413
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000	-	- 200 000	- 190 105	9 895
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 143 000 000	-	7 143 000 000	7 122 470 422	- 20 529 578
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 200 000	-	- 2 200 000	- 2 416 670	- 216 670
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	313 114 500	-	313 114 500	345 268 863	32 154 363
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 502 970	- 502 970
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	217 903 474	-	217 903 474	249 717 803	31 814 329
Budgetkredit Investitionsrechnung	167 700 000	-	167 700 000	-	- 167 700 000
4960 Interkantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 441 822 164	-	- 441 822 164	- 441 822 163	1
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2016 Kantonsrat (14.12.2015)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2016 mit Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2016	Abweichung + besser, – schlechter
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 73 042 355	–	– 73 042 355	– 13 520 679	59 521 676
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 648 700	–	– 3 648 700	– 3 335 592	313 108
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 220 000	–	– 220 000	–	220 000
5205 Amt für Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 95 972 600	–	– 95 972 600	– 94 633 030	1 339 570
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 70 435 000	–	– 70 435 000	– 68 621 012	1 813 988
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 303 774 500	–	– 303 774 500	– 297 967 803	5 806 697
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 48 158 800	–	– 48 158 800	– 45 761 979	2 396 821
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 12 750 000	–	– 12 750 000	– 7 474 535	5 275 465
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 51 911 000	–	– 51 911 000	– 51 149 499	761 501
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 85 403 000	–	– 85 403 000	– 56 744 521	28 658 479
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	567 700	–	567 700	4 460 327	3 892 627
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	97 309 300	–	97 309 300	113 782 764	16 473 464
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 23 444 200	–	– 23 444 200	– 20 061 961	3 382 239
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 600 000	– 420 000	– 1 020 000	– 757 287	262 713
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 16 777 700	–	– 16 777 700	– 16 600 088	177 612
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 3 080 000	–	– 3 080 000	– 1 600 036	1 479 964
6150 Arzneimittelversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	50 000	–	50 000	52 294	2 294
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 8 560 000	– 1 277 000	– 9 837 000	– 7 775 516	2 061 484
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 7 369 700	– 365 000	– 7 734 700	– 7 127 390	607 310
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–1 241 328 000	–	–1 241 328 000	–1 176 681 607	64 646 393
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 175 395 000	–	– 175 395 000	– 65 535 813	109 859 187
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 220 300 000	–	– 220 300 000	– 199 296 603	21 003 397
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 38 240 000	–	– 38 240 000	– 23 217 249	15 022 751
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 350 200 000	– 51 862 000	– 402 062 000	– 405 257 406	– 3 195 406
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 107 100	–	– 107 100	– 117 117	– 10 017
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 63 383 126	– 865 000	– 64 248 126	– 61 333 155	2 914 971
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 710 000	–	– 1 710 000	– 701 470	1 008 530
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 541 300	– 650 000	– 4 191 300	– 1 281 947	2 909 353
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 172 820 000	–	– 172 820 000	– 124 814 312	48 005 688
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 000 000	–	5 000 000	374 297	– 4 625 703
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 000 000	–	– 1 000 000	– 223 931	776 069
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 413 415 483	–	– 413 415 483	– 401 936 805	11 478 678
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 9 000 000	–	– 9 000 000	– 9 027 749	– 27 749
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 362 994 700	–	– 362 994 700	– 360 613 909	2 380 791
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 963 600	–	– 1 963 600	– 1 183 227	780 373
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 372 200 000	–	– 372 200 000	– 350 680 205	21 519 795
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 13 388 000	– 673 000	– 14 061 000	– 2 859 630	11 201 370

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2016 Kantonsrat (14.12.2015)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2016 mit Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2016	Abweichung + besser, – schlechter
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 606 998 000	–	– 606 998 000	– 597 783 537	9 214 463
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 500 000	–	– 2 500 000	–	2 500 000
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 53 533 800	–	– 53 533 800	– 58 968 812	– 5 435 012
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 128 000	–	– 2 128 000	– 2 125 262	2 738
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 393 597 300	– 9 145 000	– 402 742 300	– 384 142 471	18 599 829
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 46 665 000	–	– 46 665 000	– 61 231 368	– 14 566 368
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 144 327 400	–	– 144 327 400	– 185 905 379	– 41 577 979
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 4 475 000	– 211 000	– 4 686 000	– 2 687 452	1 998 548
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 18 405 100	–	– 18 405 100	– 17 655 030	750 070
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 300 000	–	– 300 000	–	300 000
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 653 400	–	– 3 653 400	6 161 543	9 814 943
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 35 478 600	–	– 35 478 600	– 34 652 798	825 802
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 6 000 000	– 2 653 000	– 8 653 000	– 3 518 078	5 134 922
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 22 107 850	–	– 22 107 850	– 22 784 927	– 677 077
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 23 931 000	– 771 000	– 24 702 000	– 23 707 259	994 741
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 000 000	–	– 1 000 000	– 1 370 424	– 370 424
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 222 069 500	–	– 222 069 500	– 207 301 564	14 767 936
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 116 840 000	–	– 116 840 000	– 83 387 303	33 452 697
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 90 288 660	–	– 90 288 660	– 95 979 986	– 5 691 326
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 70 519 700	– 5 200 000	– 75 719 700	– 49 820 623	25 899 077
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 315 600	–	– 1 315 600	– 347 951	967 649
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 21 304 927	– 2 997 000	– 24 301 927	– 19 532 927	4 769 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 159 047 000	– 85 358 000	– 244 405 000	– 46 546 699	197 858 301
8710 Liegenschaftenerfolg					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 496 619	–	– 2 496 619	103 444 194	105 940 813
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 61 077 000	– 862 000	– 61 939 000	– 58 580 628	3 358 372
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 11 688 000	–	– 11 688 000	– 11 958 471	– 270 471
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 218 000	–	– 1 218 000	806 997	2 024 997
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 4 130 000	– 1 630 000	– 5 760 000	– 3 298 754	2 461 246
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	0	–	0	427 786	427 786
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 9 750 000	–	– 9 750 000	– 5 425 175	4 324 825
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 452 700	–	– 452 700	– 272 085	180 615
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	345 000	–	345 000	– 422 626	– 767 626
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	14 000	–	14 000	10 111	– 3 889
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 92 600	–	– 92 600	– 72 490	20 110
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2016 Kantonsrat (14.12.2015)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2016 mit Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2016	Abweichung + besser, – schlechter
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 9 848 195	–	– 9 848 195	– 9 277 884	570 311
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank (neu)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	21 000 000	–	21 000 000	21 919 081	919 081
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 590 300	–	– 4 590 300	– 4 463 964	126 336
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 148 000	–	– 148 000	–	148 000
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 48 325 200	– 150 000	– 48 475 200	– 42 670 901	5 804 299
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 10 340 000	– 7 014 000	– 17 354 000	– 6 670 667	10 683 333
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 116 209 900	– 156 000	– 116 365 900	– 111 961 191	4 404 709
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 5 355 500	– 7 881 000	– 13 236 500	– 449 156	12 787 344
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	16 513 400	–	16 513 400	27 759 009	11 245 609
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 700 000	– 640 000	– 3 340 000	– 1 791 208	1 548 792
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 7 402 435	–	– 7 402 435	– 6 879 351	523 084
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 13 607 459	–	– 13 607 459	– 14 176 402	– 568 943
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 250 500	–	– 4 250 500	– 4 183 664	66 836
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	– 1 344 962	– 1 344 962
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 255 800	–	– 2 255 800	– 2 166 379	89 421
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 231 850	–	– 1 231 850	– 1 185 565	46 285
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 375 100	–	– 2 375 100	– 2 212 353	162 747
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	– 11 506	– 11 506
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 176 354 000	–	– 176 354 000	– 170 790 803	5 563 197
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 023 000	–	– 1 023 000	– 1 008 601	14 399
9510 Universitätsspital Zürich*					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 266 204 818	–	– 266 204 818	– 267 824 207	– 1 619 389
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 39 500 000	–	– 39 500 000	– 39 863 534	– 363 534
9520 Kantonsspital Winterthur*					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 125 352 000	–	– 125 352 000	– 126 737 587	– 1 385 587
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 27 080 000	– 6 052 000	– 33 132 000	– 16 505 557	16 626 443
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 602 970 000	–	– 602 970 000	– 588 572 900	14 397 100
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 45 250 000	–	– 45 250 000	– 41 935 013	3 314 987
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 28 476 600	–	– 28 476 600	– 28 624 358	– 147 758
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 660 000	–	– 2 660 000	– 2 731 849	– 71 849
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 169 791 900	– 9 145 000	– 178 936 900	– 162 154 093	16 782 807
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 16 826 000	– 4 929 000	– 21 755 000	– 10 179 021	11 575 979
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 107 241 000	–	– 107 241 000	– 100 969 577	6 271 423
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 900 000	–	– 2 900 000	– 2 575 868	324 132
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 109 225 100	–	– 109 225 100	– 103 802 876	5 422 224
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 000 000	–	– 1 000 000	– 163 370	836 630
9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	2 712 346	2 712 346
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

* Der «Budgetkredit Erfolgsrechnung» der beiden Spitäler USZ und KSW (Leistungsgruppen Nrn. 9510 und 9520) weist in der Spalte «Rechnung 2016» die tatsächlich ausgerichteten Staatsbeiträge aus.

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

9200 Arbeitslosenkasse

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-	-	-	2 677 848	2 677 848
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 2 478 000 und die Auflösung von Rücklagen von Fr. 435 587 zulasten der Rechnung 2016. Per Saldo beträgt die beantragte Rücklagenbildung Fr. 2 042 413. Für das Jahr 2015 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 4 932 346. Diese hat der Kantonsrat am 11. Juli 2016 mit dem Geschäftsbericht 2015 genehmigt.

abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe auf Grund effizienter Leistungserbringung besser

in Franken

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2015	Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand (+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total	4 932 346	51 994 557	5 544 259	2 042 413	48 492 712	-3 501 846
1000 Regierungsrat u. Staatskanzlei	-	427 665	20 617	-	407 048	- 20 617
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	65 000	389 612	51 048	50 000	388 564	- 1 048
2204 Strafverfolgung Erwachsene	-	1 748 940	41 455	-	1 707 485	- 41 455
2205 Jugendstrafrechtspflege	-	94 531	-	-	94 531	-
2206 Amt für Justizvollzug	329 400	4 358 314	907 048	-	3 451 266	- 907 048
2207 Gemeindeamt	-	78 817	25 241	-	53 576	- 25 241
2221 Handelsregisteramt	-	323 737	-	-	323 737	-
2223 Statistisches Amt	51 000	168 590	45 935	51 000	173 655	5 065
2224 Staatsarchiv	-	156 982	-	-	156 982	-
2232 Fachstelle Opferhilfe	10 000	32 692	4 076	5 500	34 116	1 424
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	7 500	15 934	1 482	-	14 453	- 1 482
2234 Fachstelle Kultur	-	43 964	3 509	-	40 455	- 3 509
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	5 000	40 537	5 603	-	34 934	- 5 603
2251 Bezirksräte	110 000	268 602	36 557	-	232 045	- 36 557
2261 Statthalterämter	130 000	396 310	72 526	-	323 784	- 72 526
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	50 000	60 285	27 562	30 000	62 722	2 438
3100 Kantonspolizei	-	1 682 000	89 000	-	1 593 000	- 89 000
3200 Strassenverkehrsamt	300 000	314 120	269 584	300 000	344 536	30 416
3300 Migrationsamt	50 000	85 473	54 081	50 000	81 391	- 4 081
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	-	-	-	-	-	-
3500 Sozialamt	-	232 602	23 304	-	209 298	- 23 304
4000 Generalsekretariat FD	10 000	59 350	11 707	-	47 643	- 11 707
4100 Finanzverwaltung	6 000	230 721	29 850	-	200 871	- 29 850
4300 Amt für Tresorerie	-	11 257	-	-	11 257	-
4400 Steuern Betriebsteil	250 000	3 664 338	1 344 300	-	2 320 038	-1 344 300
4500 Personalamt	40 000	326 682	-	-	326 682	-
4600 Direktionsübergreifende Informatik	-	7 297	-	-	7 297	-
4700 Drucksachen und Material	-	410 613	-	-	410 613	-
5000 Generalsekretariat (GS)	-	42 270	18 625	-	23 645	- 18 625
5205 Amt für Verkehr (AFV)	20 000	140 705	36 635	-	104 070	- 36 635
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	100 000	1 793 131	212 984	-	1 580 147	- 212 984
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	100 000	431 424	123 484	100 000	407 940	- 23 484
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	-	647 379	26 311	10 000	631 068	- 16 311
6150 Arzneimittelversorgung	-	68 571	57 225	59 500	70 847	2 275
6400 Psychiatrische Versorgung*	1 300 000	10 055 162	557 345	534 000	10 031 817	- 23 345
7000 Bildungsverwaltung	-	883 000	-	-	883 000	-
7301 Mittelschulen	-	6 988 556	-	-	6 988 556	-
7306 Berufsbildung	-	1 000 000	-	-	1 000 000	-
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	-	4 000 000	-	-	4 000 000	-
8000 Generalsekretariat	-	383 772	8 806	-	374 966	- 8 806
8100 Hochbauamt	-	200 449	-	-	200 449	-
8300 Amt für Raumentwicklung	-	359 600	-	-	359 600	-
8400 Tiefbauamt	-	688 937	35 337	-	653 600	- 35 337
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-	514 186	36 751	-	477 436	- 36 751
8700 Immobilienamt	-	171 691	45 993	-	125 699	- 45 993
8800 Amt für Landschaft und Natur	-	361 135	18 818	-	342 318	- 18 818
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	-	22 719	-	-	22 719	-
9020 Finanzkontrolle	-	84 200	-	-	84 200	-
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	600 000	1 510 174	243 404	200 000	1 466 770	- 43 404
9040 Bezirksgerichte	957 446	3 524 706	797 121	722 000	3 449 585	- 75 121
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	400 000	1 376 548	36 000	20 000	1 360 548	- 16 000
9063 Verwaltungsgericht	-	239 089	44 551	90 000	284 538	45 449
9064 Sozialversicherungsgericht	-	269 587	-	- 269 587	-	- 269 587
9065 Baurekursgericht	-	155 209	132 554	50 000	72 655	- 82 554

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken

Veränderung
Bestand

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2015	Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	(+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
9066 Steuerrekursgericht	30 000	106 017	46 510	40 000	99 507	- 6 510
9070 Ombudsmann	-	13 039	-	-	13 039	-
9071 Datenschutzbeauftragter	11 000	65 631	1 322	-	64 309	- 1 322
9300 Zürcher Verkehrsverbund	-	267 707	-	-	267 707	-

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2015», «Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015» und «Verwendung 2016» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Das Total der beantragten Rücklagenbildung ist als Nettobetrag ausgewiesen und setzt sich aus den Anträgen auf Rücklagenbildung und den Anträgen auf Rücklagenauflösung zusammen.

* Psychiatrische Versorgung: Antrag Bildung 2016 per Saldo Fr. 534 000, davon Antrag auf Rücklagenbildung für die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland AG von Fr. 700 000 und Antrag auf Rücklagenauflösung für die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich von Fr. 166 000.

Die beantragte Bildung und Auflösung (Psychiatrische Versorgung und Sozialversicherungsgericht, vgl. Leistungsgruppenblätter) der Rücklagen im Betrag von netto 2,0 Mio. Franken wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen in Höhe von 5,5 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft sinkt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2016

einschliesslich der beantragten Bildung um rund 3,5 Mio. Franken oder 7 Prozent auf 48,5 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als 50 000 Franken vor:

in Franken

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag
2206 Amt für Justizvollzug	Personal über Rücklagen finanziert	642 991
	Teamausflüge	132 655
	Mobiliar	59 592
	Qualitätsmanagement JVA	51 361
4400 Steuern Betriebsteil	Verbesserung Zutrittssicherheit am Standort des Steueramts	1 300 000
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Mitarbeitergesamtanlass	148 822
6150 Arzneimittelversorgung	Eingangsgestaltung im neuen Gebäude in Schlieren	57 225
6400 Psychiatrische Versorgung	Personalanlässe PUK	413 489
	Personalanlässe und Anschaffungen Mobiliar ipw	143 856
9065 Baurekursgericht	Ersatz des mehr als 25-jährigen Mobiliars	125 000

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Die Verwendung der Gewinne 2016 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken

Leistungsgruppe

Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im
Rahmen der Gewinnverwendung

Total Zuweisung zu den Reserven

121 101 340.23

9510 Universitätsspital Zürich	84 253 224.00
9520 Kantonsspital Winterthur	23 366 394.45
9600 Universität Zürich	3 461 536.12
9710 Zürcher Fachhochschule für Angewandte Wissenschaften	3 947 664.66
9720 Zürcher Hochschule der Künste	3 047 896.64
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	3 024 624.36

in Franken

Leistungsgruppe

Antrag auf Ausschüttung an den Kanton im
Rahmen der Gewinnverwendung

Total Ausschüttung an den Kanton

6 400 000

9520 Kantonsspital Winterthur	6 400 000
-------------------------------	-----------

Anhang 1

Behörden	269
Übersicht Finanzierung	269
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	270
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank	271
9020 Finanzkontrolle	272
9070 Ombudsmann	273
9071 Datenschutzbeauftragter	274
Rechtspflege	276
Übersicht Finanzierung	276
9030 Obergericht	277
9040 Bezirksgerichte	280
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	283
9063 Verwaltungsgericht	286
9064 Sozialversicherungsgericht	288
9065 Baurekursgericht	290
9066 Steuerrekursgericht	293
Zu konsolidierende Anstalten	296
Übersicht Finanzierung	296
9300 Zürcher Verkehrsverbund	297
9510 Universitätsspital Zürich	300
9520 Kantonsspital Winterthur	305
9600 Universität Zürich	310
9690 Zentralbibliothek	316
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	318
9720 Zürcher Hochschule der Künste	324
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	329
9800 Stiftungen und Legate	333
Nicht konsolidierte Organisationen	335
9200 Arbeitslosenkasse	335

Behörden

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	21.8	22.2	23.1	1.0	4.4
Aufwand	-18.6	-19.2	-18.4	0.9	4.5
Saldo	3.2	3.0	4.8	1.8	61.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.1	-0.0	0.1	92.2
Saldo	-0.1	-0.1	-0.0	0.1	92.2

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	A1	121	120	76	-44	-36.7
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	A1	0.53	0.75	0.83	0.1	10.7
L3 KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	158	160	128	-32	-20.0
L4 K: Zahl behandelter Vorlagen	A2	125	110	85	-25	-22.7
L5 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	A2	285	150	263	113	75.3
L6 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	A2	2.85	3.5	2.61	-0.9	-25.4
L7 K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	54	100	64	-36	-36.0
L8 PD: Zahl der Protokolle	A3	388	350	378	28	8.0
B1 PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	2 397	2 825	2 356	-469	-16.6
B2 PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll inkl.Sitzung	A3	1 041	883	1 140	257	29.1
W1 K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	A2					
W2 PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienstste	A3					
W3 PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidenten mit der Arbeit der Parlamentsdienste	A3					

Bemerkungen

- W1, W2, W3 Aufgrund der nicht repräsentativen Ergebnisse der Zufriedenheitsumfrage wird seit 2014 auf eine Erhebung der Wirkungsindikatoren verzichtet.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.3	14.4	14.6	0.2	1.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	243.2
Aufwand	-9.7	-9.9	-9.3	0.5	5.5
Saldo	-9.6	-9.8	-9.3	0.6	5.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
22 719	0	0	22 719	0

9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank

Aufgaben

A1 Die Kantonalbank entschädigt den Kanton Zürich jährlich für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 3 Kantonalbankgesetz).

Fonds

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	20.5	41.5	42.5	0.9	2.2

Bemerkungen B16 zu R16

0.9 Höhere Entschädigung der Kantonalbank infolge Anstieg der risikogewichteten Positionen

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ%
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	20.5	21.0	21.9	0.9	4.4
Aufwand					
Saldo	20.5	21.0	21.9	0.9	4.4

	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9			Abweichungen total B16 zu R16
0.9		A1	– Höhere Entschädigung der Kantonalbank
0.0			– Übrige Abweichungen

9020 Finanzkontrolle

Gemäss § 22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird veröffentlicht. Die Publikation des Tätigkeitsberichtes 2016 der Finanzkontrolle erfolgt Ende Mai 2017.

Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG), d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen in % aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	A1	31	30	30	0	
L2 Anzahl Revisionen pro Jahr	A1	175	190	172	-18	-9.5
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	82	80	78	-2	
W1 Anteil der akzeptierten Empfehlungen in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	97	92	96	4	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	25.7	26.0	26.0	-0.0	-0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.1	1.1	-0.0	-0.3
Aufwand	-5.4	-5.7	-5.6	0.1	2.3
Saldo	-4.3	-4.6	-4.5	0.1	2.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.1		0.1	100.0
Saldo		-0.1		0.1	100.0

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
84 200	0	0	84 200	0

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmanns.

Aufgaben

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Arbeitsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %.
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	A1	803	780	830	50	6.4
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	A1	767	780	836	56	7.2
L3	Zahl der angeschlossenen Gemeinden	A1		16	16	0	0.0
L4	Zahl der Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1		20	14	-6	-30.0

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	4.5	4.3	4.3	0.0	0.0

Bemerkungen B16 zu R16

Der Beschäftigungsumfang umfasst den Ombudsmann und 3.3 Angestellte.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.0	92.1
Aufwand	-1.2	-1.3	-1.2	0.0	1.7
Saldo	-1.1	-1.2	-1.2	0.0	3.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen				Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
13 039	0	0	13 039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Die mit der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung verbundenen neuen und komplexen Datenschutz- und Sicherheitsfragen bestimmten im Berichtsjahr die Beratungs- und Kontrolltätigkeiten des Datenschutzbeauftragten. Hervorzuheben sind die Mitwirkung in der Arbeitsgruppe Datenschutz der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die zu einem Leitfaden für die Anpassung des Informations- und Datenschutzgesetzes (IDG) führte, sowie die Fortsetzung der Evaluation des IDG. Beides sind Grundlagen, um die Bestimmungen des IDG den neuen Anforderungen in Verwaltung und Gesellschaft anpassen zu können. Die Beratungstätigkeit sowohl für öffentliche Organe als auch

für Bürgerinnen und Bürger hat weiterhin zugenommen. Zu beobachten sind zunehmend auch international geprägte Fragestellungen bei Informatikprojekten (Outsourcing, Cloud Computing) in allen Bereichen der Verwaltung (Gesundheitswesen, Schulen, Sicherheit usw.). Damit rücken Fragen nach dem Ort der Datenbearbeitung und dem anwendbaren Recht sowie die Sicherheit der Daten als wichtiger Kernbereich des Datenschutzes immer mehr in den Fokus. Die ausführliche Berichterstattung des Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2016 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2017 publiziert und auf der Website des Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen.
- A2 Er berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Er bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft er mittels Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind.
- A4 Der Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Er informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Beratungen von Privatpersonen	A4	451	500	518	18	3.6
L2	Anzahl Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	23	18	14	-4	-22.2
L3	Anzahl Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	17	20	28	8	40.0
L4	Anzahl Kontrollen	A3	35	40	22	-18	-45.0
W1	Anteil umgesetzter Hinweise bei Datenschutz-Reviews (%)	A3	15	60	31	-29	
W2	Anzahl Besuche auf Webseiten	A4	28 894	40 000	31 917	-8 083	-20.2

Bemerkungen

Allg. Die Indikatoren (L1 – L3) zeigen eine konstante Auslastung der Ressourcen. Die Kontrolltätigkeit (L4) wie auch die Nachhaltigkeit bei der Umsetzung der Hinweise (W1) konnten aufgrund fehlender Ressourcen (verzögerte Stellenbesetzung) nicht erreicht werden. Der Inhalt der Webseite (W2) wurde im 2. Halbjahr weiter ausgebaut, was aber noch nicht zur gewünschten Beachtung geführt hat.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
9071 10a Förderung der Umsetzung angemessener Massnahmen im Bereich der Informationssicherheit	Planmässig	2016
9071 10b Sicherstellen des Datenschutzes im Umgang mit grossen Datenmengen (eGovernment, Open Government Data, Forschung, Big Data)	Planmässig	2017
9071 10c Kontrolltätigkeit: Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen	Planmässig	2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	8.7	9.2	8.4	-0.8	-8.6

Bemerkungen B16 zu R16

Der Beschäftigungsumfang ist im Berichtsjahr unverändert geblieben. Die Abweichung ergibt sich aus einer verzögerten Stellenbesetzung.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-24.0
Aufwand	-2.3	-2.4	-2.2	0.2	7.0
Saldo	-2.3	-2.4	-2.2	0.2	6.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1		-0.0	-0.0	0.0
Saldo	-0.1		-0.0	-0.0	0.0

Rücklagen

	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015				
65 631	1 322	0	64 309	-1 322

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	172.6	164.7	169.5	4.8	2.9
Aufwand	-312.5	-340.5	-323.8	16.7	4.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.3			
Saldo	-139.9	-175.8	-154.3	21.6	12.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.6	0.6	0.0
Ausgaben	-9.1	-33.9	-10.3	23.7	69.8
- Kreditübertragungen aus 2015		-15.5			
Saldo	-9.1	-33.9	-9.7	24.2	71.5

9030 Obergericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2016 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
A2 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	934	700	812	112	16.0
L2	Erledigung von Berufungen	A1	1 113	1 100	1 147	47	4.3
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2 098	2 000	2 000	0	0.0
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1 210	1 500	1 199	-301	-20.1
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	8 282	8 000	7 940	-60	-0.8
L6	Anzahl Eingänge	A1	8 098	8 000	7 888	-112	-1.4
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	A1	2 251	< 2500	2 182		
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1 (Zielwert)	A1	1.02	1	1.01	0	1.0
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in Franken	A1	3 761	6 041	5 374	-667	-11.0
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	73.2	> 75	73.2		
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	89.1	> 85	89.1		
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Mio. Franken	A1	1.6	2.1	1.5	-0.6	-28.6
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen in Mio. Franken	A1	0.6	0.8	0.5	-0.3	-37.5
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Mio. Franken	A1	1	0.9	1.2	0.3	33.3

Bemerkungen

- L1, L2, Der Prognosewert bei den Leistungsindikatoren wurde aufgrund der Eingänge und Erledigungen der beiden Vorjahre L3, L4, erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig. Die L5, L6, Abweichungen zum Vorjahr sind in der Zunahme (L2) oder in der Abnahme (L1, L3, L4 und L6) der Eingänge begründet.
- L7 Es konnten insgesamt mehr Verfahren erledigt werden als eingingen, womit die Pendlanzlast sank.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft fällt aufgrund der Verbesserung des Saldos der Erfolgsrechnung tiefer aus als prognostiziert. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf deutlich tiefere Erträge und auf den Rückgang bei den Verfahrenseingängen und -erledigungen im Berichtsjahr zurückzuführen.
- W1 Der Prognosewert wurde auf das Budget 2015 von 70% auf 75% erhöht. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwändiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt.
- W3 Die Kosten für amtliche Verteidigungen sind jährlichen Schwankungen unterworfen und können nicht verlässlich budgetiert werden.
- W4 Die Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen sind jährlichen Schwankungen unterworfen und können nicht verlässlich budgetiert werden.
- W5 Die Parteientschädigungen zulasten des Staates haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen (+40% seit 2012). Die Entschädigungen können nicht beeinflusst werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9030 10a Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (Überarbeitung und Weiterentwicklung der IT-Applikationen)

SAP wurde per 1. Januar 2016 eingeführt. Seit April 2016 ist die Fachapplikation ZRP in Betrieb. Im August/September 2016 konnte die XML-Schnittstelle für den automatisierten Datenverkehr zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten produktiv gesetzt werden. Die Fachapplikation ZRP wird laufend optimiert. Abgeschlossen 2016

9030 10b Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe seit Einführung der schweizerischen Prozessordnungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern. In diesem Zusammenhang wurde dem Kantonsrat ein Antrag auf Umwandlung von drei ständigen Ersatzrichterstellen in Wahlstellen gestellt. Planmässig 2016

9030 10c Überarbeitung der Indikatoren gestützt auf die neuen Zuständigkeiten gemäss den schweizerischen Prozessordnungen

Die Indikatoren der Bezirksgerichte wurden aufgrund der Erfahrungen mit den schweizerischen Prozessordnungen überarbeitet. Bei insgesamt 18 Indikatoren erfolgten Anpassungen: bei 10 Indikatoren wurde die Vorgabe erhöht und bei 8 Indikatoren gesenkt. Zudem gelten neu auch für die summarischen Erbschaftsverfahren Leistungsvorgaben. Aufgehoben wurde demgegenüber die Dreimonatsvorgabe bei den Einzelgerichtszivilverfahren. Abgeschlossen 2016

9030 10d Bewirtschaftung der Ende 2016 verjährenden Verlustscheine

Die Bewirtschaftung der vor 1997 ausgestellten Verlustscheine konnte im Frühjahr 2016 abgeschlossen werden. Die Bewirtschaftung sämtlicher Verlustscheine ist zwischenzeitlich in den Nachinkassoprozess der Zentralen Inkassostelle der Gerichte fest integriert worden. Abgeschlossen 2016

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	235.1	250.4	249.7	-0.7	-0.3

Bemerkungen B16 zu R16

Der Stellenplan beim kaufmännischen und beim juristischen Personal wurde deshalb nicht vollumfänglich ausgeschöpft, weil Abgänge nicht immer nahtlos ersetzt werden konnten.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	27.1	26.5	26.9	0.4	1.5
Aufwand	-58.3	-75.0	-69.6	5.4	7.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.2			
Saldo	-31.1	-48.5	-42.7	5.8	12.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-3.6	-17.4	-6.7	10.7	61.6
- Kreditübertragungen aus 2015		-7.0			
Saldo	-3.6	-17.4	-6.7	10.7	61.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.8		Abweichungen total B16 zu R16
3.2	A1	- Sachaufwand: Die Forderungsverluste fielen tiefer aus als budgetiert (-1,5 Mio.). Hingegen führte die Wertberichtigung des Forderungsbestands zu einer Wertkorrektur von +0,8 Mio. Tiefere Zahlungen für amtliche Mandate (unentgeltliche Rechtsvertretung und amtliche Verteidigung) führten zu Saldoverbesserungen. Im IT-Bereich wurde die Erfolgsrechnung entlastet, da auf gewisse, nicht aktivierbare, Anschaffungen verzichtet wurde und weniger IT-Nutzungsaufwand bzw. Unterhaltskosten entstanden. Ausserdem konnten im Rahmen der Integration des IT-Betriebs der Notariate in die IT-Abteilung des Obergerichts verschiedene Leistungen zu günstigeren Konditionen bezogen werden.
1.9	A1	- Gebührenertrag und Rückerstattungen: Der Gebührenertrag fiel leicht höher aus als prognostiziert. Höhere Erträge konnten im Rahmen des Nachinkassos bei der Bewirtschaftung von einstweilen abgeschriebenen Forderungen erzielt werden (+1,8 Mio.).
1.1	A1	- Personalaufwand: Es wurden weniger Taggelder für Einsätze von nebenamtlichen Ersatzoberrichter/innen ausgerichtet als budgetiert. Rund 2/3 der budgetierten Dienstaltersgeschenke wurden in Form von Urlaub bezogen, ohne die vorübergehend vakante Stelle zu besetzen. Die Erstattungen von Erwerbssersatz fielen höher aus als budgetiert. Aufgrund der tieferen Lohnsumme fielen die Sozialversicherungsbeiträge zulasten des Arbeitgebers entsprechend tiefer aus.

0.7	A1	- Abschreibungen des Vermögens: Die Investitionsausgaben fielen deutlich tiefer aus als budgetiert. Bauliche Massnahmen mussten aufgeschoben werden. Im IT-Bereich konnten verschiedene für das Jahr 2016 geplante Projekte im Gerichtswesen wie auch im Notariatswesen noch nicht realisiert werden. Aus diesem Grund resultierten tiefere Abschreibungen als budgetiert.
0.3	A1	- Intercompany-Aufwand: Die Zurückhaltung beim Bezug von kantonsinternen Leistungen führte zu Einsparungen.
-1.4	A1	- Intercompany-Ertrag: Aufgrund der Einsparungen im IT-Bereich der Notariate fiel die Verrechnung der IT-Kosten (Sachaufwand/Abschreibungen/kalkulatorische Zinsen) deutlich tiefer aus als budgetiert. Der Minderertrag beim Obergericht entlastet die Erfolgsrechnung der Notariate entsprechend.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.4	-6.7	10.7	
- Einbau eines neuen Rechenzentrums in der Liegenschaft Hirschengraben 15	-2.7	-1.7	1.0	- Ein Teil der Ausgaben fällt im Folgejahr an. Deshalb ist eine Kreditübertragung im Umfang von 1,0 Mio. Franken notwendig.
- Sanierung der Liegenschaft Obmannamtsgasse	-0.6	-0.4	0.2	- Ein Teil der Ausgaben fällt im Folgejahr an. Deshalb ist eine Kreditübertragung im Umfang von 0,2 Mio. Franken notwendig.
- Diverse Projekte (Sicherheit, Archivierung, Sanierungen, Umbauten, Umnutzungen)	-2.1	-0.2	1.9	- Aufgrund der Verschiebung diverser Vorhaben ist eine Kreditübertragung im Umfang von 1,9 Mio. Franken notwendig.
- Einbau Kälteanlage im Rechenzentrum Bülach und diverse Ersatzbeschaffungen (Mobiliar)	-1.0	-0.2	0.8	
- Diverse Ersatzbeschaffungsprojekte im Hardware-Bereich	-4.3	-1.2	3.1	
- Diverse Software-Entwicklungsprojekte	-6.7	-3.0	3.7	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 510 174	243 404	200 000	1 466 770	-43 404

Bemerkungen

Rücklagenverwendung: Es wurden Rücklagen zur Finanzierung von Personalförderungsmaßnahmen, für einen Beitrag an den Betriebsaufwand der Cafeteria und zur Deckung von Kosten für den «Tag der offenen Tür» im Juni 2016 verwendet.

Rücklagenbildung: Die Verbesserungen gegenüber dem Budget sind auf den disziplinierten Umgang mit den Mitteln im Haushaltsvollzug 2016 zurückzuführen. Insbesondere die Zurückhaltung beim Materialbezug sowie das Erzielen von günstigen Konditionen im Bereich von IT-Leistungen führten zu Entlastungen in der Erfolgsrechnung.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2016 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren und Gerichtsschreiber)
- A3 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Erledigung von Summarischen Verfahren	A1	36 787	33 900	35 723	1 823	5.4
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	7 479	7 600	7 272	-328	-4.3
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2 557	2 500	2 569	69	2.8
L4	Erledigung von Haftrichtersachen	A1	2 821	3 000	2 770	-230	-7.7
L5	Erledigung von Mietschlittungen	A1	5 712	5 000	4 804	-196	-3.9
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	56 711	53 300	54 965	1 665	3.1
L7	Anzahl Eingänge	A1	56 701	53 300	54 026	726	1.4
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	A1	9 939	< 10300	8 852		
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1	1	1.02	0	2.0
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.8	0.8	0.8	0	0.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in Franken	A1	1 939	2 180	2 037	-143	-6.6
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	78.5	>=80	72.5		
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Mio. Franken	A1	13.8	13.7	12.3	-1.4	-10.2
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Mio. Franken	A1	11.3	11.6	13	1.4	12.1
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Mio. Franken	A1	2	1.4	1.6	0.2	14.3

Bemerkungen

L1, L2, Die Prognosewerte bei den Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der beiden Vorjahre L3, L4, erstellt. Die Abweichungen zum Vorjahr sind in der Zunahme (L3) oder in der Abnahme (L1, L2, L4, L5 und L7) der Eingänge begründet. Es konnten insgesamt mehr Verfahren erledigt werden als eingingen, womit die Pendenzenlast sank. L7, L8

W1 Die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Zivil- und Strafprozesse ist seit der Einführung der eidgenössischen Prozessordnungen rückläufig. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwendiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt.

W2 Die Kosten für amtliche Verteidigungen sind jährlichen Schwankungen unterworfen und können nicht verlässlich budgetiert werden.

W3 Die Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen unterliegen jährlichen Schwankungen und können nicht verlässlich budgetiert werden.

W4 Die Parteientschädigungen zulasten der Gerichtskassen nehmen tendenziell zu. Sie liegen aufgrund einiger hoher Entschädigungen über dem budgetierten Wert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9040 10a Projekte im Rechnungswesen der Gerichte (Überarbeitung und Weiterentwicklung der IT-Applikationen)

SAP wurde per 1. Januar 2016 eingeführt. Seit April 2016 ist die Fachapplikation ZRP in Betrieb. Im August/September 2016 konnte die XML-Schnittstelle für den automatisierten Datenverkehr zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten produktiv gesetzt werden. Die Fachapplikation ZRP wird laufend optimiert. Abgeschlossen 2016

9040 10b Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe seit Einführung der schweizerischen Prozessordnungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern. In diesem Zusammenhang wurde dem Kantonsrat für sieben Bezirksgerichte ein Antrag auf Umwandlung von ständigen Ersatzrichterstellen in Wahlstellen gestellt. Planmässig 2016

9040 10c Überarbeitung der Indikatoren gestützt auf die neuen Zuständigkeiten gemäss den schweizerischen Prozessordnungen

Die Indikatoren der Bezirksgerichte wurden aufgrund der Erfahrungen mit den schweizerischen Prozessordnungen überarbeitet. Bei insgesamt 18 Indikatoren erfolgten Anpassungen: bei 10 Indikatoren wurde die Vorgabe erhöht und bei 8 Indikatoren gesenkt. Zudem gelten neu auch für die summarischen Erbschaftsverfahren Leistungsvorgaben. Aufgehoben wurde demgegenüber die Dreimonatsvorgabe bei den Einzelgerichtszivilverfahren. Abgeschlossen 2016

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	707.7	708.5	704.9	-3.6	-0.5

Bemerkungen B16 zu R16

Der Stellenplan wurde im Berichtsjahr leicht unterschritten, weil Abgänge nicht immer nahtlos ersetzt werden konnten. -3.6

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	40.8	38.5	36.1	-2.4	-6.2
Aufwand	-150.7	-154.9	-148.1	6.8	4.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.2			
Saldo	-110.0	-116.4	-112.0	4.4	3.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.8	-13.2	-0.4	12.8	96.6
- Kreditübertragungen aus 2015		-7.9			
Saldo	-0.8	-13.2	-0.4	12.8	96.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.4		Abweichungen total B16 zu R16
3.8	A1	- Sachaufwand: Die Forderungsverluste sind bei den Bezirksgerichten - unter anderem aufgrund des Rückgangs beim Gebührenertrag - deutlich tiefer ausgefallen als budgetiert (R2015: -2,4 Mio. und R2014: -4,0 Mio.).
2.5	A1	- Personalaufwand: Im Bereich des kaufmännischen und des juristischen Personals erfolgten viele altersbedingte Austritte, was zu Rotationsgewinnen führte. Zudem wurden einige Stellen mit Verzögerung wiederbesetzt und der budgetierte Stellenplan nicht voll ausgeschöpft. Der Bezug von Dienstaltersgeschenken in Form von Urlaub und Rückerstattungen von Erwerbsersatz führten ebenfalls zu Einsparungen. Die tiefere Lohnsumme entlastete die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers.
-0.1	A1	- Intercompany-Aufwand: Es wurden Einsparungen beim Bezug von Material bei kantonalen Einheiten erzielt. Weiterhin belasten die Erfolgsrechnung jedoch nicht budgetierte kalkulatorische Mietkosten und kalkulatorische Zinsen für die vom Bezirksgericht Hinwil belegte Liegenschaft, da der für 2016 vorgesehene Liegenschaftsübertrag (voraussichtlich) erst 2017 vollzogen wird.
-2.1	A1	- Gebührenertrag: Die Bezirksgerichte verzeichneten im Berichtsjahr einen deutlichen Rückgang beim Gebührenertrag. Es konnten lediglich drei Verfahren mit Gebühren >100 000 Franken abgerechnet werden (R2015: 17 Verfahren mit Gebühren >100 000 Franken mit einem Volumen von 6,1 Mio.).
0.3		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9040

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-13.2	-0.4	12.8	
- Um- und Erweiterungsbau Bezirksgericht Hinwil und Liegenschaft-Übertrag ins Verwaltungsvermögen der Gerichte	-6.3	0.0	6.3	- Die Verschiebung der Übertragung der Liegenschaft und des geplanten Um-/Erweiterungsbaus erfordern eine Kreditübertragung im Umfang von 6,3 Mio. Franken.
- Renovation und Sanierung der Liegenschaft Wengistrasse 30, Zürich (Bezirksgericht Zürich)	-6.5	-0.1	6.4	- Die Verschiebung der geplanten Renovations- und Sanierungsarbeiten erfordern eine Kreditübertragung im Umfang von 6,4 Mio. Franken.
- Neumöblierung Bezirksgericht Pfäffikon	-0.3	-0.2	0.1	- Ein Teil der Ausgaben fällt im Folgejahr an. Deshalb ist eine Kreditübertragung im entsprechenden Umfang notwendig.
- Übrige	-0.1	-0.1	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
3 524 706	797 121	722 000	3 449 585	-75 121

Bemerkungen

Rücklagenverwendung: Rücklagen wurden zur Finanzierung von Personalförderungsmaßnahmen, die Ausstattung eines Gerichtsgebäudes mit WLAN, Kleinstanschaffungen und Dienstleistungen sowie für befristete Personaleinsätze verwendet. Rücklagenbildung: Verantwortungsbewusster Umgang mit den budgetierten Mitteln, insbesondere Einsparungen beim Materialbezug.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2016 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte. in % (Zielwert)	A3	85.7	90	85.1	-4.9	
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte. in % (Zielwert)	A3	93.9	95	88.7	-6.3	
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren (Zielwert)	A3	4	3	2	-1	
L5	Anzahl Beurkundungen	A2	59 026	55 000	63 033	8 033	14.6
L6	Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	86 891	75 000	87 347	12 347	16.5
L7	Anzahl Konkurs erledigungen	A4	2 047	1 900	2 011	111	5.8
B1	Deckungsgrad in % (Aufwand/Ertrag)	A1	139	121	138	17	
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	A1	90	90	90	0	
W2	Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres) in %	A4	64	>75	63		

Bemerkungen

- L2, L3, Das anhaltend hohe Geschäftsvolumen sowie Personalengpässe bei Notar-Stellvertretenden, Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamten verunmöglichten sowohl eine grössere Reduktion der Rückstände als auch die Förderung der Ablösung kantonalen Register durch das eidg. Grundbuch.
- L5 Die Beurkundung von Vorsorgeaufträgen sowie güter- und erbrechtlichen Rechtsgeschäften nahm markant zu.
- L6 Das Geschäftsvolumen im Grundbuchbereich hielt sich auf unverändert hohem Niveau. Namentlich tiefe Hypothekarzinsen, die rege Bautätigkeit sowie das grosse Interesse, in Grundeigentum zu investieren, belebten den Immobilienmarkt in attraktiven Regionen.
- W2 Die Zahl der Konkursverfahren hielt sich auf hohem Vorjahresstand. Anspruchsvolle Sachverhalte oder Rechtsfragen haben den Verfahrensfortschritt verzögert.

Entwicklungsschwerpunkte

9060 10a Bereitstellung des elektronischen Grundbuchs, Erweiterung und Modernisierung des Netzwerks und von Hardware

Die Einführung des elektronischen Grundbuchs war planmässig im Frühjahr 2017 vorgesehen und verzögert sich wegen einer zwingend nötigen technischen Architekturänderung um einige Monate. Die dafür nötige zentrale Infrastruktur (Netzwerk, Hardware) steht jedoch bereit. Die Einführung des elektronischen Grundbuchs wird bis Ende 2017 erfolgen. Danach erfassen die Grundbuchämter die Daten im elektronischen Grundbuch.

Stand bis
Verzögert 2016

9060 10b WAN (Wide Area Network); Thin Client, Erneuerung Geschäftsapplikationen

Die Erneuerung des WANs verzögerte sich leicht wegen der öffentlichen Ausschreibung. Der Abschluss dieses Projekts ist zeitgleich mit der Erneuerung der Network Clients für Juli 2017 geplant.

Verzögert 2016

9060 10c Bildschirme, Erneuerung Geschäftsapplikationen

Der Ersatz der Bildschirme wurde verschoben, da sich die aktuell im Einsatz befindlichen Geräte noch bewähren. Eine Erneuerung wird voraussichtlich erst 2018 erfolgen.

Sistiert 2016

9060 10d Neues Netzwerk, Erneuerung Geschäftsapplikationen

Die Erneuerung der Netzwerke in den Liegenschaften der Notariate (LAN) erfolgt im Rahmen des Projekts «Ablösung Analogdienste» voraussichtlich bereits bis Ende 2017.

Planmässig 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	436.1	430.4	432.8	2.4	0.6

Bemerkungen B16 zu R16

Im ausgewiesenen Beschäftigungsumfang sind 19 Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger enthalten. Sie wurden nach Lehrabschluss ausserhalb des Stellenplans befristet für ein Jahr weiter angestellt, damit sie als Fachkräfte dem Notariatswesen erhalten bleiben. Das entspricht langjähriger Praxis und stellt eine unerlässliche Personalmassnahme zur Schliessung von Lücken im Rahmen der natürlichen Fluktuation dar. Notariatsfachpersonal kann nicht auf dem freien Stellenmarkt rekrutiert werden.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	98.7	92.7	100.2	7.5	8.0
Aufwand	-70.9	-76.2	-72.4	3.8	5.0
Saldo	27.8	16.5	27.8	11.2	68.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-4.6	-3.3	-1.8	1.5	46.4
- Kreditübertragungen aus 2015		-0.6			
Saldo	-4.6	-3.3	-1.8	1.5	46.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
	11.2		Abweichungen total B16 zu R16
	7.4	A1	- Gebührenerträge: Das notarielle und grundbuchamtliche Geschäftsvolumen im Grundstücksbereich verharrte auf hohem Stand mit entsprechender Wirkung auf die Einnahmen der Notariate und Grundbuchämter.
	1.8	A1	- Intercompany Aufwand: Die IT-Leistungen des Obergerichts für das Notariatswesen werden mittels interner Verrechnung weiterbelastet. Aufgrund der erzielten Einsparungen im IT-Betrieb fiel die Belastung an die Notariate tiefer aus als budgetiert.
	1.7	A1	- Personalaufwand: Die für das Berichtsjahr budgetierten Lohnkosten bei den Notariaten beinhalteten die IT-Stellen, die in die IT-Abteilung des Obergerichts integriert wurden. Die Lohnkosten fallen seit 1. Januar 2016 in der Rechnung des Obergerichts an. Aus diesem Grund wurde der Personalaufwand unterschritten.
	0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.3	-1.8	1.5	
- Umbaukosten für die Notariate Zürich Altstetten, Winterthur-Wülflingen, Turbenthal und Dielsdorf	-1.8	-1.0	0.8	- Es resultierten tiefere Umbaukosten als budgetiert.

Rechtspflege
Leistungsgruppe 9060

- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für diverse Notariate	-0.9	-0.8	0.1	- Es konnten Einsparungen beim Bezug von Mobiliar erzielt werden.
- Übrige	-0.6	0.0	0.6	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
1 376 548	36 000	20 000	1 360 548	-16 000

Bemerkungen

Rücklagenverwendung: Personalförderungs-Massnahme: Für die Finanzierung des Werbefilms «Kaufmännische Berufslehre Notariat» (Lernende der Notariate gewinnen Schülerinnen und Schüler als künftige Lernende) wurden Rücklagen verwendet.
Rücklagenbildung: Es konnten Einsparungen erzielt werden, weil die Notariate unter anderem zurückhaltend Material und Mobiliar bezogen.

9063 Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht kann auf ein bewegtes Berichtsjahr zurückblicken, welches durch die Neukonstituierung und verschiedene strukturelle Veränderungen betreffend die einzelnen Spruchkörper in den Abteilungen sowie durch den Wechsel im Generalsekretariat geprägt war.

Gegenüber der Rechnung 2015 wurden im Berichtsjahr mit 968 Fällen knapp 6,2% weniger Fälle erledigt. Die Anzahl der Pendenzen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr (305) auf 340 Fälle (11,5%). Die Anzahl der neu eingereichten Rechtsmittel (Eingänge) ist im vorliegenden Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um gut 2,7% zurückgegangen, das heisst von 1032 auf 1004. Die durchschnittliche Verfahrensdauer

(unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug im Berichtsjahr 3,8 Monate (Vorjahr: 4,1 Monate), wobei 84% (Vorjahr: 81%) der Verfahren innert 6 Monaten erledigt wurden. Die Fallkosten sanken leicht (im Vergleich der Rechnung 2015 zu 2016), trotz geringerer Anzahl Erledigungen, vor allem als Folge des höheren Ertrags gegenüber dem Vorjahr, von Fr. 7184 auf Fr. 7107.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich und wird voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht. Dieser wird nach Veröffentlichung auch auf der Website des Verwaltungsgerichts www.vgrzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln.
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen.
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A4	1 032	1 150	968	-182	-15.8
L2	Anzahl Eingänge	A4	1 032	1 150	1 004	-146	-12.7
L3	Anzahl Pendenzen	A4	305	300	340	40	13.3
L4	Nettoverfahrensdauer in Monaten	A4	4.1	4	3.8	-0.2	-5.0
B1	durchschnittl. Lohnaufwand pro Personalstelle	A4	155 840	160 700	161 700	1 000	0.6
B2	durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	A4	7 184	6 614	7 107	493	7.5
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4	830/80.4	920 / 80	809 / 83.6		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4	169/16.4	172 / 15	134 / 13.8		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4	29/2.8	46 / 4	19 / 2		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4	4/0.4	12 / 1	6 / 0.6		
W5	Weiterzüge an das Bundesgericht (je absolut / in % von L1)	A4	248/24	288 / 25	261 / 27		
W6	Vom Bundesgericht korrigierte Entscheide (je absolut / in % von L1)	A4	5/0.5	<23 / 2	1 / 0.1		
W7	Vom Bundesgericht bestätigte Entscheide (je absolut / in % von L1)	A4	135/13.1	>230 / 20	63 / 6.5		
W8	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A4	111 230	150 000	134 069	-15 931	-10.6

Bemerkungen

- L1, L2, Gegenüber dem Budget lag die Anzahl Eingänge und Erledigungen unter den Erwartungen. Die Nettoverfahrensdauer L3, L4 wurde erstmals um 0,2 Monate unterschritten. Der Anstieg der Pendenzen begründet sich vor allem durch den nicht ausgeschöpften Stellenplan (vgl. Bemerkungen zu Personal [Beschäftigungsumfang]) und durch die zunehmende Komplexität der Verfahren.
- B1 Dieser Indikator umfasst jeweils die Grundlöhne der Richter, inkl. Funktionszulagen, sowie die Grundlöhne des Personals ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen. Die Erhöhung des durchschnittlichen Lohnaufwands pro Personalstelle, trotz des tieferen Personalaufwands, im Umfang von 0,6% gegenüber dem Budget ist durch den tieferen Divisor bei den Personalstellen begründet (B16: 36,4/R16: 34,6).

- B2 Die Kosten pro Fall erhöhten sich hauptsächlich infolge der geringeren Anzahl erledigter Prozesse.
W1, W2, W3, W4 Das Ziel, 80% aller Prozesse innert 6 Monaten zu erledigen, wurde auch in diesem Berichtsjahr leicht übertroffen. Insgesamt wurden 97% aller Prozesse innert 12 Monaten erledigt.
W8 Es wurden unwesentlich weniger Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände ausgerichtet als prognostiziert.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	36.3	36.4	34.6	-1.8	-4.9

Bemerkungen B16 zu R16

- Der budgetierte Beschäftigungsumfang wurde um 1,8 Stellen gegenüber dem Budget unterschritten. Im Hinblick auf die bevorstehende Leistungsüberprüfung (Lü16) wurde im Berichtsjahr bei natürlichen Fluktuationen (Mutterschaftsurlaub und unbesoldete Urlaube) eine nur teilweise Wiederbesetzung bis höchstens 3,5 -1.8 Gerichtsschreiber-Stellen pro Abteilung vorgenommen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.9	2.7	-0.2	-8.2
Aufwand	-9.8	-10.3	-9.6	0.8	7.4
Saldo	-7.4	-7.4	-6.9	0.5	7.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total B16 zu R16
0.8		- Die Aufwandabweichung von total Fr. 764 000 gegenüber dem Budget ergibt sich im Wesentlichen durch den tieferen Personalaufwand (Fr. 425 000) und Einsparungen im Sachaufwand, insbesondere bei Mietaufwand (Fr. 80 000), Mobilien (Fr. 20 000), Dienstleistungen Dritter (Fr. 25 000), Gebäudeunterhalt (Fr. 20 000), Abschreibungen (Fr. 64 000), Tatsächlichen Forderungsverlusten (Fr. 70 000), Wertberichtigungen (Fr. 30 000), Fachliteratur (Fr. 25 000) sowie diversem Sachaufwand (Fr. 5 000).
-0.2		- Die Ertragsabweichung von total Fr. -241 000 gegenüber dem Budget ist insbesondere auf niedrigere Fallzahlen (weniger Eingänge und Erledigungen) zurückzuführen. Trotz der tieferen Anzahl Eingänge und Erledigungen blieb der Gerichtsgebührenertrag relativ stabil, da die durchschnittliche Gerichtsgebühr pro Fall um Fr. 185 höher lag als erwartet.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
239 089	44 551	90 000	284 538	45 449

Bemerkungen

Rücklagenauflösung: Die Rücklagen wurden im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet.
Antrag auf Rücklagenbildung: Dank unbesoldeter Urlaube (Anwaltsprüfungen, Mutterschaften) ohne Kompensation bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern und aufgrund geringerer Einsätze der Ersatzmitglieder sowie in Ferientagen bezogener Dienstadressen des Personals wurde das Personalbudget (Grundlohn) um rund Fr. 240 000 entlastet. Gestützt auf diese endogenen Faktoren, welche zur Verbesserung der Rechnung 2016 beitrugen, beantragt das Verwaltungsgericht die Bildung von Rücklagen in Höhe von Fr. 90 000.

9064 Sozialversicherungsgericht

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Reorganisation der Gerichtsverwaltung. Ausserdem wurde – da vermehrt Verhandlungen durchzuführen sind – ein Sicherheitskonzept entwickelt. Weiterhin standen das Ziel des Pendenzenabbaus sowie die Ausbildung der neu gewonnenen Gerichts-

schreiberinnen und Gerichtsschreiber im Zentrum. Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2016 zu entnehmen, welcher im April 2017 publiziert wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Erledigungen	A1	2 402	2 400	2 480	80	3.3
L2	Anzahl Eingänge	A1	2 442	2 550	2 635	85	3.3
L3	Anzahl Pendenzen	A1	2 357	2 507	2 512	5	0.2
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	0.98	0.94	0.94	0	0.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	A1	5 483	5 670	5 716	46	0.8
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A1		145 770	144 748	-1 022	-0.7
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	A1	29.9	30	28.45	-1.6	
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 6 und 12 Monaten	A1	16.9	17	15.18	-1.8	
W3	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 12 und 24 Monaten	A1	50.9	51	53.91	2.9	
W4	Gesamtverfahrensdauer (in %) Anteil Erledigungen über 24 Monaten	A1	2.3	2	2.47	0.5	
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A1	335 858	460 000	375 026	-84 974	-18.5
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	A1	0	4 000	4 100	100	2.5

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Die Zahl der Pendenzen wird auf 1800 reduziert.

Die Zahl der Erledigungen konnte gegenüber dem Rechnungsjahr 2015 um 78 Fälle gesteigert werden. Da jedoch gleichzeitig die Zahl der Eingänge um 193 Fälle zunahm, stieg die Zahl der Pendenzen auf 2512 Fälle an.

Stand bis
Verzögert 2019

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 30%.

Dieser Zielwert wurde im Berichtsjahr praktisch erreicht.

Planmässig 2019

9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 47%.

Wegen des nach wie vor zu hohen Pendenzenbestandes war es noch nicht möglich, sich diesem Ziel anzunähern: Im Berichtsjahr waren es 56,38% der Fälle, die über ein Jahr beanspruchen.

Verzögert 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
	66.4	66.2	69.8	3.6	5.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	0.9	0.9	0.0	1.6
Aufwand	-14.1	-14.5	-15.1	-0.6	-4.0
Saldo	-13.2	-13.6	-14.2	-0.6	-4.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.6		Abweichungen total B16 zu R16
0.0		- Ertrag: Die Einnahmen aus Gerichtsgebühren waren tiefer als budgetiert (-99 590), was durch eine Verbesserung bei den Rückerstattungen Dritter ausgeglichen wurde (+113 675).
-0.6		- Aufwand: Beim Personal entstand ein Mehraufwand (-428 316), bei den Erstattungen von Lohn für Personal ergab sich eine Verbesserung (+56 832). Eine Verbesserung resultierte auch bei der Anschaffung von Hardware (+58 410), wogegen bei den übrigen nicht aktivierbaren Anlagen (-45 437), den Dienstleistungen Dritter (-70 914) sowie bei den Honoraren für externe Experten (-49 723) ein Mehraufwand resultierte. Weiter ergab sich eine Verschlechterung beim Unterhalt von Software (-83 098).
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
269 587		-269 587	0	-269 587

Bemerkungen

Das im Rahmen der Budgetdebatte um Fr. 596 341 gekürzte Budget des Sozialversicherungsgerichts konnte nicht eingehalten werden. Zur Teildeckung der negativen Saldoabweichung von Fr. 568 942.92 beantragt das Sozialversicherungsgericht die vollständige Auflösung der bestehenden Rücklagen (Fr. 269 587).

9065 Baurekursgericht

Das Baurekursgericht kann auf ein erfolgreiches sechstes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse stieg im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr minimal von 819 auf 825. Erledigt wurden 851 Verfahren, 50 mehr als im Vorjahr. Die Pendenzen erreichten per Ende des Berichtsjahres einen Stand von 499 Geschäften. Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 3,8 Monate. Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten (§ 339a PBG) wurden 93% der Verfahren erledigt. Der Kantonsrat wählte am 13. Juni Claude Reinhardt als neues Mitglied. Dieser wurde durch das Plenum mit Beschluss vom 17. August der 1. Abteilung zugeteilt. Als neues Ersatzmitglied wurde vom Kantonsrat am 15. Februar

Ulrich Brunner gewählt. Im juristischen Sekretariat waren im Berichtsjahr zwei pensionsbedingte Abgänge und drei Neuanstellungen zu verzeichnen. Im Verwaltungssekretariat erfolgten weder Austritte noch Eintritte.

Im Januar des Berichtsjahres wurde dem Baurekursgericht der Mietvertrag in der Neuen Börse von der neuen Eigentümerin gekündigt. In der Folge konnte ein neuer Gerichtssitz im Handelshof in Zürich gefunden werden, der nach einem Um- und Ausbau im Januar des Folgejahres bezogen werden kann.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2017 veröffentlicht.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Anstalt für Gebäudeversicherung und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung.
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG).
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV).
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet.
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A1, A2	801	1 000	851	-149	-14.9
L2	Anzahl Eingänge	A1	819	1 000	825	-175	-17.5
L3	Anzahl Pendenzen	A1, A3	525	< 700	499		
L4	Nettoverfahrensdauer (Durchschnitt in Monaten)	A1, A3	3.4	< 5	3.8		
B2	durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle			131 940	133 790	1 850	1.4
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	A1	4 760	4 250	4 920	670	15.8
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	762/95	> 800/80	791/93		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	36/4	< 150/15	59/7		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	3/1	< 50/5	1/0		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	0/0	0	0/0		
W5	Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (absolut / in % bezogen auf L1)	A1	108/13	< 150/15	111/13		
W6	vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	A1, A2	30/4	< 50/5	31/4		
W7	vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	A1, A2	77/10	> 100/10	72/8		

Bemerkungen

- L1, L2, Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen und der auch darauf zurückzuführenden tieferen Anzahl an Erledigungen. Die Rekurseingänge sind aber gegenüber dem Vorjahr gering und gegenüber dem Jahr 2014 um acht Prozent gestiegen. Zudem konnten die Pendenzen gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent gesenkt werden.
- B1 Folge der gegenüber dem Budget tieferen Anzahl von Rekurseingängen und der auch darauf zurückzuführenden tieferen Anzahl an Erledigungen. Ohne Berücksichtigung der auf die Kündigung des Mietvertrags zurückzuführenden Kosten beträgt der Nettoaufwand Fr. 4670 und sinkt gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr um Fr. 90.
- Allg. Zu den Wirkungsindikatoren W1-W7: siehe Begründung zu L1 und L2.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	24.8	29.4	26.0	-3.4	-11.7

Bemerkungen B16 zu R16

- 3.4 Die Abweichung gegenüber dem Budget ist die Folge von Vakanzen bzw. verzögerten Stellenwiederbesetzungen.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.6	2.1	1.7	-0.4	-17.6
Aufwand	-5.4	-6.3	-5.9	0.4	6.8
Saldo	-3.8	-4.3	-4.2	0.1	1.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen			0.6	0.6	0.0
Ausgaben			-1.3	-1.3	0.0
Saldo			-0.8	-0.8	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total B16 zu R16
0.6		- Die Aufwandabweichung beim Personal von Fr. 584 000 ergibt sich – trotz den erhöhten Rückstellungen für die Mehrleistungen des Personals (Fr. -27 700), den individuellen Lohnerhöhungen (Fr. -20 600), die über Rotationsgewinne zu finanzieren waren, dem Ausbleiben von Lohnrückerstattungen (Fr. -20 000), den Mehrausgaben für Funktionswechsel (Fr. -8 800), hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen und der Rotationsgewinne (Fr. 520 200), der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Richter (Fr. 100 200), des Bezugs von Dienstaltersgeschenken in Form von Urlaubstagen (Fr. 10 500) und der sonstigen Netto-Einsparungen beim Personalaufwand (Fr. 30 200 insbesondere bei den Sozialleistungen, die den oben genannten Positionen nicht zuzuordnen sind).
0.1		- Die Einsparungen aus dem haushälterischen und an die Geschäftslast angepassten Umgang beim allgemeinen Sachaufwand (Fr. 80 200) werden durch den nicht budgetierten Ersatz der analogen Telefonverteilanlage durch eine digitale (Fr. -30 200) entsprechend gemindert.
-0.2		- Nicht budgetierte Kosten von Fr. -202 400 im Zusammenhang mit der Kündigung des Mietvertrags Neue Börse, der Suche nach einer neuen Mietlokalität, dem Mieterumbau (insbesondere über Rücklagen teilfinanzierter Mobiliarbezug von Fr. -125 000) und der Vorbereitung des Umzugs in den Handelshof.
-0.4		- Die Ertragsabweichung von total Fr. -364 800 ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass die budgetierten Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekurs erledigungen im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden konnten. Sie fielen um rund 18% (Vorjahr: 23%) tiefer aus (Fr. -375 000); dies hauptsächlich als Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen bzw. -erledigungen als budgetiert. Mehreinnahmen wurden jedoch mehrheitlich bei den übrigen Positionen verzeichnet (Fr. 10 200).
0.0		- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9065

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.8	-0.8	
- Handelshof Sihlstrasse 38, Uraniastrasse 31/35 - Ausbau und Installationen in neu gemieteten Räumlichkeiten (HBA Projekt-Nr. 13761.10)	0.0	-0.8	-0.8	- Das Baurekursgericht verfügt hierfür über einen Objektkredit in der Höhe von netto Fr. 1 261 000 (Anteil Investitionsrechnung: Fr. 1 021 000 inkl. Kreditüberschreibungsbewilligung). Durch eine nicht vom Baurekursgericht verursachte Verzögerung musste der Bezug des Mietobjekts auf den 20. Januar 2017 verschoben werden (geplant war der 1. Dezember), weshalb die Ausgaben per Ende 2016 netto erst Fr. 770 000 betragen. Der Objektkredit wird nach heutigem Stand nicht ausgeschöpft werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
155 209	132 554	50 000	72 655	-82 554

Bemerkungen

Antrag Bildung: Das Baurekursgericht war während des ganzen Berichtsjahres durch die Kündigung des Mietvertrages, das Suchen einer neuen Mietlokalität, den anschliessenden Mieterumbau sowie die Vorbereitung des Umzugs in den Handelshof erheblich absorbiert. Auch die Erfolgsrechnung wurde dadurch entsprechend belastet. Dennoch konnte das Gericht ein sehr gutes Jahresergebnis (auch in Bezug auf die Anzahl Erledigungen und Verfahrensdauer) erzielen und die Rechnung um rund Fr. 67 000 unter Budget abschliessen. Es rechtfertigt sich daher, Rücklagen im Umfang von Fr. 50 000 zu bilden.

Verwendung: Das Baurekursgericht finanzierte den Ersatz des mehr als 25-jährigen Mobiliars teilweise über Rücklagen (Fr. 125 000). Der Rest wurde für Personal- und Abteilungsanlässe verwendet.

9066 Steuerrekursgericht

Im Berichtsjahr war die Tätigkeit des Steuerrekursgerichts bei einer deutlich über den Erwartungen liegenden Anzahl an Geschäftseingängen durch einen personellen Engpass beim juristischen Personal geprägt. Dieser Engpass ergab sich aus einer länger andauernden Vakanz zwischen einem Altersrücktritt und der Ersatzwahl bzw. dem Arbeitsantritt in der Richterschaft, aus Pensumsreduktionen zu Weiterbildungszwecken und längeren Abwesenheiten infolge Mutterschaft bzw. Krankheiten. Dies führte zu einer deutlich verminderten Erledigungsquote, zu einem erheblichen Anstieg der Pendenzenlast und zur Verlängerung der Verfahrensdauer. Die Zuständigkeitsordnung in der Rechtsprechung des

Steuerrekursgerichts erfuhr dahingehend eine Öffnung, als die Spezialisierungen der beiden Abteilungen zugunsten einer generellen Zuständigkeit aufgehoben wurden. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Infrastrukturprojekte weitergeführt bzw. neu an Hand genommen (insbesondere Bodenbelagserneuerung, Erneuerung Telematikumgebung).

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Website www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A3	661	650	576	-74	-11.4
L2	Anzahl Eingänge	A3	693	650	689	39	6.0
L3	Anzahl Pendenzen	A3	262	200	375	175	87.5
L4	Nettoverfahrensdauer in Monaten	A3	4.1	5	4.8	-0.2	-4.0
B2	durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A3		146 315	146 385	70	0.0
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A3	3 341	3 470	3 761	291	8.4
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	534/80.8	520 / 80	423 / 73.4		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	103/15.6	98 / 15	125 / 21.7		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	20/3.0	32 / 5	24 / 4.2		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (absolut / in % von L1)	A3	4/0.6	0 / 0	4 / 0.7		
W5	Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (absolut / in % von L1)	A3	121/18.3	130 / 20	89 / 15.45		
W6	Vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	A3	19/2.9	32 / 5	32 / 5.6		
W7	Vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (absolut / in % bezogen auf L1)	A3	84/12.7	98 / 15	71 / 12.3		

Bemerkungen

- L1, L2, Die deutlich unter dem Planungsziel liegende Anzahl Erledigungen ist auf den deutlich unter dem Planungswert liegenden Beschäftigungsumfang (siehe Bemerkungen zu Personal) sowie auf zusätzliche Abwesenheiten insbesondere beim juristischen Personal (Mutterschaftsurlaub sowie längere Krankheiten) zurückzuführen. Dieselben Faktoren haben auch zu einer im Vergleich zum Vorjahr längeren Nettoverfahrensdauer geführt. In Kombination mit der deutlich über dem Planungswert liegenden Anzahl an Geschäftseingängen hat sich die Pendenzenlast markant erhöht.
- L3, L4
- W1, Der personelle Engpass führte zu einer erhöhten Quote an Verfahrenserledigungen innert 7 bis 12 Monaten zulasten der W2 innert 6 Monaten angestrebten Quote.
- W5, Die Anzahl Weiterzüge liegt sowohl absolut als auch proportional deutlich unter den Erwartungen, was für eine hohe W6 Akzeptanz bezüglich der Rechtsprechung des Steuerrekursgerichts spricht. Das Verwaltungsgericht beurteilte im W7 Berichtsjahr absolut gleich viele Entscheide des Steuerrekursgerichts wie im Vorjahr, indessen deutlich weniger als prognostiziert. Die Aufhebungsquote liegt deutlich über dem Vorjahreswert, indessen nur geringfügig über dem Planungswert, was weiterhin für die Qualität der Rechtsprechung des Steuerrekursgerichts spricht.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9066 1a Bewältigung der Geschäftslast lediglich unter der Erhöhung des Budgets im Umfang der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität.

Aufgrund des Abbaus einer 50%-Gerichtsschreiberstelle seit Oktober 2016 als Folge der Leistungsüberprüfung 2016 ist die Bewältigung der Geschäftslast gefährdet.

Verzögert 2019

9066 1b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware JURIS

Weiterführung der Evaluation des Geschäftsverwaltungsprogramms

Verzögert 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.4	14.6	13.9	-0.7	-4.9

Bemerkungen B16 zu R16

Der deutlich unter dem budgetierten Wert liegende Beschäftigungsumfang ist in erster Linie auf eine länger anhaltende Vakanz in der Richterschaft zwischen dem Altersrücktritt eines Richters und der Erneuerungswahl bzw. dem Arbeitsantritt der neu gewählten Richterinnen zurückzuführen. Hinzu kommen ein unbezahlter Urlaub im Anschluss an einen Mutterschaftsurlaub sowie vorübergehende Pensumsreduktionen und unbezahlte Urlaube für Weiterbildungszwecke, welche durch die befristete Anstellung eines Gerichtsschreibers nicht vollständig kompensiert worden sind. Schliesslich hat der Verzicht auf eine Neuanstellung bei den Gerichtsschreibern im Herbst 2016 in Nachachtung der Sparvorgaben für 2017 sowie die nicht vollständige Ausschöpfung des in der Planung vorgesehenen Pensums für den Leitenden Gerichtsschreiber den Beschäftigungsumfang weiter gesenkt.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.1	1.1	1.0	-0.0	-1.9
Aufwand	-3.3	-3.3	-3.2	0.1	3.3
Saldo	-2.2	-2.3	-2.2	0.1	4.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total B16 zu R16
0.1	A1, A2, A3	- Die Personalaufwand lag aufgrund des tieferen Beschäftigungsumfangs (vgl. hierzu Bemerkungen zum Personal) sowie des nur geringfügigen Einsatzes der Ersatzrichterschaft deutlich unter dem Planungswert (Fr. 154 200.- besser). Der Sachaufwand sowie die internen Verrechnungen fielen im Berichtsjahr rund Fr. 50 000.- höher aus als geplant. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf nicht eingeplante Infrastrukturkosten (insb. Mieteranteil Mehrwert Erneuerung Bodenbeläge, finanziert durch Rücklagenauflösung) sowie auf erhöhte Ausgaben für Gutachten.
-0.0	A1, A2, A3	- Der prognostizierte Ertrag wurde mit rund Fr. 20 000.- lediglich sehr knapp unterschritten. Der Gebührenertrag lag rund Fr. 48 000.- über den Erwartungen. Hingegen fielen im Berichtsjahr die Rückerstattungen für Gutachterkosten knapp Fr. 70 000.- tiefer aus als erwartet, da die Kosten eines Grossgutachtens zufolge vorzeitiger Rechtskraft eines Entscheids bereits im Jahr 2015 anstatt im Berichtsjahr zurückerstattet wurden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2016	Bestand 31.12.2016	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2015				
plus Bildung 2015	2016	(verbucht 2017)	plus Bildung 2016	
106 017	46 510	40 000	99 507	-6 510

Bemerkungen

Rücklagenauflösung:

Die eine Hälfte der Rücklagenauflösung wurde für von der Geschäftsleitung des Steuerrekursgerichts bewilligte Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet. Die andere Hälfte wurde für die Finanzierung des Mehrkostenanteils einer den Mitarbeitenden zugutekommenden spontanen Erneuerung der Bodenbeläge (neu Parkett) im Zusammenwirken mit der Hauseigentümerschaft eingesetzt.

Antrag auf Rücklagenbildung:

Der im Vergleich zur Planung erheblich verminderte Beschäftigungsumfang (endogener Faktor, siehe im Einzelnen Bemerkungen zum Personal) sowie Leistungen der Mutterschaftsversicherung haben zu erheblichen Einsparungen bei den Personalkosten geführt. Die Mehrkosten beim Sachaufwand sind auf einen erhöhten Bedarf an Gutachten (exogener Faktor) zurückzuführen. In Anbetracht des verminderten Beschäftigungsumfangs und der zusätzlichen Abwesenheiten infolge Mutterschaft und Krankheiten beim juristischen Personal wurde die prognostizierte Anzahl an Geschäften proportional weitestgehend erledigt. Die Erreichung dieses Erledigungsziels im Zusammenspiel mit der Rechtskraft einer vermehrten Anzahl an Geschäften mit hohen Streitwerten führten zu mehr Gebühren als budgetiert. Das deutlich unter der Planung liegende Rückerstattungsvolumen für Gutachterkosten ist exogen begründet, da die Kosten eines Grossgutachtens wider Erwarten durch die frühzeitige Rechtskraft eines Entscheids bereits im Jahr 2015 zurückerstattet worden sind. Gestützt auf die endogenen Faktoren zur Verbesserung der Rechnung 2016 beantragt das Steuerrekursgericht die Bildung von Rücklagen in der Höhe von Fr. 40'000.-.

Zu konsolidierende Anstalten

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4906.8	4863.9	5049.4	185.5	3.8
Aufwand	-4880.0	-4852.0	-4915.2	-63.2	-1.3
- Kreditübertragungen aus 2015		-9.1			
Saldo	26.8	11.9	134.2	122.3	1026.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	5.6	5.2	9.2	4.1	79.0
Ausgaben	-115.2	-147.2	-115.0	32.3	21.9
- Kreditübertragungen aus 2015		-11.0			
Saldo	-109.6	-142.1	-105.7	36.3	25.6

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Der Fahrplan 2016 ging mit dem umfangreichsten Fahrplanwechsel in der Geschichte des ZVV im Dezember 2015 in Betrieb. Die 2. Etappe der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn brachte zwei neue S-Bahn-Linien und zusätzliche Kapazitäten auf dem Schienennetz. Auch ein Grossteil der Buslinien wurde neu konzipiert. Damit wurden die Anschlüsse auf die S-Bahnen verbessert und die Reiseketten insgesamt zuverlässiger gestaltet.

Im Mai wurde die BDWM Transport AG von den Kantonen Aargau und Zürich sowie vom Bundesamt für Verkehr (BAV) als künftige Betreiberin der Limmattalbahn ausgewählt. Ebenfalls im Mai erteilte der Zürcher Stadtrat, nach vorgängiger Kostengutsprache durch den ZVV, den Zuschlag für 70 neue Trams an den Anbieter Bombardier. Gegen diesen Entscheid wurde ein Rechtsmittel ergriffen.

Im September unterschrieben das BAV, der ZVV und Zürichs Nachbarkantone die neue Zielvereinbarung mit den SBB über den Betrieb der Zürcher S-Bahn. Die Vereinbarung legt die Leistungsentwicklung sowie die finanziellen und qualitativen Ziele für die Jahre 2016 bis 2021 fest.

Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 des Regierungsrates muss auch der ZVV einen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang wurde neben zahlreichen anderen Massnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung per Dezember auch der ZSG-Schiffszuschlag von 5 Franken eingeführt. Am 1. Dezember weiheten die SBB, der ZVV sowie die Stadt Zürich nach rund sieben Jahren Bauzeit den Bahnhof Oerlikon feierlich ein. Er ist der siebtgrösste Bahnhof der Schweiz und ein äusserst wichtiger Verkehrsknotenpunkt in der Stadt Zürich und für den ganzen Kanton.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1 Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	A1	22.4	24.3	23.9	-0.4	-1.6
L2 Zugskilometer Tram (in Mio.)	A1	12.6	12.6	12.6	0	0.0
L3 Wagenkilometer Bus (in Mio.)	A1	47.3	50.5	49.9	-0.6	-1.2
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	A1	0.6	0.6	0.6	0	0.0
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	4.17	4.01	3.93	-0.1	-2.0
B2 Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Fr.)	A1	345.7	352.8	341.6	-11.2	-3.2
B3 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	11.69	11.56	11.23	-0.3	-2.9
W1 Personenkilometer (in Mio.)	A1		3 300	n.n.b.		
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	A1	76	76	77	1	1.3

Bemerkungen

- L1, L3 Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B2, B3 Dank Reduktion der Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget um 11 Mio. Franken verbessert sich die Wirtschaftlichkeit noch deutlicher als erwartet.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.
- W2 In den Kundenzufriedenheitsumfragen konnte der ZVV auf hohem Niveau noch einen Punkt zulegen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9300 6a Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2019 (Basis 2011) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll unter Berücksichtigung der erwünschten Siedlungs- und Raumentwicklung abgedeckt werden.

Das tatsächliche Nachfragewachstum liegt leicht unter den Erwartungen und kann mit dem vorhandenen und geplanten Angebot abgedeckt werden.

Planmässig 2019

9300 6b Das Angebot wird angepasst, wo Kapazitätsenpässe auftreten und Handlungsspielraum besteht, sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Verfahren für die Fahrplanperiode 2018/19 ist angelaufen.

Planmässig 2019

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9300

9300 6c Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann. Planmässig 2019

9300 6d Die Kostenunterdeckung soll sich im Rahmen des erwarteten Wirtschaftswachstums im Kanton Zürich, gemessen am Bruttoinlandprodukt, entwickeln.

Trotz Angebotsausbau kann die Kostenunterdeckung seit Jahren relativ stabil gehalten werden. Planmässig 2019

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden energieeffizienter als heute erbracht.

Die technischen Möglichkeiten werden bei allen Fahrzeugneubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	35.9	36.0	36.5	0.5	1.5

Bemerkungen B16 zu R16

0.5 Um den Wissenstransfer bei den Stellenneubesetzungen sicherzustellen, waren Überlappungen notwendig.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	968.8	1 017.5	977.4	-40.2	-3.9
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	172.8	176.4	170.8	-5.6	-3.2
Aufwand	-968.8	-1 017.5	-977.4	40.2	3.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	1.4
Saldo	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	1.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total B16 zu R16
0.0	A1	- Obwohl die Verkehrseinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. Franken gesteigert werden konnten, lagen die Gesamteinnahmen unter den Erwartungen. Dank tieferen Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget trotzdem um 11 Mio. Franken unterschritten werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2015 plus Bildung 2015	Verwendung 2016	Antrag Bildung 2016 (verbucht 2017)	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Veränderung Bestand
267 707	0	0	267 707	0

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	252.4	256.1	-3.7	-1.4
Finanzvermögen ¹⁾	252.4	256.1	-3.7	-1.4
Flüssige Mittel	0.0	0.0	-0.0	-57.4
Forderungen	108.5	114.7	-6.2	-5.4
Kurzfristige Finanzanlagen	130.0	130.0	0.0	0.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	13.9	11.3	2.5	22.3
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	3.9	2.9	1.0	34.2
Finanzvermögen ¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	3.9	2.9	1.0	34.2
Sachanlagen	0.1	0.1	-0.0	-14.3
Immaterielle Anlagen	3.8	2.8	1.0	35.5
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	256.3	259.0	-2.7	-1.0
Fremdkapital	-256.1	-258.7	2.7	1.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-234.5	-244.1	9.5	3.9
Laufende Verbindlichkeiten	-14.8	-34.7	19.9	57.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-5.8	-15.0	9.2	61.5
Passive Rechnungsabgrenzung	-204.8	-190.3	-14.5	-7.6
Kurzfristige Rückstellungen	-9.1	-4.1	-5.1	> 100.0
Langfristiges Fremdkapital	-21.5	-14.7	-6.9	-46.9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.6	-0.2	-5.4	> 100.0
Langfristige Rückstellungen	-15.9	-14.5	-1.4	-9.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-256.3	-259.0	2.7	1.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	252.4	256.1	-3.7	-1.4

9510 Universitätsspital Zürich

Das Berichtsjahr war für das Universitätsspital Zürich in vielerlei Hinsicht sehr erfolgreich. In besonderem Mass gilt dies für das Ergebnis: Mit 91,9 Mio. Franken Reingewinn (Einzelabschluss USZ gemäss SwissGAAP FER: 89,5 Mio. Franken) schliesst die Jahresrechnung deutlich besser ab als im Vorjahr. Davon sind allerdings 33,9 Mio. Franken auf einen einmaligen und ausserordentlichen Effekt zurückzuführen: Im Berichtsjahr wurden das Depot zur Begleichung laufender und neuer Haftpflichtselbstbehalte sowie die dazugehörigen Rückstellungen bilanziert. Weiterhin als gut bezeichnet werden darf die Situation beim Cash-Flow. Dieser ist von grosser Bedeutung, weil in den nächsten Jahren die Erneuerung der Infrastruktur einen hohen Mittelbedarf erfordern wird.

Das gute Ergebnis gründet massgeblich auf der anhaltend hohen Nachfrage bei sämtlichen Leistungen und auf dem disziplinierten Kosten- und Investitionsmanagement. Wichtige Beiträge leisteten auch die erhöhte Transparenz bei den Führungskennzahlen und die tiefen Zinsen, aber auch Fortschritte, welche das USZ in der Auslastung, in der Produktivität, in der Qualität, in der Patientenorientierung und bei Kooperationen erzielen konnten.

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des USZ werden in einem eigenen Geschäftsbericht Anfang Mai 2017 veröffentlicht. Dieser kann auf der Webseite unter www.usz.ch als PDF-Dokument heruntergeladen oder per Mail an publikationen@usz.ch in gedruckter Form bestellt werden.

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1 Spitalaustritte - Allg. (inkl. Säuglinge)		31 676	32 743	32 406	-337	-1.0
L2 Spitalaustritte - HP		4 413	4 361	4 945	584	13.4
L3 Spitalaustritte - P		3 576	3 478	3 705	227	6.5
L4 Taxpunkte Poliklinik in 1'000		158 337	160 680	173 036	12 356	7.7
L5 Taxpunkte pers. Sprechstunde in 1'000		84 952	89 250	86 917	-2 333	-2.6
W1 Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?		9.05	45	offen		
W2 Ungeplante Rehospitalisationen gemäss SwissDRG in % (Wiederkehrer)		3.33	4	3.65	-0.4	

Bemerkungen

- L1, L2, Die Zahl der stationären Austritte nahm im Berichtsjahr mit 474 Fällen um 1.2% stärker zu als budgetiert. Auffallend war das starke Wachstum bei den halbprivat und privat versicherten Patienten. Mit einem Zuwachs gegenüber dem Budget um 13.4% (halbprivat) und 6.5% (privat) lag das Wachstum 910 Basispunkte über dem budgetierten Wachstum bei den allgemein versicherten Patienten. Auch die Anzahl der Fälle mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Zürich erhöhte sich stärker als erwartet. Dies ist angesichts der hohen Dichte an Regional-, Kantons- und Privatspitälern in allen Landesteilen keine Selbstverständlichkeit und spricht für das spezialisierte Angebot am USZ. Wie Patientenbefragungen des USZ zeigen, sind letztlich die medizinische Kompetenz sowie der Einsatz neuester Methoden, Materialien und modernster Medizintechnik entscheidende Faktoren für die Wahl des USZ. In diesen Bereichen wird dem USZ von Patienten und zuweisenden Ärzten weit über die Kantonsgrenzen hinaus eine herausragende Stellung eingeräumt.
- L3 Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb mit 6.87 Tagen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (6.88 Tage). Ausschlaggebend für das finanzielle Ergebnis ist neben der Anzahl Patienten auch die Entwicklung des Schweregrads. Der durchschnittliche Casemix-Index (CMI) der am USZ behandelten Patienten konnte gegenüber dem Vorjahr um 1.1% auf 1559 (Vorjahr: 1540) gesteigert werden. Die Summe der Schweregrade, das Casemix-Volumen, betrug im Berichtsjahr 63 827 und lag damit 2965 Punkte beziehungsweise 4.9%, über dem Vorjahr. Für die 10% der Patienten mit dem höchsten Schweregrad lag der durchschnittliche CMI im Berichtsjahr bei 6974 (Vorjahr: 6833). Sie machen damit 44.5% des gesamten Casemix-Volumens aus und zeigen den hohen Spezialisierungsgrad am USZ.
- L4, L5 Im ambulanten Bereich setzte sich im Berichtsjahr das Wachstum der letzten Jahre fort. Gegenüber dem Budget nahm das Volumen der ambulanten Taxpunkte um 4.0% zu und erreichte einen Wert von 260.0 Mio. Taxpunkten (Vorjahr: 243.3). Damit erhöhte sich der Anteil des ambulanten Ertrages am Betriebsertrag weiter und beläuft sich im Berichtsjahr auf 24.4% (Vorjahr: 23.1%). Dieses Wachstum unterstreicht den Trend hin zu einer höheren Nachfrage nach ambulanten Leistungen und die Verschiebung von ehemals stationären Behandlungen in den ambulanten Bereich. Gleichzeitig sind die Preise im ambulanten Bereich stark unter Druck: Leider bildet der TARMED-Katalog das ambulante Angebot der Spitäler in vielen Bereichen ungenügend ab.
- W1 Jährliche Befragung «Nationale Patientenbefragung ANQ» (Bewertung: Skala 1 bis 10, 10: höchste Zustimmung). Indikatorwert Budget 2016 stammt aus ehemaliger Beurteilung der Spitalbetreuung nach PEQ-Fragebogen. Die Ergebnisse für das Berichtsjahr sind noch nicht publiziert worden.

W2 Die ungeplanten Rehospitalisationen blieben 35 Basispunkte unter der kritischen Schwelle von 4%. Das Ziel wurde damit erreicht. Gegenüber dem Vorjahr resultierte eine leichte Verschlechterung von 32 Basispunkten.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9510 4a Patientinnen-/Patienten-Versorgung: Die medizinischen Schwerpunkte werden USZ-intern und -extern gestärkt. Im Bereich der hochspezialisierten Medizin werden die nationalen Leistungsaufträge gesichert.

Der Konzentrationsprozess von hochspezialisierten Leistungen geht weiter. Das USZ ist dafür organisatorisch gut aufgestellt und hat bisher seine Leistungsaufträge erfolgreich verteidigt. Das USZ will sich auch weiterhin im Bereich der spezialisierten und hochspezialisierten Medizin mit voller Kraft engagieren.

Planmässig 2019

9510 4b Führung und Entwicklung: Auf der Grundlage der implementierten Dach- und Teilstrategien verfügt das USZ über eine konsolidierte Angebots- und Entwicklungsplanung, an welcher sich Entscheidungen orientieren.

Das USZ hat einen sogenannten Angebots-, Entwicklungs- und Finanzplan für sämtliche Kliniken und Institute erarbeitet. Die Methode hat sich etabliert, das Vorgehen bewährt. Die Kliniken und Institute werden daran gemessen.

Abgeschlossen 2016

9510 4c Forschung und Lehre: Leistungen im Bereich Lehre und Forschung sind mit der Universität abgestimmt, das Allokationsmodell ist umgesetzt und der Umgang mit Drittmitteln geregelt.

Die Resultate im Bereich Forschung und Lehre am USZ sind im Vergleich zu anderen Universitätsspitalern im In- und Ausland ausgezeichnet. Schwierigkeiten bekundet das USZ mit der Finanzierung der Aktivitäten. Diesbezüglich wurde mit der Universität Zürich ein gemeinsamer Prozess gestartet. Der heutige Finanzierungsmodus soll 2017 überprüft werden. Auch andere Themen wie z. B. der Berufungsprozess werden mit der Universität Zürich diskutiert.

Planmässig 2017

9510 4d Finanzielle Führung - Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Wirksamkeit in der finanziellen Führung. Dazu werden die eingesetzten Instrumente und Prozesse weiterentwickelt. Die Rechnungslegung nach SwissGAAP FER und die REKOLE-Rezertifizierung sind umgesetzt.

Das USZ wurde im Berichtsjahr erfolgreich nach dem REKOLE-Standard rezertifiziert. Die Umsetzung von SwissGAAP FER erfolgt mit der Rechnung 2016. Die Prüfung durch die Revisionsstelle (Finanzkontrolle des Kantons Zürich) erfolgt im Rahmen der ordentlichen Prüfung der Jahresrechnung 2016.

Abgeschlossen 2016

9510 4e Raumplanung: Das Projekt Berthold läuft plangemäss. Die Vorbereitungen für die Übernahme der bestehenden Immobilien sind abgeschlossen. Das Angebot und der Ausbau für den Standort 'USZ - The Circle' sind definiert.

Die aufwendigen Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung des ambulanten Gesundheitszentrums am Standort Flughafen Zürich schreiten planmässig voran. Das Angebot ist weitgehend definiert und mit den betroffenen Verantwortlichen am USZ abgesprochen. Nach Fertigstellung der definitiven Baupläne rücken ab 2017 aufbau- und ablauforganisatorische Themen sowie das Management der damit zusammenhängenden Veränderungen in den Vordergrund.

Planmässig 2017

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	5 775.1	5 758.0	5 963.0	205.0	3.6

Bemerkungen B16 zu R16

Der Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr beträgt 5963.0 Mitarbeitende, das entspricht einer Zunahme von 3.3% gegenüber dem Vorjahr. Dieser Stellenzuwachs ist mit rund 70% hauptsächlich im Kerngeschäft (Pflege / MTTB und Ärzte) zu verzeichnen. Die Zunahme bleibt mit 3.6 % insgesamt unter der Entwicklung bei den erbrachten Leistungen und beim Ertrag. Somit konnte die Produktivität gegenüber den Annahmen beim Budget trotz Zuwachs beim Personal gesteigert werden.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1 283.2	1 237.7	1 392.3	154.6	12.5
- Staatsbeiträge total	256.2	266.2	267.8	1.6	0.6
- davon Subventionen gemäss § 11 SPFG	20.6	23.6	19.4	-4.2	-17.8
Aufwand	-1 268.1	-1 235.0	-1 300.4	-65.4	-5.3
Saldo	15.1	2.7	91.9	89.3	3311.3

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9510

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6		0.7	0.7	0.0
Ausgaben	-27.1	-39.5	-39.9	-0.4	-0.9
Saldo	-26.4	-39.5	-39.2	0.3	0.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
89.3		Abweichungen total B16 zu R16
34.0		- Zunahme stationäre Erträge aufgrund starker Zunahme bei den Fällen und – bei leicht gestiegenem CMI – damit verbundener Zunahme beim Casemix-Volumen; höheres Volumen Zusatzentgelte.
33.9		- Einmalige, ausserordentliche Abweichung zum Budget aufgrund der Bilanzierung des Depotguthabens für Haftpflichtfälle
30.0		- Zunahme ambulanter Ertrag aufgrund höherer Nachfrage
10.8		- Mehrertrag aus Forschung und Lehre aufgrund Zunahme von Projekten und höheren Drittmitteln bei gleichzeitigem Rückgang des Allokationsbeitrags der Universität Zürich
8.0		- Zunahme übriger Erträge aufgrund Mehrleistungen insbesondere bei Dienstleistungen an Dritte aus Kooperationen
7.9		- Erfolgswirksame Umgliederung von Fonds aus dem Fremdkapital in zweckgebundene Mittel im Eigenkapital
6.7		- Reduktion Delkredere aufgrund Abbau von älteren Forderungen und Anpassung des Berechnungsverfahrens basierend auf Erfahrungswerten der Vorjahre
5.4		- Abweichung Finanzertrag aufgrund höheren Cash Zuflusses als budgetiert sowie leichten Rückgangs am Anteil an assoziierten Gesellschaften (Zentralwäscherei Zürich) aufgrund Neubewertung
3.6		- Tiefere Anlagenutzungskosten als budgetiert aufgrund tieferer Aktivierungen und damit Kapitalkosten im Bereich Immobilien
1.9		- Unterschreitung des Budgets beim nicht medizinischen Aufwand insbesondere aufgrund nicht ausgeschöpfter Mittel für externe Dienstleistungen
-4.2		- Tiefere gemeinwirtschaftliche Leistungen des Kantons aufgrund Nicht-Ausschöpfung der Mittel für Innovationen und tieferer Anzahl Assistenzärzte als budgetiert
-15.9		- Stärkere Zunahme beim medizinischen Sachaufwand aufgrund der Mehrleistungen bei Einwegmaterial, Reagenzien und Diagnostika sowie bei den Medikamenten
-34.1		- Abweichung beim Personalaufwand bei gleichzeitig leichter Unterschreitung des budgetierten Honoraraufwands
1.3		- Übrige Abweichungen

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 11 Abs. 3 Ziff. 5 des USZG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet nach § 9 Ziff. 5 des USZG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Mit 84,3 Mio. Franken Reingewinn schliesst die Jahresrechnung 2016 (Einzelabschluss USZ nach dem Rechnungslegungsstandard SwissGAAP FER) deutlich über dem Vorjahr ab (+69,2 Mio. Franken). Damit kann das USZ auch im fünften Jahr nach Einführung der Fallpauschalen einen Gewinn ausweisen. Vom hohen Reingewinn sind 40% auf einen einmaligen Effekt zurückzuführen: So werden in der Jahresrechnung 2016 des USZ erstmalig das Depot bei der Zürich Versicherung zur Begleichung von Haftpflichtselbstbehalten sowie die dazugehörigen Rückstellungen bilanziert. Dies hat zu einer Ergebnisverbesserung um 33,9 Mio. Franken geführt. Ohne diesen einmaligen Effekt resultiert ein Gewinn von 50,4 Mio. Franken. Die EBITDAR-Marge bleibt mit 9,3% weiterhin leicht unter dem angestrebten Zielwert. Das gute Ergebnis kam aufgrund einer anhaltend hohen Nachfrage bei sämtlichen Leistungen, eines engen Kosten- und Investitionsmanagements, tiefer Zinsen und insbesondere aufgrund von Fortschritten un-

ter anderem bei der Auslastung und bei Kooperationen zustande. Allerdings ist auf die grosse Unsicherheit bei den Tarifen hinzuweisen: Das USZ verfügt auch fünf Jahre nach Einführung der DRG-Fallpauschalen noch immer nicht über gültige Verträge. Dank des Gewinns kann die Eigenkapitalbasis deutlich gestärkt werden. Die Stärkung ist insbesondere mit Blick auf die geplanten grossen Infrastrukturvorhaben unerlässlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 84 253 224.00 gemäss Einzelabschluss des USZ (SwissGAAP FER) dem Eigenkapital gutzuschreiben. Das Eigenkapital beläuft sich nach Gewinnverwendung auf 192,3 Mio. Franken.

Das Ergebnis nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung, HBR) beträgt Fr. 91 949 881. Davon sind Fr. 7 882 657 auf die im Jahr 2016 vorgenommene Umgliederung von Fonds im Fremdkapital zu Fonds im Eigenkapital zurückzuführen. Dieser Anteil ist zweckgebunden. Die verbleibende Differenz von Fr. 186 000 resultiert aus der unterschiedlichen Bewertungsmethode der Minderheitsbeteiligung an der ZWZ AG (Zentralwäscherei) mit einer tieferen Bewertung nach HBR.

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9510

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	665.1	568.1	97.0	17.1
Finanzvermögen ¹⁾	665.1	568.1	97.0	17.1
Flüssige Mittel	10.6	7.8	2.8	35.2
Forderungen	489.6	415.7	73.9	17.8
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.1	-0.1	-100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	161.1	141.1	20.0	14.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	3.8	3.3	0.5	16.4
Anlagevermögen	132.5	124.3	8.2	6.6
Finanzvermögen ¹⁾	7.8	8.0	-0.2	-2.3
Finanzanlagen	7.8	8.0	-0.2	-2.3
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	124.8	116.4	8.4	7.2
Sachanlagen	107.4	101.5	5.8	5.8
Immaterielle Anlagen	17.4	14.8	2.6	17.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	797.6	692.4	105.2	15.2
Fremdkapital	-600.9	-588.7	-12.2	-2.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-337.9	-379.9	42.0	11.1
Laufende Verbindlichkeiten	-229.8	-256.4	26.6	10.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-33.0	-32.0	-1.0	-3.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-32.8	-36.2	3.4	9.4
Kurzfristige Rückstellungen	-42.3	-55.3	13.0	23.5
Langfristiges Fremdkapital	-263.1	-208.8	-54.3	-26.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-113.6	-109.1	-4.5	-4.1
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.9	-2.6	-0.3	-10.3
Langfristige Rückstellungen	-140.2	-89.0	-51.2	-57.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-6.4	-8.1	1.7	21.2
Eigenkapital	-196.7	-103.7	-93.0	-89.7
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-96.3	-80.2	-16.1	-20.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-8.4	-8.4	0.0	0.0
Jahresergebnis	-91.9	-15.1	-76.9	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-797.6	-692.4	-105.2	-15.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	672.9	576.0	96.8	16.8

9520 Kantonsspital Winterthur

Geprägt war das Berichtsjahr für das Kantonsspital Winterthur einerseits durch Vorbereitungsarbeiten auf umfassende Veränderungen wie die mögliche Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und andererseits durch eine Vielzahl von Verbesserungen und Anpassungen im laufenden Betrieb. Im Vorfeld auf die Volksabstimmung zum Gesetz (Umwandlung des Spitals aus einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft) nahmen organisatorische Abklärungen breiten Raum ein. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Notwendigkeit, dass die betriebliche Zusammenarbeit unter Wahrung der Meinungsfreiheit der Mitarbeitenden durch die politische Diskussion nicht tangiert wurde.

Praktisch abgeschlossen hat das KSW im Berichtsjahr die Vorarbeiten für das Fachärzteezentrum im Glattzentrum in Wallisellen, dieses ergänzt die fachärztliche Grundversorgung in der Region. Angeboten werden hier Spezialsprechstunden auf Zuweisung der niedergelassenen Ärzte.

In Winterthur haben Vertreter des KSW mit Tagen der offenen Tür, diversen Fachveranstaltungen und einem Messeauftritt den regelmässigen direkten Kontakt zur Bevölkerung gepflegt.

Ende des Berichtsjahres konnte der Startschuss für die Arbeiten zum Ersatzneubau gegeben werden. Durch die ständig wachsenden Patientenzahlen und erbrachten Leistungen kommt die bauliche Infrastruktur des KSW an seine Grenzen. Mit dem Ersatzneubau kann den Bedürfnissen an ein modernes, flexibles und effizient nutzbares Spital in optimaler Weise Rechnung getragen werden.

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht Ende April 2017 veröffentlicht. Dieser kann auf der Webseite unter www.ksw.ch als PDF-Dokument heruntergeladen werden oder per Mail an publikationen@ksw.ch in gedruckter Form bestellt werden.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Raum Winterthur für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte Total	A1	26 463	26 573	27 190	617	2.3
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte	A1	21 093	21 121	21 310	189	0.9
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte	A1	5 370	5 452	5 880	428	7.9
W1	Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?	A1	9.27	9	offen		
W2	Wie beurteilen Sie die Qualität der Behandlung, die Sie erhalten haben?	A1	9.01	9	offen		
W3	Wenn Sie Fragen an einen Arzt oder eine Ärztin stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	A1	9.11	9	offen		
W4	Wenn Sie Fragen an das Pflegepersonal stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	A1	9.02	9	offen		
W5	Wurden Sie während Ihres Spitalaufenthaltes mit Respekt und Würde behandelt?	A1	9.46	9	offen		
W6	Fallzusammenführungen nach SwissDRG in %	A1	2.7	2.5	2.6	0.1	

Bemerkungen

- W1, W2, W3, W4, W5
 W6 Für das Berichtsjahr wurden 712 Fallzusammenführungen im Rahmen der SwissDRG-konformen Berichterstattung vorgenommen (Stand 09.02.2017), was 2.6% der gemeldeten stationären Patientenaustritte 2016 entspricht.

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9520

Entwicklungsschwerpunkte

9520 4b Einführung integriertes ERP System (Ablösung Altsysteme)

Die ERP Phase 1 (Ablösung der Patientenadministration, Finanz- und Rechnungswesen, Codierung und Materialwirtschaft) wird im ersten Halbjahr 2017 abgeschlossen. Die Phase 2 ist gestartet und umfasst die Ablösung des HRM-Systems. Der Abschluss der Phase 2 ist auf Ende 2017 vorgesehen. 2018 werden dann in einer Phase 3 die Bereiche Facility Management und Customer Relationship Management bearbeitet. Der Abschluss des gesamten ERP-Projektes wird voraussichtlich Ende 2018 sein.

Stand bis
Planmässig 2018

9520 4c Ersatzneubau Hochhaus

Das Teilprojekt Radio-Onkologie wird bis Mai 2017 dem Betrieb übergeben und die erstellten Gebäude werden bezogen sein. Der Aushub für die Erstellung des Bettenhauses «Didymos» wurde gestartet.

Planmässig 2019

9520 4e Microsoft Enterprise Agreement (Ersatz von Benutzer-Lizenzen)

Der Lizenzvertrag mit Microsoft wurde bereits im Berichtsjahr um 3 Jahre (bis 31.12.2019) verlängert.

Abgeschlossen 2017

9520 4h Erneuerung Patientenmonitoring Institut für Anästhesiologie

Die Geräte zur Patientenüberwachung der Anästhesiologie (Monitoring) werden im Jahr 2018 komplett ersetzt. Dies ist notwendig, da das bestehende Monitoring am Ende des Lebenszyklus ist (end of life; Technik ist veraltet, keine Ersatzteile mehr).

Planmässig 2018

9520 4k Ersatz Klinikinformationssystem Phönix

Für 2017 ist die Erstellung eines Pflichtenheftes geplant. Weiterhin wird eine Submission durchgeführt. Die Umsetzung für den Ersatz des Klinikinformationssystems Phönix erfolgt voraussichtlich 2018/2019.

Planmässig 2019

9520 4l Ersatz IT-Rechencenter

Der ursprüngliche Plan, im Zusammenhang mit dem Ersatzneubau des Hochhauses ein neues Rechenzentrum zu bauen, wurde aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiterverfolgt. Das Kantonsspital Winterthur mietet sich in einem externen Rechenzentrum ein.

Verzicht 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2 289.2	2 313.0	2 413.2	100.1	4.3

Bemerkungen B16 zu R16

Zunahme beim Personal (Stellen) um 4.3% gegenüber dem Budget aufgrund von Mehrleistungen und Mehraufwand für strategische Projekte.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	476.1	480.4	510.6	30.2	6.3
Ertrag	116.0	125.4	126.7	1.4	1.1
- Staatsbeiträge total	2.9	2.4	3.2	0.8	33.3
- davon Subventionen gemäss § 11 SPFG					
Aufwand	-459.7	-462.1	-480.9	-18.8	-4.1
Saldo	16.4	18.4	29.8	11.4	62.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-22.3	-33.1	-16.5	16.6	50.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-6.1			
Saldo	-22.3	-33.1	-16.5	16.6	50.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen	
11.4		Abweichungen total B16 zu R16	
25.2		- Mehrerträge durch höhere Fallzahlen im stationären und ambulanten Bereich, Zunahme der zusatzversicherten Patienten, Erhöhung der Baserate und einer Erhöhung des Fallschweregrades (Casemix-Index, CMI)	
2.0		- Mehrertrag aufgrund Aufwertung ZRR-Beteiligung (Zentrum für Radiotherapie Rüti Zürich-Ost Linth AG)	
1.4		- Höhere Staatsbeiträge aufgrund stationärer Mehrfälle	
-6.8		- Mehraufwand für zusätzliche Stellen infolge Mehrleistungen im stationären und ambulanten Bereich	

Zu konsolidierende Anstalten
Leistungsgruppe 9520

- 10.2 - Höherer medizinischer Bedarf (Medikamente, Implantate, medizinisches Material) aufgrund Mehrleistungen im stationären und ambulanten Bereich mit entsprechenden Mehrerträgen im ambulanten Bereich
- 0.2 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-33.1	-16.5	16.6	
- Linac-1 Ersatz (Linearbeschleuniger)	-2.0	0.0	2.0	- Die Abnahme des Linearbeschleunigers ist erst 2017 möglich.
- Intraoperative Navigation mit Computertomografie	-1.5	0.0	1.5	- Verzögerung bei der Bearbeitung des Detailkonzeptes.
- Ersatz der Reinigungs- und Desinfektionsgeräte in der Zentralen Sterilgutversorgung (ZSVA)	-1.0	-0.2	0.8	- Durch Lieferverzögerung beim Hersteller Abnahme erst 2017 möglich.
- Mobile Inhouse Telefonie	-0.8	0.0	0.8	- Durch Lieferverzögerung beim Hersteller Abnahme erst 2017 möglich.
- Übrige	-27.8	-16.3	11.5	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 10 Abs. 3 KSWG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 5 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung des Kantonsspitals Winterthur schliesst mit einem Gewinn von 29,8 Mio. Franken ab. Der Gewinn fällt damit um 13,4 Mio. Franken besser aus als im Vorjahr. Diese Resultatverbesserung kann einerseits auf eine Produktivitätssteigerung, andererseits auf begünstigende Umstände wie beispielsweise höhere stationäre Tarife zurückgeführt werden.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 29 766 394.45 im Umfang von 6,4 Mio. Franken dem Kanton zuzuführen und den Betrag von Fr. 23 366 394.45 auf die neue Rechnung vorzutragen. Die Bestimmung des Kantonsanteils erfolgt nach dem gleichen Prinzip wie in den beiden Jahren zuvor. Demnach liegt die Gewinnbeteiligung des Eigentümers in der Höhe einer möglichen Gewinnsteuerpflicht.

Der Regierungsrat teilt die Zielsetzung des Spitalrates, das KSW mit genügend Eigenkapital auszustatten. Eine Eigenkapitalquote zwischen 30% und 50% darf für das KSW als sach-

gerecht angesehen werden. Mit der beantragten Zuweisung des Gewinns wird das Eigenkapital 131,8 Mio. Franken betragen und bei der aktuellen Bilanzsumme von 267,4 Mio. Franken zu einer Eigenkapitalquote von 49,3% führen. Die Eigenkapitalquote liegt damit am oberen Rand des als sachgerecht angesehenen Bereichs von 30% bis 50%. Die beantragte Stärkung der Quote kann aber in Anbetracht der notwendigen Finanzierung zukünftiger Investitionen, darunter insbesondere der Ersatzneubau des Bettenhauses, als angemessen beurteilt werden.

In dieser Bilanzsumme sind die Immobilien (244,2 Mio. Franken) nicht enthalten, da diese dem Kanton gehören. Bezieht man die Immobilien in die Bilanz – wie im Fall einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft – mit ein, so hängt die Höhe der Eigenkapitalquote davon ab, inwieweit die Liegenschaftswerte bei der Gesellschaftsgründung als Beteiligung im Eigenkapital oder als Darlehensforderung im Fremdkapital bilanziert werden. Wird beispielsweise von einer je hälftigen Immobilienübertragung ins Eigen- und ins Fremdkapital ausgegangen, beträgt die Eigenkapitalquote am Ende des Berichtsjahres 49,6% und liegt damit ebenfalls am oberen Rand des Zielbereichs für das Eigenkapital.

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	194.6	185.6	9.0	4.9
Finanzvermögen ¹⁾	194.6	185.6	9.0	4.9
Flüssige Mittel	3.5	1.8	1.8	99.9
Forderungen	118.1	116.9	1.2	1.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	69.4	64.4	5.1	7.9
Vorräte und angefangene Arbeiten	3.6	2.6	1.0	38.0
Anlagevermögen	72.7	69.7	3.0	4.3
Finanzvermögen ¹⁾	7.8	5.4	2.4	44.6
Finanzanlagen	7.8	5.4	2.4	44.6
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	64.9	64.3	0.6	1.0
Sachanlagen	53.9	52.6	1.3	2.4
Immaterielle Anlagen	11.1	11.7	-0.6	-5.5
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	267.4	255.3	12.0	4.7
Fremdkapital	-129.2	-143.5	14.3	10.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-56.4	-71.7	15.3	21.4
Laufende Verbindlichkeiten	-38.9	-56.4	17.4	30.9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-2.7	-2.7	0.0	0.3
Passive Rechnungsabgrenzung	-5.5	-4.3	-1.2	-28.6
Kurzfristige Rückstellungen	-9.3	-8.4	-0.9	-10.6
Langfristiges Fremdkapital	-72.8	-71.8	-1.0	-1.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-62.9	-61.7	-1.2	-1.9
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.8	-3.0	0.2	6.5
Langfristige Rückstellungen	-5.1	-5.2	0.0	0.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-2.0	-2.0	-0.1	-2.7
Eigenkapital	-138.2	-111.8	-26.4	-23.6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-107.2	-94.3	-12.9	-13.7
Reserven aus Absicherungsgeschäften	2.5	2.6	-0.1	-4.0
Dotationskapital	-3.7	-3.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-29.8	-16.4	-13.4	-81.6
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-267.4	-255.3	-12.0	-4.7
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	202.4	191.0	11.4	6.0

9600 Universität Zürich

Die Universität Zürich blickt auf ein ereignisreiches Jahr zurück. So konnten neben einer Vielzahl von Initiativen und Projekten folgende Aktivitäten erfolgreich abgeschlossen bzw. in Angriff genommen werden: Zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur hat die Technologiekommission der UZH im Berichtsjahr die Weichen für die professionelle Unterstützung der aktuell sechs anerkannten Plattformen gestellt und somit den Forschenden den Zugang zu hochwertigen und komplexen Technologien erleichtert. Im Bereich der Humanmedizin war der Entscheid für eine nochmalige Erhöhung der Studienkapazität um 72 auf neu 372 Plätze von zentraler Bedeutung. Die Erhöhung wird im Rahmen eines Netzwerkes Humanmedizin umgesetzt, dem neben den universitären Spitälern die ETH Zürich sowie die Hochschulen St.Gallen, Luzern und Tessin angehören.

Auch im Bereich der Lehre war das Jahr von vielen Innovationen und Entwicklungen geprägt. So wurde beispielsweise der kompetitive Lehrkredit, ein neues Fördergefäss zur Weiterentwicklung der Lehre, unter dem Motto «Das Plus für innovative Lehre» erfolgreich gestartet. Im Berichtsjahr wurden allein am Standort Zentrum mehr als 400 Veranstaltungen pro Tag durchgeführt. Darunter fallen die Vorlesungen, aber auch spezielle Anlässe wie die Eröffnungsfeier der Manifesta, an der sich die UZH mit der Ausstellung «Transactions» beteiligte. Ein weiteres Highlight ist die erste in der Schweiz durchgeführte «Physik-Olympiade», die auf dem Campus Irchel stattfand und 400 Jugendliche aus 84 Nationen anzog. Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2016 der UZH verwiesen (Publikation im April 2017).

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit.
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L9	Anzahl Studierende gesamt	A1	25 358	25 715	25 542	-173	-0.7
L5	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1		13 952	13 466	-486	-3.5
L6	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1		6 166	6 142	-24	-0.4
L7	- Anteil Studierende in Lizenziat/Diplom/höheres Lehramt	A1		996	643	-353	-35.4
L8	- Anteil Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3		4 601	5 291	690	15.0
L2	Anzahl Habilitationen	A2, A3	105	80	93	13	16.3
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in (Fr.)	A1, A2	23 715	23 308	23 079	-229	-1.0
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität in %	A1, A2	43.8	45.4	43.4	-2	
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	73	71.8	73.6	1.8	2.5
B4	Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	48.4	42.1	44.2	2.1	5.0
B5	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	67.3	68.2	61.8	-6.4	-9.4
W8	Anzahl Abschlüsse gesamt,	A1		5 611	5 394	-217	-3.9
W9	- Anteil Bachelorabschlüsse	A1		2 511	2 495	-16	-0.6
W10	- Anteil Masterabschlüsse	A1		2 044	2 007	-37	-1.8
W11	- Anteil Lizenziat/Diplom/höheres Lehramt	A1		279	249	-30	-10.8
W12	- Anteil Dokorate Medizin/Veterinärmedizin	A1, A2		321	233	-88	-27.4
W13	- Anteil Dokorate ohne Medizin/Veterinärmedizin	A2, A3		456	410	-46	-10.1
W1	Anzahl Evaluationen		31	25	26	1	4.0
W2	Anzahl laufende SNF-Projekte	A2	540	565	535	-30	-5.3
W3	Anzahl laufende EU-Projekte	A2	147	160	127	-33	-20.6
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss in %			96	95.4	-0.6	

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
W7 Durch Drittmittel finanzierte Stellen in Vollzeiteneinheiten (VZE, per 31.12.)	A2, A3	1 713	1 672	1 736	64	3.8

Bemerkungen

- Allg. Keine Werte R15 für folgende Indikatoren, da im KEF 2016-2019 neu aufgenommen: L5 - L8, W8 - W13
- L2 Die Attraktivität der Habilitation ist ungebrochen hoch. Gegenüber dem Planungswert von 80 Habilitationen konnten zusätzlich 13 Habilitationen abgeschlossen werden.
- L7 Zum Zeitpunkt der Planung im Jahr 2015 ist man von einer höheren Anzahl an im Berichtsjahr verbleibenden Lizenziatstudierenden ausgegangen. Zusätzlich waren bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung im Berichtsjahr weniger Eintritte zu verzeichnen.
- L8 Auch im Berichtsjahr bestand eine sehr grosse Nachfrage nach den Doktoratsangeboten der Fakultäten der UZH. Das Wachstum der Vorjahre konnte erneut übertroffen werden.
- B1 Unter anderem infolge tieferer Nutzungskosten für die von der UZH belegten Liegenschaften (Minderaufwand mit dem Kostenbeitrag verrechnet) ist der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Student/in tiefer als budgetiert und auch tiefer als im Vorjahr. Der Effekt ist einmalig und wird sich nicht auf die Folgejahre auswirken.
- B2 Der Kostenanteil der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz liegt im Bereich des Vorjahres und unter dem für das Berichtsjahr prognostizierten Wert, da die UZH erneut mehr Drittmittel einwerben konnte als budgetiert.
- W8 Die Angabe erfolgt ohne die eidgenössischen Fachabschlüsse der Medizin (315).
- W12, W13 Erneut wurden weniger Promotionen als geplant verzeichnet. Dies betrifft insbesondere die Medizinische Fakultät. Die Anzahl an abgeschlossenen Doktoraten bleibt im Vergleich zur Rechnung 2015 etwa stabil. Die Auswirkung des Umstands, dass aufgrund der Bologna-Reform die Dissertationen frühestens ein Jahr nach Masterabschluss eingereicht werden dürfen, wurde in der Planung etwas unterschätzt. Aufgrund der verzeichneten Zunahme der Doktoratsstudierenden wird davon ausgegangen, dass sich die Zahlen in den kommenden Jahren einpendeln werden.
- W7 Die Zunahme an drittmittelfinanzierten Stellen hat sich im Einklang mit der erfolgreichen Drittmittelinwerbung auf anhaltend hohem Niveau bewegt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Die Fördersumme für Massnahmen im Bereich der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung konnte im Berichtsjahr wie geplant eingesetzt werden. Nach erfolgreicher externer Evaluation wurden im Berichtsjahr zehn Klinische Forschungsschwerpunkte an den Universitären Spitälern in die zweite Förderphase überführt. Weiterhin wurden mit dem Programm Filling the Gap rund 30 (angehende) Ärztinnen und Ärzte innerhalb der Zürcher universitären Spitäler und der Partnerspitäler der Medizinischen Fakultät gefördert.

Planmässig 2018

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Im Berichtsjahr hat die UZH 22 Kompetenzzentren unterhalten, von denen zwei erfolgreich neu gegründet werden konnten. Bei den Kompetenzzentren handelt es sich vielfach um gemeinsame Zentren der Universität und der ETH Zürich.

Planmässig 2018

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP

Die UZH setzt aktuell neun Universitäre Forschungsschwerpunkte zur strategischen Profilbildung ein. Die UFSP der zweiten Serie konnten im Berichtsjahr ihre erste Vierjahresphase erfolgreich abschliessen und starten nun mit Hochdruck in die zweite Phase 2017-2020. Neben den Universitären Forschungsschwerpunkten hat die UZH im Berichtsjahr vom SNF für die drei nationalen Forschungsschwerpunkte «Demokratie», «Mediality» sowie «Kidney.CH» eine Förderung erhalten.

Planmässig 2018

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Die Drittmittelvolumina konnten im langjährigen Trend gesteigert werden. Die Erträge beim Schweizerischen Nationalfonds sowie bei der EU waren zwar im Berichtsjahr rückläufig, konnten jedoch durch Beiträge von Privaten, Stiftungen und Legaten nahezu kompensiert werden.

Planmässig 2018

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

Die Betreuungsquotienten «Studierende pro Professur» zeigen sich gegenüber dem Vorjahr auf Stufe UZH (40.4 vs. 41.9) insgesamt verbessert.

Planmässig 2018

Zu konsolidierende Anstalten

Leistungsgruppe 9600

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Der kompetitive Lehrkredit, ein neues Fördergefäss zur Weiterentwicklung der Lehre, ist unter dem Motto «Das Plus für innovative Lehre» erfolgreich gestartet. Es sind insgesamt 42 Anträge aus allen Fakultäten eingegangen, von denen die Lehrkommission 16 Lehrprojekte bewilligt hat. Über den strategischen Lehrkredit wurden Massive Open Online Courses (MOOCs) und MOOC-Style Online Courses finanziell unterstützt.

Planmässig 2018

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Im Berichtsjahr hat die UZH zahlreiche Massnahmen umgesetzt, um Nachwuchskräften eine hervorragende Ausgangslage für ihre weitere akademische Laufbahn zu ermöglichen. Bei der jährlichen Vergabe von SNF-Förderungsprofessuren an Nachwuchsforschende konnte die UZH im Berichtsjahr 6 von 40 neuen SNF-Förderungsprofessuren für sich gewinnen. Im Rahmen des «Forschungskredites» wurden die Projekte von 60 Doktorierenden und 43 Postdoktorierenden gefördert. Ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der Doktoratsstufe ist die Verstetigung des «Graduate Campus» im Berichtsjahr mit seinen Angeboten (Unterstützung von fächerübergreifenden Vernetzungsprojekten, Kursangebot zur Stärkung von überfachlichen Kompetenzen, Qualitätsentwicklung der Doktoratsprogramme).

Planmässig 2018

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

Auch im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit der ETH wo möglich auf allen Ebenen forciert und ausgebaut. Im Berichtsjahr gab es 20 Doppelprofessuren von ETH und UZH, die erfolgreich Synergieeffekte nutzen konnten und Forschung und Lehre auf hohem Niveau betrieben.

Planmässig 2018

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Im Berichtsjahr konnten wichtige Grundlagen in Hinblick auf die Steuerung und Entwicklung des UZH-Immobilienportfolios geschaffen werden. Im Rahmen von Studien wurden konkrete Informationen für das weitere Vorgehen gewonnen.

Planmässig 2025

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4 679.3	4 814.7	4 748.9	-65.8	-1.4

Bemerkungen B16 zu R16

Der angegebene Wert für R16 ist stichtagsbezogen und beinhaltet auch kurzfristige, temporär besetzte Stellen. Der Stellenbestand 2016 liegt trotz dieses Effektes um rund 70 Stellen unter dem Budget.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1373.7	1320.6	1357.4	36.8	2.8
- Beiträge Bund	136.1	139.5	139.0	-0.5	-0.4
- Beiträge anderer Kantone	147.7	148.5	147.4	-1.1	-0.7
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	605.0	603.0	592.0	-10.9	-1.8
Aufwand	-1371.9	-1320.6	-1353.9	-33.4	-2.5
Saldo	1.8	0.0	3.5	3.5	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.6	2.5	5.7	3.2	128.4
Ausgaben	-47.0	-45.3	-41.9	3.3	7.3
Saldo	-44.4	-42.8	-36.2	6.5	15.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.5		Abweichungen total B16 zu R16
34.1	A1, A2	- Höhere Erträge aus Verkäufen und Rückerstattungen (u.a. medizinische Untersuchungen an Dritte)
13.5	A2, A3	- Höhere Drittmittel-Projektbeiträge (u.a. Private, Vereine, Stiftungen und Legate)
5.1	A1, A2, A3	- Tiefere Infrastrukturkosten (u.a. Nutzungskosten für die von der UZH belegten Liegenschaften)
1.9	A2	- Höhere Einnahmen aus Lizenzträgen sowie Gewinnbeteiligungen
-0.5	A1, A2	- Tiefere Einnahmen im Rahmen der Grundbeiträge des Bundes
-0.6	A1, A2, A3	- Höhere Personalkosten, u.a. Löhne für Lehrkräfte sowie Aus- und Weiterbildung
-1.1	A1	- Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen (IUV)
-2.9	A1, A2	- Höhere Aufwendungen an öffentliche und private Unternehmen
-9.9	A1, A2	- Höhere Kosten für Material und Warenaufwand sowie für Dienstleistungen Dritter (z.B. medizinische Gutachten, Spitalbeiträge)

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

- 10.9 A1, A2, A3 - Tieferer Kostenbeitrag der Gesundheitsdirektion (-1.0 Mio.) und der Bildungsdirektion, letzteres aufgrund tieferer Nutzungskosten (-6.8 Mio.) für die von der UZH belegten kantonalen Liegenschaften und Vorgabe Verbesserung Haushaltsvollzug 2016 (-3.1 Mio.)
- 12.3 A1, A2, A3 - Höhere Kosten für Dienstleistungen kantonalen Amtsstellen (u.a. im Medizinbereich durch steigende Studierendenzahlen sowie Spitalbeiträge)
- 12.8 A2 - Höherer Aufwand im Rahmen von Drittmittelprojekten
- 0.1 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-42.8	-36.2	6.5	
- Einnahmen Investitionsprojekte UZH	2.5	5.7	3.2	- Der Investitionsbeitrag vom Bund für die Grossprojekte in Schlieren (rund 3 Mio.) ist entgegen der Erwartung erst im Berichtsjahr eingegangen, nicht schon im Vorjahr, wo diese Mittel im Budget eingeplant waren. Ausserdem wurden alle offenen Geschäfte mit dem Bund abgerechnet, da die Investitionsbeiträge für Mobilien seitens Bund mit Inkraftsetzung der finanziellen Bestimmungen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes HFKG ab 2017 eingestellt werden.
- Ausgaben Investitionsprojekte UZH	-45.3	-41.9	3.4	- Die Minderausschöpfung der Investitionsmittel resultiert aus Verzögerungen diverser Projekte und Vorhaben (vor allem Beschaffung von IT-Ausstattung (Hardware) sowie medizinischen Geräten)
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2016 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 3 461 536.12 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 1 847 898.66). Dies ist hauptsächlich die Folge des Ausbaus der Dienstleistungen, Verzögerungen bei Projekten und Lehrstuhlbesetzungen sowie einmaligen Effekten (Anpassung Abgrenzungsmethodik).

Der Universitätsrat beantragt, den Gewinn von Fr. 3 461 536.12 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage Zweckbestimmte Reserve Fr. 807 851.34
- Entnahme Zweckbestimmte Reserve Fr. 1 845 000.25
- Einlage Reserve Separate Rechnung Fr. 6 278 247.03
- Entnahme Reserve Separate Rechnung
Fr. 6 802 545.59
- Einlage Freie Reserve Fr. 5 022 983.59

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	395.4	379.8	15.6	4.1
Finanzvermögen ¹⁾	395.4	379.8	15.6	4.1
Flüssige Mittel	3.4	4.7	-1.3	-27.4
Forderungen	333.9	349.1	-15.1	-4.3
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.2	-0.0	-13.7
Aktive Rechnungsabgrenzung	57.0	24.9	32.1	> 100.0
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.9	0.9	-0.0	-0.9
Anlagevermögen	146.5	151.3	-4.8	-3.2
Finanzvermögen ¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	146.5	151.3	-4.8	-3.2
Sachanlagen	137.6	142.1	-4.4	-3.1
Immaterielle Anlagen	7.4	7.8	-0.5	-5.9
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.3	0.3	0.0	6.8
Investitionsbeiträge	1.2	1.0	0.1	10.6
Total Aktiven	541.9	531.0	10.8	2.0
Fremdkapital	-438.3	-430.9	-7.4	-1.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-131.1	-127.0	-4.0	-3.2
Laufende Verbindlichkeiten	-43.0	-43.6	0.6	1.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-56.3	-51.5	-4.8	-9.3
Kurzfristige Rückstellungen	-31.8	-31.9	0.1	0.5
Langfristiges Fremdkapital	-307.3	-303.9	-3.4	-1.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-11.2	-9.9	-1.3	-13.2
Langfristige Rückstellungen	-27.9	-30.9	3.0	9.7
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-268.1	-263.1	-5.0	-1.9
Eigenkapital	-103.6	-100.1	-3.5	-3.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-100.1	-98.2	-1.8	-1.9
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-3.5	-1.8	-1.6	-87.3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-541.9	-531.0	-10.8	-2.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	395.4	379.8	15.6	4.1

9690 Zentralbibliothek

Im Berichtsjahr wurden die im Vorjahr begonnenen Arbeiten an der künftigen Strategie der ZB abgeschlossen. Der Stiftungsrat hat diese an seiner Sitzung vom 7. Juli 2016 besprochen und in der Folge nach wenigen Anpassungen mit Zirkularbeschluss genehmigt. Das Papier «Strategie ZB 2020. Die Zentralbibliothek Zürich zeigt Profil» nennt 23 strategische Ziele, die sich jeweils einem der folgenden drei Akzente zuordnen lassen: 1. Profil schärfen und Kooperationen gestalten, 2. Akzente im Angebot setzen und Sichtbarkeit erhöhen, 3. Potentiale nutzen und ausbauen.

Zu erwähnen ist weiter die Aufnahme des Betriebs der Kooperativen Speicherbibliothek Schweiz in Büron LU. Zusammen mit vier Partnerinstitutionen wurde im Sinne einer wirtschaftlichen und effizienten Lösung, wozu auch die Dedublierung von Bibliotheksbeständen gehört, ein grosses, teilautomatisches Aussenlager realisiert.

Zudem wurde in Oetwil am See ein zusätzliches Aussenmagazin bezogen. Durch diese beiden Vorhaben und die damit realisierte Auslagerung von Bibliotheksbeständen wird im Stammhaus der ZB dringend benötigter Platz frei für den stetigen Zuwachs an Sammlungsbeständen. Als weitere Hauptereignisse zu nennen sind die massgebliche Mitarbeit beim Projekt für eine nationale Bibliotheksplattform (SLSP), die Weiterarbeit am Grossprojekt DigiTUR (Digitalisierung und Aufschaltung von Zürcher Kulturgut), die Erarbeitung eines neuen Sammelprofils für Turicensia, die Vorarbeiten in Bezug auf die 100-Jahr-ZB-Jubiläums-Vorhaben 2017 und die Einführung eines neuen internationalen Katalogisierungsstandards (RDA/GND).

Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2016 der ZB verwiesen (Publikation im Juni 2017).

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%
L1 Anzahl Ausleihen	A1	947 011	985 000	940 094	-44 906	-4.6
L2 Gesamtzuwachs Medien (ab 2016 einschliesslich elektronische Medien)	A2	74 628	90 000	134 564	44 564	49.5
L3 Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	9 039	9 600	8 917	-683	-7.1
B1 Anzahl Ausleihen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	4 931	5 500	5 205	-295	-5.4
W1 ZB-Webseitenzugriffe	A1	1 417 857	1 500 000	1 453 404	-46 596	-3.1

Bemerkungen

- L1 Prognosewert zu hoch angesetzt und Abbild vermehrter Benutzung elektronischer Medien
- L2 Grösserer Erwerb beträchtlicher Rückwärtsergänzungen bei e-Books sowie nicht budgetierte Geschenke an die Zentralbibliothek
- L3 Aufgrund längeren Umbaus waren weniger Veranstaltungen möglich
- B1 Vergleiche L1
- W1 Prognosewert etwas zu hoch angesetzt

Entwicklungsschwerpunkte

9690 2a Vollständige Inbetriebnahme der kooperativen Speicherbibliothek in Büron (LU) sowie Bezug eines neuen Aussenmagazins

Aussenmagazin ist bezogen. Abschluss der Auslagerungen der ZB in die Speicherbibliothek im Sommer 2017 infolge logistischer Komplikationen.

Stand bis

Verzögert 2016

9690 2b Ausbau der Kooperation mit der Universität Zürich: Erwerb von elektronischen Medien, Forschungsdaten, Kurierdienste, Open Access

Bestehende Kooperationen sind konsolidiert, Projekt Forschungsdaten ist aufgegleist.

Planmässig 2017

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9690

9690 2c Erhaltung/Instandstellung/Verbesserung im Bereich Bau & Haustechnik

Ständiger Prozess Planmässig 2018

9690 2d Ausbau des elektronischen Medienangebotes, insbesondere auch für nicht-universitäre Benutzergruppen

Ständiger Prozess Planmässig 2017

9690 2e Projekt DigiTUR (Lotteriefondsprojekt): Digitalisierung ausgewählter Zürcherischer Eigenbestände, Abschluss der 1. Tranche

Aufgrund erheblich grösserem Produktionsaufwand wurde das prognostizierte Digitalisierungsvorhaben etwas nach unten korrigiert. Voraussichtlicher Abschluss des Projekts erste Jahreshälfte 2018. Planmässig 2018

9690 2f Anpassung der internen Prozesse (Medienbearbeitung, Sacherschliessung) auf die neuen Regelwerke und Bibliothekssysteme. Stärkere nationale Kooperation und Optimierung des Datenaustausches zwischen Bibliotheken.

Nationales Projekt Swiss Library Service Platform (SLSP) ist mit massgeblicher Beteiligung der ZB in Bearbeitung. Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	189.8	170.5	180.6	10.1	5.9

Bemerkungen B16 zu R16

Zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit dem Projekt DigiTUR (Finanzierung über Lotteriefonds)

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	42.0	41.1	43.4	2.3	5.5
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	28.1	28.5	28.4	-0.1	-0.2
Aufwand	-41.4	-41.1	-43.6	-2.5	-6.0
Saldo	0.6	0.0	-0.2	-0.2	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	2.3	2.7	2.7	-0.0	-0.1
Ausgaben	-3.1	-2.7	-2.7	-0.1	-2.7
Saldo	-0.8	0.0	-0.1	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total B16 zu R16
2.0	A3	- Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt DigiTUR (nicht budgetierte Drittmittel)
0.3	A1, A2, A3	- Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (periodenfremd)
-0.1	A1, A2, A3	- Tieferer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion aufgrund Budgetbeschluss Kantonsrat betreffend Lohnsumme 2016
-0.5	A1, A2, A3	- Mehraufwand Medienerwerb
-2.0	A3	- Aufwand Projekt DigiTUR (nicht budgetiert, vgl. oben)
0.1		- Übrige Abweichungen

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die Hochschulleitung hat im April 2016 die Qualitätsstrategie 2015–2025 verabschiedet. Darin wird die Basis für ein umfassendes und auf die Strategie 2015–2025 ausgerichtetes Qualitätssystem gesetzt mit dem Ziel, die Qualität der Tätigkeiten und deren langfristige Qualitätsentwicklung zu sichern. Die Qualitätsstrategie ist auch im Hinblick auf die bevorstehende institutionelle Akkreditierung wichtig.

In der Grundständigen Lehre konnten im Herbstsemester 2016/17 die neuen Studienangebote Bachelor Gesundheitsförderung & Prävention (Departement Gesundheit), Master Accounting & Controlling und Master International Business (beide Departement School of Management & Law) erfolgreich starten. Im Bachelorstudium Umweltingenieurwesen (Departement Life Sciences & Facility Management) können neu die zwei Vertiefungsrichtungen «Umweltsysteme und

Nachhaltige Entwicklung» und «Erneuerbare Energien und Ökotechnologie» ausgewählt werden.

Im Berichtsjahr wurde die Neubesetzung der Departementsleitungen (Direktor/Direktorin) bei vier von acht Departementen eingeleitet und teilweise auch schon umgesetzt.

Basierend auf den Departementsstrategien wurden die folgenden organisatorischen Veränderungen auf Instruktionsebene umgesetzt: Departement Soziale Arbeit: Neuorganisation Departement unter anderem mit vier Institutsgründungen, Departement Management & Law: Neugründung Institut für Financial Management; Departement Angewandte Psychologie: Neugründung des Psychologischen Instituts; Departement Life Sciences & Facility Management: Zusammenführung zweier Institute zum neuen Institut Chemie und Biotechnologie (ICBT).

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Studierende gesamt	A1	11 036	11 411	11 530	119	1.0
L2	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	10 025	10 231	10 303	72	0.7
L3	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1	1 011	1 180	1 227	47	4.0
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	43.8	42.2	44.1	1.9	
L5	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	10.7	10.7	10.8	0.1	
L6	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	28	26.2	28.4	2.2	
L7	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	5.1	5.3	4.9	-0.4	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	14 959	14 880	14 406	-474	-3.2
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW in %	A1, A2	36.9	37.4	36.7	-0.7	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in %	A1, A2	33.4	32.1	32.6	0.5	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	77.8	78.4	79.4	1	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	A1	2 424	2 609	2 491	-118	-4.5
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	A1	316	419	381	-38	-9.1

Bemerkungen

- L1, L2, Im Vergleich zum Budgetwert beträgt die Differenz bei der Studierendenzahl insgesamt +1.0%. Gegenüber dem Vorjahr beträgt das Wachstum 4.5%. Bei den Bachelor-Studiengängen beträgt die Differenz gegenüber Budget +0.7% bzw. das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr +2.8%. Auffallend ist das Studierendenwachstum beim Master (Differenz ggü. Budget +4.0% bzw. ggü. Vorjahr +21.4%).
- L4, L5, Die Volumina in der Weiterbildung und Forschung konnten absolut und relativ gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht werden (Weiterbildung 0.1 Mio., Forschung 1.6 Mio.). Im Bereich Dienstleistungen beträgt die Volumenreduktion absolut 0.7 Mio. Franken. Insgesamt beträgt das Volumenwachstum in den Leistungsaufträgen Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung 1,0 Mio. Franken (+0.6%).
- L6, L7
- B1 Der Kostenbeitrag je Studierende/n hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.7% bzw. 553 Franken pro Studierende/n weiter reduziert. Diese Veränderung ist nebst generellen Kostenoptimierungen auch wesentlich geprägt vom Forschungsvolumen sowie von Veränderungen im Studierendenmix (v.a. Wachstum in den kostenintensiven Studienrichtungen wie z.B. Life Sciences, Technik usw. und Veränderungen bei der Studierendenherkunft [Zürcher bzw. Nicht-Zürcher Studierende]).
- B2 Der prozentuale Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW konnte im Berichtsjahr um weitere 0.2 Prozentpunkte reduziert werden und liegt damit unter dem Wert der letzten drei Jahre. Im Vergleich zum Budget liegt eine Verbesserung der Quote von 0.7 Prozentpunkten vor.
- B3 Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Grundständigen Lehre liegt v.a. wegen des ausserordentlichen Mehrerlöses aus dem Dezember 2016 (vgl. unten) über Planung. Gegenüber dem Vorjahr ist die Reduktion um 0.8 Prozentpunkte insbesondere auf den Wegfall der Auffakturierung in der grundständigen Lehre beim Bund zurückzuführen. Bei den Kosten pro Studierenden liegt die ZHAW insgesamt klar unter dem Schweizer Durchschnitt.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich im Vergleich mit den letzten drei Jahren ebenfalls weiter verbessert. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Verbesserung 1.6 Prozentpunkte. Die aktuelle Quote von 79.4% liegt am obersten Rand und kann auf diesem Niveau kaum gehalten werden.
- W1, Das Gesamtwachstum bei den Diplomabschlüssen beträgt gegenüber dem Vorjahr 4.8% (Bachelorstufe +2.8%,
W2 Masterstufe +20.6%). Die grössten Zuwachsraten beim Master sind in den Fachbereichen Gesundheit, Angewandte Linguistik, Angewandte Psychologie und Wirtschaft zu verzeichnen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9710 2a Aufbau Schwerpunkt «Energie»

Die Kompetenzen der ZHAW werden im Rahmen des Forschungsschwerpunkts «Energie» auf- und ausgebaut. Daraus entstanden sechs vielversprechende interdisziplinäre Projekte unter Beteiligung aller Departemente. Diese Projekte laufen bis 2017. Die ZHAW beteiligt sich bei den folgenden SCCER Swiss Competence Centers for Energy Research: FURIES, CREST, Mobility, BIOSWEET.

Planmässig 2017

9710 2b Stärkung des Angebots im MINT- und Gesundheitsbereich

Im Fachbereich Gesundheit ist der Bachelorstudiengang Gesundheitsförderung & Prävention erfolgreich im Herbstsemester 2016 gestartet. Im Berichtsjahr erfolgten Vorbereitungsarbeiten für den planmässigen Start folgender neuer Angebote ab Herbstsemester 2017: Masterstudiengang Hebamme, Vertiefung «Applied Computational Life Sciences» im Masterstudiengang Life Sciences und Masterstudiengang Umwelt und Natürliche Ressourcen. Zudem laufen Vorbereitungsarbeiten für weitere neue Angebote (z. B. neue Vertiefung «Data Science» im Studiengang Master of Science in Engineering).

Planmässig 2018

9710 2c Konsolidierung des Forschungs- und Entwicklungs-Portfolios und des Weiterbildungsangebots

Überprüfung der Forschungs- und Weiterbildungsportfolios verläuft gemäss Planung (inhaltlich wie auch finanziell).

Planmässig 2018

9710 2d Beteiligung an der Initiative des Bundes gegen den Fachkräftemangel

Durchführung der «Science Week» des Departements Life Sciences und Facility Management und des Ferienprogramms «Faszination Technik» der School of Engineering. Einstiegsangebote für PiBS (praxisintegriertes Bachelorstudium) sind seit Herbstsemester 2015/16 in den Departementen School of Engineering (in allen acht Bachelorstudiengängen) und Life Sciences und Facility Management (Bachelorstudiengänge Biotechnologie und Chemie) vorhanden.

Planmässig 2019

9710 2e Bezug der Hallen 141/180/189/191 durch das Departement Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen auf dem Sulzerareal Winterthur

Die Teilfreigabe für die Abbrucharbeiten und den Aushub bei der Halle 141 wurde Ende 2016 erteilt und der Gebäudename für die Halle 141 bestimmt (Haus Richard-Coray). Der Bezug der Gebäude ist gemäss Planung für den Sommer 2019 vorgesehen.

Planmässig 2019

9710 2f Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (1. Phase)

Der Masterplan inklusive Testplanung für den Campus liegt vor. Im Masterplan sind für das Areal mehrere Bauetappen vorgesehen. Der Architekturwettbewerb wird voraussichtlich im Spätherbst 2017 mit der Wahl des Siegerprojekts abgeschlossen. Anschliessend startet die konkrete Bauplanung.

Verzögert 2020

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

9710 2g Bezug Haus Adline-Favre auf dem Sulzerareal durch das Departement

Gesundheit

Die Projektfreigabe für das neue Haus Adline-Favre wurde erteilt. Terminlich befindet sich das Projekt gut im Plan. Planmässig 2020

9710 2h Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Grüntal)

Der Entscheidungsprozess innerhalb der Bildungsdirektion läuft noch (Priorisierung Infrastrukturprojekte Kanton ZH). Verzögert 2020

9710 2i Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Reidbach 1. Phase)

Das Projekt liegt nach einer zweiten notwendigen Sparrunde jetzt so vor, dass der politische Prozess starten kann. Verzögert 2020

9710 2j Entwicklung Campus Sulzerareal (Lagerplatz, Halle 52 Werk 1)

Die Projekte Lagerplatz und Halle 52 auf dem Sulzerareal in Winterthur verlaufen planmässig. Das Projekt Werk 1 verläuft zeitlich verzögert. Ab KEF 2018–2021 werden die Projekte auf dem Sulzerareal in separaten Entwicklungsschwerpunkten dargestellt. Verzögert 2022

9710 2k Vorbereitung der Institutionellen Akkreditierung

Die Vorbereitungsarbeiten verlaufen gemäss Planung (Verabschiedung der Qualitätsstrategie 2015–2025 im Hinblick auf die Institutionelle Akkreditierung der ZHAW). Planmässig 2022

9710 2l Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Reidbach 2. Phase)

Dieses Projekt kann erst lanciert werden, wenn die Phase 1 bei der Standortentwicklung Wädenswil (Campus Reidbach) entsprechend fortgeschritten ist. Verzögert 2022

9710 2m Umsetzung Strategie 2025

Verankerung der strategischen Schwerpunkte in den Jahreszielen gemäss Planung. Planmässig 2025

9710 2n Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (2. Phase)

Dieses Projekt wird in Abhängigkeit von der Phase 1 Entwicklung Campus Technikum lanciert werden. Geplant 2027

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2 212.2	2 264.0	2 208.3	-55.7	-2.5

Bemerkungen B16 zu R16

Trotz eines weiteren Studierendenwachstums von 4,5% gegenüber Vorjahr hat sich der Personalbestand gegenüber Planung um -55,7 Vollzeiteinheiten und gegenüber Vorjahr um -3,9 Vollzeiteinheiten reduziert. Ergriffene -55.7 Kostenoptimierungsmassnahmen widerspiegeln sich in dieser Entwicklung.

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	447.7	454.1	452.3	-1.8	-0.4
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	165.1	169.8	166.1	-3.7	-2.2
Aufwand	-449.2	-463.3	-448.4	14.9	3.2
- Kreditübertragungen aus 2015		-9.1			
Saldo	-1.5	-9.1	3.9	13.1	143.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.0		0.2	0.2	0.0
Ausgaben	-13.7	-21.8	-10.2	11.6	53.2
Saldo	-13.7	-21.8	-10.0	11.7	54.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.1		Abweichungen total B16 zu R16
10.0	A1, A2	- Der Sachaufwand liegt um 10 Mio. Franken unter Budget, mehrheitlich infolge von aus diversen Gründen entstandenen Projektverzögerungen (Ressourcenengpässe, externe Abhängigkeiten, inhaltliche Unwägbarkeiten usw.). Betroffen sind vor allem Infrastruktur- und Systemprojekte. Die damit zusammenhängenden Verzögerungen in den Projektaufwendungen sind Bestandteil der unten erwähnten beantragten Kreditübertragungen.
4.9	A1, A2	- Die Personalkosten liegen um 1,4% unter Budget und um 0,7% bzw. 2,5 Mio. Franken unter dem Vorjahr, letzteres zurückzuführen auf tiefere Kosten für temporäre Arbeitskräfte sowie Abbau der Mehrzeitsaldi.

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

- 3.3 A1, A2 - Nicht budgetierte Mittel vom Bund per Ende Berichtsjahr, da dieser Ende 2016 eine ursprünglich angekündigte und entsprechend zu budgetierende Pauschalenkürzung betreffend Diplombildung nicht umgesetzt und zusätzlich die Forschungsbeiträge leicht erhöht hat (die Pauschalenkürzung wurde im Jahr 2015 angekündigt, weil der Bund mit dem Auslaufen der alten Rechtsgrundlage und dem Inkrafttreten des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes ab 1.1.2017 keinen Negativsaldo auf 2017 übertragen kann und er schweizweit für das Berichtsjahr mit einem stärkeren Studierendenwachstum als effektiv eingetreten gerechnet hatte).
- 1.9 A1, A2 - Die Erträge aus internen Verrechnungen innerhalb des Kantons Zürich betragen insgesamt 3,1 Mio. Franken und liegen damit 1,9 Mio. Franken über der Planung von 1,2 Mio. Franken. Gegenüber der Planung wurden mehr Leistungen in den Aus-/Weiterbildungen sowie mehr übrige Dienstleistungen mit Arbeitsstellen aus dem Kanton erbracht.
- 1.3 A1 - Die Beiträge von Kantonen sind mit +1,3 Mio. Franken bzw. 1,6% über Planung. Hauptgrund sind die gegenüber der Planung höheren Studierendenzahlen in der Grundständigen Lehre im Umfang von 1% (Beiträge Interkantonale Fachhochschulvereinbarung).
- 0.4 - Mehrerträge von je 0,2 Mio. Franken bei den übrigen Transfers und aus Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen
- 3.7 A1, A2 - Die negative Abweichung von -3,7 Mio. Franken beim Kostenbeitrag der Bildungsdirektion ergibt sich durch die Veränderung der beantragten Kreditübertragungen (-2,9 Mio.) und die Vorgabe Verbesserung Haushaltsvollzug 2016 (-0,8 Mio.).
- 5.0 A1, A2 - Entgelte, verschiedene Erträge und Finanzertrag im Gesamtvolumen von rund 85,8 Mio. Franken sind insgesamt 5 Mio. Franken unter Planung. Diese negativen Budgetabweichungen begründen sich hauptsächlich aus dem zurückhaltenden Einsatz von Personalressourcen in der Forschung. Die geplanten Forschungsvolumina konnten nicht erreicht werden.
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-21.8	-10.0	11.7	
- Investitionsprojekte ZHAW	-21.8	-10.0	11.7	- Die Abweichung begründet sich auf verschiedene Projektverzögerungen und Ressourcenengpässe, betrifft v.a. Bau- und Infrastrukturprojekte im Bereich IT und FM, wofür Antrag auf Kreditübertragungen im Umfang von 5,9 Mio. Franken vom Berichtsjahr ins Folgejahr gestellt wird. Gegenüber Vorjahr beträgt die Abweichung -3,7 Mio. Franken.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2016 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Gewinn von Fr. 3 947 664.66 (Verlust Vorjahr Fr. 1 531 500.73). Dieses Ergebnis entspricht 0,9% des angefallenen Kostenvolumens von rund 448 Mio. Franken und ergibt sich hauptsächlich aus einem ausserordentlichen Ertrag vom Bund per Ende Berichtsjahr (Rücknahme der Pauschalenkürzung 2016 und Erhöhung des Forschungsbeitrags 2016 im Rahmen der Grundfinanzierung gemäss Entscheid des Bundes im Dezember des Berichtsjahres). Ohne diesen ausserordentlichen Ertrag hätte die ZHAW mit einem Überschuss von rund 0,7 Mio. Franken abgeschlossen, was dem Ziel eines annähernd ausgeglichenen Ergebnisses entspricht (Abweichungsquote von 0,2%).

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 3 947 664.66 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage in die strategischen Reserve Fr. 3 000 000.00
- Einlage in die Forschungsreserve Fr. 947 664.66

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	105.4	94.7	10.7	11.3
Finanzvermögen ¹⁾	105.4	94.7	10.7	11.3
Flüssige Mittel	0.4	0.6	-0.2	-36.7
Forderungen	96.2	85.6	10.6	12.3
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	8.4	8.1	0.3	3.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.4	0.4	0.0	2.6
Anlagevermögen	42.0	43.1	-1.1	-2.6
Finanzvermögen ¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	42.0	43.1	-1.1	-2.6
Sachanlagen	40.8	41.8	-0.9	-2.2
Immaterielle Anlagen	1.2	1.3	-0.2	-14.8
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	147.4	137.8	9.5	6.9
Fremdkapital	-119.6	-114.0	-5.6	-4.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-118.6	-113.5	-5.1	-4.5
Laufende Verbindlichkeiten	-22.5	-29.2	6.7	23.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-79.7	-66.4	-13.3	-20.0
Kurzfristige Rückstellungen	-16.4	-17.8	1.4	8.1
Langfristiges Fremdkapital	-1.0	-0.5	-0.4	-87.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.6	-0.3	-0.3	-98.3
Langfristige Rückstellungen	-0.4	-0.2	-0.2	-74.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-27.8	-23.9	-3.9	-16.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs.3 FCV	-23.9	-25.4	1.5	6.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Jahresergebnis	-3.9	1.5	-5.5	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-147.4	-137.8	-9.5	-6.9
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	105.4	94.7	10.7	11.3

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Verschiedene Studiengänge starteten im Herbst mit einem neuen Curriculum: die Bachelorstudiengänge Kunst & Medien, Musik, Theater sowie der Master-Studiengang Art Education. Es wurde an einem integrativen Masterangebot in den Bereichen Film, Tanz und Theater gearbeitet. Im Bachelor Contemporary Dance nahm im Herbst der dritte Jahrgang sein Studium auf – damit ist der Studiengang voll ausgebaut. Das E-Learning Angebot wurde ausgebaut. Als Weiterbildungsangebot für den internationalen Markt wurde der erste Massive Open Online Course (MOOC) «Chinese Contemporary Art Award – A Case Study on Global Culture» lanciert. Gestartet wurde auch mit dem Z-Kubator zur Unterstützung von Start-ups und Spin-offs und mit dem Aufbau des Career Center Musik.

Die ZHdK gehört neu zusammen mit ETH und Universität Zürich zu den Trägerhochschulen des Collegium Helveticum. Der Kreativwirtschaftsbericht wurde mit gutem Medienecho

publiziert, die Evaluation Forschung an der ZHdK (2011–2015) erfolgreich abgeschlossen und die Eingaben für Doktoratsprogramme in Kooperation mit internationalen Partnern bei den projektgebundenen Beiträgen BFI Botschaft 2017-2020 getätigt. Es wurde ein Projekt lanciert zur Entwicklung eines neuen Professorenstellenmodells in Verbindung mit der Erarbeitung von Entwicklungsplänen in den Departementen. Die Hochschulleitung genehmigte die Qualitätsstrategie 2016–2020. Die Fondation ZHdK erfuhr eine Neuorientierung mit neuem Stiftungsrat und neuen Statuten. Der Rektor der ZHdK wurde zum zweiten Mal als Präsident von ELIA, der Vereinigung Europäischer Kunsthochschulen gewählt. Das Museum für Gestaltung startete mit dem Umbau seines Hauses an der Ausstellungsstrasse 60 und im Museum Bellerive fand die letzte Ausstellung statt.

Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2016 der ZHdK verwiesen (Publikation im April 2017).

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung.
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Propädeutikum und Tanzakademie).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Studierende gesamt	A1	1 997	1 967	2 027	60	3.1
L2	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1 138	1 130	1 149	19	1.7
L3	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1	859	837	878	41	4.9
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	18.7	14.2	19	4.8	
L5	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	3.7	2.5	3.7	1.2	
L6	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	14.9	11.6	14.9	3.3	
L7	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	0.1	0.1	0.4	0.3	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	43 053	43 569	42 182	-1 387	-3.2
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHdK in %	A1, A2	62.4	63.4	61.7	-1.7	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in %	A1, A2	22.6	22.9	22.5	-0.4	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	56.9	57.7	59.6	1.9	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	A1	321	370	314	-56	-15.1
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	A1	333	330	296	-34	-10.3

Bemerkungen

L1, L2, Die Zahl der Studierenden ist sowohl bei den Bachelor- wie auch den Masterstudiengängen gestiegen gegenüber der L3 Planung. Letzteres ist hauptsächlich auf eine längere Studiendauer bei den Masterstudiengängen zurückzuführen.

L4, L5, Das Projektvolumen bei der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung konnte gegenüber dem Budget L6, L7 gesteigert werden. Zusätzlich konnten auch mehr Weiterbildungsangebote als geplant angeboten und durchgeführt werden.

B1, B2 Die Senkung des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion infolge einmaliger Nachvergütung von Mietbeiträgen des Bundes an das Toni-Areal für die Jahre 2014 und 2015 führt zusammen mit den leicht höheren Studierendenzahlen zu einem tieferen Kostenbeitrag pro Student/in.

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

B4 Höhere Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen aufgrund der leicht höheren Studierendenzahl
W1, Die Anzahl der Bachelor- und Master-Abschlüsse ist tiefer ausgefallen als geplant.
W2

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9720 2a Konsolidierung und Optimierung der Verwaltungs-, Betriebs- und Unterrichtsprozesse nach Bezug Toni-Areal

Die Standardisierung von Verwaltungsprozessen ist planmässig angegangen worden. Im Rahmen der Strategie ZHdK soll dieses Vorhaben bis 2018 umgesetzt sein. Namhafteste Teilergebnisse 2016: Zentralisierung der Hochschulkommunikation sowie Überprüfung und Anpassung von HR-Prozessen.

Verzögert 2016

9720 2b Entwicklung eines wirksamen Monitorings der Berufsfelder

In einem ersten Schritt wurde die Auswertung der Beschäftigungsstatistik des BFS erstmals zielgenau auf die spezifischen Daten der ZHdK hin ausgewertet. In einem nächsten Schritt werden Absolventenbefragungen konzipiert und umgesetzt.

Verzögert 2016

9720 2c Evaluation der Forschungsinstitute

Die durch internationale Experten durchgeführte Evaluation ergab für die Forschungsinstitute der ZHdK ausgezeichnete Ergebnisse und stellte der Forschung der ZHdK insgesamt ein sehr gutes Zeugnis aus, von dem auch der FHR Kenntnis nehmen konnte.

Abgeschlossen 2016

9720 2d Abschluss Aufbau Bachelorstudiengang Tanz

Die erste Jahrgangsklasse startete im Herbst das dritte und letzte Studienjahr. Erste Abschlüsse werden im Sommer 2017 erwartet.

Planmässig 2017

9720 2e Stärkung der Vernetzung von Forschung und Lehre durch neue Organisationsmodelle und Einrichtung von Forschungsdeputaten

Vorgabe/Konzept zu den Forschungsdeputaten wurde erstellt. Die Umsetzung erfolgt zurzeit über die Departemente. Weitere Differenzierungen und nächste Umbauschritte werden im Rahmen des laufenden Projektes «Forschung & Lehre» (bis Juli 2017) ausgearbeitet.

Planmässig 2017

9720 2f Erhöhung der Flexibilität in der Lehre einschliesslich Entwicklung und Implementierung einer neuen e-Learning-Strategie

E-Learning-Strategie inkl. Umsetzungsplanung für 2017 liegt vor. Zur Erhöhung der Flexibilität wurden bestehende studiengangübergreifende Lehrangebote in den Bachelor- und in Masterstudiengängen erweitert und qualitativ weiterentwickelt.

Planmässig 2017

9720 2g Entwicklung von weiteren Weiterbildungsangeboten, auch für den internationalen Markt

Neu Angebote entwickelt und bewilligt (Start 2017): MAS Strategic Design, CAS Kunst und Öffentlichkeit, CAS Creation and Scenario in Music. Angebote für den internationalen Markt (erstmals angeboten im Berichtsjahr): MOOC (Massive Open Online Course) zum CAS Chinese Contemporary Art Award, CAS Arts and International Cooperation, DAS Global Culture. Weitere Ausweitung und Differenzierung der Angebote im Rahmen der bis 2018 terminierten Strategie geplant.

Planmässig 2018

9720 2h Bündelung der internationalen Kooperationen und Partnerschaften und Erhöhung der "Global Competence" für Studierende, Dozierende und Mitarbeitende

Projekt «Building Bridges» mit den Partnern Aalto-Universität Helsinki, Stockholm Academy of dramatic arts, School of visual arts New York und New York University geht in den vierten Zyklus. Eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen in Ougadougou im Rahmen des Aufbaus des Partnerschaftsprojekts «arts for change» wurde mit einem Lehrmodul in Zürich gestartet. Zusammenarbeiten mit Universidade Sao Paulo und Sao Paulo drama school sind projektiert.

Planmässig 2018

9720 2i Weiterentwicklung der Positionierungs- und Markenpolitik

Wichtigstes Teilergebnis im Berichtsjahr: Relaunch der Webseite zhdk.ch

Planmässig 2019

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	680.0	659.5	678.0	18.5	2.8

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	169.8	169.1	168.6	-0.5	-0.3
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	105.9	107.2	104.0	-3.2	-3.0
Aufwand	-169.8	-169.1	-165.5	3.6	2.1
Saldo	0.0	0.0	3.0	3.0	0.0

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-1.0	-2.9	-2.6	0.3	11.2
Saldo	-1.0	-2.9	-2.6	0.3	11.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.0		Abweichungen total B16 zu R16
6.5		- Tieferer Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand; ein Teil der als Sachaufwand budgetierten Vorhaben wurde mit eigenem Personal durchgeführt oder nicht umgesetzt.
2.9	A1, A2	- Höhere Bundesbeiträge, v.a. rückwirkend ausbezahlte Mietbeiträge an das Toni-Areal
2.3		- Die Weiterverrechnung der Raumkosten an die ZHAW für die von ihren Departementen Angewandte Psychologie und Soziale Arbeit genutzten Räumlichkeiten im Toni-Areal wurde bis einschliesslich B2016 als Ertrag eingestellt, wird ab R2015 stattdessen aber als Aufwandminderung verbucht (saldo-neutrale Verbuchungsänderung: weniger Ertrag, aber auch weniger Aufwand, vgl. unten).
1.6		- Tiefere Abschreibungen infolge Wertbereinigungen von aktivierten Anlagen im Vorjahr
1.5		- Höhere Erträge aus internen Verrechnungen für gemeinsam genutzte Anlagen im Toni-Areal an die ZHAW und für weitere für konsolidierte Einheiten erbrachte Leistungen
1.0	A1	- Mehreinnahmen an Schul- und Kursgeldern aufgrund der leicht höheren Anzahl Studierenden
0.1	A1	- Höhere Beiträge von Kantonen (Beiträge Interkantonale Fachhochschulvereinbarung)
-0.7	A1, A2	- Ergebnis aus diversen Ertragsabweichungen: tiefere Einnahmen aus Benützungsgebühren und Dienstleistungen, tiefere Rückerstattungen und Verkäufe und höhere Entgelte
-1.0		- Höherer Aufwand aus internen Verrechnungen (-0,8 Mio.) und diverse weitere geringe Aufwandsabweichungen
-2.3		- Weiterverrechnung der Raumkosten an die ZHAW für die von ihr im Toni-Areal belegten Flächen wird ab R2015 nicht mehr als Ertrag, sondern als Aufwandminderung verbucht, vgl. entsprechende Gegenposition oben
-3.2	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion aufgrund Rückführung eines im Berichtsjahr erhaltenen ausserordentlichen Beitrags vom Bund (Nachvergütung von Mietbeiträgen an das Toni-Areal für die Jahre 2014 und 2015) und Vorgabe Verbesserung Haushaltsvollzug 2016 (-0,4 Mio.)
-5.7	A1, A2	- Höherer Personalaufwand bedingt durch im Budget als Sachkosten, in der Rechnung aber als Personalkosten ausgewiesene Aufwendungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2016 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Gewinn von Fr. 3 047 896.64 (Vorjahr Fr. 0). Dies ist im Wesentlichen auf höhere als erwartete Bundesbeiträge (Studierendenpauschalen, Mietbeiträge) und verschiedene Aufwandsreduktionen zurückzuführen.

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 3 047 896.64 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage in die allgemeinen Reserven Fr. 3 047 896.64

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	13.2	9.7	3.5	36.5
Finanzvermögen ¹⁾	13.2	9.7	3.5	36.5
Flüssige Mittel	0.1	0.2	-0.1	-38.4
Forderungen	9.0	5.3	3.7	69.9
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.0	0.0	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.0	4.2	-0.1	-3.5
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	48.1	55.0	-6.9	-12.6
Finanzvermögen ¹⁾	0.0	0.0	-0.0	-50.0
Finanzanlagen	0.0	0.0	-0.0	-50.0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	48.1	55.0	-6.9	-12.6
Sachanlagen	47.5	54.7	-7.2	-13.2
Immaterielle Anlagen	0.6	0.3	0.3	> 100.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	61.3	64.7	-3.4	-5.3
Fremdkapital	-42.4	-48.9	6.5	13.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-32.8	-37.2	4.4	11.8
Laufende Verbindlichkeiten	-21.7	-28.1	6.4	22.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-7.2	-5.3	-1.9	-36.0
Kurzfristige Rückstellungen	-3.9	-3.8	-0.1	-3.1
Langfristiges Fremdkapital	-9.6	-11.7	2.1	17.8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-9.5	-11.6	2.1	18.2
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.1	-0.0	-27.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-18.8	-15.8	-3.0	-19.3
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-15.8	-15.8	0.0	0.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-3.0	0.0	-3.0	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-61.3	-64.7	3.4	5.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	13.2	9.7	3.5	36.2

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Hochschulleitung hat die Führungs- und Organisationsstruktur gemeinsam mit den Mitarbeitenden weiterentwickelt. Schwerpunkte wurden bei der Aufbauorganisation, der Zusammenarbeit sowie bei der Klärung der Abläufe innerhalb der PHZH gelegt.

Die Zahl der Studierenden ist weiterhin leicht steigend. Zugleich sanken die finanziellen Mittel seitens Kanton Zürich und die Anzahl der Mitarbeitenden. Die Studiengänge für Quereinsteigende in den Lehrberuf auf der Kindergarten-Unterstufe und der Primarstufe wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren anerkannt und werden künftig durch die FHV mitfinanziert. In der Sekundarstufe I wurde eine Studienreform konzipiert und die

einzelnen Studiengänge werden nun angepasst. Schwerpunkte im Bereich Dienstleistungen bildeten die Lehrmittelentwicklungen, die Vorbereitung der Weiterbildungen von Lehrpersonen und Schulleitungen für den Lehrplan 21 sowie Weiterbildungen im Bereich Medienbildung.

In der Forschung wurden verschiedene Drittmittel eingeworben und es konnten gleich mehrere Projekte des Schweizerischen Nationalfonds gestartet werden. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Universität Zürich und anderen Hochschulen wurde vertieft und erfolgreich ausgebaut.

Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2016 der PHZH verwiesen (Publikation im Mai 2017).

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulniveau, die dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R15	B16	R16	Δabs.	Δ%.
L1	Anzahl Studierende gesamt,	A1	3 133	3 300	3 141	-159	-4.8
L2	- Anteil Studierende in der Eingangsstufe und der Primarstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	1 532	1 615	1 583	-32	-2.0
L3	- Anteil Studierende in der Sekundarstufe I (Masterstudiengang)	A1	688	780	730	-50	-6.4
L4	- Anteil Studierende in der Sekundarstufe II (Diplomstudiengänge und Master Fachdidaktik)	A1	358	350	364	14	4.0
L5	- Anteil Studierende in den kantonalen Studiengängen (Bachelor QUEST, kantonaler Stufenumstieg Sek I)	A1	555	555	464	-91	-16.4
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	30	28.6	30.8	2.2	
L7	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	7.7	3.7	8	4.3	
L8	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	8.1	10.6	8.7	-1.9	
L9	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	14.1	14.3	14.1	-0.2	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	34 343	33 099	34 011	912	2.8
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der PHZH in %	A1, A2	74.6	76.2	73.6	-2.6	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	50.3	47.8	54.4	6.6	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse Eingangsstufe und Primarstufe	A1	359	390	417	27	6.9
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse Sekundarstufe I	A1	58	100	73	-27	-27.0
W3	Anzahl Diplomabschlüsse Sekundarstufe II (einschliesslich Master Fachdidaktik)	A1	138	140	142	2	1.4
W4	Anzahl Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (Bachelor QUEST, KSTS)	A1	167	245	238	-7	-2.9

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9740

Bemerkungen

- L5 Aufgrund der Anerkennung dieser Studiengänge durch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) wurden die im Berichtsjahr neu gestarteten QUEST-Studiengänge (Quereinstieg) in die Bachelor- und Masterstudiengänge integriert und die betreffenden Studierenden werden deshalb dort eingezählt (L2, L3).
- W2 Bei der Sekundarstufe I war im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine grössere Anzahl von Abschlüssen zu verzeichnen, diese Entwicklung verlief aber langsamer als prognostiziert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9740 2a Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg QUEST, Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende an der Volksschule genügend geeignete Personen - darunter mehr Männer - für den Lehrerberuf gewinnen

Die PHZH bietet verschiedene Stufenumstiege, darunter den kantonalen Stufenumstieg zur Sekundarstufe I für Primarlehrpersonen an. Ebenfalls in den Regelbetrieb übernommen wurden die Ausbildungsgänge QUEST. Diese sind nun EDK-anerkannt und werden daher wie die anderen Studiengänge regelmässig durchgeführt. Abgeschlossen 2018

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	564.4	554.0	558.7	4.7	0.8

Bemerkungen B16 zu R16

Der Abbau beim Personal ist geringfügig kleiner als im Budget vorgesehen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Ertrag	144.2	143.4	145.2	1.8	1.3
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	107.6	109.2	106.8	-2.4	-2.2
Aufwand	-144.7	-143.4	-142.1	1.2	0.9
Saldo	-0.5	0.0	3.0	3.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-1.0	-0.2	0.8	83.7
Saldo		-1.0	-0.2	0.8	83.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.0		Abweichungen total B16 zu R16
2.3	A1	- Mehrerlöse Pauschalbeitrag FHV Nicht-Trägerkantone
1.9	A1, A2	- Diverse Mehrerträge
1.4	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand
-0.2	A1, A2	- Höherer Sachaufwand
-2.4	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion aufgrund Vorgabe Verbesserung Haushaltsvollzug 2016 (-0.4 Mio.) sowie Rückführung des positiven Rechnungsabschlusses der PHZH an den Kanton, soweit nicht für die Gewinnverwendung beantragt
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B16	R16	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.0	-0.2	0.8	
- Investitionen PHZH insgesamt	-1.0	-0.2	0.8	- Tiefere Anschaffungsbeträge als geplant
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2016 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 3 024 624.36 (Verlust Vorjahr Fr. 485 358.53). Dies ist auf höhere FHV-Beiträge von anderen Kantonen sowie die strikte Kostenbewirtschaftung zurückzuführen.

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 3 024 624.36 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage in die allgemeinen Reserven Fr. 3 024 624.36

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	31.5	29.5	2.0	6.9
Finanzvermögen ¹⁾	31.5	29.5	2.0	6.9
Flüssige Mittel	0.0	0.0	0.0	9.9
Forderungen	29.6	27.8	1.8	6.4
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.8	1.5	0.2	16.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	0.0	18.0
Anlagevermögen	2.7	5.0	-2.3	-46.2
Finanzvermögen ¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	2.7	5.0	-2.3	-46.2
Sachanlagen	2.7	5.0	-2.3	-46.1
Immaterielle Anlagen	0.0	0.0	-0.0	-66.7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	34.2	34.5	-0.3	-0.8
Fremdkapital	-20.8	-24.1	3.3	13.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-20.6	-23.8	3.2	13.6
Laufende Verbindlichkeiten	-3.0	-6.9	3.9	56.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-9.7	-9.1	-0.6	-6.6
Kurzfristige Rückstellungen	-7.8	-7.8	-0.0	-0.4
Langfristiges Fremdkapital	-0.2	-0.2	0.1	22.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.2	0.1	22.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-13.4	-10.4	-3.0	-29.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-10.4	-10.9	0.5	4.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-3.0	0.5	-3.5	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-34.2	-34.5	0.3	0.8
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	31.5	29.5	2.0	6.9

9800 Stiftungen und Legate

Aufgaben

A1 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel vom Donator vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Bemerkungen

A1 Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant. Weiterreichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)					

Finanzierung

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	6.6		5.7	5.7	0.0
Aufwand	-6.4		-3.0	-3.0	0.0
Saldo	0.2		2.7	2.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	32.0	35.3	-3.4	-9.5
Finanzvermögen ¹⁾	32.0	35.3	-3.4	-9.5
Flüssige Mittel	1.4	1.4	-0.1	-5.1
Forderungen	28.0	28.6	-0.7	-2.4
Kurzfristige Finanzanlagen	2.2	4.8	-2.6	-53.4
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.4	0.5	-0.0	-7.8
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	85.0	78.9	6.1	7.8
Finanzvermögen ¹⁾	85.0	78.9	6.1	7.8
Finanzanlagen	76.7	73.5	3.2	4.3
Sachanlagen	8.3	5.4	3.0	54.9
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	117.0	114.2	2.8	2.4
Fremdkapital	-75.8	-75.7	-0.1	-0.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-0.0	-0.2	0.1	79.5
Laufende Verbindlichkeiten	-0.0	-0.0	0.0	64.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.0	-0.2	0.1	81.5
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-75.7	-75.5	-0.2	-0.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.5	-0.1	-0.4	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-75.2	-75.4	0.2	0.2
Eigenkapital	-41.3	-38.6	-2.7	-7.0
Fonds im Eigenkapital	-41.3	-38.6	-2.7	-7.0
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-117.0	-114.2	-2.8	-2.4
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	117.0	114.2	2.8	2.4

Nicht konsolidierte Organisationen

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Von der Arbeitslosenkasse werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzentschädigungen sowie kollektive und individuelle Arbeitsmarktmassnahmen

(u. a. Ausbildungszuschüsse, Kursauslagen, Einarbeitungszuschüsse) ausbezahlt. Das Geschäftsvolumen nahm in diesem Jahr entsprechend der Anzahl Versicherten zu. Die Anzahl Abrechnungen stieg um 23,2% gegenüber dem Vorjahr.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Aufgabe	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	248 878	250 000	306 638	56 638	22.7
B1 Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen	2.4%	2.4%	2.1%	-0.3%	

Bemerkungen

L1 Zunahme u. a. aufgrund der erhöhten Arbeitslosigkeit gegenüber 2015 – Volumenzunahme

Entwicklungsschwerpunkte

9200a Mehr Nähe zu den Kunden

Stand bis

Im Frühjahr 2016 wurde der Hauptsitz der Arbeitslosenkasse in Winterthur unmittelbar beim Hauptbahnhof eröffnet, um die Kundennähe zu verbessern.

Personal

	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ%
Personal (Beschäftigungsumfang)	87.4	95.0	98.8	3.8	4.0

Bemerkungen B16 zu R16

Allg. Zunahme aufgrund Volumensteigerung (L1)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ%
Ertrag	545.2	550.0	636.7	86.7	15.8
Aufwand	-553.4	-550.0	634.0	84.0	15.3
Saldo	-8.2	0.0	2.7	2.7	

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R15	B16	R16	Δ abs.	Δ%
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes (ALV-Fonds), die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Der Aufwand umfasst die Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein-

schließlich Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten für den Vollzug. Er wird vollumfänglich vom Bund (ALV-Fonds) finanziert (vgl. oben, Ertrag).

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo, welcher laufend ausgeglichen wird.

Δ abs. A/E

Begründungen

2.7

Abweichungen total B16 zu R16

2.7

- Vorschuss des Bundes ist höher als die effektive Abrechnung. Ausgleich erfolgt 2017.

0.0

- Übrige Abweichungen

Nicht konsolidierte Organisationen 9200 Arbeitslosenkasse

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2016	per 31.12.2015	Differenz R 15/16 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	16.0	13.3	2.7	20.2
Finanzvermögen ¹⁾	16.0	13.3	2.7	20.2
Flüssige Mittel	8.7	7.3	1.3	18.2
Forderungen	7.3	5.9	1.4	22.8
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.3	0.2	0.1	64.8
Finanzvermögen ¹⁾	0.3	0.2	0.1	64.8
Finanzanlagen				
Sachanlagen	0.3	0.2	0.1	64.8
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	16.3	13.5	2.8	20.9
Fremdkapital	-1.3	-1.2	-0.1	-11.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-1.3	-1.2	-0.1	-11.7
Laufende Verbindlichkeiten	-0.1	-0.0	-0.1	> -100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.1	-0.0	-8.5
Kurzfristige Rückstellungen	-1.1	-1.1	-0.1	-5.3
Langfristiges Fremdkapital				
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-15.0	-12.3	-2.7	-21.8
Fonds im Eigenkapital	-15.0	-12.3	-2.7	-21.8
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-16.3	-13.5	-2.8	-20.9
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	16.3	13.5	2.8	20.9

Anhang 2

Kreditübertragungen

339

Bewilligte Kreditüberschreitungen

342

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur

für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2017 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 163 Kreditübertragungen (Vorjahr: 149) bewilligt, davon 57 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 24.3 Mio. Franken (Vorjahr: 45 Kreditübertragungen über 23.8 Mio. Franken) und 106 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 215.3 Mio. Franken (Vorjahr: 104 Kreditübertragungen über 147.5 Mio. Franken).

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)		Vorhaben	Kreditübertragung
Leistungsgruppe			
Total	Erfolgsrechnung		-24 268 000
2201	Generalsekretariat JI	Record-Management-System Umsetzung HR Strategie	- 471 000 - 117 000
2207	Gemeindeamt	Aufsichtsstelle im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG) Melde- und Einwohnerregister (MERG)	- 150 000 - 464 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Grossmünster, Sanierungsmassnahmen	-1 000 000
4100	Finanzverwaltung	Klosterkirche Kappel, Sanierungsmassnahmen SAP Providerwechsel / Migration SAP und SAP-nahe Systeme SAP Bestelllösung Bereinigung Kostenrechnungskreis (KOKRS) SAP CATS Zeiterfassungssystem Oberfläche SAP Fiori SAP Prozessoptimierungen KRW Ablösung Zahlungsverkehr Software Elektronischer Kontoauszug Durchbruch E-Rechnung	- 244 000 - 338 000 - 160 000 - 100 000 - 200 000 - 400 000 - 380 000 - 250 000 - 150 000 - 100 000
4400	Steuern Betriebsteil	ZüriPrimo RE01 Register / Veranlagung ZüriPrimo RE09 Erbschafts- / Schenkungssteuer ZüriPrimo RE10 Bücherrevision ZüriPrimo RE04 Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer	- 890 000 - 156 000 - 307 000 - 120 000
4500	Personalamt	HR-IT Weiterentwicklung Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)	-1 500 000 - 100 000
4600	Direktionsübergreifende Informatik	KITT-Projekte Projekt Antispoofing	- 130 000 - 50 000
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	Projekt Antibiotika-Management (AB-Man), Entwicklungsschwerpunkt «Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen»	- 150 000
6200	Prävention und Gesundheitsförderung	Schwerpunktprogramm Suizidprävention	- 507 000
7000	Bildungsverwaltung	Weiterbildung Schulische Heilpädagoginnen Entwicklung / Modifizierung Sprachstandsinstrumentarium DaZ (Deutsch als Zweitsprache) Weiterbildung MINT (NaTech, Medien und Informatik) Projekt Lehrplan 21 Kanton Zürich CAS DaZ (Deutsch als Zweitsprache) Pädagogische Hochschule Zürich Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen	- 60 000 - 50 000 - 50 000 - 598 000 - 60 000 - 50 000
7301	Mittelschulen	Schulraumstrategie, Regionalstrategie Zürcher Oberland Schulraumstrategie, Regionalstrategie Enge-Wiedikon / Zürichsee links	- 100 000 - 250 000
7306	Berufsbildung	Schulraumstrategie, Regionalstrategie Zürcher Oberland	- 100 000
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	ZHAW F&E ZHAW Lehre ZHAW Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung ZHAW Strategie / Kunden DL / Compliance ZHAW Infrastruktur & Systeme	- 280 000 - 592 000 - 350 000 -3 282 000 -5 854 000
8300	Amt für Raumentwicklung	Umsetzung Revision Raumplanungsgesetz, 1. Etappe (RPG 1) Aktualisierung Landschaftsinventar Umsetzung Kantonales Geoinformationsgesetz (KGeolG)	- 100 000 - 80 000 - 814 000
8700	Immobilienamt	Polizei- und Justizzentrum, baubegleitendes Facility Management Projekt Einführung Mietermodell (PI Guyer) Reinigung Lüftungs- und Kälteanlage im Gefängnis Horgen Zustandsanalyse Bezirksverwaltung Affoltern	- 320 000 - 685 000 - 65 000 - 125 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)			Kreditübertragung
Leistungsgruppe		Vorhaben	
		Zürich, Gesamtanierung Kaspar Escher-Haus, Neumühlequai 10, engere Zentralverwaltung	– 150 000
		Zustandsanalyse Bezirksverwaltung Horgen	– 250 000
		Zeughäuser Zürich, Machbarkeitsstudie	– 92 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Betriebskosten (AgriGIS)	– 60 000
		Datenerfassung (AgriGIS)	– 240 000
		Projekt «Bodenkundliche Kartierung saurer Waldböden Kanton ZH»	– 602 000
9030	Obergericht	Projektierung diverser Bauvorhaben	– 250 000
		Parkettsanierungs-Massnahmen	– 89 000
9040	Bezirksgerichte	Bezirksgericht Zürich, Renovation Gebäude Wengistrasse 30	– 96 000
9071	Datenschutzbeauftragter	Kontrollen mit externen Partnern	– 90 000
		Abschluss-Synthese Evaluation IDG	– 50 000
Total	Investitionsrechnung		–215 270 000
2201	Generalsekretariat JI	Ersatz Server-Anlagen	– 300 000
2204	Strafverfolgung Erwachsene	Unterhaltssanierung Florhof	– 115 000
2207	Gemeindeamt	IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG)	–2 000 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Grossmünster, Sanierungsmassnahmen	–2 119 000
		Sanierung Klosterkirche Kappel	– 511 000
3100	Kantonspolizei	PJZ, Nutzerausbau Einsatzzentrale	– 500 000
		PJZ, Nutzerausbau Polizeiwissenschaften (Forensisches Institut, FOR)	– 500 000
		PJZ, Nutzerausbau Schiessanlage	– 500 000
		PJZ, Nutzerausbau Zürcher Polizeischule (ZHPS)	–1 000 000
		Wädenswil, Verkehrsstützpunkt Neubüel, Sanierung und Erweiterung	– 837 000
		Winterthur-Ohringen, Verkehrsstützpunkt, Sanierung und Erweiterung	–1 837 000
		Oberrieden, Seepolizeistützpunkt, Gesamtanierung	–1 955 000
		Regensdorf «Trockenloo», Ersatz Ausbildungsanlage «Cheibenwinkel» (Flughafenareal Zürich)	–7 306 000
		POLYCOM, Backbone, Erweiterung und Ersatz	–1 160 000
3200	Strassenverkehrsamt	Zürich, Verwaltungsgebäude, Sanierung Flachdach Schalterhalle / Kantine	– 706 000
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	Zürich, Zeughaus Gebäude B, Fenster- und Fassadensanierung	–1 499 000
		Birmesdorf, Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Sanierung Holzschnitzelheizung / Fernwärmenutzung	– 400 000
3500	Kantonales Sozialamt	Oberembrach, Asylsiegenschaft Sonnenbühl, Sanierung Elektroinstallationen	– 579 000
		Winterthur, Villa Sulzer, IV-Betriebe, technische Sanierung	– 272 000
		Embrach, Asylsiegenschaft, Sanierung Hochhaus	– 50 000
3910	Sportfonds	Filzbach, Hotel / Restaurant Sportzentrum Kerenzerberg, Gesamtanierung	– 840 000
		Filzbach, Sportzentrum Kerenzerberg, Instandsetzung und Erweiterung	– 500 000
4100	Finanzverwaltung	SAP Providerwechsel / Migration SAP und SAP-nahe Systeme	– 940 000
		Benutzerprovisionierung	– 50 000
		Oberfläche SAP Fiori	– 160 000
4400	Steuern Betriebsteil	ZüriPrimo RE01 Register / Veranlagung	–3 100 000
		ZüriPrimo RE09 Erbschafts- / Schenkungssteuer	– 923 000
		ZüriPrimo RE07 Ersatzbeschaffung Quellensteuer	– 970 000
		ZüriPrimo RE11 Entwicklungsplattform	– 468 000
		ZüriPrimo RE12 Betriebsplattform	– 103 000
4500	Personalamt	HR-IT Weiterentwicklung	– 300 000
4700	Drucksachen und Material	Projekt OpaccEnterprise	– 9 000
6150	Arzneimittelversorgung	Neubau Kantonsapotheke	–1 910 000
6400	Psychiatrische Versorgung	ipw: Ersatz- und Ergänzungsbau, Projektierungskredit	– 999 000
		ipw: Ersatz Holzschnitzelfeuerung	– 480 000
		ipw: Beschaffung Personalinformationssystem SAP HCM	– 181 000
7301	Mittelschulen	Kantonsschule Limmattal Urdorf, Ersatz Mensamöblierung	– 180 000
		Rochadeschulhaus Stadthausstrasse 21/31 Winterthur, Ausstattung	– 120 000
		Kantonsschule Zürich Unterland Bülach, Erneuerung Verwaltungsbereich, Ausstattung	– 133 000
7306	Berufsbildung	Allgemeine Berufsschule Zürich, Gesamtanierung Sihlquai 87, Ausstattung	– 850 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School, Ersatz Parkleitsystem	– 220 000
		Gewerbliche Berufsschule Wetzikon, Beschaffung Ersatzmobiliar	– 61 000
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Kinder- und Jugendheim Oberi, Investitionsbeitrag Sanierungsmassnahmen	– 95 000
8000	Generalsekretariat	Dokumentenmanagementsystem (DMS)	–2 066 000
		Betriebs- und Anlagendatenbank im AWEL	– 250 000
		Integrales Daten- und Projektmanagement (IDPM)	– 300 000
		PC-Client- und Softwaremigration 2016 (MIT16)	– 350 000
8500	AWEL	Investitionsbeiträge kantonales Förderprogramm Energie sowie Pilotprojekte Energie	–17 500 000
8700	Immobilienamt	Kantonsapotheke Schlieren, Ersatz Teilnehmervermittlungsanlage	– 55 000
		Strassenverkehrsamt, Ersatz Teilnehmervermittlungsanlagen	– 343 000
		Agrovet-Strickhof, Lindau	–9 700 000
		Kasernenstr. 49, Notmassnahme Fenster / Schadstoffuntersuchung / Gebäudehülle	–1 000 000
		Klosterinsel Rheinau, Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen (HWM) und Gastronomie	–6 000 000
		Bezirksverwaltung Pfäffikon, Schutzkonzept	– 300 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben) Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung
	Walcheplatz 1, Ersatz Lüftungsanlage im Erdgeschoss	– 240 000
	Bezirksverwaltung Affoltern, Umsetzung Schutzkonzept	–2 990 000
	Wädenswil, Halbinsel Au, Bootshaus, Sanierung inkl. geologische Untersuchungen	–1 400 000
	Steg, Hörnli, Tanzplatz, Wassernetz, Kleinversorgung	– 240 000
	Bezirksverwaltung Meilen Erweiterung Gerichtstrakt	–2 000 000
	Bezirksverwaltung Hinwil, Erweiterung Gerichtsräume	–3 000 000
	Bezirksverwaltung Horgen, Erweiterung Gerichtstrakt	–3 500 000
	Neubau Polizei- und Justizzentrum (PJZ)	–97 725 000
9030	Obergericht	–3 074 000
9040	Bezirksgerichte	– 564 000
	Hinwil, Übernahme des Grundstücks ins Verwaltungsvermögen der Gerichte	–4 603 000
	Hinwil, Übernahme der Liegenschaft ins Verwaltungsvermögen der Gerichte	–4 603 000
	Hinwil, Um- / Erweiterungsbau	–1 050 000
	Pfäffikon, Umbau, Erstmöblierung Phase 1	– 153 000
9520	Kantonsspital Winterthur	–6 417 000
	Zürich, Renovation Gebäude Wengistrasse 30	–6 417 000
	Mobile Inhouse Endgeräte / Telefongeräte	– 150 000
	Anlage für Mobile Inhouse	– 800 000
	ERP (Enterprise Resource Planning) Phase 1	– 200 000
	PDMS Software (PDMS Patient Data Management System)	– 550 000
	Bakteriologie-Analyzer (MALDITOF)	– 200 000
	Ausbau der Molekular Diagnostik	– 180 000
	Intraoperative Navigation mit Computertomographie	–1 500 000
	Linac-1 Ersatz	–2 000 000
	Planungs-CT (Computertomographie)	– 310 000
	Brachytherapie	– 185 000
	Abteilung zentrale Sterilgutversorgung (ZSVA), Ersatz aller Reinigungs- / Desinfektionsgeräte	– 780 000
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	– 60 000
	Anmeldeportal Lehre	– 60 000
	Profilierung ZHAW-Forschung	– 50 000
	Forschungsdatenbanken	– 89 000
	Druckmaschine Betonlabor	– 70 000
	Umsetzung Identity Management	– 200 000
	Enterprise Content Management (ECM)	– 250 000
	Projektmanagement-Cockpit	– 130 000
	Beschaffung Hardware (DVC / Netz)	–1 500 000
	Ersatz und Ausbau IT-Infrastruktur (Serversysteme)	– 570 000
	Data Loss Prevention	– 100 000
	Strategische Applikations-Einführung	– 450 000
	Data Center Interconnect mit Toni Areal	– 150 000
	Einführung Softphone / Presence Messaging	– 250 000
	PaaS (Platform as a Service) Infrastruktur	– 100 000
	Quarantäne VLAN	– 50 000
	Redesign Internet Building Block	– 200 000
	Möbiliar zentral	– 70 000
	Hallen 180, 189, 191, 141 für Dept. A	– 178 000
	E-Campus Hochschulbibliothek	– 50 000
	Test- und Versuchsanlage Solar	– 220 000
	HPC Erweiterung	– 111 000
	Ersatz MALDI-TOF	– 290 000
	Byproduct Utilization	– 250 000
	Ersatzbeschaffung und Restrukturierung Sensoriksupport GA 205	– 64 000
	Ausstattung Visualizer	– 59 000
	Tablettenpresse	– 171 000
	PC Räume	– 175 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr drei Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 70,9 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden drei Kreditüberschreitungen von 2,4 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / – schlechter

Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kreditüberschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2016
Total Bewilligte Kreditüberschreitungen		-73 321 735	
Total Erfolgsrechnung		-70 877 979	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	Bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime führten Bundes- und Verwaltungsgerichtsentscheide zu nicht kompensierbaren Budgetüberschreitungen (§ 22 CRG Abs. 1 lit. c) und zu Rückstellungen für die Kostenübernahme von inner- und ausserkantonalen Heimplatzierungen (§ 22 CRG Abs. 1 lit. e).	-41 577 979	-41 577 979
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Wertberichtigungen im Rahmen der Überprüfung und Bereinigung der bilanzierten Anlagen Wasserbau mit einem hohen Revitalisierungsanteil (§ 22 CRG Abs. 1 lit. e).	-21 300 000	-5 691 326
8510 Altlasten	Erhöhung der Rückstellungen für Ausfallkosten im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG (§ 22 CRG Abs. 1 lit. e).	-8 000 000	967 649
Total Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)		-2 443 756	
4600 Direktionsübergreifende Informatik	Im Berichtsjahr fielen für dringliche Optimierungen der Identitätsnachweise der Mitarbeitenden des Kanton Zürich im Rahmen des Projekts «Secure Web Access» sowie aufgrund von rechnungslegungsbezogenen Aktivierungserfordernissen Investitionsausgaben an. Die Kantonale Verwaltung musste mit dieser Lösung sicherstellen, dass im Zuge der Internetnutzung keine personenbezogenen Daten auf Datenbanken oder Speichermedien von Dritten gelangen. Ein Aufschub hätte nachteilige Folgen auf die Informatiksicherheit des Kantons gehabt (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Eine Kompensation innerhalb der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 4600 «Direktionsübergreifende Informatik» war nicht möglich, da im Berichtsjahr kein Investitionsbudget vorlag (§ 22 Abs. 2 CRG).	- 122 756	- 122 756
8300 Amt für Raumentwicklung	Nicht voraussehbare Mehrkosten bei Vermessungsoperaten Egg Los 5 sowie Turbenthal Los 8, welche im Berichtsjahr zur Abrechnung kamen und vom Bund vollumfänglich als beitragsberechtig anerkannt wurden, führten zu entsprechend höheren durchlaufenden Bundesbeiträgen. (§ 22 CRG Abs. 1 lit. d)	- 535 000	- 370 424
9065 Baurekursgericht	Mieterausbau Handelshof: Am 18. Januar 2016 wurde durch die neue Eigentümerschaft des Neuen Börsengebäudes dem Baurekursgericht (BRG) die Kündigung des Mietvertrags unter Berufung auf dringenden Eigenbedarf auf Ende September 2016 eröffnet. Das BRG fand einen neuen Gerichtssitz im Handelshof in Zürich mit Mietbeginn 1. Mai 2016 und unter Vereinbarung einer rent free Periode bis Ende 2016. Die Arbeiten für den Mieterausbau (einschliesslich Erstausrüstung) mussten unverzüglich anhand genommen werden. Das Verwaltungsgericht bewilligte die entsprechende Kreditüberschreitung. Vorgesehen war der Bezug des neuen Gerichtssitzes auf den 1. Dezember 2016. Durch eine nicht durch das BRG verursachte Verzögerung musste dieser auf den 20. Januar 2017 verschoben werden, weshalb Ausgaben (gemäss Hochbaumt in der Höhe von rund Fr. 100 000), die durch die Bewilligung der Kreditüberschreitung abgedeckt sind, die Rechnung 2017 belasten werden.	-1 786 000	-1 344 962

Impressum

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz

Auflage

600

Internet

www.gb.zh.ch/2016

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz

ISSN-Nummer

ISSN 1663-2885

